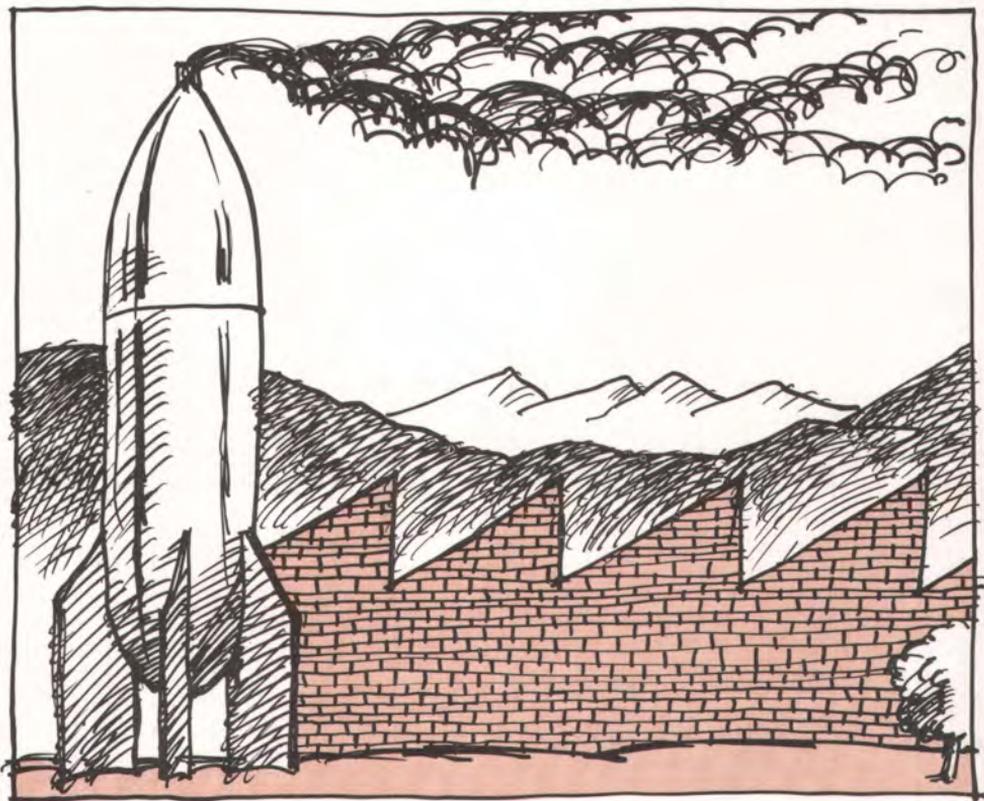


STUDIEN ZUR GESCHICHTE  
UND GESELLSCHAFT  
VORARLBERGS

6

Harald Walser

B O M B E N G E S C H Ä F T E



Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Harald Walser  
Bombengeschäfte  
Vorarlbergs Wirtschaft im NS-Staat

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit der  
Johann-August-Malin-Gesellschaft

Gedruckt mit Unterstützung des  
Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung in Wien,  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg,  
des Landes Vorarlberg  
und des Amtes der Landeshauptstadt Bregenz

Großinvestitionen in der NS-Zeit, wie die Illwerke-Bauten, der Bau von Straßen und die Errichtung der Südtiroler-Siedlungen in allen größeren Orten des Landes, veränderten ebenso wie die Erfordernisse der Kriegswirtschaft die wirtschaftliche Struktur Vorarlbergs grundlegend.

Die bis 1938 dominierende Textilindustrie verlor bis 1945 an Terrain zugunsten der Elektro- und metallverarbeitenden Industrie. Nicht so die Textilindustriellen: Ihnen gelang es durch Diversifikation der Produktion ihre führende Stellung in der Wirtschaft des Landes zu behaupten. Sie gründeten und erwarben metallverarbeitende Betriebe.

Durch die "Arisierung" jüdischen Eigentums kamen Vorarlberger Unternehmer in den Besitz großer Warenhäuser, Fabriken und Wohnungen in Wien.

Für die Arbeitskräfte schien sich die Situation anfänglich zu verbessern, zumal die Arbeitslosigkeit nach wenigen Monaten beseitigt war. Die zunehmende Militarisierung des Arbeitslebens, lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne zeigten aber bald ein anderes Bild vom "nationalen Sozialismus".

HARALD WALSER, geb. 1953, Studium der Geschichte und Germanistik in Innsbruck, wohnhaft in Altsch. AHS-Lehrer am Bundesgymnasium Feldkirch und Lehrbeauftragter an der Universität Innsbruck.

STUDIEN ZUR GESCHICHTE  
UND GESELLSCHAFT  
VORARLBERGS

6

Harald Walser

# B O M B E N G E S C H Ä F T E

Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

©Vorarlberger Autoren Gesellschaft, Bregenz 1989

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Luger-Grafik, Dornbirn

Lektorat: Kurt Greussing, Dornbirn

Umbruch: Klaus Albrecht, Dornbirn

Druck und Bindung: Vorarlberger Verlagsanstalt, Dornbirn

Printed in Austria

ISBN 3-900754-06-3

# Inhalt

1. Vorwort	7
2. Abkürzungen	8
3. Einleitung	10
4. Die Ausgangslage	23
4.1. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik bis zum März 1938	23
4.2. Wirtschaftliche und politische Strategien der großen Textilunternehmer des Landes vor dem "Anschluß"	27
4.3. "Arisierungen" und hohe Posten nach dem "Anschluß"	32
4.4. Die wirtschaftliche Situation Voralbergs zu Beginn der NS-Herrschaft	41
5. Der Arbeitsmarkt in der NS-Zeit	46
5.1. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nach dem "Anschluß"	46
5.2. Erneute Probleme am Arbeitsmarkt 1939	50
5.3. Die "Arbeitseinsatzlage" während des Krieges	57
5.4. Bevölkerungsentwicklung und Berufsstruktur	67
6. Die Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsbereiche	76
6.1. Elektrizitätswirtschaft	76
6.2. Textilwirtschaft	94
6.3. Bauwirtschaft	105
6.4. Landwirtschaft	120

7. Vorarlberg wird von der Kriegswirtschaft erfaßt	146
7.1. Wehrmächtaufträge mit Ausnahme der Rüstung	147
7.2. Rüstungsindustrie	154
7.3. Betriebsverlagerungen nach Vorarlberg	178
7.4. Diversifikation der Produktion und Firmenübernahmen	198
8. Die Lage der Arbeiterschaft	211
8.1. Die Entwicklung der Löhne	211
8.2. Die Entwicklung der Preise	222
8.3. Ausdehnung der Arbeitszeit	231
8.4. Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern	240
8.5. Das "Arbeitserziehungslager" Reichenau	264
9. Zusammenfassung	271
10. Anhang	278
10.1. Die größeren heimischen Rüstungsfirmen	280
10.2. Nach Vorarlberg verlegte Produktionsstätten	298
11. Anmerkungen	321
12. Quellen-, Literatur- und Bildverzeichnis	
12.1. Quellenverzeichnis	351
12.2. Literaturverzeichnis	353
12.3. Bildquellennachweis	368
13. Register	
13.1. Namen- und Firmenregister	369
13.2. Ortsregister	374

## I. Vorwort

Mit dieser Arbeit unternahme ich einen, wie mir scheint, längst überfälligen Versuch, Grundzüge der Wirtschaftsgeschichte Vorarlbergs in der NS-Zeit nachzuzeichnen. Bislang ist in der Landesgeschichtsschreibung die politische Geschichte der NS-Ära im Mittelpunkt des Interesses gestanden, sodaß es nur wenige Arbeiten gibt, auf die aufgebaut werden konnte.

Das vorliegende Buch ist das Ergebnis einer dreijährigen Forschungstätigkeit, bei der ich viel Hilfe erfahren habe.

Dank gebührt all jenen Archivaren in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich, die mir an Ort und Stelle weitergeholfen haben und ohne die eine solche Arbeit nur sehr schwer zu schreiben gewesen wäre. In der Vorarlberger Landesbibliothek im allgemeinen und in der Abteilung "Fernleihe" im besonderen standen mir sachkundige und hilfsbereite Bibliothekarinnen und Bibliothekare zur Seite – auch ihnen ein herzliches Dankeschön.

Zu danken habe ich auch vielen anderen:

- den im Quellenverzeichnis angeführten Interviewpartnern, deren Informationen Zusammenhänge erhellt haben und für Detailaspekte sehr wichtig waren;
- meinem akademischen Lehrer Univ.-Prof. Dr. Gerhard Oberkofler, der mich in den letzten Jahren zu weiteren wissenschaftlichen Forschungstätigkeiten ermuntert hat;
- Reinhold Luger als Graphiker und Klaus Albrecht beim Umbruch, die wesentlichen Anteil am Zustandekommen des Buches haben.

Nicht leicht hatten es insbesondere in den letzten Monaten meine Frau und meine Kinder. Sie haben in dieser Zeit viel Verständnis für meine Arbeit bewiesen.

Allach, im Oktober 1989

Harald Walser

## 2. Abkürzungen

AdR	Archiv der Republik
AG	Aktiengesellschaft
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BDM	Bund Deutscher Mädel
BH	Bezirkshauptmannschaft
BHBr	Bezirkshauptmannschaft Bregenz
BHF	Bezirkshauptmannschaft Feldkirch
BLW	Bayerisches Leichtmetallwerk
BMW	Bayerische Motorenwerke
BuMi	Bundesministerium
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DMG	Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft im VLA
Dok	Dokument
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Wien
Ebd.	Ebenda
GWh	Gigawattstunde
Hg.	Herausgeber
HJ	Hitlerjugend
I	Interview
lbk	Innsbruck
!fZ	Institut für Zeitgeschichte Wien
KdF	Kraft durch Freude
Kgf	Kriegsgefangene(r)
KWh	Kilowattstunde
IGF	Land(es)gericht Feldkirch
LW	Luftwaffe
MAF	Militärarchiv Freiburg
MFA	Mikrofilmarchiv
MS	Manuskript
Nfg.	Nachfolger
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OGL	Ortsgruppenleiter
O.J.	Ohne Jahresangabe
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht

OLG	Oberlandesgericht
O.O.	Ohne Ortsangabe
ÖSIA	Österreichisches Staatsarchiv, Wien
O.Z.	Ohne Zahlenangabe
Pg	Parteigenosse
PolBer	Polizeibericht
RAD	Reichsarbeitsdienst
Reg	Regierung
RGBI	Reichsgesetzblatt
RLM	Reichsluftfahrtministerium
RM	Reichsmark
RPf	Reichspfennig
Rü Kdo	Rüstungskommando
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
Rülnsp	Rüstungsinspektion
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS
SS	Schutzstaffel
StABl	Stadtarchiv Bludenz
StABr	Stadtarchiv Bregenz
StAD	Stadtarchiv Dornbirn
UAI	Universitätsarchiv Innsbruck
Uk	Unabkömmlich
VF	Vaterländische Front
VIW	Vorarlberger Illwerke
VKW	Vorarlberger Kraftwerke
VLA	Vorarlberger Landesarchiv
VLR	Vorarlberger Landesregierung
VOGEWOSI	Vorarlberger Gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft
VVSI	Vermögensverkehrsstelle
VWuSS	Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik
WuVT	Widerstand und Verfolgung in Tirol
Wlnsp	Wehrwirtschaftsinspektion
WWiSt	Wehrwirtschaftsstelle

### 3. Einleitung

“Was heißt und zu welchem Ende studiert man Faschismus?“ Es sind die einfachen Fragen, deren Beantwortung Probleme macht.

Von persönlichen Interessen abgesehen: Es gibt große Lücken in der Erforschung der NS-Zeit. Die schmerzen eine Historikergeneration mit – so ein reichlich verunglückter Begriff – der “Gnade der späten Geburt”. Das vor allem angesichts der Einmaligkeit nationalsozialistischer Verbrechen.

Der Historiker betreibt Gesellschaftswissenschaft. Das hat Konsequenzen:

“‘Die’ Gesellschaft hat als aufgeklärte einen Anspruch darauf, etwas über sich zu erfahren, um in besserer Kenntnis Irrtümer zu vermeiden, sich zu kontrollieren, Bedürfnisse und Planungen rationaler kalkulieren, lokalisieren, initiieren oder hemmen zu können; sei es, daß die Gesellschaft von diesem Punkt nachfragt, sei es, daß Wissenschaft die Gesellschaft auf diesen Punkt ihrer Aufklärung und Rationalität zwingt und z. B. in dieser Absicht ihre Forschungsbefunde veröffentlicht.”<sup>2</sup>

Ob Wissenschaft – insbesondere die Geschichtswissenschaft – die Gesellschaft wirklich “auf diesen Punkt ihrer Aufklärung und Rationalität zwingt”, darf man in Österreich nach den Erfahrungen der letzten Jahre bezweifeln. Dennoch: Es muß versucht werden.

Auch in Vorarlberg ist in den letzten Jahren zur NS-Zeit “nachgefragt” worden, und es hat Antworten gegeben. Bis zum Beginn der achtziger Jahre gab es nur sehr wenige Arbeiten, die sich mit dem Thema Nationalsozialismus auseinandersetzten.<sup>3</sup> Seither ist dies anders geworden: Eine jüngere Historikergeneration beschäftigt sich intensiv mit dieser Zeit und deren Vorgeschichte.<sup>4</sup> Diese Beschäftigung mit dem Themenbereich führte zu heftigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit,<sup>5</sup> da der bis dahin bestehenden und quasi “landesoffiziellen” Geschichtsschreibung eine Tendenz zur Beschönigung und Verklärung vorgeworfen wurde.<sup>6</sup>

Das relativ große Interesse an der regionalen Zeitgeschichte motivierte zu größeren Projekten. Insbesondere die Themenbereiche Verfolgung und Widerstand sind dabei aufgearbeitet worden.<sup>7</sup>

Die Ergebnisse dieses Projektes waren Ausgangspunkt für weitere Studien, die sich regionale und thematische Schwerpunkte gesetzt haben.<sup>8</sup>

Die vorliegende Arbeit steht in diesem Zusammenhang. Es handelt sich dabei nicht um "die" Geschichte Vorarlbergs in der NS-Zeit, sondern um die Darstellung eines wesentlichen Aspektes – der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklungen.

Die immer noch bestehende und in letzter Zeit eher verschärfte als liberalisierte Archivsperre vor allem in den Landesarchiven erschwerte beziehungsweise verhinderte den Zugang zu wichtigen Akten über die politischen Vorgänge auf der unteren und mittleren Ebene des NS-Staates. Auch die vorliegende Arbeit leidet darunter. Dank der in anderen Archiven – in der Bundesrepublik Deutschland bzw. in Wien – wesentlich großzügigeren Haltung konnten aber die wesentlichen Bestände eingesehen werden.

Die Archivsperre im Land hat die Arbeit also zwar erheblich be-, aber nicht verhindert. Auch gesamtösterreichisch ist die Situation in den Landesarchiven nicht viel besser als hier. Das "Ge- und Bedenkjahr 1988" hat dennoch zu einer Reihe wichtiger Publikationen geführt, die die vorliegende Untersuchung erleichtert haben.<sup>9</sup>

Möglich geworden ist die Studie vor allem dank umfangreicher und zugänglicher Bestände im Bundesarchiv Koblenz und im Militärarchiv Freiburg. Insbesondere die Akten der Wehrwirtschaftsstelle bzw. des Rüstungskommandos Innsbruck und der Rüstungsinspektion Salzburg ermöglichten Einblicke in die Strategien der Wirtschafts- und der Rüstungsplaner und in die Situation der einzelnen Betriebe. Hier erwies es sich – aus der Sicht des Forschers – als günstig, daß wesentliche Bereiche der Wirtschaft spätestens seit Kriegsbeginn von den Militärbehörden verwaltet bzw. kontrolliert wurden.

Auch im österreichischen Staatsarchiv liegen wesentliche Akten. Dies gilt insbesondere für die ersten Monate der NS-Herrschaft – zum Beispiel die "Bürckel-Akten" oder Akten zum Themenkomplex "Arisierungen" ("Vermögensverkehrsstelle"). Bestände im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in Wien und im Institut für Zeitgeschichte waren für Details der Arbeit wichtig.

Im Vorarlberger Landesarchiv und in einzelnen Stadtarchiven

des Landes konnten dank einer Ausnahmegenehmigung zumindest die Akten für das Jahr 1938 eingesehen werden. Sie ermöglichen eine bessere Einschätzung der Vorgänge unmittelbar nach dem "Anschluß", als dies bislang möglich war. Dies gilt speziell für die Themenbereiche Arbeitslosigkeit und deren Beseitigung, die Preis- und Lohnentwicklung sowie die soziale Lage der Arbeiterschaft.

Abschließend sei auch auf die umfangreichen Bestände in der Dokumentensammlung der Johann-August-Malin-Gesellschaft verwiesen. Diese Sammlung wurde als eigene Abteilung im Vorarlberger Landesarchiv geordnet und ist nun für die wissenschaftliche Forschung zugänglich.<sup>10</sup>

Regionalgeschichtliche Forschungen sind nicht nur von lokalem Interesse. Zum einen – das ist die gesamtösterreichische Komponente – sollen deshalb die Grundzüge der Wirtschaftsentwicklung in Vorarlberg von 1938 bis 1945 soweit wie möglich mit der Entwicklung in anderen Bundesländern/Gauen<sup>11</sup> verglichen werden. Als Ergebnis fällt auf: Das Land hatte nach 1945 gegenüber der Zeit vor der NS-Herrschaft im Vergleich mit anderen Bundesländern deutlich bessere Startbedingungen.

Zum zweiten – und das betrifft sozusagen die vorarlberginterne Diskussion – soll anhand von Firmengeschichten und der Darstellung verschiedener Bereiche der Wirtschaft eine Lücke in der Wirtschaftsgeschichte geschlossen werden. Eine Lücke, die umso fühlbarer ist, als gerade in der NS-Zeit Weichen gestellt wurden: Zunahme der metallverarbeitenden Industrie auf Kosten der Textilindustrie, Bau großer Wasserkraftwerke, Verbesserung der Infrastruktur (vor allem Straßen- und Siedlungsbau).

Aufgrund der Quellenlage wird es noch Jahre dauern, bis man auch in der österreichischen Zeitgeschichtsforschung zu ähnlichen Ergebnissen gelangt, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland teilweise schon länger vorliegen. Die bundesdeutschen Forschungen sind aber aus verschiedenen Gründen mit den vorliegenden österreichischen nur schwer vergleichbar.

So beginnt die NS-Zeit in Deutschland 1933, bei uns 1938. In den dazwischenliegenden Jahren gab es im Reich dank der Rüstungskonjunktur und der wirtschaftlichen Vorbereitung des Krieges im Gegensatz zu Österreich einen Wirtschaftsaufschwung.<sup>12</sup> Österreich wurde 1938 in diese Volkswirtschaft integriert. Die not-

wendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen waren daher ganz anders als im Reich 1933.<sup>13</sup>

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Zäsuren gegen Ende der NS-Herrschaft werden in der Bundesrepublik in jüngster Zeit nicht mehr im Jahr 1945 gesetzt. Einschneidende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft sieht man vielmehr für die Zeit von 1942/43 bis 1948. In diesen Jahren habe die Erosion, aber auch die Modernisierung der herkömmlichen gesellschaftlichen Strukturen und der Wirtschaft schnelle Fortschritte gemacht. Erst mit der Währungsreform und nicht schon mit Kriegsende sei diese Umbruchperiode zu Ende gegangen.<sup>14</sup>

Die Ergebnisse des Projektes "Bayern in der NS-Zeit"<sup>15</sup> haben deutlich gemacht, wie sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen innerhalb der deutschen Gesellschaft gegenüber den Anforderungen des Staates verhalten haben. Die Untersuchungen haben wesentlich zu einem besseren Einblick in die Funktionszusammenhänge des "Dritten Reichs" beigetragen. Dies trotz der Tatsache, daß die einzelnen Untersuchungen oft enge Grenzen hatten, und zwar regional (Beschränkung auf bestimmte Städte oder Regionen), thematisch (Beschränkung auf einzelne Aspekte wie Konzentrationslager, Justiz oder Schule) und zeitlich (Beginn der NS-Herrschaft, die Jahre bis zum Ausbruch des Krieges und Kriegsende).

Die positiven Ergebnisse des bayerischen Projektes sind für die Regionalgeschichtsschreibung ermutigend. Solche Studien stehen für Österreich allerdings noch aus. Sie wären dringend notwendig, da die bayerischen Ergebnisse nicht einfach übernommen werden können. Die Ausgangssituation zu Beginn der NS-Herrschaft war in Österreich 1938 – wie bereits erwähnt – völlig anders als im Deutschen Reich 1933.

Im Deutschen Reich mußten die Nationalsozialisten ihre Herrschaft in den ersten Monaten nach der Machtergreifung zuerst absichern und neue Herrschaftsmethoden entwickeln. Der Staatsapparat wurde umgestaltet, neue Verwaltungsstrukturen wurden eingerichtet, der Justizapparat wurde immer stärker den Interessen von Partei und Staat untergeordnet, die Wirtschaft zumindest teilweise staatlich gelenkt.<sup>16</sup>

In Österreich waren die Notwendigkeiten zur Zeit der nationalsozialistischen Machtübernahme ganz anders. Die Absicherung der Herrschaft im Innern war nicht im selben Ausmaß notwendig

wie fünf Jahre zuvor im Deutschen Reich. Demokratische Oppositionsparteien und Gewerkschaften waren schon längst verboten, die Vaterländische Front war kein ernstzunehmender Gegner mehr.<sup>17</sup> Die Nationalsozialisten hatten auch kaum Probleme, Verwaltung, Justiz und Polizeiapparat nach ihren Gesichtspunkten umzuwandeln. Die Eingliederung der Ostmark wurde nach dem Muster des Saarlandes vom diesbezüglich erfahrenen Gauleiter Josef Bürckel rasch vollzogen.<sup>18</sup>

Auch in der Wirtschaft war die Situation anders: Während Deutschland 1933 noch voll von der Weltwirtschaftskrise betroffen war und der Erholungsprozeß erst allmählich begonnen hatte, lief die deutsche Wirtschaft beim "Anschluß" Österreichs nicht zuletzt dank der massiven staatlichen Rüstungsaufträge und Görings Vierjahresplan 1938 bereits auf Hochtouren.<sup>19</sup> Es ging also 1938 nur mehr darum, Österreich möglichst rasch und effizient in die "boomende" deutsche Wirtschaft einzubinden.

### Die politische Situation in Vorarlberg

In Vorarlberg entwickelte sich in politischer Hinsicht die Lage durchaus im Sinne der neuen Herren im Lande. Die reichsdeutschen Nationalsozialisten wollten Österreich als Verwaltungseinheit zerschlagen und die österreichischen Gaue direkt den Berliner Ministerien unterstellen. Da es in Vorarlberg schon lange zuvor starke Ressentiments gegen "Wien" gegeben hatte,<sup>20</sup> kam das den Vorarlberger Nationalsozialisten durchaus gelegen. Zu Beginn der NS-Zeit gab es diese Ressentiments auch in den meisten anderen ehemaligen Bundesländern: In den Monaten nach dem "Anschluß" – meint Ernst Hanisch zurecht – fand in Österreich ein "Aufstand der Provinz gegen die Metropole" Wien statt,<sup>21</sup> ein Aufstand, der von Adolf Hitler unterstützt wurde.

Im Gesetz über die "Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" vom 13. März 1938 hatte es im Artikel 1 noch geheißen, Österreich sei "ein Land des Deutschen Reiches". Der nationalsozialistische österreichische Bundeskanzler Arthur Seyß-Inquart hatte in einem Interview mit einer englischen Zeitung die künftige Stellung Österreichs innerhalb des Reiches mit jener Bayerns verglichen. Der Anschluß-Jubel in Linz und Wien dürfte Hitler dann aber ermutigt haben, sein Ziel einer vollständigen

Liquidierung des Staatsgebildes Österreich sofort und nicht erst später zu verwirklichen. Das "Ostmarkgesetz" vom 14. April 1939 setzte dieses Ziel in die Tat um: Die Sonderstellung Wiens als Verwaltungsmetropole wurde beseitigt.<sup>22</sup>

Ab April 1939 waren die ehemaligen österreichischen Bundesländer größtenteils Reichsgaue, und die lokalen Machthaber wehrten sich in den folgenden Monaten und Jahren sehr erfolgreich und neuerlich mit Unterstützung Hitlers und anderer prominenter Berliner NS-Größen gegen Versuche führender Männer im Reichsgau Wien, die ehemalige kaiserliche Residenzstadt wieder zu einer Zentralstelle für die "Gaue der Ostmark" oder – wie es später hieß – "Donau- und Alpen-Reichsgaue" werden zu lassen. "Jeder Gau", meinte Adolf Hitler 1941, "ist glücklich, sein eigener Herr zu sein".<sup>23</sup>

Die Vorarlberger Nationalsozialisten waren weniger glücklich. Sie hatten alles versucht, die Selbständigkeit des Landes und damit ihre Machtstellung zu bewahren. Gauleiter Plankensteiner erfuhr aber bereits Ende April 1938 in Wien, daß das Land parteimäßig an Tirol angeschlossen werde. Und auch hinsichtlich der Verwaltung ging die machtpolitische Auseinandersetzung mit dem Tiroler Gauleiter Franz Hofer verloren: Vorarlberg wurde bereits mit dem "Gesetz über Gebietsveränderungen im Lande Österreich" vom 15. Oktober 1938 als "Verwaltungsbezirk" dem Reichsgau Tirol unterstellt; das Kleine Walsertal wurde dem Gau Schwaben angegliedert. Die Vorarlberger Nationalsozialisten hatten sogar in Berlin interveniert, um eventuell an den Gau Schwaben angeschlossen zu werden.<sup>24</sup> Gauleiter Plankensteiner hatte – bezogen auf ganz Deutschland – in der Anschluß euphorie am 14. März 1938 erklärt:

"Blut kommt wieder zu Blut, gleiche Rasse und gleicher Mutterlaut zu gleicher Rasse und Sprache".<sup>25</sup>

Diese Argumentation wurde jetzt wieder aufgenommen – bezogen auf Vorarlberg. Man argumentierte mit den "Stämmen" des deutschen Volkes und verwies darauf, daß die benachbarten Schwaben doch auch wie die Vorarlberger Alemannen seien. Das Land solle daher an den Gau Schwaben und nicht an Tirol angeschlossen werden.<sup>26</sup> Den gleichen "Mutterlaut" glaubte man dort eher erkennen zu können als im Land jenseits des Arlbergs. Doch die sprachwissenschaftlichen Exkurse nützten nichts. Gerhard Botz vermutet, daß Vorarlberg eine Art Entschädigung war,

denn Hofer hatte widerwillig auf Osttirol verzichten müssen, das dem Gau Kärnten angegliedert wurde. Nichts sollte an die Zerreißung Tirols erinnern und somit die Allianz zwischen Hitler und Mussolini gefährden.<sup>27</sup>

Zurück zum Ostmarkgesetz. In Artikel 1, § 1, Absatz 2 hieß es:

„Das ehemals österreichische Land Vorarlberg bildet bis auf weiteres einen eigenen Verwaltungsbezirk und eine Selbstverwaltungskörperschaft, die vom Reichsstatthalter in Tirol geleitet werden.“<sup>28</sup>

Vorarlberg hatte somit verwaltungstechnisch bis Kriegsende einen reichsweit einzigartigen Status als reichsgauähnlicher Verwaltungsbezirk. Staatlich wurde das Land durch den Reichsstatthalter von Innsbruck aus verwaltet. Die beabsichtigte völlige Eingliederung in den Reichsgau Tirol gelang Reichsstatthalter Hofer bis Kriegsende nicht, obwohl er am 13. Dezember 1939 die Landeshauptmannschaft Vorarlberg offiziell auflöste und am 1. April 1940 zum „Reichsstatthalter für Tirol und Vorarlberg“ bestellt wurde. Für Vorarlberg war ab diesem Zeitpunkt ein eigener Gauhauptmann mit Sitz in Innsbruck zuständig.<sup>29</sup>

Die führenden Vorarlberger Nationalsozialisten wurden nach und nach in andere Regionen versetzt. Der ehemalige Landeshauptmann und Gauleiter Anton Plankensteiner kam im März 1942 als Kreisleiter nach Neustadt im Gau Saarpfalz, Landesstatthalter Dr. Rudolf Kopf als Regierungspräsident nach Aussig im Protektorat Böhmen und Mähren.<sup>30</sup>

Auch sonst glaubten viele „alte Kämpfer“ des Landes, ihre „Verdienste“ um Partei und „Bewegung“ seien nicht ausreichend gewürdigt worden. Schon unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtergreifung waren hohe Funktionen in der Partei und in der Verwaltung bis hin zum Kreisleiter und zum Landrat nicht nur mit einheimischen, sondern auch mit reichsdeutschen Beamten besetzt worden.<sup>31</sup>

Insbesondere im Landesarbeitsamt wurden die wichtigsten Positionen mit Beamten aus dem Altreich besetzt: Zum Leiter wurde Dr. Dehoff bestellt. Auch andere Stellen gingen nicht an Einheimische, so die Leitung des Bregenzer Arbeitsamtes, der Arbeitseinsatzabteilung, der statistische Abteilung, der Reichstreuhänderdienststelle, der Arbeitsamtnebenstellen in Bludenz und Feldkirch, der Arbeitsbuchstelle, der Rechnungsprüfungsstelle und der Berufsberatung.<sup>32</sup>

Das Ostmarkgesetz begründete auch eine – verglichen mit dem Altreich – überaus starke Stellung des Reichsstatthalters, der an die Spitze der staatlichen Verwaltung gestellt wurde und meist in Personalunion auch Gauleiter der NSDAP war. Die Verwaltung war zwar nach dem Prinzip der Einheitsverwaltung gleichgeschaltet, der Reichsgau war aber vielfach eine Art Selbstverwaltungskörperschaft. Der Reichsstatthalter neuen Typs hatte – abgesehen von der Wehrmacht und Teilen der Justiz – die volle Befehlsgewalt über den ihm unterstellten Regierungspräsidenten. Nur der Reichsinnenminister bzw. die einzelnen Fachministerien in Berlin waren ihm übergeordnet. Diese Konstruktion des Reichsstatthalters als Mittelinstanz war im Altreich unbekannt. Dort waren die Kreise verwaltungsmäßig direkt den Zentralbehörden unterstellt.<sup>33</sup>

Gauleiter und Reichsstatthalter Franz Hofer nützte bei der Eingliederung Vorarlbergs jene Möglichkeiten, die sich durch dieses Gesetz boten. Die Uneinigkeit der führenden Vorarlberger Nationalsozialisten machte ihm die Sache leichter: Im Ländle war 1938 ein erbitterter Streit darüber entbrannt, was aus den ehemaligen drei Bezirkshauptmannschaften werden sollte. Dornbirn gehörte damals zum Bezirk Feldkirch. Führende Nationalsozialisten wie der Parteiführer Anton Plankensteiner, der Gestapochof Alfons Mäser und die Großunternehmer hatten jedoch aus der Stadt in der "illegalen Zeit" das sprichwörtliche "braune Nest" Vorarlbergs gemacht. Für diese "Leistungen" sollte Dornbirn nun entlohnt werden. Zuerst war sogar von der Ernennung zur Landeshauptstadt die Rede, schließlich aber wurde zumindest die Würde einer Kreisstadt gefordert. Da die Einteilung Vorarlbergs in vier Kreise von der Landesregierung in Wien abgelehnt wurde, sollte Vorarlberg in zwei Kreise mit Zentren in Feldkirch und Dornbirn eingeteilt werden. Nach heftigen Protesten aus Bludenz und Bregenz wurde eine entsprechende Verordnung Gauleiter Bürckels noch am selben Tag – dem 15. Oktober 1938 – zurückgenommen.<sup>34</sup>

Der Kleinkrieg in Vorarlberg ging aber weiter und wurde erst von Gauleiter Hofer im Einvernehmen mit Gauleiter Bürckel beendet: Es blieb bei der Einteilung in drei Kreise, der Sitz der NSDAP-Kreisleitung wurde aber von Feldkirch nach Dornbirn verlegt.<sup>35</sup>

In der Vorarlberger Geschichtsschreibung neigte man bislang häufig zu einer eher undifferenzierten Sicht der Auseinander-

setzungen zwischen hiesigen und Tiroler Nationalsozialisten: dort die bösen und brutalen Tiroler mit Hofer an der Spitze, da die braven Vorarlberger mit Plankensteiner, die sich nur dem Wohl des Landes verpflichtet fühlten. In dieser Sicht wurde aus der NS-Herrschaft eine "Fremdherrschaft" der Tiroler. Meinrad Pichler kommt zu dem Schluß:

"Der Anschluß Vorarlbergs an Tirol wird in etlichen Darstellungen als weit tragischer dargestellt als jener Österreichs an Deutschland. Es entsteht nahezu der Eindruck, als wäre eine hausgemachte Naziherrschaft durchaus erträglich gewesen."<sup>36</sup>

Für eine politikwissenschaftliche Analyse der NS-Herrschaft in Vorarlberg und eine realistische Einschätzung der einzelnen Machträger bedürfte es weiterer Forschungen, die erst nach Aufhebung der Archivsperr im Vorarlberger und Tiroler Landesarchiv möglich sein werden. Inzwischen sei auf Einzeluntersuchungen verwiesen.<sup>37</sup>

### **Wirtschafts- und Sozialpolitik**

In Vorarlberg ergab die Eingliederung in das Deutsche Reich in wirtschaftlicher Hinsicht Probleme, da die dominierende Textilindustrie des Landes in den reichsdeutschen Wirtschaftsplänen keinen großen Stellenwert hatte. Sie war nicht kriegswichtig. Dennoch gelang es den meist nationalsozialistisch eingestellten Besitzern der größeren Unternehmen des Landes, durch staatliche Aufträge und Diversifikation der Produktion den Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich nicht nur unbeschadet, sondern zum Teil sogar gestärkt zu überstehen.

Während die politische Elite der Vorarlberger NSDAP von Gauleiter Hofer größtenteils entmachtet wurde, konnte sich die Wirtschaftselite des Landes behaupten. Führende Unternehmer – vor allem die Eigentümer und Geschäftsführer der Textilfirmen F. M. Hämmerle, Franz M. Rhomberg, Herrburger & Rhomberg sowie Carl Ganahl & Co. – erhielten bedeutende Funktionen in staatlichen oder militärischen Stellen. Mit ihnen hatte Gauleiter Hofer kaum Schwierigkeiten, obwohl auch sie ursprünglich der "antitiro-lischen" Fraktion innerhalb der Vorarlberger NSDAP angehört hatten. Ein ehemaliger Vertrauter Hofers, der Innsbrucker Klaus Mahner, bestätigt dies. Mahner war 1942 nach dem mehr oder



Die Vorarlberger NSDAP konnte sich gegen die Tiroler Nationalsozialisten nicht durchsetzen, die Wirtschaftselite hingegen erhielt großen Einfluß. Die Firmenzentrale von F. M. Hämmerle in Dornbirn – Steinebach.

weniger freiwilligen Abgang Plankensteiners als Kreisleiter nach Dornbirn versetzt worden, wo ihm zuerst eisige Ablehnung entgegenschlug. Die Unternehmen des Landes aber bereiteten ihm keine Schwierigkeiten:

„Die starke und leistungsfähige Industrie Vorarlbergs machte Kontakte mit den Wirtschaftsführern und der Arbeiterschaft besonders notwendig, wobei die im allgemeinen vorbildliche soziale Einstellung der Unternehmer hier wenig Probleme entstehen ließ.“<sup>38</sup>

Das Bild von der laut Mahner „vorbildlichen sozialen Einstellung“ der Vorarlberger Unternehmer wird in dieser Arbeit etwas anders gezeichnet werden müssen. Dennoch: Es gab Verbesserungen.

Bis 1938 hatte es – wohl aus politischen Gründen – in sozialer Hinsicht kaum Aktivitäten der meist nationalsozialistisch eingestellten Unternehmerschaft<sup>39</sup> gegeben, sodaß sich die NS-Zeit in bezug auf staatliche und betriebliche Sozialleistungen für die Arbeiterschaft sehr stark von der vorangegangenen austrofaschistischen Ära abhob. Einige dieser Leistungen hatten über die sieben Jahre des „Tausendjährigen Reiches“ hinaus bestand.

Veränderungen der Berufsstruktur ließen sich nach dem Krieg genauso wenig rückgängig machen wie etwa die Mechanisierung und Modernisierung der Landwirtschaft oder die Verbesserung der Infrastruktur für Industrie und Fremdenverkehr durch Großinvestitionen im Straßen- und Kraftwerksbau. Die wirtschaftliche Entwicklung in Vorarlberg verlief rasanter als in anderen österreichischen Regionen und hatte bedeutende Folgen für die Nachkriegszeit. Tendenziell hat es sie insbesondere in der Industrie aber in allen Bundesländern/Gauen gegeben:

„Vielleicht läßt sich der industrielle Aufschwung der Jahre 1938/39, der eine langfristige sozialstrukturelle Umwandlung einleitete, in Hinblick auf die sich dann in den fünfziger und sechziger Jahren beschleunigende industriegesellschaftliche Entwicklung als ‚Modernisierung vor der Modernisierung‘ beschreiben.“<sup>40</sup>

Neben dem wirtschaftlichen Modernisierungsschub gab es während der NS-Zeit einen kulturellen: Die reichsdeutsche Ehegesetzgebung wurde wohl von vielen als Fortschritt empfunden, weil nicht mehr die Kirche, sondern der Staat zuständig war. Das ermöglichte die Scheidung. Auch vermehrte Freizeitangebote

durch die NS-Organisation "Kraft durch Freude" fanden bei vielen Anklang, Arbeitslosen- und Sozialversicherung ebenfalls. Die Entrechtung der Arbeiterschaft hingegen wurde in Österreich nicht von den Nationalsozialisten, sondern in den Jahren zuvor von den Austrofaschisten besorgt und daher von etlichen Betroffenen nur am Rande registriert.<sup>41</sup>

Die NS-Diktatur wurde von vielen in sozialer Hinsicht als Verbesserung ihrer Situation wahrgenommen. Die politischen Veränderungen fielen oft nicht allzu stark ins Gewicht und wurden nicht als "Bruch", sondern als Übergang von einer Diktatur in eine andere empfunden. Das war in Vorarlberg nicht anders als im übrigen Österreich und führte dazu, daß etliche Menschen insbesondere nach 1945 mit dem "Nationalsozialismus" durchaus Positives assoziieren:

"Bemerkenswert ist, daß auch heute noch – obwohl durch wissenschaftliche Analysen die nationalsozialistische Herrschaft insgesamt differenzierter erfaßt werden kann – derlei selektive Wahrnehmungen überdauern."<sup>42</sup>

Der Modernisierungsschub, den der Nationalsozialismus in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht gebracht hatte, wurde in der Forschung schon Ende der sechziger Jahre untersucht.<sup>43</sup> Auch in Vorarlberg sind in der NS-Zeit wesentliche Bereiche der Wirtschaft – Elektrizitätswirtschaft, Industrie, Bauwirtschaft, Landwirtschaft und so weiter – leistungsfähiger geworden. Ein entsprechender gesellschaftlicher Anpassungsprozeß läßt sich empirisch leicht feststellen: höherer Frauenanteil bei den Angestellten, mehr Industriearbeitsplätze und weniger in der Landwirtschaft, mehr in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie als in der Textilindustrie, die hauptsächlich Arbeitskräfte mit niedriger Qualifikation benötigt.

Die wichtigste Veränderung in der Wirtschaft Vorarlbergs war wohl der energisch vorangetriebene Ausbau der Wasserkraftwerke und die Verbesserung der hierfür notwendigen Infrastruktur. All das hatte über die NS-Zeit hinaus Bestand – Vorarlberg blieb von der alliierten Luftwaffe und Hitlers Politik der "verbrannten Erde" ja größtenteils verschont.

Die französische Besatzungsmacht hemmte die weitere Entwicklung der Wirtschaft des Landes nicht. In den anderen – insbesondere den östlichen – Bundesländern waren nicht im gleichen Ausmaß wie in Vorarlberg öffentliche Investitionen

durchgeführt worden. Nur in der Steiermark und in Oberösterreich hatte es eine ähnliche Entwicklung gegeben. Vor dem Krieg waren die drei ostösterreichischen Bundesländer weit stärker industrialisiert gewesen als die westlichen, was ihr Anteil an den in der Industrie beschäftigten Personen zeigt. In den sechs westlichen Bundesländern waren 1937 nur 39,6 Prozent aller Industriebeschäftigten Österreichs tätig gewesen, in Ostösterreich 60,4 Prozent. Nach dem Krieg – im September 1947 – lag der westösterreichische Anteil schon bei 51,4 Prozent, jener Ostösterreichs demnach nur noch bei 48,6 Prozent.<sup>44</sup>

Abschließend lassen sich die wichtigsten Fragestellungen dieser Untersuchung wie folgt zusammenfassen:

1. In der NS-Zeit gab es in Vorarlberg viele Investitionen: Kraftwerke wurden gebaut, das Straßennetz verbessert, viele Siedlungen errichtet, die Landwirtschaft modernisiert. Welches Ausmaß und welche Bedeutung hatten diese größtenteils staatlichen Investitionen für die Nachkriegsentwicklung?
2. Neben den relativ kleinen Elektro- oder metallverarbeitenden Betrieben drängten auch die großen Textilunternehmen durch Firmenübernahmen oder die Neugründung entsprechender Unternehmen in die Rüstungsproduktion. Welche Auswirkungen hatte das auf die industrielle Struktur des Landes?
3. Welches Ausmaß nahm die Verlagerung von reichsdeutschen Rüstungsfirmen beziehungsweise von Teilen dieser Unternehmen nach Vorarlberg an? Welche Auswirkungen hatte das in und nach der NS-Zeit?
4. Wie wirkte sich der massenhafte Arbeitseinsatz von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen aus? Unter welchen Bedingungen lebten diese Menschen?
5. Wie war es um die soziale Lage der Bevölkerung – Versorgungslage, Arbeitsverhältnisse, Löhne und Preise – während des Krieges bestellt?
6. Wie veränderte sich die Berufsstruktur in der NS-Zeit, welchen Anteil hatten die Frauen an diesen Veränderungen?
7. Zu Beginn und nach der NS-Zeit kam es zu einem Austausch der politischen Eliten des Landes. Gab es bei der Wirtschaftselite eine ähnliche Entwicklung?

## 4. Die Ausgangslage

### 4.1. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik bis zum März 1938

Die österreichische Wirtschaftspolitik zu Beginn und Mitte der dreißiger Jahre hatte eindeutige Prioritäten. Dieter Stiefel hat sie jüngst folgendermaßen beschrieben:

„Das vorrangige Ziel dieser Wirtschaftspolitik war nicht der Wiederaufschwung nach der Weltwirtschaftskrise, sondern die Stabilisierung des politischen Status quo angesichts der Bedrohung durch politisch dynamische Kräfte von rechts und links.“

Mit dieser Wirtschaftspolitik unzufrieden waren viele Vertreter der Industrie, die schon zu Beginn der dreißiger Jahre mehrheitlich den Anschluß an den großen und dynamischeren deutschen Wirtschaftsraum suchten. Nur ganz wenige Industriezweige waren beispielsweise gegen den „Zollunionsplan“ im Jahre 1931.<sup>2</sup>

Die These von der Durchdringung der österreichischen Industrie durch das deutsche Finanzkapital, die in den siebziger Jahren vorgeherrscht hat,<sup>3</sup> ist zwar inzwischen überzeugend widerlegt worden.<sup>4</sup> Die großdeutsche Einstellung eines großen Teiles der österreichischen Industriellen hingegen ist unbestritten. Das gilt auch für Vorarlberg.

Das Land war und ist ein Zentrum der österreichischen Textilindustrie. Diese wurde österreichweit zu Beginn der dreißiger Jahre voll von der Weltwirtschaftskrise erfaßt. Nicht so in Vorarlberg: Hier gelang es den großen Unternehmern, durch Rationalisierungsmaßnahmen die Produktivität ihrer Betriebe drastisch zu erhöhen. Während es beispielsweise zu Beginn der zwanziger Jahre im Land erst 3.516 Webstühle gab, waren es 1929 schon 4.532 und 1936 trotz der Krise in der Textilindustrie bereits 5.515 oder um 64 Prozent mehr als 1922. Besonders die Großfirmen des Landes verzeichneten damals eine starke Kapazitätsausweitung – auf Kosten der innerösterreichischen Konkurrenz.

Speziell die größte Firma des Landes, F. M. Hämmerle, expandierte in dieser Zeit und erwarb in Meersburg am deutschen Bodenseeufer sogar eine Weberei. Gleichzeitig wurden in Dornbirn Weber entlassen.<sup>5</sup> Aber auch die Firmen Getzner, Mut-

ler & Cie., die Textilwerke Schindler, Carl Ganahl & Co., Ing. R. Kastner, Franz M. Rhomberg und die Hohenemser Weberei und Druckerei hatten nach der Weltwirtschaftskrise größere Kapazitäten zur Verfügung als 1929 oder gar 1922. Bei den Spinnereien des Landes zeichnete sich eine ähnliche Entwicklung ab:

„Dabei fällt auf, daß diese Zunahme gerade im Krisenjahr 1931 stattfand, zu einer Zeit, als sich die Zahl der Spindeln österreichweit stark verringerte. Der Anteil Vorarlbergs an der österreichischen Baumwollgarnproduktion stieg daher von durchschnittlich 20 % in den Jahren 1921 bis 1927 auf 27,9 % 1934.

... Da die Zahl der Spindeln sich von 1932 bis 1936 nicht mehr erhöhte, die Garnerzeugung in den Vorarlberger Baumwollspinnereien jedoch von 5.311 Tonnen 1930 um 94 Prozent auf 10.302 Tonnen 1936 stieg, muß angenommen werden, daß die Vorarlberger Textilindustrie in der Krise große Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen tätigte – es war die Zeit der beginnenden Automatisierung.“<sup>6</sup>

Zur selben Zeit gab es im Land bis dahin unbekannt hohe Arbeitslosenziffern und Kurzarbeit – speziell in der Textilindustrie, wo nach einer Schätzung etwa ein Drittel aller Arbeitskräfte betroffen war. Die Volkszählung von 1934 – der Höhepunkt der Krise war bereits überschritten – ergab, daß es in diesem Bereich im Land insgesamt 1.024 in Stellung befindliche Angestellte und 7.695 in Stellung befindliche Arbeiter gab, 48 Angestellte und 1.220 Arbeiter waren offiziell als arbeitslos ausgewiesen. Diesen müssen die statistisch nicht ausgewiesenen Kurzarbeiter und Ausgesteuerten hinzugerechnet werden.

Insgesamt gab es in Vorarlberg im März 1934 genau 8.275 in Stellung befindliche Angestellte und 24.427 Arbeiter. 668 Angestellte und 8.125 Arbeiter waren offiziell als arbeitslos ausgewiesen.<sup>7</sup>

In dieser Situation nahm der politische Druck der größtenteils nationalsozialistisch eingestellten Vorarlberger Textilunternehmer auf die austrofaschistischen Machthaber und auf die Arbeiterschaft der Betriebe enorm zu. Mißliebige Arbeiter – auch Angehörige der Heimwehren und der Vaterländischen Front – wurden entlassen, arbeitslose Nationalsozialisten eingestellt.<sup>8</sup>

Die Behörden taten nur wenig, um der Arbeitslosigkeit im Land entgegenzuarbeiten. Vereinzelte Wasserbauprojekte, wie Entwässerungsgräben und Bachregulierungen, ein Projekt des „Freiwilli-

gen Arbeitsdienstes<sup>99</sup> zur Wildbachverbauung oder ein Straßenbauprojekt im Arlberg- und Tannberggebiet kurbelten die darniederliegende Bauwirtschaft nicht oder nur ungenügend an. Zu Großprojekten etwa im Bereich der Elektrizitätswirtschaft konnten sich die Machthaber nicht entschließen.<sup>10</sup>

Auch gesamtösterreichisch konnten die von 1933 bis 1935 groß angekündigten "Arbeitsbeschaffungsprogramme" die wahre Lage am Arbeitsmarkt nur propagandistisch etwas verdecken. Ab 1936 hingegen fiel auch das weg: Die Regierung bekannte sich offen zur Einstellung "aller öffentlichen Investitionen", um den Schilling "hart" zu belassen und das Budget ausgeglichen zu gestalten.<sup>11</sup>

Sogar das bürgerliche Österreichische Institut für Konjunkturforschung stellte 1933 fest, daß die Produktion rascher gestiegen war, als die Arbeitslosenzahlen abnahmen, weil die Mehrproduktion zum Teil sogar durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erzielt wurde. Insgesamt kann daher wohl Werner Dreier zugestimmt werden, der in bezug auf die vor 1938 beziehungsweise 1934 betriebene Wirtschaftspolitik zu folgenden Schlüssen kommt:

"Die in Bund und Land regierenden Christlichsozialen begriffen nicht, daß der Krise entgegengesteuert werden mußte. Sie taten nicht nur nichts zur Schaffung von Nachfrage, sondern kürzten die Gehälter im öffentlichen Dienst sowie die diversen Unterstützungszahlungen und dünnten damit die Kaufkraft noch mehr aus. Sie gingen auch auf sozialdemokratische Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung nicht ein, sondern ließen sogar Überstunden zu."<sup>12</sup>

Daß sich nach der Ausschaltung der Sozialdemokratie im Februar 1934 an dieser Politik kaum etwas änderte, braucht wohl nicht eigens betont zu werden.

Siegfried Mattl beschreibt die auf die Wirtschaft abzielenden Maßnahmen der damaligen Regierung als "Politik der Passivität" und ortet unterschiedliche Auffassungen über den richtigen Kurs bei verschiedenen Interessengruppen. Während die Banken und die Bürokratie das Dogma der Währungsstabilität und des ausgeglichenen Budgets hochhielten, war die Industrie verständlicherweise gegenteiliger Ansicht und hätte eine durch öffentliche Aufträge herbeigeführte "Staatskonjunktur" wie im nationalsozialistischen Deutschland begrüßt.<sup>13</sup>

In Vorarlberg schlossen alle Landeshaushalte ab 1925 bis in die



Die Ankurbelung der Wirtschaft durch staatliche Aufträge wurde in den dreißiger Jahren verabsäumt. Die Errichtung des Vermunt-Speichers (oben) war eines der letzten großen Bauvorhaben vor dem Beginn der NS-Zeit. Unten die Flexenstraße in den dreißiger Jahren. Sie wurde wie viele andere Straßen im Land in der NS-Zeit ausgebaut.

Zeit des Austrofaschismus mit Überschüssen ab. Zu Interventionen gegen die Arbeitslosigkeit kam es aber dennoch praktisch überhaupt nicht.<sup>14</sup>

In keiner Weise vermochten es die Machthaber vor 1938 auch in sozialpolitischer Hinsicht, die "Utopie eines Ständestaates" gegen die Erfordernisse und die Realität des Kapitalismus durchzusetzen:

"Der soziale Anspruch des Austrofaschismus war also sowohl durch die sozialpolitische Gesetzgebung als auch durch die sozialpolitische Praxis der Unternehmer konterkariert worden."<sup>15</sup>

## 4.2. Wirtschaftliche und politische Strategien der großen Textilunternehmen des Landes vor dem "Anschluß"

Wie für einen Teil der Arbeiter begann die nationalsozialistische Ära auch für viele Unternehmer durchaus erfreulich. Was für die einen die Beseitigung der Arbeitslosigkeit war, bedeutete für die anderen eine Zunahme an Aufträgen – vor allem in der Bauwirtschaft – und zumindest kurzfristig bessere Geschäfte durch einen ungeheuren Kaufboom und die Leerung der vollen Lager.

Vor 1938 hatten viele Vorarlberger Unternehmer aus ihrer Sympathie für den Nationalsozialismus kein Hehl gemacht und die NSDAP tatkräftig unterstützt. Schon 1933 – wenige Tage vor dem Verbot der NSDAP am 19. Juni – sahen sich beispielsweise die christlichsozialen Vertreter auf dem "Handels-, Gewerbe- und Industrietag" im Hotel Mohren in Dornbirn durch Resolutionen und "hakenkreuzlerische Beschimpfungen" – so das "Vorarlberger Volksblatt" am nächsten Tag – veranlaßt, die Veranstaltung unter Protest zu verlassen. Zu eindeutig waren die Mehrheitsverhältnisse.<sup>1</sup>

Auch gesamtösterreichisch zählte insbesondere die Textilindustrie seit langem zu den Befürwortern einer großdeutschen Lösung. Das zeigte sich schon 1931 beim sogenannten "Zollunionsplan", der ein zollfreies Wirtschaftsgebiet Österreich und Deutschland vorsah. Die österreichischen Textilindustriellen – speziell die Baumwollspinner und Weber – erhofften sich dadurch die

Zurückgewinnung der an die italienische, französische und belgische Konkurrenz verlorenen Anteile am deutschen Markt?

Auch nach dem Verbot der NSDAP hörte die Unterstützung der Partei durch Unternehmer – insbesondere durch die Dornbirner Großfabrikanten – nicht auf. Politisch motivierten Entlassungen von nichtnationalsozialistischen Arbeitern und Angestellten standen die Behörden ebenso machtlos gegenüber wie der offensichtlichen finanziellen und organisatorischen Unterstützung der Partei. Der für die Sicherheit im Lande Verantwortliche, Sicherheitsdirektor Oberst Ludwig Bechinie, meinte schließlich in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt resignierend:

„Dornbirn war der Sitz der Großdeutschen, die fast in ihrer Gesamtheit ins nationalsozialistische Lager übergangen. Diesem gehörten führend die Industriellenfamilien F. M. Hämmerle, F. M. Rhomberg und Herrburger und Rhomberg an. Dieser Führung war es nicht schwer, fast ganz Dornbirn und Umgebung in diese Richtung zu zwingen, waren doch Arbeiter, Gastwirte und Geschäftsleute aller Art von ihr abhängig.“

Weiters berichtet Bechinie in diesem Schreiben von „recht engen“ wirtschaftlichen Verbindungen der Textilfabrikanten mit Deutschland. Darin erblickte er die wesentlichste Ursache für deren NS-freundliche Haltung:

„Die Industrie, die sich durch Aufrüstung in Deutschland große Vorteile versprach, vergaß ihre österreichische Zugehörigkeit zur Gänze.“

Der Kampf der Behörden gegen diese Übermacht sei nur „defensiv und wirkungslos“, da die Fabrikanten eine Atmosphäre geschaffen hätten,

„in der ... die Bevölkerung nicht einmal mehr zu atmen wagte.“<sup>3</sup>

Diese Situation dürfte sich auch in den folgenden Jahren bis zum „Anschluß“ nicht wesentlich geändert haben. So mußten die Behörden beispielsweise im Februar 1938, also noch vor der NS-Machtergreifung, feststellen, daß in verschiedenen Textilfirmen des Landes – speziell aber bei Herrburger & Rhomberg und Franz M. Rhomberg – Listen im Umlauf waren, auf denen die Arbeiter durch Unterschrift ihre Bereitschaft zu bekunden hatten, gegenüber Gesinnungsgenossen im Betrieb den Hillergruß zu leisten. Nach einer kurzen Untersuchung durch die Gendarmerie wurden die Urheber dieser Listen ausfindig gemacht. Sie weiger-

ten sich aber, die Listen herauszugeben, und beriefen sich auf den Volkspolitischen Referenten innerhalb der Vaterländischen Front, Johann Martin Luger. In einem Bericht an die Bezirkshauptmannschaft berichtete dann der Dornbirner Gendarmerieposten-Kommandant Hugo Lunardon:

„Der volkspolitische Referent stellt sich sonderbarer Weise auf den Standpunkt, daß eine derartige Werbung im Sinne des § 12 des Ordnungsschutzgesetzes nicht strafbar sein könne, weil es sich nicht um eine Werbung der nat. soz. Partei, sondern nur um eine Umfrage bei der Arbeiterschaft handelt, wer von den Arbeitern für die NSDAP sympathisiert.“<sup>4</sup>

Der Postenkommandant betont in seinem Bericht, daß angesichts der deklariert nationalsozialistischen Haltung der Firmeneigentümer die Existenz solcher Listen für viele „vaterländisch gesinnte“ Arbeiter einen Druck bedeute, da Entlassungen von nicht nationalsozialistisch eingestellten Arbeitern schon mehrmals vorgekommen seien.<sup>5</sup>

Anfang März 1938 waren in den verschiedenen Betrieben der Firmen Herrburger & Rhombert und Franz M. Rhombert neuerdings entsprechende Listen im Umlauf. Nun wandten sich die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner dieser Betriebe am 3. März 1938 in einer Resolution an die Ortsgruppenleitung Dornbirn und an die Landesleitung der Vaterländischen Front:

„Mit großem Befremden und begreiflicher Besorgnis, ja mit Enttäuschung sieht sich die Arbeiterschaft Bestrebungen gegenüber, die in keiner Weise geeignet sind, den Frieden in der schaffenden Arbeiterschaft zu unterstützen und zu fördern. ...

Die Arbeiterschaft sieht darin die eindeutig klare Aktion einer verbotenen Partei und eine Gefahr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den Betrieben, da schließlich zwangsläufig die nichtnationalsozialistische Arbeiterschaft zu Gegenmaßnahmen gezwungen (würde), umso mehr als sie sich in einer erdrückenden Mehrheit befindet.“<sup>6</sup>

Unter „höhnischem Lächeln“ würden in diesen Betrieben Nazi-gegner mit dem Hitler-Gruß empfangen „und nach allen Regeln der Kunst gefrotzelt“, indem ihnen – dies allerdings prophetisch – gesagt werde, daß „in 14 Tagen bis 3 Wochen die Vaterländischen nichts mehr zu reden haben“. Die Betriebseigentümer seien bis ins Detail über diese Vorkommnisse im Bilde, berichtete Postenkommandant Lunardon.<sup>7</sup>



Der Dornbirner Gendarmeriepostenkommandant Hugo Lunardon. In den Jahren vor 1938 ging er auch gegen prominente Nationalsozialisten energisch vor. Lunardon wurde noch in der Nacht des "Anschlusses" verhaftet. Er starb 1940 im KZ Mauthausen.

Angesichts der weiter oben erwähnten Rationalisierungen in den meisten großen Textilbetrieben Vorarlbergs und den dadurch erfolgten Entlassungen und der Kurzarbeit war die Angst der Bevölkerung durchaus verständlich. Die Unternehmenspolitik der Großbetriebe sah aber nicht nur eine Optimierung der innerbetrieblichen Struktur vor, sondern suchte den Weg auf den großen deutschen Markt. Auslandsverlagerungen waren in diesem Zusammenhang das Ziel vieler Großbetriebe – besonders von F. M. Hämmerle. Vor allem nach der Machtergreifung der NSDAP im Deutschen Reich im Jänner 1933 bemühte sich die Firma um eine Teilhabe an der Konjunktur, die dort durch Staatsaufträge ausgelöst worden war. Ein entscheidender Schritt hierzu war der "Kauf" einer Textilfabrik in Meersburg am deutschen Bodenseeufer. Da es sich um jüdischen Besitz handelte, war die Fabrik im Zuge der "Arisierung" günstig zu haben, zumal es der Firma F. M. Hämmerle nicht an guten Kontakten zu den neuen Machthabern im Reich mangelte.

Der Schwiegersohn des Firmenchefs Victor Hämmerle, Baron Gustav Wagner Wehrborn, war hochrangiger Funktionär der illegalen NSDAP in Vorarlberg<sup>8</sup> und wurde mit der Leitung des im August 1934 erworbenen Meersburger Betriebes betraut. Der war seit März 1933 mehr oder weniger stillgelegt, da die jüdischen Besitzer keine Aufträge mehr erhalten hatten. Nach der Übernahme durch F. M. Hämmerle änderte sich das rasch: Ende 1934 wurde die volle einschichtige Beschäftigung, nämlich die Ingangsetzung aller 120 Webstühle, erreicht. Gleichzeitig wurde damit begonnen, insgesamt 58 Jacquard-Maschinen von Dornbirn nach Meersburg zu verlagern. Denn bei Lieferungen von Jacquardwebereien ins Deutsche Reich bestanden Zolsschwierigkeiten. Diese wurden durch die direkte Verlagerung von Maschinen ins benachbarte Meersburg bewältigt. Hierfür fanden die Firmeneigentümer sieben Jahre später recht offene Worte:

"Auch hier war die einzige Lösung, die damals in unseren Dornbirner Betrieben durch die in Gang befindliche Reorganisation freiwerdenden Arbeitskräfte zum Teil nach Meersburg zu verschieben."<sup>9</sup>

In Dornbirn wurden also durch die Rationalisierungsmaßnahmen Textilarbeiter entlassen, in Meersburg konnte man diese Arbeitslosen zum Ausbau der neuerworbenen Weberei gut gebrauchen.

Im Reich war die Rüstungskonjunktur ja inzwischen voll angelaufen.

Daß durch die konstant hohe Arbeitslosigkeit in Österreich das Renommee der austrofaschistischen Regierung bei der Arbeiterschaft weiterhin gering blieb und sich viele Arbeiter durch eine nationalsozialistische Machtergreifung eine Verbesserung ihrer Situation erhofften, war wohl ein durchaus bewußt kalkulierter Nebeneffekt dieser Unternehmensstrategie.

Angesichts dieser Betriebspolitik der Großunternehmen und den tatsächlichen Machtverhältnissen im Land wurde die Situation für die nicht nationalsozialistisch eingestellte Arbeiterschaft in der Zeit vor dem "Anschluß" immer unerträglicher. Die vielen Auszeichnungen, die Vorarlberger Textilfabrikanten von den NS-Machthabern schließlich erhalten sollten, waren denn auch nicht überraschend. Die meisten dieser Unternehmer hatten sich diese Auszeichnungen – von ihnen wird weiter unten noch die Rede sein – redlich verdient.

Die Zeit für den "Anschluß" war angesichts der Zustände in den großen Vorarlberger Betrieben jedenfalls reif.

### 4.3. "Arisierungen" und hohe Posten nach dem "Anschluß"

Die dargestellte nationalsozialistische Einstellung vieler Vorarlberger Textilunternehmer sollte sich nach dem "Anschluß" bezahlt machen: mit "Arisierungen" und hohen Funktionen im NS-Staat.

In Vorarlberg gab es – trotz einer ehemals blühenden Judengemeinde in Hohenems – zwar nur relativ wenige Personen, die im Sinne der "Nürnberger Gesetze" als Juden oder "jüdische Mischlinge" galten. Mit 17. Mai 1939 wurden im Land offiziell nur noch insgesamt 104 Juden und "Mischlinge" erfaßt – also eine recht geringe Zahl! Um deren Vermögen setzte dennoch ein Wettlauf zwischen einzelnen "verdienten Parteigenossen" ein. Diesbezüglich unterschied sich die Situation hier nicht von jener in Wien und der übrigen Ostmark.<sup>2</sup>

Im Land begann die "Arisierung" mit der Meldung von "jüdischem" landwirtschaftlichem Besitz und sonstigem Grundbesitz durch die Bezirkshauptmannschaften bzw. Landratsämter

Bludenz und Feldkirch an die Landeshauptmannschaft. Bregenz erstattete eine Fehlmeldung. Der Grundbesitz wurde entweder zugunsten der Gestapo beschlagnahmt oder ging im "Verkaufswege" – meist unmittelbar vor der Flucht der Besitzer ins Ausland – an Privatpersonen. Auch öffentliche Stellen gingen nicht leer aus: Die Gemeinde Hohenems "erwarb" die Synagoge, den israelitischen Friedhof, die ehemalige jüdische Schule, das Rabbinatshaus, eine große Wiese und ein kleines Gebäude für den jüdischen Leichenwagen sowie das respektable Vermögen an Kultgegenständen und Bargeld der israelitischen Kultusgemeinde um bescheidene RM 8.000,-. Allein die Gebäude waren für RM 69.300,- versichert gewesen. Bedauerlicherweise ließ sich der Verbleib der überaus wertvollen Kultgegenstände auch nach 1945 größtenteils nicht mehr eruieren.<sup>3</sup>

Die großen Förderer der NSDAP vor 1938 – vor allem Eigentümer der Firmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg – hatten weitergehende Wünsche als den nicht gerade üppigen Besitz der wenigen Juden im Land. Das damals weltbekannte Wiener Großkaufhaus Herzmansky war 1934 zum Großteil in den Besitz von Max Delfiner gekommen, der als Jude nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich nach Paris fliehen mußte. Die Firma erhielt hochrangige "kommissarische Verwalter", deren Hauptinteresse darin bestand, den Betrieb möglichst rasch zu "arisieren". Das ging dann auch in Windeseile vor sich. So konnte das "Neue Wiener Tagblatt" schon am 17. März 1938 von der Übernahme des Kaufhauses durch die NSDAP berichten:

"(Das Kaufhaus A. Herzmansky) wurde von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei mit gestrigem Tage übernommen und wird von den Treuhändern, die Angestellte des Hauses und bewährte Parteigenossen sind, übernommen."<sup>4</sup>

Am 28. April 1938 – nur gut vier Wochen später – konnten diese "Treuhänder" einen ersten Erfolg bei ihrer Aufgabe verbuchen. An diesem Tag wurde ein Kaufvertrag unterzeichnet, der am 3. Mai 1938 vom Reichsstatthalter in Österreich und am 20. Juni 1938 von der für die "Arisierungen" zuständigen "Vermögensverkehrsstelle" genehmigt wurde. Demnach erwarben die beiden Vorarlberger Großunternehmen Franz M. Rhomberg und F. M. Hämmerle je zur Hälfte die gesamte Firma A. Herzmansky KG. Im Handelsregister schien bis zum 8. Juli 1938 auch noch Agnes Herzmansky als persönlich haftende Gesellschafterin auf. Die Eintragung wurde



Zu Beginn der NS-Herrschaft gelang es Vorarlberger Firmen, große Vermögenswerte zu "arisieren". Das Wiener Großkaufhaus Herzmanns (oben) wurde von Franz M. Rhomberg und F. M. Hämmerle gemeinsam "erworben". Links die berühmte "goldene Stiege" im luxuriös ausgestatteten Mittelhaus in der Stifftgasse 3.

dann aber gelöscht. Nach einer Kapitalaufstockung durch die Gesellschafterversammlung vom 23. Dezember 1938, die rückwirkend ab 28. April 1938 galt, hatte die Firma folgende Gesellschafter:

#### Gesellschaffereinlage

Gustav Freiherr von Wagner-Wehrborn	RM 120.000,-
Hermann Rhomberg	RM 120.000,-
Firma F. M. Hämmerle	RM 480.000,-
Firma Franz M. Rhomberg	RM 480.000,-

Mit der Firma Herzmansky hatten sich die Vorarlberger Textilunternehmen ein florierendes Warenhaus einverleibt, das einen Jahresumsatz von mindestens RM 20.000.000,- erwarten ließ und etwa 730 Personen beschäftigte. So hatte das Unternehmen in den Monaten vor dem "Anschluß" jeweils nur knapp eine halbe Million umgesetzt, ab März aber war der Umsatz gewaltig in die Höhe geschneilt, und die Bilanz für 1938 wies bereits RM 16.713.211,73 aus. Der gesamte Landesvoranschlag für das Land Vorarlberg war 1938 nicht einmal halb so hoch<sup>5</sup> wie der Umsatz dieses Kaufhauses – bei dem es in der Folge zudem zu einem wahren Boom kam. In den ersten Monaten des Jahres 1939 hatte sich der Umsatz nämlich noch einmal gewaltig erhöht:

#### Umsatz des Kaufhauses Herzmansky in RM

	1938	1939	Steigerung
Jänner	463.325,66	1.433.903,49	+ 209,5 %
Februar	463.255,83	1.535.011,44	+ 231,4 %
März	1.212.350,32	1.933.450,93	+ 59,5 %
April	1.232.248,37	1.885.742,92	+ 53,0 %
Mai	1.164.813,41	2.034.766,65	+ 74,7 %
Juni	954.835,03	1.933.403,53	+ 102,5 %

Das Unternehmen Herzmansky hatte in den Jahren vor dem Anschluß einen Umsatz von jeweils etwa ÖS 9.500.000 gemacht, umgerechnet nach dem offiziellen Kurs also jeweils etwas mehr

als RM 6.300.000,-. Allein das Jahr 1938 hatte mit über RM 16.700.000,- eine Umsatzsteigerung von 155 Prozent gebracht, und die Tendenz war auch 1939 eindeutig steigend. Nimmt man die Monate März bis Juni zum Vergleich, so läßt sich für das Jahr 1939 – gleichbleibende Tendenz vorausgesetzt – ein Umsatz von über RM 29.000.000,- erwarten. Dank der besseren Auslastung dürfte sich der Gewinn überproportional entwickelt haben.

Da das Unternehmen bereits 1936/37 einen Gewinn von umgerechnet RM 810.705,47 gemacht hatte, sich der Umsatz bis 1938 mehr als verzweieinhalbfachte und bis 1939 wahrscheinlich mehr als vervierfachte, erscheint der Kaufpreis, den die beiden Voralberger Firmen zu entrichten hatten, lächerlich gering: RM 600.000,-. Allein die Immobilien der Firma waren nach einer 1939 von der Vermögensverkehrsstelle in Auftrag gegebenen Bewertung weit mehr wert, und sogar der in der Bilanz ausgewiesene offizielle Buchwert der Liegenschaft zum 31. Jänner 1938 stand mit ÖS 607.250,- in keinem Verhältnis zum Kaufpreis für die mit hohem Gewinn arbeitende Firma.<sup>6</sup>

Bei der "Arisierung" von Herzmansky kam es zu weiteren Ungereimtheiten: Auch bei der Bewertung des mobilen Vermögens war es laut Vermögensverkehrsstelle zu einem deutlichen Mißverhältnis zwischen Buchwert und Kaufpreis gekommen – dies trotz "reichlich hoher Abschreibungen". Zudem hatte es bei der Bewertung des Warenlagers Ungereimtheiten gegeben, sodaß die Arisierungsstelle 1939 eine "Nacherhebung" von mindestens RM 700.000,- forderte. Sicherheitshalber aber – so wurde festgestellt – müsse das ganze Verfahren noch einmal überprüft werden. Diese Überprüfung ließ offensichtlich auf sich warten, denn in einem Aktenvermerk vom 21. Juni 1944 heißt es, daß die "schon 1939 beantragte Überprüfung des Verfahrens ... bis heute nicht durchgeführt wurde".<sup>7</sup>

Die beiden Voralberger Firmen jedenfalls scheinen mit dem Ergebnis der Transaktion zufrieden gewesen zu sein. Sie bewarben sich nämlich erfolgreich um weiteren jüdischen Besitz. Schon am 15. Mai 1940 schrieb die Kontrollbank für Industrie und Handel an die Vermögensverkehrsstelle in Wien, daß mit Bewilligung des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin "in den nächsten Tagen die Unternehmung H. Sternberg jun., Wien VII, Kaiserstraße 39" an die Textilunternehmen Rhomberg und Hämmerle veräußert werden solle. Das einzige Problem, das zu diesem Zeitpunkt noch

bestand, war eine "politische Unbedenklichkeitserklärung der beiden Kaufwerber". Dieses Problem konnte sehr schnell gelöst werden.<sup>8</sup>

Auch andere Vorarlberger Unternehmen nutzten die Möglichkeiten, die sich 1938 boten: So erwarb beispielsweise die Firma Ganahl & Co. das Unternehmen Nagler & Opler in Weigelsdorf (Niederösterreich) um einen Kaufpreis von RM 175.000,-, die nicht etwa an den Eigentümer entrichtet wurden, sondern nur zur Abstattung von Forderungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften und privater Gläubiger dienten. Zusätzlich war ein Betrag von RM 17.000,- an die Vermögensverkehrsstelle zu entrichten.<sup>9</sup>

Das Dornbirner "Kleiderhaus Richard Rhomberg" erwarb den Betrieb des 1938 aus Wien geflüchteten Heinrich Ronai in der Währingerstraße 85 – ein Kinderbekleidungsgeschäft.<sup>10</sup> Da offensichtlich auch diese Transaktion zur Zufriedenheit des Kaufwerbers Richard Rhomberg abgewickelt wurde, kam es schon bald zu einer weiteren: Unter mehreren Interessenten wurde Richard Rhomberg die Genehmigung zum Erwerb des Herren- und Knabenkleiderherstellers "Kulik & Co." erteilt. Rhomberg hatte sein Ansuchen in einem Schreiben vom 4. November 1938 damit begründet, daß er nach der Erwerbung des Kinderbekleidungsgeschäftes Ronai den Bedarf "trotz größter Anstrengungen mit den vorhandenen Schneidern nicht" befriedigen könne:

"Somit ist die Beschaffung der Fertigware durch die großen Erzeugungsschwierigkeiten zur Existenzfrage des Unternehmens geworden. ... Das Geschäft (Ronai; HW) ist eines der bedeutendsten für Währing und die Bevölkerung ist sehr ungehalten, daß kein Lager insbesondere von billigen Qualitäten vorhanden ist. Es muß daher unter allen Umständen rasche Abhilfe dieser Übelstände geschaffen werden."

Die Vermögensverkehrsstelle ließ die "ungehaltene Bevölkerung" nicht lange warten und befürwortete mit 25. Jänner 1939 den Verkauf an Richard Rhomberg, der – so die offizielle Begründung – "hier als Illegaler und Nationalsozialist bestens bekannt ist".<sup>11</sup>

Auch leitende Angestellte der Vorarlberger Unternehmen in den Wiener Zweigbetrieben profitierten von den sich bietenden Möglichkeiten. So gehörte dem Geschäftsführer von Franz M. Rhomberg sein Wohnhaus in Wien zur Hälfte, die andere Hälfte war im Eigentum von Firmenchef Hermann Rhomberg. Der Kauf dieser Liegenschaft wurde am 8. bzw. 15. April 1939 abge-

wickelt – der vormalige Eigentümer, der das Haus bis dahin an die Firma vermietet hatte, war Jude. Da Hermann Rhomberg wenige Tage später ein weiteres Haus erwarb, meinte sein Rechtsanwalt, den "Papierkrieg" abkürzen und auf die neuerliche Ausfertigung der bei "Arisierungen" notwendigen Formblätter verzichten zu können. Nur auf eines konnte man im NS-Staat offensichtlich nie verzichten:

"Ich glaube daher diesbezüglich nicht neuerlich ein Formblatt beischließen zu müssen, lege aber die eidesstattliche Erklärung des Herrn Hermann Rhomberg über seine arische Abstammung bei."<sup>12</sup>

Die Textilfirmen nutzten offenkundig jene Möglichkeiten, die sich ihnen durch die Gesetze über die "Arisierungen" boten. Die Rüstungskonjunktur war schließlich ein weiterer Grund dafür, warum nach dem "Anschluß" die Erwartungen der Fabrikanten sehr groß waren. Die vor 1938 geleisteten Dienste sollten nun entlohnt werden – und sie wurden entlohnt. Staatliche Aufträge und hohe Positionen für die NS-Unternehmer waren gang und gäbe und ermöglichten den Betrieben auch im Kriege die Aufrechterhaltung der Produktion.

So forderte die Wehrwirtschaftsinspektion Salzburg vom Rüstungskommando Innsbruck unmittelbar nach Kriegsbeginn eine Liste von prominenten und politisch zuverlässigen "Wirtschaftsführern" an, die im Krieg in entsprechende Positionen aufrücken könnten. Von den fünf für den Gau Tirol-Vorarlberg ausgewählten Persönlichkeiten stammten allein drei aus Vorarlberg, alleamt Vertreter der Textilindustrie: Gustav Wagner-Wehrborn von der Firma F. M. Hämmerle, Hermann Rhomberg von Franz M. Rhomberg und Hans Ganahl von der Firma Carl Ganahl.<sup>13</sup>

In diesem Zusammenhang kann auf ein anderes Phänomen hingewiesen werden: In bezug auf die Eliten des Landes ist während der NS-Zeit kaum ein Wandel eingetreten. Nicht wenigen "Wirtschaftsführern" gelang es nämlich, sowohl in der austrofaschistischen Ära als auch in der Zeit des Nationalsozialismus sowie in der Nachkriegszeit führende politische bzw. wirtschaftspolitische Positionen (Handelskammer, Dornbirner Messe) einzunehmen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Industriellen Rudolf Hämmerle, Hans Ganahl und Hermann Rhomberg, auf deren Karrieren vor, während und nach der NS-Zeit im Verlauf dieser Arbeit mehrfach Bezug genommen wird. An diesen

Personen wird auch deutlich, daß dieser nicht stattgefundene Elitenwandel nicht nur in bezug auf die Wirtschaftselite, sondern – zumindest zum Teil – auch in bezug auf die politische Elite gilt.

Hans Ganahl war vor, während und nach der NS-Zeit Präsident der Vorarlberger Handelskammer. Im September 1938 gab er diese Funktion freiwillig ab, da die Errichtung einer Gauwirtschaftskammer Tirol-Vorarlberg bevorstand. In der austrofaschistischen Ära war er als Vertreter der Industrie Landtagsabgeordneter gewesen. Dennoch galt er den Nationalsozialisten nicht als Gegner, sondern als überaus vertrauenswürdiger "Wirtschaftsführer". So scheint er gemeinsam mit Gustav Wagner-Wehrborn von der Firma F. M. Hämmerle und Hermann Rhomberg in der oben erwähnten offiziellen Liste als politisch zuverlässiger "Wirtschaftsführer" des Landes auf, der mit entsprechenden Aufgaben betraut werden könne.<sup>14</sup> 1949 wurde Ganahl – nachdem er zuvor längere Zeit im Anhaltelager Brederis als ehemaliger Nationalsozialist interniert worden war, für die ÖVP in den Vorarlberger Landtag gewählt, 1950 wurde er auch erneut Handelskammerpräsident.<sup>15</sup>

Hermann Rhomberg machte wie Hans Ganahl vor, während und nach der NS-Zeit Karriere. In den dreißiger Jahren expandierte die Firma Franz M. Rhomberg unter seiner Führung durch den Ankauf einer Baumwollspinnerei in Rankweil (1932) und der bekannten Seidenspinnerei J. G. Ulmer in Dornbirn-Schwefel (1934), der größten Seidenspinnerei Österreichs. In der austrofaschistischen Zeit wurde er als Vertreter der Industrie in den Vorarlberger Landtag berufen und am 4. Februar 1938 zum Mitglied des Beirates für Handelsstatistik ernannt. Auch in der NS-Zeit nahm er hohe Positionen ein: Er wirkte als Luftwaffenbeauftragter für den Wehrkreis XVIII (Tirol-Vorarlberg, Salzburg, Kärnten, Steiermark und nordjugoslawische Gebiete) und als Vizepräsident der Gauwirtschaftskammer Tirol-Vorarlberg. Als "Illegaler" hatte er eine bevorzugte NSDAP-Parteinummer erhalten: 6,360.950. Auch dem NSKK gehörte Rhomberg in führender Stellung an. Es verwundert denn auch nicht, daß sein Unternehmen 1939 zum "NS-Musterbetrieb" ernannt worden ist. Diese Auszeichnung teilte es mit insgesamt nur elf weiteren Textilbetrieben im gesamten Reich.

Nach dem Krieg gründete er 1949 die Dornbirner Messe und stand ihr jahrelang als Messepräsident vor. 1960 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Dornbirn ernannt. Ein Jahr später erhielt er



Der Dornbirner Unternehmer Hermann Rhomberg (links). Sein Einfluß reichte in und nach der NS-Zeit weit über die Grenzen Vorarlbergs hinaus. Nach 1938 war er der einflußreichste "Wirtschaftsführer" des Landes und in vielen Funktionen tätig. 1949 gründete er die "Dornbirner Messe" und wurde 1962 Ehrenbürger der Stadt.

Der Feldkircher Unternehmer Hans Ganahl (rechts) war vor, während und nach dem "Dritten Reich" Vorarlberger Handelskammerpräsident. Landtagsabgeordneter war er als Vertreter der Industrie von 1936 bis 1937, als Mandatar der ÖVP von 1949 bis 1964.

von Bundespräsident Heinrich Lübke das "Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland". Von 1955 bis 1965 war er stellvertretender Obmann der Sektion Industrie in der Vorarlberger Handelskammer. Neben diesen Funktionen hatte er eine Vielzahl weiterer.<sup>15</sup>

Auch Rudolf Hämmerle von der Firma F. M. Hämmerle hatte die NSDAP schon in der "illegalen Zeit" nachweislich unterstützt. Dennoch war er auch in der austrofaschistischen Ära als Dornbirner Stadtrat politisch tätig. Nach dem "Anschluß" setzte er diese Tätigkeit als "Ratsherr" der Stadt Dornbirn fort. Schon im März 1931 war er der SS beigetreten, nach dem "Anschluß" erhielt er die

Mitgliedsnummer 297.129. Der NSDAP trat er 1932 bei. In der NS-Zeit war er in einer Vielzahl von Funktionen tätig: als Beirat in der Industrie- und Handelskammer, der Wirtschaftskammer Alpenland, in der Fachgruppe Textil usw.<sup>7</sup> Wie Hans Ganahl und Hermann Rhomberg wurde auch er nach 1945 als "Schwerbelasteter" im Anhaltelager für Nationalsozialisten in Brederis eingesperrt.

Seiner politischen Karriere aber tat das keinen Abbruch: Ab 1950 war er wieder im Dornbirner Stadtrat, wirkte als Obmann der Sektion Industrie in der Handelskammer, als Vizepräsident der Vereinigung Österreichischer Unternehmer, Landesgruppe Vorarlberg, als Präsident der selbständigen Wirtschaftstreibenden und in vielen anderen Funktionen. Der Höhepunkt seiner Karriere war die Zeit von 1962 bis 1970: Als Vertreter der ÖVP war er Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat.<sup>8</sup>

#### 4.4. Die wirtschaftliche Situation Vorarlbergs zu Beginn der NS-Herrschaft

Mit Gulaschkanonen fuhren Lastwagen der Deutschen Wehrmacht im März 1938 nach Österreich, um die angeblich hungernde Bevölkerung der "Ostmark" von den Segnungen des Dritten Reichs zu überzeugen. Daß das nur ein propagandistischer Akt war, wurde bald klar, zumal die erwähnten Lastwagen oft vollbeladen mit Lebensmitteln wieder ins Altreich zurückfuhren. Zudem gab es in Deutschland, wo die Wirtschaft ja schon seit langem auf die Bedürfnisse des zu erwartenden Krieges umgestellt war, eine Reihe von Waren nicht mehr. Die im Grenzgebiet zu Österreich Wohnenden nutzten daher die Möglichkeiten, die sich ihnen im März 1938 boten, und kauften in den benachbarten Geschäften der "Ostmark" solche Mangelartikel en masse.<sup>1</sup>

Dies machte auf die Vorarlberger Bevölkerung nicht den besten Eindruck. So mußte beispielsweise schon bald ein "Ausfuhrverbot" für weißes Mehl erlassen werden, nachdem Lindauer die Bregenzer Geschäfte leergekauft hatten und die Versorgung nicht mehr sichergestellt war. Die jetzt in Vorarlberg Verant-

wortlichen überlegten sogar ein generelles "Nahrungsmittelausfuhr-Verbot", wie einem Akt vom 7. April 1938 zu entnehmen ist.<sup>2</sup>

Schon eine Woche zuvor hatte die Bezirkshauptmannschaft Bregenz dem Landeshauptmann einen umfangreichen Bericht über Preissteigerungen und "Angstkäufe" übermittelt. Auch Einheimische hatten nämlich – so berichtete etwa das Lagerhaus des Landesverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Bregenz – statt wie früher 5 bis 10 kg Mehl pro Monat plötzlich 50 bis 80 kg gekauft. Außerdem gab es etwa in Bregenz nach dem "Anschluß" einen Ansturm auf die verschiedenen Geldinstitute, wobei von der Kundschaft eine "erhöhte und außergewöhnliche Abhebung der Spareinlagen vorgenommen" worden sei:

"Zu dieser Zeit setzte auch eine auffallend rege Kauftätigkeit bei den Kleider-, Leder- und Stoffwarengeschäften ein. Insbesondere groß war die Nachfrage und der Einkauf von Wollstoffen."<sup>3</sup>

Ursache für diesen Kaufboom auch der einheimischen Bevölkerung war die Angst vor einem ungünstigen Umwechsellkurs vom Schilling zur Reichsmark. Angeblich soll im Schweizer Radiosender von einem Kurs von 1,- RM zu 2,5 ÖS die Rede gewesen sein, aber auch der wirkliche Umrechnungskurs von 1,- RM zu 1,5 ÖS entsprach sicherlich nicht der Kaufkraft.<sup>4</sup>

Die Ausgabenfreudigkeit breiter Schichten der Bevölkerung nach dem "Anschluß" spiegelt sich übrigens auch bei einem für die Konsumfreudigkeit und -fähigkeit sicherlich nicht ganz untypischen Indikator wider – dem Bierverbrauch. Der stieg nämlich – aus welchen Gründen auch immer – mit Beginn der NS-Herrschaft gewaltig an:<sup>5</sup>

#### Bierherzeugung in hl

1932/33	65.676
1933/34	68.118
1934/35	63.191
1935/36	63.274
1936/37	63.898
1937/38	115.302

Nähme man den Bierverbrauch als Maßstab für die Hoffnungen der Menschen, wäre es um die demokratische Gesinnung der Vorarlberger schlecht bestellt gewesen: Der Übergang von der

austrofaschistischen zur nationalsozialistischen Herrschaft wurde mit dem fast doppelten Bierkonsum von 115.302 hl gefeiert, zu Beginn der Zweiten Republik waren es dann gerade noch 22.645 hl.

Österreich war keineswegs jener "arme Bruder" des "reichen" Deutschland, wie dies von der nationalsozialistischen Propaganda so effektiv immer wieder behauptet worden war. Ganz im Gegenteil hatte das Land sowohl bei den Gold- und Devisenreserven als auch bei den Bodenschätzen eine bedeutend bessere Lage als das Deutsche Reich aufzuweisen. Nur an der Nutzung dieser an sich relativ günstigen Situation hatte es all die Jahre hindurch gemangelt.<sup>6</sup>

Mit dem von den Austrofaschisten gesparten Geld gingen nun die Nationalsozialisten ans Werk. So berichtet der am 13. März 1938 als Finanzreferent in die Vorarlberger Landesregierung berufene Dr. Harald Eberl nach 1945:

"Ich sah meine Aufgabe erstens darin, das beachtliche Landesvermögen im Betrag von etwa 14 Millionen Reichsmark zur Verwendung im Lande zu erhalten und zu diesem Zweck alle Unternehmungen, auf welche das Land Einfluß hatte, raschestens auszubauen."<sup>7</sup>

Nach einer ersten Überprüfung der Landesfinanzen durch die neuen Machthaber konnte daran gegangen werden, die Pläne Eberls wahrzumachen. Bereits am 19. Mai 1938 informierte der Vorarlberger Landeshauptmann der Reichsstatthalter in Wien über eine geplante Abänderung des Landesvoranschlages von 1938, der Ausgaben von nur 9,2 Millionen Schilling vorgesehen hatte.<sup>8</sup> In einem Aktenvermerk wurde dazu festgehalten:

"Die Ausgabensätze des bisher ausgeglichenen Haushalts werden um insgesamt 7,3 Mill. Schilling erhöht; hievon treffen rund 2,5 Mill. auf die 'Erfolgsgebarung' und 4,8 Mill. auf den Kapitalverkehr (in der Hauptsache Kapitalerhöhung von Elektrizitätswerken). Von der Erhöhung der Erfolgsgebarung entfallen rund 2,2 Mill. Schilling auf Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung.

Der entstehende Mehrbedarf soll, soweit er nicht durch erwartete Steuererhöhungen gedeckt wird, aus Rücklagemitteln aufgebracht werden.

Die Vermögenslage des Landes Vorarlberg scheint günstig zu sein."<sup>9</sup>

Eberl hatte im September 1938 als "kommissarischer Präsident"



In größeren Gemeinden des Landes entstanden zu Beginn der NS-Herrschaft Siedlungen für "verdiente Kämpfer der Bewegung". Im Bild die SS-Siedlung auf dem Dornbirner Zanzenberg im Jahre 1939.

im Auftrag von Gauleiter Plankensteiner auch die Führung der Vorarlberger Handelskammer übernommen und diese Funktion bis zur Auflösung und Eingliederung in die Gauwirtschaftskammer für Tirol und Vorarlberg zu Beginn des Jahres 1943 ausgeübt. In Vorarlberg verblieb von 1943 bis 1945 nur noch eine Geschäftsstelle der Gauwirtschaftskammer – mit Sitz in Dornbirn.<sup>10</sup>

In der Zeit vom März 1938 bis zum September desselben Jahres hatte übrigens der letzte österreichische Handelskammerpräsident Hans Ganahl seine Funktion weiter ausüben können. Wie oben dargestellt, war er politisch ja durchaus nicht als unzuverlässig einzustufen. Ganahl war übrigens erst kurz vor Torschluß, am 2. Februar 1938, zum Präsidenten ernannt worden. Als Vorsitzender der Landesgruppe des Bundes Österreichischer Industrieller und Urenkel von Carl Ganahl einerseits und Franz Martin Hämmerle andererseits war er von den austrofaschistischen Machthabern nicht zu umgehen gewesen.<sup>11</sup>

Der Start der Nazis in Österreich im allgemeinen und in Vor-

arlberg im besonderen war in wirtschaftlicher Hinsicht sehr gut. Insbesondere die Bauwirtschaft erhielt Großaufträge, was in der Folge auch vielen anderen Wirtschaftsbereichen zugute kam. Die großen Warenlager wurden durch reichsdeutsche Hamsterkäufer schnell abgebaut. Das führte zumindest kurzfristig zu einem Aufschwung in der Textilindustrie und im Handel. Dieser profitierte auch von der schnellen Beseitigung der Arbeitslosigkeit und dem dadurch steigenden Geldumlauf. Dennoch sollten sich viele Erwartungen als nicht erfüllbar erweisen.

## 5. Der Arbeitsmarkt in der NS-Zeit

### 5.1. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nach dem "Anschluß"

Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, dieses Versprechen der Nationalsozialisten stand für viele eher unpolitische Arbeitslose im Jahr 1938 im Vordergrund. Sollte es der NSDAP wirklich gelingen, nach Jahren tiefster wirtschaftlicher Depression innert kürzester Zeit "Arbeit und Brot" für alle zu schaffen?

Es war möglich. Der Rüstungsboom im Deutschen Reich hatte den dortigen Arbeitsmarkt bereits ausgetrocknet. Nicht wenige österreichische Arbeitslose versuchten ihr Glück daher jenseits der "Grenzen". Auch in Österreich gab es bald eine ähnliche wirtschaftliche Entwicklung wie im Reich. Zudem wurde die Arbeitslosigkeit auch durch Maßnahmen wie die Einführung des Reichsarbeitsdienstes, der Dienstpflicht oder des weiblichen Pflichtjahres erreicht. Diese Zwangsmaßnahmen dienten mit Kriegsbeginn dem nationalsozialistischen Ziel des "totalen Arbeitseinsatzes".<sup>1</sup>

Dabei begann es rein statistisch gesehen eigentlich gar nicht so gut, denn die Zahl der Arbeitslosen stieg unmittelbar nach dem "Anschluß" sogar noch an. Dies allerdings nur deshalb, weil zur Verschönerung der Statistik vor 1938 viele Langzeitarbeitslose nicht mehr offiziell erfaßt wurden. Die reichsdeutschen Gesetzesregelungen waren für diese "Ausgesteuerten" wesentlich günstiger. Sie bekamen jetzt – wenigstens zum Teil – wieder Geld und wurden daher auch statistisch erfaßt. Somit mußten auch die ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen steigen, trotz gegenläufiger Tendenz in der Wirklichkeit.

Mit Stichtag 30. April 1938 gab es in Österreich offiziell ausgewiesene 15.000 Arbeitslose mehr als vor dem "Anschluß". Die Wirklichkeit aber sah anders aus, denn die wirklichen Arbeitslosenzahlen waren im ehemaligen "Bundesstaat Österreich" wie erwähnt schlimmer, als die Statistik glauben machen wollte. Es muß davon ausgegangen werden, daß sie um mindestens 50 Prozent höher lagen. Etwa so viele zählten nämlich zu den sogenannten "Ausgesteuerten". Sie erhielten aufgrund der Gesetzeslage kein Arbeitslosengeld mehr und fielen daher auch aus der

Statistik. Für Wien rechnet man für Anfang 1938 mit etwa 118.000 nicht unterstützten und etwa 182.000 unterstützten Arbeitslosen; in ganz Österreich gab es neben den unterstützten 401.000 mindestens 200.000 nicht unterstützte Arbeitslose.<sup>2</sup>

Bereits ab Mai 1938 sanken die Zahlen von 416.000 auf 351.000. Sie fielen dann weiter auf 275.000 im Juni, 151.000 im Juli, 114.000 im August und schließlich 100.000 im September 1938.<sup>3</sup>

Natürlich war dieses Sinken zum Teil auch jahreszeitlich bedingt, aber selbst am Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit im Dezember gab es in der Ostmark im Vergleich zum Vorjahr bescheidene 150.000 erfaßte Arbeitslose.

Viele der betroffenen Arbeiter sahen in dieser Entwicklung die Einhaltung der nationalsozialistischen Versprechen – die Realisierung von "Arbeit und Brot". Für die Machthaber war es die Nutzbarmachung der in Österreich bislang brachliegenden Arbeitskräftereserven und die Absicherung der "Politik der Kriegsvorbereitung".<sup>4</sup>

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit konnte in Österreich deshalb so rasch bewerkstelligt werden, weil es im Altreich bereits seit Jahren im Gefolge des Rüstungsbooms einen eklatanten Arbeitskräftemangel gab. Der dortige Arbeitsmarkt wirkte 1938 als Sog auf die arbeitslosen Österreicher. Besonders Facharbeiter waren gefragt. Insgesamt wurden in den ersten beiden Jahren nach dem "Anschluß" etwa 100.000 Arbeitskräfte aus der Ostmark – vor allem Facharbeiter – ins Altreich verpflichtet. Aufgrund des dortigen deutlich höheren Lohnniveaus geschah dies meist freiwillig. Etwa 10.000 dieser abgewanderten Fachkräfte waren Ingenieure:

"Die österreichische Industrie konnte sich von diesem Aderlaß an hervorragend qualifizierten Fachkräften bis zum Kriegschluß nicht mehr erholen."<sup>5</sup>

Dieser Aderlaß machte sich schon im Sommer 1938 am Arbeitsmarkt negativ bemerkbar. In einigen Bereichen der Wirtschaft gab es nämlich bereits einen eklatanten Mangel an Arbeitskräften. So waren etwa in Vorarlberg für die begonnenen Großbauvorhaben der Illwerke und – ein Jahr später – der "Südtiroler Siedlungen" kaum qualifizierte Arbeitskräfte zu bekommen. Aus allen Gebieten der Ostmark wurden Arbeiter angeworben, die aber meist lieber auf die besser bezahlten Stellen im Altreich

## Kampf der Landflucht.

NSG. Die Hitlerjugend hat sich in den Dienst des Kampfes gegen die Landflucht gestellt, die leider auch im Gau Tirol zu einer ernststen Gefährdung der landwirtschaftlichen Erzeugung und damit der Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes zu führen droht. Im Sinne dieser Bestrebungen hat der Gebietsführer Tirol den nachstehenden Befehl erlassen:

Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Wochen hat zu einer Abwanderung von Arbeitskräften vom Lande in die Stadt oder zu Bauarbeiten geführt.

Die Bauern sind heute wirtschaftlich noch nicht in der Lage, durch eine erhebliche Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse dieser Abwanderung Einhalt zu gebieten.

## Rundmachung

Durch die großherzige Aktion des Generalfeldmarschalls Göring werden bekanntlich alle diejenigen arbeitslosen Volksgenossen, die früher aus der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen wurden, sowie die Jugendlichen unter 25 Jahren, die noch keinen Unterstützungsanspruch erwerben konnten, in die Arbeitslosenunterstützung aufgenommen.

Gleichzeitig wurden die Arbeitsämter von Generalfeldmarschall Göring beauftragt, für alle diese arbeitslosen Volksgenossen Arbeitsplätze zu vermitteln, damit sie so rasch als möglich wieder ihr Brot selbst verdienen können. Dies wird auch baldigst erfolgen.

Außer diesen unterstützten Arbeitslosen sind aber noch viele andere vorhanden, die ohne Arbeit sind. Auch für diese wird Arbeit beschafft werden, auch sie werden für den Wiederaufbau unseres Landes benötigt.

Deshalb werden alle Arbeitslosen, die noch nicht beim zuständigen Arbeitsamt gemeldet sind, aufgefordert sich bei diesem innerhalb 14 Tagen zu melden.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß landwirtschaftliche Arbeitskräfte sofort Arbeit in der Landwirtschaft erhalten können; Meldungen von solchen, die jetzt in landwirtschaftlicher Arbeit stehen, werden aber nicht angenommen.

Mittelberg, den 13. April 1938.

Gemeindeamt.

Der "Walser Heimatbote" berichtete 1938 über den "Kampf der Landflucht" (oben). Die Abwanderung in besser bezahlte Stellungen in der Industrie konnte durch solche Aufrufe nicht gestoppt werden. Sie war ein Ergebnis der beseitigten Arbeitslosigkeit. Meldungen wie die untere weckten bei vielen Menschen Hoffnungen auf eine sozial abgesicherte Zukunft: Früher nicht unterstützte Arbeitslose erhielten jetzt Geld.

wechselten. So fehlten im Sommer 1938 in der österreichischen Bauwirtschaft etwa 19.000 Arbeitskräfte.<sup>6</sup>

Auch in der Vorarlberger Textilindustrie gab es schon Mitte 1938 einen Arbeitskräftemangel. Da in vielen anderen Branchen höhere Löhne gezahlt wurden und insbesondere die Bauwirtschaft einen fast unersättlichen Bedarf an Arbeitskräften hatte, wanderten etliche Textilarbeiter bei der ersten sich bietenden Möglichkeit in eine besser bezahlte Stellung ab. Die Vorarlberger Textilwirtschaft war daher Anfang 1939 gezwungen, einen neuen Lohn tariff einzuführen und die Bezahlung der Arbeitskräfte zumindest den südbayerischen Verhältnissen in der Textilbranche (Augsburg, Kempten usw.) anzupassen. Das bedeutete gegenüber den bis dahin gezahlten Löhnen eine Erhöhung von durchschnittlich etwa 20 Prozent.<sup>7</sup>

Dabei waren die Löhne in diesen benachbarten Textilregionen ebenfalls unterdurchschnittlich. Die Situation etwa in der Textilstadt Augsburg war ähnlich wie in der Vorarlberger Textilindustrie:

„Wegen der unsicheren Arbeitsplätze und der schlechten Verdienstmöglichkeiten verstärkte sich im Sommer 1938 die Abwanderung von Textilarbeitern in die übertarifflich bezahlende Rüstungsindustrie.“<sup>8</sup>

In Vorarlberg war die Beseitigung der Arbeitslosigkeit – vor allem durch die Großaufträge in der Baubranche – schneller vor sich gegangen als in den meisten anderen „Gauen der Ostmark“, vor allem den östlichen.<sup>9</sup> So wurden etwa allein beim Bau des 18 km langen Wasserleitungstollens von Partenen nach Latschau rund 400 Arbeiter beschäftigt, gegen Herbst desselben Jahres waren es schon rund 1.000. Viele von ihnen stammten bereits aus Innerösterreich.<sup>10</sup>

Im Juni 1938 hatte sich das Arbeitsamt Bregenz veranlaßt gesehen, die drei Bezirkshauptmannschaften bzw. Landratsämter in Bregenz, Feldkirch und Bludenz anzuweisen, künftig die „unerwünschte Abwanderung von Arbeitskräften“ ins Ausland zu verhindern. Wie im Altreich sollten Reisepässe für Fahrten ins Ausland an weibliche und männliche Arbeitnehmer nur noch nach vorheriger Zustimmung des Arbeitsamtes ausgestellt werden. Für selbständige Handwerker und Landwirte sollte dies ebenfalls gelten.<sup>11</sup> Diese Regelung wurde schließlich zwei Wochen später österreichweit eingeführt.<sup>12</sup>

Das Arbeitsamt in Bregenz konnte jedenfalls bereits im Juli 1938 melden<sup>3</sup>, daß die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Februar – damals hatte es noch 5.792 unterstützte und wahrscheinlich ca. 2.000 bis 3.000 nicht unterstützte Arbeitslose gegeben – um 85 Prozent gesunken sei. Am 31. August gab es dann noch ganze 116 unterstützte Arbeitslose.<sup>4</sup>

Eine Ursache für die rasche Beseitigung der Arbeitslosigkeit war auch die straffere Lenkung des Arbeitsmarktes. Bereits am 19. April 1938 wurde die Verordnung über die "Einführung des Reichsarbeitsdienstes im Lande Österreich" erlassen. Demnach hatten Männer und Frauen eine sechs Monate dauernde "Arbeitsdienstpflicht abzuleisten. Auch die Einführung des Arbeitsbuches am 20. Mai 1938 ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Jeder Arbeitnehmer war zur Führung eines solchen Buches verpflichtet, bei Aufnahme einer Tätigkeit mußte es beim Unternehmer abgegeben werden. Durch das Arbeitsbuch gelang es den NS-Behörden "eine zweckentsprechende Verteilung der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten".<sup>5</sup>

Den Nationalsozialisten ist es durch all diese Maßnahmen – Rüstungsaufträge, andere Großinvestitionen und Lenkung des "Arbeitseinsatzes" – in kürzester Zeit gelungen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. In einzelnen Branchen gab es sogar bereits Arbeitskräftemangel.

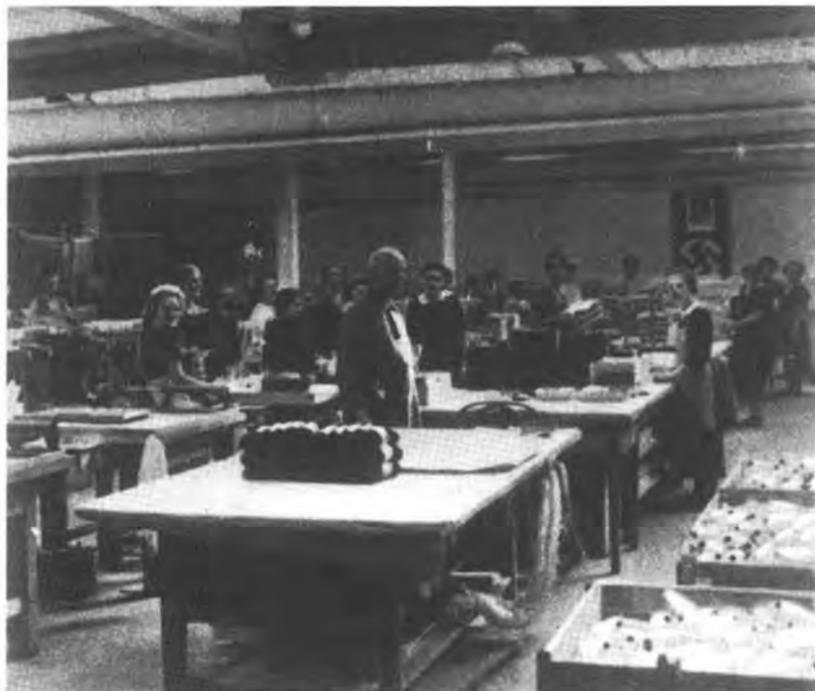
## 5.2. Erneute Probleme am Arbeitsmarkt 1939

Nach einer anfänglichen Entlastung des Vorarlberger Arbeitsmarktes, gab es bald erneut Probleme. Hauptursache hierfür war die Dominanz der Textilindustrie des Landes. Dieses Strukturproblem hatte schon in den Jahrzehnten zuvor immer wieder Schwierigkeiten bereitet. Da nun die reichsdeutsche Industrie schon größtenteils auf die Bedürfnisse des Krieges ausgerichtet war,<sup>1</sup> mußten für die nicht kriegswichtige Textilindustrie Probleme entstehen. Zudem wurden durch die außenpolitische Isolation Deutschlands wichtige Rohstoffe, etwa Baumwolle, knapp.

In einem Bericht der Wehrwirtschaftskommission wird genauer auf die Verhältnisse in Vorarlberg nach Kriegsbeginn eingegangen:

“In der Textilindustrie Vorarlbergs, die vom Beschäftigungsrückgang am stärksten getroffen ist und in der vor Kriegsbeginn 13.000 Arbeiter beschäftigt waren, befinden sich noch rund 2.000 in Vollarbeit, rund 10.000 stehen gegenwärtig in Kurzarbeit (im Durchschnitt 30 Stunden in der Woche) und rund 1.500 mußten entlassen werden. Mit weiteren Entlassungen ist zu rechnen.”<sup>2</sup>

Neben der Salzburger Rüstungsinspektion XVIII befaßte sich die Innsbrucker Wehrwirtschaftsstelle in einem Bericht vom 30. Oktober 1939 mit der Lage am Vorarlberger Arbeitsmarkt:



“Helle Arbeitsräume – frohe Gesichter”, so betitelten die NS-Propagandisten dieses Bild aus der Wollgarnspinnerei Schoeller in Bregenz. Die Entlassungen ein Jahr später, 1939, dürften die Gesichter wieder recht rasch verdüstert haben.

"In Vorarlberg sind z. Zt. 10.129 Kurzarbeiter zu verzeichnen, die zwischen 28 bis 35 Wochenstunden arbeiten. 95 % hiervon entfallen auf die Textilindustrie. ... Entlassen wurden bisher ca. 1.500 männliche Textilarbeiter, die durchwegs bei den III-Kraftwerken wieder eingesetzt wurden."<sup>3</sup>

So gab die Wollgarnspinnerei Schoeller in Bregenz dem dortigen Arbeitsamt im Herbst 1939 bekannt, sie leide unter der stokenden Belieferung mit Rohstoffen und müsse – falls sich die Versorgung nicht verbessere – etwa 500 "Gefolgschaftsmitglieder" entlassen.<sup>4</sup>

In Vorarlberg gab es eineinhalb Jahre nach dem "Anschluß" wieder Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Besonders im Herbst 1939 wurde die Lage ernst. Einem Vertreter der Wehrwirtschaftsinspektion XVIII wurde am 5. September 1939 bei einem Besuch des Arbeitsamtes Bregenz mitgeteilt,

"daß in Vorarlberg eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zu beobachten ist, infolge des Rückganges des Exportgeschäftes durch die derzeitigen Verhältnisse. Bes(onders) bei der Stickerindustrie wirkt sich dies fühlbar aus, indem ca. 1.000 Leute, zum größten Teil Heimarbeiter, entlassen werden mußten."<sup>5</sup>

In der Tat wurde die Exportabhängigkeit der Textilindustrie – aber auch anderer Branchen – mit Kriegsbeginn eine wesentliche Ursache für die neuen Probleme. So mußte der Vertreter der Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck am 9. September 1939 bei einem Besuch in der Firma Johann Wolff, Formstecherei, in Hard zur Kenntnis nehmen, daß die Firma, die bisher praktisch ausschließlich für den Export nach England gearbeitet hatte, ihre 70 Beschäftigten binnen einer Woche entlassen müsse, wenn sie nicht umgehend mit Wehrmchtaufträgen bedacht werde.<sup>6</sup>

Zehn der 70 Beschäftigten wurden daraufhin einberufen, zehn weitere waren noch in der Firma mit der Abwicklung von letzten Auslandsaufträgen betraut, die restlichen 50 wurden beurlaubt und vom Arbeitsamt Bregenz an andere Firmen verpflichtet. So mußten 16 als Hilfsarbeiter beim Straßenbau tätig werden, 20 fanden in der Vorarlberger Kammgarnspinnerei in Hard Beschäftigung, die restlichen wurden in der Landwirtschaft oder beim Fernsprechamt eingesetzt. Einige standen schließlich auch in Bereitschaft für eine geplante Fertigung von Vorlegeklötzen bzw. die Verarbeitung von Geschossen.<sup>7</sup>

Die Firma Johann Schwärzler in Hard hatte zwar Wehrmchts-

aufträge zur Fertigung von Feldwagen erhalten und weitere Aufträge ebenfalls für Vorlegeklötze und die Fertigung von Geschossen in Aussicht, von der "Gefolgschaft" waren aber schon acht zur Wehrmacht einberufen worden und weitere 30 im Straßenbau beschäftigt. Nur zwölf der ehemals 60 Beschäftigten, so berichtete die Wehrwirtschaftsstelle in Innsbruck, seien für die künftige Produktion "sicherzustellen".<sup>8</sup>

In den beiden angeführten Beispielen ließen sich die Schwierigkeiten der Betriebe durch Wehrmächtsaufträge wenigstens mildern. Der bei vielen anderen Betrieben in der Bauwirtschaft und in der Landwirtschaft noch vorhandene Arbeitskräftebedarf ließ vorerst die Probleme am Arbeitsmarkt nicht allzu groß werden. Die Rüstungsinspektion des für das Land zuständigen Wehrkreises XVIII meldete am 8. November 1939:

"Der Beschäftigungsrückgang in der Textil- und Lederindustrie



"Eine Burg der Gemeinschaft" nannte die Kennelbacher Textilfirma Schindler ihr im Mai 1939 eröffnetes "Kameradschaftshaus" – das erste im ganzen Gau Tirol-Vorarlberg. Im Herbst desselben Jahres wurden 170 Arbeitskräfte aus der "Burg" – so nannte man auch das Fabriksgebäude – entlassen.

sowie bei einzelnen Betrieben der eisenverarbeitenden und Metall-Industrie hat zu Arbeiterentlassungen geführt. Die Arbeitsämter waren in der Lage, die frei gewordenen Arbeitskräfte sofort wieder anderweitig unterzubringen.<sup>9</sup>

„Anderweitig“ bedeutete in vielen Fällen die zwangsweise Dienstverpflichtung an einen Arbeitsplatz in Norddeutschland oder an eine Baustelle in der Silvretta.<sup>10</sup> Die Unruhen wegen dieser Dienstverpflichtungen waren in Vorarlberg von den Behörden nur schwer in den Griff zu bekommen, teilweise gab es offenen Widerstand.<sup>11</sup>

Alle Arbeiter konnten nicht vermittelt werden. So hatte allein die Firma F. M. Hämmerle in Dornbirn mit Kriegsbeginn etwa 400 Arbeitskräften gekündigt, die Firma Franz M. Rhomberg etwa 200, 100 davon im Werk Rankweil, die Kammgarnspinnerei Schoeller in Bregenz hatte 150 Arbeiter und Arbeiterinnen „freigesetzt“ und weitere Entlassungen angekündigt, bei den Textilwerken Schindler & Co. standen weitere 170 Entlassungen unmittelbar bevor.

In kaum einem Betrieb wurde zu diesem Zeitpunkt voll gearbeitet. In vielen war Kurzarbeit die einzige Möglichkeit, Entlassungen größeren Ausmaßes vorläufig zu verhindern. So war im Spätherbst 1939 die Firma Franz M. Rhomberg in der Spinnerei nur noch zu 75 Prozent ausgelastet, die Weberei arbeitete nur noch mit 50 Prozent der vollen Kapazität. In der Firma Carl Ganahl & Co. wurde durchschnittlich noch 30 Stunden pro Woche gearbeitet, in den Textilwerken Schindler & Co. 36 Stunden – 30 Stunden waren bereits vorgesehen –, bei Wilhelm Bengers Söhne 35 Stunden, die Hälfte davon für Wehrmichtsaufträge, bei Herrburger und Rhomberg 30 Stunden. Die Kammgarnspinnerei Schoeller beschäftigte ihre Arbeiter durchschnittlich noch 28 Stunden in der Woche, und auch in den anderen Vorarlberger Textilbetrieben sah die Lage nicht viel besser aus.<sup>12</sup>

Effektiv arbeitslos waren Anfang November 1939 in Vorarlberg allein 665 oder knapp sieben Prozent der Textilarbeiter/innen, weitere Entlassungen – so meldete die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck am 4. November 1939 – seien spätestens für den Dezember desselben Jahres zu erwarten:

„Da in der Bauwirtschaft weiterhin Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, können eventuell noch in nächster Zeit zur Entlassung kommende Männer untergebracht werden. Die Vermittlung weiblicher freier Arbeitskräfte ist schwieriger.“<sup>13</sup>

Zur selben Zeit kam es unter der Arbeiterschaft des Landes verstärkt zu Unmutsbekundungen, die von den Behörden sorgfältig beobachtet wurden. Der Gendarmerieposten Bregenz berichtete beispielsweise am 11. Oktober 1939 der Kreisleitung in Bregenz:

„Die durch die gegenwärtigen Verhältnisse notwendig gewordene Entlassung von vielen Arbeitern und Arbeiterinnen aus manchen Textilbetrieben und die Einführung von Kurzarbeit hatte für die betroffenen Volksgenossen meistens auch eine ziemliche Verringerung des Einkommens zur Folge. Diese Tatsachen werden in der Arbeiterschaft vielfach besprochen und tragen meistens nicht zur Besserung der Stimmung bei.“<sup>14</sup>

Nicht nur die Textilarbeiter waren von Entlassungen und Kurzarbeit betroffen und somit unzufrieden. Auch bei anderen Betrieben rumorte es in der „Gefolgschaft“. So meldete der Direktor der Bregenzer Firma Electricus-Volta an die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck Anfang November 1939, in seinem Betrieb sei der „Arbeitsfrieden ... durch den Mangel an Kriegsaufträgen gefährdet“. Der Direktor hatte vorher mit allen Mitteln versucht, Entlassungen trotz fehlender Aufträge zu vermeiden, da er mit Kriegsaufträgen rechnete. Mit Kriegsbeginn hatten Reichsbahn und Reichspost massiv versucht, Leute aus dieser Firma anzuwerben, zum Teil war ihnen sogar eine Anstellung im Beamtenverhältnis in Aussicht gestellt worden. Nachdem sie aber aufgrund der Versprechungen des Direktors größtenteils in der Firma geblieben und jetzt von Kurzarbeit und Entlassung bedroht waren, war die „Stimmung in seinem Betrieb“ – wie der Bericht vermerkt – „erheblich beeinträchtigt“.<sup>15</sup>

Die Umstellung vieler Firmen auf Munitions- und Waffenfertigung sowie Dienstverpflichtungen entspannten zu Beginn des Jahres 1940 die Lage am Arbeitsmarkt wieder etwas. Durch Einberufungen wurden zudem für viele Frauen Arbeitsplätze frei.

Trotz der Probleme am Arbeitsmarkt wurde 1939 die Basis für eine weitere Ansiedlung größtenteils unqualifizierter Arbeitskräfte im Land geschaffen: durch den Bau von Südtiroler-Siedlungen. Vorarlberg war ja ursprünglich in einem geringen Ausmaß für die Ansiedlung der Optanten vorgesehen gewesen. Lediglich auf Grund der Leistungsfähigkeit der verantwortlichen Siedlungsgesellschaft – der VOGEWOSI – kam es dann zu einem weit stärkeren Zuzug von Südtirolern als zuerst geplant.

Die Textilindustrie war an diesen Arbeitskräften langfristig in-

teressiert und am Bau der Siedlungen beteiligt: Die VOGEWOSI war eine Gründung des Landes Vorarlberg und – wie das Vorarlberger Tagblatt im März 1939 berichtete – "einer Anzahl größerer bodenständiger Industrieunternehmungen". Ziel des Unternehmens war die "großzügige Schaffung von Arbeiter-Wohnstätten im Lande Vorarlberg".<sup>16</sup> Von den 265.000,- Reichsmark Stammkapital der Gesellschaft waren RM 105.300,- im Besitz der 15 größten Vorarlberger Textilunternehmen, die restlichen RM 150.000,- im Besitz des Landes.<sup>17</sup>

Nach den ursprünglichen Plänen sollte es in allen Vorarlberger Gemeinden zusammen nur insgesamt 300 Wohnungen für Südtiroler geben. Gebaut wurden dann aber etwa 2.300, und diese wurden genau dort errichtet, wo es die größten Textilbetriebe gab: 960 in Bregenz und 596 in Dornbirn, die restlichen in anderen Gemeinden mit dominierender Textilindustrie wie Feldkirch, Hard, Hohenems oder Götzis. Auch in Lustenau entstand eine Siedlung mit 101 Wohnungen. Sie erwies sich aber als Fehlplanung, weil die in der Gemeinde vorherrschende Stickerei-Industrie damals keinen Bedarf an Hilfsarbeitern hatte. In diese Siedlung zogen daher vornehmlich andere Personen ein: So wurden in ganz Lustenau 1946 insgesamt nur 39 Südtiroler gezählt. In Bregenz (mit Kennelbach und Lochau) und Dornbirn – den mit Abstand größten Gemeinden Vorarlbergs – gab es mit 2.790 oder 10,1 Prozent und 2.011 oder genau 10 Prozent der Wohnbevölkerung absolut und prozentuell die meisten Südtiroler.<sup>18</sup>

Auch ein Blick auf das Qualifikationsniveau der nach Vorarlberg eingewanderten Südtiroler beweist, daß die Ansiedlung sich am Arbeitskräftebedarf vor allem der Textilwirtschaft orientierte. Zieht man von den nach 1945 eingebürgerten Optanten die Hausfrauen und Rentner ab, so waren 82,9 Prozent aller erfaßten Personen Arbeiter, nur 9,5 Prozent waren selbständige Bauern, Gewerbetreibende, Kaufleute, Geistliche, höhere und mittlere Angestellte. Der Rest figuriert in der Statistik unter "Andere". Peter Meusburger beschreibt diese Optanten folgendermaßen:

"Die Südtiroler Umsiedler, die nach Vorarlberg gekommen sind, waren arme Tagelöhner und besitzlose landwirtschaftliche Hilfsarbeiter aus dem Vinschgau und aus dem Pustertal. Diese Bevölkerungsschichten erhofften sich durch die Abwanderung nach Vorarlberg einen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg. Bauern, Handels- und Gewerbetreibende sowie Hausbesitzer

im allgemeinen waren unter den Abwanderern der ersten zwei Jahre nur sehr selten anzutreffen.<sup>19</sup>

Selbständige Bauern, Handwerker oder Kaufleute waren in Vorarlberg nicht vonnöten. Die Textilindustrie brauchte nur niedrig qualifizierte Arbeitskräfte – und die kamen im Zuge der Oplion massenhaft ins Land. Die VOGEWOSI – hinter der ja die großen Textilfirmen standen – verrichtete ihre außergewöhnliche Bautätigkeit also durchaus im langfristigen Interesse der Großunternehmen.

### 5.3. Die "Arbeitseinsatzlage" während des Krieges

In den Quellen aus der NS-Zeit ist immer wieder von der "Arbeitseinsatzlage" die Rede. Zu verstehen ist darunter die Situation am Arbeitsmarkt: Wieviele Beschäftigte gab es? Wieviele davon waren Frauen, Fremdarbeiter, Kriegsgefangene?

Zuständig für Fragen des Arbeitseinsatzes waren hauptsächlich die Landesarbeitsämter. Es ist dabei charakteristisch für den NS-Staat, daß die Kompetenzen eher unklar waren und sich mit der Zeit immer wieder veränderten. Der von Innsbruck aus verwaltete Arbeitsamtsbezirk umfaßte nicht nur den Gau Tirol-Vorarlberg, sondern auch Salzburg. Diese Regelung galt aber erst ab dem 1. April 1940 offiziell. Vorher hatte es heftige machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen den Gauleitern von Tirol und Salzburg gegeben.<sup>1</sup>

Eine der wichtigsten Aufgaben des Vorarlberger Arbeitsamtes war es, die von reichsdeutschen Dienststellen angeforderten Arbeitskräfte für sogenannte "Dienstverpflichtungen" bereitzustellen. Die Dienstverpflichtung war mit 22. Juni 1938 eingeführt worden. Am 13. Februar 1939 wurden die "Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfes für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" und in der Folge elliche Durchführungsverordnungen erlassen. Somit konnten Arbeitskräfte gegen ihren Willen an bestimmte Plätze verpflichtet werden.

Aufgrund der Beschäftigungsprobleme am Arbeitsmarkt im Lauf des Jahres 1939 hatte Vorarlberg zu Beginn des Zweiten Weltkrieges einen Überschuß an Arbeitskräften und mußte daher relativ viele Dienstverpflichtete stellen.

Die Arbeitsämter wurden zu Handlangern der Industrie degradiert. So erhielt beispielsweise das Arbeitsamt Bregenz am 30. Oktober 1939 vom Reichsarbeitsminister den Auftrag, 622 weibliche Arbeitskräfte aus seinem Zuständigkeitsbereich in einen Rüstungsbetrieb nach Neuruppin bei Berlin dienstverpflichten. Ein Vertreter der dortigen Grüneberger Metallgesellschaft m.b.H. begab sich Anfang November 1939 zur Arbeitsamts-nebenstelle nach Dornbirn, wo er aus der Vielzahl arbeitsloser Textilarbeiterinnen die geeignetsten aussuchen konnte. Am 10. und am 24. November gingen daraufhin die ersten beiden Transporte Richtung Berlin ab.<sup>2</sup>

Wie bedeutend Dienstverpflichtungen Vorarlberger Frauen und Männer von 1939 bis 1945 ins Altreich waren, zeigt die folgende Übersicht:

#### Übersicht über Dienstverpflichtungen aus Vorarlberg 1939–1945<sup>3</sup>

- 622 Frauen aus Vorarlberger Betrieben in die Grüneberger Metallgesellschaft m. b. H. in Berlin-Neuruppin (Ende 1939).
- Unbekannte Anzahl von Frauen in die Heeresmunitionsanstalt Lehre bei Braunschweig (12. Jänner 1940).
- Unbekannte Anzahl von Frauen in einen Rüstungsbetrieb in Berlin (März 1940).
- 123 Bauarbeiter zum Flugplatzbau nach Norddeutschland, Varel bei Oldenburg (Frühling 1940).
- 686 Bauarbeiter zur Organisation Todt (vor allem in die UdSSR, nach Frankreich und Norwegen).
- 146 Männer in deutsche Rüstungsbetriebe.
- eine unbekannte Anzahl von Mädchen als Luftwaffenhelferinnen zur Wehrmacht (1944/45). Laut Schätzung des Arbeitsamtes Bregenz zwischen 200 und 300.

Viele dieser Dienstverpflichtungen führten zu erheblicher Unruhe, Protesten und Widersetzlichkeiten. Das gilt schon für die ersten beiden Gruppen dienstverpflichteter junger Frauen. Mindestens sieben von ihnen wurden wegen "Arbeitsverweigerung" zu Gefängnisstrafen zwischen einem und drei Monaten verurteilt.<sup>4</sup>

Besonders zu Weihnachten 1939 scheint sich die Situation so zugespitzt zu haben, daß die Behörden neben verstärktem Polizeieinsatz und Gerichtsverfahren auch anderweitig aktiv werden

mußten. Die Schließung – so die Akten – "übereilter Ehen", verzweifelte Briefe aus Deutschland und das Gerücht, nur Mädchen aus "ärmeren Schichten" würden dienstverpflichtet, führten zu einer propagandistischen Maßnahme: Am 12. Jänner 1940 ging ein aus angeblich "besser situierten Kreisen" zusammengestellter Transport von dienstverpflichteten jungen Frauen nach Braunschweig ab.<sup>5</sup>

In Wirklichkeit waren aber auch bei diesem Transport viele der Dienstverpflichteten "einfache" Mädchen. Dies zeigt sich, wenn man die Strafverfahren "wegen Vergehens gegen die Bestimmungen der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" am Landgericht Feldkirch anschaut.<sup>6</sup>

Diese Verfahren und die Propaganda von der angeblichen Gleichbehandlung aller "Volksgenossinnen" scheinen wenig genutzt zu haben. Im März 1940 waren zwanzig Mädchen "wegen Verweigerung der Abreise nach Berlin im Gefängnis in Feldkirch". Auch sie stammten größtenteils "aus schlechteren wirtschaftlichen Verhältnissen".<sup>7</sup>

Von den Anfang 1940 zum Flugplatzbau nach Varel bei Oldenburg dienstverpflichteten 123 Bauarbeitern kehrten bereits im Juli etwa 50 "rechtswidrig in ihre Heimat zurück". Nach mehrfachen Aufforderungen und Drohungen des Arbeitsamtes konnte nur ein Teil von ihnen zur Rückkehr nach Norddeutschland bewogen werden. 21 weigerten sich und wurden in der Folge zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und vier Monaten verurteilt.<sup>8</sup>

Das Arbeitsamt Bregenz hatte schon im Dezember 1939 die Staatsanwaltschaft in Feldkirch aufgefordert, die "Nichtbefolgung einer Dienstpflichtaufforderung in der Kriegszeit ... in ähnlicher Weise zu bewerten, wie die Nichtbefolgung einer Einberufung zum Kriegsdienst beim Heer". Die Strafen sollten "wirksam und abschreckend" sein. Da weitere Probleme abzusehen seien, solle künftig im "Schnellverfahren abgeurteilt werden".<sup>9</sup>

Auch gegen Angehörige von Arbeitsverweigerern wurde gerichtlich vorgegangen. Ein Hohenemser Vater, selbst "Parteigenosse", wurde im Februar 1940 zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er seine Tochter telegrafisch über die Krankheit ihrer Mutter informiert und zur Rückkehr aus einem Berliner Rüstungsbetrieb aufgefordert hatte. Der Richter wies in seiner Urteilsbegründung darauf hin, daß der Mann gerade als NSDAP-Mitglied

die durch den Krieg notwendig gewordenen Maßnahmen und "die innere Front nicht durch seine persönlichen unbedeutenden Angelegenheiten" stören dürfe.<sup>9</sup>

Die Ursache dieser relativ großen Probleme dürfte nicht so sehr das politische Bewußtsein der betroffenen Arbeitskräfte gewesen sein. Denn bei den Dienstverpflichteten handelte es sich meist um junge und relativ unqualifizierte Arbeitskräfte. Vielmehr scheint Ähnliches zuzutreffen wie im benachbarten Bayern, wo in einigen ländlichen Gebieten häufiger Arbeitsverweigerungen zu verzeichnen waren als in industriellen Ballungsgebieten.<sup>10</sup>

Neben den Arbeitsämtern wurde mit Kriegsverlauf die Wehrmacht bei Fragen des Arbeitseinsatzes immer wichtiger.

Im März 1941 beispielsweise unterstanden dem Rüstungskommando Innsbruck in seinem Zuständigkeitsbereich (Salzburg, Tirol und Vorarlberg) schon 7.612 Arbeitskräfte. Das waren zwar nur 4 Prozent der insgesamt im selben Bereich beschäftigten arbeitsbuchpflichtigen Personen. Zieht man aber die in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten ab, so kommt man bereits auf 4,8 Prozent.

Doch diese Angabe macht noch nicht das wahre Ausmaß und die wirkliche Bedeutung der Rüstungsindustrie im Arbeitsamtsbezirk Alpenland (Salzburg, Tirol-Vorarlberg) deutlich. So war die gerade in Vorarlberg so wichtige Textilindustrie nach Schätzungen des Rüstungskommandos zu etwa 75 Prozent mit direkten Wehrmachtsaufträgen beschäftigt. Aufgrund des Widerstandes des Landesarbeitsamtes Alpenland wurden die Textilfirmen aber nicht zu Rüstungsbetrieben erklärt, wie dies von der Militärbehörde gewünscht worden war. Das Rüstungskommando klagte daher, es sei zwar für den "Menscheneinsatz" und die Auftragslage der Firmen verantwortlich, habe aber ansonsten keinen Einfluß:

"Zählt man die Kräfte des Textilsektors zu den Kräften der betreuten Rüstungs-betriebe, dann stehen etwa 141.000 gewerbliche Kräfte des zivilen Sektors etwa 18.000 Kräfte des Rüstungs-Sektors gegenüber."<sup>12</sup>

Nach dieser Rechnung wären also im März 1941 bereits etwa 11,3 Prozent der unselbständig Beschäftigten im Rüstungsbereich tätig gewesen. Dies gilt für den gesamten Bereich des Arbeitsamtsbezirkes bzw. des Rüstungskommandos. Zu diesem Zeitpunkt hatte die deutsche Wehrmacht Polen, die Benelux-Länder, Dänemark, Norwegen und Frankreich bereits besiegt, die An-

griffe auf Jugoslawien und Griechenland (Anfang April) und auf die Sowjetunion (im Juni) standen bevor.

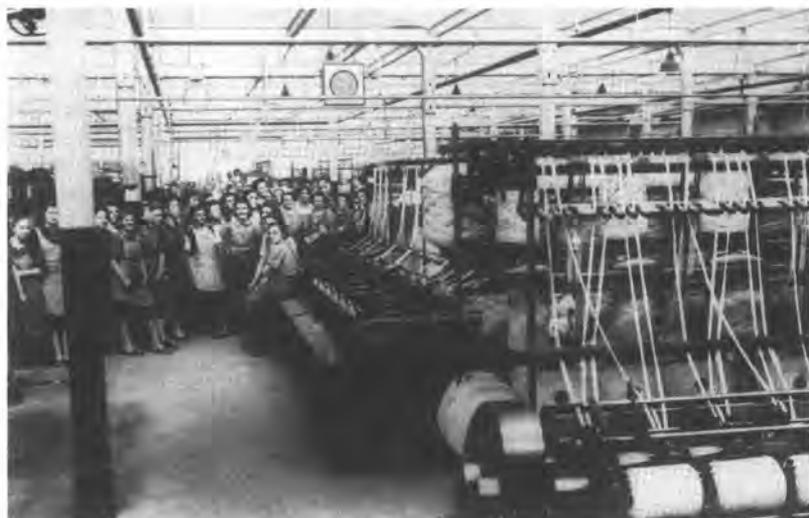
In Vorarlberg dürfte die Bedeutung des militärischen Bereichs noch wesentlich höher gewesen sein als in den restlichen Gebieten des Arbeitsamtsbezirkes, wie anderen Quellen entnommen werden kann.

Dem Luftwaffenbeauftragten des RLM, Hermann Rhomberg, war es nämlich gelungen, überproportional viele Aufträge der Luftwaffe ins Land zu ziehen. Im Bereich des Rüstungskommandos Innsbruck – den Gauen Salzburg und Tirol-Vorarlberg – arbeiteten insgesamt 1.937 Personen an Aufträgen der Gruppe Luftwaffe. Genau 970 Personen und somit 50,1 Prozent von ihnen waren in Vorarlberg beschäftigt, während Vorarlberg nur 20,6 Prozent der Wohnbevölkerung stellte.<sup>13</sup>

Mit Fortdauer des Krieges wurde die Arbeitseinsatzlage immer prekärer. Erst ab der zweiten Jahreshälfte 1941 führte diese Tatsache zu einem Umdenken bei den verantwortlichen Politikern. Das Wirtschaftsrüstungsamt meldete Mitte Oktober 1941 für das gesamte Reich den dringenden Bedarf an rund 800.000 Arbeitskräften. Gleichzeitig kam es aber zu massenhaften Einziehungen in die Wehrmacht. Die SS hatte sich zwar lange gegen den Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener gewehrt, mußte jetzt aber doch zustimmen.<sup>14</sup> Am 31. Oktober 1941 wurde durch Führerbefehl der Arbeitseinsatz russischer Kriegsgefangener nach langem Drängen von Wirtschaftsverbänden und –behörden erlaubt. Zu dieser Zeit waren durch die Schuld der deutschen Militärbehörden bereits Hunderttausende dieser Gefangenen in den Lagern verhungert oder an Fleckfieber gestorben.<sup>15</sup>

Die angespannte Situation auf dem "Arbeitsmarkt" war auch in Vorarlberg spürbar – allerdings nicht so sehr wie in anderen Industrieregionen des Reiches. Zwar wurden auch hier nur noch unersetzbare männliche Arbeitskräfte nicht in die Wehrmacht eingezogen. Von 1941 bis 1943 kamen aber insgesamt 10.681 Südtiroler ins Land – je ein Drittel von ihnen Kinder, Männer und Frauen. Besonders letztere entschärften die Lage am Arbeitsmarkt entscheidend.<sup>16</sup>

Neben den einheimischen und den Südtiroler Frauen mußten immer mehr Fremdarbeiter und Kriegsgefangene die freigewordenen Stellen ausfüllen. Das führte allerdings in mehrfacher Hinsicht zu Schwierigkeiten: Qualifikationsniveau, Fluchtgefahr und



Auch die Arbeitskräfte der großen Textilfirmen des Landes wurden zunehmend in die Munitionsfertigung einbezogen. Arbeiterinnen der Firma Schoeller beim Appell vor dem Lautsprecher im Arbeitssaal.

Sprachprobleme bei ausländischen Arbeitskräften. Die in dieser Situation nach Vorarlberg verlagerten Betriebe wurden auch unter dem Gesichtspunkt der "Arbeitseinsatzlage" von den hiesigen Unternehmen abgelehnt.

Ein Problem war die sogenannte "Uk-Stellung". Als Uk-gestellte – also "unabkömmliche" – Arbeitskraft galt, wer mit einer besonderen Qualifikation in einem kriegswichtigen Betrieb arbeitete. Die Wehrwirtschaftsbetriebe wurden dabei bevorzugt behandelt. Bei den von der Handwerkskammer Innsbruck betreuten Betrieben der "Bedarfsstelle II. Ordnung" wurde schon ein wesentlich schärferer Maßstab angelegt. In der Regel wurden in diesen Betrieben nur die Leiter und besonders wichtige Spezialkräfte, die für kriegs- oder lebenswichtige Aufträge arbeiteten, unabkömmlich gestellt.<sup>17</sup>

Das anfangs recht großzügig vergebene Privileg der Uk-Stel-

lung wurde parallel zu den zunehmenden Einberufungen immer stärker zurückgenommen. So führte das Rüstungskommando Innsbruck im März 1941 eine Überprüfung von insgesamt 21 Vorarlberger Klein- und Mittelbetrieben mit insgesamt 512 "Gefolgschaftsmitgliedern" durch, von denen beachtliche 84 Uk-gestellt waren. Betroffen waren Tischlereien, Sägereien, Bauunternehmen, Mechanikerwerkstätten, Installationsbetriebe, Zimmereien, Spenglereien und die Genossenschaft der Schuhmacher, Sattler und Tapezierer. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: Bei 33 oder 39,3 Prozent der 84 bisher als unabkömmlich eingestuftten Arbeitskräften wurde die Uk-Stellung aufgehoben.<sup>18</sup>

Insgesamt aber waren die Erfolge der Überprüfungen nicht wie erhofft. Das Rüstungskommando selbst sprach davon, es sei "zu keinem nennenswerten Erfolg" gekommen.<sup>19</sup>

Problematisch war für die Behörden die Befürchtung vieler Betriebe, nicht genügend Arbeitskräfte vermittelt zu bekommen. Sie behalfen sich daher vielfach damit, ein Mehrfaches von dem anzufordern, was sie wirklich brauchten. Die Behörden sprachen davon, daß Arbeitskräfte von einzelnen Betrieben "gehörtel" würden. Speziell die Dornier-Werke in Vorarlberg dürften das getan haben:

"So forderte Dornier nach Angabe des Arbeitsamtes Bregenz 56 (65?) Metallfacharbeiter an. Nach Zuweisung von 20 Facharbeitern und 10 Hilfsarbeitern erklärte die Firma, daß ihr Bedarf gedeckt sei. Die ursprüngliche Bedarfsmeldung lag daher fast um 60 % zu hoch."<sup>20</sup>

Angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt wollten die Behörden das natürlich nicht dulden, zumal inzwischen Vergehen gegen die Dienstpflichtverordnungen wesentlich härter geahndet wurden als zu Kriegsbeginn. So erhielt eine Arbeiterin im Juli 1942 für ein solches Vergehen auf Antrag des Arbeitsamtes Bregenz bereits sechs Monate Gefängnis – zu Beginn des Krieges mußte etwa mit drei Monaten gerechnet werden. Zur Abschreckung wurde dieses Urteil sogar in der Zeitung veröffentlicht.<sup>21</sup> Gegen Kriegsende mußten Arbeitskräfte schon bei kurzfristigem "unerlaubtem Fernbleiben" vom Betrieb mit Strafen von zwölf Monaten rechnen.<sup>22</sup>

Am 21. März 1942 wurde der Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel, von Hitler zum "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" ernannt. Die Deckung des Arbeitskräftebedarfes

sollte durch diese – gegen den Willen Speers eingerichtete – Zentralstelle gewährleistet werden.<sup>23</sup>

Der von Propagandaminister Goebbels Anfang 1943 verkündete "totale Krieg" wurde auch beim Arbeitseinsatz stärker spürbar. Als sich nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad Anfang 1943 fast alle verfügbaren Männer im Kriegseinsatz befanden und die Ströme der Kriegsgefangenen und zivilen Fremdarbeiter aus den besetzten Ländern langsam versiegteten, mußten sich die Verantwortlichen der Rüstungswirtschaft nach anderen Möglichkeiten umsehen. Einerseits wurde der Einsatz von Frauen in der Industrie intensiviert, andererseits wurde versucht, auch noch die letzten Arbeitskraftreserven zu mobilisieren. Die nicht kriegswichtige Produktion wurde noch stärker als bisher eingeschränkt.<sup>24</sup>

Im April 1943 wurden die Betriebe vom Rüstungskommando aufgefordert, in zwei angekündigten Aktionen vorgemerkte Frauen auch über den momentanen Bedarf hinaus einzustellen und anzulernen. Damit könne eine gewisse Reserve geschaffen werden, zumal die Einberufung der tauglichen Jahrgänge von 1897 bis 1900 bevorstehe und dies ansonsten zu erheblichen Schwierigkeiten führen könne.<sup>25</sup>

In dieser schwierigen Situation eines wachsenden Arbeitskräftebedarfes kamen zusätzliche Probleme – etwa die sogenannten "Arbeitsvertragsbrüche", auf die noch einzugehen sein wird, oder die vielen Verlagerungen hauptsächlich reichsdeutscher Betriebe ins Land. Sie führten natürlich auch zu einer Verknappung des Angebots auf dem Arbeitsmarkt, wenn zum damaligen Zeitpunkt überhaupt noch von einem "Markt" gesprochen werden kann.<sup>26</sup> Die hierher verlagerten Betriebe nahmen normalerweise nur einen besonders qualifizierten Teil ihrer Belegschaft mit. Der Rest mußte von den hiesigen Arbeitsämtern bereitgestellt werden.<sup>27</sup>

Reserven sahen die Berliner Zentralstellen vor allem in den nicht unmittelbar kriegsentscheidenden Produktionsbereichen wie der Textilindustrie. In den NS-Akten ist meist von "Auskömmaktionen" die Rede.

Im August 1943 beispielsweise ordnete der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz eine solche Aktion für das gesamte Reich an. Der Luftwaffenbeauftragte des RLM und gleichzeitig Bezirksbeauftragte der Hauptausschüsse für Luftwaf-

fenfertigung für den Wehrkreis XVIII, Hermann Rhomberg, konnte in einem Gespräch mit dem Gauwirtschaftsberater für Tirol-Vorarlberg, Dr. Bilgeri, und Vertretern des Gauarbeitsamtes und der Gauwirtschaftskammer erreichen, daß das "Abgabesoll" der hiesigen Textilunternehmen relativ gering blieb:

"Das Abgabesoll aus der Textilindustrie für den Landeswirtschaftsamtbezirk Salzburg beträgt 1.772. Dank der erfolgreichen Bemühungen der Textilindustrie des Wehrkreises XVIII, textiltfremde Fertigungen aufzunehmen, ist es möglich, stärkere Eingriffe zu vermeiden."<sup>28</sup>

Diversifizierung der Produktion war eine offensichtlich erfolgreiche Strategie der heimischen Textilunternehmen in der NS-Zeit. Mit Stichtag 31. August 1943 galten bei folgenden Vorarlberger Textilfirmen Arbeitskräfte als für die Rüstungsfertigung anrechenbar:

F. M. Hämmerle, Dornbirn	55
Getzner, Mutter & Cie., Bludenz	40
Franz M. Rhomberg, Dornbirn	130
Wollgarnspinnerei Schoeller, Bregenz	45
Textilwerke Schindler & Cie., Bregenz	26

Das waren zusammen 296 oder 67,1 Prozent von insgesamt 441 für den textilen Bereich anerkannten "Rüstungsarbeitern". Hinzu kamen noch einmal fast doppelt soviele – nämlich 428 –, die im vorliegenden Akt als "bereits umgesetzt" bezeichnet wurden. Somit gab es im Sommer 1943 insgesamt 869 Arbeitskräfte in der Textilindustrie, die vorwiegend in der Luftwaffenfertigung als Rüstungsarbeiter tätig waren. Stilllegungen von Textilbetrieben in Vorarlberg konnte Rhomberg verhindern, eine solche im Bereich des Rüstungskommandos Graz befürwortete er.<sup>29</sup>

Neben Stilllegungen gab es weitere Möglichkeiten, zusätzliche Arbeitskräfte für die Rüstungswirtschaft zu gewinnen. Dazu zählte der Einsatz jener in den Reservelazaretten liegenden Soldaten, denen man wenigstens leichte Arbeit zumuten zu können glaubte. Auch der Arbeitseinsatz von Strafgefangenen für kriegswichtige Arbeiten wurde – man beachte wieder den Zusammenhang mit der Goebbels-Rede nach der Niederlage bei Stalingrad – bereits am 13. Februar 1943 überlegt.<sup>30</sup> Mit dem zuständigen Militärarzt wurden am 10. März 1943 entsprechende Verhandlungen geführt. Möglichkeiten zum Arbeitseinsatz von verwundeten Sol-

daten wurden dabei allerdings nur in den Lazaretten Hallein und Lochau ausgemacht.<sup>31</sup>

Es liegt in der Logik der damals Verantwortlichen, daß auf kranke und verletzte Menschen keine Rücksicht genommen wurde. So waren die ursprünglich mit dem zuständigen Militärarzt ausgehandelten Vereinbarungen, wonach nur die Verletzten der Lazarette Hallein und Lochau in die Produktion eingegliedert werden sollten, bald hinfällig. Schon ab Juli 1943 wurde der Arbeitseinsatz von Insassen der drei Innsbrucker Lazarette und jener von Lochau, Bregenz und Feldkirch II systematisch vorangetrieben. Die Tbc-kranken Verwundeten in den Lazaretten Gaisbühel und Valduna waren aufgrund der Ansteckungsgefahr von diesem Arbeitseinsatz ausgenommen. Das Reservelazarett Feldkirch I war durch den Luftangriff vom 1. Oktober 1943 zerstört worden, die arbeitsfähigen Überlebenden wurden zu Aufräum- und Aufbauarbeiten herangezogen.

Das Rüstungskommando Innsbruck meldete im Oktober 1943 in diesem Zusammenhang:

“1. Gemäß Verfügung des Wehrkreisarztes XVIII müssen infolge des fortgesetzten Mangels an freien Betten alle Verwundeten und Kranken, die einigermaßen wiederhergestellt sind und keiner besonderen ärztlichen Behandlung bedürfen, sofort in häusliche Pflege entlassen bzw. als Erholungsbedürftige in Genesungsheime abgegeben werden. Dadurch entfällt der größte Teil der arbeitsfähigen Patienten.

2. Für den Arbeitseinsatz kommen in der Hauptsache nur einzelne nicht Schwerkranke und nicht dauernde(r) Behandlung und Aufsicht bedürftige Patienten aus den neurologischen Abteilungen in Betracht. Der Einsatz von Tbc-Kranken und Infektionskranken (Malaria) und von den Patienten der dermatologischen Ableitungen wird ärztlicherseits abgelehnt. ...

3. Durch den großen Mangel an Lazarettpersonal ... wird ein großer Teil der arbeitsfähigen Lazarettinsassen für den täglichen internen Arbeitsdienst in den Lazaretten selbst benötigt ...“<sup>32</sup>

Trotz dieser Einschränkungen kam es im Gau Tirol-Vorarlberg zu einem massiven Arbeitseinsatz der kranken und verletzten Soldaten in kriegswichtigen Bereichen. Von den von ihnen insgesamt geleisteten 25.981 Arbeitsstunden im Monat entfielen allein 13.783 auf das Lazarett Feldkirch II, 2.526 Stunden auf Lochau und 442

Arbeitsstunden auf Bregenz. Bei einer täglichen Arbeitszeit von durchschnittlich acht Stunden und 25 Arbeitstagen pro Monat ergäbe das 130 Arbeitskräfte. In Bregenz und Feldkirch wurden dabei hauptsächlich Autoreparaturarbeiten vorgenommen sowie Einrichtungsgegenstände hergestellt. Die Lochauer Patienten stellten zum Teil Holzschuhe her, zum größeren Teil aber waren sie mit der Herstellung von Panzerteilen und Arbeiten in einer chemischen Fabrik beschäftigt.<sup>33</sup>

Auch im Jahr 1944 ging der Einsatz von Lazarettinsassen für rüstungswichtige Arbeiten weiter, ja er wurde weiter intensiviert. Allein die Steigerung der geleisteten Arbeitsstunden machte dabei schon deutlich mehr aus als die Gesamtzahlen vom Herbst zuvor:

“Während des Juni wurden 32.000 Arbeitsstunden mehr als im Mai und 38.000 Arbeitsstunden mehr als im April geleistet. Dies beträgt gegenüber Mai eine Steigerung um 280 und gegenüber dem April eine Steigerung um 415 v. H.”<sup>34</sup>

Insgesamt darf für Vorarlberg festgehalten werden, daß die “Arbeitseinsatzlage” in Vorarlberg den verantwortlichen Stellen keine allzu großen Probleme bereitete. Das hatte mehrere Gründe: Die Betriebe des Landes profitierten davon, daß ab 1941 im Zuge der “Option” über 10.000 Südtiroler ins Land kamen. Diese wiesen ein relativ niedriges Qualifikationsniveau auf, was den Bedürfnissen der Textilindustrie durchaus entgegenkam. Wie in den übrigen Gebieten des Reichs wurden ab 1943 auch die letzten Arbeitskräftereserven mobilisiert. Das führte zur Verwendung von Lazarettinsassen und zu einem bis dahin unbekannt hohen Anteil an Frauen unter den Beschäftigten.<sup>35</sup>

## 5.4. Bevölkerungsentwicklung und Berufsstruktur

Führte die siebenjährige nationalsozialistische Herrschaft in Vorarlberg zu einer Veränderung der Sozialstruktur? Würde das Land wirtschaftlich und technisch “moderner”? Was bedeutet in diesem Zusammenhang “Modernität”? Wie entwickelten sich die Beschäftigtenzahlen?

Im folgenden sollen anhand einiger Indikatoren Antworten auf diese Fragen versucht werden. Unter “Modernisierung” wird

dabei eine Entwicklung verstanden, die den höchsten technologischen und wirtschaftlichen Standard anstrebt. Ralf Dahrendorf hat bereits in den sechziger Jahren für die nationalsozialistische Herrschaft den Begriff der "gewaltsamen Modernisierung" geprägt. Angesichts der Probleme der Gegenwart wird man unter "modern" natürlich anderes zu verstehen haben als noch vor zehn oder zwanzig Jahren.<sup>1</sup>

Schauen wir uns zunächst die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen an. Sie stiegen unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme gewaltig an. Es gelang in Vorarlberg während der NS-Zeit auch, durch den Zuzug von über 10.000 Südtirolern und den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern den kriegsbedingten Arbeitskräfteverlust infolge der wohl mehr als 30.000 Einberufungen zur Wehrmacht zumindest teilweise wettzumachen. Das belegt ein Blick in die Statistik:<sup>2</sup>

Stichtag		31.3.1938	31.12.1940	31.3.1945
Angestellte	männlich	2.850	3.011	2.662
	weiblich	1.262	2.253	3.667
	gesamt	4.112	5.264	6.329
Arbeiter	männlich	11.004	15.804	14.881
	weiblich	9.692	12.778	16.256
	gesamt	20.696	28.582	31.137
Insgesamt		24.808	33.846	37.466
Fremdarbeiter	männlich			5.160
	weiblich			2.571
	gesamt			7.731

Der besseren Vergleichbarkeit wegen, sind in den obigen Zahlen nur die Beschäftigten in Industrie und Gewerbe berücksichtigt, da Vergleichszahlen für die Land- und Forstwirtschaft und die Beamten nicht eruiert waren. Die angeführten Zahlen machen deutlich, wie massiv die nationalsozialistische Herrschaft den Arbeitsmarkt beeinflusste. Im Dezember 1940 gab es in Vorarlberg bereits um 36,4 Prozent mehr in Stellung befindliche Personen als im März 1938. Wegen des massiven Frauen- und Fremdarbeitereinsatzes konnte die Beschäftigtenzahl bis 1945

sogar noch gesteigert werden. Ende März 1945 gab es genau 51,0 Prozent mehr Beschäftigte als sieben Jahre zuvor.

Schauen wir uns die Zahlen im Detail an. Die NS-Zeit brachte vom März 1938 bis zum März 1945 einen bemerkenswerten Anstieg der Frauenbeschäftigung um 81,9 Prozent mit und 58,2 Prozent ohne Einbeziehung der Fremdarbeiterinnen. Angesichts der Erfordernisse der Kriegswirtschaft überrascht dies nicht.

In der NS-Zeit ging aber nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Veränderung der Frauenbeschäftigung vor sich. Während in diesen sieben Jahren die Zahl der männlichen Angestellten kriegsbedingt von 2.850 auf 2.662 oder um 6,6 Prozent sank, gab es bei den weiblichen Angestellten einen Anstieg von 1.262 auf 3.667 oder um 190,6 Prozent. Viele Frauen nützten also die beruflichen Chancen, um zumindest in mittlere betriebliche Funktionen aufzusteigen.

Diese Entwicklung wurde nach Kriegsende jäh gestoppt, war aber vorerst nicht mehr ganz rückgängig zu machen. Ende September 1945 gab es mit 2.551 weiblichen Angestellten immerhin noch um 102,1 Prozent mehr als im März 1938. Die Zahl der männlichen Angestellten war im selben Zeitraum um 7,2 Prozent auf 2.644 gefallen. Somit gab es im September 1945 immerhin nur geringfügig weniger weibliche als männliche Angestellte. Bis 1949 erhöhte sich dann die Zahl der Angestellten enorm auf 17.309, profitiert haben davon hauptsächlich die Männer:<sup>3</sup>

	Angestellte 1938 - 1949			
	männlich	Index	weiblich	Index
1938	2.850	100	1.262	100
1945	2.662	93	3.667	291
1949	11.892	417	5.417	429

1949 war somit wieder alles beim alten. Die Zahl weiblicher Angestellter war im Vergleich zu 1938 zwar deutlich, aber kaum stärker gestiegen als jene der Männer. Ihr Anteil an der Gesamtzahl lag 1938 bei 30,7 Prozent, 1949 bei 31,3 Prozent. Damit war eine Veränderung wieder rückgängig gemacht worden, die sich in der NS-Zeit kriegsbedingt ergeben hatte. Damals allerdings gegen den vor 1938 ausgesprochenen Willen der Machthaber. Adolf Hitler hatte zur Rolle der Frau im September 1934 erklärt:

„Wenn man sagt, die Welt des Mannes ist der Staat, die Welt des Mannes ist sein Ringen, die Einsatzbereitschaft für die Ge-

meinschaft, so könnte man vielleicht sagen, daß die Welt der Frau eine kleinere sei. Denn ihre Welt ist ihr Mann, ihre Familie, ihre Kinder und ihr Haus. ...

Wir empfinden es nicht als richtig, wenn das Weib in die Welt des Mannes, in sein Hauptgebiet eindringt, sondern wir empfinden es als natürlich, wenn diese beiden Welten geschieden bleiben.“<sup>4</sup>

Den Nationalsozialisten war es dann vorbehalten, diese angeblich geschiedenen Welten im Krieg zusammenzuführen: Frauen stiegen beruflich verstärkt in mittlere Funktionen auf. Nach 1945 wurde diese Entwicklung wieder weitgehend rückgängig gemacht – zumindest relativ gesehen.

Auch gesamtösterreichisch ist eine ähnliche Entwicklung feststellbar wie in Vorarlberg, allerdings bei weitem nicht im selben Ausmaß. Das gilt sowohl für die Zunahme des Anteils der Angestellten an der Gesamtbeschäftigtenzahl als auch für die Zunah-



Typisches Bild eines Büros in einem Dornbirner Unternehmen während des Krieges: Frauen nehmen die Arbeitsplätze von Männern ein. Das Foto wurde einem "lieben Arbeitskameraden" samt 100 Zigaretten zur Erinnerung gesandt.

me der Frauenerwerbsarbeit. Vor 1938 war die Frauenerwerbsarbeit jahrelang zurückgegangen.<sup>5</sup> Die zunehmende Beschäftigung von Frauen in Erwerbsberufen war von den Nationalsozialisten ursprünglich nicht beabsichtigt, im Zuge der Kriegswirtschaft aber notwendig. Von den Frauen wurde dies vielfach als Aufstieg erlebt und dürfte somit herrschaftsstabilisierend gewirkt haben.

## Die Beschäftigtenstruktur

Schauen wir uns den Wandel der Beschäftigtenstruktur in der NS-Zeit an. Die folgende Statistik stellt zwei Erhebungen aus den Jahren 1938 und 1948 gegenüber, die nur zum Teil vergleichbar sind. Jene Angaben, die in der einen oder anderen Statistik nicht aufscheinen, wurden dabei unter dem Begriff "Sonstige" zusammengezählt. Die wichtige Gruppe der in der Landwirtschaft Tätigen und die Beamten wurden weggelassen, da diese zwar 1948, nicht aber 1938 erfaßt wurde.<sup>6</sup> Der Vorteil des Vergleichszeitraumes 1938 bis 1948 statt von 1938 bis 1945 liegt vor allem in der Tatsache begründet, daß die Situation im Jahre 1945 wegen rüstungswirtschaftlich bedingter Disproportionalitäten in der Produktion untypisch war. Der hohe Anteil an Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen würde das Bild zusätzlich verzerren. Bis 1948 – so darf angenommen werden – dürfte sich die Beschäftigtenstruktur normalisiert haben.

Die nachfolgende Statistik zeigt eindrucksvoll, wie stark sich die Beschäftigungsstruktur des Landes geändert hat. War 1938 noch fast jeder zweite unselbständig Erwerbstätige in der Textilbranche tätig, so war es zehn Jahre später nicht einmal mehr jeder vierte. An Bedeutung gewonnen haben hauptsächlich die Eisen- und Metall- sowie die Bekleidungsindustrie. Gesamtösterreichisch war die Entwicklung ähnlich, wobei sie in den westlichen Bundesländern wesentlich rascher und intensiver verlief als in den östlichen und südlichen.<sup>7</sup>

Gesamtzahl der Beschäftigten in Vorarlberg nach Branchen  
(ohne Landwirtschaft und pragmatisierte Beamte)

	31.3.1938		31.3.1948	
Elektrizität, Gas, Wasser	476	1,9%	1.147	2,4%
Stein und Ton	231	0,9%	740	1,6%
Baugewerbe	2.278	9,2%	5.237	11,1%
Eisen und Metall	852	3,4%	3.867	8,2%
Holzindustrie	624	2,5%	2.543	5,4%
Lederindustrie	21	0,1%	243	0,5%
Textilindustrie	10.615	42,8%	10.504	22,2%
Bekleidungsindustrie	615	2,5%	3.044	6,4%
Papierindustrie	158	0,6%	360	0,8%
Graphische Industrie	218	0,9%	579	1,2%
Chemische Industrie	157	0,6%	468	1,0%
Nahrungs- und Genußmittel	2.547	10,3%	1.947	4,1%
Handel	1.539	6,2%	3.270	6,9%
Verkehr	52	0,2%	2.738	5,8%
Banken	283	1,1%	478	1,0%
Öffentlicher Dienst	1.237	5,0%	2.376	5,0%
Haushaltung	1.845	7,5%	2.872	6,1%
Sonstige	1.060	4,3%	4.858	10,3%
Gesamt	24.808		47.271	

In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft können wir die Zahlen von 1948 zwar nicht mit solchen aus dem Jahr 1938, dafür aber aus dem Jahre 1939 vergleichen. Im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft aber – das muß betont werden – haben bereits wesentliche Entwicklungen stattgefunden, sodaß diese Zahlen nur bedingt mit den obigen verglichen werden können.

Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft<sup>a</sup>

Mai 1939	März 1948
2.771	3.895

In der Land- und Forstwirtschaft nahm die Beschäftigtenzahl von März 1939 bis Mai 1948 um 40,6 Prozent zu. Diese Zunahme liegt deutlich unter der Gesamtzunahme um 90,5 Prozent an unselbständig Beschäftigten in Vorarlberg von 1938 bis 1948.

Ziehen wir auch Bilanz über jene gewaltige Völkerwanderung, von der Vorarlberg während des Zweiten Weltkrieges betroffen war. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte das Land noch einen ge-

waltigen Aderlaß hinnehmen müssen: Die Bevölkerung war von 150.205 im Jahre 1913 um 11,3 Prozent auf 133.212 im Jahre 1920 gesunken.<sup>9</sup> Der Zweite Weltkrieg brachte eine gegenläufige Entwicklung.

Das war zum Teil auf bevölkerungspolitische Maßnahmen durch die NS-Machthaber zurückzuführen: Kindergeld, Ehestandsdarlehen, die Einrichtung von Kindergärten usw. erleichterten den Entschluß, Kinder zu bekommen. Wie erfolgreich diese Politik war, zeigt die folgende Tabelle:<sup>10</sup>

#### Lebendgeborene

Jahr	Vorarlberg	Index	Österreich	Index
1937	2.655	100	86.351	100
1938	2.714	102	93.812	109
1939	3.654	138	137.835	160
1940	3.737	141	145.926	169
1941	3.636	137	135.398	157
1942	3.302	124	116.172	135
1943	3.440	130	122.443	142
1944	3.625	137	126.938	147
1945	2.478	93	101.369	117

Zum Zeitpunkt der Volkszählung am 17. Mai 1939 hatte Vorarlberg 156.091 Einwohner, unmittelbar nach dem Ende der NS-Herrschaft sechs Jahre später sollen es etwa 240.000 gewesen sein, und am 10. August 1945 wurden bei einer Bevölkerungszählung 200.847 oder um 28,7 Prozent mehr Einwohner als 1939 ausgewiesen.<sup>11</sup>

Wie war es zu diesem enormen Bevölkerungsanstieg gekommen? Während des Krieges zogen bis Ende 1943 10.681 Südtiroler ins Land, von denen 1945 noch knapp 9.000 hier waren. Etliche Südtiroler Wehrmachtangehörige kamen nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft in den folgenden Monaten und Jahren nach Vorarlberg und nicht nach Südtirol. 1.014 Südtiroler kehrten offiziell als "Reoptanten" zurück, ähnlich viele dürften illegal zurückgekehrt oder in ein anderes Bundesland abgewandert sein. 1950/51 lebten 8.297 Südtiroler in Vorarlberg.<sup>12</sup>

Im August 1945 waren es noch 12.053 Österreicher, die es aus anderen Bundesländern nach Vorarlberg verschlagen hatte: Bombenflüchtlinge, durch die Frontnähe gefährdete Personen, entlassene Kriegsgefangene, Arbeiter hierher verlagertes Rū-

stungsbetriebe usw. Von den damals immerhin 17.007 Reichsdeutschen waren 13.057 aus ähnlichen Gründen wie die Österreicher seit dem 31. März 1938 ins Land gekommen. Neben den Reichsdeutschen gab es offiziell 10.444 sonstige Ausländer im Land, 9.125 von ihnen waren aus Kriegsgründen (Fremdarbeiter, Kriegsgefangene usw.) nach Vorarlberg gekommen.<sup>13</sup>

Über 43.000 Südtiroler, während des Krieges nach Vorarlberg gekommene Österreicher, Reichsdeutsche und sonstige Ausländer machten im Sommer 1945 zusammen einen Bevölkerungsanteil von etwa 22 Prozent aus. Der Bevölkerungszuwachs Vorarlbergs von 1939 bis 1945 betrug etwa 45.000. Zieht man die zugewanderten 43.000 Personen ab, bleiben noch etwa 2.000 Personen "natürlichen" Bevölkerungszuwachses. Dieser dürfte in der NS-Zeit in Wirklichkeit noch höher gewesen sein.<sup>14</sup>

Bevölkerungsbewegung während der NS-Zeit			
Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle ohne Gefallene	Geburtenüberschuß
1937	2.655	1.758	897
1938	2.714	1.937	777
1939	3.654	2.049	1.605
1940	3.737	1.923	1.814
1941	3.636	2.010	1.626
1942	3.302	1.862	1.440
1943	3.440	1.966	1.474
1944	3.625	2.041 <sup>15</sup>	1.584
1945	2.478	2.041	437

Geburtenüberschuß von 1938 bis 1945: 10.757

Der Bevölkerungszuwachs ohne Zuwanderung von etwa 2.000 ergibt sich durch die Tatsache, daß man vom Geburtenüberschuß von 10.757 Personen die 7.739 Gefallenen der deutschen Wehrmacht,<sup>16</sup> die in der obigen Statistik unter "Todesfälle" nicht aufscheinen, abziehen muß. Der Rest von etwa 1.000 Personen dürfte auf statistische Ungenauigkeiten zurückzuführen sein, da die Angaben im Detail sehr häufig - wenn auch meist geringfügig - differieren.<sup>17</sup>

Viele der oben angeführten 43.000 Menschen, die es während des Krieges nach Vorarlberg verschlagen hatte und die im August 1945 immer noch im Land weilten, kehrten in den folgenden Monaten und Jahren in ihre Heimat zurück, die meisten aber



Unter dem Motto "Schutz der Volkskraft" stand dieses Bild aus dem Werkskindergarten der Wollgarnspinnerei Schoeller: "Deutsche Arbeitskinder" wurden im Betrieb versorgt, während die Mutter im Arbeitseinsatz war. Dadurch konnten die hohen Geburtenziffern gehalten werden.

dürften hiergeblieben sein. Im Dezember 1945 wurden in Vorarlberg offiziell nur noch 186.386 Personen registriert – also um knapp 14.000 weniger als im August. Damit waren die meisten Rückkehrwilligen daheim. Bis in die fünfziger Jahre hinein zogen dann zwar immer noch Menschen aus dieser Personengruppe weg, der Rückstrom wurde aber durch heimkehrende Kriegsgefangene und zuziehende Vertriebene mehr als wettgemacht. Im Oktober 1948 hatte Vorarlberg schon wieder 191.743 Einwohner.<sup>18</sup>

Der gewaltige Bevölkerungszuwachs in Vorarlberg war einerseits auf den Geburtenüberschuß zurückzuführen, andererseits auf enorme Wanderungsgewinne. Dieser Zuwachs korrespondiert mit einer ähnlichen Entwicklung in Salzburg, Oberösterreich und Tirol.<sup>19</sup>

## 6. Die Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsbereiche

### 6.1. Die Elektrizitätswirtschaft

Der bevorzugte Ausbau der Elektrizitätswerke im Land war – von den österreichischen "Vorarbeiten" abgesehen – von Deutschland seit langem geplant. Der Zeitpunkt des "Anschlusses" war denn auch alles andere als ein Zufall. Bereits am 31. Jänner 1938 hatte das "Reichs- und Preußische Wirtschaftsministerium" in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister geklagt, daß es nicht möglich sei, "die wichtigsten Rohstoffbetriebe mit den den örtlichen Energieversorgungsunternehmen zur Verfügung stehenden Leistungen zu versorgen".<sup>2</sup> Daß der "Griff nach Österreich" sehr wesentlich durch diese Probleme bedingt war, ist inzwischen hinlänglich bewiesen worden.<sup>3</sup>

Speziell Vorarlberg hatte in den langfristigen Planungen der reichsdeutschen Wirtschaftsstellen einen besonderen Stellenwert. In einem Tätigkeitsbericht des "Gauamtes für Kommunalpolitik" für den September 1941 ist sogar von einer "einmalige(n) Stellung" auf "energiewirtschaftlichem Gebiet ... im ganzen Reich" die Rede:

"(Der Reichsgau Tirol und Vorarlberg) wird, wenn einmal die bisher projektierten Anlagen gebaut sein werden, etwa 1/10tel der gesamten elektrischen Energie des Reiches mit etwa 7 Milliarden kWh erzeugen."<sup>4</sup>

Auch das Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF befaßte sich intensiv mit der sozialen und wirtschaftlichen Struktur Österreichs und legte die Ergebnisse in einem Geheimbericht bereits im März 1938 vor. Dabei wird auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Energiegewinnung aus Wasserkraft in Österreich generell und die Bedeutung der Vorarlberger Illwerke A.G. speziell eingegangen:

"Man schätzt die bei Niederwasser ausnutzbaren Bruttowasserkraftkräfte auf 2.000.000 PS, wovon bisher lediglich 900.000 PS ausgenutzt werden. Die bedeutendsten Kraftwerke sind die Illwerke in Vorarlberg mit 120.000 bis 150.000 PS und das Achensee-Kraftwerk mit 124.000 PS."<sup>5</sup>

Auch das Reichswirtschaftsministerium hatte sich schon lange auf den "Anschluß" Österreichs durch energiewirtschaftliche Studien vorbereitet. Darin hieß es unter anderem, daß die Wasserkraft der bedeutendste Energieträger des Landes sei und noch erhebliche Reserven genutzt werden könnten. Während 1935 im Reich 6.835 GWh aus Wasserkraft gewonnen worden seien, waren es in Österreich 2.200 GWh. Deutschland deckte damit nur 16,1 Prozent seines Bedarfes an elektrischer Energie aus Wasserkraft, Österreich hingegen 85,3 Prozent. Während das Reich 1.338 GWh importieren mußte, konnte Österreich 341 GWh exportieren. Im Bericht dann wörtlich:

"Die Bedeutung der genannten Großkraftwerke geht weit über den lokalen Umfang hinaus. Die Vorarlberger Illwerke (Vermuntwerk) liefern allein durchschnittlich 150 Mill. KWh in die große 220.000-Volt-Leitung des RWE (Rheinisch Westfälisches Elektrizitätswerk, HW) und bestreiten somit einen beträchtlichen Teil des deutschen Stromverbrauchs. ... So groß die Bedeutung der zivilen Stromversorgung Wiens sein mag, an die Bedeutung der Großkraftwerke in der Steiermark, Tirol und Vorarlberg, deren Ausfall durchweg unabsehbare rüstungswirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen würde, reicht sie wohl nicht heran."<sup>6</sup>

Auch die Vorarlberger Kraftwerke (VKW) investierten beträchtliche Summen in den Ausbau des Verteilungsnetzes, insbesondere im Arlberg-Gebiet.

Zudem gelang es dem Finanzreferenten der Vorarlberger Landesregierung Eberl, für ein Straßenbausofortprogramm bedeutende Mittel von den zuständigen Stellen im Reich zu erhalten. Besonders die Erschließung der Fremdenverkehrsorte Lech und Zürs, der Ausbau der Hochtannbergstraße und der Hauptverkehrsverbindung nach Tirol vom Bodensee bis zum Arlberg verbesserten die Infrastruktur gewaltig – in der Nachkriegszeit die Basis für den aufstrebenden Fremdenverkehr.<sup>7</sup> Der Ausbau des Straßennetzes war aber auch – zumindest was die Hauptverkehrswege im Rheintal, Walgau und im Arlberg-Gebiet anlangt – eine Voraussetzung für die Erstellung des Leitungsnetzes der VKW und der Wasserkraftwerke im Montafon.

Betrachten wir zunächst die Investitionen genauer, welche die VKW in der NS-Zeit getätigt haben. Das Unternehmen hatte in Vorarlberg seit dem Bau einer zweiten Fernleitung von 25 kV von

Andelsbuch über Alberschwende nach Bregenz-Rieden und dem Umbau des Unterwerkes Alberschwende im Jahre 1924 keine größeren Summen mehr investiert. Da aber insbesondere die Tannberg-Gemeinden schon seit Jahren gefordert hatten, an das Netz der VKW angeschlossen zu werden und entsprechende Vorarbeiten bereits abgeschlossen waren – nur der Baubeschluß fehlte noch –, konnten auch hier die Nationalsozialisten als die Großinvestoren auftreten.<sup>9</sup>

- Noch 1938 wurde der Bau einer 39 km langen 25-kV-Fernleitung von Andelsbuch durch den Bregenzerwald nach Lech-Zürs in Angriff genommen. Der Bau dieser Leitung war äußerst schwierig, da sie über sehr enge Stellen der Ache und über das Auenfeld geführt werden mußte. Somit gab es einerseits Hochwassergefährdung und andererseits Lawinengefahr. 1942 konnte dann Warth und 1944 Hochkrumbach an kleinere Unterwerke angeschlossen werden, die ebenfalls ab 1938 in Schröcken und Lech gebaut wurden.
- Anfang der vierziger Jahre wurden kleinere und unrentable Kleinkraftwerke der Gemeinden Bizau, Bezau und Mellau-Schnepfau den VKW angegliedert und ausgebaut.
- Mit beträchtlichen staatlichen Zuschüssen wurde im Verlauf des Zweiten Weltkrieges das ganze Große Walsertal bis Damüls an das Netz der VKW angeschlossen. Das galt nacheinander für die Ortsnetze Thüringerberg, St. Gerold, Blons, Raggal, Faschina und Damüls.
- Seit 1941 versorgten die VKW das Klostertal von Dalaas bis Stuben und legten zur Versorgung von St. Anton eine 10-kV-Leitung über den Arlberg.
- 1942 übernahmen die VKW die schon bisher belieferten Ortsnetze Lauterach, Wolfurt und Schwarzach, 1944 das Leitungsnetz des Elektrizitätswerkes Müselbach in der Gemeinde Alberschwende.
- 1943 wurde im Anschluß an das Hochspannungsnetz des Werkes Egg in Hiltisau eine 5-kV-Fernleitung nach Sibratsgfall erbaut, die später über Balderschwang nach Bayern verlängert wurde.
- Die letzte Großinvestition der VKW in der NS-Zeit erfolgte gegen Kriegsende, als man den Ring schließen und die Versorgung der Tannberg- und Arlberg-Gemeinden besser sichern wollte. Vom Klostertal aus wurde der Bau einer Hochspan-

nungsleitung nach Zürs in Angriff genommen. Im Lawinengebiet zwischen dem Flexenpaß und der Gemeinde Stuben konnte diese Leitung nur als Kabel verlegt werden. Trotz der Materialnot im Krieg gelang es 1943, ein 35-kV-Kabel zugeteilt zu bekommen, das dann von Kriegsgefangenen verlegt wurde.

- Während des Krieges wurde übrigens auch das 45-kV-Netz erweitert: Zur Versorgung einer Fabrik in Liechtenstein wurde vom Unterwerk Gisingen aus eine Leitung bis zur Landesgrenze mit Eisen als Leitermaterial gebaut.

Die Gründe für diese gewaltigen Investitionen der VKW lagen nicht - wie bei den Illwerken - im großen Energiebedarf der reichsdeutschen Industrie, sondern in der Zunahme an Rüstungsbetrieben im Land und in einem Modernisierungsschub bis in die



Ein Blick in einen Büroraum der Vorarlberger Kraftwerke (VKW). Zu Beginn der NS-Zeit wurden die zwei bis dahin bestehenden Landeselektrizitätsgesellschaften zu einer einzigen zusammengeschlossen. Insbesondere in den Ausbau des Leitungsnetzes wurde stark investiert.

einzelnen Haushalte hinein, den die NS-Herrschaft in Österreich mit sich brachte.<sup>9</sup>

Insbesondere in den Verbraucherschwerpunkt der VKW – die Region Bregenz-Dornbirn – wurden mit Kriegsverlauf immer mehr reichsdeutsche Industriebetriebe verlagert, sodaß die Landessammelschiene bereits ab dem Winter 1940 voll ausgelastet war. Deshalb schufen die VKW eine zweite Verbindung zwischen Bürs und dem VKW-Netz, zumal man nicht von einer einzigen Leitung abhängig sein wollte. Wegen des herrschenden Materialmangels wurde diese Leitung von Bürs bis Hohenems zumindest zum Teil zuerst eher provisorisch ausgeführt und am 23. November 1944 mit 45 kV in Betrieb genommen.<sup>10</sup> Im Herbst 1951 konnte dann die gesamte 110 kV-Leitung von Bürs bis Bregenz-Rieden fertiggestellt werden.<sup>11</sup>

Als Indikator für die Modernisierung und somit den steigenden Strombedarf in den Haushalten kann die Zahl der Elektroherde in Vorarlberg<sup>12</sup> dienen:

Jahr	Zahl der Elektroherde in Vorarlberg	Zunahme in Prozent (Basis 1935/36)
1935/36	841	
1940/41	2.775	+ 229,9 %
1945/46	6.750	+ 702,6 %

Der durch diese Steigerung deutlich erhöhte Bedarf privater Haushalte an elektrischer Energie wurde vor allem durch die VKW gedeckt, deren Jahresabgabe<sup>13</sup> im selben Zeitraum massiv stieg:

Jahr	Jahresabgabe in GWh	Zunahme in Prozent (Basis 1935/36)
1935/36	43,6	
1940/41	72,2	+ 65,6 %
1945/46	95,4	+ 118,8 %

Die größtenteils in Landesbesitz befindliche VKW, die zu Beginn der NS-Herrschaft mit der 1924 gegründeten Vorarlberger Landes-Elektrizitäts-A.G. (Voleag) zusammengeschlossen wurde, sollte hauptsächlich der Deckung des regionalen Bedarfs dienen, während die Illwerke überregionale Bedeutung hatten. Dies zeigt auch ein Blick auf die Eigentümerstruktur der Gesellschaft

ten: Die VKW waren nach Kriegsende bereits zu fast 90 Prozent im Eigentum des Landes Vorarlberg. Die weitere Ablösung von Privatbesitzern stand unmittelbar bevor.<sup>14</sup>

Bei den Illwerken hingegen trat zwischen 1938 und 1945 – wie die folgende Tabelle zeigt – eine bemerkenswerte Veränderung der Aktionäre ein:

#### Beteiligungsverhältnisse

	12.März 1938	1.Mai 1945
Land Vorarlberg	5,000 %	5,0000 %
Land Württemberg	15,000 %	15,0000 %
Oberschwäbische Elektrizitätswerke Biberach	27,500 %	
Württembergische Sammelschienen A. G. Stuttgart	5,000 %	
EVS <sup>15</sup> A. G. (ab 1939)		32,5000 %
Großkraftwerke Württemberg A. G. Ludwigsburg	0,143 %	0,0875 %
RWE A. G. Essen	5,357 %	41,6375 %
Finelectra A. G. Aarau/CH	42,000 %	5,7750 %
	<hr/>	<hr/>
	100,000 %	100,0000 %

Während der NS-Zeit avancierte das RWE somit zur dominierenden Kraft bei den VIW. Dies mit gutem Grund, denn die Zentren der deutschen Rüstungsindustrie im Ruhrgebiet hatten einen großen Bedarf an Elektrizität. Die Eigentumsverhältnisse dürften auch bei der Aufteilung der österreichischen Energiewirtschaft auf die Energiebezirke des Deutschen Reiches eine Rolle gespielt haben. Die Vorarlberger Illwerke nämlich wurden dem Energiebezirk VI (Rheinland) und somit dem RWE zugeordnet und nicht – wie die VKW – dem Energiebezirk X (Baden-Württemberg). Neben der Eigentümerstruktur war hierfür natürlich auch das Absatzgebiet für den Spitzenstrom der Illwerke A.G. – das Ruhrgebiet – verantwortlich. Während Tirol und Salzburg zum Energiebezirk IX (Bayern) gelangten, bildete der Rest Österreichs den Energiebezirk XI.<sup>16</sup>

Sowohl bei den VKW als auch bei den VIW kam es in der NS-

Zeit zu massiven Kapitalerhöhungen. Schon am 28. April 1938 beschloß die Generalversammlung der VIW die Erhöhung des Gesellschaftskapitals um 15 Millionen Reichsmark.<sup>17</sup> In einem Nachtragsvoranschlag des Landes Vorarlberg für 1938 wurden insgesamt ÖS 4,867.304,- bereitgestellt – ÖS 1,125.000,- für die VIW und ÖS 3,242.304,- für die VKW.<sup>18</sup>

Die Kapitalerhöhungen bei den VKW waren schon seit Jahren vom ehemaligen Landesrat Dr. Johann Josef Mittelberger betrieben worden. Auch der Zusammenschluß von Voleag und VKW ist auf seine Initiative zurückgegangen, obwohl er erst in der NS-Zeit verwirklicht wurde.<sup>19</sup>

Nach 1945 profitierten das Land Vorarlberg und die Republik von den Investitionen in der NS-Zeit. Während die fast 90 Prozent der Aktien der VIW, die 1945 in deutschem Besitz waren, bis 1955 entsprechend den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens auf die Alliierten übergingen, wurden sie im Staatsvertrag der Republik Österreich übereignet. 1947 waren die VIW im 2. Verstaatlichungsgesetz zur "Sondergesellschaft" erklärt worden und somit – im Unterschied zu den VKW oder den übrigen Landesgesellschaften – nicht für den regionalen Bedarf zuständig. Heute gehören 70,2 Prozent der Illwerke-Aktien der Republik Österreich, 25,3 Prozent dem Land Vorarlberg und 4,5 Prozent der Finelectra AG im schweizerischen Aarau.<sup>20</sup> Im Zuge der Privatisierungsdiskussion der letzten Jahre ist sowohl bei den VIW als auch bei den VKW eine Veränderung der Besitzverhältnisse absehbar.

Insbesondere Spitzenstrom war während des Krieges wichtig, da nicht nur zu den üblichen Zeiten ein zusätzlicher Strombedarf entstand, sondern auch mit dem kurzfristigen Ausfall des einen oder anderen Elektrizitätswerkes durch feindliche Bomberangriffe gerechnet werden mußte. Von 1938 bis 1944 wurden daher für den Ausbau der Vorarlberger Illwerke-Projekte im Montafon Anleihen von insgesamt 125,000.000,- RM aufgenommen. Damit wurde vor allem das Obervermuntwerk (seit 1943 in Betrieb), die Silvrettasperre und der Bieler Damm gebaut. Auch das Rodundwerk wurde hauptsächlich aus diesen Mitteln finanziert und konnte wie das Obervermuntwerk ebenfalls 1943 in Betrieb gehen. Dieses Werk war bis zum Bau des Großkraftwerkes Kaprun die größte Wasserkraftanlage Österreichs.<sup>21</sup>

Vergleicht man den Ausbaustand der Vorarlberger Großkraftwerke am Ende der NS-Herrschaft mit jenem Tirols, wird die

außerordentliche Bedeutung des Landes für die Versorgung der reichsdeutschen Rüstungszentren mit Elektrizität deutlich. Den 18 Vorarlberger Großkraftwerken standen 1947 mehr als doppelt so viele, nämlich 37, Tiroler gegenüber. Dennoch erreichte die Kapazität der Vorarlberger Wasserkraftanlagen immerhin 75,6 Prozent der Tiroler; sie waren im Schnitt also deutlich größer. Das Jahresleistungsvermögen der größeren Kraftwerke hatte 1947 bzw. 1954 in dem bereits in der NS-Zeit geplanten Endausbau folgenden Umfang:<sup>22</sup>

Kraftwerk	Eigentümer	Fertigstellung	Jahresarbeitsvermögen in GWh		
			1938	1947	1954
Rodundwerk I	VIW	1943		318	482
Vermuntwerk	VIW	1931	150	181	442
Obervermuntwerk	VIW	1943		45	45
Latschauwerk	VIW	1950			23
VIW gesamt			150	544	992

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich des Jahresarbeitsvermögens mit den wirklich produzierten Strommengen:<sup>23</sup>

	Erzeugung in GWh	Index
1938/39	164,67	100
1939/40	166,93	101
1940/41	177,47	108
1941/42	160,11	97
1942/43	187,60	114
1943/44	288,57	175
1944/45	564,02	343

Die VIW – von den reichsdeutschen Stellen schon 1938 als eines der wichtigsten Energieversorgungsunternehmen überhaupt bezeichnet – konnten also ihre Gesamterzeugung vom Beginn bis zum Ende der NS-Herrschaft um 243 Prozent steigern, eine Erzeugung, die fast ausschließlich dem deutschen Bedarf diente und für Österreich nach 1945 hauptsächlich durch die Deviseneinkünfte von Bedeutung war. Gesamtösterreichisch war die Steigerung der aus Wasserkraft gewonnenen Energie von 1937 bis 1944 "nur" bei 68,7 Prozent gelegen, also deutlich unter dem hierin ja auch

mitberechneten Vorarlberger Wert. 1948 wurden in Vorarlberg 50,6 Prozent der in ganz Österreich aus Speicherkraftwerken gewonnenen Energie produziert.<sup>24</sup>

Die eigentliche Bedeutung der VIW lag und liegt aber nicht in den Jahresabgabemengen, sondern in der kurzfristigen Abrufbarkeit von Spitzenenergie. Somit ist die Engpaßleistung der Kraftwerkskette weitaus wichtiger als die Dauerleistung. Im folgenden sind die Ausbaupläne für diese Engpaßleistung den heutigen, nach allen technischen Fortschritten tatsächlich erbrachten Leistungen gegenübergestellt:

#### Engpaßleistung der VIW

	1984	1938 (geplant)
Vermuntwerk	148 MW	120 MW
Obervermuntwerk	31 MW	20 MW
Latschauwerk	8 MW	
Rodundwerk I	173 MW	136 MW
Lünerseewerk	230 MW	114 MW
Lorüns		20 MW
Gesamtengpaßleistung	590 MW	410 MW <sup>25</sup>

Noch 1938 hatte die Engpaßleistung des einzigen damals in Betrieb befindlichen Vermuntkraftwerkes nur ganze 86 MW betragen. Damit war das Werk schon zum damaligen Zeitpunkt das größte österreichische Wasserkraftwerk gewesen. Es arbeitete ausschließlich für den reichsdeutschen Bedarf.<sup>26</sup>

Aber auch in bezug auf die Jahresleistung produzierten die vier Illwerke-Kraftwerke nach dem Zweiten Weltkrieg 78,1 Prozent der gesamten von den 18 Großkraftwerken Vorarlbergs hergestellten Elektrizität. Dabei waren zu diesem Zeitpunkt die Endausbaustufen dieser Kraftwerke noch gar nicht erreicht. Bis zum Jahr 1951 hatten vor allem das Vermunt- und das Rodundwerk nach der Fertigstellung der Wasserüberleitungen aus Tirol und dem Umbau von Turbinen ihr Leistungsvermögen erheblich gesteigert. Beim Rodundwerk war zudem die Pumpspeicherung in Betrieb genommen worden.<sup>27</sup>

Die intensive Bombardierung reichsdeutscher Kraftwerke in den letzten Monaten des Krieges ließ die kriegswirtschaftliche Bedeutung der Illwerke noch steigen. Zu Beginn des Jahres 1945

war bereits über die Hälfte der reichsdeutschen Elektrizitätswerke zerstört – der Vorarlberger Stromproduzent aber hatte seine Kapazität sogar noch ausgebaut.<sup>28</sup> An der Ruhr war in den privaten Haushalten und im Gewerbe nur noch Notstrombetrieb möglich. Trotz eines gut ausgebauten Verbundnetzes klappte die Versorgung des Zentrums der Rüstungsindustrie ab März 1945 nicht mehr, weil die Stromlieferungen aus Vorarlberg nicht mehr durchkamen:

“(Die) Wasserkraft Vorarlbergs ... konnte wegen des Abreißens der Verbindungen nach dem Norden nicht mehr untergebracht werden.”<sup>29</sup>

Doch kehren wir zurück zum Beginn der NS-Herrschaft in Österreich. Schon in den ersten Tagen wurden die Vorarbeiten für den weiteren Ausbau der Kraftwerke energisch vorangetrieben. Drei Tage nach dem “Anschluß” – am 15. März 1938 – begannen diesbezügliche Verhandlungen.<sup>30</sup> Die Pläne für den Ausbau waren schon in der austrofaschistischen Zeit fix und fertig gewesen – in den Schubladen. Jetzt ging es an die Realisierung. Zum Obervermuntwerk berichteten die VIW in einer detaillierten Studie, die von der Gesellschaft ebenfalls noch im März 1938 den zuständigen Stellen übergeben werden konnte:

“Eine rechtskräftige Konzession ist vorhanden; alle notwendigen Rechte und der erforderliche Baugrund sind erworben. Ein nach jeder Hinsicht abgeklärtes Detailprojekt liegt bereit. ... Die Ausschreibungs- und Vergabungsunterlagen für das Silvrettabecken sind vollständig verfügbar. Bauunternehmer haben Angebote bereits bearbeitet, die Bauführung, Einrichtungen und das Projekt usw. studiert, sodaß die Vergabung unter Verwendung dieser Unterlagen in wenigen Wochen möglich ist. Transportbahnen, Wege und Seilbahnen für die Zufuhr der Errichtungen und Materialien zur Baustelle sind erstellt, Arbeiterbaracken sind an der Baustelle verfügbar. Bei sofortigem Baubeschluß kann die Erstellung des Illumleitungsstollens, die Ausführung der Baueinrichtungen, ebenso wie die Einleitung der Aushubarbeiten an der Sperrstelle im Mai nach Schneeschmelze erfolgen. Die Bauzeit erfordert rund 3 – 4 Jahre.”<sup>31</sup>

Der Bau des Silvretta-Stausees war wasserrechtlich ebenfalls bereits rechtskräftig bewilligt. Für das Werk Rodund hatten die zuständigen Stellen schon am 26. Juni 1929 (!) ein Ansuchen um

wasserrechtliche Bewilligung bei der Wasserrechtsbehörde gestellt. Das Verfahren wurde im Herbst 1931 auch durchgeführt, ruhte dann aber. Dabei waren keine nennenswerten Probleme aufgetaucht, sodaß auch hier mit der Konzessionserteilung gerechnet werden konnte. Ähnliches galt für die übrigen Projekte.<sup>32</sup>

Planerisch war für die Nationalsozialisten diesbezüglich also nicht mehr viel zu tun. Im erwähnten Bericht wurde nicht nur auf die Vorarbeiten hingewiesen, sondern auch generell auf die damalige energiewirtschaftliche Lage, die Expansionspläne und die volkswirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens. Dabei wird von einer künftigen Engpaßleistung aller Illwerke-Anlagen von 400 MW und einer Jahresabgabemenge von einer Milliarde kWh Spitzenenergie ausgegangen:

„Die Arbeit der Kraftwerke kann, weil Ober- und Unterwasserbecken vorhanden sind, durch Pumpspeicherung vermehrt werden, sodaß sonst nicht verwertbare Nacht- und Sonntagsenergie ... ebenfalls in Spitzenenergie veredelt werden kann. Dadurch lassen sich ohne große Vermehrung der Anlagekosten in den Werken Vermunt und Rodund  $2 \times 50 = 100$  Mio kWh Winterspitzenenergie gewinnen.“<sup>33</sup>

Die Leistung des Vermuntwerkes wurde erhöht, die Errichtung des Rodundwerkes und des Obervermuntwerkes samt Silvrettaspeicher sofort begonnen, der fast 19 Kilometer lange Wasserleitungstollen von Partenen nach Latschau vergeben. Durch diese Aufträge der Illwerke wurden allein im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft in Vorarlberg 60 Millionen Reichsmark in die Wirtschaft gepumpt.<sup>34</sup>

Im April 1938 wurde ein Ausbauprogramm für die Illwerke auf die nächsten vier Jahre beschlossen, dessen Gesamtkostenaufwand die zuständigen Stellen mit 137 Millionen Reichsmark oder etwa 211 Millionen Schilling bezifferten, ein Vielfaches von dem, was bis dahin investiert worden war. Im einzelnen waren für die größten „Brocken“ des Ausbauplanes der Kraftwerkskette an der oberen Ill folgende Ausgaben vorgesehen: Die Bau- und Gesteigungskosten für das Obervermuntwerk wurden mit 40 Millionen Schilling oder 26 Millionen RM beziffert, während man beim Werk Lorüns 27 Millionen Schilling veranschlagte; das Rodundwerk schließlich sollte 60 Millionen RM kosten. Nicht enthalten in diesen 137 Millionen Reichsmark sind jene etwa 60 Millionen Reichsmark oder 91,3 Millionen Schilling, die man für den Bau der

Lünerseewerke bereitstellen wollte. Die Pläne hierfür waren zwar ebenfalls fertig, wurden aber nicht mehr realisiert. Die Investitionspläne der zuständigen Stellen für den Ausbau der verschiedenen Ill-Kraftwerke ergaben im Jahre 1938 zusammengerechnet somit 207.000.000,- RM.<sup>35</sup>

Im April 1938 wurde aber nicht nur geplant: Vorarbeiten und Vergaben erfolgten ebenso wie die Ausschreibung der Silvretta-Staumauer. Im Mai wurde dann auch die fünfte Maschinengruppe für das Vermuntwerk vergeben. Die Straße nach Latschau war im Juni bereits fertig. Ende Juni 1938 waren dann die meisten Vorhaben im Bau oder konzessioniert. Zumindest war ein wasserrechtliches Verfahren im Gang, das aber damals überhaupt kein Hindernis darstellte. Am Werk Rodund wurde beispielsweise schon gebaut, bevor das 1931 begonnene wasserrechtliche Verfahren abgeschlossen war. Nur bei einigen kleinen Bauvorhaben waren zum damaligen Zeitpunkt erst die Konzessionsgesuche eingereicht worden, etwa für das Werk Lorüns, die Zuleitung des Garnerabaches und der Bäche des Verbellagebietes sowie der Litzwerke Silbertal und Gantschier.<sup>36</sup>

In den Jahren 1938 und 1939 wurde energisch am Ausbau der begonnenen Projekte gearbeitet, sodaß Ende 1939 schon 40 Prozent des Richtstollens von Partenen nach Latschau fertiggestellt waren. Durch den Kriegsausbruch trat zwar vorübergehend eine Verzögerung, aber kein Stillstand ein. Ab 1940 jedoch wuchsen die kriegsbedingten Probleme beim Bau; hinzu trafen schwierige geologische Verhältnisse bei den Baustellen in Gaschurn und Gampadels, sodaß vorübergehend sogar der Vortrieb eingestellt werden mußte. Bis Ende 1941 konnte dann aber der Richtstollen praktisch fertiggestellt werden, und 1942 ging es an die Fertigstellung des Vollausbruches und der Auskleidung. Mit den Schluß- und Räumungsarbeiten war der Stollen bereits 1943 fertig.

Auch das Werk Rodund war soweit fertig, daß es im Juli 1943 mit einem Maschinensatz in Betrieb gehen konnte. Im November 1943 folgte der zweite und im Mai 1944 der dritte Maschinensatz. Die Inbetriebnahme des vierten Maschinensatzes konnte dann – bedingt durch das Kriegsende und die Probleme zu Beginn der Zweiten Republik – erst 1952 erfolgen.<sup>37</sup>

Wegen der exponierten Lage der Baustelle in 2.000 m Höhe war die Bauzeit in der Regel auf ein halbes Jahr beschränkt. Die



In kürzester Zeit mußten im Montafon Unterkünfte für etliche tausend Arbeitskräfte gebaut werden. Mehr als eintausend konnten im Silvretadorf untergebracht werden (oberes Bild). Im unteren Bild einige Baracken des Lagers Tschagguns-Maurenstutz (Winter 1939/40).

einleitenden Arbeiten lösten das Transportproblem: Bei Baubeginn waren die Materialbahn Schruns-Partenen, der Schrägaufzug Partenen-Tromenier mit der anschließenden Höhenbahn bis zur Vermunt-Staumauer und die Luftseilbahn Partenen-Vermunt-Obervermunt fertiggestellt. Diese Transportanlagen waren größtenteils noch aus der Zeit des Baus des Vermuntwerkes vorhanden und mußten nur entsprechend verstärkt bzw. ausgebaut werden. Ein ehemals abgetragener Schrägaufzug am Südennde des Vermunt-Stausees und die restlichen Transportanlagen waren in kurzer Zeit wieder betriebsbereit.

Aufgrund der recht günstigen Witterungsbedingungen wurde im ersten Jahr der NS-Herrschaft bis zum 20. Dezember gearbeitet. Nach den Weihnachts- und Neujahrstagen erfolgte die Umsetzung jener Arbeitskräfte, die in Vermunt und Obervermunt beschäftigt waren, zu den Stollen, sodaß während des ganzen Winters der Beschäftigtenstand gehalten wurde. Bis Kriegsende kam es zu keiner Einstellung der Bautätigkeit. 1943 wurden das Obervermunt- und das Rodundwerk in Betrieb genommen. Wegen organisatorischer Probleme verzögerte sich die endgültige Beendigung der Arbeit aber bis 1948.<sup>38</sup>

Nur mit einem Ausbauprojekt hatten die Illwerke Schwierigkeiten – den Lünenseewerken. Für dieses Projekt waren bereits ab 1925 Vorarbeiten geleistet worden, die zur Zufriedenheit der Verantwortlichen verlaufen waren. Die energiewirtschaftliche Bedeutung dieses Werkes war sehr groß – sowohl nach Engpaßleistung als auch Jahreserzeugung sollten Brand und Bürs zusammen mehr Strom liefern als das ansonsten größte Werk Rodund. Und auch die geschätzten Gesamtkosten von 91,3 Millionen Schilling verdeutlichen den Stellenwert dieser Werke.

Waren es diese hohen Kosten, die das Projekt in der NS-Zeit scheitern ließen? Wohl nicht, denn für das Werk Rodund waren bei geringerer Leistung praktisch dieselben Kosten veranschlagt. Auch Nebenkosten fielen kaum mehr an, denn gemeinsam mit dem Land Vorarlberg war die 7,7 km lange Zufahrtsstraße nach Brand bereits errichtet worden, eine Baustromanlage war schon fertig, ebenso eine Bauhilfseilbahn von Brand zum Lünensee, einige Baubaracken, auch ein Teil der Maschinen war an Ort und Stelle. Die seit 1930 in Gang befindlichen wasserrechtlichen Verhandlungen hingegen waren noch nicht abgeschlossen, denn die Textilfirma Getzner, Mutter & Cie. hatte Wasserrechte am Alvierbach.<sup>39</sup>

Es darf vermutet werden, daß es einer Textilfirma in der NS-Zeit kaum gelungen wäre, sich gegen die E-Wirtschaft durchzusetzen. Der Ausbau des Lünerseewerkes dürfte vielmehr an der Tatsache gescheitert sein, daß es bei der Abdichtung des Staubeckens immer wieder zu Problemen kam.<sup>40</sup>

## Die Situation der Arbeitskräfte

Die Illwerke-Baustellen in der Silvretta waren bei einheimischen Arbeitskräften gefürchtet. Deshalb war es auch sehr schwer, genügend Arbeitskräfte zu bekommen. Der Arbeitsplatz auf einer dieser Baustellen wurde immer mehr zum Zwangsarbeitsplatz. Das begann schon unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme, als in den großen Dornbirner Textilunternehmen jene Arbeiter entlassen und vom Arbeitsamt an eine Baustelle im Montafon "vermittelt" wurden, die in der austrofaschistischen Zeit nur aufgrund des Druckes der Vaterländischen Front oder des Heimdienstes eingestellt worden waren.<sup>41</sup>

In Vorarlberg stieg unmittelbar nach Kriegsbeginn im September 1939 die Arbeitslosigkeit wieder an. Die "Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck" berichtete am 30. Oktober 1939, die Zahl der entlassenen Arbeiter und Kurzarbeiter habe bereits bedenkliche Formen angenommen. Insbesondere in der Textilindustrie sei es zu Entlassungen gekommen. Etwa 1.500 männliche Textilarbeiter waren an Baustellen dienstverpflichtet worden – vorwiegend zu den Ill-Kraftwerken.<sup>42</sup>

Den Arbeitern der Textilbetriebe wurde dabei mitgeteilt, sie würden binnen vier Tagen an Baustellen "vermittelt". In Sonderzügen wurden sie ab dem 9. Oktober 1939 vom Rheintal in den Walgau und ins Montafon transportiert und dort an den Baustellen eingesetzt. Endstation für die meisten von ihnen war Partenen.<sup>43</sup>

Allein für die Errichtung der Silvrettastaumauer und des Bielerdammes mußte die mit diesem Auftrag bedachte Arbeitsgemeinschaft Alfred Kunz & Co., Bauunternehmungen München, und Beton- und Monierbau A.G., Berlin, mit dem Silvrettadorf im Umkreis des "Madlenerhauses" eine Unterbringungsstätte für über tausend Arbeitskräfte aufstellen. Nach fünfmonatiger Bau-

zeit konnten die Baracken im Oktober 1938 bezogen werden. Schon im Mai 1938 arbeiteten 400 Arbeitskräfte auf den Illwerke-Baustellen, im Juni und Juli mußten weitere aus Ober- und Niederösterreich angeworben werden. Bis Weihnachten 1938 wurden dann durchschnittlich 1.000 Arbeitskräfte auf den Baustellen beschäftigt. Die Arbeiter in den Werkstätten der einzelnen Unternehmen, die Barackenlieferanten, die Arbeiter der Maschinenfabriken und sonstigen Zulieferer sind natürlich nicht mitgezählt.<sup>44</sup>

Es waren vor allem politisch mißliebige Personen und soziale Außenseiter, welche an die unbeliebten Baustellen im Hochgebirge dienstverpflichtet wurden.<sup>45</sup> Die lokalen Behörden und örtlichen Parteistellen nützten die Situation vielfach auch dazu aus, ihre Macht zu demonstrieren – durchaus im Sinne des Systems. So schrieb etwa der Hohenemser Bürgermeister dem Arbeitsamt, der erst 15jährige J. F. sei "ein Taugenichts und notorischer Faulenzer" und sollte "so bald als möglich in den Arbeitsprozeß" eingegliedert werden. Da sich der junge Mann – er hatte gerade erst die Schule beendet – weigerte, wurde er aufgrund der "Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfes für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" vom 13. Februar 1939 und der Dienstpflicht-Durchführungsverordnung vom 2. März 1939 dienstverpflichtet und von der Gendarmerie am 25. November 1939 an die Baufirma Kunz & Co. nach Obervermunt überstellt.

Aktenkundig geworden ist der Fall übrigens deshalb, weil sich im Zuge dieser Dienstverpflichtung ein Schriftwechsel zwischen Gemeinde Hohenems, Gendarmerie, Arbeitsamt und Landrat entwickelte, wer denn nun die Reisekosten des Gendarmen in Höhe von RM 5,35 zu bezahlen habe. Erst am 14. März 1940 konnte dieses Problem durch die Überweisung der Summe vom Landrat an den Gendarmerieposten Hohenems gelöst werden.<sup>46</sup>

Ein anderer Hohenemser, der Schlosser Johann Seewald, büßte an dieser Arbeitsstelle von "staatspolitischer Bedeutung" allein das "Abhören eines Feindsenders" und "staatsfeindliche Äußerungen" mit dem Tod. Er wurde von der Baustelle Obervermunt weg verhaftet, in München zum Tod verurteilt und in Stadelheim am 11. Mai 1944 hingerichtet.<sup>47</sup>

Der Einsatz von Gendarmerie und Gestapo zur Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin war auf den Illwerke-Baustellen alltäglich. In harmlosen Fällen führte unangepaßtes Verhalten zur



Einheimische und Zwangsarbeiter auf einer Illwerke-Baustelle in der Silvretta vor ihren Lagerbaracken.

Aufhebung der "uk"-Stellung und zur Einberufung in die Wehrmacht, in weniger harmlosen Fällen zur Einlieferung in ein Konzentrationslager oder zur Verurteilung vor einem Volksgesichtshof. So wurde etwa der Bregenzer Werner Schad aus ungeklärten Gründen am 22. August 1941 auf einer Illwerke-Baustelle im Montafon verhaftet und in das KZ Mauthausen eingeliefert, wo er am 28. September 1944 zu Tode gebracht wurde. Was aus dem aus Lustenau stammenden Mineur Wikbert Scheffknecht wurde, der am 24. Februar 1941 von Vandans aus nach Dachau deportiert wurde, ließ sich bislang leider nicht eruieren.<sup>48</sup>

Am stärksten aber waren die vielen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen von den brutalen Arbeitsbedingungen auf diesen Baustellen betroffen. Sie lebten in Lagern wie dem Lager Seespitz am Vermuntsee oder dem "Silvrettadorf" auf der Bielerhöhe: Das Silvrettadorf bestand aus elf Wohnbaracken für jeweils etwa 80 Mann, einem Küchengebäude, Bade- und Waschhaus, Verwaltungs- und Bauleitungshaus und kleineren Gebäuden. Die

ausführenden Arbeitsgemeinschaften hatten ihre Büro-, Wohn- und Materialgebäude am anderen Talhang.<sup>49</sup>

Bereits im Oktober 1939 kamen die ersten polnischen Kriegsgefangenen in den Lagern im Montafon an. Ihnen folgten viele polnische Zwangsarbeiter. Der von einem Dornbirner Textilunternehmen zur Baufirma Hilti ins Montafon dienstverpflichtete Arbeiter August Weiß erinnert sich an einen Rechtsanwalt, der im Frühjahr 1940 in Polen von der Straße weg verhaftet, zum Bahnhof gebracht und deportiert wurde. Erst im Montafon konnte er – bekleidet mit Anzug und Krawatte – den Eisenbahnwaggon wieder verlassen.<sup>50</sup>

Auf die Situation der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen wird an anderer Stelle noch genauer eingegangen werden.<sup>51</sup>

Während es den Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern auf den Illwerke-Baustellen sehr schlecht ging, wurden die Wunden, die man der Natur zugefügt hatte, mitten im Krieg "behandelt". Der Innsbrucker Universitätsprofessor Helmut Gams erstellte im September 1942 "Vorschläge für Begrünungsarbeiten des Vermunt-Silvretta-Werks".<sup>52</sup>

Dem Naturschutz wurde ideologisch ein hoher Stellenwert eingeräumt: Er müsse zur Volksbewegung werden, das hatte der "Sonderbeauftragte für Naturschutz in der Ostmark", Günther Schlesinger, schon 1940 gefordert:

"Gelingt uns dies, dann habe ich die volle Zuversicht, daß sich in dem Gärungsprozeß deutscher Volkswerdung unser Volk endgültig von allem volksfremden Geist loslösen und zu deutschen Lebensformen durchringen wird.

Gelingt es nicht, entfernt sich das deutsche Volk von seiner seit Urväterzeit ihm eigenen Verehrung für die Natur, für Baum, Strauch und Heimatlandschaft, dann untergräbt es den Boden, in dem es wurzelt, dann wird es seiner bindenden Kraft beraubt, in seine Teile zerfallen und dem ewigen Spaltpilz alles Lebenden, dem Judentum, im wirtschaftlichen und geistigen Leben zum Opfer werden."<sup>53</sup>

Die wirklichen Opfer an den Großbaustellen waren Fremdarbeiter und Kriegsgefangene.

## 6.2. Die Textilwirtschaft

Zu Beginn der NS-Herrschaft in Österreich hatte es in der Textilwirtschaft noch Kurzarbeit gegeben. Sie konnte dank der Belebung der Wirtschaft schon bald nach der Machtübernahme praktisch beseitigt werden. Aber die Textilindustrie bekam in den reichsdeutschen Vierjahresplänen keineswegs den Stellenwert, den die hiesigen Unternehmer gerne gehabt hätten. Viele arbeitslose Textilarbeiter wurden in den Jahren 1938 und 1939 nicht durch eine gute Konjunktur in der Textilindustrie wiederbeschäftigt, sondern durch Dienstverpflichtungen an Baustellen im Walgau und im Montafon.

Dr. Eberl – er war nicht nur Finanzreferent der Landesregierung, sondern auch Aufsichtsratsvorsitzender der Illwerke und kommissarischer Leiter der Industrie- und Handelskammer – mußte im Herbst 1938 entsetzt feststellen, daß für die Vorarlberger Textilindustrie überhaupt keine Kriegsaufträge vorgesehen waren. Der größte Teil der Arbeiterschaft hätte demnach – so Eberl in seinem Bericht – nach Berlin transferiert und dort in der Rüstungsproduktion eingesetzt werden sollen. Eberl fuhr mit den wichtigsten Industriellen des Landes nach Berlin ins Reichswirtschaftsministerium und erreichte eine Abänderung der Pläne: Die hiesige Textilindustrie wurde in den folgenden Monaten mit Aufträgen für die Wehrmacht bedacht.<sup>1</sup>

Das war ein großer Erfolg und zeigte eine Bevorzugung der Vorarlberger Textilindustrie, denn im Altreich hatte es schon früh Probleme für die Baumwollindustrie gegeben. Ab Sommer 1935 gab es einen eklatanten Baum- und Zellwollmangel und in der Folge Entlassungen und Kurzarbeit. Im März 1937 kam es dann zu ersten Stilllegungen von Baumwollspinnereien.<sup>2</sup>

Von den im Herbst 1938 für die Vorarlberger Textilindustrie erlangten Aufträgen konnte allerdings ein Bereich der Textilwirtschaft nicht profitieren: die Stickereien. Sie waren nach dem "Anschluß" in eine schwere Krise geschlittert, die sogar vom nationalsozialistischen Vorarlberger Tagblatt nicht verschwiegen wurde. Dort hieß es am 31. Dezember 1938:

"Ein Sorgenkind war und ist die Stickerei. Der Rückschlag, der durch die geänderten Zollverhältnisse, den Judenboykott und die infolge der Kursverhältnisse gesteigerten Einkaufspreise für Halbfabrikate entstand, war sehr stark und führte in den soge-

nannten Stickereigemeinden zu sehr bedenklichen Folgeerscheinungen.“<sup>3</sup>

Zur damaligen Zeit – so ist dem Artikel zu entnehmen – seien etwa 70 Prozent der Kapazitäten ausgelastet, womit man wieder den Stand vor dem “Anschluß” erreicht habe. Dies sei durch eine Steigerung des Inlandabsatzes erreicht worden. Für das kommende Jahr 1939 hoffe man auf eine Vollausslastung der Maschinen und auf Vollbeschäftigung. Doch mit Hoffnungen und Wünschen war der extrem exportabhängigen Stickereiindustrie auf Dauer nicht zu helfen.

Die Sticker hatten zwar trotz aller Schwierigkeiten zu Beginn des Jahres 1939 mit Holland einen neuen Exportmarkt für ihre Produkte erschlossen, mit Kriegsbeginn, so meldete die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck, müsse aber mit dem Verlust dieser Absatzmöglichkeit gerechnet werden.<sup>4</sup>

Die Prognose sollte sich bewahrheiten. Der Export an Plattenstichstickereien Deutschlands ging von 1939 auf 1940 von 4.247 Doppelzentnern auf etwa ein Viertel – 1.047 Doppelzentner – zurück. Der Anteil Vorarlbergs an der reichsdeutschen Plattenstichstickerei dürfte etwa 70 Prozent betragen haben.<sup>5</sup>

Im Sommer 1940 – also mitten in der Absatzkrise – analysierte die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck die Situation der Stickereien folgendermaßen:

“England drückt sehr stark auf die Schweizer Stickerei-Industrie, um zu verhindern, daß im Wege des Stickerei-Veredelungsverkehres irgendwelche Arbeiten ins Reich (Vorarlberg) vergeben werden. Die Engländer verlangen in dieser Hinsicht Verpflichtungserklärungen und behalten sich vor, allen denjenigen die Zertifikate für die Ausfuhr nach England oder dessen Kolonien zu verweigern, die sich für die Unterfertigung solcher Verpflichtungserklärungen nicht entschließen. Durch diese Haltung wird indirekt jeder wirtschaftliche Verkehr mit dem Reich unterbunden.“<sup>6</sup>

Bis zum Kriegsende produzierten die Vorarlberger Stickereien im wesentlichen nur noch gesteppte Winterbekleidung für die Ostgebiete. Diese Arbeit hatte natürlich keinen Zusammenhang mit der Stickereiindustrie, wenn man davon absieht, daß die Stepparbeiten auf Stickmaschinen ausgeführt wurden. Die folgende Statistik ergibt daher ein trügerisches Bild:

### Umsatz und Export der Vorarlberger Stickereien<sup>7</sup>

Jahr	Gesamtumsatz		Exportumsatz	
	Firmenzahl	in 1.000,- RM	Firmenzahl	in 1.000,- RM
1937	37	9.575	33	7.705
1938	39	9.881	34	7.093
1939	42	9.969	31	3.867
1940	39	8.968	22	994
1941	40	12.325	12	655
1942	38	11.295	6	326
1943	39	7.697	11	334

Die scheinbare Ausweitung der Produktion in den ersten Kriegsjahren wurde nicht durch typische Stickereiprodukte, sondern durch Stepparbeiten erzielt. In bezug auf die Stickereien ist daher der Export aussagekräftiger – und der sank von 1937 auf 1943 um 95,6 Prozent. Immerhin aber konnten die Betriebe praktisch bis Kriegsende weiterproduzieren.

Auch in anderen Bereichen der Textilwirtschaft war die Situation Ende 1939 – also nach Kriegsbeginn – äußerst bedenklich. Die Wehrwirtschaftsinspektion Innsbruck hatte die wichtigsten Betriebe überprüft und dabei eine besorgniserregende Lage festgestellt. In einem Bericht vom 22. Oktober 1939 hieß es:

„Ungenügend beschäftigt ist infolge der beschränkten Rohstoffzuteilung nach wie vor die Vorarlberger Textilindustrie. Kürzere Arbeitszeit u(nd) Entlassungen von Gefolgschaftsmitgliedern sind eingetreten bei:

Firma C. Ganahl & Co, Feldkirch

Firma Johann Heuss, Götzis

Firma Josef Huber's Erben, Götzis

Firma M. B. Neumann's Söhne, Hohenems

Firma F. M. Rhomberg, Dornbirn

Firma Herrburger & Rhomberg, Dornbirn

Firma F. M. Hämmerle, Dornbirn

Firma Schindler & Co, Kennelbach

Firma Kammgarnspinnerei Schoeller, Bregenz

Firma Wilhelm Benger's Söhne, Bregenz.

Mit Betriebsstillegung ist zu rechnen bei:

Firma Seidenbandweberei C. Boss, Bregenz ... sowie bei der Seilerei Lotteraner, Wüstner & Co. Mellau.<sup>78</sup>

An anderer Stelle wurde schon im Detail darauf verwiesen, welches Ausmaß diese Kündigungen und die Kurzarbeit nach Kriegsbeginn im Herbst 1939 annahm: 400 Entlassungen bei F. M. Hämmerle, 200 bei Franz M. Rhomberg, 170 bei den Textilwerken Schindler & Co. in Kennelbach, 150 bei der Kammgarnspinnerei Schoeller in Bregenz usw.<sup>9</sup>

Noch vor der Winterarbeitslosigkeit spitzte sich somit nach Kriegsbeginn die Situation am Vorarlberger Arbeitsmarkt zu. Die "Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck" registrierte im Bereich Vorarlbergs Ende Oktober 1939 etwa 1.500 entlassene Textilarbeiter, die größtenteils an Großbaustellen im Montafon vermittelt werden konnten. Daneben gab es im Land allein in der Textilindustrie fast 10.000 Kurzarbeiter.<sup>10</sup>

In dieser Situation kam es verschiedentlich zu Unruhe unter der betroffenen Arbeiterschaft.<sup>11</sup> Die Behörden sahen sich gezwungen, Aufträge für die notleidende Textilindustrie zu beschaffen. Aus dem Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Innsbruck vom 10. Jänner 1940 geht dies hervor:

"In den Textilbetrieben Vorarlbergs und Tirols gehen vermehrt Wehrmachaufträge ein. ... Die dort recht stark vertretene Textilindustrie ist zu rund 50 % jetzt für die Wehrmacht tätig."<sup>12</sup>

In anderen Zentren der Baumwollindustrie war die Situation im Winter 1939/40 ähnlich. Auch in Augsburg kam es damals zu Entlassungen und Kurzarbeit. Während die Behörden aber in Vorarlberg mit Wehrmachaufträgen dieser Entwicklung gegensteuerten, geschah andernorts meist nichts. Dort wurden Textilarbeiter häufig in Rüstungsbetriebe oder in die Landwirtschaft abgezogen. So beispielsweise in der Textilstadt Augsburg:

"Angesichts des weiter steigenden Personalbedarfs der Rüstungsindustrie versuchten die Textilunternehmer durch Abgabe von rund 2500 Arbeitskräften auftauchenden Plänen zur völligen Schließung von Betrieben zuvorzukommen. Die Kurzarbeit dauerte aber trotz dieser 'Auskämmung' an. Im Juni 1940 wurden Hunderte von kurzarbeitenden Textilarbeitern zur Heuernte geschickt. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der Baumwollindustrie lag zu diesem Zeitpunkt bei 50 Prozent, und die Textilbetriebe hatten bis dahin durch Umsetzungsmaßnahmen 38 Prozent ihres Personals eingebüßt."<sup>13</sup>

Im oben zitierten Bericht der Wirtschaftsinspektion Innsbruck vom Jänner 1940 wird auch darauf hingewiesen, daß die wirtschaftli-

# Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau Steiermark

Kreis Märzschlag

Bezirksstelle:  
Kreisleitung Märzschlag  
Sternplatz Nr. 88



Büro:  
Bezirks-Expedition Märzschlag  
Konto Nr. 3. 14

Zeichen: A/J 10/42

Märzschlag, den 3. Sept. 1938

Bei Beantwortung unbedingt angeben

An Herrn

Cornel K a w a n n ,

G r a z .

Schmiedgasse 21.

Als illegaler Bezirksleiter danke ich Ihnen für die während der illegalen Zeit von Ihrem Haus Franz u.M. Rohmberg, Dornbirn, zu Weihnachten übersandten Reste für arme Kinder. Sie haben damit beigetragen, dass wir in unserem Bezirk, welcher ~~der~~ seinerzeit zu den ärmsten gehörte, so manchen armen Kindern helfen konnten.

Heil Hitler!

Der Kreisleiter:



*Amreich*

(Amreich)

Vor dem "Anschluß" unterstützten Vorarlberger Textilunternehmen offensichtlich nicht nur die illegalen Aktivitäten der hiesigen Nationalsozialisten, sondern auch solche in anderen Bundesländern. Hier ein Dankschreiben von "Illegalen" aus der Steiermark an die Firma Franz M. Rhomberg für die "in schwerer Zeit".

che Situation der Betriebe aufgrund der mangelnden Versorgung mit Rohstoffen – besonders Baumwolle – dennoch sehr schwierig sei und die Schließung einiger Betriebe notwendig werden könnte. Die Umstellung der entsprechenden Firmen auf Wehrmachtsgewehrfabrikation sei sehr schwierig, da kaum entsprechende Maschinen zur Verfügung ständen.<sup>14</sup>

Das Problem der Rohstoffknappheit war für die Textilindustrie nur schwer lösbar. Die von der Wehrmacht gewährten Aufträge sicherten zwar vorerst die Weiterführung der Betriebe, gegen die Rohstoffknappheit allerdings waren auch die Berliner Stellen machtlos.

Für die ehemaligen Förderer der NSDAP aber schaute die Situation freundlicher aus. Während anderen kaum noch Baumwolle zugeteilt wurde und sie günstigstenfalls genügend Zellwolle erhielten, wurden die Dornbirner Großunternehmen schon in den Monaten zuvor bevorzugt beliefert. Auch in anderen Gemeinden des Landes war das so.<sup>15</sup>

Die Ortsgruppenleitung der NSDAP in Lauterach beschwerte sich im Sommer 1939 in einem Brief an die Kreisleitung in Bregenz, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die wirtschaftliche Lage deshalb so groß sei, weil die ansässigen Kleinbetriebe bei der Zuteilung von Rohstoffen offensichtlich benachteiligt würden. Man müsse feststellen, "daß die Klöppeleien viel zu wenig Baumwolle und fast gar keine oder gar keine Zellwolle bekommen, während die großen Textilbetriebe in Dornbirn gut versorgt sein sollen und sogar Lohnarbeit ausgeben wollen".<sup>16</sup>

Im Sommer 1940 halfen dann auch die guten politischen Beziehungen nicht mehr weiter – zu gravierend war der Rohstoffmangel inzwischen geworden. Von einer anhaltend schlechten Versorgungslage im Bereich der Vorarlberger Textilindustrie berichtet der Sicherheitsdienst der Gestapo am 20. Juni 1940:<sup>17</sup>

"Nach Meldungen der Vorarlberger Textilindustrie lassen die im Verhältnis zu den Aufträgen stets knappen Anlieferungen an Zellwolle kaum mehr eine Bevorratung zu. Eine gewisse Bevorratung sei aber zur unbehinderten laufenden Fertigung notwendig, da andernfalls geringste Stockungen in der Zufuhr durch Transportschwierigkeiten sofort Betriebsstockungen zwangsläufig auslösen. Die ehemals vorhandenen geringen Vorräte wären bereits nach Änderung des Mischungsverhältnisses mit Baumwolle zugunsten von Zellwolle bedeutungslos

geworden. Aus diesem Grunde mußten infolge plötzlich aufgetretenen Warenmangels erst vor kurzer Zeit Abteilungen der Baumwollspinnerei Ganahl & Co. in Feldkirch ... ihre Produktion zeitweise einstellen.“

Nicht nur die mengenmäßige Belieferung durch die Zellwolle AG in Lenzing wurde kritisiert, sondern auch die gelieferte Qualität, die zu großen Schwierigkeiten bei der Verarbeitung führe.<sup>18</sup>

Viele Betriebe stellten aufgrund der Schwierigkeiten um und begannen, Nähabteilungen einzurichten, um fertigkonfektionierte Waren auf den Markt zu bringen.<sup>19</sup> Nicht wenige auch versuchten sich in der Rüstungsfertigung als "Unterlieferer" für ein reichsdeutsches Unternehmen.

Ende 1939 war beispielsweise die Textilfirma F. M. Hämmerle – neben anderen Vorarlberger Firmen aus dem Bereich des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung – in ein Munitionsfertigungsprogramm eingebunden worden und sollte Handgranaten herstellen.<sup>20</sup>

Eine andere große Firma benutzte offenkundig die politischen Beziehungen des Firmenchefs, um Aufträge für die Herstellung von Fallschirmen zu erhalten. Hermann Rhomberg, er war "Betriebsführer" von Franz M. Rhomberg, war zum "Luftwaffenbeauftragten" des Reichsluftfahrtministeriums und zugleich zum Bezirksbeauftragten der Rüstungskommission im Wehrkreis XVIII bestellt worden. In mehreren Schreiben an das Bekleidungsamt der Luftwaffe und an andere Stellen bemühte sich daraufhin die "Abteilung Luft" der Rüstungsinspektion Salzburg um Aufträge speziell für diese Firma. Das Kriegstagebuch vermerkt etwa am 18. Dezember 1939, daß um "Berücksichtigung der Fa. F. M. Rhomberg in Dornbirn bei der Vergebung von Fallschirmseide gebeten" werde.<sup>21</sup>

In anderer Hinsicht wurden in der Folge alle großen Vorarlberger Textilunternehmen bevorzugt. Mitte 1940 gingen von den Gesamtaufträgen, die von der Wehrmacht an die Baumwoll- und Leinenindustrie des Wehrkreises XVIII (Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol-Vorarlberg) vergeben wurden, 73,1 Prozent ins "Ländle", was einer Gesamtauftragsmenge von monatlich 552.000 m verschiedener Stoffe entsprach. Die Firma F. M. Hämmerle hatte dabei als Branchenleader mit einer Auftragsmenge von 315.000 m – dazu kamen noch andere Großaufträge – den größten Anteil.<sup>22</sup>

Die von der Wehrmacht in diesem Wehrkreis insgesamt verge-

benen Aufträge für Trikothemden von monatlich 47.500 und von Trikotunterhosen von monatlich 71.500 Stück gingen allesamt an fünf Vorarlberger Firmen – Benger in Bregenz, Komerell und Mathis in Hohenems, Hubers Erben und Heuß in Götzis. Hier erhielt die Firma Hubers Erben mit jeweils etwa zwei Dritteln den Löwenanteil der Aufträge. Auch die Aufträge für Mull (Schindler & Co., Ganahl & Co., Getzner, Mutter & Cie.), Ballonstoffe (F. M. Hämmerle), Schlupfjacken (Philipp Mäser), Anstrickwolle (Wollgarnspinnerei Schoeller) und Kunstseidenstoff (Franz M. Rhomberg) gingen praktisch ausschließlich nach Vorarlberg.<sup>21</sup>

Dennoch wurde mit Verlauf des Krieges die Rohstoffversorgung laufend schwieriger. Das Rüstungskommando Innsbruck hielt am 18. September 1941 fest:

„Verschiedene Vorarlberger Textilfirmen, an erster Stelle Firma F. M. Hämmerle, Dornbirn, befürchten in absehbarer Zeit größere Betriebseinschränkungen wegen Baumwollmangel (Ostkrieg).“<sup>22</sup>

Das Rüstungskommando gab den Firmen den Rat, sich mit den Dornier-Werken in Friedrichshafen in Verbindung zu setzen. Von dort kam die Auskunft, daß umgehend Arbeiten für etwa 200 Arbeiter vergeben werden könnten. Die Firma Hämmerle überlegte, ob nicht in der Weberei Sägen im Hochbau und im Werk Mittenbrunn in vier Räumen auf insgesamt 2.000 m<sup>2</sup> eine entsprechende Fertigung eingerichtet werden könnte. Das Rüstungskommando vermerkte:

„Da es sich bei den in Frage kommenden weiblichen Arbeitskräften fast nur um Weberinnen und Spinnerinnen mit besonderer Fingerfertigkeit handelt, erschiene eine Massenfertigung von Kleinteilen bzw. die Montage solcher am geeignetsten (etwa Kleinkondensatoren u. ähnl.).“<sup>23</sup>

Statt branchenfremde Arbeiten zu verrichten, wäre natürlich die Firma Hämmerle lieber auf die Produktion von Fallschirmen umgestiegen. Sie hätten komplett – also einschließlich der Konfektionierung – hergestellt werden können. Die Firma hatte bereits Erfahrungen mit Kunstseide gesammelt und besaß 800 Seidenwebstühle und eine eigene Schlichterei. Abschließend meinte das Rüstungskommando:

„Eine solche Fertigung hinge jedoch davon ab, ob IG Farben noch ein größeres Kontingent in Spezialseide zur Verfügung stellen kann.“

Alle genannten Belegungsarten hätten den Vorteil, daß sowohl geeignete Räume wie auch geeignete Arbeitskräfte bereits vorhanden sind. Auch würden keine oder nur wenige unschwer zu beschaffende Maschinen zusätzlich benötigt. Der Zeitpunkt wäre günstig, auf diese Weise die ausgezeichnet geführte Textilindustrie Vorarlbergs in das künftige große Luftrüstungsprogramm einzuspinnen.<sup>26</sup>

Der Zeitpunkt war günstig: Mit Kriegsverlauf verbesserte sich – verglichen mit der Lage im gesamten Reich – die Situation der großen Textilbetriebe des Landes. Der für die Wirtschaft im Wehrkreis XVIII zuständige Reichsstatthalter in Salzburg richtete am 11. Februar 1942 ein Schreiben an den Reichswirtschaftsminister, in dem er im Sinne der von dort angeordneten Maßnahmen zur "Konzentration und Rationalisierung" zugunsten der vordringlichen Schwerpunktfertigung anregte, vor allem Aufträge für Textilfertigungen nach Vorarlberg und Tirol zu vergeben. Er wies auf die technisch gut ausgestatteten Spinnereien, Webereien und Ausrüstereien hin, die bereits größtenteils für die Wehrmacht tätig, wegen der Rohstoffknappheit aber nicht voll ausgelastet seien. Insbesondere aus dem mitteldeutschen Raum könnten – so meinte der Reichsstatthalter – Kapazitäten stillgelegt und nach Vorarlberg bzw. Tirol verlagert werden, da es dort neben der Textil- auch eine "stark zusammengeballte Rüstungsindustrie" gebe, in die die freiwerdenden Arbeitskräfte einbezogen werden könnten.<sup>27</sup>

Schließlich kam es gegen Kriegsende zu einer ganzen Reihe von Verlagerungen – allerdings in einer anderen Form. Denn speziell ab 1943/44 wurde die Textilindustrie massiv zurückgedrängt. In den dadurch freigewordenen Produktionsstätten konnten Rüstungsbetriebe hauptsächlich der Metallbranche ihre Fertigung vornehmen. Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie und somit zuständige für die gesamte Textilindustrie des Reichs, Dr. Otten, verwies in einem Schreiben vom 11. Februar 1944 auf die Tatsache, daß die seit 1943 durchgeführten Verlagerungen von Rüstungsbetrieben in Textilunternehmen "mit besonders gutem Erfolg aufgenommen worden sind".<sup>28</sup>

Es wurden aber auch Textilbetriebe nach Vorarlberg verlagert. Daraus entwickelten sich nach 1945 einige Vorarlberger Unternehmen, etwa die Firmen R. Horais in Feldkirch, das Unternehmen Malin & Co., Berufskleiderfabrik in Rankweil, oder die Firma

Rengo G.m.b.H. in Silbertal, die nach 1945 Büstenhalter, Korsetts und Damenwäsche herstellte. Die nachhaltigste Wirkung hatte die Verlagerung des Mannheimer Unternehmens Hans Bäumler, damals praktisch ausschließlich für die Wehrmacht arbeitend, nach Hohenems. Diese Firma ist heute einer der größten Herrenkonfektionsbetriebe – nicht nur in Vorarlberg.<sup>29</sup>

Die Bekleidungsindustrie des Landes nutzte den in der NS-Zeit anfallenden Bedarf an Uniformen und expandierte kräftig. Das gilt insbesondere für das Götzner Unternehmen Johann Peter Mayer & Söhne und die Firma Richard Kundruweit in Egg.

Das Unternehmen Johann Peter Mayer & Söhne wurde im Jahre 1900 in Götzis gegründet. Schon ab 1930 hatte sich die Firma für Herrenoberbekleidung auf Uniformen für Offiziere, die Zollwache und die Gendarmerie spezialisiert.<sup>30</sup> Am 14. August 1942 wurde die Firma zum Wehrwirtschaftsbetrieb ernannt und beschäftigte am 29. Februar 1944 bereits 112 Personen, die auf einer Betriebsfläche von 1.800 m<sup>2</sup> arbeiteten.

Die Kleiderfabrik Richard Kundruweit in Egg war seit dem 5. Februar 1942 Wehrwirtschaftsbetrieb. Die Firma arbeitete hauptsächlich für das Heeresbekleidungsamt in Salzburg. Im Februar 1944 waren in diesem Betrieb insgesamt 63 Personen beschäftigt, denen 410 m<sup>2</sup> Produktionsfläche zur Verfügung standen.<sup>31</sup>

Die Schrunser Schafwollwarenfabrik Heinrich Mayers Nachfolger wurde am 5. Februar 1942 zum Wehrwirtschaftsbetrieb und fertigte vor allem Lodenstoffe und Drillichhosen ebenfalls für das Heeresbekleidungsamt in Salzburg. Am 1. Februar 1944 waren in diesem Betrieb insgesamt 29 Personen beschäftigt.<sup>32</sup>

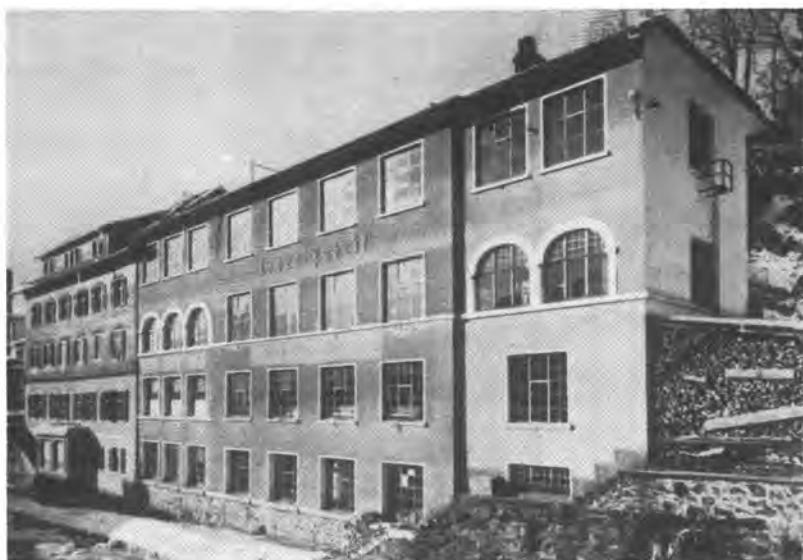
Auch Firmen für Unterwäsche bzw. Trikots wuchsen: Ing. Rudolf Kommerell & Co. in Hohenems, Josef Hubers Erben in Götzis oder Leopold Bischofs Söhne in Bezau.

In der Nachkriegszeit sah man diese Entwicklung der Vorarlberger Textilwirtschaft – insbesondere der Wirk- und Strickwarenindustrie – durchaus positiv:

“Als Österreich im Jahre 1938 in das Großdeutsche Reich eingegliedert wurde, erlebte die Vorarlberger Wirk- und Strickwarenproduktion gute Zeiten“<sup>33</sup>

heißt es 1950 in einer Veröffentlichung der Vorarlberger Handelskammer.

Die Textilindustrie – das kann festgehalten werden – überstand



Ohne Wehrmarchtsaufträge hätten viele Textilfirmen in der NS-Zeit nicht weiterbestehen können. Die Schrunser Firma Heinrich Mayers Nachfolger wurde am 5. Februar 1942 zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärt und fertigte vor allem Lodenstoffe und Drillichhosen.

die NS-Herrschaft und den Zweiten Weltkrieg relativ gut. Das vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß dieser Industriezweig im Reich schon vor dem "Anschluß" mit großen Problemen zu kämpfen hatte und im deutschen Vierjahresplan nur einen untergeordneten Stellenwert einnahm.

Mit Kriegsbeginn wurde die hiesige Textilindustrie – weit mehr als die Konkurrenz im Altreich – mit Wehrmarchtsaufträgen bedacht.

Dies war unter anderem deshalb geschehen, weil die Eigentümer der großen Textilbetriebe des Landes schon in der "illegalen Zeit" sehr enge Verbindungen zur NSDAP hatten und diese tatkräftig unterstützten. Nach dem "Anschluß" erhielten Männer wie Hermann Rhomberg, Gustav Wagner-Wehrborn, Hans Ganahl und andere auch hohe Funktionen in den entscheidenden Wirtschaftsgremien.

Insbesondere der "Betriebsführer" von Franz M. Rhomberg, Hermann Rhomberg, machte eine steile Karriere und wurde zum "Luftwaffenbeauftragten" des Reichsluftfahrtministeriums, zum Bezirksbeauftragten der Rüstungskommission für den Wehrkreis XVIII und zum Vizepräsidenten der Handelskammer für den Gau Tirol-Vorarlberg bestellt.

Rhomberg gelang es, Aufträge für die großen Vorarlberger Betriebe – insbesondere für seinen eigenen – zu erhalten. Gemeinsam mit F. M. Hämmerle stieg sein Unternehmen schließlich auch zu einem der bedeutendsten Rüstungsbetriebe des Landes auf – einerseits durch Umstrukturierungen, andererseits durch Neugründungen bzw. den Ankauf des größten hiesigen Metallbetriebes. Darauf wird andernorts genauer einzugehen sein.<sup>34</sup>

Mit Kriegsbeginn gab es zwar Auftragseinbrüche, diese konnten aber teilweise durch die Übernahme von Unteraufträgen für die Rüstungswirtschaft aufgefangen werden, sodaß Betriebsstilllegungen größtenteils verhindert wurden.

Von der Stickerei abgesehen, für die es während des Krieges naturgemäß kaum mehr Aufträge gab, gelang es der Vorarlberger Textilindustrie, ihre Kapazitäten im wesentlichen aufrecht zu erhalten. Erst im Zuge der großen Verlagerungsaktionen ab 1943 mußten einige Produktionsräume für die Rüstungsindustrie bereitgestellt werden.

### 6.3. Die Bauwirtschaft

In keinen anderen Bereich der Wirtschaft Vorarlbergs investierten staatliche Stellen mehr als in die Bauwirtschaft. In den Jahren der NS-Herrschaft wurden im Land große Werte geschaffen, die dann der Nachkriegswirtschaft zugute kamen und Vorarlberg in der Zweiten Republik eine günstige Ausgangsposition für die wirtschaftliche Entwicklung verschafften.

Die Finanzierung dieser Vorhaben bereitete anfangs Schwierigkeiten, da die Budgetansätze aus dem Jahr 1937 nicht ausreichten. Neben der Packerhöhenstraße in der Steiermark war es vor allem die Arlbergstraße, die erhebliche Finanzierungsprobleme aufwarf. Mit ihrem Ausbau auf Tiroler Seite von Stams bis St. Christoph war bereits 1935 begonnen worden. Während die Packer-

höhenstraße nur noch einen Finanzierungsbedarf von nicht einmal einer halben Million Reichsmark hatte, waren es bei der Arlbergstraße noch fast zwei Millionen – jeweils ohne Zinsendienst. Gemeinsam waren nun der "Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen", Fritz Todt, und das Reichsministerium für Finanzen in Berlin bestrebt, die benötigten Geldmittel aufzubringen, da dies – wie aus einem Schreiben des Generalinspektors Todt vom 13. Dezember 1938 hervorgeht – "im Interesse einer klaren Abwicklung und Übergabe der Geschäfte bei der bevorstehenden Auflösung des Landes Österreich wünschenswert und zweckmäßig" sei. Der weitere Ausbau konnte verwirklicht werden.

Andere Projekte hingegen kamen über das Planungsstadium nicht hinaus. So der Bau einer großen Reichsstraße von Oberstdorf über das Kleine Walsertal Richtung Arlberg, der Bau einer Rheintalautobahn und ein Projekt zur Ausweitung der Rheinschifffahrt mit einem Endhafen in Bregenz.<sup>2</sup>

Die Vorarlberger Illwerke A.G. und die Vorarlberger Kraftwerke A.G. investierten – wie bereits erwähnt – beträchtliche Summen in den Aus- und Neubau von Kraftwerken und des Verteilungsnetzes – insbesondere im Arlberg-Gebiet.

### **Der Bau von Straßen und Entwässerungsanlagen**

Die Vorarlberger Landesregierung entwickelte ein Sofortprogramm für den Bereich des Straßenbaus und erhielt hierfür bedeutende Mittel von den zuständigen Stellen im Reich. Auf die Erschließung der Fremdenverkehrsorte im Arlberg-Gebiet – Lech und Zürs – wurde bereits verwiesen. Ebenso auf den Ausbau der Hochtannbergstraße der Hauptverkehrsverbindung nach Tirol vom Bodensee bis zum Arlberg.<sup>3</sup>

Bei einzelnen Budgetpositionen sah die Abänderung des Landesvoranschlages für das Jahr 1938 folgende Mehrerfordernisse für den Aus- bzw. Neubau von Hoch- und Tiefbauten vor:<sup>4</sup>

Subventionen für Entwässerungen	ÖS	233.000.-
Beiträge zu Wasserbauten	ÖS	443.600.-
Beiträge zu Wildbachverbauungen	ÖS	26.000.-
Beiträge zu Straßenneubauten und -sanierungen	ÖS	<u>1.610.000.-</u>
	ÖS	2.312.600.-

Im einzelnen waren für Straßenbauprojekte folgende Summen vorgesehen:

Bregenzerwaldstraße, Bauabschnitt Alberschwende	ÖS	80.000.-
Montafonerstraße, Mazeis und Vallatscha	ÖS	250.000.-
Teilstrecke Brunnenfeld	ÖS	330.000.-
Walgaustraße	ÖS	280.000.-
Götzis-Rankweil (St. Arbogast-Klaus)	ÖS	250.000.-
Brunstobelbrücke	ÖS	100.000.-
Brandnerstraße, Bürs	ÖS	90.000.-
Schwarzach, Durchzugsstraße	ÖS	60.000.-
Dornbirn, Pfellerstraße	ÖS	50.000.-
Großwalsertalerstraße	ÖS	30.000.-
Bödele-Schwarzenberg	ÖS	30.000.-
Hittisau-Bolgenach-Riefensberg	ÖS	20.000.-
Höchst-Gaissau	ÖS	10.000.-
Damüls	ÖS	<u>30.000.-</u>
zusammen	ÖS	1.610.000.-

Für die Flußregulierungen sah der Nachtragsvoranschlag folgende Landesbeiträge vor:

Bregenzerach (Kennelbach bis Mündung)	ÖS	113.600.-
Bregenzerach (Schnepfau-Mellau)	ÖS	120.000.-
Dornbirnerach (Schwarzachmündung bis Binnenkanal)	ÖS	67.500.-
Minderach (Wolfurt)	ÖS	35.000.-
Frutzregulierung (Schwellenbau)	ÖS	31.000.-
Ill (Kapf-Rhein)	ÖS	25.500.-
Ill (Bludenz-Nüziders)	ÖS	40.500.-
Litzbach(Schruns)	ÖS	<u>10.500.-</u>
zusammen	ÖS	443.600.-

Eine dritte große Position neben den Straßenbauten und den Flußregulierungen waren die Projekte zur Entwässerung, wobei hier als Begründung ausschließlich angeführt wurde: "im Interesse vermehrter Arbeitsbeschaffung". Wichtig war daher die breite Streuung der oft nicht sehr großen Landesbeiträge:

Entwässerung Schlins (altes Programm)	ÖS	1.200.-
Entwässerung Schlinserau	ÖS	12.000.-
Entwässerung Damüls	ÖS	3.500.-
Entwässerung Mittelberg	ÖS	4.200.-
Hohenems Schuttlanen	ÖS	8.100.-
Tosters	ÖS	27.000.-
Bludesch (Schwarzbach)	ÖS	6.000.-
Kleinentwässerungen	ÖS	18.000.-
Meliorierung (Frutz, Luftengraben, Frützlilbach)	ÖS	60.000.-
Regulierung Kaltenbrunnengraben	ÖS	21.000.-
Entwässerung Lustenau-Streured	ÖS	30.000.-
Entwässerung Lustenau-Moosbach	ÖS	12.000.-
Entwässerung Rheindelta (Vorarbeiten)	ÖS	20.000.-
Entwässerung Satteinser Au	ÖS	10.000.-
zusammen	ÖS	233.000.-

Von den in diesem Abänderungsvoranschlag insgesamt vorgesehenen Mehrausgaben von ÖS 2.549.400.- gingen somit 90,8 Prozent direkt in die Bauwirtschaft des Landes, ein Betrag, dem noch ein respektable Teil jener insgesamt RM 125.000.000.- oder – nach dem offiziellen Umrechnungskurs – ÖS 187.500.000.- hinzuzurechnen wäre, der von den Vorarlberger Illwerken in der Zeit von 1938 bis 1945 insgesamt im Land investiert worden ist. Landeshauptmann Plankensteiner konnte im März 1939 nach einem Jahr nationalsozialistischer Herrschaft zu den Investitionen der VIW im Vorarlberger Tagblatt zufrieden feststellen:

"Die im Laufe dieses Jahres von den Illwerken in Auftrag gegebenen Lieferungen und Leistungen beanspruchten einen Betrag von 60 Millionen Reichsmark."<sup>5</sup>

Zurück zu den Investitionen des Landes, für die – das muß noch einmal gesagt werden – keine Neuverschuldung notwendig wurde, sondern nur eine Entnahme aus den gehorteten Vermögensbeständen des Landes bei verschiedenen Geldinstituten.

Doch nicht nur das: Landesfinanzreferent Eberl konnte zusätzliche ÖS 500.000.– als Kredit für den Bau der Hochtannbergstraße gewähren, deren rascher Ausbau "im volkswirtschaftlichen Interesse" liege. Auch dieser Kredit des Landes wurde durch Landesguthaben bei Kreditinstituten gedeckt.

Die kleineren der oben angeführten Investitionen kamen nicht direkt der Bauwirtschaft zugute, sondern dienten zum Teil in anderer Form der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. So wurden Entwässerungsarbeiten zum Großteil nicht oder nur zum Teil von Firmen, mehrheitlich aber vom Reichsarbeitsdienst (RAD) durchgeführt. Zur Veranschaulichung ein Beispiel. Im Oktober 1938 beschloß die Landesregierung die zügige Inangriffnahme der "Entwässerungsanlage Rheinau" – also des Gemeindegebietes von Höchst, Fußach und Gaissau:

"Die Arbeiten sollen durch den Reichsarbeitsdienst ausgeführt werden. Hierbei stellen die Kosten des Ausbaus der Vorflut auf RM 26.000.–, jene der Dränung<sup>4</sup> auf RM 78.000.–. Auf 1 ha entfallen somit an Baukosten RM 1.000.–"<sup>7</sup>

Der Gesamtkostenvoranschlag für den Ausbau der Vorflut und der Dränung in diesen drei Gemeinden machte immerhin die respektable Summe von RM 180.000.– aus. Davon kamen nur RM 10.300.– direkt der Bauwirtschaft zugute, allein RM 148.428.– aber waren für insgesamt 24.738 sogenannte "Lohnarbeitertagewerke" des RAD vorgesehen.<sup>8</sup>

Neben dem RAD-Lager in Höchst gab es weitere in Haselstauden, Hohenems, Brederis und Alberschwende. Sie waren für jeweils 200 Mann gebaut und standen ab November 1938 bereit, um die Hauptaufgabe – den Bau von Entwässerungskanälen – in Angriff zu nehmen. Der Bau weiterer Lager – darunter eines für Frauen im Großen Walsertal – war geplant, ein Lager in Lustenau war bereits im Bau. In einer im Amt der Vorarlberger Landesregierung eigens geschaffenen "Kulturabteilung" wurde die Zusammenarbeit mit dem RAD koordiniert. Als Ziel wurde die Entwässerung von insgesamt 7.000 Hektar Fläche mit 85 Kilometer Vorflutkanälen angegeben. Mit RM 1.800.000 wurden davon 1938 878 Hektar und 15 Kilometer Vorflutkanäle auch realisiert.<sup>9</sup> Zum Vergleich: In Vorarlberg waren damals insgesamt 2.796 Hektar als Ackerland und nur 349 Hektar als Gartenland ausgewiesen.<sup>10</sup>

Die größte zusätzliche Budgetposition, die 1938 in einen Nachtragsvoranschlag aufgenommen worden war, stand unter Punkt

B "Kapitalverkehr". Darunter waren neben der halben Million Schilling Kredit für die Hochtannbergstraße die Kapitalerhöhungen bei den Vorarlberger Illwerken und den Vorarlberger Kraftwerken aufgenommen worden. Für die Illwerke wurden als Kapitalerfordernis 1,125.000.- Schilling, für die VKW sogar 3,242.304.- Schilling angeführt. Insgesamt also waren für diese Position 4,867.304.- Schilling veranschlagt." Dieses Geld kam - über den Umweg von Investitionen der Gesellschaften - ebenfalls der Bauwirtschaft zugute.

Vergleicht man die Baukosten, die in Vorarlberg vom Land in den Jahren 1937 und 1938 aufgewendet wurden, so ergibt sich eine Steigerung von 137,7 Prozent. Im einzelnen sieht die Bilanz folgendermaßen aus:





Der RAD (Reichsarbeitsdienst) führte zu einer kostengünstigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch die Einziehung vieler junger Männer, die gleichzeitig vormilitärisch ausgebildet wurden. Schon im ersten Jahr der NS-Herrschaft entstanden im ganzen Land RAD-Lager für die Unterbringung der Arbeitsdienstpflichtigen. Oben ein Appell des RAD vor der Dornbirner Martinskirche im Jahre 1939, links das RAD-Lager Hittisau im Bregenzerwald.

## Ausgaben für Landes- und Reichsbauten in Reichsmark<sup>2</sup>

	1937	1938
Wasserbauten (Flußregulierungen)	569.000,-	1.195.000,-
Straßen und Brücken (ohne Reichsstraßen)	471.000,-	1.080.000,-
Sofortprogramm zur Staubfreimachung	0,-	1.091.000,-
Winterverkehrsvorsorgen	0,-	20.000,-
Um- und Ausbau von Reichsstraßen	620.000,-	1.546.000,-
Hochtannbergstraße	560.000,-	790.000,-
Erhaltungsarbeiten von Reichsstraßen	300.000,-	300.000,-
Erhaltungsarbeiten autonomer Straßen, Hoch- und Siedlungsbauten	1.037.000,-	1.230.000,-
Reichshochbau (schätzungsweise)	0,-	1.200.000,-
<b>Gesamt</b>	<b>3.557.000,-</b>	<b>8.455.000,-</b>

Diese außergewöhnliche Steigerung der Ausgaben durch die öffentliche Hand wirkte sich in Vorarlberg natürlich nicht nur kurzfristig auf dem Arbeitsmarkt positiv aus, sondern schuf bleibende Werte.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Errichtung vieler Bauten trugen bei zur teilweise bis heute positiven Einstellung von Menschen zum Nationalsozialismus.

### Investitionen durch die Gemeinden

Im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich wurde eine sogenannte "Sanierungsaktion für die notleidenden österreichischen Gemeinden" durchgeführt. Von den dafür vom Reich bereitgestellten 27 Millionen Reichsmark sollte etwas mehr als 1 Million nach Vorarlberg fließen. Bereits im Oktober 1938 suchte Landeshauptmann Plankensteiner um die Bereitstellung von 683.350,- Reichsmark an. Die angeforderten Mittel waren in Erwartung des "Geldsegens" von den Gemeinden zu diesem Zeitpunkt bereits größtenteils verbraucht worden. Mehr als die Hälfte aller Gemeinden – genau 50 – erhielten solche Zuschüsse.

Neben der Entschuldung sollten die Geldmittel für dringend notwendige Investitionen verwendet werden.

Das Geld wurde aufgrund eines Vorschlages der Landesregierung verteilt, wobei die folgenden Gemeinden die höchsten Beträge erhielten: Dornbirn (RM 110.000,-), Lustenau (RM 80.000,-), Altach (RM 60.000,-), Bregenz (RM 50.000,-), St. Gallenkirch (RM 45.000,-), Gaschurn (RM 38.000,-) und Hohenems (RM 35.000,-). Die Beträge wurden zu etwa 55 Prozent zur Abdeckung von Schulden und zu 45 Prozent zu dringenden und unaufschiebbaren Bauvorhaben verwendet.

Das Geld war unterschiedlich investitionswirksam: In Bregenz ging der Gesamtbetrag in die Entschuldung, in vielen anderen Gemeinden wurden die Beträge hauptsächlich für den Bau von Schulen und Straßen verwendet.<sup>13</sup>

Altach erhielt übrigens weitere 10.000,- Reichsmark für die Erwerbung eines Gemeindehauses. In dem von der Stickereikrise arg mitgenommenen Dorf war bis dahin der einzige Amtsraum, der für Gemeindezwecke zur Verfügung stand, in der Privatwohnung des ehemaligen Bürgermeisters untergebracht. Durch die Neubesetzung des Bürgermeisterpostens war die Situation natürlich unhaltbar geworden. Der "Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" erklärte sich am 26. Jänner 1939 daher "ausnahmsweise" mit einem Ankauf einverstanden.<sup>14</sup>

Ansonsten aber wurde darauf Bedacht genommen, daß nicht alte Gebäude gekauft, sondern neue errichtet wurden.

## Die Südtiroler Volkswohnungsbauten

Neben den Illwerke-Bauten und dem Ausbau des Straßennetzes gab ein weiteres großes Bauvorhaben der Wirtschaft des Landes mächtige Impulse. Als Folge des zwischen Deutschland und Italien am 23. Juni 1939 abgeschlossenen Vertrages über die Umsiedlung der Südtiroler in das Deutsche Reich wurde auch in Vorarlberg an die Errichtung der sogenannten "Südtiroler-Volkswohnungsbauten" gegangen. Unter der Leitung von Dipl.-Ing. Alois Tschabrun<sup>15</sup>, der am 27. Februar 1939 die "Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H." (VOGEWOSI) gegründet hatte, begann eine intensive Bautätigkeit.

Bereits Ende 1940 standen große Teile der Siedlungen in Bregenz (Schendingen und Rheinstraße), Dornbirn (Sala, Egeten, Rüttenersch, Kehlerstraße), Feldkirch (Siechengrund, Liechtensteinerstraße), Rankweil, Hohenems, Lustenau, Lauterach, Hard und Lochau.<sup>16</sup>

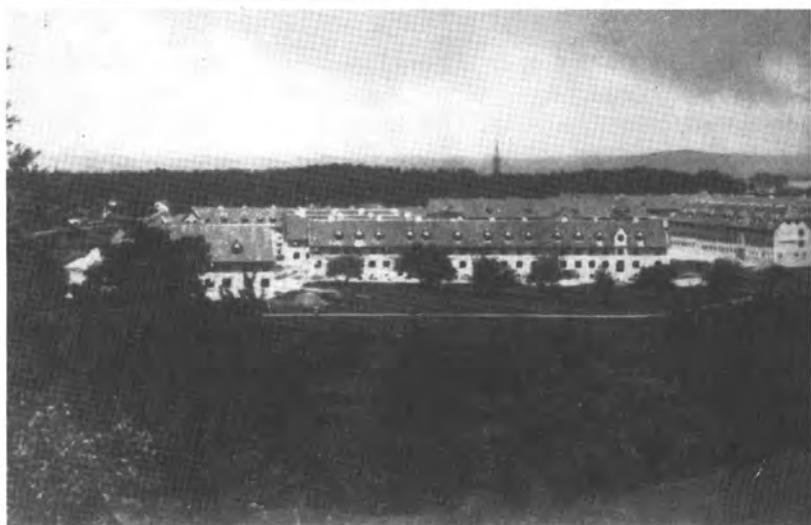
Von den insgesamt geplanten 2005 Wohnungen waren Anfang 1941 385 völlig fertiggestellt, bei 1.031 war der Innenausbau abgeschlossen, und weitere 579 Wohnungen waren bereits im Rohbau fertig. Die durchschnittliche Wohnungsgröße betrug – damals beträchtliche – 60,56 m<sup>2</sup>; insgesamt wurden 242 Zweizimmerwohnungen, 1.068 Dreizimmerwohnungen, 602 Vierzimmerwohnungen und 93 Fünzimmerwohnungen gebaut.<sup>17</sup> In seinen Memoiren legt Alois Tschabrun – leider ohne Quellennachweis – eine noch imposantere Erfolgsbilanz vor.<sup>18</sup>

Da schon vor der Fertigstellung der Wohnungen viele Optanten ins Land gekommen waren, gab es kurzfristig Unterbringungsschwierigkeiten. Sie wurden durch Beschlagnehmung von Wohnungen – meist politisch mißliebiger Wohnungseigentümer – "gelöst".<sup>19</sup>

Der Bau der Südtiroler-Siedlung in Götzis wurde erst am 1. Oktober 1941 begonnen. Jene in Bludenz wurde in der Zeit von 1943 bis 1945 nicht von der VOGEWOSI, sondern von der Tiroler Siedlungsgesellschaft Alpenländische Heimstätte erbaut.<sup>20</sup>

Finanziert wurden diese Bauten zu 65 Prozent der Gesamtkosten durch zinsfreie Kredite des Deutschen Reichs. Zusätzlich wurden den Umsiedlern Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen gewährt.

Die Finanzierung bzw. Abwicklung dieser Beiträge und Kredite oblag in Vorarlberg der Hypothekenbank. Sie wurde dazu gehalten, den Umsiedlern für die Schaffung einer neuen Lebensgrundlage entsprechende Anlaufkredite zu gewähren. Eine eigens gegründete "Deutsche Umsiedlungstreuhand-Gesellschaft" übernahm dabei die Vermittlung. Diese war mit einer Reichsbürgerschaft versehen und zog ein Garantiekonsortium von 60 Millionen RM heran, wovon die Hälfte für Alleinkredite unter 50.000,- RM zur Verfügung stand. 20 Millionen waren für Konsortialkredite<sup>21</sup> vorgesehen. Die Hypothekenbank des Landes Vorarlberg hat insgesamt 3.085.250,- RM für 1.435 Südtirolerwohnungen vergeben. Die Laufzeit für die Vergabe dieser Kredite war bis 31. Dezember 1942, für einen Teil bis 31. Dezember 1944 begrenzt. Der Zinssatz war sehr günstig und lag jeweils ein Prozent unter dem jeweiligen Reichsbank-Diskontsatz.<sup>22</sup>



Im Zuge der "Option" wurden in Vorarlberg zu Beginn des Krieges Südtirolersiedlungen für über 10.000 Umsiedler mehr als 2000 Wohnungen errichtet: Wohnblöcke in Bregenz-Schendingen.

Der damalige Geschäftsführer der VOGEWOSI, Dipl.-Ing. Alois Tschabrun, verweist rückblickend darauf, wieviel von diesen sehr günstigen Krediten nach Vorarlberg floß:

„Die Reichsdarlehen waren also die Rosinen und davon holten wir allein im Jahre 1940 die Summe von DM (sic!) 6,565.000,-.“<sup>23</sup> Dabei war ursprünglich gar nicht so sicher, daß auch wirklich Südtiroler nach Vorarlberg kommen würden. Am 6. März 1940 fand eine Besprechung zwischen Vertretern des Arbeitsamtes Bregenz und der Firma Dornier sowie Major Kirchner von der Rüstungsinspektion XVIII statt. Der Leiter des Arbeitsamtes Bregenz, Dr. Dehoff, teilte dabei mit, daß keine Südtiroler nach Vorarlberg kämen, sondern diese in Tirol, Salzburg und dem Altreich in Auffanglagern untergebracht würden. Da sich unter diesen Südtirolern auch eine ganze Reihe von Facharbeitern befand, intervenierte Major Kirchner bei den zuständigen Stellen, künftighin Einwanderer sofort nach Vorarlberg zu schicken bzw. wenigstens die im Land dringend benötigten Facharbeiter aus den Lagern „auszukämmen“ und dem Arbeitsamt Bregenz zur Verfügung zu stellen.<sup>24</sup>

Bereits am 3. Februar 1940 berichtete das Oberkommando der Wehrmacht über die „nicht unbeachtlichen Unterbringungsschwierigkeiten“ bei der „Rückführung der Reichsdeutschen bzw. Volksdeutschen aus Südtirol“. Allein in Innsbruck müßten hierfür 10.000 Wohnungen gebaut werden. Die „örtliche Federführung“ für die Umsiedlung liege bei Gauleiter Hofer.<sup>25</sup>

In Vorarlberg wurde inzwischen schon massiv an den Vorarbeiten zum Bau von Siedlungen für die Optanten gearbeitet. Für 17 verschiedene Bauvorhaben war das Baugelände bereits vorhanden, die Verträge waren in Vorbereitung bzw. bereits unterschrieben.<sup>26</sup> Dabei wurde auch bei ehemaligen politischen Gegnern der NSDAP das Bauland zu teilweise weit unterdurchschnittlichen Grundstückspreisen und durch Drohungen erworben.<sup>27</sup>

Da andere Regionen nicht so gut wie Vorarlberg in der Lage waren, den Optanten entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen, kamen wesentlich mehr Südtiroler ins Land, als ursprünglich vorgesehen war. Nach einer Feststellung des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums vom 28. November 1943 waren damals 10.681 Südtiroler in Vorarlberg wohnhaft.<sup>28</sup>

## Südtiroler Umsiedler in Vorarlberg im November 1943

Kreis Bludenz	1.813
Kreis Feldkirch	5.132
Kreis Bregenz	<u>3.736</u>
Insgesamt	10.681

14,3 Prozent aller Südtiroler Umsiedler kamen nach Vorarlberg. Sie stellten 1943 in Vorarlberg etwa 7 Prozent der hier wohnhaften Bevölkerung. In Nordtirol waren zu diesem Zeitpunkt 23.752 "Optanten", das waren 7,2 Prozent der Bevölkerung.<sup>29</sup>

Dies war in Vorarlberg nur durch die großen Erfolge der VOGEWOSI bei der Wohnraumbeschaffung möglich und lag – wie an anderer Stelle schon dargelegt wurde – durchaus im Interesse der heimischen Großunternehmer. Sie waren im März 1939 nicht zufällig an der Gründung der VOGEWOSI beteiligt gewesen.<sup>30</sup>

### Auswirkungen des Baubooms

Vom Bauboom profitierte nicht nur das Baugewerbe, sondern ebenso das Baunebengewerbe Vorarlbergs. Die Auswirkungen der in dieser Dimension bis dahin unbekanntenen Bautätigkeit lassen sich an verschiedenen Zahlen ablesen. So lag die durchschnittliche Jahresproduktion an Mauerziegeln in Vorarlberg von 1932 bis 1937 bei 3.509.400 Stück pro Jahr, von 1938 bis 1941 – dem Abschluß der größten Bauvorhaben – aber bei 10.412.627 und somit fast dreimal höher als zuvor.

#### Absatz von Mauerziegeln in Vorarlberg<sup>31</sup>

1933	1.894.735
1934	3.043.987
1935	3.266.477
1936	5.213.253
1937	4.932.359
1938	9.534.543
1939	9.175.760
1940	12.450.829
1941	10.489.379
1942	5.850.292
1943	5.245.258
1944	4.672.854
1945	2.380.412
1946	5.969.281

Ein Teil dieser Ziegel konnte gar nicht mehr in Vorarlberg hergestellt werden, sondern mußte aus dem süddeutschen Raum – vor allem aus dem Gebiet um Memmingen und Ravensburg – „importiert“ werden.

Noch 1944 und 1945 wurden in Vorarlberg mehr Mauerziegel abgesetzt als in den Jahren der großen Wirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre. Verantwortlich dafür dürften vor allem Bauten im Zusammenhang mit den Illwerken und den Verlagerungen von Rüstungsbetrieben ins Land sein.

Vom Oktober 1939 bis zum Juni 1941 benötigten allein die „Südtiroler Volkswohnungsbauten“ 9.958 t Zement, mehr als im Jahr 1945 in Vorarlberg insgesamt verkauft wurde.<sup>32</sup> Für den Bau der Silvretta-Staumauer waren insgesamt sogar rund 80.000 t Zement<sup>33</sup> nötig, fast doppelt soviel, wie in Vorarlberg pro Jahr überhaupt zur Verfügung gestellt werden konnte.

Die Bereitstellung des Zements erfolgte im Land hauptsächlich durch die Vorarlberger Zementwerke Lorüns AG. Bei der Expansion dieser Firma zu Beginn der NS-Zeit kam es zu einem interessanten Konflikt.

Die Firma wollte der Stadt einen Steinbruch zu einem Spottpreis erwerben. Der Bürgermeister von Bludenz, Anton Hutter, widersetzte sich im Interesse der Stadt. Nach längerem Hin und Her eskalierte der Konflikt im September 1939.

Der Direktor der Vorarlberger Firma, Edwin Müller, hatte gute Kontakte zu hohen politischen Funktionären. Er war schon unmittelbar nach dem „Anschluß“ von Gauleiter Bürckel zu einem Vortrag des Reichswirtschaftsministers Funk und des DAF-Reichsleiters Ley in das Wiener Konzerthaus eingeladen worden. Im August 1938 war er über Vorschlag des Gauleiters in den vorläufigen Arbeitsausschuß für die Natursteinindustrie und als Mitarbeiter in den Sachverständigenausschuß für die Natursteinindustrie berufen worden.<sup>34</sup>

Dem hatte Hutter wenig entgegenzusetzen, zumal sich auch die Eigentümerin des Vorarlberger Unternehmens, die Perlmooser Zementwerke AG, in den Konflikt einschaltete und Partei- und Staatsstellen in Innsbruck, Wien und Berlin kontaktierte.<sup>35</sup>

Hutter hingegen war als „Alter Kämpfer“ und Vertreter eines eher „linken Flügels“ innerhalb der NSDAP den Unternehmern der Stadt schon lange ein Dorn im Auge. In einem Bericht des Gendarmerie-

postens Bludenz vom 29. August 1945 wird Hutter als "ein starker Gegner der neu zur Nazi-Partei stoßenden Großdeutschen (ist Geldgeberpartei)" charakterisiert. Sein Bruder Armin Hutter hatte wahrscheinlich mit Billigung des Bürgermeisters in den Villen der Bludenz-Fabrikanten Hausdurchsuchungen nach eventuell gehorteten Lebensmitteln durchgeführt.<sup>36</sup>

Die Zementwerke erreichten schließlich nicht nur den Kauf des Steinbruches, sondern auch die Entlassung des Bürgermeisters aus seinem Amt und die Verurteilung vor einem Parteischiedsgericht.<sup>37</sup>

In diesem Fall wird bei Betrachtung des wirtschaftlichen Hintergrundes klar, warum das Unternehmen, das schon vor 1938 eine eindeutig nationalsozialistische Führung besaß, derart vehement gegen einen "antikapitalistisch" eingestellten Bürgermeister vorgeht. Die Firma hatte nämlich durch die Krise zu Beginn der dreißiger Jahre einen erheblich Einbruch des Absatzes zu verzeichnen gehabt und wollte sich nun schadlos halten. Der Steinbruch war für die Produktionsausweitung notwendig. Ein Blick auf die Jahresmengen des hergestellten Portland-Zements belegt, daß diese auch gelungen ist:

Jahresproduktion an Portland-Zement der  
Vorarlberger Zementwerke Lorüns A. G.<sup>38</sup>

1933	20.450 t
1934	23.450 t
1935	27.000 t
1936	25.390 t
1937	29.840 t
1938	42.880 t
1939	50.440 t
1940	46.295 t
1941	48.280 t
1942	57.090 t
1943	57.490 t
1944	50.010 t
1945	9.375 t
1946	17.591 t
1947	15.190 t

Diese Statistik zeigt eindrucksvoll, wie stark das Unternehmen von den Großaufträgen für die Bauwirtschaft in Vorarlberg – insbesondere die Südtiroler Volkswohnungsbauten und die Illwerke-Bauten – profitierte. Der Ausstoß an frühhochfestem Portland-Ze-

ment wurde in dieser Zeit gegenüber den Vorjahren etwa verdoppelt. Der hochwertige Portland-Zement war besonders für den Bau von Staubecken oder Brücken geeignet – genau die brauchte man im Montafon.

Die Bauwirtschaft Vorarlbergs – so kann abschließend festgestellt werden – erlebte in der NS-Zeit eine gewaltige Aufwärtsentwicklung. Die Investitionen der neuen Machthaber führten schon in den ersten Wochen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme dazu, daß – nach Jahren der Arbeitslosigkeit – kaum mehr Arbeitskräfte frei waren und Anwerbungen in Innerösterreich notwendig wurden. 14 Entwässerungsprojekte wurden noch 1938 in einen Landesnachtragsvoranschlag aufgenommen, ebenso Beiträge zur Regulierung von acht Flüssen bzw. Bächen und der Ausbau von 15 Straßenstücken. Diese Maßnahmen hatten eine enorme propagandistische Wirkung; durch sie wurden aber auch – zum Teil allerdings durch Einziehung zum Reichsarbeitsdienst – tatsächlich viele Menschen beschäftigt.

Inbesondere die Illwerke-Bauten, der Bau von über 2000 Wohnungen für Südtiroler Opfanten und der weitere Ausbau des Straßenwesens sorgten schließlich auch noch im Krieg für eine günstige Lage der Baubranche und des Baunebengewerbes.

An einzelnen Unternehmen – vor allem der Firma Lorünser Zementwerke A. G., aber auch den Ziegeleien und größeren Bauunternehmen<sup>37</sup> – kann die Expansion während der NS-Zeit deutlich gemacht werden. Neben der wirtschaftlichen stieg auch die politische Bedeutung dieser Unternehmen, die sich – etwa in Bludenz – in Konfliktsituationen durchaus auch gegen lokale NS-Größen durchsetzen konnten.

## 6.4. Die Landwirtschaft

Nach der Machtübernahme durch die NSDAP im März 1938 wurden auch die Zuständigkeiten der bäuerlichen Vertretungskörperschaften neu geregelt. Der Hörbranner Bairhof-Bauer Karl Troy war als Kommissär des Landesbauernführers und des Ministers für Land- und Forstwirtschaft für das Bundesland Vorarlberg – wie das unmittelbar nach der NS-Machtübernahme noch hieß – in Fragen der Landwirtschaft die entscheidende Persönlichkeit. Ihm

unterstanden staatliche Organe und Parteistellen – etwa Landesrat Karl Vonbank oder der landwirtschaftliche Fachberater der NSDAP für den Gau Vorarlberg, Ing. Franz Luger. Auch der Präsident der Bauernkammer, der Egger Rudolf Albrecht, war Karl Troy unmittelbar unterstellt.

Karl Troy war vom Reichsbauernführer Rudolf Walther Darre am 15. Juni 1938 entsprechend einer Verordnung über den "vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes" mit der Führung der Geschäfte eines Hauptabteilungsleiters II der Landesbauernschaft Tirol-Salzburg beauftragt worden. Am 29. Juni 1938 wurde er zum Kreisbauernführer für Vorarlberg der Landesbauernschaft Alpenland ernannt.<sup>2</sup> Nach nur weiteren 14 Tagen stieg Troy auch zum ordentlichen Mitglied des Landesbauernrates der Landesbauernschaft Alpenland auf.<sup>3</sup>

Nach dem Ostmarkgesetz vom 14. April 1938 und den folgenden Durchführungsbestimmungen wurde die vormalige Vorarlberger Bauernkammer aufgelöst und das Land zu einer einzigen Kreisbauernschaft mit Sitz in Bregenz zusammengefaßt. Mit Wirkung vom 28. August 1938 wurde dies durch eine Verordnung des Vorarlberger Landeshauptmannes Anton Plankensteiner offiziell bestätigt.<sup>4</sup>

Der Landesbauernführer "Alpenland" war damals der aus Stumm im Zillertal stammende Jörg Wurm.<sup>5</sup> Im Zuge einer neuerlichen Umstrukturierung im Sommer 1942 verlegte er seine "Residenz" während des Krieges von Salzburg nach Innsbruck.<sup>6</sup> Die drei großen Landesbauernschaften in der Ostmark wurden "zurückgegliedert". Vorarlberg bildete nun gemeinsam mit Tirol eine eigene Landesbauernschaft.<sup>7</sup>

## **Die Struktur der Vorarlberger Landwirtschaft**

Die Vorarlberger Landwirtschaft war geprägt von einer überdurchschnittlich großen Anzahl von sogenannten "Zwerg-" und "Kleinbauern", welche Höfe von 0,5 bis 2 beziehungsweise von 2 bis 5 ha Betriebsfläche bewirtschafteten. Zur ersten Gruppe zählten 3.848, zur zweiten 4.120 Bauern. Zusammen machten diese zwei Gruppen etwa 56,1 Prozent aller bäuerlichen Betriebe des Landes aus, wobei die sogenannten "Kleinhäusler" gar nicht mitgezählt wurden. Großbauern mit über 100 ha Betriebsfläche

gab es in Vorarlberg damals gerade 272 oder 1,9 Prozent, etwa die Hälfte davon im Kreis Bludenz. Höfe mit 20 bis 100 ha waren etwas zahlreicher: 810 oder 5,8 Prozent, mit 494 weit mehr als die Hälfte davon im Kreis Bregenz.<sup>8</sup>

Die durchschnittliche Größe der Vorarlberger Betriebe war somit 1938 deutlich kleiner als in der übrigen Ostmark. Das wird bei einem Vergleich mit Salzburg, Tirol und der Steiermark deutlich:<sup>9</sup>

	Zwerg- und Kleinbetriebe mit 0,5 bis 5 ha		Großbauern mit über 100 ha	
	Betriebe	Betriebsfläche	Betriebe	Betriebsfläche
Salzburg	29,6 %	6,0 %		
Steiermark	46,1 %	6,8 %	1,5 %	43,4 %
Tirol	46,2 %	3,0 %	3,3 %	75,7 %
Vorarlberg	57,1 %	5,5 %	1,9 %	71,2 %

Nur in der Steiermark gab es mit 1,5 Prozent gegenüber 1,9 Prozent in Vorarlberg weniger Großbauern und Großgrundbesitzer als in Vorarlberg. Hier standen den Großbauern 71,2 Prozent der Betriebsfläche zur Verfügung, in der Steiermark 43,4 Prozent.

In Tirol bewirtschafteten die Großbauern und Großgrundbesitzern sogar 75,7 Prozent der gesamten Betriebsfläche, während den 46,2 Prozent Klein- und Zwergbauern ganze drei Prozent der Betriebsfläche blieben. Den 57,1 Prozent Klein- und Zwergbauern in Vorarlberg blieben immerhin noch 5,5 Prozent, den 46,3 Prozent in der Steiermark sogar 6,8 Prozent.<sup>10</sup> Mit anderen Worten: Es gab in Vorarlberg eine überdurchschnittlich große Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben, die Klein- und Kleinstbesitz aufwiesen. Da im Land größtenteils Vieh- und Milchwirtschaft betrieben und die Grundfläche somit eher extensiv genutzt wird, war die Armut der Vorarlberger Bauern in Wirklichkeit sogar noch größer als diese Statistik vermuten läßt. Viele Kleinbauern konnten nur durch einen Nebenerwerb überleben.

Neben der großen Zahl an Klein- und Kleinstbetrieben war die angesprochene Dominanz der Vieh- und Milchwirtschaft ein weiteres Charakteristikum. In Vorarlberg waren 53,4 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Almweiden, 32,5 Prozent Wiesen und 11,8 Prozent Talweiden – insgesamt also 97,2 Prozent. In Tirol waren es "nur" 90,2 Prozent, im gesamten Reich 30,8 Prozent.

Nicht einmal ganze zwei Prozent wurden in Vorarlberg als Ackerland genutzt, in Tirol immerhin 9,4 Prozent, im gesamten Reich 69,1 Prozent.<sup>11</sup>

Typisch für die landwirtschaftliche Struktur des Landes war auch die Tatsache, daß etwa 90 Prozent aller Sticker in irgendeiner Form nebenbei Landwirtschaft betrieben. Sie waren typische Kleinbauern und bewirtschafteten im Durchschnitt 0,7 ha. 66 Prozent aller Vorarlberger Sticker waren damals Selbstversorger mit Kartoffeln, 67 Prozent mit Gemüse, 76 Prozent mit Obst, 21 Prozent holtten sich den für die Landesspeise "Riebel" notwendigen "Türken" (Mais) vom eigenen Feld. Somit ergab sich zu Beginn der NS-Herrschaft folgendes Bild:

"Tagsüber arbeiteten Vater, Sohn und Tochter an der Tüllrobe oder einem Vorhang, der nach Übersee ging, in aller Frühe aber und bis in die späte Nacht und an allen arbeitsfreien Tagen, die so ein Mode- und Saisonbetrieb immer bietet, war die ganze Familie auf dem Felde."<sup>12</sup>

Ein weiteres Kennzeichen der Vorarlberger Landwirtschaft war die durch die vielen Kleinbetriebe bedingte schwache maschinelle Ausstattung im Jahr 1938. Dies macht ein Vergleich mit Tirol deutlich.

So waren zum Beispiel die für die Milch- und Viehwirtschaft wichtigen Heuwender nur zu 38,7 Prozent in Vorarlberg, der Anteil des Landes an den Wiesen und Talweiden im gesamten Gau-gebiet hingegen machte 49,1 Prozent aus.<sup>13</sup>

Auch die von der Forstwirtschaft abhängige Holzindustrie war maschinell deutlich schlechter ausgerüstet als in Tirol.<sup>14</sup>

In der NS-Zeit kam es – darauf wird noch einzugehen sein – in Vorarlberg und in der ganzen Ostmark zu einem Modernisierungsschub. Dieser zeigte sich unter anderem in der Technisierung der Landwirtschaft.

Zumindest im ersten Jahr der NS-Herrschaft wurde dadurch die Infrastruktur bäuerlicher Betriebe im Land deutlich verbessert. Aus Geldern des Reichs wurden "Betriebsaufbaumittel" zur Verfügung gestellt. Zum Teil waren dies verlorene Zuschüsse, zum Teil zu zwei Prozent verzinsliche Darlehen, die innerhalb von fünf bis 30 Jahren – je nach Leistungsfähigkeit des Hofes – zurückzahlen waren.<sup>15</sup>

Nach Vorarlberg flossen von 1938 bis 1945 insgesamt 4,4 Millionen an "Aufbaumitteln" für die Landwirtschaft – bei insge-

samt 98,8 Millionen Reichsmark für die gesamte Ostmark. Dazu kamen weitere 2,2 Millionen Reichsmark an sogenannten "Bergbauernhilfsmitteln" - von insgesamt 21,7 Millionen für die gesamte Ostmark im selben Zeitraum.<sup>6</sup>

Aus diesen Mitteln wurden allein im Jahre 1938 in Vorarlberg insbesondere in Bergbauerngebieten 128 Wasserversorgungen errichtet beziehungsweise vorbereitet. In den fünf Jahren zuvor waren insgesamt nur zwei Wasserversorgungsanlagen errichtet worden. 29 Güterwege wurden 1938 mit einem Gesamtaufwand von 1.272.730,- Reichsmark gebaut. Land und Reich bezahlten hiervon 74 Prozent. In den Jahren zuvor waren durchschnittlich nur je vier Güterwege errichtet worden. Fünf Güterseilbahnen mit - zu 64 Prozent aus öffentlichen Mitteln bezahlten - Gesamtkosten von 28.000,- Reichsmark und fünf weiteren in Bau befindlichen Bahnen stand eine einzige neuerrichtete Seilbahn in den fünf Jahren zuvor gegenüber. Die beeindruckende Bilanz ließe sich bei den Alpverbesserungen - Alpstillungen, Sennereien, Alpwege, Trink- und Tränkwasserversorgung und so weiter - fortsetzen. Allein 189 Alpverbesserungen wurden von der öffentlichen Hand mit 53 Prozent der Gesamtkosten von 660.000,- Reichsmark gefördert, während in den Jahren zuvor jeweils nur vier Alpverbesserungen mit einem Gesamtaufwand von RM 58.000,- durchgeführt wurden. Die austrofaschistischen Machthaber hatten zudem nur 36 Prozent dieser Kosten bezahlt.<sup>7</sup> Neben den erwähnten 189 Alpverbesserungen für Alpen mit einer Bestockung von über 10.000 Stück Großvieh gab es vom März 1938 bis Dezember 1939 auch die Neuerrichtung von 30 Alpstillungen für 988 Kühe.<sup>8</sup>

Die Mechanisierung der Landwirtschaft während der NS-Zeit ging zügig voran. Das Vorarlberger Tagblatt berichtete im März 1938, es gebe bereits dreimal so viele Maschinen in den hiesigen landwirtschaftlichen Betrieben wie im Jahr 1937. Die Technisierung ging zudem weiter: Mehrere hundert Anträge auf Unterstützung für Investitionen lagen bei der zuständigen Stelle in Bregenz. Bereits gebaut waren damals elf Grünfütterbehälter und 46 Kartoffeleinsäuerungsgruben mit einem Gesamtbehälterraum von rund 1.100 m<sup>3</sup> gegenüber bis dahin 400 m<sup>3</sup>. Die vorliegenden Anträge ließen für 1939 die weitere Schaffung von 1.500<sup>3</sup> bis 2.000 m<sup>3</sup> erwarten.

Im Zuge von Aktionen des Reichsnährstandes wurden insgesamt 350 Düngersammelanlagen errichtet und 400 Stallverbesserungen durchgeführt. Zudem wurden 100 Güllepumpen- und Verschlauchungsanlagen gebaut – jeweils um etwa ein Drittel mehr als im Vorjahr. Besonders die letztgenannten Aktionen sollen zu enormen Ertragssteigerungen geführt haben, sodaß für 1939 bereits über 2.000 Anträge für entsprechende Bauvorhaben vorlagen.<sup>19</sup>

Bis Ende 1939 waren dann schon insgesamt 750 neue Güllepumpen und Verschlauchungsanlagen fertiggestellt.<sup>20</sup>

Das in Vorarlberg zuständige Landeskulturbauamt übergab armen Bauern bis zum März 1939 insgesamt 476 Stück Großvieh, nachdem aus Reichsmitteln für Vorarlberg zu diesem Zweck 250.000,- Reichsmark zur Verfügung gestellt worden waren. Für dringliche Ansuchen um Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten wurden 40.000,- Reichsmark bewilligt.<sup>21</sup>

Die NS-Zeit brachte der Landwirtschaft auch erstmals die organisatorische Erfassung der Betriebe durch die Verwaltung. In einer "Hofkarte" hatten die Betriebe alle wesentlichen Daten anzuführen (Familien- und Betriebsangehörige, bewirtschaftete Fläche, angebaute Früchte und Erntemengen, Maschinen, Viehbestand, Milcherzeugung und so weiter). Diese administrative Erfassung der Betriebe war eine der Voraussetzungen für die insbesondere in der Milchwirtschaft erzielten Leistungssteigerungen.<sup>22</sup>

Ziel all dieser Maßnahmen war die Vorbereitung der Landwirtschaft auf die Erfordernisse der Kriegswirtschaft. Im Altreich war das schon in den Jahren zuvor geschehen.

### **Rentabilität bäuerlicher Betriebe und die "Entschuldungsaktion"**

Die Rentabilität der bäuerlichen Betriebe war in Vorarlberg schon seit Beginn des Jahrhunderts sehr gering. Ursachen dafür waren die kleinen Betriebsgrößen, der daraus folgende Kapitalmangel und die geringe maschinelle Ausstattung der Betriebe. Bauernrevolten in den zwanziger Jahren brachten keine Verbesserung der Situation – die bäuerlichen Anwesen blieben überschuldet. Eine Untersuchung im Jahr 1936 ergab, daß die landwirtschaftlichen Betriebe des Landes durchschnittlich einen negativen Betriebserfolg aufwiesen – im Mittel 120,01 Schilling pro

# Meine Hofkarte

XVI. Viehbestand (Stückzahl)					XVII. Viehbestand in Stück Großvieh			XVIII. Milchzeugung		
					Böhr	Insgesamt	In 100 ha der landwirtsch. Nutzfläche	Reinmilch	Zusammen Milchmenge für Kuh u. Stroh kg	Milchzeugung insgesamt kg
1941	1942	1943	1944	1941						
Stirbe	Stückzahl									
	Unter 1 Jahr alt (Kälber)									
	1 Jahr bis unter 3 Jahre									
	3 Jahre bis unter 14 Jahre									
	14 Jahre und älter									
	<b>Viere insgesamt</b>									
Von den über 3 Jahre alten Viehen sind Substituten ( ) ( ) ( ) ( )					<b>XIX a. Mastschweine-Erzeugung</b>					
Stirbtöt	Kälber, Jungvieh unter 1 Jahr		1	1						
	Jungvieh 1 bis unter 2 Jahre	2	2	2						
	Zuchttullen									
	Jugochsen									
	Schlacht- und Mastvieh, 2 Jahre und älter									
	<b>Erzeugte Ferkel, 3 Jahre und älter (Kälbinnen, Stöcken)</b>	2	1							1
<b>Kühe nur zur Milchgewinnung</b>	2	10	11							
<b>Kühe zur Milchgewinnung u. Arbeit</b>	1									
<b>Rindvieh insgesamt</b>	13	14	14							
Unter 1 Jahr alt (einschl. Kälber)	1	2	1							
Schafe	Schafböcke			1						
	Lämmer									
	Mutterkühe									
	<b>Schafe insgesamt</b>	1	2	2						
					<b>XIX b. Ferkel-, Ferkel-, Lämmergeburten und Wollzeugung</b>					
					Wirtschaftsjahr	Ferkelgeburten Zahl	Ferkelgeburten Zahl	Lämmergeburten Zahl	Wollzeugung kg	
					1941/42					
					1942/43					
					1943/44					
					1944/45					

„Meine Hofkarte“ – Sie wurde in der NS-Zeit auch in Vorarlberg vom Reichsnährstand eingeführt und ermöglichte die Planung der „ernährungswirtschaftlichen Aufgaben“ (Maschinen-, Saatgut-, Düngereinsatz usw.).

Jahr. Dies führte zu einer Überschuldung der Höfe beziehungsweise erforderte von den Bauern einen Nebenerwerb.<sup>23</sup>

Schon in ihrer "illegalen Zeit" konnten die Nationalsozialisten diese Not vieler Bauern propagandistisch ausnutzen, zumal die von staatlichen Stellen in den Jahren vor 1938 bereitgestellten Mittel für die "Schuldenerleichterungsaktionen", die den Bergbauern zugute kommen sollten, viel zu gering waren.<sup>24</sup>

Neben die bereits dargestellten Maßnahmen zur Mechanisierung und Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe im Zuge der "Aufbauaktion" trat die "Entschuldungsaktion". Bereits am 5. Mai 1938 veröffentlichte der Reichsstatthalter eine Kundmachung über die Entschuldung landwirtschaftlicher Betriebe. Während vor 1938 nur besonders gefährdeten Betrieben – und diesen unzureichend – geholfen werden konnte, kamen nun alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sowie Gärtnereien in den Genuß dieser staatlichen Hilfe. Die Entschuldung war in Wirklichkeit eine Umschuldung. Sie bestand vor allem darin, daß Forderungen durch vierprozentige Schuldverschreibungen der Deutschen Rentenbank abgelöst wurden, wobei viele dieser Forderungen mehr oder minder einvernehmlich gekürzt oder mit langfristigen Rückzahlungsmodalitäten geregelt wurden.

Für den "umgeschuldeten" Bauern brachte diese Aktion eine Bündelung und Umwandlung vieler kündbarer Einzelschulden in eine einzige, langfristig tilg- und außerdem unkündbare Schuld entsprechend der Leistungsfähigkeit seines Hofes. Zudem gab es nach der Einleitung eines Entschuldungsverfahrens einen Vollstreckungsschutz und somit die Beseitigung der Gefahr einer Zwangsversteigerung.<sup>25</sup>

Im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft wurde von 2.493<sup>26</sup> oder 17,8 Prozent – nach einer anderen Quelle 2.600<sup>27</sup> – bäuerlichen Betrieben des Landes ein Antrag auf Entschuldung gestellt, in 837 Fällen oder 6 Prozent aller Betriebe war das Verfahren im März 1939 eröffnet. Bis 31. Dezember 1938 bestand für die Bauern die Möglichkeit zu einem entsprechenden Ansuchen, das an das Landeskulturbauamt zu richten war.

Die finanzielle Abwicklung wurde von der Hypothekenbank des Landes Vorarlberg durchgeführt. Die Bank gewährte im Auftrag des Landes in diesem Zusammenhang Deckungsdarlehen von 1.012.347,- RM. Würde man diese Summe linear auf die 2.493 bäuerlichen Betriebe des Landes, die ein Ansuchen gestellt ha-

ben, aufteilen, so ergäbe das RM 406,- pro Hof. Die tatsächliche Zahl der unterstützten Betriebe ließ sich leider nicht ermitteln.<sup>28</sup> Bis zum Jahr 1943 wurde das Projekt im wesentlichen abgeschlossen. In einer Untersuchung aus dem Jahre 1972 heißt es:

„Jedenfalls konnte beim Abschluß der Aktion als Erfolg verzeichnet werden, daß vielen Schuldnern der Hypothekenbank ihr Betrieb und damit auch ihre Existenzgrundlage erhalten blieb.“<sup>29</sup>

Weitere Probleme für die Bauern waren die Veräußerung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen und die hohen Pachtzinsen. Die Kreisbauernschaft Vorarlberg unternahm es als erste der Ostmark von sich aus, für Boden- und Pachtpreise Grenzen zu ziehen. So wurden Bodenpreise von über 4.000,- RM pro Hektar – also 40 Pfennig/m<sup>2</sup> – grundsätzlich nicht mehr gebilligt. Für die Pachtpreise wurden eigene Richtlinien aufgestellt, die später von der Landesbauernschaft Alpenland und den übrigen Landesbauernschaften der Ostmark übernommen wurden:

Für den besten Boden galt als Höchstpachtzins RM 1,40/Ar, für den mittleren Boden RM 1,- und für Roßheu- beziehungsweise Streuwiesen RM 0,50/Ar bis 0,30/Ar. Das bedeutete eine Senkung auf die Hälfte bis zu einem Drittel der bis dahin gezahlten Preise. Als Mindestdauer eines Pachtvertrages wurden drei Jahre festgelegt, damit eine ordentliche Bewirtschaftung gewährleistet werden konnte. In Vorarlberg war die landwirtschaftlich genutzte Fläche stark zersplittert und viele Grundstücke waren verpachtet. Daher kam dieser Regelung große Bedeutung zu.<sup>30</sup>

Doch an der schlechten Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe Vorarlbergs änderten auch diese Regelungen nicht viel. Denn während jahrzehntelange Probleme in für viele Bauern beeindruckender Form beseitigt wurden, taten sich neue auf. Insbesondere die Waldbesitzer Vorarlbergs waren mit den amtlich festgelegten Preisen für Nutz- und Brennholz unzufrieden, während die Sägewerksbesitzer darüber klagten, daß die Holzverkäufer die amtlichen Preise zu umgehen versuchten beziehungsweise auf den Einschlag verzichteten. Viele Bauern verlangten nämlich statt Geld von den – zumindest im Nebenwerb meist auch eine Landwirtschaft betreibenden – Sägewerksbesitzern im Tausch- oder Verkaufswege Vieh oder andere landwirtschaftliche Produkte. Die Bauern kamen auch anderweitig zu höheren Holzpreisen. So zeigte ein Sägewerksbesitzer bei der Gestapo eine Art Versteigerung an:

Er sei – so gab er zu Protokoll – vom Bauern nach der Besichtigung des Holzes in ein Gasthaus bestellt worden, um den Vertrag perfekt zu machen. Dort habe er zu seinem Erstaunen sämtliche Sägewerksbesitzer und Holzaufkäufer des Kreises angetroffen, die einzeln zu den in einem Nebenzimmer sitzenden Bauern gerufen worden seien, um ihre Angebote abzugeben.

Daß die Waldbesitzer dazu quasi gezwungen waren, gab ein von der Gestapo befragter Bregenzerwälder Bauer zu Protokoll. Er rechnete vor, daß die Löhne der Holzarbeiter in keinem Verhältnis zum Holzpreis stünden. So erhalte er für Buchenholz 12,- RM/m<sup>3</sup> frei Bregenz, während alleine die Frachtkosten 5,- bis 6,- RM betrügen und für den Holzarbeiter täglich 7,- bis 8,- RM Lohn und Verpflegungskosten berechnet werden müßten. Folglich lasse er das Holz lieber im Wald stehen, als es mit Schaden zu verkaufen. Ein Bregenzer Waldbesitzer habe festgestellt, daß er pro Raummeter Brennholz für das Fällen, die Transportkosten und die ofenfertige Aufbereitung 13,- RM an Kosten habe. Nur wenn der amtlich festgelegte Preis künftig für stehendes Holz – also vor dem Fällen – gelte, könne die Situation wieder etwas verbessert werden.<sup>31</sup>

Als Folge der schlechten Ertragslage hatten die Waldbesitzer kein Interesse an einer entsprechenden Bewirtschaftung der Nutzwälder. Daraus resultierte bald ein Mangel an Holz. Bereits im Winter 1939/40 kam es in den größeren Gemeinden des Gaues zu einem Mangel speziell an Brennholz.<sup>32</sup>

Auch die Viehhändler wußten sich gegen die festgelegten Preise zu wehren, wenn hier auch drakonische Strafen drohten. So nahmen Gendarmerie und Zollfahndung aufgrund einer Anzeige beim Viehhändler M. in Bludenz, der bereits wegen Schwarzschlachtens von drei Kühen vorbestraft war, eine Durchsuchung vor. Dabei stellten sie fest, daß M. erneut schwarzgeschlachtet hatte – diesmal sogar acht Kühe. Der Fall kam zuerst vor das Amtsgericht, wurde dann aber wegen seiner Schwere an das Sondergericht weitergeleitet. Das Urteil ist leider nicht überliefert. Die Gestapo bemängelte aber, daß auch der Landrat die Angelegenheit bearbeitet habe und gegen den Viehhändler einen Tag vor der Hauptverhandlung vor dem Sondergericht eine Ordnungsstrafe in der Höhe von 500,- RM – etwa dem Wert einer Kuh – ausgesprochen habe, "die nach Lage des Falles allgemein als geradezu lächerlich gering kritisiert worden" sei.<sup>33</sup>

Die Strafen wurden daraufhin tatsächlich wesentlich härter. Nur wenige Monate später verurteilte das Sondergericht beim Landgericht Feldkirch den Bauern H. B. aus Ludesch wegen eines deutlich geringfügigeren Deliktes zu eineinhalb Jahren Gefängnis und zu einer Geldstrafe "wegen Verbrechens des kriegsschädlichen Verhaltens". B. war überführt worden, 1941 und 1942 je ein Schwein schwarzgeschlachtet zu haben. Abnehmer war in beiden Fällen J. B. aus Nüziders, Betriebsleiter eines großen Rüstungsbetriebes und schon vor 1933 Parteimitglied der NSDAP. Auch er mußte ein Jahr ins Gefängnis und erhielt zusätzlich eine Geldstrafe.<sup>34</sup>

J. B.s Karriere in der Partei war damit zu Ende. Der SA-Scharführer, HJ-Führer und Ortsbeauftragte der DAF wurde vom NSDAP-Gauegericht aus der Partei und ihren Gliederungen ausgeschlossen.<sup>35</sup>

Im großen und ganzen wurden die Absatzmöglichkeiten für Großvieh durch den "Anschluß" deutlich verbessert. So gingen von den 1938 insgesamt verkauften etwa 4.000 Stück Nutz- und Zuchttieren allein 3.000 Stück ins "Altreich" – dreimal mehr als 1937. Der vorher ins Bodenlose gefallene Milchpreis pendelte sich durch die amtliche Preisregelung bei einer zumindest akzeptablen Höhe ein.<sup>36</sup>

## Arbeitsplatz Landwirtschaft

Nicht nur die selbständigen Bauern, sondern auch die landwirtschaftlichen Hilfskräfte hatten in Vorarlberg Schwierigkeiten, ein erträgliches Einkommen zu erzielen. Vor 1938 bestanden die großen Probleme vor allem in der Arbeitslosigkeit, von der auch Landarbeiter betroffen waren. Nur so ist es zu erklären, daß vom Arbeitsamt Bregenz 1937 222 landwirtschaftliche Arbeitskräfte nach Deutschland vermittelt wurden. Insgesamt – so stellten die Behörden fest – waren weit mehr nach Deutschland gereist, um dort Arbeit zu suchen. Trotz dieser zu Beginn der Frühjahrsarbeit fehlenden 332 Landarbeiter konnte der Bezirkshauptmann von Bregenz in seinem Bericht vom 3. Mai 1937 an den Sicherheitsdirektor feststellen:

"Ein Mangel an Arbeitskräften im Gebiete des h. a. Verwaltungsbereiches hat sich dadurch nicht bemerkbar gemacht."<sup>37</sup>

Das änderte sich bereits zu Beginn der NS-Herrschaft. Denn die Sogwirkung des vom Rüstungsboom bereits voll erfaßten deutschen Arbeitsmarktes wurde in Österreich im allgemeinen und Vorarlberg im speziellen sehr schnell spürbar. Viele vertauschten die unattraktiven und schlecht bezahlten Arbeitsplätze in der Landwirtschaft mit einer Stellung in einem Industriebetrieb oder auf einer der vielen Großbaustellen, sodaß sich bereits 1938 in der Landwirtschaft ein Arbeitskräftemangel bemerkbar machte, der sich bis Kriegsende nicht beheben ließ.

Dadurch stiegen in der Landwirtschaft für etliche Arbeitskräfte die Löhne. Sie blieben allerdings immer noch weit hinter jenen zurück, die in der Industrie oder am Bau bezahlt wurden. So verdiente beispielsweise ein Heuer bei einem Bauern im Bregenzerwald in den Jahren vor dem "Anschluß" durchschnittlich 2,- Schilling pro Tag und kam somit auf bestentfalls 50,- bis 55,- Schilling im Monat, während auch schlecht verdienende Textilarbeiter gleichzeitig etwa das Dreifache verdienten. Schon im Juni 1938 aber mußten die Bregenzerwälder Bauern nicht – wie es dem Umwechslungskurs 1:1,5 entsprochen hätte – 1,34 RM, sondern 4,- bis 5,- RM Lohn täglich zahlen – also das Drei- bis Vierfache. Das führte zu entsprechenden Klagen bei der Bezirkshauptmannschaft.<sup>38</sup>

In einem Bericht vom 1. Oktober 1938 über die in der Landwirtschaft gezahlten Löhne, der vom zuständigen Reichstreuhänder Alfred Proksch unterzeichnet war, hieß es über die Situation bis 1938:

"In einigen Teilen des Gebirges wurde jedoch nur ein Taschengeld von 5,- bis 15,- Schilling im Monat gewährt. Nach der Abnahme der Arbeitslosigkeit sahen sich die Betriebsführer veranlaßt, die Lohnsätze für die landwirtschaftlichen Gefolgschaftsmitglieder wesentlich zu erhöhen, um der Abwanderung (gegen)zusteuern. Nach den Berichten der Gau-Bauernschaftsführer sind in den Alpenländern die Löhne um 30 bis 50 % gestiegen."<sup>39</sup>

Anders sah es natürlich für die selbständigen Bauern aus. Das Arbeitskräfteproblem wurde mit Kriegsbeginn zusätzlich durch die vielen Einziehungen zur Wehrmacht verschärft. Immer wieder berichteten die Behörden über entsprechende Mißstände. Sogar die Gestapo hielt diese Meldungen für so wichtig, daß sie sie nach Berlin weiterleitete. So am 6. Juni 1940:

„Bei den Bergwirtschaften macht sich der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern, wie aus Innsbruck berichtet wird, besonders durch das Fehlen des Almpersonals bemerkbar. In diesem Gebiet werden dringend jüngere Kräfte als Senner und Hirten benötigt.“<sup>40</sup>

Ein halbes Jahr später, am 27. Februar 1941, war in einem weiteren Bericht darüber geklagt worden, daß durch die vielen Einziehungen zur Wehrmacht der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft noch krasser geworden sei, obwohl die Frühjahrsarbeit noch gar nicht eingesetzt habe. Deshalb sei eine „merkliche Stimmungsverschlechterung und ein Nachlassen des bäuerlichen Leistungswillens“ zu konstatieren.<sup>41</sup> Daß die Situation in der Ostmark noch schlechter war als in den übrigen Gebieten des Reichs, geht aus einer Meldung vom Juli 1941 hervor:

„Der Arbeitskräftebedarf in der ostmärkischen Landwirtschaft sei vergleichsweise höher als im Altreich. Dies wäre darauf zurückzuführen, daß die Landwirtschaft in der Ostmark seit Jahrzehnten darniederliege. Weiterhin würden so die mangelhafte Schulbildung der landwirtschaftlichen Kräfte als auch die Bodenlage und Besitzgröße eine geringere Technisierung der Arbeitsvorgänge bedingen, ein Umstand, der ebenfalls einen größeren Einsatz von Arbeitskräften als im Altreich notwendig machte. Auch nach der Machtübernahme hatten diese Schwierigkeiten noch nicht überwunden werden können, da zunächst das Kapital, dann aber auch die Maschinenproduktion nicht in dem Maße zur Verfügung gestanden hätten, wie es für eine Förderung der bis dahin unterlassenen Technisierung notwendig gewesen wäre.“<sup>42</sup>

In der Folge weist der Bericht auf die schlechte Rentabilität der hiesigen landwirtschaftlichen Betriebe und auf die Tatsache hin, daß durch die Verbesserung der sozialen Lage der Landarbeiter (höhere Löhne, höhere Krankenkassenbeiträge, Neueinführung einer landwirtschaftlichen Unfallversicherung) und höhere Abgaben (Reichsnährstandsbeitrag, höhere Steuern) die Bauern die notwendigen und gewünschten Innovationen nicht durchführen könnten:

„Dies wäre nicht zuletzt der Grund, weshalb der Bauer in erster Linie bestrebt sei, möglichst billige Arbeitskräfte, vor allem auch Polen und Kriegsgefangene, zu bekommen.“<sup>43</sup>

Im April 1942 mußte im Bereich der Landesbauernschaft Alpen-

land – also Salzburg, Tirol und Vorarlberg – sogar von einer Gefährdung der Almbewirtschaftung wegen Arbeitskräftemangels gesprochen werden. Wenn aber die Almbewirtschaftung nicht durchgeführt werden könne, sei für den Winter mit einem empfindlichen Mangel an Futter zu rechnen.<sup>44</sup>

### **Das Reichserbhofgesetz**

Unbestreitbar ist die Tatsache, daß es in der Landwirtschaft während der NS-Zeit österreichweit zu einem Modernisierungsschub gekommen ist.<sup>45</sup> Dieser wurde durch Gesetze und Förderungsmitel eingeleitet. Wegen des Arbeitskräftemangels nach 1938 waren Modernisierungen dringend notwendig.

Größere Höfe sollten eine modernere Bewirtschaftung sicherstellen. So wollten die Verantwortlichen mit dem "Reichserbhofgesetz" vom 29. September 1933 die Bauernhöfe vor Überschuldung und Zersplitterung schützen; das Gesetz trat am 27. Juli 1938 auch in der Ostmark in Kraft.<sup>46</sup>

Das Gesetz konnte aber in Vorarlberg praktisch gar nicht durchgeführt werden, denn als erste Voraussetzung eines "Reichserbhofes" war angeführt, daß dieser die Größe einer "Ackernahrung" haben mußte und somit eine Familie unabhängig vom Markt und der allgemeinen Wirtschaftslage ernähren konnte. Für die Vorarlberger Grünlandwirtschaft mit vielen Almen, Wäldern und einmündigen Streuwiesen wurde nach Einführung dieses Gesetzes nicht von der Bodengröße ausgegangen, sondern von der Kuhzahl. Die Kreisbauernschaft setzte als Richtzahl das Vorhandensein von ganzjährig mindestens 10 – 12 Kühen in der Berglage und 8 – 10 Kühen in Talgebieten fest. Bei Erfüllung der übrigen Erfordernisse konnten diese Höfe als Reichserbhöfe ausgewiesen werden und waren somit nur mehr als Ganzes vererb- und vor allem nicht mehr pfändbar.

Wegen der starken Bodenzersplitterung des Landes erfüllten nur sehr wenige landwirtschaftlichen Betriebe in Vorarlberg die Voraussetzungen, weshalb hier dieses Gesetz praktisch nicht exekutiert wurde. Nur im Grenzgebiet zum Allgäu gab es einige solche Höfe. Im Bregenzerwald aber war zwei Jahre nach dem "Anschluß" vom Anerbengericht in Bezau noch kein einziger Betrieb zum Erbhof erklärt worden.

Kreisbauernschaft  
Vorarlberg



Bregenz, 21.5.41.  
Mantelfordstr.  
Fernsprecher 44

Gebl.-Z. ES  
Die Schriftstücke best. angeben.

Vom Schreiben vom:

Gebl.-Z. Betrifft: Ihre Freistellung.

Herrn  
Pius Greussing  
Ward 556.

Laut Mitteilung des Hauptzollamtes  
Feldkirch wurde Ihre Nieheinerufung bis zum  
1.7.41 verfügt. Eine weitere Befreiung ist aus  
dienstlichen Gründen nicht möglich.

Im Auftrage:

*[Handwritten Signature]*  
Erzherzogliche  
Abteilung A (Kreisbauernschaft Vorarlberg)  
für die Landkreise Bregenz, Feldkirch, Bludenz

1473

Kreisbauernschaft  
Vorarlberg



Bregenz, 29.6.41.  
Mantelfordstr.  
Fernsprecher 44

Gebl.-Z. ES  
Die Schriftstücke best. angeben.

Vom Schreiben vom:

Gebl.-Z.

Firma  
Otto Sagemester  
BREGENZ.

Ich benachrichtige Sie hiermit, dass  
die Uk-Stellung für Ihren Marmeladehilfskocher - Pius Greussing  
abgelehnt wurde wegen des Wehrdienstverhältnisses, jedoch braucht  
mit der Einziehung des Beantragten zum aktiven Wehrdienst oder  
zur Dienstleistung beim Grenz Zoll/nach bis 31.12.41 mit Aus-  
nahme einer 6 wöchigen Übung nicht gerechnet werden.

I. A.  
*[Handwritten Signature]*  
Erzherzogliche  
Abteilung A (Kreisbauernschaft Vorarlberg)  
für die Landkreise Bregenz, Feldkirch, Bludenz

1474

Die Uk-Stellung für Bauern oder Arbeiter in der Nahrungs- und  
Genußmittelindustrie war eine Aufgabe der Kreisbauernschaft Vor-  
arlberg.

Wo nämlich entsprechend große Höfe vorhanden waren, war durch die Vorsäbwirtschaft, eine im Reich weitgehend unbekanntere Bewirtschaftungsform, der Ernennung zum Reichserbhof ein Riegel vorgeschoben worden. Vorsäbwirtschaft bedingt Wanderwirtschaft, und diese setzt den Familienbetrieb voraus. Wenn nun aber nur der älteste Sohn als Anerbe den Hof übernehmen hätte können, wäre zu erwarten gewesen, daß die übrigen Familienmitglieder nach Beendigung der Schulpflicht sich einer Erwerbsarbeit zuwenden würden, um sich eine eigene Existenz zu schaffen. Denn wenn sie nicht – nach alemannischem Erbrecht – einen entsprechenden Anteil vom Hof erben und zudem für ihre Arbeit auf dem Hof kaum oder nicht bezahlt werden konnten, war mit einer entsprechenden Arbeitsleistung auch nicht zu rechnen. Die Situation war so, daß höchstens 100 landwirtschaftliche Betriebe in die Reichserbhofrolle eingetragen hätten werden können – fast alle im Bregenzerwald.<sup>47</sup>

Überall in der Ostmark gab es Probleme mit dem Reichserbhofgesetz, und die Gestapo warnte in ihren Meldungen denn auch öfters vor den dadurch entstehenden Gefahren. Insbesondere die Geistlichen seien es, so vermutete die Gestapo, die durch die Mißstimmung profitierten. Die Bauern seien jedenfalls stark verunsichert:

“So hätten z. B. einzelne Personen angefragt, ob sie wirklich das gesamte Getreide und Vieh abliefern müßten. Ihnen sei gesagt worden, der Erbhofbauer sei nicht mehr frei und habe nichts mehr zu sagen. Auch von den Miterben wird vorgebracht, daß ihre Erbteilsforderungen nicht mehr gewährleistet seien. Es herrsche insbesondere unter den Frauen, die in einen Erbhof einzuheiraten beabsichtigen, die Meinung vor, daß sie keinerlei Rechte mehr hätten. Für ihre eingebrachte Mitgift hätten sie keine Sicherheit, und im Falle eines plötzlichen Todes des Erbhofbauern seien sie der Armut, Not u(nd) Willkür des Anerben ausgesetzt.”<sup>48</sup>

Der Unmut scheint insbesondere in den westlichen Gauen der Ostmark stark gewesen zu sein und dürfte sogar die obersten Spitzen von Partei und Staat erfaßt haben. Da sich auch der Tiroler Gauleiter Franz Hofer ganz entschieden gegen das Reichserbhofgesetz ausgesprochen hatte und dadurch sogar in einen Konflikt mit dem Reichsbauernführer und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Richard Walther Darré, geriet, wurde

das Gesetz schließlich für den ganzen Reichsgau Tirol-Vorarlberg ausgesetzt. In Tirol war das alteingesessene "Tiroler Höfegesetz" im Gegensatz zum Reichserbhofgesetz so gestaltet, daß auch die weichenden Kinder ein angemessenes Erbe erhielten. Dieses bestand entweder in Geld oder in Grundbesitz, der zugekauft oder von der Frau mit in die Ehe gebracht worden war. Außerdem konnte der Erblasser seinen Besitz bis zu einer gewissen Größe auch belasten und verkaufen.<sup>49</sup>

Die Erfolge des Reichsnährstandes mit dem aus ideologischen Gründen groß propagierten Reichserbhofgesetz waren in der Ostmark also eher bescheiden: Nur Kärnten wies 1942 mit 24,9 Prozent einen relativ hohen Anteil an Erbhöfen auf, in Salzburg waren es immerhin noch 12,2 Prozent, in Oberösterreich nur noch 6,5 Prozent und in Tirol, wo das Gesetz ja bereits 1940 außer Kraft gesetzt wurde, ganze 2,3 Prozent.<sup>50</sup>

### **Die landwirtschaftliche Produktion**

Im Ersten Weltkrieg kam es zu massiven Einschränkungen der landwirtschaftlichen Produktion und in der Folge zu Hungerrevolten an der "Heimatfront". Diese Erfahrung war tief im Bewußtsein der nationalsozialistischen Führer verankert. Sie wollten einer ähnlichen Entwicklung von allem Anfang an entgegensteuern. Die deutsche Landwirtschaft wurde daher schon seit 1933 systematisch modernisiert. Das wesentliche Ziel war die Verringerung der Auslandsabhängigkeit bei Nahrungs- und Futtermitteln – nach Möglichkeit die Autarkie Deutschlands. Neben kriegswirtschaftlichen Überlegungen waren hierfür auch devisenwirtschaftliche verantwortlich.<sup>51</sup>

Nach dem "Anschluß" sollte auch die – im Vergleich mit dem Altreich sehr rückständige – österreichische Landwirtschaft rasch modernisiert werden.<sup>52</sup>

Welche Auswirkungen hatte das auf die landwirtschaftliche Produktion in Vorarlberg? Schauen wir uns zuerst die für Vorarlberg wichtige Viehhaltung an.<sup>53</sup>

### Viehbestand<sup>54</sup>

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
P	2.551	2.355	2.451	2.399	2.330	2.443	2.549	3.307
R	64.360	65.996	64.845	63.185	66.433	68.319	67.169	65.152
S	23.150	26.771	19.265	16.069	13.412	16.689	12.311	8.986
H	142.254	145.040	128.454	107.191	92.987	102.550	98.268	89.645
K	5.051	10.507	36.250	46.380				
B	10.667	11.633	9.987	10.108	11.366	11.804	11.324	8.885

P–Pferde; R–Rindvieh; S–Schweine; H–Hühner; K–Kaninchen; B–Bienen-völker.

Die Zahlen verdeutlichen die Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion mit Kriegsbeginn. Als Basis dient im folgenden das letzte Friedensjahr 1939. Zwar gab es von 1939 bis 1945 nur einen leichten Rückgang der Zahl an Rindern um 1,3 Prozent, die Zahl der Schweine aber sank im selben Zeitraum deutlich um 66,4 Prozent, jene der Hühner um 38,2 Prozent. Der Rückgang bei den Schweinen war vor allem auf die Verknappung der Futtermittel zurückzuführen. Die Umstellung der Schweinemast von Getreide auf Kartoffeln und Zuckerrüben, da diese Mastform nur die Hälfte der Futtermittelanbaufläche erforderte, führte nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Auch der Rückgang der Zahlen bei den Hühnern dürfte auf die zunehmend schwierigere Versorgung mit Futtermitteln zurückzuführen sein.<sup>55</sup>

Interessant ist die Kaninchenzucht: Viele Menschen versuchten offensichtlich, auf Selbstversorgung umzusteigen. Nur so ist der Anstieg der Zahl der Kaninchen von 1938 bis 1943 um 818,2 Prozent zu erklären. In vielen anderen Gegenden des Altreiches und der Ostmark – etwa in der Steiermark, in Salzburg und in Tirol – gab es genau dieselben Tendenzen.<sup>56</sup> Es kann festgehalten werden, daß aufgrund des massiven Arbeitseinsatzes von Fremdarbeitern – empirisch exakt kann er leider nicht ausgewiesen werden – und der verbesserten maschinellen Ausstattung der Betriebe dieser Produktionsrückgang im Vergleich zum Ersten Weltkrieg doch in Grenzen gehalten werden konnte; das gilt sogar für die Endphase des Krieges:

„Trotz des härter werdenden Luftkriegs konnte das Regime fast bis zu seinem Zusammenbruch die deutsche Zivilbevölkerung und seine Streitkräfte ausreichend mit Grundnahrungsmitteln

versorgen und so den Ausbruch einer Hungersnot, wie sie viele Deutsche während des Ersten Weltkrieges erlebt hatten, vermeiden.“<sup>51</sup>

Im Reichsdurchschnitt ging die Wohnbevölkerung wegen der Einziehungen zur Wehrmacht zwischen 1939 und 1943 um etwa 10 Prozent zurück. Sie wurden im Gegensatz zu den Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen recht gut versorgt. Die verteilte Kalorienmenge war pro einheimischer Person bis 1944 fast gleich groß wie 1939. Erst im Juni 1943 wurde die Fleischration für Normalverbraucher gekürzt – allerdings drastisch auf 50 Prozent, im März 1944 wurde die Fett ration um 27 Prozent vermindert. Die benötigten Kalorien wurden durch eine Veränderung des Speiseplans gewonnen: Aus den Deutschen wurden zunehmend Vegetarier.<sup>52</sup>

Das geschah natürlich nicht freiwillig. Insbesondere der Rückgang der Schweineproduktion machte den Behörden zu schaffen, zumal im gesamten Reich dieselbe Tendenz festgestellt werden mußte. Auch die Gestapo beschäftigte sich mit diesem Problem und berichtete am 6. Februar 1942 nach Berlin:

“Als Ursachen werden in den Meldungen folgende Punkte herausgestellt:

1. Ein gewisser, aber minimaler Rückgang sei durch den Mangel an geeignetem Personal hervorgerufen.
2. Ein wesentlich größerer Prozentsatz des Verlustes sei der unzulänglichen Versorgung mit eiweißreichen Futtermitteln zuzuschreiben.
3. Ausschlaggebend für den Rückgang sei aber der Schweinepreis, der in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten einer Mast ohne eiweißreiche Futtermittel stehe.“<sup>53</sup>

Die Zahlen aus der Ostmark und aus dem Gesamtreich belegen, das eine Umkehrung der Tendenz in der Folge nicht erreicht werden konnte.<sup>54</sup> Insbesondere der Gedanke an die Hungerkatastrophe am Ende des Ersten Weltkriegs beunruhigte die Behörden, denn diese war damals nicht zuletzt auf einen “planlosen Schweinemord” zurückzuführen gewesen.<sup>55</sup>

Eine ähnlich rückläufige Entwicklung wie beim Viehbestand gab es – in unterschiedlichem Ausmaß und zu verschiedenen Zeitpunkten – bei den Ernteerträgen der für Vorarlberg wichtigsten Feldfrüchte. Die folgenden Angaben sind in Tonnen:<sup>56</sup>

Jahr	Weizen	Mais	Kartoffeln	Futterrüben
1939	1.201	1.334	21.348	4.830
1940	834	1.102	21.574	7.086
1941	963	1.210	29.655	10.220
1942	739	1.631	22.731	6.207
1943	791	977	15.938	7.704

Während die Produktion bis 1941 einigermaßen gehalten, ja zum Teil sogar vergrößert werden konnte, kam es in der Folge parallel zur Ausweitung des Krieges auf den Balkan und dann vor allem nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 infolge der Einberufungen in die Wehrmacht zu Einbrüchen. Nimmt man das Jahr 1941 als Maßstab, so war der Ertrag bei den einzelnen Fruchtarten zwei Jahre später zwischen 20 Prozent und fast 50 Prozent niedriger.

Im einzelnen erreichte die Produktion 1943 im Vergleich zu 1941 bei

Weizen	82,1 %
Mais	80,7 %
Kartoffel	53,7 %
Futterrüben	75,4 %

Auch hier zeigt sich für Vorarlberg ein mit der übrigen Ostmark durchaus vergleichbares Bild, denn auch in Salzburg, Tirol und in der Steiermark war die Situation ähnlich.<sup>63</sup> Im Altreich hingegen ging zwar der Fleischertrag zurück, bei Weizen und Kartoffeln aber konnten gegen Kriegsende noch immer ähnliche Ernteerträge erzielt werden wie zu Beginn des Krieges.<sup>64</sup>

Wenden wir uns nach der Viehwirtschaft und dem Ackerbau der Milchwirtschaft zu. Sie hatte und hat in Vorarlberg ja besondere Bedeutung, zumal hier schon vor 1938 der Käseexport ein relevanter Devisenbringer war. 39 Prozent der im Jahre 1937 von Österreich exportierten 4.816 Tonnen Käse stammten aus Vorarlberg. Natürlich waren auch die Nationalsozialisten daran interessiert, diese Stärke der Vorarlberger Landwirtschaft zur Versorgung der Bevölkerung im Krieg zu nutzen, was dann auch geschah. Schon vor 1938 galt die Vorarlberger Milchwirtschaft als sehr leistungsfähig.<sup>65</sup>

Die Entwicklung im einzelnen:<sup>66</sup>

	Milchkühe	Milchleistung in to	je Kuh und Melktag in Litern
1939	33.838	76.661	7,6
1940	35.486	83.885	7,9
1941	35.382	101.301	9,5
1942	35.856	101.213	9,4
1943	38.368	113.136	9,8
1944	38.678	110.305	9,5
1945	37.710	88.243	7,8

Ein Vergleich mit Tirol beweist die Leistungsfähigkeit der Vorarlberger Milchwirtschaft. Denn während in Vorarlberg eine Milchkuh im Jahr 1939 täglich durchschnittlich 7,6 Liter Milch abgab, war es in Tirol über ein Liter weniger, genau 6,4 Liter. In der Folge trat im Zuge einer generellen Modernisierung der Landwirtschaft eine enorme Leistungssteigerung ein. 1943 lag die durchschnittliche Quote in Vorarlberg schon bei 9,8 Litern, in Tirol – wo man inzwischen allerdings stark aufgeholt hatte – bei 8,8 Litern.

Interessant ist diese Leistungssteigerung vor allem auch deshalb, weil in anderen Regionen genau das Gegenteil der Fall war – etwa in der Steiermark. Dort kam es bis 1943 – nur bis zu diesem Jahr liegen Vergleichszahlen vor – trotz einer beträchtlichen Zunahme an Milchkühen zu einem Rückgang der Gesamtmilcherzeugung. Die an sich niedrige Durchschnittsleistung von 4,8 Liter sank auf 4,3 Liter.<sup>67</sup>

In Vorarlberg war die durchschnittliche Milchleistung somit 1943 um 127,9 Prozent höher als in der Steiermark. Nur Wien hatte zwischen 1939 und 1944 einige Male ähnlich hohe durchschnittliche Milchleistungen wie Vorarlberg, dessen Leistungsstandard in der Viehzucht mit Ländern wie der Schweiz, Dänemark oder Holland verglichen werden konnte. In der gesamten NS-Zeit lag die Milchleistung der Vorarlberger Milchkühe jedenfalls durchschnittlich um 74 Prozent höher als der Schnitt der „Alpen- und Donau-reichsgaue“, gegen Kriegsende sogar schon um 96,4 Prozent:

Jahreserzeugung von Milch in Kilogramm pro Kuh<sup>68</sup>

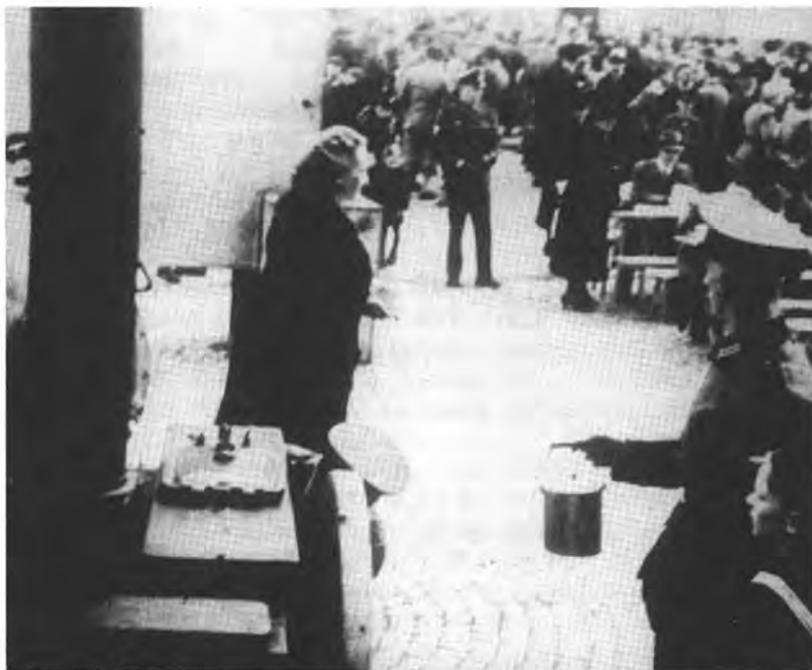
	Ostmark insgesamt	Vorarlberg	Vorarlberg in % der Ostmark
1939	1.604	2.257	140,7 %
1940	1.542	2.364	153,3 %
1941	1.551	2.861	184,5 %
1942	1.537	2.888	187,9 %
1943	1.570	2.935	186,9 %
1944	1.452	2.852	196,4 %

Ein Vergleich mit den übrigen Gebieten des Reichs zeigt die außergewöhnlichen Fortschritte der hiesigen Milchwirtschaft. Während die Durchschnittsleistung einer Vorarlberger Kuh im Jahre 1939 bei nur 87,9 Prozent (Ostmark 62,5 Prozent) des Reichsdurchschnittes lag, waren es 1944 bereits 125,9 Prozent (Ostmark 64,1 Prozent).<sup>69</sup>

Die österreich- und reichsweit untypische Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Vorarlberger Milchwirtschaft in der NS-Zeit geht auch aus der Tatsache hervor, daß es den hiesigen Bauern noch 1945 – trotz weit ungünstigerer Verhältnisse bei der Beschaffung von Futtermitteln – gelang, eine bessere Milchleistung pro Kuh zu erwirtschaften als zu Beginn des "tausendjährigen Reiches".

Die Ursachen für diese Erfolge der Milchbauern waren vielschichtig. Zu Beginn der NS-Herrschaft gab es Versuche, durch besseres Futter eine Leistungssteigerung zu erzielen. Da in Vorarlberg mit dem Montafoner Braunvieh eine sehr hochwertige und leistungsfähige Rasse vorhanden war, ließen sich hier mit hochwertigen Futtermitteln auch die besten Erfolge erzielen. Das war aber mit Fortdauer des Krieges nur mehr bedingt möglich, da alle bis dahin vorhandenen Nahrungsreserven für die Versorgung der Menschen benötigt wurden.

Züchterfolge können in so kurzer Zeit für die Leistungssteigerungen nicht verantwortlich sein. Die für Vorarlberg typische Alpwirtschaft hingegen bietet eine Erklärung: Fast jeder Bauer war in der Lage, selbst Käse zu machen. In der NS-Zeit spielte diese private Käseerzeugung aber nicht mehr eine so große Rolle, da damals die Bauern ein Interesse daran hatten, möglichst viel Milch abzuliefern. Dies vor allem deshalb, weil von den Ablieferungsmengen auch die begehrte Uk-Stellung abhing. Die genauere Erfassung der produzierten Milch tat ein übriges zur statistisch fest-



Kurz nach dem "Anschluß" wurde – wie hier in Dornbirn – der angeblich hungernden Bevölkerung der Ostmark ein Eintopfessen serviert. Während des Krieges war es damit zwar vorbei, im Gegensatz zum Ersten Weltkrieges war die Nahrungsmittelversorgung aber im großen und ganzen sichergestellt.

stellbaren überdurchschnittlichen Entwicklung der Vorarlberger Milchwirtschaft.<sup>70</sup>

Eine andere Ursache für die Verbesserung der Milcherträge liegt in der intensiveren Bewirtschaftung der Grünflächen. Normalerweise rechnete man damals als Futterbasis für eine Milchkuh mit 0,8 ha Boden in Tallage und bis zu einem ha in Höhenlage. In Vorarlberg hingegen waren es drei ha, vor allem weil der Alpbetrieb nur drei Monate dauerte.

Während früher die Jauche vielfach weggeschüttet wurde und der Stalldünger mangelhaft war, setzte in der NS-Zeit durch die Anschaffung vieler Güllepumpen und Verschlauchungsanlagen sowie der Anwendung von künstlichem Dünger eine intensivere Bewirtschaftung der Grünflächen ein. Die Genossenschaftszentrale vermittelte etwa 90 Prozent der gesamten verwendeten Düngemittel. Im folgenden sind die Umsätze der Jahre 1938 und 1939 in Tonnen angeführt:

Düngerumsatz der Vorarlberger Genossenschaftszentrale<sup>71</sup>

	1938	1939	Steigerung
Phosphordünger	1.794	2.051	+ 14,3 %
Kalidünger	264	354	+ 34,1 %
Stickstoffdünger	1.319	1.411	+ 7,0 %
Düngekalk	36	653	+ 1713,9 %

Die exorbitante Steigerung bei der Verwendung von Düngekalk ist auf die Preisreduzierung von RM 4,- pro 100 Kilo vor dem "Anschluß" auf RM 1,13 in den Monaten nachher zurückzuführen.

Die Zusammenlegungen von Wiesen und Weiden in Streulage auf der einen Seite, die Einzäunung und Unterteilung von Wiesen in Tallage und die Anschließung an eine Gülleanlage auf der anderen Seite waren weitere Maßnahmen zur Intensivierung der Milchwirtschaft.<sup>72</sup>

### Zusammenfassung

Die durchschnittliche Größe eines Vorarlberger landwirtschaftlichen Betriebes war verglichen mit dem übrigen Österreich sehr klein. Das änderte sich auch in der NS-Zeit nicht – trotz anderslautender Absichten der Machthaber. So war weder das Reichserbhofgesetz noch das Tiroler Höfegesetz in Vorarlberg von Bedeutung: Der Grundbesitz war bereits zu zersplittert.

Die Produktionsziffern wurden trotz Problemen am Arbeitsplatz und der Einberufung vieler Bauern in die Wehrmacht gehalten. Ursache hierfür war der Einsatz von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen und eine schon 1938 massiv einsetzende Modernisierung der Höfe: Mechanisierung, Einsatz von Dünger, Alpverbesserungen. Diese Verbesserungen wurden durch staatliche Subven-

tionen – die "Aufbauaktion" – initiiert oder zumindest erleichtert. Die propagandistisch groß aufgezogenen Entschuldungsaktionen erbrachten zwar nicht ganz das erhoffte Ergebnis, verbesserten aber immerhin die finanzielle Lage vieler verschuldeter Bauern.

Die mit Kriegsbeginn staatlich festgelegten Preise für bestimmte Produkte (Vieh, Holz und so weiter) wurden von etlichen Betrieben unterlaufen. Oft griff die Gestapo ein, um die Einhaltung der Preisverordnungen zu gewährleisten oder um gegen das "Schwarzschlachten" vorzugehen.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nach dem März 1938 führte insbesondere in der Landwirtschaft dazu, daß es bald an Arbeitskräften mangelte. Die jetzt erheblich höheren Löhne waren im Vergleich zur Industrie noch immer gering.

Trotz einiger Einschränkungen der landwirtschaftlichen Produktion mit Kriegsverlauf gelang es den Machthabern im großen und ganzen recht gut, die Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten. So war der Bestand an Rindern 1944 und sogar 1945 noch immer höher als 1938, bei Hühnern und Schweinen allerdings waren die Bestände halbiert. Viele Menschen behielten sich bei kleiner werdendem Fleischangebot mit der Kaninchenzucht. Die Zahlen sind zwar nur teilweise erhalten, geben aber doch einen Eindruck: So stieg der Kaninchenbestand von 1938 bis 1943 auf mehr als das Neunfache!

Die Ernteerträge konnten bis in die letzten beiden Kriegsjahre annähernd gehalten werden. Erst ab 1943 gab es starke Einbrüche – insbesondere bei Mais (– 19,3 Prozent) und Kartoffeln (– 46,3 Prozent).

Eine ungewöhnliche Entwicklung machte die Vorarlberger Milchwirtschaft. Sie verbesserte ihre Position im Vergleich zum Altreich und zur Ostmark. Die durchschnittliche Milchleistung stieg von 7,6 Litern (1939) auf 9,8 (1943) beziehungsweise 9,5 (1944) Liter. In Tirol war die durchschnittliche Milchleistung mindestens einen Liter niedriger, in der Steiermark waren es sogar über fünf Liter. Nur das landwirtschaftlich unbedeutende Wien kam einige Male an die Vorarlberger Werte heran. Im Vergleich mit der übrigen Ostmark stieg die durchschnittliche Milchleistung in Vorarlberg von 140,7 Prozent (1939) des "Ostmarkwertes" auf 196,4 Prozent (1944).

Auch im Vergleich mit dem übrigen Reich zeigen sich die Fortschritte der Vorarlberger Milchwirtschaft: Aus einem Rückstand im durchschnittlichen Milchertrag zu Beginn der NS-Zeit wurde ein deutlicher Vorsprung. Verantwortlich hierfür waren Maßnahmen zu Beginn der NS-Herrschaft. Durch den verstärkten Einsatz von Gülle und Kunstdünger kam es zu einer Intensivierung der Grünlandwirtschaft. Alpverbesserungsmaßnahmen und Stallneubauten wirkten sich ebenfalls positiv aus.

Die Sicherstellung der Ernährung für die einheimische Bevölkerung und die Wehrmacht gelang den Machthabern aber – das darf nicht vergessen werden – auf Kosten der vielen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen.

## 7. Vorarlberg wird von der Kriegswirtschaft erfaßt

In der NS-Zeit wurde die Wirtschaft den militärischen und politischen Zielen der Machthaber unterworfen. Unter Kriegswirtschaft verstand man die gänzliche Unterordnung aller ökonomischen Bereiche unter die Erfordernisse des Krieges: die Versorgung der Front mit Waffen und Nahrungsmitteln, die volle Produktion der Rüstungsbetriebe und die Versorgung der Bevölkerung. Einerseits sollten die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden, andererseits hatten während des Krieges die Bedürfnisse der Wehrmacht in jeder Hinsicht Vorrang. Kriegswirtschaft bedeutete konkret die Kontrolle des Warenverkehrs durch öffentliche Stellen, die Einführung eines Karten- und Bezugs-scheinsystems für die Konsumenten, die Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion, Produktionsplanung und -kontrolle in Gewerbe und Industrie.

Vorrangige Bedeutung in der Kriegswirtschaft hatte natürlich die Rüstungsindustrie. Darunter verstand man alle Betriebe mit Wehrmachtsfertigung nach Plänen und Anweisungen militärischer Stellen. Die kriegswichtige Industrie wiederum umfaßte alle sonstigen Produktionen für die Armee sowie Forschung und Entwicklung. Für die zu Rüstungsbetrieben ernannten Unternehmen vergab die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck – sie nannte sich ab November 1939 Rüstungskommando Innsbruck – die Aufträge, besorgte die Finanzierung und Vorfinanzierung von Investitionen, die Uk-Stellungen einberufener Beschäftigter und die Zuweisung von Arbeitskräften, Energie, Rohstoffen und Vorfabrikationen. Die Anerkennung eines Unternehmens als Rüstungsbetrieb durch das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) erfolgte immer mit der Zuweisung an einen Wehrmachtsteil (Heer, Luftwaffe und Marine). In Vorarlberg wurden die meisten Rüstungsbetriebe der Luftwaffe zugeordnet – nicht zuletzt wegen der Tätigkeit des Luftwaffenbeauftragten beim Wehrkreis XVIII Hermann Rhombert.

Das Rüstungskommando Innsbruck war zuständig für Tirol-Vorarlberg und Salzburg. Es unterstand ebenso wie die Rüstungskommandos Graz und Klagenfurt der Rüstungsinspektion XVIII in Salzburg, die direkt dem Wirtschafts-Rüstungsamt im OKW in Berlin unterstellt war.<sup>1</sup>

## 7.1. Wehrmächtsaufträge mit Ausnahme der Rüstung

Die Aufträge der Wehrmacht wurden für die Vorarlberger Klein- und Mittelbetriebe ab 1939 überaus wichtig, zumal sich die Textilindustrie – wie bereits dargestellt – in einer schweren Krise befand. Viele Betriebe – insbesondere alle großen Textilunternehmen des Landes profitierten von diesen Aufträgen. In der folgenden Aufstellung, die hauptsächlich auf den Akten der Wehrwirtschaftsstelle bzw. des Rüstungskommandos Innsbruck beruht, fehlen die Aufträge für Munitions- und Waffenfertigung, die in einem anderen Kapitel genauer behandelt werden.

In dieser Aufstellung sind jene Wehrmächtsaufträge enthalten, die in der Zeit vom 26. August 1939 bis zum 31. Mai 1940 an Vorarlberger Firmen gingen. Es handelt sich dabei um eine Zusammenfassung verschiedener Quellen,<sup>2</sup> ohne Anspruch auf Vollständigkeit.<sup>3</sup>

Firma	Stückzahl	Fertigung
Leopold Bischofs Söhne, Bezau	5.000 Paar	Socken monatlich
David Fußenegger, Dornbirn	15.000 m	graublauer Körper monatlich
Carl Ganahl & Co, Feldkirch	120.000 m	gebleichter Mull, 24 fdg.
	120.000 m	gebleichter Mull, 20 fdg.
	60.000 m	gebleichter Mull, 20 fdg.
	8.620	Bettlaken
	8.540	Kopfpolsterüberzüge
	22.200	Kopfpolsterüberzüge
	60.000 m	feldgrauer Körper
	6.000	Feldhaubitzengranaten pro Monat bearbeiten
Gebrüder Sannwald, Bregenz	5.000	Lagerdecken
	10.000	Mannschaftsdecken
	7.000	Mannschaftsdecken
	2.200	Mannschaftsdecken
	15.000	Mannschaftsdecken
	5.000	Lagerdecken
	15.000	Einheitsdecken

Getzner, Mutter & Cie., Bludenz	350.000 m	gebleichter Mull, 24 fdg.
	350.000 m	gebleichter Mull, 20 fdg.
	200.000 m	gebleichter Mull, 20 fdg.
	67.000 m	feldgrauer Körper monatlich
	10.000 m	Ripsmoleskin <sup>4</sup>
	10.000 m	Mischgarndrillich monatlich
	410.000 m	Verbandmull
Oberhäsli, Lochau	6	Dieselhilfsmotoren
F. M. Hämmerle, Dornbirn	19.396	Bettlaken
	260.000 m	feldgrauer Körper monatlich
	8.000	Deckenbezüge
	7.559	Deckenbezüge
	16.000	Bettlaken
	48.000 m	Ballonstoff
	60.000 m	graublauer Körper
	218.000 m	Ballonstoff
Herrburger & Rhomberg, Dornbirn	4.255	Deckenbezüge
	25.000 m	Zeltbahnstoff
	4.000 m	Rucksackaußenstoff
Johann Heuß, Götzis	3.500	Trikothemden monatlich
	6.000	Unterhosen monatlich
Jenny & Schindler, Bregenz	19.000 m	graublauer Körper
Christian Lorüners Erben, Bludenz	7.000 m	feldgraues Einheitsstuch
	23.550 m	feldgraues Einheitsstuch
Philipp Mäser, Dornbirn	1.000	Schlupfjacken 36
Benedikt Mäser, Dornbirn	7.000	Lazarethhemden
M. B. Neumanns Söhne, Hohenems	2.300	rohgrauer Drillich monatlich
	1.250	Deckenbezüge
	850	Bettlaken monatlich
	1.500	Bettdeckenbezüge
Seraphin Pümpel & Söhne, Feldkirch	35	Baracken IV/3, RAD
	43	Baracken IV/3, RAD
F. M. Rhomberg, Dornbirn	25.000 m	graublauer Körper
	40.000 m	Kunstseidenstoff für Kartuschbeutel

Johann Peter Mayer, Götzis	1.000 Paar	Schulterklappen
Rohstoffgenossenschaft der Schuhmacher, Sattler usw., Rankweil	1.000 Paar 10.000	Bergschuhe Rucksäcke
Schindler & Co., Kennelbach	70.000 m 520.000 m 350.000 m	graublauer Körper gebleichter Mull graublauer Körper
Vorarlberger Trikotfabrik Kommerell, Hohenems	3.000 5.000	Trikothemden monatlich Trikotunterhosen monatlich
Gottfried Mathis, Hohenems	5.000 3.000	Trikothemden monatlich Trikotunterhosen monatlich
Wollgarnspinnerei Schoeller, Bregenz	900 kg	Anstrickwolle
Bilgeri-Werke, Bregenz	508	Lawinensonden
Arbeitsgemeinschaft der Seilereien, Anton Wüstner, Mellau, und Ferdinand Höfle, Dornbirn	215 5.682 m 68	Bergseile Lawinenschnüre Strickleitern
I. A. Albrich, Baugeschäft, Dornbirn	10 ?	Baracken IV/3, RAD Baracken IV/3, RAD
Wilhelm Bengers Söhne, Bregenz	10.000 18.000 18.000 18.000 10.000	Trikothemden Trikotunterhosen Trikotunterhosen Trikotunterhosen Trikothemden
Kammgarnspinnerei, Hard	16.300 kg	Mischgarn
Eugen Zumtobel, Dornbirn	4.000	Patronenkästen 88
Wagnerei Anton Einsle, Bregenz	5	Feldwagen
Wagnerei Josef Sutter, Bregenz	4 1	Feldwagen Reserve-Baracke
Eugen Sieberl, Hard	?	Feldwagen
Otto Fitz, Schmiede, Lustenau	?	Wehrmachtsschlitten
Electricus-Volta G.m.b.H., Bregenz	30	Herde

Oskar Steinhauser, Rankweil	336 10	Räder Feldwagen
Wagnerei Xaver Stoppel, Lauterach	10	Feldwagen
Johann Schwärzler, Hard	?	Feldwagen
Möbelfischlerei Albert Niederer, Dornbirn	?	Entseuchungsschränke
Vorarlberger Papierfabrik, Frastanz	?	Verdunkelungspapier
Johann Köb, Feldkirch	?	Geschoßkörbe
Josef Hubers Erben, Götzis	?	Feldblusen 3 Stunden pro Woche Spinnstoff- verarbeitung für die Wehrmacht
	30.000	Trikolhemden
	10.000	Trikotunterhosen

Neben den hier angeführten Firmen, die in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn mit Wehrmächtsaufträgen bedacht wurden, kamen auch die vielen Unterlieferanten, die für reichsdeutsche Großbetriebe Teilfertigungen übernommen hatten, indirekt in den Genuß von Wehrmächtsaufträgen. Zu diesen Firmen gehörten beispielsweise die Firma Konrad Doppelmayr & Sohn in Wolfurt, die für die Friedrichshafener Zahnrad-Fabrik AG arbeitete,<sup>5</sup> die Firma C. A. Steinheil in Lustenau, die ausschließlich für die Mutterfirma in München tätig war und zu diesem Zeitpunkt expandierte,<sup>6</sup> die Firma Hummels Witwe in Lochau, die für die Rüstungsfirma Maybach in Friedrichshafen Reibscheiben fertigte,<sup>7</sup> die Firma Ing. Hermann Marquard in Bregenz, die für die Friedrichshafener Zahnradfabrik Wellen und Hauptwellen für Getriebe herstellte,<sup>8</sup> die Firma Karl Doppelmayr in Hard, die als Unterlieferant für die Bregenzer Maschinenfabrik Wilhelm Welz tätig war,<sup>9</sup> und einige andere Firmen, deren wirkliche Tätigkeit und Auftragslage aus den vorliegenden Akten nur ungenau erschlossen werden kann.

Auch die "großen Brocken" scheinen in der obigen Aufstellung nicht auf: die Illwerke-Bauten, der Bau der vielen Südtiroler-Siedlungen und die Straßenbauten. Diese Investitionen wurden zwar

auch von der öffentlichen Hand getätigt, aber nicht von Heeresstellen. Auf sie wird an anderer Stelle eingegangen.

Wie wichtig die Aufträge für einzelne Firmen waren, geht aus einem Bericht des Rüstungskommandos Innsbruck vom 2. Dezember 1939 hervor. Demnach war beispielsweise die Textilfirma Schindler & Co. in Kennelbach zu 75 Prozent für die Wehrmacht tätig, die Firma Getzner, Mutter & Cie. in Bludenz in der Weberei zu 75 Prozent, in der Spinnerei zu 90 Prozent, Christian Lorüners Erben in Bludenz zu 60 Prozent, die Firma Gottfried Mathis in Hohenems gar zu 100 Prozent.<sup>9</sup> Dasselbe gilt für andere Firmen, wie etwa die ab September 1939 für viele Monate allein mit Wehrmachtsaufträgen zu 100 Prozent ausgelastete Hörbranner Firma Gebrüder Sannwald.<sup>10</sup> Die Wirtschaft des Landes war voll in die deutsche Kriegswirtschaft integriert.

Etliche Wehrmachtsaufträge konnten von den einzelnen Firmen nicht zum festgelegten Zeitpunkt geliefert werden. Insbesondere die Firma Christian Lorüners Erben in Nüziders war beispielsweise im April 1940 mit allein 23.550 m Einheitstuch in Lieferrückstand, bei einem monatlichen Liefersoll von ca. 7.000 m. Ursache hierfür war die verspätete Anlieferung von Rohmaterial infolge von Transportproblemen. Für den folgenden Monat erhielt die Firma daher keine Aufträge mehr. Die Rüstungsinspektion Salzburg intervenierte hierauf zugunsten der Firma und erreichte schließlich für Juni weitere Aufträge. Der Rückstand sollte bis dahin – so versicherte die Salzburger Stelle den zuständigen Wehrmachtsstellen – aufgeholt worden sein.<sup>12</sup>

Neben dieser Firma hatte auch der Hörbranner Betrieb Gebrüder Sannwald einen großen Lieferrückstand. 26.500 Decken waren bis April 1940 zuwenig geliefert worden. Auch in diesem Fall war die mangelnde Versorgung mit Rohstoffen infolge Transportschwierigkeiten die Ursache. Die Rüstungsinspektion XVIII versorgte die Firma daraufhin mit Dringlichkeitsvermerken für ihre Frachtbriefe. Auch die von Vorarlberger Firmen bestellten Körper wurden nicht termingerecht geliefert. Die Firma Fußenegger in Dornbirn hatte im April einen Rückstand von 6.734 m, F. M. Hämmerle in Dornbirn-Feldkirch einen Rückstand von 260.940 m, die Textilwerke Schindler & Co. in Kennelbach hatten 350.000 m nicht geliefert, Getzner, Mutter & Cie. in Bludenz waren mit 73.635 m in Verzug und hatten zudem auch 49.878 m Mischgarndrillisch ausständig.

Auch das Hohenemser Unternehmen Neumanns Söhne hatte



Unterhaltung für die "Soldaten der Arbeit": Die Belegschaft der Wollgarnspinnerei Schoeller beklatscht ein Werkkonzert des Musikkorps der Luftwaffe (oben). Die Werkmusik der Firma Franz M. Rhomberg bei einem Konzert im Jahre 1940 (unten).

bei Drillichstoffen und Bettlaken große Lieferrückstände, ebenso die Firma Carl Ganahl & Co. in Feldkirch (Bettlaken, Verbandmull und Deckenbezüge) sowie Herrburger & Rhomberg in Dornbirn (Deckenbezüge und Zeltbahnstoff). Weitere Lieferrückstände Vorarlberger Unternehmen im April 1940 waren:

Schindler & Co., Kennelbach (Verbandmull), F. M. Hämmerle (Ballonstoff), Franz M. Rhomberg (Kunstseidenstoff für Kartuschbeutel), Bengers Söhne, Bregenz, Kommerell, Hohenems, Mathis, Hohenems, Hubers Erben, Götzis und Heuß, Götzis (alle Trikothemden), Bengers Söhne, Bregenz, Kommerell, Hohenems, Hubers Erben, Götzis, Heuß, Götzis (alle Trikotunterhosen), Leopold Bischof, Bezau (Socken).

Die Lieferrückstände Vorarlberger Textilfirmen waren – verglichen mit anderen Regionen – sehr groß. Von den aus den Gauen Tirol-Vorarlberg, Salzburg, Kärnten und Steiermark insgesamt zu wenig gelieferten 949.444 m Körper und Drillich fehlten allein aus Vorarlberg 691.309 oder 72,8 Prozent. An den restlichen Rückständen waren zum überwiegenden Teil von Vorarlberg aus gegründete Betriebe wie Herrburger & Rhomberg in Innsbruck oder Jenny & Schindler in Telfs verantwortlich.<sup>13</sup>

Nicht immer gingen solche Lieferverzögerungen so glimpflich ab wie bei den oben angeführten Textilunternehmen. Das Lustenauer Unternehmen Otto Fitz hatte beispielsweise im Oktober 1940 einen Wehrmarchtauftrag über 12 Feldwagen, im April 1942 einen über 13 Feldwagen erhalten. Trotz mehrfacher Urgerenzen war die Firma aber wegen Personalmangels nicht in der Lage, den Auftrag auszuführen. Der Firmenchef wurde daraufhin zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt.<sup>14</sup>

Insbesondere die Stickereiindustrie des Landes, die sich in dieser Zeit der Hochrüstung naturgemäß in einer schweren Krise befand, konnte von der Wehrmacht nicht berücksichtigt werden. Die extrem vom Export abhängigen Sticker hatten in den Monaten vor Kriegsausbruch mit Holland mühsam einen neuen Markt für ihre Produkte erschlossen. Mit Kriegsbeginn, so meldete die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck, müsse aber mit dem Verlust dieser Absatzmöglichkeit gerechnet werden.<sup>15</sup> Ein halbes Jahr nach dieser Meldung schrieb die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck einen weiteren Bericht, in dem der völlige Zusammenbruch des Exportes nach England beklagt wird.<sup>16</sup>

Auch der Export von Schiern in die Schweiz war 1939 praktisch völlig zum Erliegen gekommen.<sup>7</sup>

Insgesamt dürfte sich zu Beginn des Krieges in den Industrieregionen im Rheintal und im Walgau am ökonomischen Ungleichgewicht recht wenig geändert haben. Die Textilindustrie behauptete größtenteils ihre Stellung, obwohl sie wegen Rohstoffknappheit und auftretender Transportprobleme nur noch bedingt in der Lage war, die zustande gekommenen Wehrmachtsaufträge zu erfüllen.

Nur die Stickereiindustrie war nicht in der Lage, ihre Position zu halten. Ihre Arbeitskräfte dürften größtenteils in die Landwirtschaft oder in andere Bereiche abgezogen worden sein. Auch von den vielen Dienstverpflichteten der Jahre 1939 und 1940 stammte ein großer Teil aus diesem Wirtschaftszweig.

## 7.2. Rüstungsindustrie

„Rüstungsauftrag“ – das war spätestens mit Kriegsbeginn 1939 das Zauberwort für jene Unternehmer, die aufgrund von Rohstoffknappheit oder wegen der Marktlage ihre Zivilprodukte nicht mehr herstellen bzw. absetzen konnten.

Zunehmende Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt, Unruhe unter der Arbeiterschaft und die Notwendigkeiten des Krieges – Bedarf an Waffen und Munition sowie an anderen Ausrüstungsgütern für das Militär – ließen es als notwendig erscheinen, die im Gegensatz zu den meisten anderen Wirtschaftsregionen des Reiches teilweise brachliegenden Kapazitäten der Vorarlberger Industrie für Rüstungszwecke zu benützen.

Die Sache ließ sich für die hiesigen Unternehmer vorerst gar nicht schlecht an, wenn man die für eine Rüstungsproduktion ungünstige Struktur der Vorarlberger Industrie bedenkt. Verglichen mit den Industriezentren der übrigen Ostmark nahm Vorarlberg allerdings nur eine untergeordnete Stellung ein.

Die Bedeutung der gesamten Ostmark für die reichsdeutschen Rüstungsplaner war sehr groß. Das vor allem als Arbeitskräftereservoir und als Rohstoffbasis und nicht so sehr als Region, die zu einem industriellen Zentrum ausgebaut werden konnte. Der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, General Georg Thomas,

bezeichnete den "Anschluß" als wesentlichen Schritt "für die Vorbereitung der Mobilmachung und vor allem für die wirtschaftlichen Vorbereitungen von allergrößtem Wert."<sup>1</sup>

Das Land hatte vieles zu bieten und war für die Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit Rohstoffen, Devisen und Arbeitskräften 1938 ideal.

"Österreich besaß Rohstoffe – Holz, Eisenerze, Blei, Zinkerze und Erdölvorkommen –, eine leistungsfähige, kapazitatív unausgenutzte Industrie und vor allem 400.000 Arbeitslose, in der Mehrheit Facharbeiter."<sup>2</sup>

Norbert Schausberger zufolge war Österreich auch nach Kriegsbeginn eine Art bevorzugter "Kolonie":

"Die reichsdeutsche Auffassung von der Ostmark als Rohstoff- und Arbeitskräftereservoir änderte sich also auch nach Kriegsbeginn nicht."<sup>3</sup>

Dieser Einschätzung widerspricht allerdings die Tatsache, daß es schon in den ersten Tagen nach dem "Anschluß" intensive Vorarbeiten für den Aufbau großer Industrieunternehmen in Österreich – vor allem der Reichswerke "Hermann Göring" – gab.<sup>4</sup>

## **Anfänge und Bedeutung der Rüstungsproduktion in Vorarlberg**

Auch die kleinen metallverarbeitenden Industrie- und Gewerbebetriebe Vorarlbergs profitierten unmittelbar nach Kriegsbeginn von deutschen Rüstungsaufträgen. Ab Herbst 1939 nahm die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck mit verschiedenen Vorarlberger Unternehmen Kontakt auf, um die Möglichkeiten insbesondere zur Fertigung von Sprenggranaten und Feldhaubitzengranaten auszuloten. Gespräche wurden dabei geführt mit Maschinenfabriken – etwa der Firma Wilhelm Welz in Bregenz und der Alpenländischen Metallwarenfabrik in Nenzing – und Textilunternehmen – etwa F. M. Hämmerle und Carl Ganahl. Letztere sollten mittels Rüstungsproduktion die kritische Auftragslage im textilen Bereich kompensieren können.

In Vorarlberg jedenfalls erhielten die Firmen Wilhelm Welz, Maschinenfabrik in Bregenz, F. M. Hämmerle in Dornbirn, die Alpenländische Metallwarenfabrik Ges.m.b.H. in Nenzing, die Elektra G.m.b.H. in Bregenz und eine Arbeitsgemeinschaft Dornbirner Gewerbetreibender respektable Aufträge vor allem zur Fertigung von

Granaten; die Firma Karl Doppelmayr in Hard stand unmittelbar vor einem Rüstungsauftrag.<sup>5</sup>

Die Firma Wilhelm Welz hatte den Auftrag, künftig 10,5-cm-Sprenggranaten zu erzeugen. Da sich aber die Zulieferung durch die Deutschen Röhrenwerke, Werk Thyssen in Mülheim, verzögerte, begann die Produktion nicht schon wie vorgesehen Ende 1939. F. M. Hämmerle sollte ebenso wie die Alpenländische Metallwarenfabrik in Nenzing, die Elektra in Bregenz und eine Arbeitsgemeinschaft in Dornbirn 10,5-cm-Feldhandgranaten bearbeiten.<sup>6</sup>

Auch für die Luftwaffe begann die Teilfertigung. In den Gebäuden der ehemaligen Schuhfabrik Krafft in Bregenz sollten die Dornierwerke einen Zweigbetrieb erhalten. Die Situation war für diese Firma insofern günstig, als die Firma Krafft einem nach Australien "ausgewanderten" Juden gehörte und die Kaufkonditionen somit nicht mit dem Eigentümer, sondern mit der für "Arisierungen" zuständigen Vermögensverkehrsstelle in Innsbruck auszuhandeln waren – selten zum Nachteil des Käufers. Der Bregenzer Bürgermeister Carl Solhardt hatte Dornier zudem die Gebäude der stillgelegten Käsefirma "Alma" in der Klostergasse 16 und in der St. Annastraße 11 angeboten.

In Lustenau waren in der Firma C. A. Steinheil Söhne schon kurz nach Kriegsbeginn etwa 100 Arbeiter ebenfalls mit Rüstungsproduktion beschäftigt, Pläne für eine Ausweitung lagen bereits vor und wurden auch genehmigt.<sup>7</sup> Die Firma stellte Bombenabwurfvorrichtungen her.<sup>8</sup>

Auch Klein- und Kleinstfirmen profitierten von der Rüstungskonjunktur. Insgesamt zwölf Mechaniker und Maschinenbaubetriebe aus Dornbirn und Lustenau beispielsweise schlossen sich schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn zu einer "Arbeits-" oder "Liefergemeinschaft" zusammen, die von der Wehrmacht durch Kredite unterstützt wurde. Diese Liefergemeinschaft war dann in der Lage, größere Wehrmachtsaufträge zu übernehmen, und produzierte in der Folge vor allem Granaten.<sup>9</sup>

Es dauerte weit mehr als ein Jahr, bis das Rüstungskommando in der Lage war, die rechtliche Situation dieser Liefergemeinschaften festzulegen. Erst im Juni 1941 kam es zur "Klärung der Rechtslage" der Liefergemeinschaft Dornbirn und somit zur Sicherstellung der weiteren Produktion dieses Rüstungsbetriebes. Seit Kriegsbeginn hatte die Firma Ludwig Rigger in Dornbirn mit Unterstützung des RÜ Kdos die Munitionsfertigung bei vielen Kleinbetrieben or-



Der Krieg wird im Herbst 1939 auch an der "Heimatfront" allgegenwärtig: Schießübungen in der Spinnerei Gütle der Firma F. M. Hämmerle.

ganisiert. Fast zwei Jahre dauerte es, bis folgende Regelung fixiert wurde:

"Ein vom OKH ausgewählter Handwerksbetrieb, der sogenannte Generalunternehmer, verpflichtet sich gegenüber dem OKH vertraglich zur Ausführung bestimmter Aufträge. Er verpflichtet sich weiter, mit einer Anzahl selbständiger Handwerksbetriebe Verträge über die Heranziehung dieser Betriebe zu Teilleistungen für die vom OKH dem Generalunternehmer erteilten Aufträge abzuschließen. Der Generalunternehmer übernimmt die technische und wirtschaftliche Beratung dieser Betriebe hinsichtlich der Ausführung der Unteraufträge. Die auf diese Weise durch Vertrag zu bestimmten Leistungen zusammengeschlossenen Handwerksbetriebe werden vom OKH als Liefergemeinschaft bezeichnet."<sup>40</sup>

Sechs weitere selbständige Handwerker aus Dornbirn arbeiteten in der Folge im Rahmen dieser Liefergemeinschaft, der – wie auch den anderen Vorarlberger Rüstungsbetrieben – vom Rüstungskommando Innsbruck meist das beste Zeugnis in bezug auf die Qualität der abgelieferten Waren ausgestellt wurde.

Seit Kriegsbeginn waren sogenannte Landesliefergenossenschaften geschaffen worden, um die kleinen Handwerksbetriebe in die Rüstungswirtschaft einzubinden. Heeresaufträge wurden vom OKH direkt diesen Genossenschaften und von ihnen an einzelne Kleinbetriebe weitergegeben.<sup>11</sup>

Die dezentralen Produktionsstätten in Vorarlberg hatten für die verantwortlichen Stellen Vorteile, auf die im Abschnitt über die Verlagerung von Rüstungsbetrieben ins Land noch einzugehen sein wird.

Dem Luftwaffenbeauftragten des Wehrkreises XVIII, Hermann Rhomberg, war es gelungen, überproportional viele Aufträge der Luftwaffe für die Vorarlberger Textilindustrie ins Land zu ziehen. So waren in den Gauen Salzburg und Tirol-Vorarlberg von insgesamt 1.937 durch Aufträge der Luftwaffe Beschäftigten genau 970 und somit 50,1 Prozent in Vorarlberger Unternehmen tätig, während Vorarlberg nur 20,6 Prozent der Wohnbevölkerung stellte.<sup>12</sup> Nicht zuletzt profitierte von diesen Aufträgen die Firma Rhomberts, Franz M. Rhomberg.

Die Bedeutung der Rüstungsproduktion für die Wirtschaft Vorarlbergs läßt sich an den Beschäftigtenzahlen der einzelnen Betriebe ablesen. Im folgenden sind jene Zahlen angeführt, die sich für die Jahre 1944 oder 1945 feststellen ließen. In vielen Fällen dürfte es sich aber nicht um die vollständige Zahl aller Arbeitskräfte des jeweiligen Unternehmens handeln, die für die Wehrmacht arbeiteten. Zudem war es bei etlichen Firmen leider nicht möglich, die Beschäftigtenzahlen zu ermitteln.<sup>13</sup>

Firma	Beschäftigte	davon Ausländer und Kriegsgefangene
Alfred Alge, Lustenau	30	?
Alpenländische Metallwarenfabrik, Nenzing	126	?
Hans Bäumler, Hohenems	?	?
Artur Bawart, Rankweil	?	?
Bayrisches Leichtmetallwerk, Lochau	577	328
Josef Bertsch, Bludenz	?	?
Bröckelmann, Jäger & Busse, Nenzing	?	?
Johann Collini, Hohenems	80	?
Dennert & Pape, Bludenz	94	0
Karl Doppemayer, Hard	103	?
Karl Doppelmayer, Bootsbau, Hard	21	?

Konrad Doppelmayr, Wolfurt	150	61
Dornier-Werk, Bregenz	837	172
Dornier-Werk, Dornbirn	136	51
Electricus-Volta, Bregenz	281	126
Elektra-Bregenz	173	?
Elektron, Thüringen	204	80
Elko, Rankweil	212	68
Engelbert Erne, Bregenz	44	?
Ernst Franke, Hard	?	?
Funkstrahl, Bludenz	?	?
Gelzner, Mutter & Cie., Bludenz	204	52
Erich Goetting, Hard	22	?
Hermann und Lucia Göring, Hohenems	?	?
Erich Graetz A.G., Bregenz	771	250
Carl Haas, Rankweil	36	?
Ernst Hallmann, Bregenz	?	?
F.M. Hämmerle, Dornbirn	102	26
R. Horais, Feldkirch	?	?
Josef Hubers Erben, Schllins, Gais, Itw. auch Götzis	894	283
Hummels Witwe, Lochau	35	?
Albrecht Jung, Egg	?	?
Kirberg & Co., Frastanz	27	?
Josef Kleinsorg, Lustenau	9	?
Künz, Hard	43	?
Kürbi & Niggeloh, Rankweil	228	49
Köberl, Bludenz	5	?
Flugzeugbau Kittelberger, Höchst	292	103
Flugzeugbau Kittelberger, Bregenz	?	?
Willi Forßmann, Frastanz	?	?
Kundruweit, Egg	63	?
Lorünsers Erben, Bludenz	70	?
Malin & Co, Rankweil	?	?
Hermann Marquard, Bregenz	4	?
Josef Maurer, Schwarzach und Wolfurt	10	?
H. Mayers Nfg., Schruns	29	?
Peter Mayer, Götzis	112	?
Michel-Werk, Bregenz	552	100
Willi Müller, Lauterach	?	?
H. Neumann, Lustenau	?	?
Karl Josef Otten, Hohenems	?	?
Plangg, Uhrenfabrik, Bludenz	?	?

Rengo G.m.b.H., Silbertal	?	?
Franz M. Rhornberg	270	89
Ludwig Rigger, Dornbirn	90	?
Rondo-Werk, Dornbirn	237	97
Rüsch-Werke, Dornbirn	457	145
Schuhfabrik Sachs, Hohenems	?	80
Schoeller, Bregenz	112	?
Secco-Werke, Dornbirn und Lustenau	?	?
Norddeutsches Seekabelwerk, Feldkirch	23	?
Schindler & Cie., Kennelbach	82	?
Gebrüder Sievers, Hard	227	113
Steinheil Söhne, Lustenau	320	107
Stephan, Kennelbach	?	?
Tarbuk, Götzis	?	?
Maschinenfabrik Welz, Bregenz	102	46
Zahnradfabrik Friedrichshafen, Wolfurt	?	?
Zahnradfabrik Friedrichshafen, Hohenems	?	?
Friedrich Zimmermanns Nfg., Dornbirn	23	?
Eugen Zumtobel OHG, Dornbirn	45	?
Gesamt mindestens	8.692	2.440

## Munitions- und Waffenfertigung

Wie dargestellt wurde, erhielten Vorarlberger Betriebe schon unmittelbar nach Kriegsbeginn erste Aufträge zur Fertigung vor allem von 10,5-cm-Feldhaubitzengranaten. In einem Bericht des Rüstungskommandos Innsbruck vom 18. März 1940 hieß es zur Bedeutung der Vorarlberger Munitionsfertigung für den Zuständigkeitsbereich:

„Im Bezirk Vorarlberg befindet sich der größte Teil der neu anlaufenden Mun(itions) Firmen. Gleichzeitig laufen umfangreiche Bauvorhaben, sodaß die Frage der Verteilung der Arbeitskräfte noch einer besonderen Regelung bedarf. Es wird sich nicht umgehen lassen, auch aus den W(ehrwirtschafts, HW)-Betrieben der Textilindustrie in Kürze Arbeitskräfte zu entziehen, um die Aufträge für die Wehrmacht ausführen zu können.“<sup>14</sup>

Zu diesem Zeitpunkt wurde auf Reichsebene die industrielle Produktion von Rüstungsgütern neu geregelt. Bis dahin hatte es an einer zentralen Planungs- und Lenkungsstelle gefehlt. Am 17. März 1940 wurde Fritz Todt, bis dahin Leiter des Baus der Reichsautobah-

nen und des Westwalls, zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition ernannt – noch ohne Zuständigkeit für die Luftwaffe und die Marine. Todt zog versierte Unternehmer zur Planung und Lenkung der Rüstungsfertigung heran und deckte umgehend massive Verschwendung von Energie und Rohstoffen sowie schlechte Ausnutzung der Maschinenkapazitäten auf. Die deutsche Rüstungsproduktion wurde in der Folge wesentlich effizienter.<sup>65</sup>

Die Ernennung Todts und die folgende Umstrukturierung der deutschen Rüstungswirtschaft entsprach einem seit Dezember 1939 geäußerten Wunsch der deutschen Großindustrie:

„Mit Fritz Todt, dem Leiter des Hauptamtes Technik der NSDAP, hatte man dafür (die einheitliche Führung der Rüstungsindustrie, HW) den richtigen Mann gefunden. Als er am 17. März 1940 zum 'Reichsminister für Bewaffnung und Munition' ernannt wurde, begann er schrittweise gegen den heftigen Widerstand der Wehrmachtsteile die Marktkartellierung und Rationalisierung der entscheidenden und noch äußerst diversifizierten Heeresgüter voranzutreiben. Todt reorganisierte die dominanten Sparten – Munition, Waffen, Panzerwagen und 'Allgemeines Heeresgerät' – mit Ausschüssen 'zur Überprüfung der Auftragslenkung'.“<sup>66</sup>

Die Heeresstellen verloren in der Folge zunehmend die Kontrolle über die Produktion der Kriegsmittel und meldeten lediglich den Bedarf an. Diese Entwicklung war spätestens 1941 abgeschlossen: Todt war der Mann der Großindustrie.<sup>67</sup>

Mit den "kleinen Fischen" aber befaßten sich in Westösterreich zunächst weiterhin die Heeresstellen. Alle 16 Munitionsfirmen des Wehrkreises XVIII – Tirol-Vorarlberg, Salzburg, Kärnten, Steiermark – wurden am 10. Mai 1940 in Salzburg zu einer Sitzung zusammengerufen. Dabei wurde ihnen das monatliche Liefersoll für die kommenden Monate bis zum Anlaufen der Vollproduktion mitgeteilt. Für die sieben Vorarlberger Betriebe sahen diese Pläne folgendermaßen aus:<sup>68</sup>

1. F. M. Hämmerle: Vollbetrieb ab August mit 10.000 Stück Feld-Haubitzen-Granaten 10,5-cm pro Monat; Zulieferung von der Alpine-Montan A.G., Donawitz.
2. Elektra Ges.m.b.H., Bregenz: Vollbetrieb ab Oktober mit 6.000 Stück 10,5-cm-Granaten monatlich; Zulieferung von der Anritzer Maschinenfabrik.
3. Alpenländische Metallwarenfabrik, Gebrüder Amann, Nenzing:

- Vollbetrieb ab September mit monatlich 7.000 Stück 10,5-cm-Granaten; Zulieferung von der Andritzer Maschinenfabrik.
4. Liefergemeinschaft Dornbirn, Ludwig Rigger: Vollbetrieb ab Juli mit 5.000 Stück 10,5-cm-Granaten monatlich; Zulieferung von der Andritzer Maschinenfabrik.
  5. Karl Doppelmayr, Hard: Vollbetrieb ab Juli mit 5.000 Stück pro Monat 10,5-cm-Granaten; Zulieferung von der Andritzer Maschinenfabrik.
  6. Maschinenfabrik Ing. Wilhelm Welz, Bregenz: auslaufende Fertigung von 4.000 Sprenggranaten, Umstellung ab Juli und Vollbetrieb ab September mit 3.000 Stück 10,5-cm-Granaten monatlich; Zulieferung von der Andritzer Maschinenfabrik.
  7. Carl Ganahl, Werk Frastanz: Vollbetrieb ab September mit 6.000 10,5-cm-Granaten pro Monat; Zulieferung von der Andritzer Maschinenfabrik.

Von den in diesen Gauen – unter ihnen immerhin Rüstungszentren wie die Steiermark – insgesamt zu bearbeitenden 57.000 Granaten monatlich sollten demnach allein in Vorarlberg 42.000 oder 73,7 Prozent bearbeitet werden. Insgesamt wurden 1941 im gesamten Reich 296.000 Granaten für die 10,5-cm-Feldhaubitzen im Monatsdurchschnitt produziert, immerhin knapp 15 Prozent davon wurden hierzulande endgefertigt.<sup>19</sup> Die Vorarlberger Unternehmen wurden also massiv in die Munitionsfertigung eingebunden.

Gegen Ende desselben Jahres allerdings war die Situation für die Vorarlberger Rüstungsfirmen weniger freundlich. Die Aufträge der Wehrmacht waren ständig reduziert worden, da es nach Ende des Frankreich-Feldzuges ja zu keinen ernstzunehmenden Kampfhandlungen mehr gekommen war. Ab Sommer 1940 waren alle Munitionsdepots und Lager der Wehrmacht vollgestopft.<sup>20</sup>

Das hatte natürlich seine Entsprechung in mangelnden Aufträgen für die Munitionsbetriebe. Auch in Vorarlberg: Das Liefersoll der hiesigen Firmen garantierte im Dezember 1940 nur mehr eine Kapazitätsauslastung von durchschnittlich 40 Prozent, was in jeder Hinsicht unbefriedigend war. Im Vierteljahresbericht vom 31. Dezember 1940 heißt es hierzu:

„Abgesehen von der Unwirtschaftlichkeit einer so stark gedrosselten Fertigung ist die befohlene Aufrechterhaltung der restlichen Kapazität auf Dauer kaum möglich. Sowohl Facharbeiter als auch gemietete Maschinen können nicht erhalten werden, wenn nicht durch zusätzliche Aufträge eine Vollaustlastung der

Kapazität erreicht werden kann. Die Erteilung weiterer Aufträge an diese Firmen ist daher dringendst geboten.<sup>21</sup>

Die Vorarlberger Firmen waren schon in den Monaten zuvor bevorzugt behandelt worden. Die von Anfang an quantitativ weniger bedachten Tiroler Firmen hatten bereits Mitte des Jahres überhaupt keine Aufträge mehr erhalten, während die Firmen Elektra Bregenz, Karl Doppelmayr in Hard, die Alpenländische Metallwarenfabrik in Nenzing, die Dornbirner Liefergemeinschaft Rigger, die Liefergemeinschaft Alge in Lustenau und die Firma Erne in Bregenz weiter liefern konnten. Die Firmen F. M. Hämmerle und Carl Ganahl hatten freiwillig auf weitere Aufträge verzichtet.<sup>22</sup> Dies läßt darauf schließen, daß angesichts des starken planwirtschaftlichen Elementes in der Rüstungsindustrie – vorgegebene Löhne und Preise sowie Liefermengen – die Profite vielfach doch nicht so groß waren, wie das etliche Unternehmer vorher wohl erwartet hatten.

Die Freiwilligkeit dieses Verzichtes ließen sich die beiden großen Textilfirmen von der Wehrmacht allerdings gut bezahlen. So stellte die Firma Carl Ganahl einen Abgeltungsantrag für angefallene Kosten von RM 93.245,26 wegen der Einstellung der Fertigung von 10,5-cm-Feldhaubitzengranaten. Dieser Antrag wurde vom Abgeltungsbeauftragten zwar ordentlich gekürzt, das Unternehmen erhielt aber immer noch RM 68.214,91. Die Firma F. M. Hämmerle erhielt von den beantragten RM 70.055,33 immerhin RM 53.000,-. Wenn man in Betracht zieht, mit welchen Finanzierungsproblemen die kleinen Vorarlberger Rüstungsbetriebe zu kämpfen hatten, wird das Ausmaß der Fehlplanungen der Heeresstelle deutlich. Denn für die obigen Zahlungen an die beiden Firmen – ähnliche Abschlagzahlungen erhielten auch andere Rüstungsfirmen (Alfred Alge, Wilhelm Welz) – gab es ja keine Leistungen.<sup>23</sup>

Den jeweiligen Bedürfnissen der Wehrmacht bzw. deren Planungen und Fehlplanungen angepaßt, änderte sich die Art der Produktion ständig. Die meisten Vorarlberger Firmen, die 1940 mit der Fertigung von Feldhandgranaten begonnen hatten, mußten ihre Produktion 1941 auf 8,8-cm-Sprenggranaten umstellen, was nach Anlaufschwierigkeiten bis zum Frühjahr auch geschah. Daß das Liefersoll von den meisten hiesigen Firmen nicht erfüllt werden konnte, lag in fast allen Fällen an der ungenügenden Anlieferung der zu bearbeitenden Hüllen- und Bodenrohlinge. Das führte etwa bei den Firmen Liefergemeinschaft Rigger in Dornbirn und Karl Doppelmayr in Hard zu mehrwöchigem Leerlauf. Angesichts der

angespannten Versorgungslage und der prekären "Arbeitseinsatzlage" wurde das vom Rüstungskommando Innsbruck als "vollkommen unverständlich" bezeichnet. Auch bei Electricus-Volta in Bregenz, deren Unterlieferant Engelbert Erne und der Liefergemeinschaft Alge in Lustenau sei die Situation – sie waren allesamt in der Kartuschenfertigung eingesetzt – nicht viel besser:

"Da sich diese Angelegenheit bereits seit 3 Monaten hinzieht, wird die Kritik der Betriebe in gewisser Hinsicht verständlich."<sup>24</sup>

Die Planungen für die Rüstungsproduktion durch die zuständigen Stellen im OKH wiesen also offensichtliche Defizite auf. Die 8,8-cm-Flak-Geschütze standen im Mittelpunkt des Interesses der Rüstungsplaner wegen des bevorstehenden Angriffs auf die Sowjetunion. Sie wurden von Andritz Graz, Schoeller-Bleckmann Ternitz, Wertheim und Lofag in Wien geliefert und bei Böhler in Kapfenberg zusammengebaut. Die Flak-Geschütze wurden dringend benötigt. Dennoch wurde vom OKH im Oktober 1941 die Drosselung der Produktion befohlen. Dies zu einem Zeitpunkt, an dem die Drosselung durch die Frontereignisse bereits überholt war und schon wenige Wochen später wieder zurückgenommen werden mußte.<sup>25</sup>

Die sowjetischen Panzerkorps hatten den deutschen Truppen nämlich schon im Sommer 1941 überraschend massiven Widerstand geleistet. Die deutschen Rüstungsplaner und vor allem die Soldaten vor Ort hatten nicht mit den riesigen und dick gepanzerten sowjetischen Typen KW 1 und KW 2 gerechnet:

"Als die Panzerriesen zum ersten Male auftauchten, gab es für die Kanoniere der Panzer und der Pak eine böse Überraschung: Sie schossen wie gewohnt, aber die Wirkung war nicht wie gewohnt, sondern nicht vorhanden, die Panzergranaten prallten einfach ab oder blieben in der dicken Panzerung stecken. Die bis dahin so bewährten 3,7-cm- und 5-cm-Kanonen von Pak und Panzern waren von Stund an zu 'Panzeranklopfgeräten' degradiert."<sup>26</sup>

Die Umstellung der einzelnen Rüstungsfirmen ging nicht in dem Tempo vor sich, wie dies von den zuständigen Stellen gewünscht wurde. Ende April 1941 waren beispielsweise die Firmen Elektra und Alpenländische Metallwarenfabrik noch immer mit der Herstellung von 10,5-cm-Feldhaubitzengranaten beschäftigt.<sup>27</sup> Wenig später wurde die bereits lange vorher angelaufene Umstellung der Fertigung in beiden Firmen überhaupt gestoppt und auf die alte

Fertigung zurückgegriffen. Die Zulieferung erfolgte ab diesem Zeitpunkt aus dem Altfreich.<sup>28</sup>

Die Beibehaltung der Produktion von 10,5-cm-Feldhaubitzengranaten hing also unmittelbar mit dem Krieg gegen die Sowjetunion und Fehlkalkulationen der Rüstungsplaner zusammen. Im Herbst 1941 stellte man fest, daß der Verbrauch an Munition bei dieser Feldhaubitze die Produktion um das 50fache überstieg:

„Die Heeresleitung geriet Ende 1941 förmlich in Panik und sandte verzweifelte Fernschreiben an die Rüstungsinspektionen mit Forderungen 'auf höchsten Ausstoß' an Munition, besonders an Artilleriemunition.“<sup>29</sup>

Die schlepende Umstellung der Vorarlberger Munitionsbetriebe erwies sich somit als Glückstreffer. Auch eine weitere in Vorarlberg gefertigte Granate erhielt kriegswichtige Bedeutung: Die 8,8-cm-Flak benötigte dringend Munition. Denn erst ihr Einsatz im Erdkampf hatte die breitkettigen und schnellen sowjetischen Tanks zum Stehen gebracht. Munition wurde daher von den deutschen Panzerkorps dringend benötigt.<sup>30</sup>

Die Firmen Ludwig Rigger und Karl Doppelmayer hatten im Mai bzw. Juni 1941 mit dem Ausstoß von 8,8-cm-Sprenggranaten begonnen und lieferten jeweils 3.000 Stück pro Monat. Nach Einführung einer zweiten Schicht war ein Monatssoll von 5.000 Stück vorgesehen.<sup>31</sup>

Anfang 1942 zeigte sich die Situation nicht wesentlich verändert. Die beiden Munitionsfirmen Karl Doppelmayer und Liefergemeinschaft Ludwig Rigger waren mit Vorbereitungen zur Umstellung auf den neuen Granatentyp beschäftigt. Das Rüstungskommando erwartete künftig keine größeren Probleme mehr, da die Fertigung dieser Granaten einfach sei und das Monatssoll von 5.000 Stück leicht erreichbar sein müsse.

In anderen Rüstungsfirmen des Landes hingegen gab es weiterhin die alten Schwierigkeiten. Sowohl die Firma Elektra Ges.m.b.H. als auch die Alpenländische Metallwarenfabrik der Gebrüder Amann konnten aufgrund von Zulieferer- und Transportproblemen die gefertigten 8,8-cm-Sprenggranaten nicht versenden. Erst im Jänner 1942 – so hoffte die zuständige Stelle in Innsbruck – werde das Liefersoll wieder eingehalten.<sup>32</sup>

Doch die der Innsbrucker übergeordnete Stelle in Salzburg hatte zum selben Zeitpunkt bereits andere Pläne. Die Rüstungsinspektion des Wehrkreises XVIII berichtete am 20. Jänner 1942, daß die

8,8-cm-Flak-Fertigung "in Wegfall" komme. Die Maschinenfabrik Andritz werde dafür als Rohlingsfirma die 10-cm-Panzergranate 39 rot pressen und der Grazer Waggonfabrik und den beiden Vorarlberger Rüstungsfirmen Rigger und Doppelmayr zur Bearbeitung übergeben. Auch dies war keine endgültige Entscheidung, denn wenig später hieß es, die vorgesehene Bearbeitung dieser 10-cm-Granate verbleibe nun doch bei den Simmering-Werken; die ebenfalls zur Bearbeitung vorgesehenen Vorarlberger Firmen Elektra, Welz und Amann würden weiterhin die 10,5-cm-Feldhaubitzengranate fertigen.<sup>33</sup>

Die veränderten Strategien der Rüstungsplaner waren eine Reaktion auf den Kriegsverlauf. Der "Blitzkrieg" gegen die Sowjetunion war schon lange ins Stocken geraten, und die deutsche Industrie hatte sich auf eine längerdauernde Auseinandersetzung vorzubereiten. Der Führerbefehl "Rüstung" vom 10. Jänner 1942 leitete diese neue Phase der Rüstungsfertigung ein, nachdem das Reich zuvor den USA den Krieg erklärt hatte.<sup>34</sup>

In der Ostmark mußte wieder von 8,8-cm-Granaten auf 10,5-cm- und 15-cm-Granaten sowie auf 10-cm-Panzergranaten umgestellt werden. Alle diese Produktionen erhielten die höchste Dringlichkeitsstufe "SS".<sup>35</sup>

### **Stilllegung oder Rationalisierung?**

Zu Beginn des Jahres 1942 war mit Albert Speer ein neuer Mann an die Spitze des Ministeriums für Bewaffung und Munition getreten. Fritz Todt war am 8. Februar unter mysteriösen Umständen bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen. Albert Speer übernahm die Funktion seines badischen Landsmannes und Vertrauten.<sup>36</sup>

Speer setzte denn auch die Linie seines Vorgängers fort. Er stärkte die Position der Industriellen in ihren Betrieben und versuchte, den Einfluß der politischen Stellen – insbesondere der Gauleiter – zurückzudrängen. Es gelang ihm, die Rüstungsproduktion weiter zu rationalisieren und erheblich zu steigern. Im Februar 1942 wurde er von Hitler zum "Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan" ernannt.<sup>37</sup>

Wie bereits angedeutet, ging zu diesem Zeitpunkt in Vorarlberg die Umstellung der Granatenproduktion – wieder – nicht ganz planmäßig vor sich. Im Verlauf des Jahres 1942 wurden die Probleme

me in der Vorarlberger Munitionsfertigung immer größer. Das sollte Konsequenzen haben. Im Sinne der von Speer betriebenen effizienteren Politik wären die kleinen Vorarlberger Rüstungsbetriebe "eingespart" worden. Vier der fünf Firmen des Landes – so ein Plan der Rüstungsinspektion in Salzburg – sollten stillgelegt werden. Nur die Firma Wilhelm Welz sollte weiterproduzieren.

Gegen diesen Plan einer Konzentration der Fertigung nahm das Rüstungskommando Innsbruck energisch Stellung und verwies darauf, daß der beabsichtigte Effekt in Vorarlberg nicht eintreten würde. Hingegen gäbe es bedeutende wirtschaftliche Nachteile, insbesondere durch die Entstehung einer "echten Arbeitslosigkeit". Statt Stilllegungen sollte eher eine stärkere Ausnützung der vorhandenen Kapazitäten geplant werden.

Die Folge dieses Schreibens waren Rationalisierungsmaßnahmen in allen fünf Vorarlberger Munitionsfirmen Doppelmayr, Elektra, Rigger, Alpenländische Metallwarenfabrik und Wilhelm Welz.<sup>38</sup> Darunter verstanden die zuständigen Herren vom Rüstungskommando und vom Betriebswirtschaftlichen Ausschuß des Wehrkreisbeauftragten, daß in allen diesen Betrieben eine zweite Schicht eingeführt werden sollte. Ein entsprechendes Ansuchen lag bereits beim Oberkommando des Heeres. Welz sollte darüber hinaus einen behelfsmäßigen Erweiterungs- und Werkstättenbau errichten.<sup>39</sup>

Auch von seiten der Berliner Zentralstellen gab es einige Bemühungen, die Munitionsfertigung vor Ort zu verbessern. Diese von oben verordneten Maßnahmen hatten aber keineswegs die erhoffte Wirkung, wie das Rüstungskommando selbstkritisch in einem Bericht vom 5. April 1942 festhielt. Vielmehr habe die "wilde Tätigkeit von Ausschüssen, Ringen und ähnlichen Organisationen" statt der Leistungssteigerung nur eine Intensivierung des "Papierkrieges" nach sich gezogen und "Verwirrung und Desorganisation in die hiesige kriegswichtige gewerbliche Wirtschaft" gebracht. Nur in einem Punkt waren die einheimischen Unternehmer mit den Berlinern einverstanden:

"Der Ruf nach Rationalisierung fand dagegen bei den meisten Betriebsführern williges Gehör und löste neue Anstrengungen zu immer planvollerem Einsatz von Material und Arbeitskräften aus."<sup>40</sup>

Über Erfolge der Rationalisierungsmaßnahmen berichtete die Rüstungsinspektion des Wehrkreises XVIII. So hält das Kriegstage-

buch in einer Eintragung vom 13. Mai 1943 fest, der Dornbirner Zweigbetrieb des Dornierwerkes habe durch die Entwicklung des "Einmann-Nietsystems" eine bedeutende Leistungssteigerung erzielen können.<sup>41</sup>

Die Stilllegungsbestrebungen konnten aber nicht nur wegen der Rationalisierungserfolge abgewendet werden. Es hatte auch Interventionen gegeben. Bereits am 2. April 1942 – nur einen Tag nach dem Stilllegungsbescheid – unterrichtete der Rüstungskommandeur Oberstleutnant Weiß den in Berlin für die Munitionsfertigung im OKH zuständigen Major Kreuzberg über die Situation in Vorarlberg und erhielt die Zusicherung, man werde die Sache in Berlin noch einmal überlegen.<sup>42</sup>

Schließlich nahm auch die Salzburger Stelle die Einsprüche des Innsbrucker Rüstungskommandos zur Kenntnis, wonach die Stilllegung der Vorarlberger Munitionsbetriebe "für dieses Grenzland" sehr ungünstig wäre und daher nicht durchgeführt werden sollte.<sup>43</sup> Schon zwei Wochen später wurde von Berlin telefonisch mitgeteilt, man sehe von einer Stilllegung der Vorarlberger Munitionsbetriebe ab. Die Firmen Karl Doppelmayr und Ludwig Rigger sollten umgehend die Fertigung von 10-cm-Granaten 39 rot, die Alpenländische Metallwarenfabrik und Wilhelm Welz jene von 10,5-cm-Feldhaubitzengranaten 1421 in Angriff nehmen, die Firma Elektra hingegen konnte weiterhin 8,8-cm-Sprenggranaten fertigen.<sup>44</sup>

## Rohstoffmangel und Planungsfehler

Dennoch wollten die Schwierigkeiten nicht abreißen. In der Firma Wilhelm Welz mußte Anfang Mai die Produktion eingestellt werden, weil die Zulieferung der zu bearbeitenden Rohlinge ins Stocken geraten war. Vom 27. April bis zum 4. Mai 1942 wurden "Betriebsferien" angeordnet.<sup>45</sup> Die Firma Ludwig Rigger meldete am 4. Mai, daß die Fertigung von 10-cm-Granaten 39 rot anlaufbereit sei. Die Produktion könne aber nicht beginnen, da weder die versprochenen Gewindefräsen noch das Rohmaterial angeliefert worden seien. Auch bei Rigger war die Folge eine Betriebsstilllegung.<sup>46</sup> Erst am 19. Mai wurden bei Rigger die Fräsen und Rohlinge angeliefert. Das Kriegstagebuch vermerkt:

"14 wertvolle Arbeitstage wurden durch den Mangel an Zulieferteilen verloren und so alle bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen weitest wettgemacht."<sup>47</sup>

Bei der Firma Doppelmayer in Hard konnte die Produktion sogar erst am 20. Mai 1942 anlaufen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Firma keine Rohlinge erhalten.<sup>48</sup>

Die Probleme der Vorarlberger Munitionsfirmen waren keine Einzelfälle – im Gegenteil. Den meisten Firmen war die Umstellung auf den neuen Granatentyp hierzulande schneller gelungen als in anderen Teilen des Reichs, wo Juli/August als Endtermin angegeben, teilweise aber nicht gehalten werden konnte. Die Umstellung dauerte in einigen Fällen bis in den November 1942.

Trotz dieser günstigen Situation konnte aber – auf Reichsebene – von einer größeren Produktion keine Rede sein. Schwierigkeiten ergaben sich dabei nicht nur durch den eklatanten Rohlingsmangel, sondern auch durch technische Probleme. Allein die ansonsten als Spitzenbetrieb geltenden Enzensfelder Metallwerke hatten beispielsweise im Juni 1942 bei einer Produktion von 49.000 Feldhaubitzen-Granaten einen Ausschuß von 80 Prozent.<sup>49</sup>

Auch in den folgenden Monaten blieben die Schwierigkeiten und Engpässe bei Zulieferungen bestehen. Die Vorarlberger Munitionsfirmen wären – so berichtete das Innsbrucker Rüstungskommando immer wieder – jederzeit zu einer Ausweitung der Produktion in der Lage. Sie könnten aber meist nicht einmal das Liefersoll erfüllen, weil es immer wieder zu Problemen bei der Zulieferung komme. Im Oktober 1942 meldete das Rüstungskommando beispielsweise, daß die Firmen Rigger und Doppelmayer nur mit Kurzarbeit produzieren könnten, weil die Zulieferung noch immer nicht klappe. Am 24. Oktober kam es dann in beiden Betrieben wieder zu einer Stilllegung. Ursache hierfür war der Bruch jener einzigen Presse bei der Maschinenfabrik Andritz, von der die Rohlinge nach Vorarlberg geliefert wurden. Drei Tage später trat bei der Bayrischen Pflugfabrik in Landsberg ein ähnlicher Schaden auf, wodurch auch die Versorgung der Firmen Elektra, Wilhelm Welz und Alpenländische Metallwarenfabrik stark gefährdet war.<sup>50</sup>

Wieder versuchten die zuständigen Stellen, die Situation wenigstens teilweise zu entschärfen, indem man die Firmen zu einer Umstellung der Fertigung zwang. Ende Oktober 1942 produzierte beispielsweise die Firma Elektra 10,5-cm-Feldhaubitzengranaten 38,<sup>51</sup> vier Wochen später aber lief das Unternehmen aufgrund des nach wie vor vorhandenen Mangels an Rohlingen noch immer nicht voll. Die Firma Karl Doppelmayer in Hard war im November 1942 bereits umgestellt auf die Fertigung von 7,5-cm-In-

fanteriegranaten 18, wozu sogar die Rohlinge vorhanden waren. Was fehlte, war eine Presse, von der allerdings zehn Stück unbenutzt in Rehagen lagerten. Alle Bemühungen des Rüstungskommandos Innsbruck, eine dieser zehn Pressen zu beschaffen, blieben erfolglos.<sup>52</sup> Daher dauerte es bis Ende Dezember, daß Doppelmayr voll in die Fertigung dieses Granatentyps einsteigen konnte.<sup>53</sup>

Schon Ende Jänner 1943 mußten dann sowohl die Alpenländische Metallwarenfabrik als auch die Firma Elektra infolge Rohlingmangels ihre Produktion einstellen. Bei Rigger kam es sogar zu einer Betriebsstilllegung. Die Arbeiter wurden vorübergehend in anderen Firmen beschäftigt.<sup>54</sup>

Das traf die teils finanzschwachen Firmen natürlich empfindlich, zumal sie oft nicht die besten Preise für ihre Waren erhielten. Die meisten Vorarlberger Munitionsfirmen wurden in die sogenannte Preisgruppe II eingestuft, das heißt, sie erhielten pro bearbeiteter 8,8-cm-Sprenggranate RM 3,80. Nur die Firma Karl Doppelmayr lieferte offenbar bessere Ware oder hatte bessere Beziehungen und befand sich in der Preisgruppe I. Einen entsprechenden Antrag stellte im April 1942 auch die Liefergemeinschaft Ludwig Rigger.<sup>55</sup>





Auch in den Textilbetrieben des Landes wurde die Arbeit zunehmend militarisiert. Die Werkeinfahrt der Firma Herrburger & Rhomburg in Dornbirn Anfang 1943 mit einer Endsieg-Parole und einem Aufruf für das Winterhilfswerk (oben) sowie ein Morgenappell der Jungarbeiter zu Wochenbeginn bei F. M. Hämmerle (linke Seite).

Auch im Verlauf des Jahres 1943 änderte sich an der Situation nichts. Praktisch kein Vorarlberger Munitionsbetrieb war aufgrund der mangelhaften Organisation und der verbürokratisierten Verteilung der Rohwaren sowie aufgrund der Luftkriegsschäden in den Zulieferbetrieben in der Lage, entsprechend der Ausstattung mit Maschinen und dem Beschäftigtenstand zu produzieren. Von diesen Problemen waren aber nicht nur die Munitionsfirmen betroffen, sondern auch viele andere Vorarlberger Rüstungsbetriebe. Das planwirtschaftliche Modell der Rüstungsstellen ließ sich in Vorarlberg nur mit großen Schwierigkeiten verwirklichen.

Insbesondere die ständige Veränderung der Auftragslage verhinderte eine Effizienzsteigerung in den Betrieben. Und die Rüstungsfirmen mußten ihre Produktion weiter umstellen: So wurde in einer Besprechung in der Rüstungsinspektion XVIII am 26. Juli 1943 beschlossen, der Firma Doppelmayer in Hard einen Auftrag zur Bearbeitung von 18.000 7,5-cm-Infanterie-Granaten 18 zu erteilen, während die Firma bis zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich 10-cm-Granaten und 8,8-cm-Granaten gefertigt hatte.<sup>56</sup>

Auch die Zulieferung der Rohware funktionierte immer schlechter. Im Februar 1944 berichtet das Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Innsbruck:

„Wieder werden Fertigungshemmungen infolge ungenügenden und nicht rechtzeitigen Eintreffens von Zuliefererteilen bei verschiedenen Betrieben verursacht.“<sup>57</sup>

Die Firma Elektra beispielsweise hatte zu diesem Zeitpunkt einen Auftrag zur Lieferung von monatlich 14.000 Feldhaubitzengranaten 38 Stg. Die Firma betonte aber, bei entsprechender Belieferung mit Rohlingen durch den Zulieferer, die Firma Schmidhütte in Liezen, mindestens 15.000 Granaten produzieren zu können. Da nicht einmal die zugesagten Rohlinge geliefert wurden, war in der Firma zu diesem Zeitpunkt bereits seit fünf Wochen die zweite Schicht ausgefallen. Elektra forderte die Belieferung von Stahlguß-Rohlingen durch eine andere Firma.<sup>58</sup>

Erst im Mai 1944 scheint sich dann die Situation leicht gebessert zu haben. Eine im Frühjahr befohlene Erhöhung des Liefersolls sei jedenfalls von den Munitionsbetrieben erbracht worden. Es zeige sich immer wieder, so die Innsbrucker Stelle, daß die ziemlich veralteten Betriebe durchaus in der Lage seien, beste Leistungen zu erzielen. Es müsse nur Sorge getragen werden, daß die Zulieferung mit Rohlingen besser als in der Vergangenheit klappe.<sup>59</sup> Im

September 1944 lieferten dann die Alpenländische Metallwarenfabrik um 20 Prozent, die Firma Ludwig Rigger um 30 Prozent und die Firma Karl Doppelmayr um 40 Prozent mehr, als im Liefersoll vorgesehen.<sup>60</sup>

Doch zur selben Zeit tauchten neue Probleme auf. So meldete das Kriegstagebuch im Februar 1944, daß die Firma Doppelmayr zwar als einziger Vorarlberger Munitionsbetrieb das Liefersoll erreicht habe,

„doch wurde auch bei diesem Betrieb die vorgesehene Steigerung infolge Unterernährung der russischen Kriegsgefangenen unmöglich“<sup>61</sup>.

Die Lage der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen wird andersorts genauer dargestellt.

### Die Entwicklung neuer Waffen

An dieser Stelle soll noch kurz auf eine Sonderentwicklung in der Rüstungsproduktion eingegangen werden – die Entwicklung neuartiger Waffen. Das relativ bombensichere Vorarlberg schien für solche Arbeiten gut geeignet, sodaß verschiedene Firmen ihre entsprechenden Abteilungen hierher verlagerten.

Eine der wichtigsten Entwicklungsarbeiten, die während des Zweiten Weltkrieges in Vorarlberg durchgeführt worden ist, dürfte von den Dornier-Werken in Bregenz geleistet worden sein. Für die Entwicklung eines neuen Flugzeugtyps wurden im Frühjahr 1941 aus Salzburg, Tirol und Vorarlberg alle verfügbaren Ingenieure und Techniker nach Bregenz zusammengezogen. Insgesamt hatte die Firma 90 Ingenieure, Konstrukteure und Techniker für das Bregenzer Projekt angefordert, die – wie das Arbeitsamt Bregenz dem Innsbrucker Rüstungskommando bestätigte – auch „in Kürze“ bereitgestellt werden könnten.<sup>62</sup>

Doch allzuviel Zeit blieb den Verantwortlichen nicht mehr, um neue Waffensysteme zu entwickeln, zumal schon die konventionelle Waffen- und Munitionsfertigung genug Probleme bereitete. Nach der Niederlage der Deutschen in Stalingrad wurden nämlich etliche Rüstungsbetriebe des Landes in eine neue Produktion miteinbezogen, was angesichts der zunehmenden Organisationsmängel zu erheblichen Problemen führen mußte.

## Einbindung in die Panzerproduktion

Viele Vorarlberger Betriebe wurden als Unterlieferanten für das groß angelegte Panzerbeschaffungsprogramm herangezogen.<sup>63</sup> Sie arbeiteten dabei meist für die Friedrichshafener Zahnradfabrik (Getriebe) und die ebenfalls in Friedrichshafen ansässige Firma Maybach (Triebwerke). Diese großen Rüstungsfirmen stellten den Panzerkampfwagen V "Panther" her, der neu konzipiert worden war und in den die Militärs große Hoffnungen setzten. Allein sechs Vorarlberger Firmen erzeugten für den Panther Getriebeteile, vier arbeiteten an den Triebwerken, zwei waren als Unterlieferanten für die Zeppelinwerke Friedrichshafen tätig.

Diese Fertigung erhielt von den für die Rüstung zuständigen Stellen den Vermerk "höchste Dringlichkeit". Im Februar 1943 arbeiteten fünf Vorarlberger Betriebe für die Zahnradfabrik Friedrichshafen: Konrad Doppelmayr (Wolfurt), Hermann Marquard (Bregenz), Schelling & Co. (Schwarzach), Alge (Lustenau) und Rudolf Wehinger (Dornbirn). Es war zu diesem Zeitpunkt beabsichtigt, den Produktionsausstoß aller dieser Firmen innerhalb der nächsten drei Monate um 50 Prozent zu erhöhen.

Die Triebwerksteile für die Firma Maybach wurden hergestellt von Hummel (Lochau), Schelling (Schwarzach), Künz (Hard) und Wilhelm Welz (Bregenz). Für das Zeppelin-Werk in Friedrichshafen schließlich waren die Firmen Karl Doppelmayr (Hard) und Getzner, Mutter & Cie. in Bludenz tätig.<sup>64</sup>

Auch die Rüschi-Werke in Dornbirn, auf deren Übernahme durch die Textilfirmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg noch einzugehen sein wird, fertigten für die Panzerproduktion. Die Firma produzierte monatlich 800 Panzerspannrollen für die MAN-Werke und überschritt damit das ihr vom Rüstungskommando zugetraute Produktionssoll um 300 Stück.<sup>65</sup>

## Höhepunkt der Rüstungsproduktion

Im Jahr 1944 erreichte die Waffen- und Kriegsgerätefertigung in Vorarlberg wie auch im übrigen Reichsgebiet ihren Höhepunkt. Allein 35 Betriebe des Landes unterstanden direkt dem Rüstungskommando Innsbruck beziehungsweise der Rüstungsinspektion Salzburg, waren also sogenannte "Wehrwirtschaftsbetriebe".<sup>66</sup> Ins-

gesamt beschäftigten diese Betriebe in Vorarlberg knapp 5.000 Arbeiter und Arbeiterinnen.<sup>67</sup> Dabei sind die für die zivile Produktion der großen Textilfabriken in Dornbirn tätigen Arbeitskräfte in dieser Zahl noch gar nicht enthalten, obwohl diese Produktion zu einem großen Teil an die Wehrmacht ging (Stoffe, Fallschirmseide und anderes mehr). Rechnet man die verschiedenen Angaben zusammen, die das Rüstungskommando an die vorgesetzten Stellen weiterleitete, kann man davon ausgehen, daß 1944 in Vorarlberg wohl etwa 10.000 Personen in der Rüstungsproduktion beschäftigt waren, mehr als ein Viertel der insgesamt Beschäftigten.<sup>68</sup>

In den Vierteljahresberichten des Rüstungskommandos Innsbruck an den Reichsminister für Bewaffnung und Munition, die trotz der Ausweitung der Produktion immer knapper ausfielen, ist durchwegs die Rede davon, daß im großen und ganzen die anfallenden Probleme gemeistert würden und in der Fertigung das Plan-soll meist erreicht werde. Das gelang aber nur noch durch Improvisationen. Ende März 1944 resümiert der Berichtersteller:

„Das Rüstungskommando selbst tat alles, um den täglich hundertfachen Hilferufen der Betriebsführungen zu entsprechen, half im eigenen Wirkungskreis, wo dies möglich war, suchte neue Wege, wo alle alten ungangbar schienen, regte Improvisationen an und veranlaßte das Tätigwerden aller anderen irgendwie zur Bereinigung der jeweils auftretenden Schwierigkeiten einsetzbaren Stellen.“<sup>69</sup>

Doch mit schönen Worten und Improvisation allein war gegen Kriegsende der Probleme nicht mehr Herr zu werden. Vom Führerhauptquartier erging am 31. Juli 1944 ein Rundschreiben an alle Gauleiter, in dem diese zum verstärkten Einsatz für die Rüstung und die Kriegsproduktion aufgefordert wurden. Hierzu wurden überall, wo es bislang noch keine Rüstungskommissionen gegeben hat, entsprechende „Unterkommissionen“ gebildet.<sup>70</sup>

Amerikanische und englische Nationalökonomien untersuchten unmittelbar nach Kriegsende die Wirkung der anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen Deutschland auf das deutsche Wirtschaftspotential. Im Kapitel „The German War Economy“ ihres Berichtes vom 30. September 1945 kommen sie zum Schluß, daß die Erfolge der deutschen Rüstungswirtschaft nicht auf einen wohl-durchdachten Plan zurückzuführen waren, sondern vielmehr auf eine Reihe brillanter Improvisationen und die relative Rückständigkeit der deutschen Wirtschaft bei der Herstellung von Massenwa-

ren. Fließbandproduktion war beispielsweise bis 1942 kaum anzutreffen gewesen. Die deutsche Wirtschaft erlebte in den letzten Jahren des Krieges also einen gewaltigen Modernisierungsschub.<sup>71</sup>

Die Situation im Bereich Tirol-Vorarlberg entsprach somit der Lage im gesamten Reich. Wie der oben zitierte Vierteljahrsbericht festhält, konnte nur mittels Improvisation die Produktion aufrecht erhalten werden. Der Modernisierungsschub in Vorarlberg wurde allein schon durch die Tatsache herbeigeführt, daß die wenig "intelligente" Textilindustrie ihre alleinige Dominanz zugunsten der metallverarbeitenden und Elektroindustrie einbüßte.

Die Bombardements der Alliierten und die dadurch herbeigeführten weitgehenden Zerstörungen vieler Verkehrswege, besonders der Bahn, sowie der Arbeitskräfte- und Rohstoffmangel führten gegen Ende des Jahres 1944 zu erheblichen Produktionseinbußen. Hinzu kamen Fehlplanungen.

So hatte das Rüstungskommando seit Monaten viel Energie, Zeit und Geld in den Ausbau des Molybdän-Schürfbaues in Tirol investiert. Das technisch überaus schwierig zu lösende Projekt wurde – kurz bevor mit dem Abbau hätte begonnen werden können – per Befehl beendet, die Anlage stillgelegt. Für das Rüstungskommando war dies – wie bei etlichen anderen Entscheidungen, die von politischer Seite gefällt wurden – "unverständlich".<sup>72</sup>

Auch die Salzburger Rüstungsinspektion beklagte sich über unverständliche Entscheidungen.<sup>73</sup> So sei eine ganze Abteilung bei Franz M. Rhomberg in Dornbirn durch die unerwartete "Absetzung" eines Auftrages für die Me 410 stillgelegt worden.<sup>74</sup> Dienstverpflichtungen waren die Folge. Ein Zwischenauftrag – die Fertigung von Seitenflossen für den Bomber Do 335 – konnten die weitere Produktion sichern. Auch im Dornier-Werk sei auf Weisung des Sonderausschusses F 5 die gesamte Fertigung für die Me 410 "plötzlich von einer Stunde auf die andere vom Programm abgesetzt worden." Auch hier kam es kurzfristig zum Produktionsstillstand und in der Folge zu Zwischenaufträgen für die Do 335.<sup>75</sup> Die Firma Lorüners Erben in Nüziders mußte ihre Produktion für die Elektron in Thüringen infolge Materialmangels zur Hälfte einstellen.<sup>76</sup>

Vorarlberg bzw. der Bereich des Wehrkreises XVIII war bei Fehlplanungen in der Rüstung natürlich kein Einzelfall. Auch in anderen Gebieten kam es "aufgrund der Vorstellungen Hitlers und der Wehrmachtsführung" zu "oft chaotisch wechselnden Rüstungsprogrammen".<sup>77</sup>

Nur mehr wenige Produktionen funktionierten in den letzten Kriegsmonaten nach den Vorstellungen der zuständigen Behörden. Die Aktenlage ist für diesen Zeitraum sehr schlecht. In den wenigen noch vorhandenen Berichten über die Lage in den einzelnen Betrieben ist von zunehmenden Schwierigkeiten die Rede.

In dieser Situation gab es somit kaum noch Erfolgsmeldungen. Eine von ihnen erreichte das Rüstungskommando doch noch: Die Produktion der im Mai 1944 zur Firma Johann Schwärzler nach Hard verlagerten Berliner Firma G. Erich Götting arbeitete im Herbst 1944 bestens. Die Firma stellte "wirklichkeitsgetreue Modelle von Panzerwagen" her.<sup>78</sup>

## Resumee

Es kann festgehalten werden, daß die Fertigung von Munition und Waffen in Vorarlberg bis wenige Monate vor Kriegsende relativ gut funktionierte – vorausgesetzt die Belieferung mit Rohware klappte. In diesem Fall gelang es meist, die Sollziffern nicht nur zu erfüllen, sondern zum Teil erheblich zu übertreffen. Genaue Ausstoßziffern liegen leider nicht vor,<sup>79</sup> sodaß ein Vergleich mit anderen Regionen empirisch exakt nicht möglich ist. Immerhin aber können Detailzahlen herangezogen und verglichen werden.

So wurden im gesamten Gebiet der Rüstungsinspektion Salzburg (Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten, Steiermark und nordjugoslawische Regionen) im Jahre 1940 durchschnittlich 41.500 10,5-cm-Feldhaubitzengranaten gefertigt, allein 32.000 oder 77,1 Prozent davon in Vorarlberg.<sup>80</sup> In den folgenden Jahren ist die Bedeutung des Landes diesbezüglich etwa gleichgeblieben. Allerdings handelte es sich nur um Teilfertigungen.

Das "Rüstungswunder Speer" gab es – in kleinem Ausmaß – auch in Vorarlberg. Im Juli 1944 war das Deutsche Reich besser mit Kriegsmaterial ausgestattet als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt des Krieges. Seit der veränderten Strategie der Rüstungsplaner im Frühjahr 1942 konnte binnen zweieinhalb Jahren die Produktion von Flugzeugen, Waffen und Munition um mehr als das Dreifache, die Herstellung von Panzern um mehr als das Siebenfache gesteigert werden.<sup>81</sup>

Ab Herbst 1944 konnten die Vorgaben Speers aber nicht mehr erfüllt werden. Die weitere Versorgung der Truppen mit Rüstungs-

gütern bis 1945 klappte nur noch dank eines auch für Speer überraschend großen Vorrates an Einzelteilen in den Fabriken.<sup>82</sup>

In Vorarlberg gelang es einigen Firmen in den Jahren bis 1945, durch Rüstungsaufträge die Basis für eine erfolgreiche Entwicklung der Unternehmen in der Nachkriegszeit zu legen. Die Struktur der heimischen Wirtschaft wurde dadurch massiv verändert. Neben die bis 1938 praktisch ausschließlich dominierende Textilindustrie traten mit steigender Bedeutung die metallverarbeitende und die Elektroindustrie.

Diese Veränderung in der industriellen Landschaft zeigt eine Besonderheit: Teilweise wurde sie von den großen Textilunternehmen selbst betrieben. Sie versuchten, durch Diversifikation der Produktion – vor allem dem Einstieg in die Rüstungsproduktion – den Erfordernissen der Kriegswirtschaft gerecht zu werden.

### 7.3. Betriebsverlagerungen nach Vorarlberg

Die Struktur der Vorarlberger Industrie war für Verlagerungen reichsdeutscher Rüstungsfirmen oder Firmenteile günstig. Hier gab es kein eigentliches Industriezentrum und keine riesigen Firmen an einem einzigen Ort. Die meist relativ kleinen Firmen waren für die Luftwaffe der Alliierten nur schwer auszumachen und zu bombardieren.

Vorarlberg hatte schon vor den großen Verlagerungen im Zuge des Luftkrieges für reichsdeutsche Unternehmen einige Attraktivität. Bereits im Oktober 1939 suchte nämlich die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck in Vorarlberg fieberhaft nach geeigneten Gebäuden, um Produktionsstätten interessierter reichsdeutscher Firmen ins Land zu holen und die freien Arbeitskräfte mit rüstungswichtiger Fertigung zu beschäftigen. Man wurde schnell fündig.

Mit Schreiben vom 29. Oktober 1939 wurde der reichsdeutsche Industrielle J. Preh in Würzburg darüber informiert, daß in Vorarlberg zwei stillgelegte Firmen ausgekundschaftet worden seien, die seinen Vorstellungen für einen hier zu eröffnenden Zweigbetrieb entsprechen könnten. Zum einen war dies die ehemalige Textildruckerei des Samuel Jenny in Hard. Sie war allerdings schon 1913 stillgelegt worden, hatte aber gewaltigen Grundbe-

sitz (3 ha, 32 ar und 24 m<sup>2</sup>), und auch das große Fabriksgebäude (bebaute Fläche 1 ha, 25 ar) war noch zu gut einem Drittel sofort nutzbar. Außerdem war das Gelände günstig zu haben, wie indirekt dem Brief zu entnehmen ist:

„Die Besitzerin, Frau Jenny (Jüdin) wohnt noch in der auf der anderen Seite der Hauptstraße liegenden großen Villa, deren Park bis zum Bodensee reicht.“

Vom anderen Angebot, der ehemaligen Schuhfabrik Krafft in Bregenz, wird weiter unten noch zu reden sein. Schließlich betont die Wehrwirtschaftsstelle, daß ihr vom Tiroler Landesrat Linert auch das Gebäude der Firma Julius Maggi G.m.b.H. in Bregenz genannt worden sei, da die Schließung dieser Firma bevorstehe. Eine Vorsprache vor Ort habe zwar ergeben, daß von einer Stilllegung nicht die Rede sein könne, „vorsorglich“ werde aber die Größenordnung auch dieser Firma mitgeteilt.<sup>2</sup>

Nicht nur Mittel-, auch Großbetriebe drängten nach Tirol und Vorarlberg. Von Daimler-Benz wird im Zuge der großen Verlagerungsaktionen noch die Rede sein. Daneben gab es auch einen Plan der Leipziger Junkers-Werke vom Herbst 1941. Diese ließen über die Rüstungsinspektion Salzburg im Reichsgau Tirol-Vorarlberg – insbesondere im Raum Bregenz – geeignete Grundstücke von etwa 40 ha erkundschaften, um hier nach dem Krieg einen Zweigbetrieb zu errichten, der vor allem mit der Reparatur von Flugzeugmotoren und der Fertigung von Ersatzteilen hätte beschäftigt werden sollen. Der Arbeitskräftebedarf des Unternehmens wäre bei etwa 8.000 „Gefolgschaftsmitgliedern“ gelegen. Gauleiter Hofer wendete sich – wie auch in den meisten anderen Fällen – gegen die Ansiedlung des Betriebes in „seinem“ Gau.<sup>3</sup>

Die Friedrichshafener Dornierwerke wollten schon 1942 ihren gesamten Flugbootbetrieb nach Bregenz verlegen. Doch auch dieses Ansinnen wurde von der Prüfungskommission des Wehrkreises XVIII abgelehnt, da dieses Werk einen Arbeitskräftebedarf von 6.000 bis 8.000 Personen hatte und diese im Raum Vorarlberg wegen „Arbeiterentzug“ – wie es in den Akten heißt – nicht bereitgestellt werden könnten.<sup>4</sup>

Planmäßige Verlagerungsaktionen gab es im Deutschen Reich erst ab 1943. Angesichts der Entwicklung des Luftkrieges war diese Verlagerung besonders wichtiger Fertigungen, die vom Rüstungsamt Berlin zentral gesteuert wurde, eine unbedingte Not-

wendigkeit. Die Rüstungsinspektionen erhielten den Auftrag, zusammen mit den Landeswirtschaftsämtern und den Landesplanungsgemeinschaften geeignete Möglichkeiten zu erkunden und entsprechende Meldungen zu machen. Ein besonderes Hoffungsgebiet war dabei der Wehrkreis XVIII – mit Tirol-Vorarlberg –, der als "nicht stark luftgefährdet" angesehen wurde.<sup>5</sup>

Mit Kriegsverlauf nahmen die Verlagerungen in dieses Gebiet im allgemeinen, nach Vorarlberg aber im speziellen sehr zu. Norbert Schausberger führt für das Jahr 1943 insgesamt 34 reichsdeutsche Betriebe an, die wegen Luftkriegsgefährdung nach Österreich verlagert werden mußten – allein 13 davon nach Vorarlberg. Von den weiteren im Jahre 1944 insgesamt 16 nach Österreich verlagerten Betrieben kamen elf nach Vorarlberg.<sup>6</sup> Die Bedeutung des Landes als Verlagerungsgebiet war also außerordentlich groß, zumal – wie noch darzulegen sein wird – in Wirklichkeit wesentlich mehr Betriebe hierher verlagert wurden.

Dabei wurden diese Verlagerungen keineswegs in dem Umfang durchgeführt, wie das eigentlich geplant war. Es war regionalen Stellen durchaus möglich, erfolgreich auch gegen verlagerungswillige mächtige Konzerne aus dem Altreich aufzutreten. So beabsichtigte beispielsweise im Juli 1943 der Daimler-Benz-Konzern<sup>7</sup> in Stuttgart, einen Teil seiner Produktion in die Kammgarnspinnerei nach Hard zu verlegen. Durch den Einspruch der Rüstungsinspektion, des Rüstungskommandos, der Rüstungskommission und des Gauwirtschaftsberaters gelang es dann aber, den zuständigen "Sonderring Textilien" in Berlin zu einem negativen Entscheid zu bewegen:

"Es wird daher für Daimler Benz ein anderes Objekt ausgesucht werden müssen."<sup>8</sup>

Wie im folgenden noch deutlich werden wird, wirkte im Hintergrund der Luftwaffenbeauftragte Hermann Rhomberg wesentlich an dieser Entscheidung mit.

Die massiven Widerstände aus Vorarlberg hatten für die Rüstungsindustrie im südwestdeutschen Raum negative Auswirkungen. Nicht nur Hermann Rhomberg, die übrigen großen Textilunternehmer des Landes und Gauleiter Franz Hofer hatten sich massiv gegen eine allzu starke Verlagerung nach Vorarlberg ausgesprochen. Auch der Präsident der Industrie- und Handelskammer in Feldkirch, Dr. Harald Eberl, und sein Hauptgeschäftsführer, Dr. Hofer, wandten sich in einer persönlichen Vorsprache

beim Rüstungskommandeur in Innsbruck gegen die Errichtung neuer Rüstungsbetriebe in Vorarlberg. Die in Vorarlberg ansässigen Textilunternehmen befürchteten – so Eberl und Hofer – eine Schädigung ihrer Betriebe durch den zusätzlich entstehenden Bedarf an Arbeitskräften. Vom Rüstungskommandeur erhielten sie daraufhin die Zusage, daß die Vorarlberger Textilindustrie so weit wie möglich geschützt werde.<sup>9</sup>

Den Vorarlberger Großunternehmen waren insbesondere die Verlagerungen aus dem Altreich nicht recht. Dies hatte mehrere Gründe, auf die noch eingegangen wird. Die großen Textilunternehmer des Landes nutzten jedenfalls ihren nicht unbeträchtlichen Einfluß, um die Verlagerungen ins "Ländle" nicht allzu massiv werden zu lassen. Der Luftwaffenbeauftragte des Reichsluftfahrtministeriums, Hermann Rhomberg, behauptete in seinem Monatsbericht vom Juli 1943, daß der Wehrkreis XVIII, zu dem auch Vorarlberg zählte, bereits voll ausgelastet sei und weitere Verlagerungen nicht mehr möglich seien.<sup>10</sup> Schon im Monat zuvor hatte er darauf hingewiesen, daß sich Betriebe aus dem Altreich auf dem Umweg über die Verlagerungen auf Kosten der hier ansässigen Industrie ausweiten wollten. Es falle auf – so Rhomberg –, daß der Gau Tirol-Vorarlberg bei den Verlagerungswünschen im Vordergrund stehe, obwohl etwa in Südkärnten oder in der Steiermark noch genügend freie Kapazitäten vorhanden wären. Rhomberg in seinem Bericht weiter:

"Im Bereich des Rüstungskommandos Innsbruck sind nunmehr fast alle Möglichkeiten erschöpft, ich bitte daher den Industrie- rat und das RLM von weiteren Verlagerungen in dieses Gebiet abzusehen. Eventuell noch vorhandene freie Nutzflächen müssen der Rüstungsindustrie in diesem Gebiet reserviert bleiben. Auch benötigt die in diesem Gebiet zahlreich aufgenommene große Zahl bombengeschädigter Familien dringend Lagerräume für ihren mitgebrachten Hausrat. Wie der Angriff auf Friedrichshafen gezeigt hat, muß insbesondere Vorarlberg als erste Gefahrenzone angesehen werden, da der Zu- und Abflug der feindlichen Flugzeuge über dieses Gebiet erfolgte. Schon aus diesem Grunde warne ich eindringlich vor weiteren Verlagerungen, besonders in die Rheintalgegend. Die vom RLM vorge- sehene Verlagerung der Firma Daimler-Benz, Stuttgart, in die stillzulegende Kammgarnspinnerei in Hard a. B. halte ich aus diesem Grunde für eine glatte Fehlplanung. Der Betrieb liegt in

exponiertester Lage, direkt am Bodensee, und kann von allen Seiten eingesehen werden. Die Entfernung von der Schweiz beträgt nur einige 100 Meter“<sup>11</sup>.

Nicht nur von Rhomberg wurde eine mögliche Gefährdung durch die alliierte Luftwaffe und ausländische Geheimdienste gesehen. Auch Gauleiter Hofer hatte schon am 21. Jänner 1943 die Verantwortlichen für den Wehrkreis XVIII darauf hingewiesen, daß er Bedenken habe, „nach Vorarlberg Firmen mit einzigartiger Fertigung zu verlagern, weil durch die Grenznähe zur Schweiz der feindliche Nachrichtendienst schnellstens in Kenntnis gesetzt werden dürfte und diese Betriebe als Angriffsziel vom Gegner gewählt werden könnten“.<sup>12</sup>

Ein Jahr später, am 16. April 1944, wurden Gauleiter Hofer und Hermann Rhomberg vom Rüstungskommando Innsbruck indirekt widerlegt: Es zeige sich immer wieder, daß „wichtigste Fertigungen“, wie jene der Messerschmitt-Werke in Augsburg oder der Dornier-Werke in Friedrichshafen, „zu spät verlagert worden sind“. Die Suche nach geeigneten Räumen sei zu schleppend und unentschlossen durchgeführt worden, die Folge seien „in allen Fällen“ ungeheure Schäden durch „Feindeinwirkung“ gewesen.<sup>13</sup> Und nur drei Tage später heißt es:

„Das stark angeschlagene Stammwerk Friedrichshafen der Dornierwerke muß raschestens verlagern. Einige Fertigungen sollen auch nach Vorarlberg gelegt werden.“<sup>14</sup>

Knapp zwei Wochen später mußte auch die Zahnradfabrik aus Friedrichshafen in aller Eile Teile ihrer Produktion – nämlich die Fertigung des sogenannten „Fula-Gerätes“ (Telefunkenhorchgerät) – in die stillgelegte Klöppelei Fischer & Co. nach Wolfurt verlagern. Bestandteile für dieses Gerät waren schon zuvor von Konrad Doppelmayr in Wolfurt hergestellt worden. Zur selben Zeit verlegte die Zahnradfabrik auch ihre Versuchsabteilung nach Vorarlberg, in die stillgelegte Tubenfabrik Höll in Lauterach.<sup>15</sup> In die Klöppelei Fischer & Co. wurde übrigens wenig später auch ein Münchner Spezialbetrieb verlagert, die Firma Willi Müller, Apparatversuchsbau. Sie arbeitete in Wolfurt an einem Funkmeßprogramm.<sup>16</sup> Außerdem wurde zügig mit dem Ausbau der Höhlen im Steinbruch bei Hohenems begonnen, wohin bestimmte Fertigungen der Zahnradfabrik verlagert werden sollten.<sup>17</sup> In der Hutfabrik Sommer in Egg schließlich stand die umgehende Verlagerung der Firma Albrecht Jung aus Schalksmühle bevor, die dort eine Fertigung im Funkmeßprogramm aufziehen wollte.<sup>18</sup>

Reichsstatthalter und Gauleiter Franz Hofer stand – wie oben dargelegt – mit seiner These vom "stark luftgefährdeten" Gau Tirol-Vorarlberg im Gegensatz zum Rüstungskommando Innsbruck. Hofer verwies auf Meldungen in englischen Zeitungen und auf die Einfluglinien der alliierten Bombengeschwader nach Süd-Deutschland, die über das Gebiet Tirol-Vorarlberg führten:

"Aus diesen Gründen hält der Gauleiter Verlegungen von Rüstungsbetrieben in das Gebiet Tirol-Vorarlberg nur in besonders durch die Lage geschützten Fällen für vorteilhaft."<sup>90</sup>

Angesichts der Probleme, die durch den Luftkrieg in Westdeutschland entstanden waren, erwiesen sich die Argumente Hofers als ein Vorwand. Denn von einer starken Luftkriegsgefährdung seines Gaugebietes konnte – mit Ausnahme von Innsbruck – nicht gesprochen werden. Gerade für Vorarlberg war eher das Gegenteil der Fall. Die Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben, die auf das ganze Land verteilt waren und deshalb keine günstigen Ziele für die Luftwaffe der Alliierten boten, begünstigte insbesondere mit Fortdauer des Krieges die Verlagerung von reichsdeutschen Rüstungsbetrieben oder zumindest von Teilbetrieben nach Vorarlberg, aber – in weit geringerem Ausmaß – auch nach Tirol.

Es ist interessant, wer sich angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen in der Verlagerungspolitik durchsetzte. Das Kräfteverhältnis im Gau Tirol-Vorarlberg scheint zwischen der politischen Führung und den großen Wirtschaftsbetrieben einerseits und den militärischen Stellen andererseits in etwa ausgeglichen gewesen zu sein. Gerade für unseren Bereich aber läßt sich zeigen, daß sowohl Gauleiter Hofer als auch die Industriellen des Bereichs teilweise erfolgreich versuchten, Verlagerungen in dem von den militärischen Behörden geplanten Umfang zu verhindern. Kompliziert wird die Sache deshalb, weil sich bei einer Hauptperson ein Interessenkonflikt herauskristallisierte. Hermann Rhomberg war einer der bedeutendsten Unternehmer Vorarlbergs und als solcher gegen die Verlagerungen von reichsdeutschen Betrieben ins Land. Andererseits war er als "Luftwaffenbeauftragter des Wehrkreises XVIII" für diese Verlagerungen zuständig und hätte sie aktiv betreiben müssen. Man kann es vorwegnehmen: Das Hemd des Unternehmers saß ihm näher als der Rock der Militärs.

Vereinfacht war es so, daß die militärischen Stellen auf rasche und möglichst umfangreiche Verlagerungen drängten, während

ansässige Unternehmen und die Gauleitung von Tirol-Vorarlberg dies möglichst zu verhindern suchten. In Salzburg hingegen nahm der dortige Gauleiter eine völlig andere Haltung ein und versuchte das genaue Gegenteil: Salzburg sollte ein Industrieland werden.

Ein entsprechender Hinweis findet sich auch im Vierteljahres-Bericht des Rüstungskommandos Innsbruck vom 10. Juli 1943. Darin hält das das Rüstungskommando Innsbruck fest, die befohlenen Verlagerungsaktionen seien voll angelaufen. Dabei müsse aber Sorge getragen werden, daß die hierher – gemeint waren Tirol und Vorarlberg – verlagerten Betriebe mit den vorhandenen wirtschaftlichen Gegebenheiten und der wirtschaftlichen Struktur "wenigstens einigermaßen verträglich" seien:

"Im Gau Tirol-Vorarlberg arbeitete das Rüst. Kdo. dabei eng mit dem Amt des Gauwirtschaftsberaters der NSDAP zusammen, um wo irgend möglich den auf der besonderen wirtschaftlichen Struktur des Gaues fußenden Wünschen des Gauleiters entgegen zu kommen. Nach wie vor stand ja aus den bereits früher erwähnten Gründen der Gauleiter dieses Gaues dem Zuzug neuer Industrierwerke in das Gaugebiet Tirol-Vorarlberg im Rahmen der Verlagerungsaktion zurückhaltend gegenüber. Dagegen brachte der Gauleiter des Gaues Salzburg zum Ausdruck, daß er die Anreicherung seines Gaugebietes mit industriellen Unternehmungen begrüße und daher für Verlagerungszwecke alle irgendwie geeigneten Räume zur Verfügung stellen werde."<sup>20</sup>

Das Rüstungskommando war also in der Zwickmühle: Nach Vorarlberg und zum Teil auch nach Tirol hätte man in die großen Textilbetriebe sehr wohl mehr "luftgefährdete" reichsdeutsche Unternehmen verlagern können. Dem standen die wirtschaftlichen Interessen der politisch einflußreichen Unternehmer und der Widerstand von Gauleiter Hofer entgegen. Nach Salzburg wurde man zwar geradezu eingeladen, hier gab es aber kaum geeignete Baulichkeiten. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß sich in dieser Frage lange Zeit nicht die übergeordneten, sondern die regionalen Interessen durchsetzten. In den Fällen, die dem widersprachen, protestierte – zumindest bis Ende 1943 – mit dem Rüstungskommando Innsbruck sogar eine Heeresstelle. Diese wies darauf hin, daß sie jeden einzelnen Verlagerungs-

wunsch sorgfältig geprüft habe, damit Fehlgriffe vermieden würden.<sup>21</sup>

Zwei Beispiele sollen im folgenden die Interessenlagen der einzelnen Behörden bzw. Personen verdeutlichen. So plante der im Stammwerk ausgebombte Berliner Betrieb Erich Graetz Ende 1943 die Teilverlagerung seiner Produktion in die Kammgarnspinnerei Schoeller nach Bregenz. Für die Fertigung von Benzinförderpumpen sollten auf 8.000 m<sup>2</sup> insgesamt etwa 800 Arbeitskräfte beschäftigt werden, die zum größeren Teil aus Berlin nach Bregenz verpflichtet worden wären. Gauleiter Hofer und der Luftwaffenbeauftragte Hermann Rhomberg wandten sich entschieden gegen diese Pläne. Rhomberg im Jänner 1944:

„Die Berliner Dienststellen scheinen eine falsche Vorstellung von den Größenverhältnissen des hiesigen Gebietes zu haben. Vorarlberg hat insgesamt nur 150.000 Einwohner, davon entfallen auf Bregenz etwas mehr als 20.000. In Bregenz selbst ist schon eine erhebliche Anzahl von Luftwaffenbetrieben vorhanden, u. a. die Bayrischen Leichtmetallwerke, ein Entwicklungswerk von Dornier, ein Zweigwerk von Michel/Augsburg, Elektra, Electricus-Volta und andere. Es besteht kein Zweifel, daß ein neues Werk in diesem Umfange in jeder Hinsicht eine Belastung für die übrigen Betriebe bedeutet. Aus sachlichen Gründen erhebt daher die Gauleitung Einspruch gegen diese Verlagerung.“<sup>22</sup>

Der Luftwaffenbeauftragte referiert hier ausschließlich die Argumente der Gauleitung und macht sie zu seinen eigenen. Im Konfliktfall siegten bei Rhomberg offenkundig seine Unternehmerinteressen.

Im obigen Fall entschied übrigens im Februar 1944 der Chef des Rüstungsamtes in Berlin, General Waeger, gegen die Gauleitung und den Luftwaffenbeauftragten und ordnete die sofortige Verlagerung des Berliner Betriebes an. Rhomberg und der Gauleiter versicherten daraufhin, daß sie der Firma „jede nur mögliche Hilfe gewähren“ würden.<sup>23</sup> Diese Möglichkeiten aber waren offensichtlich beschränkt. Erst im Mai 1944 lief der Betrieb in Bregenz mit ganzen 100 statt den geplanten 800 Arbeitskräften an.<sup>24</sup>

Gegen lokale Potentaten konnten sich offensichtlich auch die Berliner Zentralstellen nur schwer durchsetzen. Ende Mai 1944 allerdings berichtet Hermann Rhomberg vom Bau von Baracken für etwa 1.000 „Gefolgschaftsmitglieder“ der Firma Graetz. Diese

Baracken sollten angeblich "in nächster Zeit" bezugsfertig sein.<sup>26</sup> Was aus diesen Plänen wurde, ist den vorliegenden Akten leider nicht mehr zu entnehmen.

Zur selben Zeit, als sich Gauleiter Hofer und Hermann Rhomberg gegen die Verlagerung der Firma Graetz nach Vorarlberg wandten – und damit sind wir beim zweiten Beispiel –, hatte der Luftwaffenbeauftragte gegen eine andere Verlagerung der Produktion nichts einzuwenden. Der "total bombengeschädigte" Betrieb Hermann Tückmantel aus Wuppertal-Elberfeld hatte seine Produktion nach Freising in Oberbayern verlagert, wo er aber keine Expansionsmöglichkeiten mehr hatte. Die zusätzliche Fertigung wurde nun von Rhombergs eigenem Betrieb, Franz M. Rhomberg, übernommen – in Eigenregie. Die zur Erzeugung von Isoliermaterial für Kabel sowie Gurten für Fallschirme notwendigen zusätzlichen 100 Arbeitskräfte wurden von Rhomberg beim Arbeitsamt angefordert. Im Monatsbericht heißt es zu dieser Produktionsverlagerung:

"Zwischen den beiden LW-Absteilungen der Rüstungsinspektionen München und Salzburg wurde in dieser Angelegenheit das Einvernehmen hergestellt."<sup>26</sup>

Gegen die Übernahme von Aufträgen in Eigenregie gab es von den hiesigen Stellen – insbesondere aber von Hermann Rhomberg – offenkundig keine Widerstände. Nur die Verlagerung von fremden Betrieben in den eigenen Zuständigkeitsbereich und damit unwillkommene Konkurrenz sollten verhindert werden.

Am 13. Mai 1943 berichtete der Luftwaffenbeauftragte Hermann Rhomberg über Schwierigkeiten, die infolge Rohstoffmangels in der Vorarlberger Textilindustrie entstanden seien. Als Ausweg aus dieser Situation schlug er vor, die betroffenen Textilfirmen sollten branchenfremde Rüstungsfertigung auf eigene Rechnung übernehmen. Die Innsbrucker Rüstungsinspektion aber war strikt dagegen:

"Diese Ansicht des Luftwaffenbeauftragten deckt sich nicht mit der Ansicht der RÜln, die es notwendigenfalls vorziehen würde, durch Zusammenlegung mehrerer Textilbetriebe die Fabrikationsräume einzelner Textilfirmen zur Gänze freizubekommen, um dorthin Verlagerungen aus bombengeschädigten Gebieten unter deren eigener fachmännischer Leitung zu verlegen."<sup>27</sup>

Das war für die Textilunternehmer des Landes natürlich eine gro-



Heimische Unternehmer konnten dank der Hilfe von Gauleiter Hofer (unten links bei einem Besuch der Firma F. M. Hämmerle) noch stärkere Verlagerungen nach Vorarlberg verhindern (rechts neben ihm Rudolf Hämmerle, hinten mit Uniform Kreisleiter Plankensteiner und Seniorchef Victor Hämmerle). In Zweigwerke von F. M. Hämmerle wurden Teilproduktionen der Dornier-Werke aus Friedrichshafen und des Rondo-Werks aus Schwelm in Westfalen verlagert. Im Bild oben die Firmenzentrale von F. M. Hämmerle in Dornbirn-Steinebach.

ße Gefahr. Schon im Februar 1943 wurden vom Rüstungskommando sechs Vorarlberger Betriebe gemeldet, die für "Sofortverlagerungen" in Frage kämen.<sup>28</sup> Doch nicht zuletzt wegen des örtlichen Widerstandes gingen die Verlagerungen anfangs nur sehr schleppend vor sich. So hatte es bis zum April insgesamt nur drei Verlagerungen in den gesamten Wehrkreis XVIII gegeben, eine davon in das Werk Mittebrunnen der Firma F. M. Hämmerle, das seit 1. März 1943 für das Rondo-Werk aus Schwelm in Westfalen bereitstand.<sup>29</sup>

Wie erwähnt, führt Norbert Schausberger für die Jahre 1943 und 1944 insgesamt 50 reichsdeutsche Betriebe an, die wegen der Luftkriegsgefährdung nach Österreich verlagert werden mußten, allein 24 davon nach Vorarlberg.<sup>30</sup> In den vorhandenen Akten aber scheinen noch wesentlich mehr Firmen auf, die hierher verlagert wurden bzw. Zweigwerke eröffneten. Berücksichtigt man auch diese Quellen, so lassen sich für Vorarlberg folgende Verlagerungen nachweisen:

#### Übersicht über die nach Vorarlberg verlegten Betriebe<sup>31</sup>

Betrieb	Verlegt nach	Zeitpunkt	Fertigung
1. Dennert & Pape Hamburg-Altona	Suchard A. G. Bludenz	Mai 1943	Navigationsgeräte für die Luftwaffe
2. Rondo-Werk, Schwelm/Westfalen	F. M. Hämmerle/ Mittebrunnen	Juni 1943	Tiefensteuer und Zündpistolen für Lufttorpedos
3. Kürbi & Niggeloh Radevormwald in Westfalen	German Rauch Rankweil	Juni 1943	Geschosse, Zünder für Flakmunition
4. Bröckelmann, Jäger & Busse, Neheim	Amann Nenzing	August 1943	Geschoßzünder
5. Dornier-Werke Friedrichshafen	Schuhfabrik Krafft Bregenz	November 1939	Flugzeugteile, Konstruktionsbüro
6. Dornier-Werke, Friedrichshafen	F. M. Hämmerle Fischbach	Frühjahr 1940	leichte Flugzeug- teile
7. Dornier-Werke, Friedrichshafen	F. M. Rhomberg Dornbirn	Juni 1943	Leitwerkteile und und anderes mehr

8. Dornier-Werke, Friedrichshafen	Sägewerk in Sulz	Frühjahr 1944 (?)	Montage der Flug- zeugrümpfe Do335
9. Flugzeugbau Kittel- berger, Höchst	Schoeller Bregenz	Juni 1943	Holzteile für die Dornier-Werke
10. Josef Kleinsorg Mönchengladbach	J. Scheffknecht Lustenau	Juli 1943	Versuchsanlage
11. Gebrüder Sievers Wuppertal-Barmen	S. Jenny Hard	Juni 1943	Vorrichtungsbau
12. Funkstrahl Berlin	Getzner, Mutter & Cie., Bludenz	Juli 1943	Zünder für Eierhandgranaten
13. Elektron & Co. Stuttgart-Cannstadt	Ing. R. Kastner Thüringen	August 1943	Flugzeugräder, Bremsen u. a. m.
14. Stephan, Osthofen	Schindler & Co. Kennelbach/Liebenstein		Sitzringe für Armaturen
15. Karl Josef Otten Mönchengladbach	Josef Otten Hohenems		unbekannt
16. L. Jörissen & Co. Mönchengladbach	Josef Otten Hohenems		Enteisungsanlagen
17. Willi Forßmann Wuppertal-Barmen	Ganahl, Frastanz	1943	Erzeugung von Forßmann-Holz
18. Kirberg & Co. Wuppertal-Barmen	Ganahl, Frastanz	1943	Rohstoffverar- beitung
19. Ernst Halfmann Eberfeld	Seidenweberei Bregenz		Bandweberei und Flechtartikel
20. Bayrische Leichtmetallwerke München	Oberhänsli Lochau	April 1941	Ventile für Flugmotoren
21. Carl Haas Spramberg	Rankweil	1944	Alu-Spiralen für Aufschlagzünder
22. Michel-Werke Augsburg	Strickerei Alpina Bregenz	Frühjahr 1941	Reihenstecker
23. Albrecht Jung Schalksmühle	Hutfabrik Egg	Sommer 1944	Funkmeß- programm

24. Fahrradfabrik Friedrichshafen	Tubenfabrik Höll Lauterach	April 1944	Versuchsablei- lung
25. Fahrradfabrik Friedrichshafen	Klöppelei Fischer, Wolfurt	April 1944	Telefunkenhorch- gerät
26. H. Neumann Berlin	Josef König & Co. Lustenau	März 1944	Funkmeßfertigung
27. Erich Graetz A. G. Berlin	Schoeller, Bregenz	Frühjahr 1944	Benzinförderpum- pen
28. Hubers Erben Götzis	Weberei Schlins J. G. Reis	1943	Flugzeugfertigung
29. Hubers Erben Götzis	Degerdon & Co. Gais	1943	Abwurfbehälter für die Luftwaffe
30. Willi Müller München	Tubenfabrik Höll Lauterach	August 1944	Funkmeß- programm
31. Ludwig Rigger Dornbirn	Weberei Wilhelm Scheffknecht, Dornbirn	1943	Granaten
32. G. Erich Götzling Berlin	J. Schwärzler Hard	Mai 1944	Panzermodelle
33. C. A. Steinheil Söhne München	A. Wild & Co. Lustenau	Herbst 1939	Bombenabwurf- vorrichtungen, optische Geräte Nährmittel
34. Lucia und Hermann Göring, Leipzig (Dresden?)	Weberei I. G. Reis Hohenems		
35. Hans Bäumlner Mannheim	Hohenems	1943/44	Uniform- schneiderei
36. Rengo G. m. b. H. Wien	Silbertal		Textilunternehmen
37. R. Horais,	Feldkirch		
38. Malin & Co.	Rankweil		Kleiderfabrik
39. Electricus- Volta, Bregenz	Seidenspinnerei BoB, Bregenz		Flugmotorenprüf- stände, Granaten

40. Zeppelin- Luftschiffbau	Textilwerke Schindler Kesselbach		
41. Zahnradfabrik Friedrichshafen	Stollen bei Hohenems	Frühjahr 1944	Motoren, Getriebe
42. Hagl & Schmid, München	Stillgelegte Weberei in Hohenems		Chemische Produkte

Von den in dieser Zusammenstellung angeführten insgesamt 42 Verlagerungen bzw. Betriebsverlegungen nach und in Vorarlberg kamen 37 von auswärts, die restlichen fünf Verlagerungen wurden von Vorarlberger Betrieben innerhalb des Landes selbst durchgeführt.

Welche Motive hatten nun die reichsdeutschen Betriebe, so massiv in die Ostmark zu drängen? Ein Schweizer Geheimdienstbericht aus dem Jahre 1943 gibt einen interessanten Hinweis, weshalb sich die Verlagerungsabsichten besonders ab 1943 derart verstärkten und die reichsdeutschen Industriellen dem nicht nur bereitwillig zustimmten, sondern die Verlagerungen auch förderten:

„Die neuestens zu beobachtende Bereitwilligkeit der deutschen Industriellen, ihre Werke oder Zweige derselben in die Ostmark zu verlegen, gründet nicht nur auf dem Willen zur Aufrechterhaltung der Kriegsproduktion. Die deutschen Unternehmer wissen natürlich genau, daß ihre Fabriken von den alliierten Bombern heute auch in der Ostmark gefunden und erreicht werden. Die mühsame Evakuierung nach der Ostmark hat erst von dem Augenblick an Auftrieb bekommen, als die Herren zur Erkenntnis kamen, daß Deutschland den Krieg nicht mehr gewinnen wird. Daß es diesen auch zu bezahlen habe, darüber besteht bei diesen geschäftstüchtigen Wirtschaftlern kein Zweifel. Ihr Trachten geht jetzt dahin, die Gelegenheit nützend, sich den zu erwartenden Folgen des verlorenen Krieges rechtzeitig und nach bester Möglichkeit zu entziehen. Erwogen wird dabei, daß sich nach dem Zusammenbruch die Ostmark wieder von Deutschland trenne. Des ferneren nimmt man an, daß die Ostmark seitens der Siegerstaaten als deutscherseits vergewaltigtes Land behandelt, also selbst im ungünstigsten Fall nicht in dem Ausmaß des Altreiches zur Begleichung der Zeche herangezogen werde. Nicht außer Acht gelassen wird

ferner, daß die Ostmark das Mitleid und aus diesem wachsend die Sympathie der Welt genießen wird.“<sup>32</sup>

Wahrlich prophetische Worte des Schweizer Geheimdienstes Hausamann – zumal drei Monate vor der “Moskauer Deklaration” der Alliierten, in der Österreich dann tatsächlich die Rolle des Opfers zugeschrieben wurde. Weiter heißt es im zitierten Bericht:

“Die Rechnung der deutschen Fabrikanten geht nun dahin, daß es leichter sei, von der eines Tages bemitleideten Ostmark aus den Anschluß an den Welthandel wieder zu gewinnen. Kalkuliert wird ferner, daß ein ostmärkisches Unternehmen im Zuge des Wiederaufbaus Europas widerspruchsloser, ohne Auflagen, wie sie für die Industrie des Altreiches unvermeidlich sind, an Lieferungen werde teilhaben können. Endlich: Da die Ostmark aller Voraussicht nach auf ein Sonderregime rechnen kann, werden auch die Steuern und Abgaben geringer sein, als sie für die Wirtschaft des Altreiches in Aussicht stehen. Es verbleibt dem Produzenten also ein höherer Ertrag, als er in Deutschland zu erhoffen ist.“<sup>33</sup>

Die Aussagen des Schweizer Geheimdienstbüros werden – zumindest indirekt – von deutschen Rüstungsstellen bestätigt. Diese wiesen nämlich bereits im Juli 1943 auf die Tatsache hin, daß viele reichsdeutsche Betriebe auch dann in Gebiete der Ostmark verlagern wollten und verlagerten, wenn hierzu absolut keine rüstungswirtschaftliche Notwendigkeit bestünde. Oft würden dabei sogar die zuständigen Stellen übergangen:

“Trotzdem mußte leider festgestellt werden, daß es entgegen den vom Rüstungsamt für die Verlagerungen erlassenen Verfahrensvorschriften in einigen Fällen Verlagerungswerbern gelang, zentrale Stellen zu Entscheidungen zu bestimmen, ohne vorher das Rüst. Kdo. dazu zu hören. Es mußte weiters festgestellt werden, daß es sich nicht in all den zur Verlagerung von zentralen Stellen vorgesehenen Fällen um bombengeschädigte oder besonders gefährdete Werke handelte, sondern daß auch Bestrebungen zur sicheren Kapitalanlage und Ausweitung von Fertigungen maßgebend waren.“<sup>34</sup>

Viele Unternehmer wollten sich offensichtlich in Anbetracht der zu erwartenden Niederlage in die Ostmark retten, um hier in einem von den Alliierten sicher milder behandelten Gebiet günstigere Startbedingungen zu haben.

Es überrascht daher nicht, daß der Druck aus dem Altreich auch in den Monaten bis Kriegsende anhielt. Dies trotz der Tatsache, daß das der heimischen Wirtschaft lange Zeit offensichtlich günstig gesonnene Rüstungskommando Innsbruck bereits am 30. August 1943 meldete, die im Gaugebiet Tirol-Vorarlberg zur Unterbringung bombengeschädigter oder -bedrohter Firmen bereitgestellten Räumlichkeiten seien bereits zur Gänze belegt:

„Da auch im Gau Salzburg kaum mehr bedeutendere Räumlichkeiten für derartige Zwecke zur Verfügung stehen, ist die Verlagerungsaktion für den hiesigen Rüstungsbereich insofern als abgeschlossen anzusehen, als keine neuen Verlagerungsplanungen mehr in Arbeit genommen werden können.“<sup>35</sup>

Das allerdings war mehr ein frommer Wunsch der Innsbrucker Stelle. Denn auch in der Folge ging die Verlagerungsaktion – nun eben gegen den Widerstand der hiesigen Machthaber – weiter.

Der Luftwaffenbeauftragte Hermann Rhomberg faßte die Situation für seinen Zuständigkeitsbereich im Juli 1943 zusammen. Er bezog sich dabei ausschließlich auf Textilbetriebe, in denen es nun textilfremde Fertigungen gab. Von insgesamt zehn betroffenen Textilfirmen befanden sich acht in Vorarlberg:

- die Michelwerke Augsburg in der Strickerei Alpina in Bregenz,
- die Dornbirner Munitionsfirma Rigger in der Weberei Wilhelm Scheffknecht in Dornbirn,
- die Dornier-Werke Friedrichshafen in der stillgelegten Färberei von F. M. Hämmerle in Dornbirn,
- die Rondo-Werke aus Schwelm/Westfalen in der stillgelegten Weberei Mitzebrunn von F. M. Hämmerle,
- die Höchster Flugzeugwerke Kittelberger in einer ehemaligen Klöppelspitzfabrik,
- das Schlinser Werk der Götzner Firma Hubers Erben in den Räumen der stillgelegten Weberei Schlins der Firma J. G. Reis (Hohenems),
- Kürbi & Niggeloh aus Radevormwald/Westfalen im stillgelegten Betrieb von German Rauch in Rankweil,
- die Firma Mahle KG aus Fellbach/Stuttgart (in Wirklichkeit wurde diese Verlagerung dann von der Firma Elektron durchgeführt) in der stillgelegten Baumwollweberei und -spinnerei Ing. R. Kastner & Cie. in Thüringen.<sup>36</sup>

Warum es übrigens nicht zur Verlagerung der Stuttgarter Firma

Mahle Ges.m.b.H. in die Gebäude des Unternehmens Kastner nach Thüringen gekommen ist, läßt sich aus den vorliegenden Akten nicht entnehmen. Die zuständigen Rüstungskommandos in Stuttgart und Salzburg sowie der Gauwirtschaftsberater von Tirol-Vorarlberg und schließlich auch das Ministerium in Berlin hatten jedenfalls ihr Einverständnis bereits erteilt. Im Berliner Ministerium hielt man zudem in einem Aktenvermerk für den zuständigen Ministerialrat fest, daß es in diesem Falle nicht – wie sonst üblich – zu einer Beteiligung der Firma Kastner an der künftigen Produktion kommen solle:

„Eine Beteiligung der Firma Kastner scheidet deshalb aus, weil der Gau Tirol-Vorarlberg aus politischen Erwägungen heraus ein Wiederaufkommen dieser Firma, deren Besitzer Halbjude ist, ablehnt.“<sup>37</sup>

Generell gingen die Verlagerungen ab 1943 mit Hochdruck weiter. Schon im August oder im September 1943 dürften Räumlichkeiten der Firma Carl Ganahl in Feldkirch und Frastanz an die Firmen Forßmann A.G. und Kirberg & Co. aus Wuppertal vermietet worden sein. Aus einem Aktenvermerk des „Sonderrings Textilien“ geht dies jedenfalls hervor. Die durch das Reichswirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Reichsministerium für Bewaffnung und Munition angeordnete Verlagerung ermöglichte die Produktion von Gegenständen aus Festholz in Vorarlberg, die als Ersatz für solche aus Metall dienten.<sup>38</sup>

Im Februar 1944 schloß dann die bereits erwähnte Firma Graetz AG in Berlin mit der Bregenzer Textilfirma Schoeller eine Vereinbarung, wonach in Bregenz für das ausgebombte Berliner Unternehmen etwa 7.500 m<sup>2</sup> Produktionsfläche bereitzustellen waren. Auf den verbleibenden 7.000 m<sup>2</sup> konnte Schoeller die laufenden Textilaufträge weiterproduzieren.<sup>39</sup> Schon im Juli 1943 war die Kammgarnspinnerei Schoeller von den Dornier-Werken zumindest teilweise für ihre Produktion beansprucht worden. Da die Firma Schoeller aber schon ein Zweigwerk in Stabelwitz für Verlagerungen zur Verfügung hatte stellen müssen und die Betriebsfläche in Bregenz für die damals in Gang befindliche Konzentration der textilen Fertigung dringend benötigte, lehnte der „Sonderring Textil“, der hier ein Mitspracherecht hatte, das Ansuchen ab.<sup>40</sup>

Ein halbes Jahr später aber konnte offensichtlich die Firma Graetz die Verlagerung dennoch durchführen. Sie fand sich in



In die Baumwollspinnerei und Weberei Kastner in Thüringen wurde im August 1943 der Stuttgarter Betrieb Elektron verlagert. Die zuständigen Stellen waren an der Weiterexistenz dieses Betriebes aus "politischen" Gründen nicht interessiert; Der Besitzer war "Halbjuden".

Bregenz schnell zurecht. Im Mai 1944 begann das Unternehmen mit seiner Fertigung. Die Firma führte zur Tarnung den Namen "Wollgarnspinnerei Schoeller, Betrieb B".<sup>41</sup> Am 5. Mai 1944 waren bereits hundert Arbeiter an ebensovielen Maschinen tätig, der Zuzug weiterer Arbeitskräfte war nach Bereitstellung entsprechender Unterkünfte geplant.<sup>42</sup>

Im März 1944 kam es zu einem Abschluß zwischen der Berliner Firma Neumann und dem Lustenauer Betrieb Josef König & Co. In Lustenau sollte demnach künftig die Funkmeßfertigung durchgeführt werden. Die Notwendigkeit dieser Verlagerungen wurden vom Rüstungskommando als "angeblich" bezeichnet.<sup>43</sup> Zwischen den Firmen Neumann und König entstanden in der Folge erhebliche Differenzen, sodaß das Rüstungskommando alle Hände voll zu tun hatte, um "im Interesse der Fertigung nunmehr endlich eine Bereinigung dieser Angelegenheit zu erzwingen".<sup>44</sup>

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlich und politisch Mächtigen des Gaves Tirol-Vorarlberg gegenüber

den Zentralstellen die Notwendigkeit der vielen Verlagerungen in ihr Gagebiet des öfteren anzweifeln. Weniger bezweifelt wurden die immer weitergehenden Verlagerungen der durch Zerstörungen im Reich arg angeschlagenen Dornier-Werke von Friedrichshafen nach Bregenz und der Michel-Werke von Augsburg ebenfalls nach Bregenz.<sup>45</sup>

Aus den Akten des Reichsluftfahrtministerium vom Juni 1944 lassen sich für die wichtigsten nach Vorarlberg verlagerten Betriebe folgende Beschäftigtenzahlen errechnen:<sup>46</sup>

Betrieb	Beschäftigtenzahl Anfang Juni 1944
Bayrische Leichtmetallwerke, Lochau	556
Dornier G. m. b. H., Bregenz	450
Dornier G. m. b. H., Bregenz-Klausmühle	314
Graetz A. G., Bregenz	1.000
Michelwerke, Bregenz	393
Gebrüder Sievers, Hard	172
Elektron, Thüringen	183
Steinheil Söhne, Lustenau	271
Rondowerke, Dornbirn	203
Kürbi & Niggeloh, Rankweil	160
Electricus-Volta (in der Seidenspinnerei Boß)	172

Schon im Sommer 1944 arbeiteten somit allein in den größeren nach Vorarlberg verlagerten Betrieben etwa 4.000 Arbeitskräfte. Dabei sind Verlagerungen in bestehende Betriebe unter deren Regie in dieser Aufzählung ebensowenig berücksichtigt wie die Masse der hierher verlagerten Klein- und Mittelbetriebe.

### **Auswirkungen auf die Nachkriegswirtschaft**

Im Zuge des Zweiten Weltkrieges und vor allem seiner Endphase, des "totalen Krieges", wurden also zahlreiche mittlere und kleine reichsdeutsche Rüstungsbetriebe in das "Textilland" Vorarlberg verlagert. Obwohl viele dieser Betriebe ihre hiesigen Produktionsstätten nach 1945 wieder schließen mußten, wurde dadurch eine bemerkenswerte Veränderung der Industriestruktur des Landes

herbeigeführt. So waren von den 44 Industriebetrieben der Bereiche Eisen- und Metallverarbeitung, Maschinenbau und Elektroindustrie des Jahres 1950 lediglich 20 schon vor 1938 tätig gewesen. Insbesondere die größeren nach Vorarlberg verlagerten Betriebe hatten allerdings ihre Produktion nach 1945 durch die veränderte Nachfrage und die von der Besatzungsmacht durchgeführten Demontagen radikal einschränken oder sogar einstellen müssen.

Während von den einst fast 600 Beschäftigten der Bayrischen Leichtmetallwerke am 31. Dezember 1949 noch ganze 32 arbeiteten (5,5%), waren es bei den Michelwerken 46 von ehemals 552 (8,3%) und bei der Firma Graetz 63 der ehemals 771 beschäftigten Personen (8,2%). Die Dornierwerke, die kurz vor Kriegsende noch 787 Personen beschäftigten, hatten ihre Fertigung völlig einstellen müssen. Dasselbe gilt für die Firmen Gebrüder Sievers mit ehemals 227 Beschäftigten, das Rondo-Werk mit 237 Beschäftigten, Kürbi & Niggeloh mit 228 Beschäftigten und die Firma Steinheil & Söhne, die 1945 in Lustenau noch 302 Personen in ihren Werken hatte arbeiten lassen. Dieses Unternehmen nützte nach den Demontagen jedoch die Gunst der Stunde und wechselte den Standort auf die andere Seite des Rheins, wo es einen Zweigbetrieb der Firma Heinrich Wild in Heerbrugg übernahm und großzügig ausbaute.<sup>47</sup>

Es kann festgehalten werden, daß Vorarlberg schon vor den eigentlichen Verlagerungsaktionen im Zuge des Luftkrieges ab dem Jahre 1943 für reichsdeutsche Unternehmen attraktiv war. Die im Vergleich zum Reich großen Arbeitskraftressourcen dürften – wie auch in der übrigen Ostmark – hierfür den Ausschlag gegeben haben.

Die dezentrale Struktur der Textilindustrie und die vielen im Zuge des Krieges freigewordenen textilen Produktionsstätten erhöhten die Attraktivität des Landes für deutsche Rüstungsfirmen. Spekulationen einiger Rüstungsunternehmer – wie dies aus schweizerischen Geheimdienstberichten deutlich wird – über die Nachkriegsentwicklung dürften in diesem Zusammenhang ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Ein wiederhergestelltes Österreich würde von den Siegermächten sicher kulanter behandelt werden als Deutschland.

Die Folge war, daß sich insgesamt 37 auswärtige Unterneh-

men in Vorarlberg ansiedelten bzw. hier Produktionsstätten aufbauten – weit mehr als in anderen Regionen.<sup>48</sup>

Für die Nachkriegsentwicklung brachte diese Entwicklung große Vorteile, da zumindest ein Teil der Betriebe den neuen Standort nicht aufgab. Michael Geyer spricht in diesem Zusammenhang von einer "Industrialisierung der Provinz" im Zuge des Zweiten Weltkrieges. Allein die Firma Messerschmitt hatte insgesamt 98 Unterlieferanten. 82 Prozent dieser Firmen waren Klein- und Mittelbetriebe mit bis zu 250 Beschäftigte; meist in kleineren Industriestädten:

"Hier erreichte die (Re-)Industrialisierung der Provinz ihren ersten Höhepunkt, die für den wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik, aber auch der DDR von entscheidender Bedeutung werden sollte. Sie wurde durch die Zuführung ausländischer Arbeitskräfte ermöglicht und durch beschlagnahmtes Kapital und Zwangskontributionen finanziert. Messerschmitt (sic) saß natürlich am Ende des Zweiten Weltkrieges auf seiner Flugzeugproduktion. Doch die Unterlieferanten waren im Unterschied zu Messerschmitt (sic) flexibel."<sup>49</sup>

Eine ähnliche Entwicklung, wie sie hier beschrieben wird, hat sich auch in Vorarlberg vollzogen. Man kann hier zwar nicht von einer Industrialisierung oder gar Re-Industrialisierung sprechen, sehr wohl aber von einer Verbesserung der industriellen Struktur. Die massive Verlagerung leistungsfähiger deutscher Klein- und Mittelbetriebe der metallverarbeitenden, der Elektro- und Bekleidungsindustrie ab Frühjahr 1943 wurde 1945 nur zum Teil wieder rückgängig gemacht. Einige Betriebe blieben im Land, wie im Anhang gezeigt wird.

## 7.4. Diversifikation der Produktion und Firmenübernahmen

In Vorarlberg gab es während des Zweiten Weltkrieges eine deutliche Veränderung der industriellen Struktur des Landes: Die Bedeutung der Textilindustrie schrumpfte zugunsten fast aller anderen Wirtschaftsbereiche, vor allem aber der Eisen- und Metall- sowie der Bekleidungsindustrie. Ein Indikator dafür sind die Beschäftigtenzahlen.

Von dieser Entwicklung haben neben den eingesessenen Betrieben der entsprechenden Branchen auch die Eigentümer der großen Textilfirmen profitiert: durch Diversifikation der Produktion und durch den Aufkauf bzw. die Gründung von Betrieben dieser Industriebereiche.

Typisches Beispiel für eine Übernahme ist die Erwerbung der Rüschi-Werke durch die Firmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg.

Die Rüschi-Werke in Dornbirn – sie hießen damals "Max Wehinger & Co." – waren eines der ältesten Industrieunternehmen des Landes. Das vom Schweizer Josef Ignaz Rüschi 1827 als Hammer-schmiede gegründete und bereits ab 1830 auch als Maschinenbauunternehmen tätige Werk war ursprünglich vor allem auf Wasserkraftanlagen spezialisiert. 1928 ging das Werk an die Firma Max Wehinger & Co. über. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges florierete das Unternehmen nicht: Der Bedarf an entsprechenden Produkten war in Vorarlberg nicht groß genug. Das – so hoffte der Eigentümer – sollte sich mit Kriegsbeginn ändern.

Im September 1939 fand eine Besichtigung des Gießerei-Betriebes durch die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck statt, bei der es um eine mögliche Fertigung von Güssen aus Magnesiumlegierungen ging. Vorangegangene Versuche mit Leichtmetall- und Silumingüssen waren fehlgeschlagen. Der Firmenchef wollte daher den Einstieg in eine andere Produktion wagen – etwa in die Herstellung von Feldbahn-Gerät!

Im Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Innsbruck wird im April 1941 vermerkt, der Betrieb sei "voll mit Wehrmichtsaufträgen ausgelastet".<sup>2</sup> Die Firma sah das anders und wollte mehr Aufträge. Über die Ursachen dieser Auffassungsunterschiede ist den vorliegenden Akten leider nichts zu entnehmen.

Eine mögliche Erklärung bietet allerdings ein Aktenvermerk des Rüstungskommandos aus dem September 1941. Darin werden zuerst die "ausgezeichnet geführten" Dornbirner Textilunternehmen – insbesondere die Firmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg – gewürdigt. Anschließend wird auf die mögliche Einbindung dieser und anderer Firmen in das "große Luftrüstungsprogramm" Bezug genommen. Schließlich heißt es in diesem Schriftstück:

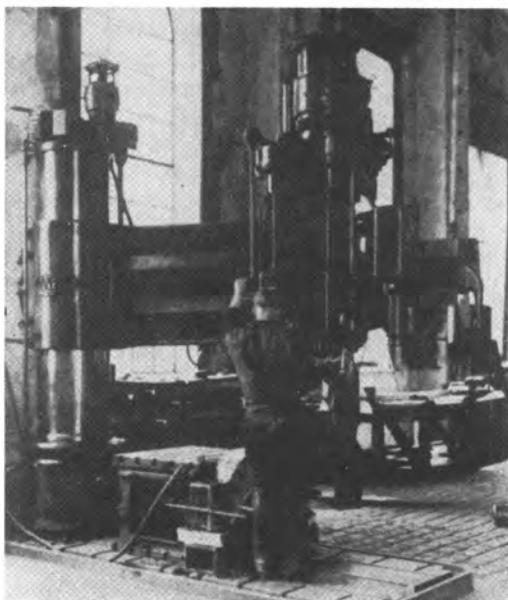
"Im Zusammenhang damit interessieren sich die Firmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg auch für den Betrieb Max

Wehinger & Co., Dornbirn. Dieser Betrieb böte große Möglichkeiten für eine metallverarbeitende Fertigung, sofern er eine neuzeitlich eingestellte und kapitalkräftige Führung erhielte. Die beiden genannten Firmen unterhalten z. Zt. mehrere nicht unbedeutende mech(anische, HW) Werkstätten für den eigenen Bedarf, die zum Teil schon für Unterlieferungen (hauptsächlich für Dornier) belegt sind. Diese Werkstätten könnten aufgelassen und die Maschinen und Arbeiter rationell bei Wehinger vereinigt werden. Ein Stamm von Facharbeitern wäre damit gesichert, Anlernkräfte würden aus der Textil-Umstellung frei.<sup>3</sup>

Der Firmeninhaber Max Wehinger war mit diesen Plänen ganz und gar nicht einverstanden. Er verwies – nicht zu Unrecht – darauf, daß er bei entsprechender Unterstützung genau dasselbe leisten könnte wie die beiden Textilfirmen. Auch anderen Vorarlberger Betrieben wurde vom Rüstungskommando finanziell geholfen. Wehinger meinte weiter, daß er die Firma durch zwanzig "schlechte Jahre" unter größten Opfern gehalten habe und sie jetzt – angesichts großer Expansionsmöglichkeiten – nicht freiwillig abtreten werde.

Doch gegen die Macht der beiden Vorarlberger Textilgiganten konnte er nur wenig ausrichten. F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg betrauten den Rechtsanwalt Dr. Harald Eberl, er war gleichzeitig Präsident der Vorarlberger Handelskammer und somit der neben Hermann Rhomberg wohl einflußreichste NS-Wirtschaftsfunktionär des Landes – mit der Wahrnehmung ihrer Interessen.<sup>4</sup>

Schon in den Monaten zuvor war es immer wieder zu erheblichen Differenzen zwischen dem Rüstungskommando in Innsbruck und der Firma Wehinger gekommen. Ein Auftrag zur Reparatur verschiedener Drehbänke war angeblich nicht zur Zufriedenheit der Militärs erledigt worden, weshalb von der Firma ein Nachlaß verlangt wurde. Dabei war auch diese Angelegenheit keineswegs eindeutig gewesen, denn Wehinger hatte gegen den Bescheid protestiert. Daraufhin überprüfte eine zweite Kommission die Angelegenheit und gab ihm völlig recht. Es brauchte eine dritte Kommission, die wiederum schuldhaftes Verhalten der Firma feststellte und Wehinger zur teilweisen Zurücknahme seiner Forderung in der Höhe von 5.000,- Reichsmark veranlaßte. Als Hauptmann Kiechel vom Rüstungskommando Innsbruck am



Zwei Bilder aus der großen Montagehalle der Rüscher-Werke. Dieser größte Voralberger Rüstungsbetrieb wurde 1941 von den Textilfirmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg übernommen.

26. März 1941 die Firma inspizierte, ging er auch dieser Sache nach und hielt schließlich in seinem Bericht fest:

„Auf die Frage, warum er sich damit (mit dem Bescheid der dritten Kommission, HW) einverstanden erklärt habe, antwortete Wehinger, er könne gegen militärische Behörden nicht auftreten und müsse mit sich umspringen lassen, wie es der Wehrmacht beliebt.“<sup>6</sup>

Das Kriegstagebuch hielt fest, daß durch das „Gegeneinanderarbeiten“ der drei mit „der Restabgeltung Wehinger befaßten Kommissionen ... zweifellos ein Prestige-Verlust eingetreten“ sei, der in Zukunft vermieden werden müsse.<sup>6</sup> Es gab seitens der untersuchenden „Gruppenleitung Luftwaffe“ innerhalb des Rüstungskommandos aber offensichtlich Interessen, die höheren Stellenwert hatten als das Prestige dieser Behörde. Vermerkt werden muß dabei, daß mit Hermann Rhomberg ein Interessierter an der Firma Wehinger zugleich auch Luftwaffenbeauftragter des Reichsluftfahrtministeriums war.

Im Dezember desselben Jahres war es soweit: Wehinger verkaufte seinen Besitz. Über die konkreten Verhandlungen zwischen ihm und dem Rechtsvertreter der Firmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg ist aus den vorliegenden Quellen leider nichts zu entnehmen. Das Kriegstagebuch des Rüstungskommandos vermerkt am 19. Jänner 1942, daß die „Rüsch-Werke“ zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärt worden seien und von der Luftwaffe „mit Beteiligung des Heeres“ betreut würden. Daraus kann geschlossen werden, daß der Betrieb bereits von den beiden Textilfirmen übernommen worden war.<sup>7</sup>

Am 7. Februar 1942 heißt es im Kriegstagebuch:

„Die neuen Inhaber der Rüsch-Werke Dornbirn, Franz Hämmerle und Hermann Rhomberg, teilen anläßlich einer Vorsprache beim RÜ. Kdo. näheres über die Entwicklung und Auftragslage der von ihnen erst kurz erworbenen Fertigungsstätte mit: Bei einer Gefolgschaft von etwa 200 Arbeitskräften liegen Aufträge der Maschinenfabrik Weingarten, der MAN-Werke (Panzerräder), der Fa. Kühnle, Kopp und Kausch (Turbinengehäuse) vor. Bei der Durchführung des direkten RLM-Auftrages auf Schützenstände hatte die Firma infolge des für die Ostmark geltenden Gebietsschutzes Schwierigkeiten in der Versorgung mit dem notwendigen Blechmaterial.“<sup>8</sup>

Aus welchen Gründen auch immer: Der wirtschaftliche Auf-

schwung des Unternehmens war angesichts dieser Auftragslage ab dem Übernahmezeitpunkt gesichert. Die Aufträge vor allem vom Reichsluftfahrtministerium waren dafür ausschlaggebend. Die Tatsache, daß der neue Miteigentümer der Firma, Hermann Rhomberg, Luftwaffenbeauftragter des Wehrkreises XVIII war, dürfte der Firma sicher nicht geschadet haben. Interessant ist jedenfalls das Protokoll über eine Arbeitsbesprechung der Prüfungskommission dieses Wehrkreises, das vom 20. Mai 1942 stammt. Darin heißt es, die Rüscherwerke sollten künftig gefördert und mit entsprechenden Aufträgen bedacht werden. Entsprechende Arbeitskräfte für einen Zweischichtbetrieb seien bereitzustellen.<sup>9</sup> Max Wehinger war eine solche Förderung nicht zuteil geworden.

In den folgenden Monaten wurden im Werk eigene Planungsingenieure eingesetzt, um den Betrieb "vorbildlich" durchzurationalisieren.<sup>10</sup>

Bei einer Inspektionsreise im Oktober 1943 konnte der zuständige Hauptmann Kiechel feststellen, daß die Firma über eine Vielzahl von Aufträgen verfügte. An direkten und indirekten Aufträgen vom Reichsluftfahrtministerium lagen Ersatzteilaufträge für Tiefensteuer und Entwicklungsaufträge für Schützenübungsstände vor, außerdem sollte die Firma 24.000 Schienen für Vorflügelgetriebe, 3.000 vollständige Vorflügelgetriebe und 15.000 Arbeitszylinder für die Messerschmitt-Produktionsstätte in Kematen herstellen. Für das Heer hatte die Firma 2.000 Spannrollen für Panzer und monatlich bis zu drei Rundmaschinen zu fertigen. Die Marine schließlich hatte 3.000 Scheinwerfer bei einer Monatsfertigung von mindestens 200 bestellt sowie 1.400 Tragflaschen, 1.400 Getriebeschofte, 900 Ölpumpen und 1.400 Wellen. Alle diese Aufträge hatten mit der Bezeichnung "SS" die höchste Dringlichkeitsstufe. An "zivilen" Aufträgen lag eine Bestellung der Vorarlberger Illwerke über Schützen- und Wehanlagen vor.

Der "Gefolgschaftsstand" betrug zu diesem Zeitpunkt 334 Personen, davon 262 Männer. Unter ihnen waren 64 russische und neun französische Kriegsgefangene, acht belgische und zehn französische Zivilarbeiter.<sup>11</sup>

Als Hauptmann Kiechel der Firma ein Jahr später, am 28. Juni 1944, einen weiteren Besuch abstattete, konnte er in seinem Bericht auf einen sehr guten Auftragsstand verweisen. Von den Firmen Messerschmitt in Augsburg und Regensburg, die Heinkel-

Werke in Rostock, das Hentschel-Werk in Schönefeld, die Wiener Neustädter Flugzeugwerke und die Firma Erla Leipzig gab es Aufträge über 19.180 Arbeitszylinder, 22.000 Vorflügelgetriebe und 25.000 Vorflügelschienen. Das Oberkommando des Heeres hatte monatlich 10.000 Sprenggranaten 10,5 cm, 1.800 Belag- und 60 Bremsträger bestellt, und vom Oberkommando der Marine lagen Bestellungen über 1.400 verschiedene Scheinwerfer, 2.300 Ölpumpen, 2.935 Tragflaschen, 3.475 Getriebeschotte und 1.000 Innere Wellen vor. Für die Voralberger Illwerke sollten Wasserwehranlagen gefertigt werden, die Firmen Escher-Wyss in Lindau und Vollmer in Ravensburg hatten Gußaufträge vergeben.

Alle diese Aufträge sollten bei einer nur leicht erhöhten Beschäftigtenzahl von 352, davon 81 Frauen und 271 Männer, geschafft werden. Für den "Arbeitseinsatz" der "Gefolgschaft" bedeutete dies, daß nun in zwei Schichten zu mindestens 60 Stunden gearbeitet werden mußte. In einigen – leider nicht genau angeführten – Produktionsbereichen galt sogar die 72-Stunden-Woche.<sup>12</sup> Gegen Kriegsende arbeiteten bereits 457 Personen bei den Rüscht-Werken, mindestens 145 von ihnen waren Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene.<sup>13</sup>

Die offiziell am 15. Jänner 1942 zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärten Firma "A. Rüscht & Co." fertigte ihre Produkte auf 10.620 m<sup>2</sup>.<sup>14</sup> Auch nach Kriegsende war dieses Unternehmen das bedeutendste in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie des Landes.<sup>15</sup>

Die Firmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhombert verschafften sich nicht nur durch die Erwerbung der Rüscht-Werke ein zweites Standbein. Sie bauten auch firmeneigene Werkstätten zu Produktionsbetrieben aus.

Seit dem 1. Oktober 1939 – also praktisch mit Kriegsbeginn – arbeitete die Firma F. M. Hämmerle ununterbrochen als Zulieferer für die verschiedenen Fabriken der Dornier-, Heinkel- und der Messerschmitt-Werke. Hergestellt wurden dabei vor allem Spezialwerkzeuge für die Flugzeugfertigung: Vorrichtungen für Stanz-, Zieh-, Schnitt- und Präparieren. Daneben übernahm die Firma auch Hobel-, Dreh-, Bohr- und Fräsarbeiten für Metall und Holz. Zu diesem Zweck waren in einem Teil der ehemaligen Fabriksreparaturwerkstätten an etwa 25 Werkzeugmaschinen 34 Mann beschäftigt worden, weitere acht arbeiteten an vier Schweißaggregaten in Doppelschicht für die Panzerfertigung.

Anfang 1943 ersuchte die Firma das Rüstungskommando Innsbruck, man möge sie als Spezialbetrieb für die Luftwaffenfertigung direkt der Innsbrucker Behörde unterstellen. Im Februar 1943 besuchte daher der zuständige Hauptmann Comploj aus Innsbruck den Betrieb.<sup>6</sup>

Bald darauf – am 1. August 1943 – wurde eine eigene Firma gegründet, die "Gerätebau F. M. Hämmerle & Co.". Sie beschäftigte im Frühherbst 1943 41 Personen. Von einigen Flugwerften – vor allem von den Messerschmitt-Werken in Augsburg – sollen Aufträge für etwa 600 Beschäftigte in Aussicht gestellt worden sein. Was aus diesen Plänen wurde, ist den vorliegenden Akten leider nicht zu entnehmen.<sup>7</sup> Sicher ist, daß die neugegründete Firma in die "Betreuung Luftwaffe" genommen wurde und für die Messerschmitt-Werke, Dornier und Heinkel Werkzeuge und Vorrichtungen anfertigte.<sup>8</sup> Die Art der Produktion dürfte sich somit nach der Ausgliederung der Gerätebaufirma aus dem Textilunternehmen kaum verändert haben.

Das Unternehmen wurde am 1. September 1943 offiziell zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärt. Die Firma "Gerätebau F. M. Hämmerle & Co." beschäftigte Anfang 1944 bereits 100 "Gefolgschaftsmitglieder" auf 1.000 m<sup>2</sup> Fläche.<sup>9</sup> Als Produktionsstätte der Gerätebaufirma, für die meist Firmenchef Franz Hämmerle verhandelte, diente ein Teil des Hochbaues Sägen.<sup>20</sup>

Auch die Firma Franz M. Rhomberg versuchte sich in der Rüstungswirtschaft. In den vorliegenden Akten tauchen unter der Bezeichnung "F" und "T" zwei Betriebe der Firma Franz M. Rhomberg auf, die als Unterlieferanten für die Dornier-Werke in Friedrichshafen und die Wiener Neustädter Flugzeugwerke tätig waren und auch von der Wehrmacht direkt mit Aufträgen versehen wurden. Die Produktionsstätten befanden sich im Werk Rohrbach und – so muß geschlossen werden – zum Teil im Werk Schwefel.

Bereits Mitte September 1943 waren bei Franz M. Rhomberg 130 Arbeitskräfte in der Fertigung für die Luftwaffe tätig. Für die kommenden Wochen war die Ausweitung der Beschäftigung auf insgesamt 200 Arbeitskräfte geplant. Angefertigt wurden zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich Flugzeugteile für Dornier, konkret Längsträger und Deckel für die Do 217. Ab 1. Oktober 1943 begann dann auch die Fertigung von Landeklappen für denselben Flugzeugtyp, zusätzlich wurden monatlich 300 Seitenflossen für die Me 410 hergestellt.<sup>21</sup>

Der "Betriebsführer" von Franz M. Rhomberg, Hermann Rhomberg, war einer der bedeutendsten NS-Wirtschaftsfunktionäre und als Luftwaffenbeauftragter für den gesamten Wehrkreis XVIII zuständig. Es verwundert daher nicht, daß die Firma 1944 mit weiteren Aufträgen vor allem von der Luftwaffe betraut wurde.

Die offiziell am 1. April 1944 zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärte Firma<sup>22</sup> fertigte im Frühjahr desselben Jahres in ihren Produktionsstätten "F" und "T" Höhenflossen und Seitenflossen für die Me 410, hatte Reparaturarbeiten übernommen und bearbeitete Randkappen für die Me 109. Daneben wurde auch Kabelseide aus Kunst- und Naturseide hergestellt, die als Isolierdrähte verwendet wurden. Auch in das Panzerfertigungsprogramm und das "Jäger-Programm" war die Firma eingebunden.

Im Juni 1944 arbeiteten im Betrieb "F" 196, im Betrieb "T" 74 Personen – zusammen also 270 Beschäftigte, darunter waren 142 Frauen. Insgesamt waren in beiden Betrieben 36 männliche und 53 weibliche Ausländer beschäftigt, die in einer Schicht 60 Stunden in der Woche arbeiteten. Zwischen Schwefel und Rohrbach ließ die Firma zur Unterbringung weiterer Arbeitskräfte drei Baracken errichten.<sup>23</sup> Allein im größeren der beiden Betriebe – "F" – standen 3.377 m<sup>2</sup> zur Verfügung.<sup>24</sup>

Zusätzlich hatten die Dornier-Werke im Juni beziehungsweise Juli 1943 aus Friedrichshafen einen Teil ihrer Produktion in Eigenregie in einen Betrieb der Firma Rhomberg nach Dornbirn verlagert, wo auf 950 m<sup>2</sup> hauptsächlich Leitwerkteile gefertigt wurden.<sup>25</sup>

F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg waren zwar die bedeutendsten Vorarlberger Textilunternehmen, die in die Rüstungswirtschaft einstiegen, aber keineswegs die einzigen. Auch die Gölzner Firma Hubers Erben nützte die Gunst der Stunde und begann im Frühjahr 1943 mit der Rüstungsproduktion. Das Kriegstagebuch meldete am 11. März 1943, daß die Firma in Schlins und Gais zwei Fertigungsstätten plane, in denen 500 (Schlins) und 350 (Gais) "Gefolgschaftsmitglieder" beschäftigt werden sollten. In diesem Zusammenhang sprach das Rüstungskommando Innsbruck von der "Planung zweier neuer rüstungswichtiger Fertigungsstätten".<sup>26</sup> Auch in Gölzis gab es zudem einen immer wichtiger werdenden Rüstungsbetrieb der Firma unter dem Namen "Josef Hubers Erben, Eisen- und Metallwerke".

Am 3. Juni 1943 wurden die Werke in Gais mit 5.760 m<sup>2</sup> Produk-

ionsfläche und Schlins mit 2.943 m<sup>2</sup> zu Wehrwirtschaftsbetrieben erklärt.<sup>27</sup>

Im Sommer 1943 gab es noch etliche Probleme mit der Stromversorgung des Schlinsener Rüstungsbetriebes, der für die Flugzeugfertigung der Firma Hentschel in Berlin arbeiten sollte. Die Rüstungsinspektion XVIII in Salzburg intervenierte schließlich über das Rüstungskommando Innsbruck bei den Voralberger Kraftwerken, damit diese eine dringend benötigte 2 km-Leitung zum Werk herstellten.<sup>28</sup>

Das Werk Gais war hauptsächlich mit der Erzeugung von Behältern für das Volkswagenwerk in Wolfsburg beschäftigt. Mit der stillgelegten Bleicherei Degerdon & Co. wurde ein Mietvertrag abgeschlossen, der die Übernahme der gesamten Gebäudeanlagen garantierte. Die im Auftrag des Volkswagenwerkes gefertigten Abwurfbehälter für die Luftwaffe waren aus Sperrholz gemacht und mit Benzin gefüllt. "Die Fertigung soll" – so berichtete der Luftwaffenbeauftragte Hermann Rhomberg am 13. September 1943 – "schnellstens anlaufen und bis auf 2.000 Stück pro Monat gebracht werden."<sup>29</sup>

Das Plansoll von 2.000 solcher Behälter im Monat wurde im April 1944 um 50 Prozent auf 3.000 Behälter erhöht, weil das Volkswagenwerk in Fallersleben die Hälfte seiner damaligen Fertigung an den Voralberger Betrieb abtreten mußte.<sup>30</sup> Die 900-Liter-Behälter wurden im Juli desselben Jahres von 253 "Gefolgschaftsmitgliedern" – 81 von ihnen Frauen – hergestellt, was offensichtlich zu wenig war. Denn der effektive Ausstoß betrug zu diesem Zeitpunkt noch immer 2.000 und nicht wie geplant 3.000 Stück. Dies, obwohl der Betrieb in zwei Schichten zu jeweils 66 Stunden in der Woche arbeitete und in Wirklichkeit noch mehr Arbeiter hatte: 40 Arbeitskräfte waren nämlich vom Volkswagenwerk leihweise zur Verfügung gestellt worden und scheinen in der obigen Zahl nicht auf. Von den übrigen 253 Arbeitskräften waren ganze 101 "Deutsche".<sup>31</sup>

Im Schlinsener Betrieb waren im Juli 1944 225 Personen beschäftigt, darunter 118 Frauen. Von den 58 ausländischen Arbeitskräften waren allein 30 italienische Militärinternierte, je acht Liechtensteiner und Franzosen beziehungsweise Französinen. Unter den restlichen zwölf Arbeitskräften waren italienische, polnische und tschechische Zivilarbeiter/innen. Sie arbeiteten hauptsächlich in Tagschicht 64 Stunden in der Woche, Nachtschichten wurden fall-

weise eingelegt. Bis Kriegsende kam es dann zu bedeutenden Erweiterungen, sodaß allein im Schlinser Betrieb 395 Personen beschäftigt waren, 131 davon Kriegsgefangene oder Fremdarbeiter.<sup>32</sup>

Der Betrieb erhielt hauptsächlich Aufträge von der Luftwaffe und fertigte Zellenersatzteile für die Me 262, hauptsächlich Randkappen und Zusatzkraftstoffbehälter, die entweder an die Luftwaffe oder als Unterauftrag vorwiegend für die Messerschmitt A. G. in Augsburg und die Hentschel Flugzeugwerke A. G. in Schönefeld (nördlich von Berlin) gingen. Daneben fertigte der Betrieb auch Zugzylinder 42 für das Heer, das monatliche Liefersoll betrug 200.000 Stück.<sup>33</sup>

In Schlins standen dem Unternehmen 2.943 m<sup>2</sup> zur Verfügung, in Gais 5.760 m<sup>2</sup>. Gegen Kriegsende beschäftigte das Unternehmen in Schlins, Gais und Götzis (nur Eisen- und Metallbereich und ohne textile Fertigung) zusammen 894 Personen, 283 davon waren Ausländer.<sup>34</sup>

Für die Bludener Firma Getzner, Mutter & Cie. schließlich gilt ähnliches wie für Hubers Erben. Auch diese Textilfirma produzierte Rüstungsprodukte. Mit ca. zwei bis drei Maschinen war das Unternehmen schon im Jahr 1941 als Unterlieferant für die Dornier-Werke Friedrichshafen tätig gewesen.<sup>35</sup>

In den folgenden Jahren wurden Getzner, Mutter & Cie. immer stärker mit Aufträgen von seiten der Luftwaffe bedacht. So berichtete der Luftwaffenbeauftragte Hermann Rhombert im August 1943, daß das Unternehmen mit der Firma Telefunken in Verbindung stehe und von ihr Unteraufträge für Funkmeßgeräte und Zünderteile von Eierhandgranaten übernommen habe. Diese Fertigung wurde im Werk Lüneersee bei Bludenz mit insgesamt 120 "Gefolgschaftsmitgliedern" aufgezogen, 35 davon waren Frauen. Das Anlaufen der Zünderteilfertigung war ab September 1943 geplant und sollte schließlich 100.000 Stück betragen. Zünderschrauben und Kleinteile wurden von der Bludener Uhrenfirma Plangg & Pfluger hergestellt. Insgesamt beschäftigte die Firma Getzner, Mutter & Cie. im August 1943 870 Personen.<sup>36</sup>

Das Unternehmen hatte Aufträge über 5.510 Netzteilchassis, 2.000 Impulsgeberchassis, 1.120 Hochfrequenzteile, etwa neun Millionen Schrauben und Muttern, monatlich etwa 100.000 Zylinder für Eierhandgranaten 39. Für diesen Teil der Produktion beschäftigte die Firma 204 Personen, darunter 52 Polinnen und Polen.



Auch die Textilfirmen Getzner, Mutter & Cie. und Huber's Erben stiegen in die Rüstungsproduktion ein. Im Werk Lünensee in Bludenz (oben) wurden Zünderteile, Eierhandgranaten und anderes hergestellt, in der stillgelegten Bleicherei Degerdon in Gais (unten) produzierte die Firma Huber unter anderem Abwurfbehälter für die Luftwaffe und das Volkswagenwerk.

Schließlich setzten Getzner, Mutter & Cie. auch die Fertigung von Zündern für die Eierhandgranaten 39 fort. Im April 1944 war diese Produktion – wie das Kriegstagebuch vermeldet – “in vollem Lauf”:

“Die Zünderfertigung der Eierhandgranate 39 bei Getzner, Mutter & Cie. ist in vollem Lauf. Im April wird das Liefersoll bereits etwas überschritten werden können.”<sup>37</sup>

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß sich die großen Vorarlberger Textilunternehmen in der NS-Zeit den Erfordernissen der Kriegswirtschaft nicht nur anpaßten, sondern die sich bietenden Möglichkeiten ergriffen und zum Teil stark expandierten. Das geschah bei den größeren Firmen durch die Übernahme metallverarbeitender Betriebe und die Diversifikation der eigenen Produktion. Insbesondere F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg entwickelten sich durch die Gründung eigener Firmen und den Erwerb des bedeutendsten metallverarbeitenden Unternehmens des Landes, der Rüscher-Werke, auch in diesem Industriebereich zu den führenden Unternehmen.

## 8. Die Lage der Arbeiterschaft

### 8.1. Die Entwicklung der Löhne

„Arbeit und Brot“ hatten die Nationalsozialisten versprochen. Beide Versprechen konnten sie anfangs auch halten: Wieviel für die Arbeit bezahlt würde, was über das Brot hinaus noch zu bekommen sei – davon war vorerst nicht die Rede.

Gegenüber dem Altreich waren die Löhne der Ostmark wesentlich niedriger: Mitte 1938 beispielsweise durchschnittlich um 30 bis 40 Prozent. Zudem war es nach dem „Anschluß“ zu drastischen Preissteigerungen von durchschnittlich 36 Prozent gekommen. An der dadurch eingetretenen schwierigen Situation für die Bevölkerung konnte auch der am 27. Mai 1938 verfügte generelle Preisstopp nichts ändern, denn er war begleitet von einem generellen Lohnstopp. Zudem erwies sich die Durchführung des Lohnstopps als durchaus administrierbar, ganz im Gegensatz zum Preisstopp.<sup>1</sup>

Von einer konsequenten Lohnpolitik kann in der Ostmark bis Kriegsbeginn ebensowenig gesprochen werden wie im Altreich. Die Währungsumstellung führte hier aber zu anderen Problemen als dort.<sup>2</sup>

Wie wurden nun die Tariflöhne in der Ostmark gestaltet?

Verantwortlich für die Löhne zeichneten die sogenannten „Reichstreuhänder der Arbeit“, die von Anfang an dem Reichsarbeitsminister unterstellt waren. Ab 26. März 1938 war für die „Wirtschaftsgebiete der Ostmark“ der Reichsstatthalter in Wien, Gauleiter Joseph Bürckel, zuständig beziehungsweise der von ihm mit der Geschäftsführung betraute Minister für soziale Verwaltung. Kommissarischer Leiter dieser neugeschaffenen Behörde war ab dem 21. Juli 1938 der ehemalige Landesleiter der NSDAP für Österreich, Alfred Proksch, der diese Funktion bis zur Liquidierung der Verwaltungseinheit Ostmark am 31. März 1940 für das gesamte Gebiet, ab diesem Zeitpunkt nur mehr für die Gaue Wien und Niederdonau (= Niederösterreich) ausübte. Neben Lohnfragen hatten die Reichstreuhänder auch den Bereich des Arbeitsrechtes und der Arbeitsverfassung zu regeln.<sup>3</sup> Vor Ort wurden diese Aufgaben von einer beim Arbeitsamt Bregenz eingerichteten Reichstreuhänderdienststelle wahrgenommen.<sup>4</sup>



Gemeinsame Urlaubs- und Ausflugsfahrten hießen im Arbeiterjargon bald "Freibiersozialismus". Oben eine Ausfahrt der Dornbirner Firma Herrburger & Rhombert. Unten die Rückkehr von etwa 300 Arbeitskräften der Firma Benedikt Mäser vom einwöchigen gemeinsamen Betriebsurlaub im Schwarzwald.

Insgesamt dürften die Löhne der Industriearbeiter bis Dezember 1938 um durchschnittlich neun Prozent gestiegen sein. Die rasche Beschäftigungsexpansion durch die Wiedereingliederung vieler Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß erhöhte die Lohnsumme im ersten Jahr der NS-Herrschaft um 50 bis 65 Prozent. Kinder- und Ehestandsdarlehen stimulierten den Verbrauch ebenfalls, sodaß 1938 die Konsumnachfrage stark wuchs. Zum Teil stellten aber sogar offizielle Stellen für die Zeit bis 1941 ein Sinken der Realeinkommen um bis zu 20 Prozent fest.<sup>5</sup>

In einzelnen Bereichen – etwa in der Landwirtschaft – stiegen durch den nach der NS-Machtübernahme eintretenen Abbau der Arbeitslosigkeit die Löhne beträchtlich. Denn der Mangel an Arbeitskräften und die Abwanderung vieler schlecht bezahlten Landarbeiter in die Bauwirtschaft erhöhten bei steigender Nachfrage die Preise für die Ware Arbeitskraft. Auf das Beispiel der Heuer im Bregenzerwald wurde schon eingegangen: Sie verdienten in den Jahren vor dem "Anschluß" durchschnittlich 2,- Schilling pro Tag. Das hätte – dem offiziellen Umrechnungskurs zufolge – etwa 1,35 RM entsprochen. Schon im Juni 1938 aber mußten die Bregenzerwälder Bauern 4,- bis 5,- RM Tageslohn zahlen. Das führte zu Klagen bei der Bezirkshauptmannschaft.<sup>6</sup>

In der für Vorarlberg wichtigen Textilindustrie hatten die Reichstrehänder für den Bereich der Ostmark folgende Stundenlöhne<sup>7</sup> (in Pfennig) festgelegt:

	Sept. 1938	Sept. 1939	März 1940	März 1941	Sept. 1942
Insgesamt	49,0	53,8	55,4	58,8	62,9
Facharbeiter	60,7	65,9	68,9	72,7	78,6
Hilfsarbeiter	49,7	56,8	58,9	61,5	64,8
Facharbeiterinnen	47,6	52,3	53,9	57,7	61,8
Hilfsarbeiterinnen	38,4	43,6	44,8	47,7	50,7

Da die Reichstrehänder nicht mehr für alle "Alpen- und Donau-Reichsgaue" zuständig waren, wurden für den Bereich des Landesarbeitsamtes Alpenland (Salzburg, Tirol und Vorarlberg) eigene Tarifordnungen entwickelt, deren Sätze im Bereich der Textilindustrie etwas über jenen der anderen Tarifordnungen lagen. Erstmals sind diese Zahlen in der Statistik für das Jahr 1942 ausge-

wiesen. Damals erhielten die in der Textilindustrie Beschäftigten im Bereich des Landesarbeitsamtes Alpenland durchschnittlich 65,8 Pfennig pro Stunde gegenüber 62,9 in der übrigen Ostmark. Hilfsarbeiterinnen kamen auf 52,5 (50,7) und Facharbeiterinnen auf 66,0 (61,8) Pfennig in der Stunde, während die Löhne bei den männlichen Beschäftigten kaum Unterschiede aufwiesen. Somit kamen Beschäftigte in der Vorarlberger Textilindustrie auf folgende durchschnittliche Monatslöhne<sup>9</sup>:

	1938	1939	1940	1941	1942
Gesamtdurchschnitt	93	102	105	112	125
Facharbeiter	115	125	131	138	149
Hilfsarbeiter	94	108	112	117	122
Facharbeiterin	90	99	102	110	125
Hilfsarbeiterin	73	83	85	91	100

Diese Statistik ist nur als Orientierung zu verstehen und weist einige Ungenauigkeiten auf. So ist etwa für das Jahr 1942 auf die zur Verfügung stehenden Angaben für den Bereich des Landesarbeitsamtes Alpenland zurückgegriffen worden und nicht auf die Zahlen für die gesamten "Alpen- und Donaureichsgaue", wie die ehemalige Ostmark nun offiziell hieß. Der Vergleich mit den Jahren zuvor hinkt somit etwas. Außerdem scheinen in den vorhandenen Quellen nur relativ niedrige durchschnittliche Arbeitszeiten in der Textilindustrie auf – zwischen 44 und 45 Stunden. Die Berechnungen beruhen auf einer durchschnittlichen Monatsarbeitszeit von 190 Stunden.

In der Tendenz aber belegen die errechneten Monatsverdienste für Textilarbeiterinnen, daß die Nominallöhne sich während der NS-Zeit zum Teil deutlich erhöhten. Hierfür gab es mehrere Ursachen.

Einerseits waren die Behörden gezwungen, ein allzu starkes Lohngefälle zwischen angrenzenden Gebieten der Ostmark und des Altreiches sowie von Niedriglohnbereichen wie der Textilindustrie zu besser bezahlten Wirtschaftsbereichen zu vermeiden. Sehr deutlich geht das aus einem Bericht der Wehrwirtschaftsinspektion XVIII in Salzburg für den März 1939 hervor:

"Die Textil-Industrie in Tirol und Vorarlberg befürchtet mit Beginn der Bauzeit das Abwandern eines Teiles ihrer Arbeiter zum Bau-

gewerbe, da in dieser Branche höhere Löhne gezahlt werden. Als einziges wirksames Gegenmittel wurde für die Textilindustrie ein neuer Lohn tarif geschaffen, der sich den Einkommensverhältnissen der Arbeiter bei der südbayrischen Textilindustrie (Augsburg, Kempten usw.) anpaßt und gegenüber den bisherigen Löhnen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 20 % vorsieht.<sup>49</sup>

Allerdings hatten auch die dortigen Textilunternehmen mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Denn wegen der unsicheren Arbeitsplätze und der schlechten Verdienstmöglichkeiten verstärkte sich im Sommer 1938 die Abwanderung von Textilarbeitern in die über tariflich bezahlende Rüstungsindustrie.<sup>50</sup>

Neben den oben angeführten Gründen für die Lohnerhöhungen in Vorarlberg muß berücksichtigt werden, daß es speziell in den ersten Monaten nach der NS-Machtübernahme einen deutlichen Preisschub gegeben hatte, auf den weiter unten noch eingegangen wird. Schon hier aber kann festgehalten werden, daß sich bei jenen Waren, deren Preisentwicklung anhand der Unterlagen vom März 1938 bis 1943 nachvollziehbar ist – Butter, Eier und Kartoffeln –, eine Preissteigerung von 28,3 Prozent ergibt. Bei verschiedenen anderen Lebensmitteln – Bohnen, Erbsen, Weißkraut, Karotten und Zwiebeln – stiegen die Preise vom November 1940 bis zum November 1943, also in drei Jahren, um 29,6 Prozent (vgl. Abschnitt 8.2.).

Im großen und ganzen kann also angenommen werden, daß bis zur Mitte des Krieges der Lebensstandard der meisten Arbeiterinnen und Arbeiter zwar nicht anstieg, aber doch in etwa stabil blieb.

Insgesamt kann für den Bereich der Textilindustrie eine Steigerung des Nominallohnes vom September 1938 bis zum September 1942 von 34,4 Prozent festgestellt werden. Auch in anderen für Vorarlberg wichtigen Wirtschaftszweigen gab es im selben Zeitraum zum Teil deutliche Lohnerhöhungen:

Metallverarbeitende Industrie	+ 17,3 %
Baugewerbe	+ 29,4 %
Sägeindustrie	+ 38,5 %

Im Vergleich zur Textilindustrie waren die Löhne in diesen Wirtschaftsbereichen prozentuell zwar nicht immer im gleichen Aus-

maß gestiegen, doch war der Tariflohn von vorneherein wesentlich höher gewesen. Im folgenden sollen die durchschnittlichen Wochenlöhne vom September 1942 für den Bereich des Landesarbeitsamtes Alpenland einander nach Branchen gegenübergestellt werden. Dabei sind jeweils alle Löhne von der Hilfsarbeiterin bis zum bestbezahlten Facharbeiter zusammengezählt und als Durchschnittslohn<sup>11</sup> gegeben:

	Wochenlohn laut Tarif	Monatslohn
Metallverarbeitende Industrie	RM 43,30	RM 186,-
Baugewerbe	RM 44,27	RM 190,-
Sägeindustrie	RM 40,08	RM 172,-
Bautischlerei und Möbelherstellung	RM 46,25	RM 199,-
Buchdruckgewerbe	RM 56,57	RM 243,-
Textilindustrie	RM 29,39	RM 126,-

Die Verdienste in der Textilindustrie waren also zwar gestiegen, im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftszweigen aber noch immer außerordentlich niedrig. Zudem war ja speziell die Textilbranche von Entlassungen und Kurzarbeit bedroht, als nach Kriegsbeginn für diesen kriegswirtschaftlich nicht so bedeutenden Bereich kaum mehr staatliche Aufträge einliefen.

Doch für die NS-Funktionäre des Landes hatten die Probleme mit unzufriedenen Arbeitern gerade in der Textilindustrie schon vor Kriegsbeginn zugenommen. Am 10. Februar 1939 appellierte beispielsweise der Ortsgruppenleiter von Lauterach an die Kreispropagandaleitung in Bregenz, nachdem von dort ein Redner avisiert worden war:

„Was die Punkte anbelangt, welche die Ortsgruppe besonders interessieren, so kann ich Ihnen gleich vorweg sagen, daß es unbedingt notwendig ist, daß der Redner ganz besonders auf die wirtschaftlichen Fragen eingeht, d. h. den Leuten sagt, daß die derzeitigen Opfer, welche wir auf uns zu nehmen haben, durch die Aufrüstung etc. bedingt sind und daß unbedingt die hohen Abzüge und niederen Löhne nur vorübergehende Erscheinungen sind. Dies ist ja momentan das Hauptthema der Arbeiter bei uns. Man darf diese Sorgen nicht übergehen.“<sup>12</sup>

Der Arbeiter Josef Wieland beschrieb seine Einkommensverhältnisse als Stoffdrucker im Jahre 1946 so:

„Früher betrug mein Monatseinkommen 150–160 Schilling, bei Hitler 1938–1939 erreichte mein Gehalt oft nur mehr als 90–100 Mark im Monat. 1937 machten die gesamten Abzüge 11 Schilling, also 7 Mark, 1938 dagegen 24 Mark.“<sup>13</sup>

Auch offizielle Quellen aus der NS-Zeit belegen, daß vom Monatsbruttolohn in der NS-Zeit verhältnismäßig wenig übrigblieb. So beschreibt der Beamte des Gendarmeriepostens Bregenz in einem Bericht vom 14. März 1939, daß ein namentlich genannter Bauhilfsarbeiter, der bei einer Lochauer Baustelle beschäftigt war, von seinem Wochenlohn von 28,80 Reichsmark allein 8,80 Reichsmark – also 30,6 Prozent – an Steuern und Abgaben zu zahlen habe und vom Rest unmöglich leben könne.

„Daß unter solchen Verhältnissen die Stimmung unter der Arbeiterschaft nicht überall die beste ist, dürfte wohl nicht überraschen.“<sup>14</sup>

Überraschend konnte es für die Behörden in der Tat nicht gewesen sein, denn schon in den Wochen zuvor waren die Stimmungsberichte der NSDAP-Orts- und Kreisleitungen in einer ähnlichen Grundtendenz abgefaßt worden:

„Besonders an den Lohnauszahlungstagen kann man feststellen, daß sich die Unzufriedenheit da und dort verschlimmert hat. Von der Arbeiterschaft, ganz gleich welcher politischen Einstellung sie früher war oder heute ist, werden hauptsächlich folgende Probleme erörtert: Löhne. Die Löhne der Arbeiter (hauptsächl. Industriearbeiter, gewerbl. und gewöhnliche Hilfsarbeiter) seien zahlenmäßig in der Regel ziemlich gleich geblieben. Durch die eingetretenen Erhöhungen der Abgaben aber auch gegenüber der Systemzeit und durch die unbestreitbare Verteuerung einzelner lebenswichtiger Produkte und Erzeugnisse habe sich die Lebensstellung der Arbeiterschaft nicht gebessert, sondern fühlbar verschlechtert. ... Weite Kreise der Arbeiterschaft, darunter auch viele und alte Nationalsozialisten, seien der Anschauung, daß von der nat. soz. Revolution die sozialistische Revolution bei den niederen Löhnen steckengeblieben sei...“<sup>15</sup>

Dabei versuchten die Reichstreuhandler der Arbeit bei der Festsetzung der Löhne durchaus, den regionalen Gegebenheiten gerecht zu werden – zumindest in den ersten Jahren der NS-Herrschaft, als es noch einen relativ freien Arbeitsmarkt gab. In Vorarlberg sollten demnach für die gleiche Arbeit durchschnittlich hö-

here Löhne gezahlt werden als in den meisten anderen Gegenden der Ostmark, da hier durch die "Grenzlage" zum Altreich der Lohndruck größer war. Die einzelnen Regionen der Ostmark wurden entsprechend der jeweiligen Lohnstruktur in sechs Lohngebiete eingeteilt, vom schlechtestbezahlten "Lohngebiet V" bis zum bestbezahlten "Sonderklasse". Zu Vorarlberg hieß es dazu:

"Vorarlberg ist in nahezu allen Kollektivverträgen neben Wien das Bundesland mit dem höchsten Lohnniveau."<sup>66</sup>

Bregenz wurde dem zweitbesten "Lohngebiet I", das übrige Vorarlberg dem "Lohngebiet II" zugerechnet. Demnach sollte ein Bauhilfsarbeiter in Bregenz mindestens 60 Pfennig erhalten, während als ortsüblich 66, im übrigen Vorarlberg 62 bis 63 Pfennig galten. In Tirol-Land hingegen war der Hilfsarbeiterlohn auf ganze 51 Pfennig festgelegt und somit 15 Prozent unter dem in Bregenz gezahlten Stundenlohn; in Innsbruck lag ein Bauhilfsarbeiter mit 53 Pfennig pro Stunde ebenfalls fast 12 Prozent hinter seinem Bregenzer Kollegen. Ein Maurer kam in Bregenz auf immerhin 90 Pfennig in der Stunde.<sup>67</sup>

Von der Arbeiterschaft aber wurden die gezahlten Löhne offensichtlich als viel zu niedrig empfunden, was zu entsprechendem Unmut führte. Insbesondere für reichsdeutsche Konzerne war es auch wegen des niedrigen Lohnniveaus in der Ostmark lukrativ, hier zumindest einen Zweigbetrieb zu eröffnen.

An dieser Situation änderte sich während des Krieges nicht viel. Die deutschen Firmen, die Teile ihrer Produktion nach Vorarlberg verlagerten, paßten ihre Löhne gerne den hiesigen Verhältnissen an. So protestierte beispielsweise im März 1941 sogar das – ansonsten nicht sehr arbeiterfreundliche – Arbeitsamt Bregenz gegen die seines Erachtens "abnormal niedrigen" Stundenlöhne der Firma Michel-Werke Augsburg, die ihre Produktion in der ehemaligen Firma S. Jenny in Hard aufgenommen hatte. Männer erhielten einen Stundenlohn von 60 Pfennig, Frauen 40 Pfennig. Die Firma stellte kriegswichtige elektrotechnische Geräte her und beschäftigte zwischen 400 und 500 Dienstverpflichtete aus Vorarlberg.<sup>68</sup>

Die schlechtere Bezahlung von Frauen bei gleicher Arbeit hatte im NS-Staat System:

"Frauen wurden traditionell schlechter bezahlt als Männer. Die Frauenlöhne lagen etwa  $\frac{1}{3}$  bis  $\frac{1}{2}$  unter den vergleichbaren Männerlöhnen. Die tariflichen Stundenlöhne lagen 1939 bei 44 RPF

(Hilfsarbeiterin) bzw. 51,5 Rpf (Facharbeiterin und angelernte Arbeiterin. Dem entsprachen Wochenlöhne von 20 bis 25 RM brutto. Nach Kriegsbeginn wurde jede Lohnerhöhung verboten.“<sup>19</sup>

Für die ersten Jahre der NS-Herrschaft läßt sich festhalten, daß die versprochene Angleichung des Lebensstandards an den im Altreich ausgeblieben ist. Eine verstärkte Konsumnachfrage gab es dennoch. Sie wurde stimuliert durch die Eingliederung vieler Arbeitsloser in den Wirtschaftsprozeß – die Lohnsumme steigerte sich 1938 um über 50 Prozent – und durch etliche Sozialleistungen wie Kinder- und Ehestandsdarlehen.

### **Verschlechterungen mit Kriegsbeginn**

Die in den Tarifordnungen vorgesehenen Lohnerhöhungen wurden oft durch neue Steuern und Abgaben konterkariert.

Die mit Jahresbeginn 1939 eingeführte deutsche Steuerordnung wirkte sich für die meisten Lohnabhängigen der Ostmark negativ aus. Das deutsche Steuersystem nahm zwar, verglichen mit dem bis dahin geltenden österreichischen, stärker auf soziale Gesichtspunkte Rücksicht, denn der Schwerpunkt lag auf direkten Steuern. Aber auch für die Bezieher kleiner Einkommen ergaben sich – insbesondere wenn sie kinderlos verheiratet oder ledig waren – höhere Steuersätze. Sogar die Reichstreuhand der Arbeit erachteten diese Situation als ungerecht.<sup>20</sup>

Die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge im April 1939 und die Kürzung verschiedener Zulagen – etwa des Nachtarbeiterzuschlags – fielen weit schwerer ins Gewicht als die eher propagandistische Ziele verfolgenden Sonderzahlungen: Zum „Tag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai beispielsweise erhielten die Werktätigen 5,- RM, und auch zu „Führers Geburtstag“ gab es ein kleines Präsent.<sup>21</sup>

Der schwerste Anschlag auf den Geldbeutel des kleinen Mannes erfolgte unmittelbar nach Kriegsbeginn. Nach der am 7. September 1939 eingeführten „Kriegswirtschaftsverordnung“ sollten die in den Tarifordnungen vorgesehenen Überstundenzuschläge und die höhere Bezahlung für Sonn- und Feiertagsarbeit nicht mehr an die Arbeiter ausbezahlt, sondern zugunsten des Staates von den Firmen an das Finanzamt abgeführt werden. Die Behörden mußten daraufhin im ganzen Reich gesteigerte „Unzufriedenheit“ und



Betriebsbesichtigung bei der Textilfirma Benger durch den Bregenzer Kreisleiter Dietrich (oben) und bei F. M. Hämmerle durch den DAF-Führer Robert Ley (rechts). An den niedrigen Löhne änderte sich trotz aller Versprechungen nichts.

Fälle von "passivem Widerstand" registrieren.<sup>22</sup> Schritt für Schritt mußten einzelne Punkte dieser Verordnung wieder zurückgenommen und diese schließlich ganz fallengelassen werden.<sup>23</sup>

In Vorarlberg war es schon vorher vorgekommen, daß sich Arbeiter weigerten, ohne höhere Bezahlung Überstunden zu leisten.<sup>24</sup> Nun scheint sich der Unmut zugespitzt zu haben, wie aus vielen Stimmungsberichten zu entnehmen ist.<sup>25</sup>

Im August 1940 jedenfalls konnte der "Dreihammer", die Betriebszeitung der Firma F. M. Hämmerle, auf der ersten Seite schlagzeilen: "Alle Überstunden-Zuschläge werden wieder dem Schaffenden vergütet." Der Arbeitsminister habe angeordnet, daß "in Anerkennung der besonderen Leistung, die von den Arbeitern und Angestellten unter Verzicht auf Teile des Mehrarbeitsverdienstes in den bisherigen Kriegsmonaten verlangt werden mußte", mit Gültigkeit vom 8. September 1940 wieder die tariflichen Zuschläge für die geleisteten Überstunden an jene zu zahlen seien, die sie auch wirklich leisteten: an die Arbeiterinnen und Arbeiter.<sup>26</sup>

Zu erheblichem Unmut unter der Arbeiterschaft führten auch die vielen Dienstverpflichtungen. Häufig gab es auch kräftige Lohnleinbußen. In einem Lagebericht der Rüstungsinspektion XVIII vom 20. Februar 1940 heißt es:

"Mißstimmung unter der Arbeiterschaft ist durch die Dienstverpflichtung dadurch entstanden, daß z. B. Arbeiter, die bisher einen Stundenlohn von RM 1,10 erhielten, im neuen Betrieb den tarifmäßig festgelegten Lohn von RM 0,85 pro Stunde bekommen sollen. Erschwerend wirkt hier mit, daß die neuen Arbeitsplätze oft weit entfernt sind, der Verkehr dorthin nur mangelhaft, Unterkunft und Verpflegung nicht ausreichend sind."<sup>27</sup>

Schließlich betrieben die Behörden mit Kriegsverlauf auch konsequent die Umstellung von den bis dahin größtenteils geltenden Stundenlöhnen auf Akkord- und Stücklohn. Wo das bis 1943 noch nicht durchgeführt worden war, sah sich - etwa im Bereich der Rüstungsindustrie - die zuständige Behörde veranlaßt einzugreifen. So etwa im August 1943, als nach einer Inspektion bei der Höchster Flugzeugfirma Kittelberger festgestellt worden war, daß die vorgeschriebene Veränderung noch nicht stattgefunden hatte:

"Es wird noch im Stundenlohn gearbeitet. Die Umstellung auf Stücklohn bzw. Gruppenakkord ist beschleunigt vorzunehmen und vom RÜ Kdo zu überwachen."<sup>28</sup>

## 8.2. Die Entwicklung der Preise

Unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme stiegen – verursacht durch mehrere Faktoren – in den Ostmarkgauen die Preise vieler Waren stark an. In Wien beispielsweise erhöhten sich die Lebenshaltungskosten für eine vierköpfige Arbeiterfamilie vom Jänner 1938 bis zum Jänner 1939 um etwa 13 Prozent.<sup>1</sup>

Die Preisbildungsstelle in Wien bestätigte 1941, daß sich die "Lebenskosten" gegenüber der Zeit vor dem "Anschluß" in der Ostmark "erheblich erhöht" hätten.<sup>2</sup>

Für Vorarlberg haben wir leider keine präzisen Zahlen. Alle Indikatoren – etwa die weiter unten angeführten Beispiele einiger Lebensmittel und die Verschärfung der Preiskontrollen – weisen aber darauf hin, daß die Entwicklung ähnlich gewesen sein dürfte wie im übrigen Österreich.

Die Vorarlberger Landesregierung sah sich denn auch auf Veranlassung eines Vertreters des Deutschen Reichskommissars für Preisbildung, der Landeshauptmann Plankensteiner am 16. April 1938 sogar in dessen Privatwohnung in Dornbirn aufgesucht hatte, zu folgenden Maßnahmen veranlaßt:

"Bei der Vorarlberger Landesregierung wird eine eigene Abteilung eingerichtet, die mit der Durchführung der Preisbildung und Preisüberwachung beauftragt wird. Ein reichsdeutscher Beamter wird die Einschulung der hiesigen Beamten übernehmen."

Auch die Möglichkeiten der Reichskommissare wurden Landeshauptmann Plankensteiner vom Beamten deutlich gemacht:

"Der Reichskommissar für Preisbildung ist der Preisdiktator für die Gewährleistung volkswirtschaftlich zutreffender Preise. In der Preisbildung tritt der nationalsozialistische Charakter der Politik besonders hervor. Die Tätigkeit des Reichskommissars für Preisbildung ist durch nichts gehindert, wie die der Gestapo auf politischem Gebiet."<sup>3</sup>

Die Nationalsozialisten versuchten, ein straff gelenktes Wirtschaftssystem einzurichten. Während sich die Berliner Zentralstelle die Preisbildung vom Urprodukt bis zum Verbraucher selbst vorbehielt bzw. diese an den Reichsstatthalter für die Ostmark nach Wien delegierte, sollten die Landeshauptleute für die Preisüberwachung zuständig sein. Hierfür stand ihnen auch die Möglichkeit zu,

# Werkblatt



Das *Werkblatt* der  
Firma *Franz M. Rhombert*  
Dornbirn-Rankweil-Winn.



5. Folge, 4. Jahrgang

September 1941



Am 12. August ds. Js. besuchte der Leiter des Fachamtes Textil der DAF Pg. E. Voss - Berlin im Zuge einer Besichtigungsfahrt durch den Gau Tirol-Vorarlberg auch unsere Betriebe in Dornbirn und Rankweil. Der Reichsfachamtsleiter interessierte sich dabei vor allem auch für unsere Lehrwerkstätten, die technischen Anlagen und Einrichtungen und die sozialen Maßnahmen der Firma. Bei einem an die Besichtigung anschließenden Beisammensein des Betriebsführers und seiner engeren Mitarbeiter mit dem Reichsfachamtsleiter und seiner Begleitung dankte Betriebsführer Pg. Hermann Rhombert dem Reichsfachamtsleiter für seinen Besuch. Pg. Voss brachte anschließend zum Ausdruck, daß er von unseren Betrieben einen guten Eindruck erhalten hat und daß wir gegenüber manchen Spitzenbetrieben der Textilindustrie des Altreichs keineswegs zurückstehen. Am Abend sprach Reichsfachamtsleiter Pg. Voss in einer Großkundgebung der Betriebsführer, Betriebsobmänner u. DAF-Walter der Vorarlberger Textilindustrie.

FOTO: RHOMBERG

Fast alle großen Textilbetriebe des Landes gaben in der NS-Zeit Firmenzeitschriften heraus, um über die betrieblichen Errungenschaften des "nationalen Sozialismus" zu berichten. Im Bild das "Werkblatt" von Franz M. Rhombert.

Ordnungsstrafen zu verhängen; solche über 5.000,- RM sollten dem Reichsstatthalter nach Wien gemeldet werden. Für Strafen über 50.000,- RM und/oder den Entzug von Konzessionen mußte vorher dessen Genehmigung eingeholt werden. Auch der vom reichsdeutschen Beamten gegenüber Plankensteiner gemachte Vergleich der Preisüberwachungsstelle mit der Gestapo kam nicht von ungefähr. Denn zwischen diesen beiden Einrichtungen sollte es zu einer engen Zusammenarbeit kommen:

„Die Preisüberwachungsstellen können sich für Erhebungen der Gestapo bedienen.“<sup>4</sup>

Die Bezirkshauptmannschaften wurden nach diesem Besuch von reichsdeutscher Seite am 18. April 1938 angewiesen, von Gendarmerie und Gestapo wöchentlich Berichte über die Entwicklung der Preise in ihrem Zuständigkeitsbereich einzuholen. Schon in den Wochen zuvor waren aus den einzelnen Bezirken beunruhigende Meldungen über die Preisentwicklung und als Folge davon über Hamsterkäufe gekommen. Die Bezirkshauptmannschaft Bregenz hatte im Einvernehmen mit den Ortsgruppenleitungen der NSDAP bereits Ende März „Überwachungskommissäre“ bestellt, die gegen Preissteigerungen und Hamsterkäufe energisch einschreiten sollten. Zugleich wurde die Bevölkerung öffentlich „belehrt“, daß Hamsterkäufe unnötig seien und empfindlich bestraft würden. Die Stadt Bregenz veröffentlichte eine entsprechende Kundmachung im „Vorarlberger Tagblatt“.<sup>5</sup>

Als Basis sollten künftig die Preise vom 18. März 1938 gelten. Wo Verstöße gegen die sogenannte „Preisstoppperordnung“ vom 29. März 1938 festgestellt wurden, ordnete die Bregenzer „Preisüberwachungsstelle“ zum Teil hohe Strafen an. So mußte die Lochauer Molkerei J. R. am 17. November 1938 wegen eigenmächtiger Erhöhung der Preise für Butter, Emmentaler und Mischlingskäse um drei bis sieben Pfennig pro Kilogramm insgesamt 1.000,- RM Strafe und 5,- RM als Kostenersatz für die notwendig gewordene Überprüfung bezahlen. Insgesamt hatten die Preiserhöhungen der – politisch ungeliebten, weil „schwarzen“ – Großmolkerei einen Mehrverdienst von genau 144,85 RM eingebracht.<sup>6</sup>

In den Akten des Vorarlberger Landesarchivs ist eine Vielzahl weiterer Fälle dokumentiert, in denen die Preisüberwachungsstelle Strafen meist relativ geringen Umfangs zwischen 10,- und 30,- RM verhängt hat. In Einzelfällen aber konnte das Strafausmaß mehrere tausend Reichsmark betragen.

So mußte der Egger Sägewerksbesitzer K. S. im November 1938 2.000,- RM zuzüglich 70,- RM Überprüfungskosten bezahlen, weil er gegen die "Nadelschnittholzpreisverordnung" vom 27. Mai 1938 verstoßen hatte. Die Firma hatte nicht nur etwas überhöhte Preise verlangt, sondern auch qualitätsmäßig nicht die geforderten Standards erreicht. Ähnlich wie in anderen Fällen war der Sägewerksbesitzer – wie die Behörden zweifelnd feststellen konnten – durch die vielen Verordnungen und sonstigen Verfügungen überfordert. Dies aber wurde bei der Strafbemessung in diesem Fall keineswegs als Milderungsgrund angeführt – im Gegenteil:

"Straferschwerend fällt ins Gewicht, daß es sich bei der Besprechung der einzelnen Verstöße mit Ihnen zeigte, daß Sie oft nicht einmal über die einfachsten Bestimmungen der Preisvorschriften Bescheid wußten, obwohl nicht nur durch die Fachpresse, sondern auch bei der Schausortierung in Dornbirn durch die Sägewerkerzunft die gesetzlichen Vorschriften eingehend dargestellt wurden. Auch Ihre Bürohilfe haben Sie nur äußerst mangelhaft über die Vorschriften unterrichtet. Ein Betriebsführer, der sich nicht in erster Linie um die gesetzlichen Vorschriften kümmert, handelt grob fahrlässig."

Obwohl die Behörde in diesem Fall einräumte, daß der Unternehmer "nicht in gewinnsüchtiger Absicht die Preisvorschriften übertreten" hatte, könne sie von einer "empfindlichen Ordnungsstrafe" nicht absehen.

Etwas glimpflicher kam da der Besitzer eines Gasthauses in Hiltisau davon, der bei der Umrechnung von Schilling in Reichsmark bei Würstchen, Schweine- und Kalbsbraten, Kässpätzle, Kaffee und Kakao in durchaus "gewinnsüchtiger Absicht" seine Preise um je einen Pfennig aufgerundet hatte. Er hatte inklusive der Überprüfungskosten 21,40 RM zu bezahlen. Das Strafausmaß wurde "mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse" des Bestraften schließlich sogar auf 10,- RM herabgesetzt.<sup>8</sup>

Dabei war es für die Gewerbetreibenden oft wirklich nicht einfach, die Preise den Vorstellungen der Preisüberwachungsstelle gemäß festzulegen. Die Bezirkshauptmannschaften wurden daher angewiesen, genaue Verfügungen herauszugeben. Für das Gastgewerbe zum Beispiel sah sie folgendermaßen aus:

"Als Warenmenge ist im Gastgewerbe jene Menge anzusehen, die durchschnittlich am meisten verabfolgt wird, z. B. bei Bier der halbe Liter, bei Wein das Viertelliter, bei Most der halbe

Liter. Wenn nun  $\frac{1}{2}$  l Bier 50 g gekostet hat, dann kostet er heute 33 Pf. 2 Halbe kosten daher 66 Pf. und nicht 67 Pf., und wenn der halbe Liter Most 25 g und der Liter 50 g gekostet hat, dann kostet der halbe Liter 17 Pf. und der Liter 34 Pf., aber nicht 33 Pf. Die übrigen Preise sind in derselben Weise festzusetzen.“<sup>9</sup>

Die Gastwirte zahlten also teilweise drauf. Sie waren gezwungen, bei der Umrechnung der Preise der „durchschnittlichen Warenmengen“ abzurunden; aufzurunden aber – wie dies der Hittisauer Gastwirt gemacht hatte – war auch – den mathematischen Regeln entsprechend – bei höheren Abgabemengen nicht möglich. Verständlich, daß viele Gewerbetreibende diese „Preisanpassungen“ nach unten angesichts oft wesentlich höherer Kosten umgehen wollten.

In der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1938 wurden dann von der Preisüberwachungsstelle bei der Landeshauptmannschaft Preisfestsetzungen vorgenommen. Einige Beispiele aus diesen Verordnungen:

Höchstpreise für Hühnereier in Vorarlberg: 1,5 RM pro Kg,  $8\frac{3}{4}$  Pfennig pro Stück jeweils als Erzeugerpreis für ungekennzeichnete Eier ab Hof für einen Wiederverkäufer. Die fünf unterschiedlichen Güteklassen sahen als Großhandelseinkaufspreis  $7\frac{1}{4}$  bei der niedrigsten und  $9\frac{1}{2}$  bei der höchsten Qualitätsstufe vor. Die Verbraucherpreise betragen dann entsprechend zwischen  $9\frac{1}{2}$  und  $11\frac{3}{4}$  Pfennig pro Stück Die ungekennzeichneten Eier kosteten den Verbraucher  $10\frac{1}{2}$  Pfennig.<sup>9</sup>

Schon im Juli waren für Mieten und Pachten von Wohn- und Geschäftsräumen „preisbildende und preissichernde Maßnahmen“ veranlaßt worden. Demnach war es verboten, den Mietzins auch für nicht dem Mietengesetz unterliegende Räume über den am 18. März 1938 tatsächlich gezahlten Mietzins hinaus zu erhöhen. Ansonsten wurde das Österreichische Mietengesetz vom 22. Juni 1929 nebst den späteren Änderungen in Gültigkeit belassen. Auch die Mieterschutzbestimmungen sollten weiterhin gelten.“

Im September 1938 wurden die Gendarmerieposten des Landes angewiesen, die Preise für Bücklinge zu überprüfen. Der Verbraucher-Höchstpreis durfte nach einer Verordnung des Reichsstatthalters in Wien 1,- RM pro Kilogramm nicht überschreiten. Im Oktober 1938 wurden die Preise für Kartoffeln im Einvernehmen mit der Kreisbauernschaft für Vorarlberg bei direkter Belieferung durch den Erzeuger je nach Sorte auf 8 bis 12 Pfennig pro Kilo-

gramm bei einer Abnahmemenge von 1 bis 50 Kilogramm festgelegt. Im Jänner 1939 hatte sich diesbezüglich bei den amtlich festgelegten Höchstpreisen keine Änderung ergeben. Die Kleinhandelspreise für Zucker mußten im Oktober von Amts wegen gesenkt werden. Feinkristallzucker durfte nur noch maximal 80 Pfennig pro Kilo kosten, Staubzucker 85 Pfennig. Im Dezember 1938 konnte für das Kilogramm Kalbfleisch vom Hals oder der Brust 1,40 RM, für Schlegel oder dicke Schulter 2,- RM verlangt werden.<sup>17</sup>

Auch das Fremdenverkehrsgewerbe erhielt genaue Preisvorschriften. So verordnete die Voralberger Gast- und Schankgewerbezeitung in Feldkirch im Einvernehmen mit der Preisüberwachungsstelle in einem Rundschreiben vom 31. Mai 1938 allen Wirten und Hoteliers folgende Höchstpreise: "Einfache Gasthäuser" konnten von einem Gast für die Vollpension zwischen 3,50 und 4,- RM verlangen. Das Mittagessen mußte dabei neben Suppe und Nachtmahl Fleisch mit mindestens zwei Beilagen enthalten, das Abendessen war in einfacher Form (Gröstl, Reisfleisch, Kalte Platte usw.) vorgeschrieben. Allein für die Nächtigung sollte zwischen 1,- und 1,50 RM verlangt werden können. Je nach Kategorie konnten Gasthöfe zwischen 4,50 und 5,50 RM, Hotels II. Klasse zwischen 6,- und 7,- RM und Hotels I. Klasse ab 7,- RM verlangen. In der Hochsaison konnte zu diesen Preisen je nach Kategorie zwischen 5 Prozent und 10 Prozent zugeschlagen werden.<sup>18</sup>

Mit derartigen planwirtschaftlichen Maßnahmen hatten viele Unternehmer nicht gerechnet. Zudem war die Vielzahl der Vorschriften sehr verwirrend. So wußten viele Kaufleute nicht, wie die Reichsumsatzsteuer bei den einzelnen Waren zu berechnen sei, andere hatten große Schwierigkeiten bei der neu angeordneten Verpflichtung zur ordentlichen Buchführung. Noch im Juli 1938 hatte ein Teil der Kaufleute mit dieser Buchführung nicht begonnen, andere hatten – bewußt oder unbewußt – unrichtige Angaben gemacht. Die Bezirkshauptmannschaft Bregenz resümierte am 4. Juli 1938:

"Bezüglich der einheitlichen, vorgeschriebenen Buchführung macht sich bei vielen Kaufleuten der Wunsch bemerkbar, daß ein Beamter an bestimmten Abenden oder sonst auf irgendwelche Weise über sämtliche Neuordnungen Vorträge oder eine Art Kurse abhalten möchte."<sup>14</sup>

Mit den Reglementierungen in der Wirtschaft und den planwirtschaftlichen Elementen, die der Nationalsozialismus mit sich

brachte, hatten offenkundig viele einheimische Unternehmer ihre liebe Not. Die Preisregelung brachte einen Druck in Richtung auf einen rationelleren Arbeitseinsatz mit sich. Höhere Gewinne waren für die Unternehmer nur durch die bessere Verwertung der eingesetzten Vorleistungen zu erzielen – also der Waren und Hilfsmittel bei der Herstellung oder dem Verkauf von Waren.

Einige versuchten, sich den neuen Vorschriften zu entziehen. So mehrten sich ab Sommer 1938 vor allem beim Verkauf von begehrten Lebensmitteln Proteste aus der Bevölkerung. Diese Lebensmittel wurden nämlich oft nur mehr dann abgegeben, wenn sich der Käufer auch zur Abnahme von anderen Waren bereit erklärte. Solche Mißstände gab es sowohl im Groß- als auch im Kleinhandel. Diese "Koppelungsgeschäfte" – so meldete die Preisüberwachungsstelle in Bregenz am 20. September 1938 – seien verboten und strafbar. Man darf vermuten, daß diese Verordnung wohl nur schwer administrierbar gewesen ist.<sup>65</sup>

Um einen Vergleich der Entwicklung bei den wichtigsten Preisen zu ermöglichen, sind im folgenden für die Jahre 1938, 1940 und 1943 einige durchschnittliche Nahrungsmittelpreise für die größten Vorarlberger Gemeinden angeführt. Dabei handelt es sich größtenteils um keine "Luxusgüter", sondern um gängige und für die meisten erschwingliche Lebensmittel. Dennoch muß betont werden, daß die daraus ersichtliche durchschnittliche Preissteigerung nicht jener entspricht, die sich bei einem von den Statistikern ausgeklügelten und entsprechend gewichteten Warenkorb ergäbe.<sup>66</sup> Zumindest aber kann auf die Tendenz der Preisentwicklung bei Lebensmitteln geschlossen werden.<sup>67</sup>

	1938 März	1940 Jänner	1940 November	1943 November
Kalbschnitzel		2,70	4,00	4,00
Wurst		2,00	2,00	1,80
Butter	2,80	3,20	3,60	3,60
Margarine		1,96	1,96	1,96
Milch		0,26	0,28	0,28
ein Ei	0,105	0,12	0,12	0,115
Roggenbrot		0,35	0,35	0,38
Weizenmehl		0,54	0,52	0,48
Reis		0,42	0,435	0,68
Bohnen		0,48	0,60	0,70
Erbsen	0,605	0,645	0,95	
Kartoffeln	0,08	0,09	0,095	0,115
Weißkraut		0,18	0,11	0,14
Karotten		0,27	0,20	0,21
Zwiebeln		0,295	0,25	0,34
Zucker	0,80			

Nimmt man jene Waren, deren Preisentwicklung anhand der Unterlagen vom März 1938 bis 1943 nachvollziehbar ist (Butter, Eier und Kartoffeln), so ergibt sich in diesem Zeitabschnitt eine Preissteigerung von 28,3 Prozent. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Sample mit drei Größen sicherlich zu klein ist. Andererseits zeigt sich auch beim Gemüse (Bohnen, Erbsen, Weißkraut, Karotten und Zwiebeln) allein – um die Vergleichbarkeit zu wahren – vom November 1940 bis zum November 1943 eine Preissteigerung von 29,6 Prozent. Während der Preis für Milch, Margarine und Roggenbrot nur geringfügig anstieg und jener für Weizenmehl sogar deutlich sank, stieg der Preis für Kalbfleisch um 48,1 Prozent und jener für Reis um 61,9 Prozent, dies alles innert dreieinhalb Jahren.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, daß es den Nationalsozialisten zwar gelungen ist, die Preise für einige wenige Grundnahrungsmittel – Milch, Roggenbrot – nur geringfügig ansteigen zu lassen, daß es andererseits aber zu inflationären Erscheinungen gekommen ist. Dies trifft keineswegs nur auf die "Luxusgüter" wie Kalbfleisch und Reis zu, sondern auch auf Lebensmittel für den Durchschnittsverbraucher, im großen und ganzen



"Kriegsweihnacht an der Heimatfront": Aus alten Musterkollektionen stellten Arbeiterinnen der Firma Herrburger & Rhomberg Kleidungsstücke für Kinder von Betriebsangehörigen her (oben). Unten ein Nähkurs bei Franz M. Rhomberg.

deckt sich die Preisentwicklung in Vorarlberg mit der generellen Tendenz in der Ostmark, wo von Jänner 1938 bis Jänner 1939 Nahrungs- und Genußmittel minderer Qualität um 22, jene besserer Qualität aber "nur" um 12 Prozent teurer wurden. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, daß bei einer Vereinheitlichung der Qualitäten vorwiegend schlechte Qualitäten ganz ausfielen, beispielsweise Kochbutter und Pflanzenfett: Die ärmeren Bevölkerungsschichten wurden dadurch natürlich doppelt getroffen.<sup>8</sup> Ab Ende 1940 aber konnten die Behörden – das zeigen die obigen Beispiele – die Preisentwicklung in Griff bekommen.

Die mit Kriegsverlauf eingeführten Lebensmittelkarten verschärfen auf der Angebotsseite die Lage, sodaß dem Schwarzhandel Tür und Tor geöffnet war. Die Drosselung des individuellen Verbrauchs auf das Lebensnotwendigste führte schließlich zu einem Aufblühen des – offiziell durchaus geduldeten – Tauschhandels, wie unter anderem dem Inseratenteil des Vorarlberger Tagblattes zu entnehmen ist.<sup>9</sup>

### 8.3. Ausdehnung der Arbeitszeit

Zu Beginn und vor ihrer Herrschaft hatten die Nationalsozialisten der Arbeiterschaft die "Befreiung aus der liberal-kapitalistischen Wirtschaftshörigkeit" versprochen. Die Entwicklung der Wochenarbeitszeit im "Dritten Reich" läßt allerdings anderes vermuten. Zurückzuführen war dies vor allem auf die Erfordernisse der Rüstungsindustrie und der Kriegswirtschaft.

In Österreich war schon 1933 die im "Achtstundentagsgesetz" von 1919 festgelegte Arbeitszeitregelung verschlechtert worden. Nach der Annexion Österreichs durch deutsche Truppen galt das "Achtstundentagsgesetz" zwar noch immer, durch eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen war aber faktisch bereits der Neunstundentag zur Norm geworden. In einigen Fällen konnte die tägliche Arbeitszeit sogar auf zehn Stunden ausgedehnt werden.<sup>1</sup>

Im März 1938 trat in der Ostmark die Arbeitszeitordnung in Kraft. Sie war in Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, den Reichstrehändern, der DAF und Wirtschaftsorganisationen ausgehandelt worden. Die tägliche Regelarbeitszeit sollte demnach bei acht Stunden liegen. Die Möglichkeit zur Ver-

längerung bis zu zehn Stunden war durch Tarifordnungen oder sonstige Maßnahmen problemlos möglich. Aus "dringenden Gründen des Gemeinwohls" konnte die tägliche Arbeitszeit sogar noch länger werden. Dafür war eine Vergütung vorgesehen.<sup>2</sup>

Die Arbeitszeitregelungen waren somit schon sehr weit gefaßt. Ein weiterer großer Angriff auf die vormaligen Rechte der Arbeiter in bezug auf die Arbeitszeit kam mit Kriegsbeginn. Die Nationalsozialisten waren durch die Ereignisse im Ersten Weltkrieg gewarnt. Damals waren Streiks und Demonstrationen gegen Kriegsende Folgen einer allzu ungehemmten Ausbeutung der Arbeiterschaft durch die Ausdehnung der Arbeitszeit gewesen. Ähnliches zu verhindern, war das Ziel der Behörden.

Der bald auch in der Ostmark zutage getretene Arbeitskräftemangel führte mit Kriegsbeginn dazu, daß die gesetzlichen Arbeitszeitregelungen für männliche Arbeitskräfte überhaupt außer Kraft gesetzt wurden, jene für Frauen weitgehend. Ohne behördliche Einwilligung konnten die Betriebe eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden für Frauen und von bis zu 65 Stunden für Männer anordnen.<sup>3</sup>

Timothy Mason stellte in einer Untersuchung fest, daß der Grenzwert dieser Ausdehnung der Arbeitszeit sehr gering war. Übermüdete Arbeitskräfte produzieren zuviel Ausschußware, Formen der "passiven Resistenz" nehmen zu. Der Grenzwert verschiebt sich je nach Grad der Beanspruchung nach unten: Wenn sich etwa zur langen Arbeitszeit auch noch schlechte und mangelhafte Ernährung gesellt, ist der Ertrag der Arbeitskraft eben sehr gering. Genau das aber passierte während der NS-Zeit:

"(Man) darf folgern, daß der Grenznutzenwert der Arbeitszeitverlängerung von 1938/39 gering war und auch in dieser Zeit absank."<sup>4</sup>

Das rapide Ansteigen der Krankenziffern im Reich im allgemeinen und in Vorarlberg im speziellen ist ebenso ein Beleg für seine These wie die zunehmenden Probleme der Unternehmer mit dem Zerfall der Arbeitsmoral – dem sogenannten "Blaumachen", passivem Widerstand usw. Im Frühjahr 1944 mußte das Rüstungskommando Innsbruck – das zuvor die Arbeitszeit in den Rüstungsbetrieben auf bis zu 72 Stunden pro Woche ausgedehnt hatte – dies auch zur Kenntnis nehmen. Die Grenze der Belastbarkeit sahen die Militärs bei etwa 60 Wochenstunden und somit sehr hoch:

"Die für das Jäger-Programm eingeführte 72 Stundenwoche

bringt nach den bisherigen Erfahrungen keinen wesentlichen Mehrausstoß. Es konnte beobachtet werden, daß Erhöhungen der Arbeitszeit über 60 Stunden nur für kurze Zeit mehr Ausbringung erzielen.“<sup>5</sup>

Am 31. Mai 1944 wurde dann vom Rüstungskommando Innsbruck die Einführung der 72-Stunden-Woche als "unnötig" beschrieben und somit rückgängig gemacht.<sup>6</sup>

Der Ausdehnung der Arbeitszeit und der Intensivierung der Arbeit waren Grenzen gesetzt. Daran konnte auch zunehmende Strafandrohungen der Nationalsozialisten nichts oder nur wenig ändern. Diese Fakten waren den zuständigen NS-Stellen in Österreich bewußt: Schon im Herbst 1938 wurde in den Sozialberichten der Reichstreuhand der Arbeit – sie waren im NS-Staat für Tarifordnungen und Arbeitsbedingungen zuständig – festgestellt, daß gleichzeitig mit dem Anheben der wöchentlichen Arbeitszeit auf 58 bis 65 Stunden die Fehlzeiten gestiegen seien.<sup>7</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der Sicherheitsdienst in Wien, der Anfang 1940 in einem internen Lagebericht auf die Situation im dortigen Werk von Steyr-Daimler-Puch eingeht:

"Die in mehrfachen Rüstungsbetrieben eingeführte 60-Stunden Woche hat in leistungsmäßiger Hinsicht nicht immer die erwarteten Erfolge gezeitigt. Diese Verlängerung der Arbeitszeit wurde von den Gefolgschaftsmitgliedern nur unwillig zur Kenntnis genommen und gab vielfach zu Unstimmigkeiten unter den Betroffenen Anlaß. Während offene Arbeitsverweigerungen bisher nicht bekannt wurden, ist jedoch ein Leistungsrückgang in den letzten zwei Arbeitsstunden festzustellen. Jedoch ist die Gesamtleistung, die in 10 Stunden erreicht wird, noch bedeutend größer als die Leistung, die in 8 Stunden erreicht wurde. Vielfach sind es Ermüdungserscheinungen, die die Überstundenleistungen beeinträchtigen. ... Das Unternehmen sah sich dadurch veranlaßt, die Arbeitszeit dieser Erzeugungsstätte auf 55 Stunden/Woche wieder herabzusetzen.“<sup>8</sup>

Mit Kriegsbeginn aber konnten und wollten die zuständigen Stellen immer weniger Rücksicht auf solche Sachzwänge nehmen, die Ausdehnung der Arbeitszeit mußte durchgesetzt werden. Der Reichsminister für Munition und Bewaffnung hatte am 6. Mai 1940 angeordnet, die Arbeitszeit habe in den Rüstungsbetrieben täglich im Normalfall zehn Stunden zu betragen, somit sei die 60-Stunden-Woche als Regel anzusehen. Da die "Ausfallschichten"

bei oft doppelt und dreifach belasteten Frauen besonders groß waren, ordnete der Reichsminister für Bewaffung und Munition, Fritz Todt, an, die tägliche Arbeitszeit für Frauen habe bei einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden maximal neun Stunden pro Tag zu betragen.

Das war eine von den Verhältnissen diktierte Verbesserung gegenüber den Monaten zuvor. Die zulässige Arbeitszeit für Frauen war zu Beginn des Krieges bei zehn Stunden täglich und maximal 56 Stunden wöchentlich gelegen. Weitergehende Ausnahmen konnte das Gewerbeaufsichtsamt genehmigen. So war die Arbeitszeit in manchen Fällen sogar auf 60 Stunden angestiegen, mußte aber dann wieder gekürzt werden, da die Frauen sonst einfach einen Tag wegblieben. Schließlich pendelte sich ihre Arbeitszeit bei 50 bis 56 Stunden ein.<sup>9</sup>

Fritz Todt ordnete an, Frauen sei nach Möglichkeit am Samstag freizugeben, anderenfalls sollte ihnen ein "Waschtag" nach freier Wahl gewährt werden. Todt weiter:

"Während die volle Schicht in erster Linie für Vollberufstätige gewählt werden muß, halte ich es für zweckmäßig, wenn für Frauen mit eigenem Haushalt noch, soweit es geht, verkürzte Schichten eingeführt werden, etwa die 40-Stunden-Woche oder auch der 6- bis 7-Stunden-Tag, um zu erreichen, daß Frauen mit Kindern die Arbeit in der Fabrik aufnehmen."<sup>10</sup>

Die Vorarlberger Firmen machten zumindest zum Teil von diesen Möglichkeiten zur Beschäftigung von Frauen Gebrauch. Im Mai 1941 sprachen Vertreter des Rüstungskommandos beim Gewerbeaufsichtsamt in Bregenz vor. Der Grund dieses Gespräches waren Probleme in der Vorarlberger Rüstungsindustrie, die für die eingeführten Nachtschichten infolge der gesetzlichen Bestimmungen nur bedingt Frauen einsetzen konnte. Vier Firmen, die Munitionsfirmen Ludwig Rigger, Karl Doppelmayr, Elektra G.m.b.H. und Alpenländische Metallwarenfabrik, ersuchten um ein diesbezügliches "Entgegenkommen" der staatlichen Stelle. Vom Gewerbeaufsichtsamt wurde dann folgende Lösung einvernehmlich mit den anwesenden Vertretern der Rüstungsinspektion gebilligt:

Frauen ab dem 16. Lebensjahr konnten nach einer entsprechenden Genehmigung durch das Bregenzer Gewerbeaufsichtsamt ab Mai von fünf Uhr früh bis 24 Uhr eingesetzt werden. In besonderen Fällen und "bei triftigen Gründen" war das Amt sogar bereit, für Frauen über 18 Jahren eine Genehmigung für durchge-

hende Nachtarbeit zu erteilen, wenn diese gesund waren, keine kleinen Kinder hatten, nicht allzu weit vom Betrieb entfernt wohnten und eine warme Suppe erhielten. Die Wochenarbeitszeit dürfe 56 Stunden nicht überschreiten. Außerdem solle diese Regelung nur für sechs Wochen gelten, um Verlängerung könne aber jeweils angesucht werden.<sup>11</sup>

Der Grund für diese Regelung war offensichtlich die Entwicklung bei der Dornbirner Firma Ludwig Rigger. Diese hatte den Zweischichtbetrieb eingeführt und 15 neue Arbeitskräfte eingestellt – sechs davon waren Frauen. Die Firma befürchtete allerdings Schwierigkeiten mit dem Gewerbeaufsichtsamt, das gegen die Nachtarbeit der Frauen Einspruch hätte einlegen müssen. Rigger hatte – wegen des Arbeitskräftemangels – selbständig damit begonnen, Frauen aus Dornbirn halbtätig einzustellen. Auf diese Weise hoffte die Firma, im Haushalt beschäftigte Frauen für einen Arbeitseinsatz im Betrieb zu gewinnen, was durchaus im Sinne der Bestimmungen von Fritz Todt lag.<sup>12</sup>

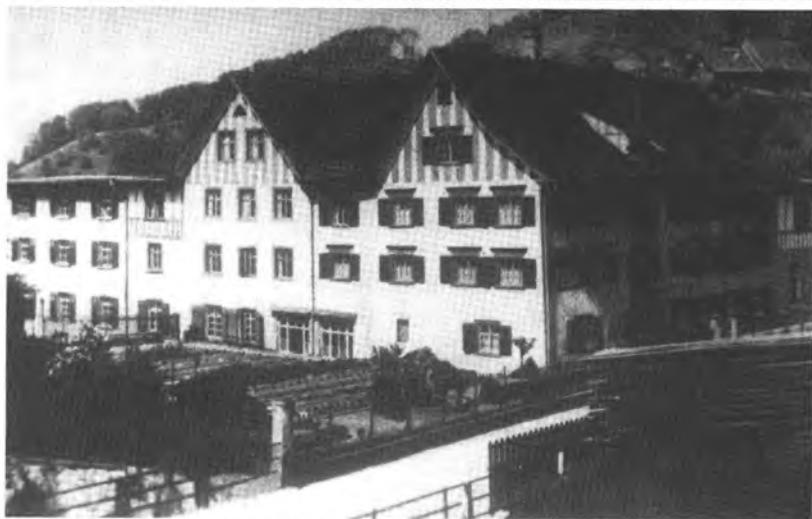
Für die meisten Frauen war die Ausdehnung der Wochenarbeitszeit noch belastender als für die Männer, denn sie waren häufig auch allein für den Haushalt und die Kinder zuständig, weil der Mann im Krieg war oder am traditionellen Rollenverständnis festhielt. Die Industrie in der Ostmark jedenfalls klagte darüber,

„daß die Ausfallsschichten bei arbeitenden Frauen besonders groß sind. Der Grund hierfür dürfte vielfach in zu langer Arbeitszeit der Frauen zu suchen sein.“<sup>13</sup>

Die Behörden waren aufgrund dieser Fakten bald gezwungen, für doppel- und dreifach belastete Frauen – auf deren Erwerbsarbeit nicht verzichtet werden konnte – spezielle Arbeitszeitregelungen einzuführen. Karin Berger meint zu den Hintergründen dieser Regelungen:

„Aus der Auseinandersetzung der NS-Sozialpolitik mit den in die Arbeitszeit betreffenden Sonderregelungen für Frauen kann ... geschlossen werden, daß dieser Punkt ein das Regime bedrohendes Konfliktpotential darstellte.“<sup>14</sup>

Wohl eher darf vermutet werden, daß angesichts des Arbeitskräftebedarfes der deutschen Kriegswirtschaft auch noch die letzten Kräfte genutzt werden mußten. Hierfür aber waren bei Müttern Sonderregelungen eben unabdingbar. Dazu zählte etwa der „Hausarbeitstag“ alle zwei Wochen für Frauen mit einem eigenen Haushalt oder eine Art „job sharing“ für besonders belastete Frauen.<sup>15</sup>



Besonders Frauen waren von der Ausdehnung der Arbeitszeit betroffen: Näherinnen in der Bregenzer Textilfirma Benger im Jahre 1940 (oben). Ein Ziel der NS-Kriegswirtschaft war die Mobilisierung aller weiblichen Arbeitskraftreserven: In diesem "Gefolgschaftsheim" von F. M. Hämmerle in Dornbirn gab es Wohnungen für ledige Mütter und einen Betriebskindergarten. Die Frauen konnten somit einer Erwerbsarbeit nachgehen.

Wenn vollbeschäftigte Frauen auf eine Halbtagesarbeit umstellen wollten, wurde dies von den Behörden nicht genehmigt. Das Job sharing dürfte bei den Frauen beliebt gewesen sein. Im Blatt "Kameradschaft der Arbeit", das von den "Reichstrehändern der Arbeit für die Ostmark" herausgegeben wurde, stand jedenfalls im September 1944:

"Der Einsatz der Frauen erfolgte sowohl im Reichsdurchschnitt als im Gau Niederdonau zu je 50 v.H. in Ganz- und Halbtagsarbeit. Der Einsatz in Halbtagsarbeit war das Werk mühseliger Aufklärung und geschickter Propaganda. Eine große Anzahl von Betriebsführern vertrat den Standpunkt, daß Halbtagsarbeit nicht fragbar sei und zu Produktionsstörungen Anlaß geben müßte. Allerdings nahm in dem Ausmaß, in dem die Zahl der zur Verfügung stehenden Halbtagskräfte abnahm, das Interesse für die Einstellung zu, so daß die Arbeitsämter im letzten Stadium der Durchführung der Meldepflichtaktion nicht mehr in der Lage waren, die Anforderungen an Halbtagskräften zu befriedigen."<sup>6</sup>

Wenn nicht dringende Arbeiten geleistet werden mußten, konnten Frauen vor Sonn- und Feiertagen ihre Arbeit früher beenden, um entsprechende Besorgungen zu machen oder Arbeiten zu verrichten – man sprach vom "Frühschluß". Diese Regelung galt ab 1941. In einigen Betrieben bestand auch die Möglichkeit, den Samstag während der Woche einzuarbeiten, was aber von den Behörden mit Fortdauer des Krieges zunehmend unterbunden wurde.

### **Widersetzlichkeiten und Gestapoeinsatz**

Wie für die Löhne waren für Arbeitszeitfragen mit Beginn der NS-Herrschaft die "Reichstrehänder der Arbeit" zuständig. Ihre Berechnungen ergaben ebenso wie wissenschaftliche Untersuchungen nach 1945, daß die oben dargestellten Sonderregelungen für Frauen notwendig waren, um die "Ruhe an der Heimatfront" halbwegs sicherzustellen. Die Behörden registrierten in vielen Fällen einen Zerfall der Arbeitsmoral:

Timothy Mason weist darauf hin, daß gravierende staatliche Eingriffe in die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse eine Welle von Disziplinlosigkeiten hervorriefen, "die eigentlich eine Art passiver, vopolitischer Opposition darstellten".<sup>7</sup>

Auch in Vorarlberg war diese "Welle von Disziplinlosigkeiten" spürbar und für die Behörden ein großes Problem.<sup>8</sup>

In der Forschung ist die These, wonach die Ausdehnung der Arbeitszeit und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu Widersetzlichkeiten führte umstritten. Klaus Tenfelde verweist darauf, daß es für die abnehmenden Arbeitsleistungen in der NS-Zeit unter anderem auch psychologische Gründe gab:

"Es scheint, als habe der Krieg auch im Arbeitsalltag psychologische Spannungszustände gebracht, die subjektiv, selbstverständlich immens durch den in Wort und Tat angestregten Leistungsdruck gefördert, eine überstarke Beanspruchung empfinden und diese schließlich objektiv auch anerkennen ließen. Dabei wird den Arbeitern der allerdings nur geringe und zudem wesentlich auf das Leistungssystem über die Zuschläge gestützte Einkommensgewinn noch das Wichtigste gewesen sein. Sie haben sich auch unter dem Leistungsdruck zurechtgefunden und sich – kaum verabredet, aber in einem insgeheimen Einverständnis – einen Ausweg in der Druckentlastung durch Krankfeiern und Bummelschichten verschafft."<sup>9</sup>

Neben Mason hat auch Jürgen Kuczynski den Leistungsabfall allein durch Überbeanspruchung und Ermüdung erklärt.<sup>20</sup> Die These Tenfeldes wurde jüngst indirekt durch Ulrich Herbert gestützt, der beim Fremdarbeitereinsatz auf den Widerspruch zwischen zunehmend schlechterer Behandlung und besser werdender Arbeitsleistung hinwies und dafür neben dem Terror in den Betrieben auch psychologische Gründe anführt.<sup>2</sup>

Der von Mason angesprochene "vopolitische Widerstand" bzw. die von Tenfelde angeführten Widersetzlichkeiten geschahen auf vielfältige Weise. Das seit alters her bekannte "Blaumachen" war ebenso eine Reaktion wie das feststellbare Ansteigen wirklicher oder vorgetäuschter Krankenstände. Besonders stark betroffen von diesen Krankenständen waren – so stellte die Gestapo fest – die "Gau der Ostmark". Im Februar 1940 berichtete die Gestapo aus Wien in einem mehrseitigen Schreiben nach Berlin, die hiesigen Krankenkassen seien durch diese Krankenstände überaus stark belastet. Künftig müsse der Druck auf die Ärzteschaft verstärkt werden, damit diese Patienten nicht mehr "leichtfertig" krank geschrieben würden. Alles in allem aber sei die Situation – jedenfalls 1940, zum Zeitpunkt der Berichterstattung – nicht so schlimm:

"Den Versuchen sich krank zu melden, um nicht arbeiten zu

müssen, wird in der Regel durch die vereinigten Anstrengungen aller Stellen mit Erfolg begegnet.<sup>22</sup>

Was auch immer in den Augen der Gestapo ein "Erfolg" gewesen sein mag, das Problem der vielen Krankenstände war tatsächlich vorhanden. Gegenmaßnahmen der Behörden konnten daher nur teilweise Erfolg haben, solange sie an den Ursachen – den schlechten Arbeitsbedingungen – vorbeigingen. Im Herbst 1942 führte das Rüstungskommando Innsbruck Gespräche mit allen Beteiligten, um dem Problem Herr zu werden. Im Kriegstagebuch wurde dazu vermerkt:

"Mit dem Gauärzte-Führer werden verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung des Vortäuschens von Erkrankungen seitens der Gefolgschaftsmitglieder von Rüstungsbetrieben besprochen. So wurden im einzelnen enge Fühlungnahme und Zusammenarbeit zwischen Betriebsführern und behandelnden Ärzten, Einführung einer ständigen Werkskontrolle, sowie Kontrolle durch den Betriebsarzt als geeignete Mittel zur Einschränkung der überhand nehmenden Krankmeldungen festgelegt. Die Betriebe werden entsprechend aufgeklärt."<sup>23</sup>

So leicht wie noch 1940 konnte man nun – 1942 – das Problem offensichtlich nicht mehr bewältigen.

Fast unbeschränkte Ausweitung der Arbeitszeit, und dies noch – zumindest in der ersten Phase des Krieges – ohne Bezahlung der Überstunden, das mußte zu Widerstand oder zumindest Resistenz der Arbeiter/innen führen. In der Logik der Verantwortlichen war die Sache einfach. Bei einer Besprechung mit dem Landesarbeitsamt Innsbruck teilten die zuständigen Herren des Rüstungskommandos am 8. April 1944 mit, daß wegen des Arbeitskräftemangels in den Rüstungsbetrieben von der 3X8-Stunden-Schicht auf die 2X10- und 2X12-Stunden-Schicht übergegangen werden müsse, wo immer dies technisch möglich sei.<sup>24</sup>

Für die Jahre 1943 und 1944 liegen viele Berichte zu den meisten Vorarlberger Rüstungsbetrieben vor, die auch über die Arbeitszeit Auskunft geben. In fast allen diesen Betrieben wurde in Tag- und Nachtschicht gearbeitet, wobei die Arbeitszeit durchschnittlich 60 Wochenstunden betrug. Dies gilt für die hierher verlagerten Betriebe – etwa die Michel-Werke oder die Rondo-Werke – und für einheimische Rüstungsunternehmen wie Franz M. Rhomberg, Electricus-Volta usw. Einzelne Unternehmen gingen sogar über diese exorbitant hohe Stundenzahl hinaus. So mußten die Männer in der

Thüringer Firma Elektron 69 Wochenstunden arbeiten. Für die über tausend Beschäftigten der Dornier-Werke in Vorarlberg galt ebenfalls eine Wochenarbeitszeit von 69 Stunden. Die Rüscher-Werke in Dornbirn – sie waren im Besitz von F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg – ließen ihre Arbeiter sogar bis zu 72 Stunden in der Woche arbeiten.<sup>26</sup>

Dem Befund von Fritz Blaich, wonach "der deutsche Arbeiter" noch 1944, "von Ausnahmefällen abgesehen, kaum mehr als 50 Stunden in der Woche arbeiten" mußte, kann mit Blick auf die Vorarlberger Betriebe nicht zugestimmt werden.<sup>26</sup>

## 8.4. Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern

Im März 1945 waren in Vorarlberg 7.711 sogenannte "zivile" Fremdarbeiter von der Krankenkassa registriert. 2.571 davon (33,34 Prozent) waren Frauen.<sup>1</sup> Nicht erfaßt sind in dieser Zahl die vielen Kriegsgefangenen, die auf Großbaustellen des Landes, wie bei den Illwerken, oder in den Rüstungsbetrieben arbeiteten.

Der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen im Gau Tirol-Vorarlberg hatte schon bald nach Kriegsbeginn angefangen. Insbesondere bei den Großbaustellen wurden viele benötigt. Ein Jahr nach Kriegsbeginn zog das Rüstungskommando Innsbruck folgende vorläufige Bilanz:

"Von den nunmehr in Tirol-Vorarlberg befindlichen 2.600 Kriegsgefangenen sind ca. zwei Drittel im Bausektor und ein Drittel in der Forstwirtschaft tätig."<sup>2</sup>

Nicht nur wegen des Arbeitseinsatzes dieser Kriegsgefangenen war die Arbeitsmarktlage gerade in der oben erwähnten Bau- und Forstwirtschaft merklich entspannt worden. Auch die starke "Zuwanderung" italienischer Zivilarbeiter wurde hierfür als Ursache genannt.<sup>3</sup>

In der Rüstungsindustrie des Landes aber waren noch im Herbst 1940 kaum Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene eingesetzt. Bei Karl Doppelmayr in Hard arbeitete beispielsweise nur ein Italiener, bei der Firma Elektra in Bregenz überhaupt keiner, wenn man nicht die zwei beschäftigten Schweizer als solche bezeichnen

möchte, bei Kittelberger in Höchst arbeitete ein Italiener und bei den Dornier-Werken in Dornbirn fünf Belgier.<sup>4</sup>

Im gesamten Zuständigkeitsbereich des Rüstungskommandos Innsbruck – also in Vorarlberg, Tirol und Salzburg – arbeiteten 1940 7.612 Arbeitskräfte unmittelbar für die Wehrmacht.<sup>5</sup> Nur 109 davon scheinen in der Statistik als "Ausländer und Juden" auf, weitere 162 als Kriegsgefangene. Die Dienststelle merkte aber einen "Sofortbedarf" an Arbeitskräften von 1.865, also 25 Prozent des Ist-Standes, an. Insgesamt gab es zu diesem Zeitpunkt im selben Bereich nach Abzug der zum Wehrdienst eingezogenen Männer insgesamt 189.157 sogenannte "Arbeitsbuchpflichtige". Davon waren 29.863 oder 15,79 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt. In der gewerblichen Wirtschaft gab es im zivilen Bereich mit 159.294 Beschäftigten über zwanzigmal mehr Arbeitskräfte als im Rüstungsbereich.<sup>6</sup>

Doch zurück zur Beschäftigung von Ausländern und Kriegsgefangenen in der heimischen Wirtschaft. In einer Besprechung zwischen dem Rüstungskommando Innsbruck und dem Arbeitsamt Bregenz vom Juli 1941 ging es um die Möglichkeiten der Unterbringung eines Teiles jener 15.000 bis 20.000 jugendlichen italienischen Arbeitskräfte der Jahrgänge 1923 und 1924, die im Reich eingesetzt werden sollten und die angeblich allesamt Erfahrung in der eisenverarbeitenden Industrie hatten. Bis dahin hatte die Regelung gegolten, daß Italiener und Franzosen nicht gemeinsam in einem Betrieb arbeiten durften. Diese Bestimmung wurde nun fallengelassen.<sup>7</sup>

Die Konditionen für jene Vorarlberger Munitionsbetriebe, die solche ausländischen Arbeitskräfte einstellen wollten, waren überaus günstig. Unterkunft und Verpflegung für die Arbeiter wurden von der DAF übernommen und den Firmen in Rechnung gestellt. Den Jugendlichen selbst mußte kein Lohn, sondern nur ein Taschengeld bis zu maximal acht Reichsmark wöchentlich gezahlt werden. Da die Firmen in Unkenntnis der auf sie zukommenden Einziehungen durch das Heer bzw. des ansehenden Abzugs französischer Kriegsgefangener dennoch zögerten, gab das Rüstungskommando schließlich den "Rat", pro Betrieb zehn jugendliche Italiener einzustellen.<sup>8</sup>

Im Spätsommer 1941 meldete das Rüstungskommando Innsbruck, die Erfahrungen mit ausländischen Arbeitskräften seien nur

zum Teil befriedigend. Eine Ursache waren natürlich die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen.<sup>9</sup> Insbesondere der Einsatz von italienischen Arbeitskräften habe sich als "Fehlschlag" erwiesen:

"Mehr versprechen sich die Betriebsführer der RÜ.-Betriebe vom geplanten Rüstungseinsatz französischer Kriegsgefangener."<sup>10</sup>

Schon gegen Ende des Jahres 1941 war der Arbeitseinsatz insbesondere von kriegsgefangenen Franzosen in der Rüstungsproduktion relativ bedeutend geworden, wie das Rüstungskommando in einem Vierteljahresbericht zum 31. Dezember 1941 festhielt. Darin wird aber auch auf die Probleme eingegangen:

"Die Erfahrungen mit diesen Kriegsgefangenen entsprachen nicht durchwegs den Erwartungen. In zunehmendem Maße zeigte sich bei diesen franz(ösischen) Kriegsgefangenen Arbeitsunlust, die teils in der Unzulänglichkeit der Bewachungsmannschaften, teils in der Hoffnung auf eine baldige Heimkehr ihren Grund hatte. Das RÜ. Kdo. mußte verschiedentlich eingreifen, um entsprechende Arbeitsleistung sicherzustellen."<sup>11</sup>

Ende Mai 1942 wurden dem Bereich des Landesarbeitsamtes Alpenland (Salzburg, Tirol-Vorarlberg) insgesamt 4.000 männliche und weibliche sowjetische Arbeitskräfte zugeteilt, die zunächst alle in der Landwirtschaft beschäftigt wurden. Aus diesem Kontingent wurden in der Folge laufend Metallfacharbeiter ausgesondert und in der Rüstungswirtschaft eingesetzt. Hier bemühte sich das Rüstungskommando verstärkt um die Beschaffung von Baracken, um diese Arbeiter auch unterbringen zu können.<sup>12</sup>

Die Munitionsfirma Karl Doppelmayr in Hard erhielt beispielsweise im Juli 1942 28 kriegsgefangene sowjetische Soldaten.<sup>13</sup> Dies wirkte sich aber vorerst für den Betrieb nicht positiv aus, denn in der Folge soll das Fertigungssoll nur noch mit großen Schwierigkeiten erfüllt worden sein. Die Firma sah sich schließlich gezwungen, eine Nachtschicht mit "deutschen" Arbeitskräften einzuführen.<sup>14</sup>

Mit der wachsenden Zahl ausländischer Arbeitskräfte vergrößerten sich auch die Probleme. Insbesondere die Schwierigkeiten mit französischen Kriegsgefangenen führten dazu, daß das Landesarbeitsamt Alpenland beabsichtigte, diese durch andere Arbeitskräfte zu ersetzen. So berichtete der Präsident des Landesarbeitsamtes am 18. März 1942 an das Wehrkreiskommando in Salzburg, daß er sich darum bemühe, etwa 6.000 kriegsgefangene Franzo-

sen aus Vorarlberg und dem Oberinntal abzuziehen und durch Jugoslawen zu ersetzen. Die Rüstungsinspektion des Wehrkreises XVIII widersetzte sich diesem Plan jedoch erfolgreich, da sich unter den Franzosen viele fast unersetzliche Facharbeiter befänden. Deren Abzug würde bei vielen Rüstungsbetrieben zu großen Problemen führen.<sup>15</sup>

Trotz der Resistenz der ausländischen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen bemühte sich auch das Innsbrucker Rüstungskommando weiterhin energisch um die Zuteilung möglichst vieler sowjetischer Kriegsgefangener und vor allem Zivilarbeiter. Es meldete am 31. Juli 1942:

„Bisher konnten der Rüstungswirtschaft, den Rüstungs- und Energiebauten sowie der Textilwirtschaft im Bereich (Tirol-Vorarlberg und Salzburg, HW) insgesamt etwa 800 männliche und 280 weibliche Zivilrussen zugewiesen werden.“<sup>16</sup>

Die Arbeitsmarktprobleme bei Kriegsbeginn konnten in der ersten Phase noch durch die verstärkte Einbeziehung von Frauen in die Produktion gelöst werden. Bald aber war auch dieses Arbeitskräfereservoir erschöpft, und es wurden immer mehr Kriegsgefangene und Fremdarbeiter eingesetzt. Nicht nur die Rüstungsindustrie, auch andere Wirtschaftsbereiche profitierten in der Folge vom unterbezahlten Arbeitseinsatz der „Fremdvölkischen“.<sup>17</sup> Dies geht unter anderem deutlich aus einer Eintragung im Kriegstagebuch vom Oktober 1942 hervor:

„Die in der letzten Zeit aus der gewerblichen Kriegswirtschaft des Bereiches zur Wehrmacht einberufenen Fach- und ungeschützten Kräfte konnten durch die Zuweisung von Ostarbeitern und sowj. Kgf. weitgehend ersetzt werden.“<sup>18</sup>

Ab Anfang 1943 ließen sich die Arbeitsmarktprobleme auch durch den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte nicht mehr so einfach lösen. Im Februar – unmittelbar nach der deutschen Niederlage in Stalingrad – meldeten die zuständigen Stellen allein für den Bereich des Arbeitsamtes Bregenz und nur für die Rüstungswirtschaft einen ungedeckten Bedarf an Arbeitskräften von 1.500. Als Ursache wurde angeführt, daß die seit langem angekündigten „Ostarbeiter-Transporte“ sowie die zum Ausgleich der wachsenden Einberufungswelle gedachten „Zivilfranzosen“ ausgeblieben seien.<sup>19</sup>

Nur den wichtigsten Rüstungsbetrieben wurden ab diesem Zeitpunkt noch die angeforderten Kontingente zugeteilt. So konnte

beispielsweise die Firma Karl Doppelmayr in Hard am 19. Februar 1942 20 weitere sowjetische Kriegsgefangene zugewiesen.<sup>20</sup>

1943 nahm der Einsatz ausländischer Arbeiter im Bereich des Landesarbeitsamtes Alpenland massiv zu. Allein von Jänner bis März wurden 8.190 ausländische Arbeitskräfte vor allem in die Rüstungsindustrie, aber auch zu den großen Energiebauten, Reichsbahn und Post "vermittelt". Insbesondere unter den französischen Arbeitskräften befanden sich viele qualifizierte Facharbeiter, die jung waren und allesamt den Jahrgängen 1919 bis 1921 angehörten. Durch die geplante Abziehung der italienischen Arbeitskräfte, die bereits zum damaligen Zeitpunkt zu 50 bis 60 Prozent nicht mehr aus dem Urlaub zurückkehrten, standen aber bereits neue Probleme an.<sup>21</sup>

Der Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 und in der Folge die Beseitigung der faschistischen Herrschaft in Italien veränderten zuerst psychologisch, dann auch materiell die Lage der italienischen Arbeitskräfte im Reich. Zu ihnen zählten zunehmend auch italienische Militärinternierte, deren Lage immer mehr jener der sowjetischen Kriegsgefangenen angeglichen wurde.<sup>22</sup>

Das wirkliche Ausmaß des Kriegsgefangenen- und Fremdarbeitereinsatzes in der Vorarlberger Wirtschaft läßt sich exakt nicht mehr bestimmen. Schon im März 1942 gab es im gesamten Wehrkreis XVIII (Steiermark, Kärnten, Krain, Salzburg, Tirol und Vorarlberg) insgesamt 80.097 "fremdvölkische" Arbeitskräfte. 16.248 davon oder 20,3 Prozent waren Frauen. Zu dieser Zahl müssen noch insgesamt 44.571 Kriegsgefangene hinzugezählt werden. 5.816 männliche und 637 weibliche ausländische Zivilarbeiter und 3.533 Kriegsgefangene waren in Wehrwirtschaftsbetrieben eingesetzt. 36.764 ausländische Zivilarbeiter kamen aus Jugoslawien, 12.581 aus Polen und 11.411 aus Italien, die restlichen verteilten sich auf die übrigen europäischen Länder. Fast drei Viertel der Kriegsgefangenen – 31.739 – waren zu diesem Zeitpunkt Franzosen, daneben gab es im Wehrkreis XVIII hauptsächlich Engländer (5.860) und Jugoslawen (5.017).<sup>23</sup>

"Daß wir bauen, danken wir dem Führer!" Zynische Verhöhnung der polnischen Kriegsgefangenen, die Ende 1939 in Partenen ankamen und als Arbeitskräfte bei den Illwerke-Bauten eingesetzt wurden (rechts oben). Im Bild unten betonieren sie einen Teil der Staumauer des Silvretta-Speichers.



Für die einzelnen Gaue sind diese Zahlen leider nicht aufzuschlüsseln – schon gar nicht für den Verwaltungsbezirk Vorarlberg. Die oben angeführten Zahlen für den Wehrkreis zeigen nicht einmal das ganze Ausmaß des Arbeitseinsatzes, denn insbesondere die nicht unmittelbar für die Rüstungsindustrie arbeitenden Ausländer sind nicht mehr zentral erfaßt worden. So kann man nur die bruchstückhaft vorhandenen Quellen sammeln, die aber zumindest die Untergrenze dieses Arbeitseinsatzes annähernd deutlich machen.

### **Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in einzelnen Orten**

In Hohenems befanden sich im Jahre 1945 233 Kriegsgefangene allein aus dem russisch-ukrainischen Raum, während die Zwangsarbeiter aus der übrigen UdSSR, aus Griechenland, Bulgarien, Rumänien und Italien mit "mehreren hundert" angegeben werden. Sie waren in Lagern im Unterklien, im Erlach und im Schwefel untergebracht, auch im alten Schießstand, im Haus des Katholischen Arbeitervereins und in Privatquartieren.<sup>24</sup> Aber auch diese Quelle ist unvollständig, denn zumindest in einem Gebäude der ehemaligen Firma Neumann's Söhne an der Straße nach Ems-Reutte – der "Oberen Fabrik" – waren ebenfalls Kriegsgefangene untergebracht. Der Hinweis hierauf stammt übrigens aus derselben Publikation – allerdings von einem anderen Verfasser.<sup>25</sup>

Schließlich muß es auch französische Kriegsgefangene in Hohenems gegeben haben. Ein kurioser Hinweis in einer Festschrift der dortigen Bürgermusik berichtet nämlich davon, daß 1943 zur Verstärkung der Blasmusikkapelle – sie mußte sich in der NS-Zeit "Standeschützenkapelle" nennen – zwei Franzosen aus einem Gefangenenlager in der Gemeinde abberufen worden seien.<sup>26</sup>

In Hard wurde im Sommer 1942 an der Hafestraße ein Kriegsgefangenenlager für meist über 100 Russen errichtet, die in den Harder Rüstungsbetrieben arbeiten mußten. Auch in der Mittelweiherburg gab es ein Lager für etwa 40 serbische Kriegsgefangene.<sup>27</sup>

In der – damals nicht selbständigen – Gemeinde Kennelbach wurden ab 1942 viele ausländische Zwangsarbeitskräfte eingesetzt. Am 27. Juli 1942 gab es dort 20 russische Mädchen, denen weitere folgten. Gegen Ende des Jahres waren es bereits 75 Ost-

arbeiterinnen und -arbeiter, von denen 61 bei Schindler & Cie. eingesetzt waren. Die Betriebszeitung der Firma schrieb dazu:

„Der Großteil dieser Arbeitskräfte ist in der Spinnerei beschäftigt und die anderen arbeiten in der Weberei. Das Lager und der Aufenthaltsraum für diese Ostarbeiterinnen ist im oberen Stockwerk des Kameradschaftshauses errichtet worden, sodaß sie für sich allein ihre Freizeit verbringen können.“<sup>28</sup>

Natürlich „konnten“ die Ostarbeiterinnen nicht, sondern sie mußten. So war ihnen der Aufenthalt außerhalb ihres Lagers nach 21 Uhr generell verboten, ebenso der Besuch der Sonntagsmesse beziehungsweise überhaupt der Kontakt mit der ortsansässigen Bevölkerung.<sup>29</sup>

Schon 1940 wurde in der kleinen Walgaugemeinde Bürs das „Lager Lüneerseefabrik“ vorerst für polnische Kriegsgefangene errichtet. Dieses Lager wurde nach und nach immer größer. Im Mai 1945 schließlich sollen allein in der Lüneerseefabrik 1.500 Menschen aus vielen europäischen Ländern untergebracht gewesen sein.<sup>30</sup>

Auch in den Tälern des Landes wurden entsprechende Lager errichtet. So berichtet die „Kriegschronik der Gemeinde Reuthe“ im Bregenzerwald von einem Kriegsgefangenenlager im dortigen ehemaligen Vereinshaus. In das mit einem hohen Bretterzaun und Stacheldraht umgebene Gebäude kamen im ersten Kriegswinter polnische Gefangene, die vorwiegend in der Landwirtschaft und für Wegebauten eingesetzt wurden. Sie dürften anfangs noch eine gewisse Bewegungsfreiheit gehabt haben und durften sich sogar von zu Hause Zivilkleider schicken lassen. Daneben gab es speziell im Bregenzerwald auch viele zivile Fremdarbeiter/innen, vorwiegend Ukrainerinnen, die ebenfalls in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Den Franzosen, Serben und sowjetischen Kriegsgefangenen, die den Polen nachfolgten, soll es laut Chronik deutlich schlechter gegangen sein als ihren Vorgängern. Am beliebtesten war offensichtlich der Arbeitseinsatz auf einem kleinen Hof. Dazu die Chronik wörtlich:

„Die Bauern konnten sich täglich von dort (Lager, HW) über Anforderung einen oder zwei Mann abholen, was diesen wohl die liebste Arbeit war.“<sup>31</sup>

Daneben gab es im Bregenzerwald auch Lager von Baufirmen, so jenes der Baufirma Rhomberg in Damüls.

Gesichert sind weiters im Rheintal bzw. im Leiblachtal die Fremdarbeiter- und/oder Kriegsgefangenenlager der Firma

Dornier in Bregenz, der Bayrischen Leichtmetallwerke in Lochau und der Firma Hummel in Lochau, ein weiteres der Firma Bauer stand in Götzis. In Dornbirn gab es mehrere Lager. Zu den größten und wichtigsten zählte jenes für vorwiegend sowjetische Kriegsgefangene bei den Rüschi-Werken, eines im Sala für französische Gefangene und ein weiteres am Fischbach. 1944 gab es in Dornbirn allein 1.300 Fremdarbeiter – die vielen Kriegsgefangenen sind in dieser Zahl nicht enthalten.

Im Montafon standen Lager der Baufirma Hinteregger in St. Gallenkirch, der Firma Bickel & Brausewetter in Tschagguns-Maurenstutz, der Firma Kunz & Co. im Silvrettadorf, ein Lager auf der Großbaustelle Rodund der Vorarlberger Illwerke, eines der Firma Schneider & Heimbach in Vermunt und das Lager "Seespitz" der Baufirma Hilti. Weitere Lager von Baufirmen gab es im Walgau.<sup>32</sup>

Für 1945 sind offiziell 7.711 zivile Fremdarbeiter/innen ausgewiesen. Ihnen müssen – so ist aufgrund der in verschiedenen anderen Quellen aufscheinenden Zahlen zu vermuten – mehrere tausend Kriegsgefangene hinzugerechnet werden.<sup>33</sup>

Zieht man auch jene 10.681 Südtiroler/innen in Betracht, die laut offizieller Statistik bis Ende 1943 im Zuge der sogenannten "Rück-siedlungsaktion" immigrierten, so ergibt das etwa 20.000 bis 25.000 Personen, die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges ins Land kamen. Dabei ist diese Zahl eine Wanderungsbilanz – in Wirklichkeit war die "Völkerwanderung" noch viel stärker, weil während des Krieges natürlich viele Fremdarbeiter und Kriegsgefangene nur kurzfristig im Lande weilten. In den angeführten 20.000 bis 25.000 sind zudem die vielen tausend Reichsdeutschen nicht enthalten, die als "Ausgebombte" oder als Angestellte und Arbeiter eines hierher verlagerten Betriebes nach Vorarlberg kamen und teilweise auch hier blieben.

Der Zweite Weltkrieg hat prozentuell zur bislang größten Zuzugs-welle nach Vorarlberg geführt.

### **"Verbotener Umgang" mit Fremdarbeitern**

Besonders der "verbotene Umgang" zwischen Einheimischen und ausländischen Arbeitskräften wurde unter schwerster Strafe gestellt.<sup>34</sup> In einem "Merkblatt" wurden die "deutschen Frauen und Mäd-

chen“ 1942 aufgefordert, ihre Würde zu wahren. Das Blatt schließt mit einem Appell:

„Tiroler und Vorarlberger! Unsere Heimat braucht deutsche Kinder! Ihr werdet nicht wollen, daß einst die Kinder fremder Völker in unserem Land leben, denn dann wäre unser Kampf umsonst!“<sup>35</sup>

Die Maßnahmen der Behörden waren denn auch rigoros. Der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Innsbruck berichtete am 29. März 1942 von der „öffentlichen Erschiessung eines Polen, der sich an einer deutschen Frau vergangen hatte“, durch die Gestapo im Montafon. Zu diesem Ereignis wurde von Bludenz aus ein Sonderzug ins Montafon geführt.<sup>36</sup>

Zum selben Zeitpunkt wurden allein aus Bludenz elf Frauen ins Gefängnis eingeliefert, die Kontakte mit französischen Kriegsgefangenen gehabt haben sollen. Auch in anderen Gegenden des Landes gab es ähnliche Probleme.<sup>37</sup>

In Rankweil soll in Anlehnung an die mittelalterliche Methode des „Schandpfahles“ eine junge Frau, die damals noch nicht zwanzigjährige N.N., wegen dieses „Deliktes“ öffentlich geschoren worden sein. Am Rankweiler Marktplatz sei beim Gasthof Linde zudem ein entsprechender Anschlag angebracht worden.<sup>38</sup>

## Konflikte, Widerstand und soziale Lage

Viele Kriegsgefangene oder Fremdarbeiter wollten sich nicht freiwillig an der Herstellung jener Waffen und Munition beteiligen, mit denen die Deutsche Wehrmacht und die SS eventuell gegen ihr eigenes Volk vorgingen. Wenn zu dieser Opposition noch eine unerträgliche Unterkunft, Verpflegung und/oder Arbeitsbedingungen sowie Heimweh hinzukamen, konnten kleine Konflikte schnell eskalieren.

Der Unmut vieler ziviler Fremdarbeiter richtete sich speziell gegen den § 11 der Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels vom 1. September 1939.<sup>39</sup> Schon unmittelbar nach Kriegsbeginn gab es in Vorarlberg eine ganze Reihe von Verstößen gegen diese Verordnung. Ab Herbst waren von der deutschen Reichsregierung viele polnische Arbeitskräfte ins Reichsgebiet gebracht worden – unter anderem auch nach Vorarlberg.<sup>40</sup>

Elliche von ihnen wollten sich der strengen Arbeitsdisziplin nicht fügen und entfernten sich von ihrem Arbeitsplatz – zum Teil mit der Absicht, in die nahe Schweiz zu fliehen.<sup>41</sup>

Der Pole Tadeusz Ehrenfeld beispielsweise war mehrmals entsprechend aufgefallen. Schon im Mai 1940 hatte er seine Beschäftigung bei der Firma Kunz & Co. "aufgegeben" und sich gegen die harten Lebensbedingungen im Lager Silvrettadorf ausgesprochen. Im September 1940 war er dann beim Bahnübergang Feldkirch–Buchs aufgegriffen worden, als er sich "unbefugt" in die Schweiz begeben wollte. Das Landgericht Feldkirch verurteilte ihn hierfür im Februar 1941 zu fünf Monaten Gefängnis. Nur ein Teil der "Verwahrungshaft" wurde eingerechnet, da Ehrenfeld kurzfristig aus dem Gefängnis entflohen war und die "Verwahrungshaft" somit als "selbstverschuldet" galt.<sup>42</sup> Damit war die Sache für den gebürtigen Lemberger aber noch nicht ausgestanden.

Ehrenfeld wurde nach Verbüßung der Gefängnisstrafe nämlich nicht freigelassen, sondern "zur Verfügung der Gestapo" weiterhin in Haft behalten. Das bedeutete für ihn nach siebenmonatiger Haft die Überstellung nach Innsbruck und von dort die Einlieferung in ein Konzentrationslager. Sein weiteres Schicksal ist wie das vieler anderer in Vorarlberg verurteilter Fremdarbeiter nicht eruierbar.<sup>43</sup>

Etwa jenes der Brüder Jan und Eduard Sorys sowie des Josef Holtos. Die Polen waren von den deutschen Behörden nach Tschagguns zur Firma Bickel & Brausewetter auf eine Illwerke-Baustelle verpflichtet worden. Im Oktober 1940 sollten sie – aufgrund einer Anordnung des Arbeitsamtes Bludenz – auf die Baustelle Vermunt der Firma Heimbach & Schneider wechseln. Angesichts der dortigen Verhältnisse meldeten sie sich aber erst gar nicht zur Arbeit, sondern versuchten, mit dem Zug aus dem Montafon zu fliehen. Dabei wurden sie aufgegriffen und verhaftet. Obwohl Eduard Sorys noch nicht einmal 17 Jahre alt war und sein Bruder gerade erst seinen 15. Geburtstag hinter sich hatte, wurde Eduard zu zweieinhalb und sein Bruder Jan zu eineinhalb Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Landgericht Feldkirch begründete diese Entscheidung damit, daß die Jugendlichen "einen recht geweckten Eindruck" hinterlassen hätten und ihnen "das Unrechtmässige ihres Tuns" einsichtig gewesen sein mußte. Das ist übrigens einer der wenigen

## Im Namen des deutschen Volkes!

9

Der Einzelrichter des Land- gerichtes Feldkirch hat  
im vereinfachten Verfahren über den vom Ankläger gestellten Antrag auf  
Bestrafung des Thadäus Ehrenfeld

des Julian und der Maria geb.Clabinska, geb.am 15.8.1913 in  
Lemberg, Volkspole. griech.kath., led.,Hilfsarbeiter zuletzt  
bei der Firma Kunz & Co.in Silvrettadorf, derzeit in UH beim  
LG Feldkirch

wegen Vergehens gegen die VO über die Beschränkung des Arbeits-  
platzwechsels und gegen die Fasstrafenverordnung  
nach der am 7.2.1941

in Anwesenheit des Staatsanwaltes Heim

des Privatbeteiligten /

des SAAngeklagten Thadäus Ehrenfeld

des Dolmetsch Roland Janszary

und des Verteidigers /



Tadeusz Ehrenfeld (links) kam als polnischer Zwangsarbeiter auf die Illwerke-Baustelle Silvrettadorf. Im Herbst 1940 wurde er bei einem Fluchtversuch verhaftet. Nach einer Verurteilung durch das Landgericht Feldkirch war er sieben Monate in Haft und wurde anschließend in ein Konzentrationslager deportiert. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

Z. 147/1 1437  
Jaslo, den 4. Novem. 1942  
2. 9. 15. 11/1942, 11/1942

Der Hochwollgeborenen Herr  
Oberstaatsanwalt  
beim Landgericht Feldkirch

In dem Angelegenheiten unserer Söhne Jan und Eduard Sorys, haben wir den 22. 11. 1942 gegen die Anklage eines Einspruchs geltend mit der Bitte um die gütliche Entscheidung werden. Wir bitten Sie, in uns als Eltern mit diesem Einspruch bis zum kürzestmöglichen Zeitpunkt zu helfen, so sehr wir, wir die Hochwollgeborenen Herrn Oberstaatsanwalt, sehr dankbar sein werden und gütlich zu verhandeln.

was eigentlich mit unseren Söhnen geschehen ist, so sehr wir, wir sehr fraglos sein werden. In der Sache der Anklage eines Einspruchs, Anklage in dieser Angelegenheit sind wir mit dem Kopf übermäßig polnischen Angelegenheit eines Einspruchs zu bestimmen und für jeden zu wissen, die in die Entscheidung sind die Angelegenheiten zu bestimmen. Wir bitten Sie, in der Entscheidung zu helfen, so sehr wir, wir die Angelegenheiten zu bestimmen und wir sind, die Angelegenheiten zu bestimmen und wir sind, die Angelegenheiten zu bestimmen.

Anuloyai 2/10/42  
Katarzyna Sorys

Die Eltern der verhafteten Zwangsarbeiter Jan (15) und Eduard Sorys (17) schrieben an den Oberstaatsanwalt beim LG Feldkirch und fragten, "was eigentlich mit unseren Söhnen geschehen ist". Sie erhielten keine Antwort.

Fälle, in denen es zu einem Einspruch gegen ein Urteil gegen Fremdarbeiter kam. Die Eltern bat von Jaslo in Polen aus "den hochwollgeborenen Herrn Oberstaatsanwalt ehrfurchtsvoll", sie "gnädigst zu verständigen, was eigentlich mit unseren Söhnen geschehen ist." Eine Antwort erhielten sie trotz ihrer Urgenz nicht. Einspruch gegen ein allfälliges Urteil erhoben sie mit dem Hinweis auf die Jugend ihrer Kinder dennoch.<sup>44</sup>

Allein bis Ende 1942 sind insgesamt 17 Polen wegen versuchter Flucht in die Schweiz vom Landgericht Feldkirch verurteilt worden, mindestens sechs von ihnen waren von der Schweiz zurückgestellt worden. Was bis 1941 noch mit Gefängnis bestraft wurde, konnte ab diesem Zeitpunkt zu einem Todesurteil führen, weil die Gerichte bei einem Fluchtversuch in die Schweiz grundsätzlich unterstellten, es sei ein Beitritt zur "polnischen Legion" geplant gewesen. Insgesamt sind sieben Todesurteile gegen polnische Fremdarbeiter überliefert. Mindestens drei von ihnen waren von der Schweiz nach Feldkirch zurückgestellt worden.<sup>45</sup>

Seit Herbst 1940 wurden neben Polen verstärkt französische

Kriegsgefangene zur Arbeit eingesetzt – mit erheblichen Problemen für die Behörden.<sup>46</sup> Das Rüstungskommando Innsbruck sah sich im Oktober 1941 veranlaßt, bei einem Konflikt in der Firma Elektra in Bregenz einzugreifen, weil sich dort französische Kriegsgefangene geweigert hatten, in der Munitionsfertigung zu arbeiten. Sie beriefen sich auf einen Artikel in einer französischen Zeitung, wonach eine derartige Verwendung von Kriegsgefangenen unzulässig sei.<sup>47</sup>

Die Gefangenen wurden daraufhin offensichtlich massiv eingeschüchtert und zur Aufnahme der Munitionsfertigung angehalten. Das Rüstungskommando hierzu:

„Der Betriebsführer der Fa. Elektra teilt mit, daß nach einem Lagerappell, bei dem die französischen Kriegsgefangenen über die Folgen einer Arbeitsverweigerung aufgeklärt wurden, keinerlei Schwierigkeiten mehr zu erwarten seien.“<sup>48</sup>

Hier dürfte aber der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein. Denn auch in den folgenden Monaten kam es im Raume Bregenz und speziell in der Firma Elektra immer wieder zu erheblicher Resistenz der Kriegsgefangenen. So hatten Anfang Dezember 1941 Kriegsgefangene in der Firma Karl Doppelmayer in Hard erzählt, bei Electricus-Volta habe der Plan bestanden, auch die Gefangenen an der Weihnachtsfeier teilnehmen zu lassen. Der Einspruch einer anderen Firma, der Elektra Ges.m.b.H., habe das aber verhindert. Für das Rüstungskommando Innsbruck waren diese Gerüchte Anlaß genug, Hauptmann Hofer nach Bregenz zu schicken, damit er der Sache auf den Grund gehe. Die Überprüfung ergab, daß der Buchhalter von Electricus-Volta tatsächlich einen entsprechenden Plan beim Betriebsleiter vorgebracht hatte. Nachdem dieser aber abgelehnt worden sei, habe es keine weiteren diesbezüglichen Aktivitäten gegeben. Insbesondere verneinten alle Beschuldigten, in irgendeiner Form den Gefangenen hiervon Mitteilung gemacht zu haben. Hofer ließ es bei einer Ermahnung an alle beteiligten Männer bewenden.<sup>49</sup>

Im April des folgenden Jahres mehrten sich die Klagen über „Disziplinlosigkeiten“ bei Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen. Das in der Reichenau bei Innsbruck im Sommer 1941 eingerichtete Arbeitserziehungslager hatte in der Folge die Aufgabe, Angst und Schrecken unter der Arbeiterschaft zu erzeugen und so „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten.

Reichsweit wurde im Sommer und im Herbst 1941 nach dem

„Vorbild“ einiger „Erprobungslager“ die Errichtung solcher Arbeitserziehungslager veranlaßt.<sup>50</sup>

Die erwünschte Disziplinierung der Fremdarbeiter gelang dennoch immer weniger. Ende April 1942 meldete das Rüstungskommando, daß sich in der Firma Elektra Ges.m.b.H. französische Kriegsgefangene unbotmäßig benähmen. Der zur Bewachung dieser Arbeiter eigens eingesetzte Unteroffizier sei nicht mehr in der Lage, sich durchzusetzen, und auch der zuständige Führer der I. Landeschützenkompanie 910 in Dornbirn trete nicht rasch und energisch genug ein.<sup>51</sup>

Das Rüstungskommando Innsbruck nahm nun umgehend mit diesem Führer Kontakt auf. Der Kompanieführer teilte mit, daß er Arrest von höchstens zehn Tagen verhängen könne. Daraufhin wurde für künftige Fälle „härtestes“ Durchgreifen vereinbart. Auch die Munitionsfirmen wurden diesbezüglich informiert.<sup>52</sup>

Ob diese Vorfälle dafür verantwortlich waren oder etwas anderes, ist unklar. Zwei Wochen später wurden den kriegsgefangenen Franzosen in den Bregenzer Betrieben auf Veranlassung der Deutschen Arbeitsfront jedenfalls die Schwerarbeiterkarten entzogen, die eine zusätzliche Lebensmittelversorgung garantiert hatten. Die Begründung lautete:

„Es wurde ... festgestellt, daß viel Brot in die Abfallgrube wanderte. Die Gefangenen bekommen so viele Liebesgabenpakete, daß sie reichlicher zu essen haben als die deutschen Arbeiter.“<sup>53</sup> Die Folge dieser Maßnahme war ein weiteres „Nachlassen der Arbeitslust“ der französischen Kriegsgefangenen.<sup>54</sup>

Es scheint, daß diese „Arbeitsunlust“ hauptsächlich durch die schlechte Behandlung der Arbeiter zustande kam. Denn dort, wo Kriegsgefangene und Fremdarbeiter angemessen behandelt wurden, erbrachten sie auch bessere Arbeitsleistungen.

Das zeigen die Berichte der entsprechenden Heeresstellen. Im November 1941 inspizierte Hauptmann Kiechel vom Rüstungskommando Innsbruck das Bregenzer Werk der Höchster Firma Flugzeugbau Kittelberger. In einem Aktenvermerk hielt er fest:

„Mit den 20 (französischen) Kriegsgefangenen im Werk Bregenz ist die Firma außerordentlich zufrieden; sie sind zum Teil sogar besser als die einheimischen Arbeiter. Diese Gefangenen werden allerdings gut behandelt und erhalten zeitweise von der Firma Obst und andere kleine Zubußen.“<sup>55</sup>

Die Firma Kittelberger scheint aber eher die Ausnahme gewesen zu sein.

Ab 1942 gab es reichsweit zunehmend Probleme mit sowjetischen Kriegsgefangenen und/oder Fremdarbeiter/innen/n. Zumindest einige von ihnen waren politisch bewußte Gegner des Nationalsozialismus. In der Zeit bis Kriegsende gab es von ihnen viele Widerstandshandlungen – zum Teil in organisierter Form.<sup>56</sup>

Auch in Vorarlberg gab es Ansätze von Widerstand. Seit Juli 1942 war dem Rüstungskommando beispielsweise aufgefallen, daß die Arbeitsleistung in der Firma Doppelmayer in Hard nach dem Eintreffen von 28 sowjetischen Kriegsgefangenen stark gesunken war. Um den Soll-Ausstoß zu halten, mußte die Firma eine Nachtschicht nur für deutsche Arbeitskräfte einführen. Da es auch Versorgungsprobleme mit zu bearbeitenden Rohlingen gab, schien die Sache vorerst keine große Bedeutung zu haben.<sup>57</sup> Am 19. August 1942 meldete dann aber das Kriegstagebuch:

„Unter den bei Karl Doppelmayer, Hard, eingesetzten sowj. Kriegsgefangenen befand sich ein Kommissar, der die Gefangenen zu geringer Arbeitsleistung aufwiegelte. Nach Verhaftung dieses Politruks stieg die Leistung sofort um 50 v. H.“<sup>58</sup>

Im Dezember desselben Jahres gab es in Bregenz erhebliche Schwierigkeiten mit französischen Kriegsgefangenen. Als sich die örtlichen Stellen im Kriegsgefangenenlager am Stein nicht mehr durchzusetzen vermochten, veranlaßte der Kommandeur des Rüstungskommandos Innsbruck das Landesschützen-Battillon 875, durch „scharfes Eingreifen“ die Disziplin im Lager wiederherzustellen. Die Probleme seien dadurch – wie das Kriegstagebuch vermerkt – „behooben“ worden.<sup>59</sup>

Die brutale Behandlung in den Betrieben und die Unterernährung der meisten Gefangenen waren nicht dazu angetan, ein gegenüber Deutschland positives Verhalten zu wecken. Den Fremdarbeiter ging es vielfach kaum besser. In Berlin konstatierten die Behörden speziell nach der deutschen Niederlage in Stalingrad eine zunehmende „Verschlechterung der Stimmung“:

„Im Zusammenhang mit dem Fall Stalingrads ist das Verhalten der sowjetischen Kriegsgefangenen sowie der Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen nach übereinstimmenden Meldungen der Gauleitungen anmaßender und herausfordernder geworden! Gerade in den letzten Tagen haben die Gauleitungen hierüber ausführlich berichtet.“<sup>60</sup>

In diesem Bericht wurde speziell auf den Gau Tirol-Vorarlberg verwiesen. Hier habe ein sowjetischer Kriegsgefangener, der sich bei seiner Arbeit besonders bewährt habe, vom Werkführer eine Zigarette geschenkt bekommen. Als Dank habe ihm der Gefangene folgendes versichert:

„Wenn Sowjets hierher kommen, dann ich sofort zu Kommandant gehen und sagen, Kamerad seien gut, deshalb nicht lange quälen, sondern sofort erschießen!“<sup>61</sup>

Auf oppositionelle beziehungsweise unangepaßte Kriegsgefangene und Fremdarbeiter bei den Illwerke-Bauten wurde bereits kurz eingegangen. Das Thema ist andernorts ausführlich behandelt worden.<sup>62</sup>

Daß ähnliche Probleme wie auf den Illwerke-Baustellen im ganzen Land bestanden, läßt sich durch einige Quellen belegen. So verweist eine Eintragung im Kriegstagebuch des Wehrkreises XVIII vom 1. September 1943 auf die Situation im Rondowerk, das im Frühjahr desselben Jahres aus Westfalen nach Dornbirn verlagert worden war. Insbesondere im Hinblick auf französische Arbeitskräfte heißt es dort,

„daß durch arbeitsvertragsbrüchige Arbeitskräfte die Fertigung Gt 36 gefährdet ist. Die bisher unternommenen Maßnahmen haben gänzlich fehlgeschlagen. Selbst die Verlängerung einer Urlaubssperre hat sich als Fehlschlag erwiesen. Die Firma vertritt den Standpunkt, daß ganz neue Maßnahmen von grundlegender und einschneidender Bedeutung in der Behandlung vertragsbrüchiger ausländischer Arbeitskräfte eintreten müssen, wenn nicht in allernächster Zeit ein ganz erheblicher Fertigungsausfall, evtl. Stilllegung ganzer Betriebsteile, erfolgen soll.“<sup>63</sup>

Diese „einschneidenden Änderungen“ dürften tatsächlich erfolgt sein. Gegen oppositionelle bzw. unangepaßte Kriegsgefangene und Fremdarbeiter wurde in der Folge jedenfalls mit exemplarischer Härte vorgegangen. So wurden drei der insgesamt 40 serbischen Kriegsgefangenen im Lager Hard/Mittelweiherburg im Winter 1944/45 von der Bewachungsmannschaft wegen angeblicher „Meuterei“ erschossen.<sup>64</sup>

Die soziale Lage der Kriegsgefangenen in der Vorarlberger Rüstungsindustrie läßt sich aufgrund der schlechten Quellenlage nur bruchstückhaft rekonstruieren. Tatsache ist, daß das Arbeitsamt und das Rüstungskommando immer wieder jene Firmen ermahnten, die Kriegsgefangene angeblich zu wohlwollend behandeln-

ten. Das geschah beispielsweise bei einer Sitzung von Vertretern des Rüstungskommandos Innsbruck und des Arbeitsamtes Bregenz im Mai 1941:

“Dr. Moser (vom Arbeitsamt Bregenz, HW) macht auf die Vorschrift aufmerksam, daß Kriegsgefangene womöglich getrennt von den anderen Arbeitern, besonders aber von den Frauen, gehalten werden sollen. Er hält es für angezeigt, die Betriebsführer darauf aufmerksam zu machen, die Gefangenen in jeder Hinsicht scharf überwachen zu lassen.”<sup>65</sup>

Ein halbes Jahr nach dieser Sitzung – Anfang Dezember 1941 – entstand in Bregenz in verschiedenen Betrieben Unruhe, als bekannt wurde, wie unterschiedlich die Entlohnung der Kriegsgefangenen in den einzelnen Unternehmen war. Gerüchteweise war unter den Gefangenen zu hören, die Firma Elektra zahle wesentlich höhere Prämien als andere Unternehmen. Als höchste an Kriegsgefangene zu zahlende Prämie waren 15,- RM festgelegt worden, wobei die Zigarettenration von diesem Betrag abgerechnet werden mußte. Die Firma Elektra aber habe ihren Kriegsgefangenen 20,- RM bezahlt und sie zusätzlich noch mit Zigaretten versorgt. Offiziell war der Höchstlohn eines Kriegsgefangenen im Raume Bregenz mit 33,- RM festgelegt worden. 18,- RM sollte er von der Lagerleitung erhalten und maximal 15,- RM von der jeweiligen Firma. Einige Gefangene aber waren mit dieser Bezahlung aufgrund ihrer anderswo gemachten Erfahrungen unzufrieden:

“Der Gefangene Nr. 1.444 zeigte die beiliegende Lohnfüte vor, woraus hervorgeht, daß er bei der Arbeitsgemeinschaft ‘Tauernsperre’ RM 77,- erhielt. Das ist der Lohn für einen Hilfsarbeiter; die Facharbeiter sollen bis auf RM 120,- kommen. Er teilte auch mit, daß ein Kamerad bei Messerschmitt auf RM 100,- komme.”<sup>66</sup>

Die Kleinlichkeit, mit der die Kriegsgefangenen behandelt wurden, zeigte sich in einem Konflikt zwischen den Bregenzer Betrieben Electricus-Volta und Elektra. Die Firma Electricus-Volta hatte Anfang Dezember 1941 an vier Kriegsgefangene, die zum Schneeschaufeln eingeteilt waren, Holzschuhe ausgegeben. Das führte zu einer Intervention der Firma Elektra, da ein derartiges Vorgehen nicht statthaft sei. Bei einer Inspektion durch das Rüstungskommando Innsbruck wurde dann aber festgestellt, daß inzwischen auch sämtliche Kriegsgefangene bei Elektra Holzschuhe trugen.<sup>67</sup>

In der Regel war die Behandlung speziell der Gefangenen –

natürlich nicht nur in Vorarlberg – überaus schlecht. Diese konnten aufgrund von Unterernährung oft kaum entsprechend eingesetzt werden. Auf diese Tatsache wies schon Ende 1941 das Rüstungskommando Innsbruck hin. Damals wollte man die bis dahin vorwiegend eingesetzten französischen Kriegsgefangenen durch sowjetische ersetzen. Deren Unterernährung und die dadurch in den Kriegsgefangenenlagern ausgebrochenen Seuchen behinderten dieses Vorhaben aber vorerst:

“Die restlose Umsetzung sämtlicher für den Einsatz in der Rüstungswirtschaft vorgesehenen franz(ösischen) Kriegsgefangenen war im Berichtszeitraum nicht möglich, da die zur Ablösung herangeführten Russen infolge ihres schlechten körperlichen Befindens nicht einsatzfähig waren und außerdem gegen Ende des Berichtszeitraumes in den Lagern Seuchen ausbrachen.”<sup>68</sup>

Der hier geschilderte schlechte körperliche Zustand der sowjetischen Kriegsgefangenen war von der politischen Führung des Reichs explizit gefordert worden. Man war bis Ende 1941 überzeugt von einem schnellen Sieg über die UdSSR. Dieser Sieg würde Probleme wie einen “Arbeitskräftemangel” nicht aufkommen lassen. Göring meinte, im Gegensatz zur Verpflegung anderer Gefangener sei man bei der Verpflegung bolschewistischer Gefangener an keine Verpflichtungen gebunden. Bis zum 1. Februar 1942 starben über zwei Millionen der insgesamt 3,350.000 sowjetischer Soldaten in deutscher Gefangenschaft an Unterernährung und Flecktyphus oder wurden von den Einsatzkommandos ermordet – auch in der menschenverachtenden Logik der NS-Machthaber angesichts des Scheiterns der Blitzkriegsstrategie ein fataler Fehler.<sup>69</sup>

Dennoch verbesserte sich die Lage aller – insbesondere aber der sowjetischen – Kriegsgefangenen auch in den folgenden Jahren nicht wesentlich – im Gegenteil.

Ab dem Winter 1942/43 verschlechterte sich die Situation für alle Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter weiter. Arbeitskräfte wurden zur “Mangelware”, der Druck verschärfte sich. Nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad wurden alle Betriebe nochmals durchgekämmt, um weitere Einberufungen vornehmen zu können. Somit waren kaum mehr einheimische Arbeitskraftreserven vorhanden, und auch Kriegsgefangene und ausländische Zivilar-

beiter gab es ab dieser für die Geschichte des Krieges zentralen Wende immer weniger.

Die für die Rüstungswirtschaft Verantwortlichen mußten sich nach anderen Möglichkeiten umsehen. Einerseits wurde der Einsatz von Frauen in der Industrie intensiviert, andererseits wurde versucht, auch noch die letzten Arbeitskraftreserven zu mobilisieren. Ein Beispiel hierfür ist der Einsatz jener in den Reservelazaretten liegenden Soldaten, denen man wenigstens leichte Arbeit zumuten zu können glaubte.

Die "Arbeitseinsatzlage" war offenkundig schlecht. In bestimmten Bereichen aber konnten die Probleme wenigstens zum Teil gelöst werden. Denn die zuständigen Stellen bemühten sich, insbesondere in Frankreich Freiwillige für den Arbeitseinsatz in Deutschland zu gewinnen:<sup>70</sup>

"Dagegen kam die Frankreichaktion für den Bereich (Tirol-Vorarlberg und Salzburg, HW) nur zögernd in Gang. Doch blieb auch hier den unermüdlichen Bemühungen der Rüstungs- und Arbeitseinsatz-Dienststellen endlich der Erfolg nicht versagt. Seit den letzten Märztagen liefen in kurzer Aufeinanderfolge eine Reihe von Transporten mit ausländischen Zivilarbeitern, in der Hauptsache Franzosen, ein. Durch Aufteilung dieser zum Teil anscheinend wertvollen Fachkräfte gelang es, die während der Berichtszeit in den rüstungswichtigen Fertigungsstätten des Bereiches entstandenen Lücken im wesentlichen zu schließen."<sup>71</sup>

Insgesamt wurden dem Landesarbeitsamt Alpenland durch diese Aktionen 8.190 ausländische Arbeitskräfte vermittelt, was "eine wesentliche Entspannung" der "Arbeitseinsatzlage" zur Folge hatte.<sup>72</sup> Da auch in der Folge weitere ausländische Arbeitskräfte hierher vermittelt wurden und der Bereich gleichzeitig von Einberufungen verschont blieb, war die Lage bis zum Frühsommer 1943 einigermaßen entspannt.<sup>73</sup> Dennoch wurden am 26. April 1943 im "Zuge der totalen Mobilmachung aller noch vorhandenen Reserven an Arbeitskräften" auch die Haftanstalten angewiesen, die noch nicht beschäftigten Häftlinge für Rüstungsaufgaben zur Verfügung zu stellen. Immerhin 200 Arbeitskräfte erhoffte man sich durch diese Aktion. Zum selben Zeitpunkt war die Beschaffung geeigneter Arbeiten für die Lazarettinsassen bereits voll im Gang.<sup>74</sup>

Ab Mai gab es neue Probleme: Sämtliche italienischen Arbeiter sollten in ihre Heimat rücküberführt werden. Einige dieser Arbeiter hatten in "Vorwegnahme dieser Entwicklung" bereits eigenständig

ihre Arbeitsstellen verlassen oder waren nicht mehr aus dem Urlaub zurückgekehrt.<sup>76</sup> Diese Tendenz verstärkte sich in den folgenden Wochen. Schon Mitte April hatte das Kriegstagebuch gemeldet, daß diejenigen italienischen Arbeiter, die Urlaub erhalten hatten, nur etwa zur Hälfte wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. Insbesondere für die Großbaustellen bedeutete dies einen kaum wettzumachenden Arbeitskräftemangel.<sup>76</sup>

Dennoch gewährten die zuständigen Stellen zum selben Zeitpunkt entsprechend einem Übereinkommen mit dem Landesarbeitsamt nicht nur den französischen Zivilarbeitern, sondern auch den bei Rüstungsbetrieben beschäftigten Kriegsgefangenen<sup>77</sup> Ende Mai 1943 Urlaub.<sup>78</sup> Da auch von den Franzosen nach Ende des Urlaubs viele nicht mehr an ihren Arbeitsplatz zurückkehrten, wurde die Lage im Spätsommer 1943 kritisch:

„Die Arbeitsvertragsbrüche ausländischer Arbeiter mehren sich derart, daß bereits Auswirkungen auf die Fertigung zu verzeichnen sind. Das RÜ. Kdo. sah sich genötigt, eine entsprechende Eingabe beim Reichsminister für Bew(aufnung) und Mun(ition) vorzuschlagen, um scharfe Gegenmaßnahmen zu erwirken.“<sup>79</sup>

Doch auch in den folgenden Monaten zeigte das keine Wirkung. Das Gegenteil war der Fall, wie eine Eintragung im Kriegstagebuch vom 1. November 1943 belegt:

„Französische Zivilarbeiter desertieren in Massen anlässlich der ihnen bewilligten Heimaturlaube. Verhängung von totalen Urlaubssperren ist unvermeidbar.“<sup>80</sup>

Schuld an der schwieriger werdenden „Arbeitseinsatzlage“ waren nicht nur die „Arbeitsvertragsbrüche“. Die vielen Verlagerungen nach Vorarlberg führten ebenfalls zu einer Verschärfung der Situation auf dem Arbeitsmarkt, wenn zum damaligen Zeitpunkt überhaupt noch von einem „Markt“ gesprochen werden kann. Die hierher verlagerten Betriebe nahmen normalerweise nur einen besonders qualifizierten Teil ihrer Belegschaft mit, der Rest mußte von den hiesigen Arbeitsämtern bereitgestellt werden.<sup>81</sup>

Das führte zur Intensivierung der Arbeit. Für Fremdarbeiter und Kriegsgefangene waren die Bedingungen dabei nicht nur härter, sondern auch wesentlich gefährlicher als für einheimische Arbeitskräfte. Dies bezeugen die vielen tödlichen Unfälle – insbesondere bei den Großbaustellen der Illwerke im Montafon.<sup>82</sup>

Ein anderes Beispiel ist ein Unfall im Steinbruch Büchele in Hohenems. Der Jänner 1943 begann sehr kalt, Mittagstemperaturen

von  $-16^{\circ}$  waren keine Seltenheit. Am 13. Jänner 1943 kam es zu einem plötzlichen Föhneinbruch, der Temperaturen von  $+5^{\circ}$  zur Folge hatte. Dieses Tauwetter löste im Steinbruch der Firma Büchele im Oberklien, am "Spitzenegg", große Steinmassen, die bei einer vorangegangenen Sprengung hängengeblieben waren. Das Ergebnis dieser Katastrophe: Sechs russische Kriegsgefangene und drei Einheimische erlagen den Verletzungen sofort, je drei russische und einheimische Arbeitskräfte wurden schwer verletzt. Zwei dieser Arbeiter starben wenige Tage später. Somit waren insgesamt elf Todesopfer zu beklagen. Einer der verunglückten russischen Gefangenen wurde wegen der großen Gefahr gar nicht mehr ausgegraben und liegt bis heute unter den Steinmassen, die anderen wurden auf dem Friedhof St. Anton beigesetzt.<sup>63</sup>

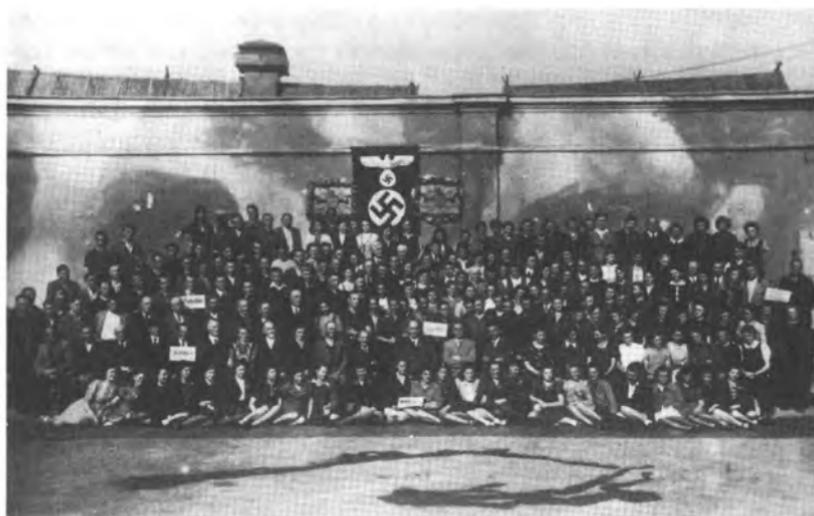
Auf dem Friedhof der Valduna bei Rankweil wurde viele andere in Vorarlberg tödlich verunglückte sowjetische Kriegsgefangene oder Fremdarbeiter/innen beigesetzt. Ihre Gräber bestehen noch immer.

Sogar die offiziellen Berichte verzeichnen ab 1943 eine erhebliche Verschlechterung der Situation insbesondere für Kriegsgefangene und Fremdarbeiter aus dem Osten.<sup>64</sup> Das gilt auch für Vorarlberg, und zwar sowohl für die Unterkünfte als auch für die Verpflegung. Im Februar 1944 meldete das Rüstungskommando, daß sich "infolge Kartoffelmangels" bei den "lagerverpflegten Rüstungsarbeitern" ein Leistungsabfall bemerkbar mache. Als Folge dieser sinkenden Leistung wurden die Gefangenen nicht besser ernährt, im Gegenteil: Die an sich Geschwächten mußten noch länger als bisher arbeiten:

"Besonders in Vorarlberg müssen aus diesem Grunde die Arbeitszeiten bei vielen Betrieben verlängert werden, um das Ausbringsoll zu halten."<sup>65</sup>

Schon in den Vorwochen war insbesondere bei den sowjetischen Kriegsgefangenen der Firma Karl Doppelmayr in Hard aufgrund der Unterernährung das Plansoll nicht erreicht worden.<sup>66</sup> In anderen Firmen – etwa der Firma Steinheil Söhne in Lustenau oder der Munitionsfirma der Gebrüder Amann in Nenzing – kam es zu epidemisch auftretenden Krankheiten bei den Arbeitern.<sup>67</sup>

Betroffen waren nicht nur die Kriegsgefangenen, sondern auch die zivilen Fremdarbeiter. Daß unter solchen Bedingungen die Berichtersteller immer wieder "gesteigerte Arbeitsunlust" und "Massenfucht" ausländischer Arbeitskräfte feststellen mußten, kann



Zwangsarbeiter in Vorarlberg: Oben die Belegschaft der Hörbranner Firma Sannwald vor der Fabrik, die mit Tarnfarbe gestrichen ist. Die Oberlichter sind mit Schilfmatten abgedeckt. Neben den "Jubilaren" sind auch die Zwangsarbeiter durch Tafeln gekennzeichnet: Tschechen usw. Darunter sind vier ukrainische Mädchen zu sehen, die als Hausgehilfinnen in Bregenzer Bürgerhaushalten beschäftigt wurden.

nicht verwundern. Im Februar 1944 stiegen unter den Rüstungsarbeitern des Landes die Krankmeldungen auf 15 Prozent. Trotz allen Terrors und Drucks der Behörden waren die Kranken nicht einsatzfähig, das heißt, es gab zu diesem Zeitpunkt kaum "Simulanten". Das Kriegstagebuch hielt fest, daß alle Versuche, den Krankenständen gegenzusteuern, "fruchtlos" geblieben seien.<sup>88</sup>

Auch in den Wochen und Monaten nach diesen Eintragungen dürfte sich an der tristen Situation der Kriegsgefangenen in unserem Land nicht viel geändert haben. In einer Eintragung vom 29. Februar 1944 vermerkt etwa das Kriegstagebuch:

"Von den munitionsfertigen Betrieben erreicht Doppelmayr, Hard, allein das Plansoll; doch wurde auch bei diesem Betrieb die vorgesehene Steigerung infolge Unterernährung der russischen Kriegsgefangenen unmöglich."<sup>89</sup>

Über die Ursache der Unterernährung von Kriegsgefangenen insbesondere bei der Firma Doppelmayr in Hard gibt eine andere Quelle Auskunft. So wurde im Protokoll einer Sitzung von zuständigen Offizieren des Wehrkreises XVIII in Salzburg festgehalten, daß der Landrat von Bregenz im Februar 1944 in der Firma den Kartoffelvorrat von 10 t beschlagnahmt habe und nun insgesamt nur noch 2 kg pro Mann vorhanden seien.<sup>90</sup>

Die Ausdehnung der Arbeitszeit für diese ausgehungerten Gefangenen auf 72 Wochenstunden, die in den Vorarlberger Rüstungsbetrieben im Zuge des sogenannten "Jäger-Programmes" durchgeführt worden war, konnte gar nicht die gewünschte Wirkung erzielen. Das mußten schließlich auch die Militärbehörden sowie die "Betriebsführer" des Landes zur Kenntnis nehmen und die Maßnahme wieder rückgängig machen.<sup>91</sup>

Reichsweit scheint sich ab 1943 zwar die soziale Lage von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern ähnlich entwickelt zu haben wie in Vorarlberg, die Arbeitsleistung hingegen blieb in anderen Gebieten vielfach fast gleich.<sup>92</sup>

Die Lage der meisten Zwangsarbeiter/innen läßt sich mit jener der Kriegsgefangenen durchaus vergleichen. Besser erging es ihnen in vielen Fällen dann, wenn sie als Haushaltshelfinnen in bürgerlichen Familien oder als landwirtschaftliche Hilfskräfte bei einem Bauern arbeiten mußten. Da konnte sich so etwas wie Familienanschluß entwickeln, dieses Glück hatte aber nur eine Minderheit der Zwangsarbeiter/innen.

Im März 1945 gab es in Vorarlberg 7.711 bei der Allgemeinen

Ortskrankenkasse in Dornbirn gemeldete "fremdvölkische Arbeitskräfte, das waren 20,6 Prozent der insgesamt gemeldeten."<sup>93</sup> Aufgrund der vorliegenden Zahlen kann man davon ausgehen, daß mindestens 3.000 bis 4.000 Kriegsgefangene in Vorarlberg im Arbeitseinsatz waren.<sup>94</sup> Selbst bei dieser sehr vorsichtigen Schätzung kommt man doch auf mindestens 11.000 bis 12.000 zivile Arbeitskräfte und Kriegsgefangene in der Vorarlberger Wirtschaft. Das wäre mehr als ein Drittel der damals insgesamt Beschäftigten. Im gesamten Reich gab es gegen Kriegsende 7,6 Millionen Kriegsgefangene und Fremdarbeiter, das waren 26,5 Prozent der Beschäftigten.<sup>95</sup>

In Vorarlberg waren während des Zeiten Weltkrieges also deutlich mehr Fremdarbeiter und Kriegsgefangene eingesetzt als im Reichsdurchschnitt.

## 8.5. Das "Arbeitserziehungslager" Reichenau

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für einheimische und vor allem für ausländische Arbeitskräfte hatte zunehmend "Disziplinosigkeiten" in den Betrieben zur Folge. Insbesondere ausländische Arbeitskräfte versuchten, sich der Arbeit zu entziehen – zu fliehen oder irgendwie nach Hause zu gelangen. Die NS-Stellen reagierten auf diese Situation mit der Intensivierung der Strafmaßnahmen.

Am 8. August 1941 fand im Landesarbeitsamt Innsbruck eine Besprechung über "Arbeitseinsatzfragen" zwischen Vertretern des Rüstungskommandos, des Landesarbeitsamtes und staatlichen Stellen statt. Hierbei wurde beschlossen, westlich von Innsbruck ein "Auffanglager" für "zurückströmende ausländische Arbeitskräfte" zu errichten, in dem 1.000 Personen Platz finden sollten. Der Bau dieses "Italiener-Lagers" – wie es in der Aktennotiz heißt – war zu diesem Zeitpunkt bereits im Gang. Baracken, Decken und alles andere "notwendige Gerät" sei bereits "im Anrollen". Laut Plan sollte dieses Lager drei Aufgaben erfüllen:

1. Es war als sogenanntes "Durchschleuß-Lager" gedacht, das – im Amtsdeutsch – "paßtechnischen und polizeilichen Zwecken dienen" sollte.

2. Reichenau war als Krankenlager für Kriegsgefangene und Fremdarbeiter vorgesehen.

3. Es sollte "ein Konzentrationslager für Elemente (werden), die mangelnde Arbeitsmoral gezeigt haben".

In kleinerem Umfang bestand Reichenau damals bereits. Es diente praktisch ausschließlich als Lager für "vertragsbrüchige Italiener ..., die an der Grenze von Polizeibehörden aufgefangen worden sind".<sup>1</sup>

Das Lager Reichenau war für 600 bis maximal 1.000 Häftlinge geplant und wurde auf einem freien Feld zwischen Innsbruck und Hall errichtet. Es bestand aus Holzbehausungen in der Art der Reichsarbeitsdienstbaracken und war mit einem etwa zwei Meter hohen Zaun aus Holzschwarten umgeben, der nach oben mit einem Stacheldraht schloß. Im vorderen, durch einen Holzzaun abgetrennten Teil standen die Verwaltungs-, die Küchen-, Speise- und Unterkunftsbarracke für das Lagerpersonal. Der hintere Teil war für die Lagerhäftlinge bestimmt und bestand aus zwei Barackenreihen. In der Waschbaracke waren drei bis vier Arrestzellen untergebracht – in der Häftlingssprache der "Bunker".<sup>2</sup>

In den Plänen der Gestapo scheint das Lager Reichenau als reines Männerlager auf. Deshalb wurde im Rüstungsbetrieb Henkel-Werke in Jenbach schon 1941 ein eigenes Frauenarbeitslager eingerichtet. Dennoch scheinen in den Dokumenten auch in bezug auf das Lager Reichenau immer wieder Frauen auf – speziell im Zusammenhang mit Folterungen.<sup>3</sup>

Daß schließlich weder Reichenau noch Jenbach zu einem "Italienerlager" wurden, war auf eine Intervention Mussolinis bei Hitler zurückzuführen. Kurz vor der Fertigstellung kam aus Berlin ein fernschriftlicher Befehl, wonach Reichenau als "Arbeitserziehungslager" zu führen war.<sup>4</sup>

Hierher überführte Häftlinge hatten härteste Zwangsarbeit zu verrichten. Mindestens zwölf Stunden am Tag waren sie meist beim Straßenbau oder der Schotterförderung aus dem Inn eingesetzt. Mit Kriegsverlauf wurden sie nach Bombenangriffen auf Innsbruck auch zunehmend bei Aufräumarbeiten verwendet. Für die gefährlichste Arbeit – die Bergung von Blindgängern – wurden vornehmlich jüdische Häftlinge herangezogen. Sie kamen ab 1943 ebenso verstärkt in das Lager wie politische Häftlinge, weil hier ihre Arbeitskraft besser ausgenutzt werden konnte. Die Gestapo verlieh die Häftlinge gegen den Tariflohn eines ungelerten

Arbeiters und einem Zuschlag von 10 Prozent für Sozial- und Unfallversicherung an interessierte Unternehmer. Die Häftlinge erhielten hiervon RM 0,50 pro Arbeitstag. Der Gesamtbetrag wurde ihnen allerdings erst bei der Entlassung ausgehändigt.<sup>5</sup>

Einweisungen in das Lager konnten über "Anregung" von Parteidienststellen und Verwaltungsbehörden durch Gendarmerieposten und die Gestapo vorgenommen werden.<sup>6</sup>

Mit der Führung dieses Lagers wurde ein hochrangiger Gestapomann betraut: der frühere Polizeiwachtmeister, SA-Hauptsturmführer und SS-Obersturmführer Georg Mott. Er hatte bis zum Sommer 1941 beim SD in Prag Dienst getan, dann erhielt er vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin den Auftrag, in Reichenau bei Innsbruck ein "Arbeitserziehungslager" – vorerst eben für "zurückströmende" italienischen Arbeiter – aufzubauen. Georg Mott leitete in der Folge das Lager bis zum Juli 1944.<sup>7</sup>

Die "Arbeitserziehungshaft" war neben der Polizei- und der "Schutzhaft" (= KZ-Haft) eine der drei Hauptarten der Gestapohaft. Sie wurde von den jeweiligen Stapoleitstellen verhängt, und zwar – das war eine Sonderregelung – ohne vorherige Befragung des Reichssicherheitshauptamtes. Der Leiter eines Arbeitserziehungslagers und sein Stellvertreter mußten Gestapobeamte sein. Zu den Arbeits- und Lebensbedingungen in einem solchen Lager äußerte sich Ernst Kaltenbrunner, SS-Obergruppenführer und Chef der Sicherheitspolizei, wie folgt:

"Zunächst darf ich feststellen, daß die Arbeitserziehungslager der Sicherheitspolizei alles andere als ein Erholungsaufenthalt sind. Die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse für die Insassen sind im allgemeinen härter als in einem Konzentrationslager. Dies ist notwendig, um den gewünschten Zweck zu erreichen, und möglich, da die Unterbringung der einzelnen Schutzhäftlinge im allgemeinen nur einige Wochen, höchstens wenige Monate dauert."<sup>8</sup>

In den Polizeiberichten aus Vorarlberg und den Gefangenenbüchern der Gerichte Bregenz und Bludenz befinden sich ab 1941 zunehmend Eintragungen über die Deportation ausländischer Zivilarbeiter nach Reichenau. Sie wurden nach Verbüßung einer meist dreimonatigen Haft meist wieder an ihren ehemaligen Arbeitsplatz zurückgebracht – als Mahnung für ihre Arbeitskollegen. Zur besonderen Abschreckung wurden solche Deportationen oft gruppenweise vorgenommen. So wurden beispiels-



Das "Arbeitserziehungslager" Reichenau bei Innsbruck. Hier wurden fremde und einheimische Arbeitskräfte erschossen, gefoltert und mißhandelt. In das Lager wurden auch jüdische und politische Häftlinge eingeliefert.

weise im September 1943 14 Franzosen von Bregenz nach Reichenau überstellt.<sup>9</sup> Über ähnliche Vorgangsweisen bei der Einlieferung von Ukrainern und Polen berichten die Gefangenenbücher der Bezirksgerichte:

"Oft handelte es sich um Minderjährige – etwa bei vier Ukrainern, deren ältester zum Zeitpunkt der Einlieferung noch nicht 18 und deren jüngster erst knapp über 15 war."<sup>10</sup>

SS-Obersturmführer Georg Mott und sein Nachfolger als Lagerleiter, SS-Untersturmführer Schott, machten aus Reichenau das, was sich ihre Vorgesetzten vorgestellt hatten: ein Terrorinstrument gegen mißliebige und unangepaßte ausländische und inländische Arbeitskräfte. Diese Funktion erfüllte das Lager denn auch zur offensichtlichen Zufriedenheit der Behörden. Das Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Innsbruck meldete am 17. Oktober 1942:

"Die vom Rüst. Kdo. öfters veranlaßte Einweisung arbeitsscheuer oder vertragsbrüchiger Rüstungsarbeiter in das von der Gestapo geleitete Arbeitserziehungslager in der Reichenau bewährt sich. Es wird damit am besten die zur Verhinderung eines weite-

ren Verfalls der Arbeitsmoral notwendige abschreckende Wirkung erreicht.“<sup>11</sup>

Das sollte auch jenen "Betriebsführern" klargemacht werden, die von einer Anzeige unangepaßter Arbeitskräfte an die Gestapo bislang abgesehen hatten. Reichsstatthalter Franz Hofer wendete sich deshalb am 12. November 1942 in einem Rundschreiben an alle Landräte und Gestapo-Stellen im "Gaugebiet Tirol-Vorarlberg":

"Betriebsführer und Gewerbetreibende, aber auch Bauern, beklagen sich immer wieder, daß einzelne Arbeiter die ihnen aufgetragenen Arbeiten oft recht nachlässig verrichten und auf Ermahnungen entweder gar nicht reagieren oder sogar frech werden. Da dieses Verhalten einer Sabotage gleichkommt und auch die ordentlichen Arbeiter dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, erlaube ich mir, auf das Arbeitserziehungslager der Geheimen Staatspolizei in der Reichenau mit der Bitte nochmals aufmerksam zu machen, bei der Einweisung in dieses Lager einen schärferen Maßstab anlegen zu wollen.

Der Leiter der Geheimen Staatspolizei – Staatspolizeistelle Innsbruck, Herr Regierungsrat Hofmann, hat mir zugesagt, daß von auswärts eingelieferte Arbeiter nach entsprechender Schulung und Ausrichtung wieder auf den alten Arbeitsplatz zurückgeschickt werden und daher Ihrem Bereich kein Arbeiter verlorengeht.“<sup>12</sup>

Auch das Rüstungskommando Innsbruck wies im Dezember 1942 in einem Rundschreiben an die "Betriebsführer" auf deren "Pflicht" hin, alles Notwendige zur Sicherung der Disziplin und der Arbeitsleistung der in der Kriegswirtschaft eingesetzten Kriegsgefangenen zu tun. Er erinnerte an "die dafür zur Verfügung stehenden Mittel".<sup>13</sup>

Nach dem Krieg gab es Untersuchungen der Behörden über die Zustände im Lager und mehrere Prozesse gegen die dafür Verantwortlichen.

So wurde der Leiter von Reichenau, Georg Mott, von einem Schwurgericht am 10. Februar 1958 zu lebenslanger Haft verurteilt. Ihm war vorgeworfen und schließlich auch nachgewiesen worden, daß er für die Hinrichtung von mindestens sieben Häftlingen sowie vorsätzliche Tötung durch die extremen Haftbedingungen verantwortlich war. Zudem hatte sich Mott mehrfach an der Folterung von Häftlingen beteiligt bzw. diese angeordnet.<sup>14</sup>

Die Prozesse gegen Mott und andere Aufseher förderten schreckliche Details zutage. So gab ein Beamter des Gefangenenhauses bei seiner Vernehmung in Innsbruck am 25. Juni 1947 zu Protokoll:

„Ich erinnere mich noch aus dem Winter 1944/45 an vier Russen, die ebenfalls wiederholt von der Gestapo mißhandelt worden sind, und zwar so arg, daß sie nicht mehr am selben Tag in das Gefangenenhaus rücküberstellt werden konnten. Sie sind dann ungefähr 1 Monat vor Kriegsende oder vielleicht auch schon etwas früher nach Reichenau überstellt worden und sollen dort erschossen worden sein. Tatsächlich wurde nach dem Zusammenbruch von den Amerikanern ober(halb) Hall ein Grab geöffnet, in dem ein Toter mit nur einem Auge festgestellt worden ist, und der, wie ich den Amerikanern als Zeuge bestätigen mußte, einer jener vier Russen gewesen ist, von (denen) ich eben gesprochen habe.

Es wurde mir auch glaubhaft berichtet, daß im städt. Westfriedhof Häftlinge aus der Reichenau begraben worden sind, die nach den Aussagen von Augenzeugen bis zur Unkenntlichkeit mißhandelt worden seien.“<sup>65</sup>

Drei bis vier Mal pro Woche habe man im Lager bestimmte Häftlinge mit eiskaltem Wasser bespritzt, wie das Gericht im Prozeß gegen den ehemaligen Lagerleiter Georg Mott feststellte. Dies sei jeweils nach dem Einrücken der Arbeitskolonnen in das Lager geschehen:

„Mott habe dann auf Grund der Rapporte, die er von den einzelnen Kolonnenführern erhalten habe, befohlen, den einen oder anderen Gefangenen an dem dafür bestimmten Ort abzuspritzen. ... Nach den Besprengungen habe er (der Zeuge, HW) einige Male gesehen, daß abgespritzte Häftlinge, meist nur mit dem Hemd bekleidet, in einen fensterlosen Zementbau mit nur einer Eingangstür eingeschlossen worden seien.“<sup>66</sup>

Auch der aus Vorarlberg stammende Aufseher Johann Sepp wurde nach 1945 wegen Gefangenenmißhandlung vor Gericht gestellt und am 14. Juli 1948 zu sechs Jahren schwerem verschärftem Kerker verurteilt. Unter anderem war ihm nachgewiesen worden, daß er zwei Italiener, die aus dem Lager hatten fliehen wollen, im Jänner 1944 zusammengeschlagen hatte. Anschließend spritzte er sie – mitten im Hochwinter – mit einem kalten Wasserstrahl ab. An dieser Tortur starb der eine der beiden Häftlinge

unmittelbar, der andere nach einem Krankenhausaufenthalt: Nach seiner Rückkehr ins Lager war er erneut mißhandelt worden. Sepp hatte im Jahr 1943 auch sechs junge Burschen aus dem Lager zur Anzeige gebracht, die in völlig ausgehungertem Zustand nach einem Bombenangriff auf Innsbruck bei Aufräumarbeiten eingesetzt waren und dabei einen Wecken Brot und Marmelade gefunden und sich angeeignet hatten. Die Jugendlichen wurden deswegen im Lager gehängt.<sup>17</sup>

Im selben Jahr hatten sich die "Disziplinosigkeiten" unter Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen ausgeweitet. Die für die Rüstungsproduktion verantwortlichen Heeresstellen vermerkten am 3. Juni 1943:

"Bei den Rüstungsbetrieben mehren sich die Fälle von Disziplinosigkeiten unter der Arbeiterschaft in der letzten Zeit."<sup>18</sup>

Mit Terror war der Lage nicht mehr Herr zu werden. Auch in den Lagern für Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Vorarlberg hatte die Repression gegen Fremdarbeiter inzwischen schon schockierende Formen angenommen – bis hin zu Erschießungen und öffentlichen Hinrichtungen in den Dörfern.<sup>19</sup> Widersetzlichkeiten und Formen politischen Widerstandes ließen sich dadurch aber nicht unterdrücken bzw. riefen diese teilweise sogar hervor.

## 9. Zusammenfassung: Für die Nachkriegszeit gerüstet

In den sieben Jahren des Nationalsozialismus gab es in Vorarlberg wesentliche strukturelle Veränderungen der Wirtschaft.

Den neuen Machthabern gelang schon in den ersten Monaten nach dem "Anschluß" durch Großinvestitionen die Beseitigung der jahrelangen Arbeitslosigkeit. Die dadurch geweckten Hoffnungen vieler Arbeiter/innen auf eine bessere Zukunft wurden aber bald von der Realität des "nationalen Sozialismus" eingeholt: Die Löhne blieben niedrig, die Arbeitszeit wurde in einigen Betrieben während des Krieges auf 72 Wochenstunden ausgedehnt, in vielen Betrieben wurde die "Arbeitsdisziplin" durch Gestapoeinsatz hergestellt.

Die Wirtschaft des Landes aber profitierte in diesen sieben Jahren. In der Landwirtschaft wurden mit staatlicher Hilfe Alpverbesserungen durchgeführt, die Betriebe mechanisiert, der Einsatz von Düngemitteln forciert. Die Landwirtschaft sollte die ihr zugedachte kriegswirtschaftliche Rolle erfüllen können. Insbesondere in der Milchwirtschaft zeigten sich bald erste Erfolge: Die Milchleistung der Vorarlberger Kühe stieg – im Gegensatz zu anderen Regionen des Reichs – in der NS-Zeit um fast dreißig Prozent an.

Die Elektrizitätswirtschaft des Landes war besonders wichtig: Die Wasserkraftressourcen hatten in den reichsdeutschen Wirtschaftsplänen schon in den Jahren vor dem "Anschluß" einen hohen Stellenwert gehabt. Vor allem die Illwerke expandierten. Das Unternehmen war zu Beginn der NS-Herrschaft noch zu 42 Prozent im Besitz der schweizerischen Finelectra, 1945 hielten die Schweizer noch 5,775 Prozent. Der überwiegende Teil des Aktienpaketes war an das Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerk gegangen, das seinen Anteil von 5,357 Prozent (1938) auf 41,6375 Prozent (1945) erhöhen konnte.

Bereits im März 1938 wurde mit den Vorarbeiten für den Ausbau begonnen. Millioneninvestitionen wurden getätigt – insgesamt etwa 207 Millionen Reichsmark. Das war mehr als das Zwanzigfache des damaligen Vorarlberger Landesbudgets.

Allein das Rodund-Werk lieferte nach der Fertigstellung in den letzten Kriegsjahren mehr als doppelt soviel Energie wie das einzi-

ge bis 1938 in Betrieb befindliche Vermunt-Kraftwerk. Andere Bauwerke wie das Obervermuntwerk, der fast 19 Kilometer lange Stollen zum neuen Iatschau-Werk und der Ausbau der bestehenden Anlage sowie der große Silvretta-Speicher wurden ebenfalls in der NS-Zeit in Angriff genommen und zum Teil vollendet.

Ihr Strom war ausschließlich für die Rüstungsbetriebe im Ruhrgebiet vorgesehen. Neben der Dauerleistung war angesichts der kriegswirtschaftlichen Planungen vor allem die hohe Engpaßleistung von Bedeutung. Das relativ bombensichere Vorarlberg sollte dafür sorgen, daß in den Rüstungsbetrieben des Ruhrgebietes auch nach Bombardements auf reichsdeutsche Elektrizitätsunternehmen die Energieversorgung nicht unterbrochen wurde. Bis in die letzten Wochen des Krieges – mehr als die Hälfte der deutschen Elektrizitätswerke waren zerstört – sind die Illwerke dieser Aufgabe auch nachgekommen.

Die Kapazität der Illwerke stieg durch die neubauten Kraftwerke – vor allem Rodund und Obervermunt – von 150 GWh (1938) auf 544 GWh (1947), im Endausbau der 1938 geplanten und begonnenen Bauten sogar auf 992 GWh (1954).

Neben den Illwerken expandierten ab 1938 auch die Vorarlberger Kraftwerke. Sie wurden 1938 mit der zweiten Landesgesellschaft zusammengefaßt. Das neugeschaffene Unternehmen war und ist für die Versorgung der heimischen Wirtschaft und der Privathaushalte mit elektrischer Energie zuständig. In der NS-Zeit wurde vor allem in den Ausbau des Leitungsnetzes investiert und somit eine Basis gelegt für die wirtschaftliche Entwicklung Vorarlbergs. Die Jahresabgabemenge der VKW verdoppelte sich in der NS-Zeit auf ca. 95,4 GWh.

Viele der meist kleinen Elektro- bzw. metallverarbeitenden Industrie- und Gewerbebetriebe wurden mit Beginn des Zweiten Weltkrieges in die Rüstungsproduktion eingebunden. Diese Einbindung war unter anderem deshalb für die hiesige Wirtschaft außerordentlich wichtig, weil die meisten dieser Betriebe unmittelbar nach dem "Anschluß" nur relativ wenige Aufträge hatten und finanziell sehr schlecht standen. Oft waren sie nur durch Kredite bzw. Kreditvermittlungen durch Heeresstellen überhaupt in der Lage, ihre Betriebe auf Rüstungsproduktion – vor allem Granaten – umzustellen.

Nachdem diese Umstellung aber gelungen war, wurde das Plansoll meist erreicht. Auch die Qualität der abgelieferten Grana-

ten wurde von den Heeresstellen immer wieder hervorgehoben. Nur die mangelhafte Versorgung mit Rohmaterial und vom Rüstungskommando häufig geforderte Umstellungen in der Produktion führten zu Fehlentwicklungen bzw. Stehzeiten. Diese Fehlplanungen und Lieferdefizite waren ein strukturelles Problem der NS-Kriegswirtschaft.

Einzelne Unternehmen aber, wie Elektra in Bregenz oder Konrad Doppelmayer & Sohn in Wolfurt, expandierten damals trotz aller Probleme und waren in der Zweiten Republik wesentlich am wirtschaftlichen Aufschwung des Landes beteiligt. Auch Klein- und Kleinstbetriebe legten in der NS-Zeit die Basis für eine erfolgreiche Entwicklung in der Nachkriegszeit: beispielsweise die Maschinenbaufirma Hans Künz in Hard, die galvanische und chemische Metallveredelung Collini in Hohenems und die dortige Firma Andreas Amann, die einzige Schuhfabrik des Landes.

Andere Unternehmen, die in der NS-Zeit durch Aufträge der Wehrmacht groß wurden, schafften den Umstieg auf Friedensproduktion nicht oder schlecht. Zu nennen sind dabei vor allem die Alpenländische Metallwarenfabrik in Nenzing, das Elektrounternehmen Ing. Solhardt in Bregenz oder Karl Doppelmayer in Hard.

Alle kriegswirtschaftlich eingebundenen Firmen wirkten in einer Art "geplantem Kapitalismus": Sowohl die Vergabe von Aufträgen, die Preise, die Beschaffung der Rohstoffe und das zu produzierende Produkt als auch die Zuweisung von Arbeitskräften und die Festsetzung ihrer Löhne wurden mit Kriegsverlauf zunehmend von Zentralstellen bestimmt. Eine wirkliche Kapitalverwertung nach den Gesetzen des "freien Marktes" konnte angesichts dieser weitgehenden Reglements nicht stattfinden. Ziel der meisten Firmen war daher schlicht das Überleben.

Da im Zuge der Kriegswirtschaft nur gut arbeitende Firmen überhaupt Aufträge erhielten und andere vielfach geschlossen wurden, entstand ein enormer Rationalisierungsdruck – die Firmen wurden "moderner". Das betrifft hauptsächlich die Arbeitsorganisation, also Umstellungen auf Akkord- und Schichtarbeit. Unternehmen mit nicht kriegswichtiger Produktion – etwa im textilen Bereichen – konnten häufig nur durch die Diversifikation der Produktion weiterbestehen. Über ihnen schwebte das Damoklesschwert der Stilllegung.

In den meisten Betrieben kam es im Verlauf des Krieges zur Ausdehnung der Arbeitszeit und zu Rationalisierungsmaßnahmen.

Das bedeutete eine Effektivierung der Produktion nach "innen". Aber sogar diese Maßnahmen wurden im "geplanten Kapitalismus" oft von oben vorgegeben. Die zuständigen Stellen "durchleuchteten" die Betriebe in periodischen Abständen, um die Organisation der Produktion durch die möglichst effiziente Kombination der Produktionsfaktoren und deren sparsamen Einsatz zu verbessern.

Was nach 1945 in vielen Betrieben der metallverarbeitenden und Elektrobranche blieb, war zumindest das "Know how": Viele Arbeitskräfte hatten sich neue Qualifikationen angeeignet; die Unternehmer kannten neue Produktionsweisen, hatten – oft durch Unteraufträge – Verbindungen zu deutschen Betrieben hergestellt und waren in einen neuen Markt eingedrungen. Die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Entwicklung dieser Firmen waren gegeben: Es kam zu einer Art Neuindustrialisierung Vorarlbergs.

Überleben und sogar expandieren konnten in der NS-Zeit aber vor allem auch Firmen mit entsprechenden politischen Verbindungen.

Die Eigentümer der Firmen Franz M. Rhomberg und F. M. Hämmerle profilierten beispielsweise schon unmittelbar nach dem "Anschluß" von der veränderten politischen Verhältnissen. Mit dem Wiener Kaufhaus Herzmansky "arisieren" sie ein weltbekanntes Unternehmen mit einem Jahresumsatz, der das Budget des Landes Vorarlberg um ein Vielfaches überstieg.

Diese großen Textilfirmen sind aber auch in anderer Hinsicht interessant: Franz M. Rhomberg und F. M. Hämmerle konnten von 1938 bis 1945 die Produktion nicht nur – wie andere erfolgreiche Unternehmen – einigermaßen aufrecht erhalten. Sie expandierten sogar und investierten in anderen Wirtschaftsbereichen – insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie.

Dies gelang, indem die Textilunternehmen neue Firmen mit entsprechenden Aufgabenbereichen gründeten. Die Voraussetzungen waren ideal: Durch die kriegsbedingte Einschränkung der Textilproduktion waren firmeneigene Arbeitskräfte frei, und in einzelnen Fabriken lagen Räumlichkeiten brach.

F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg bemühten sich auch sehr erfolgreich darum, das größte metallverarbeitende Vorarlberger Unternehmen – die ehemaligen Rüschi-Werke in Dornbirn – mit offensichtlicher Hilfe durch das Rüstungskommando zu übernehmen.

Unter den vorhin beschriebenen Bedingungen des "geplanten Kapitalismus" mit fixierten äußeren Marktdaten war dies eine der wenigen Möglichkeiten, Gewinne zu machen.

Mit Hermann Rhomberg war der "Betriebsführer" von Franz M. Rhomberg als Luftwaffenbeauftragter des Reichsluftfahrtministeriums führend an Auftragsvergaben an Rüstungsfirmen beteiligt. Er übernahm Ende 1941 gemeinsam mit F. M. Hämmerle die ehemaligen Rüschi-Werke, die daraufhin einen enormen Aufschwung nahmen – vor allem dank vieler Aufträge durch das Reichsluftfahrtministerium. Erst zu diesem Zeitpunkt – am 15. Jänner 1942 – wurde das von den Textilfirmen erworbene Unternehmen zum Wehrwirtschaftsbetrieb ernannt – mit allen entsprechenden Vorteilen. Bei den wesentlich kleineren Munitionsfirmen des Landes war das schon mit Kriegsbeginn erfolgt.

Auch andere Textilfirmen expandierten in der NS-Zeit: Der Götzner Firma Hubers Erben gelang es durch eine Firmenneugründung in Götzis und durch die Erwerbung zweier Unternehmen in Gais und Schlins, von der Rüstungskonjunktur zu profitieren. Insgesamt war die Firma mit rund 900 Beschäftigten im Eisen- und Metallbereich gegen Kriegsende wohl das wichtigste Vorarlberger Rüstungsunternehmen.

Die Bedeutung des Landes für die reichsdeutschen Planungsstellen lag zunehmend in der Funktion als Verlagerungsgebiet. Die dezentrale Struktur der hiesigen Industrie, die Nähe zur Schweiz und die strategische Bedeutungslosigkeit führten dazu, daß das Land kein attraktives Objekt für die Bomberstaffeln der Alliierten war. Umso attraktiver daher für die Rüstungsplaner.

Die geplanten Verlagerungen reichsdeutscher Großunternehmen ins Land – etwa Daimler-Benz oder Dornier – hätten die Situation wahrscheinlich verändert. Zudem wären solche Verlagerungen der dominierenden Textilindustrie des Landes nicht recht gewesen: Die "Textilbarone" fürchteten einen zunehmenden Druck auf dem Arbeitsmarkt – zumal die Großbetriebe durchaus auf Dauer hierher kommen wollten.

Der Vorarlberger Textilindustrie – an ihrer Spitze Hermann Rhomberg – gelang es jedenfalls, ihren politischen Einfluß einzusetzen und die geplanten Verlagerungen zum Teil zu verhindern. Als "Alter Kämpfer" war Rhomberg in Schlüsselfunktionen des Rüstungsministeriums und des Reichsluftfahrtministeriums aufgestiegen. Er erhielt durch Gauleiter Hofer massive Unterstützung. Regio-

nalen wirtschaftlichen und politischen Machtträgern gelang es im NS-Staat bei gemeinsamem Vorgehen also durchaus, die eigenen Interessen zumindest teilweise gegen jene der Zentralstellen durchzusetzen.

Trotz dieser teilweisen Verhinderung aber wurden überdurchschnittlich viele reichsdeutsche Betriebe nach Vorarlberg verlagert. Wegen des vergleichsweise niedrigen Lohnniveaus und der vorhandenen Arbeitskraftressourcen war das Land schon vor den eigentlichen Verlagerungsaktionen ab dem Jahre 1943 für reichsdeutsche Unternehmen attraktiv. Im Zuge des Krieges gab es offensichtlich zunehmend Spekulationen einiger Rüstungsunternehmen – wie dies aus schweizerischen Geheimdienstberichten deutlich wird – über die Nachkriegsentwicklung: Ein wiederhergestelltes Österreich würde von den Siegermächten sicher kulanter behandelt werden als Deutschland, sodaß eine Ansiedlung in Vorarlberg empfehlenswert erschien.

Die Folge war, daß insgesamt 37 auswärtige Unternehmen nach Vorarlberg übersiedelten oder hier Produktionsstätten aufbauten. In kein anderes heutiges Bundesland haben Verlagerungen beziehungsweise Betriebsverlegungen in ähnlichem Ausmaß stattgefunden. Vorarlberg erlebte eine neue Industrialisierungswelle, die zu einer Verbesserung der industriellen Struktur durch eine Verbreiterung der Branchenpalette führte.

Das veränderte schon in der NS-Zeit die Berufsstruktur. Während die Textilindustrie 1938 noch fast 43 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen beschäftigte, waren es zehn Jahre später nur noch 22 Prozent. Profitiert haben von dieser Entwicklung vor allem die Eisen- und metallverarbeitende Industrie, die Bekleidungsindustrie, das Baugewerbe und der Verkehr.

Neben einer qualitativen Veränderung gab es in der NS-Zeit auch eine quantitative: 1948 wurden fast doppelt so viele Personen beschäftigt wie 1938. Woher kamen sie?

Zum einen waren es die vielen Arbeitslosen im Jahre 1938, die in der Beschäftigtenstatistik natürlich nicht aufscheinen. Zum anderen aber gab es in der NS-Zeit ein starkes Bevölkerungswachstum.

Vorarlber war Zuwanderungsland: über 10.000 Südtiroler/innen im Zuge der "Option", mehrere tausend Reichsdeutsche als Bombenflüchtlinge oder Arbeitskräfte verlagertes Betriebe. Viele dieser Menschen – insbesondere die Südtiroler/innen – blieben auch nach 1945 im Land. Das gilt auch für einige wenige der über

10.000 Fremdarbeiter/innen und Kriegsgefangenen. Während etwa 7.700 Vorarlberger als Soldaten im Zweiten Weltkrieg fielen, gab es im Land einen Geburtenüberschuß von fast 10.800. Alle diese Faktoren ließen die Wohnbevölkerung von 156.000 im Jahre 1939 auf 200.000 im Jahre 1945 ansteigen. Nach einer "Regulierungsphase" hatte Vorarlberg im Oktober 1948 noch immer 192.000 Einwohner – um 23 Prozent mehr als 1939.

Interessant ist schließlich auch ein politisches Phänomen. Bis etwa 1930 war die ökonomische Elite des Landes im liberalen und später deutschnationalen Lager parteipolitisch sehr aktiv. Ab Beginn der dreißiger Jahre wurde von diesen Unternehmern dann zunehmend die NSDAP unterstützt, was sich nach 1938 durchaus im wörtlichen Sinn bezahlt machte. Die führenden Repräsentanten der Textilindustrie büßten dieses Engagement nach 1945 mit zumindest mehrwöchigen Inhaftierungen in den Internierungslagern für Nationalsozialisten. Das gilt für Eigentümer der Firmen F. M. Hämmerle, Franz M. Rhomberg, Carl Ganahl, Getzner, Mutter & Cie. und andere.

Ob es diese Erfahrungen waren? Jedenfalls zog sich die ökonomische Elite des Landes mit wenigen Ausnahmen – etwa Hans Ganahl und Rudolf Hämmerle – nach 1945 aus der Landespolitik zurück und überließ dieses Feld Vertretern der Bauern, der Beamenschaft und der Handwerker. Die Rahmenbedingungen hatten sich offensichtlich geändert: Parteipolitisches Engagement schien nicht mehr opportun. Dort wo es dennoch stattfand, damit die eigenen Interessen durchsetzbar blieben, wurde der Schluß mit der katholisch-konservativen Elite des Landes gesucht – und gefunden.

## 10. Anhang

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges haben sich in Vorarlberg einige Firmen zu regional bedeutenden Rüstungsfirmen entwickelt. Andere wurden speziell ab 1943 nach Vorarlberg verlagert. Von ihnen war im Rahmen dieser Arbeit immer wieder die Rede. Im folgenden werden die wichtigsten einheimischen Rüstungsfirmen und hierher verlagerten Betriebe kurz vorgestellt.

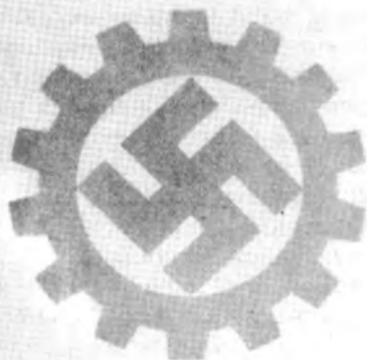
Ausgenommen sind in dieser Aufstellung allerdings jene Firmen, die im Kapitel 7.4. ausführlich dargestellt wurden. Es handelt sich dabei um die großen Textilunternehmen des Landes beziehungsweise um von ihnen übernommene Unternehmen.

Diese Firmen und die im folgenden beschriebenen Klein- und Mittelbetriebe der metall- und Elektroindustrie beziehungsweise des Gewerbes wuchsen in der NS-Zeit und legten nach 1945 einen Grundstock für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Das gilt nicht nur für die heimischen, sondern auch für etliche hierher verlagerte Betriebe, die auch nach 1945 in Vorarlberg ansässig blieben. Dadurch kam es nicht zuletzt dank der vielen Zu- und Unterlieferanten für die süddeutschen Rüstungskonzerne zu einer erneuten Industrialisierungsphase.

Ähnliche Entwicklungen haben auch in anderen Reichsteilen stattgefunden und somit die wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung in Teilen der heutigen DDR und der BRD massiv beeinflusst, wobei von einer "(Re-)Industrialisierung der Provinz" gesprochen wird. Viele dieser Klein- und Mittelbetriebe waren flexibel und stellten ihre Produktion relativ schnell auf Friedensfertigung um.<sup>1</sup>

# Der Betrieb- unsere Heimat

Ein Streifzug durch Betriebe des Gaues Tirol-Vorarlberg



Herausgegeben von der NSDAP-Gauleitung Tirol-  
Vorarlberg, Gauverwaltung der Deutschen Arbeitsfront

Bearbeitung: Gau-Druck- und Propagandawalter Dr. Detlev Mehnert

“Der Betrieb – unsere Heimat” – die propagandistischen Streifzüge durch die Betriebe Vorarlbergs standen in großem Kontrast zur betrieblichen Realität.

## 10.1. Die größeren heimischen Rüstungsfirmen

### Alpenländische Metallwarenfabrik Gebrüder Amann, Nenzing

Als Nachfolgerin der 1852 gegründeten Firma Josef Schatzmann war die Alpenländische Metallwarenfabrik in Nenzing vor dem Krieg vor allem mit der Herstellung von Haushaltungsgeschirr beschäftigt. Die Produktion gezogener, gepreßter und gedrückter Pfannen aus Stahl, Aluminium und Messing machte den Schwerpunkt des Sortiments aus. Die für Vorarlberg so typischen großen Riebelpfannen stammten zum Großteil aus dem Nenzinger Betrieb.<sup>2</sup>

Das Unternehmen stieg dann durch Aufträge zur Herstellung von Patronenkästen 88 schon vor Kriegsbeginn in die Rüstungsproduktion ein. Zwei Monate nach Kriegsbeginn hatte die Firma aber größere Probleme, da sogenannte "Anschlußaufträge" ausblieben. Es erging daher die Bitte um "Zuweisung von Aufträgen auf Feldbetten, Tragbahren oder ähnlichem" an die Wehrwirtschaftsstelle. Ansonsten – so die Firma – seien Entlassungen unvermeidlich. Die Innsbrucker Stelle wurde deshalb bei den übergeordneten Militärbehörden vorstellig, damit die Nenzinger Firma künftig bevorzugt behandelt werde.<sup>3</sup>

Das Unternehmen wurde daraufhin in das "Munitions-Programm" aufgenommen und sollte – so die ersten Pläne – an insgesamt 25 Drehbänken monatlich 5.000 Stück 10,5-cm-Feldhaubitzen-Granaten bearbeiten.<sup>4</sup> Wenig später wurde das Liefer-soll auf 7.000 Granaten monatlich erhöht.<sup>5</sup>

Das ständig mit großen Finanzierungsproblemen kämpfende Unternehmen wurde vom Rüstungskommando finanziell immer wieder unterstützt. Im Mai 1942 besuchte beispielsweise je ein Vertreter der Rüstungsinspektion XVIII und des Innsbrucker Rüstungskommandos das Unternehmen, um die Wirtschaftslage des Betriebes zu überprüfen:

"Um den Betrieb flüssiger zu machen und die in Anspruch genommenen Kredite wenigstens teilweise zurückzuzahlen, wird Amann beauftragt, eine Reihe von bereits seit einiger Zeit fälligen Anträgen auf Erstattung von Umstellungs- und Anlaufkosten einzureichen."<sup>6</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war die Firma im gesamten Bereich des RÜ-

stungskommandos Innsbruck – also Vorarlberg, Tirol und Salzburg – die einzige, die Schwierigkeiten bei der Rückzahlung der hauptsächlich von der Deutschen Industriebank München gewährten Kredite hatte. Alle anderen Rüstungsfirmen waren dank der offenbar zureichenden Preise für die der Wehrmacht gelieferten Waren und der billigen Arbeitskräfte – Fremdarbeiter, Kriegsgefangene, Frauen – dazu mühelos in der Lage.<sup>7</sup>

Der Nenzinger Firma, die seit dem 7. Juli 1941 als Wehrwirtschaftsbetrieb galt, stand eine Produktionsfläche von 1.880 m<sup>2</sup> zur Verfügung.<sup>8</sup> Anfang Jänner 1945 waren bei der Alpenländischen Metallwaren-Fabrik insgesamt 126 Personen beschäftigt, ein Großteil davon ausländische Zivilarbeiter oder Kriegsgefangene. Nach Kriegsende dürfte der Rüstungsbetrieb große Umstellungsschwierigkeiten gehabt haben: Im Frühherbst 1945 wurden jedenfalls nur noch 13 Personen beschäftigt, Ende 1949 waren es dann schon wieder 32 Arbeitskräfte.<sup>9</sup>

### **Karl Doppelmayer, Hard**

Ein anderes Unternehmen, das in der NS-Zeit expandierte war die Maschinen- und Bootsbaufirma Karl Doppelmayer in Hard.

Bereits Ende 1939 hielt das Rüstungskommando Innsbruck in einem Bericht fest, daß die Firma freie Kapazitäten für die Munitionsfertigung besitze.<sup>10</sup> Am 4. Jänner 1941 meldete dieselbe Stelle, daß der Betrieb für einen Auftrag zur Fertigung von 5.000 Granaten vorgesehen sei.<sup>11</sup> In den folgenden Monaten scheint sich die Produktion zur Zufriedenheit aller beteiligten Stellen entwickelt zu haben.

Wie in anderen Vorarlberger Rüstungsfirmen kam es auch bei Doppelmayer zu Beginn der Rüstungsfertigung zu Schwierigkeiten, da die in den Betrieben gefertigten 10,5-cm-Feldhaubitzen-Granaten nicht mehr in vollem Umfang benötigt wurden. Die Firma Doppelmayer mußte daraufhin auf die Fertigung von 8,8-cm-Sprenggranaten umstellen.<sup>12</sup>

Diese Granaten wurden im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des Angriffs auf die Sowjetunion<sup>13</sup> dringend benötigt. Das zeigte sich bei einer Inspektion durch Major Weiß vom Rüstungskommando Innsbruck. Dabei wurde der Firma am 22. Mai 1941 mitgeteilt, daß aufgrund der Erfordernisse umgehend mit dem

Zweischicht-Betrieb begonnen werden müsse, damit monatlich 5.000 dieser 8,8-cm-Granaten bearbeitet werden könnten. Hierfür könnten zwar die nötigen Hilfsarbeiter, aber keine Facharbeiter gestellt werden. Ein für diese Fertigung notwendiger provisorischer Anbau könne errichtet werden. Die Firma beklagte sich bei dieser Inspektion über die Belieferung mit unbrauchbarer Ausschußware: Entsprechende nicht zu verarbeitende "Rohlinge" sollten künftig gar nicht erst zugesandt werden.<sup>14</sup>

Der "Betriebsführer" forderte für die noch im Mai 1941 begonnene zweite Schicht 32 weitere Arbeitskräfte. Vom Arbeitsamt Bregenz wurden in den folgenden Wochen 18 Arbeiter, darunter 14 französische Kriegsgefangene, vermittelt. Weitere Arbeiter wurden in Aussicht gestellt.

Eine Inspektion durch einen Schiffbau-Ingenieur hatte zur selben Zeit ergeben, daß der Betrieb durchaus in der Lage war, Ruderboote zu fertigen. Daraufhin erhielt die Firma einen entsprechenden Auftrag über zehn Kutter.<sup>15</sup> Am 17. Juli 1941 vermerkt das Kriegstagebuch, daß diese "ersten 10 Sturmboote" abgenommen worden seien. Der Eigentümer der Firma war zu dieser Zeit über Veranlassung der Bezirksabnahmestelle in Innsbruck nach Berlin gefahren, um Anschlußaufträge zu erwirken.<sup>16</sup>

Von der Kriegsmarinewerft in Kiel wurde der Firma daraufhin am 1. September 1941 anlässlich eines Besuches in Hard mündlich ein Auftrag mit höchster Dringlichkeitsstufe über 20 Verkehrsboote mit 35-PS-Motoren übertragen. Pro Boot sollte die Firma 25.000,- RM erhalten. Bis zum Anlaufen dieser Produktion wurde ein Anschlußauftrag für fünf bis zehn Kutter in Aussicht gestellt.<sup>17</sup> Im Vierteljahresbericht des Rüstungskommandos Innsbruck hieß es dazu:

"Die Liefergemeinschaft Karl Doppelmayer, Hard, hat sich in überraschend kurzer Zeit im Bootsbau zurechtgefunden und die Fertigung entsprach voll den gestellten Anforderungen."<sup>18</sup>

Schon im folgenden Monat konnte die Firma, die gemeinsam mit anderen Kleinbetrieben des Ortes eine "Bootsbauliefergemeinschaft" gegründet hatte, fünf dieser Kutter zur Zufriedenheit der Auftraggeber abliefern. Sie erhielt umgehend einen weiteren Auftrag über 17 Verkehrsboote.<sup>19</sup>

Das Einlangen solcher Aufträge aber war nicht immer auch eine Garantie für die Abnahme. So wurde eine Order zur Fertigung von weiteren 17 Verkehrsbooten Ende Mai des folgenden

Jahres kurzfristig wieder zurückgezogen. An die Stelle dieses Auftrages traten Aufträge zur Herstellung von Kuttern und leichten Motorbooten. Grund für diese Maßnahme war, daß dadurch ein notwendiger Neubau bei einem der Betriebe dieser Liefergemeinschaft, der Firma Johann Schwärzler, überflüssig, ein Neubau bei Karl Doppelmayer nur in kleinerem Umfang notwendig wurde.<sup>20</sup>

Ein besonderes Problem der Firma waren Konflikte zwischen dem "Betriebsführer" Karl Doppelmayer und seinem Betriebsleiter. Dieser hatte Doppelmayer vorgeworfen, über die Arbeiter nach Guldünken zu verfügen und sie nicht nur für die Rüstungs-, sondern auch für die Zivilproduktion sowie für den Haushalt einzusetzen. Da sich die Anschuldigungen als haltlos erwiesen, stimmte das Rüstungskommando dem Plan Doppelmayers zu, einen neuen Betriebsleiter einzustellen.<sup>21</sup>

"Raschestens" sollten in der Firma Doppelmayer Anfang 1942 10-cm-Granaten rot hergestellt werden, doch die Umstellung machte Probleme. Diese wurden schließlich von Firmenleitung und Militärbehörde auf das Wirken eines angeblichen sowjetischen "Kommissars" zurückgeführt. Er soll dafür verantwortlich gewesen sein, daß die Produktion in der Firma über mehrere Wochen drastisch abgesunken war.<sup>22</sup>

Gegen Ende desselben Jahres mußte die Firma ihre Munitionsfertigung erneut umstellen. Das Rüstungskommando Innsbruck forderte nun 7,5-cm-I-Granaten 18. Das Unternehmen schaffte die Umstellung in relativ kurzer Zeit, die Produktion konnte aber auch diesmal nicht umgehend in Angriff genommen werden: Eine einzige fehlende Maschine – die Beringpresse – verhinderte das planmäßige Anlaufen. Diese Presse war zwar in Deutschland auf Lager, Kompetenzschwierigkeiten verhinderten aber trotz energischen Vorpreschens des Rüstungskommandos einen Transfer nach Vorarlberg.<sup>23</sup>

Die im Jahre 1928 gegründete Harder Firma wurde am 23. Juli 1941 offiziell zum Wehrwirtschaftsbetrieb ernannt. Anfang 1944 arbeiteten insgesamt 103 "Gefolgschaftsmitglieder" auf einer Betriebsfläche von 2.430 m<sup>2</sup>. Die zum selben Zeitpunkt als eigene Firma geführte Bootsbauliefergemeinschaft Karl Doppelmayer beschäftigte im Februar 1944 21 Personen, denen 400 m<sup>2</sup> Produktionsfläche zur Verfügung standen.<sup>24</sup>

## Konrad Doppelmayr & Sohn, Wolfurt

Auch in Wolfurt expandierte ein ehemaliger Gewerbebetrieb. Aus einer kleinen Werkstätte hatte sich dort das 1893 gegründete Unternehmen Konrad Doppelmayr & Sohn schon bald zu einem respektablen größeren Betrieb entwickelt, der für die verantwortlichen Rüstungspolitiker durchaus interessant war. Schon im Ersten Weltkrieg hatte die Firma Schrapnelle hergestellt.

Das von der Wirtschaftskrise stark betroffene Unternehmen profitierte unmittelbar nach dem "Anschluß" vom Aufschwung der Fremdenverkehrswirtschaft und erhielt Aufträge für Lifte aus Lech und Zürs.<sup>25</sup>

Während des Krieges wurde der Betrieb ausgebaut. Die Firma hatte sich vorher hauptsächlich mit der Herstellung von elektrisch gesteuerten Lasten- und Personenaufzügen, Seilbahnen und Schiliften beschäftigt. Daneben waren auch Spezialmaschinen für die Kartonagenherstellung und Pumpen für Schweröle, Schlamm oder Beton entwickelt und hergestellt worden.<sup>26</sup>

Das Unternehmen war nach den vorliegenden Unterlagen die erste Vorarlberger Firma, die zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärt wurde. Dies erfolgte schon am 7. September 1938, ein Jahr vor Kriegsbeginn. Die Firma produzierte ausschließlich für die Wehrmacht und hatte beispielsweise im August 1943 folgende Auftraggeber:

Heer	50 %
Marine	5 %
Luftwaffe	45 %.

Meist waren dies keine selbständig ausgeführten Aufträge des Unternehmens. Die Firma war nämlich Unterlieferant der Zahnradfabrik Friedrichshafen. Die Aufträge reichten von der Bearbeitung von Geräten für Funkmeßprogramme über die Herstellung von Kupplungen für Panzer bis zur Fertigung von Zwischenwellen für Sturmbootteile.<sup>27</sup>

Am 21. Februar 1944 beschäftigte die Firma 105 Personen auf 3.471 m<sup>2</sup> Produktionsfläche. Die Produktionsausweitung des damals wieder hauptsächlich Zahnräder, Getriebe und Bodenfunkmeßgeräte produzierenden Unternehmens stand zu diesem Zeitpunkt aber erst bevor.<sup>28</sup> Gegen Kriegsende, am 1. Jänner 1945, waren insgesamt 150 Arbeitskräfte beschäftigt, 61 davon waren Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene.<sup>29</sup>

Im Oktober 1945 hatte das Unternehmen immerhin noch 45 Arbeitskräfte – knapp ein Drittel der im Jänner Beschäftigten.<sup>30</sup>

Nach Kriegsende gelang der Firma Doppelmayr ein rascher Aufstieg zu einem der heute wohl wichtigsten Lifterhersteller.

### **Electricus-Volta G.m.b.H., Bregenz**

Die Firma Electricus-Volta wurde 1927 als Tochterunternehmen einer Schweizer Firma gegründet und führte in ihrem Produktionsprogramm vor allem Warmwasserspeicher und Haushaltskochgeräte. Hier konkurrierte das Unternehmen mit der Firma Elektra-Bregenz.<sup>31</sup>

Im September 1939 hatte die Firma eine überaus schlechte Auftragslage. 20 der vormals insgesamt 80 Beschäftigten des Betriebes waren zu diesem Zeitpunkt bereits zur Deutschen Wehrmacht einberufen worden. Außer einem kleinen Heeresauftrag über 30 Herde lagen überhaupt keine Aufträge mehr vor, sodaß ein Großteil der verbliebenen 60 Beschäftigten nur noch Aufräumarbeiten durchführte. Ende September war die Betriebsstillegung zu befürchten.<sup>32</sup>

Doch es sollte bald aufwärts gehen. Von der Wehrmacht gab es in der Folge etliche Aufträge, und ab dem 14. März 1942 war das Unternehmen auch offiziell ein Wehrwirtschaftsbetrieb. Die Spezialfabrik für elektrothermische Apparate produzierte ab diesem Zeitpunkt auf einer Produktionsfläche von 1.760 m<sup>2</sup> mit durchschnittlich 150 Beschäftigten<sup>33</sup>, bei einer wesentlichen Erweiterung der Produktpalette.

Im April 1943 gingen Aufträge für die Ju 52 (Fensterlafetten) ein. Daneben gab es weitere indirekte Aufträge von der Luftwaffe: Frontprüfstände für Doppel- und Einfachmotoren für Daimler-Benz in Genshagen. Für das Oberkommando des Heeres wurden monatlich 10.000 Kartuschhülsen 10,5 cm bearbeitet. Hinzu kamen immer wieder Reparaturaufträge und auch ein Auftrag zur Fertigung von Großküchenapparaten für die Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie in Berlin.

Von den 133 Beschäftigten im April 1943 waren 21 französische Kriegsgefangene, elf französische Zivilarbeiter und zwei ausländische Arbeiterinnen. Eine neue Halle für Motorenprüfstände im

Anschluß an das Hauptgebäude war zu diesem Zeitpunkt in Planung.<sup>34</sup>

Material für eine neue große Halle war im August 1943 größtenteils bereitgestellt, der Neubau dringend notwendig. Ein Vertreter der Rüstungsinspektion XVIII aus Salzburg wies auf den untragbaren Zustand hin, daß einzelne Motorenprüfstände wegen Raummangels zum damaligen Zeitpunkt im Freien gefertigt wurden.<sup>35</sup>

Die Fertigung der Kartuschhülsen – somit also die Einbindung in die Rüstungsproduktion – war bereits 1940 erfolgt. Wie andere Firmen hatte jedoch auch Electricus-Volta stark mit bürokratischen Hemmnissen zu kämpfen: Die Versorgung mit dem benötigten Blechmaterial klappte beispielsweise im Sommer 1940 überhaupt nicht, sodaß es im Betrieb zu Leerläufen kam. Bis zum März 1941 war keine Verbesserung der Situation erzielt worden.<sup>36</sup>

Im November lief die Produktion von Fensterlatetten und Motorenprüfständen nach den Vorstellungen der Innsbrucker Behörde.

Die Firma bearbeitete monatlich 10.000 mehrteilige Kartuschhülsen für 10,5-cm-Feldhaubitzen. Der Auftrag hatte die höchste Dringlichkeitsstufe "SS". An zivilen Aufträgen lagen wieder von der Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie in Berlin Bestellungen über 100 Herde, 275 Kocher, 110 Kessel, 110 Bratpfannen und 110 Backöfen vor.

Dies alles bei einem "Gesamtgefogschaftsstand" von nunmehr 188 Beschäftigten – 101 männlichen und 87 weiblichen. Unter den 50 Ausländern befanden sich Franzosen, Griechen, Polen und Italiener, die 27 Ausländerinnen waren allesamt Ostarbeiterinnen. Der Betrieb arbeitete größtenteils einschichtig je 60 Stunden pro Woche.<sup>37</sup>

Bis Kriegsende kam es dann doch noch zu den Erweiterungsbauten: 1944 wurde nach eingelangter Genehmigung mit dem Neubau begonnen, der bereits im August bezugsfertig sein sollte. Die Firma arbeitete im Frühjahr – aufgrund der kaum zu bewältigenden Aufträge – teilweise schon zweischichtig.<sup>38</sup>

Anfang 1945 beschäftigte das Unternehmen 281 Personen, 126 davon waren Kriegsgefangene oder Fremdarbeiter. Immerhin 70 Beschäftigte – und somit fast gleichviel wie vor dem Krieg – gab es im Oktober 1945, bereits 145 im Dezember 1949.<sup>39</sup>

## Elektra-Bregenz G.m.b.H.

Die Elektra G.m.b.H. ist eine Gründung Friedrich Wilhelm Schindlers, eines Miteigentümers der Textilfirma Jenny & Schindler. 1881 war Schindler von der ersten elektrotechnischen Weltausstellung in Paris heimgekehrt, hatte in Kennelbach eine Edisonmaschine zur Stromerzeugung eingerichtet und die erste Edison-Glühlampe Österreichs zum Leuchten gebracht. 1893 gründete er in Bregenz die neue Firma, die sich auf die Herstellung elektrothermischer Geräte spezialisierte. Im Jahre 1938 erzeugte das Unternehmen 834 Heißwasserspeicher, 16.263 Bügeleisen, 172 Vollherde, 722 Einzelkochplatten und Tischherde, 708 Kochtöpfe, 268 Öfen und 829 verschiedene Apparate für gewerbliche und industrielle Zwecke (Trockenschränke, Luffterhitzer usw.).<sup>40</sup>

Mit Kriegsbeginn mußte sich auch dieses Unternehmen umstellen. Anfang Oktober 1939 hielt die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck in einem Aktenvermerk fest, daß die Firma Elektra "immer noch keine Aufträge vom Heereswaffenamt" habe. Deshalb solle das Reichsluftfahrtministerium für die Firma interessiert werden. Eine diesbezügliche Inspektion des Unternehmens durch die Rüstungsinspektion XVIII (Salzburg) war positiv verlaufen.<sup>41</sup>

Im Frühjahr 1941 sollte – wie etliche andere Vorarlberger Munitionsbetriebe – auch die Elektra ihre Produktion von 10,5-cm-Granaten auf 8,8-cm-Granaten ändern. Bis Anfang Juli dieses Jahres mußten die restlichen 10,5-cm-Granaten fertig sein, damit dann in zwei Schichten mit der neuen Fertigung hätte begonnen werden können. Bis zu diesem Termin – so forderte die Firma – sollten zusätzlich 20 bis 25 Personen, nämlich Gefangene und etwa zehn Frauen, neu eingestellt werden.<sup>42</sup>

Von höchster militärischer Stelle erhielt die Firma schließlich am 4. Juli 1941 einen Besuch. In den Gesprächen ging es um eine mögliche künftige Fertigung von "Blech-Pack-Gefäßen 38", wobei als Ergebnis festgehalten wurde, nur die Beschaffung des Bleches und der Farbe, nicht aber die technischen Möglichkeiten der Firma könnten zu Schwierigkeiten führen.<sup>43</sup>

Anfang 1944 hatte das in der Brielgasse 27 angesiedelte Bregenzer Unternehmen bereits 173 Beschäftigte auf 4.600 m<sup>2</sup> Betriebsfläche. Das am 5. Februar 1941 zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärte Unternehmen galt als Fachbetrieb für elektrische Haushaltsgeräte, Blechwaren und Gießereierzeugnisse.<sup>44</sup>

Die Firma Elektra schaffte den Übergang in die Zweite Republik besonders gut: Im Oktober 1945 wurden noch immer 69 Personen beschäftigt, Ende 1949 waren es bereits wieder 113.<sup>45</sup>

### Flugzeugbau Kittelberger, Höchst

1935 wurde in Höchst die Firma "Flugzeugbau Kittelberger" gegründet. Ihre große Stunde kam nach dem "Anschluß". Es dauerte allerdings noch zwei Jahre, bis sie, im Zuge des Frankreich-Feldzuges, am 6. Juni 1940 zum Wehrwirtschaftsbetrieb ernannt wurde.<sup>46</sup>

Fortan nahm das kleine Unternehmen einen recht eindrucksvollen Aufstieg. So berichtet der vom Rüstungskommando Innsbruck angereiste Hauptmann Kiechel anlässlich einer Inspektion des Unternehmens im Oktober 1941, für die Firma sollten dringend zwei Baracken zur Verfügung gestellt werden, eine für die Belegschaft, die andere als Magazin. Aufgrund bürokratischer Probleme habe es mit der Bereitstellung dieser Baracken für das expansionswillige und -fähige Unternehmen nicht geklappt, das auch in Bregenz eine Produktionsstätte besaß:

"Derzeit sind 20 französische (Kriegsgefangene, HW) beschäftigt. Leider im Werk Bregenz, da ein Einsatz dieser Gefangenen in Höchst, wo sie viel notwendiger gebraucht würden, vom Gefangenenlager nicht zugelassen wird. Im Bregenzer Betrieb sind außer diesen 20 Gefangenen auch noch 12 einheimische Arbeitskräfte aus dem Höchster Betrieb tätig. Die Firma könnte noch ca. 100 (französische Kriegsgefangene, HW) aufnehmen."<sup>47</sup>

Das Unternehmen plante zu diesem Zeitpunkt, in Bregenz eine Produktionsstätte mit rund 600 Beschäftigten aufzubauen. Ansuchen beim Reichsluftfahrtministerium (RLM) waren bereits eingereicht. In Bregenz erhoffte man sich besonders gute Möglichkeiten für eine Expansion, da die Planungen der Stadt für einen Rheinschiffahrtshafen ad acta gelegt worden waren und in diesem Gebiet nun eine große Industriezone entstehen sollte. Das Ministerium empfahl der Firma aber abzuwarten, da geplant sei, in der Nähe von Höchst einen Flugplatz zu bauen. Baumeister Gebhard Hinteregger habe bereits den Auftrag, Pläne für eine Flugzeughalle auszuarbeiten. Außerdem böten sich für die von der Firma bislang gemieteten Gebäude in dieser Gemeinde künftig einige Möglich-

keiten, wenn die Firma Kittelberger diese Gebäude käuflich erwerben wolle:

“RLM empfahl einiges Zuwarten, da mit der Schweiz Verhandlungen liefen. Die Besitzer des Gebäudes haben eine Auskunft über ihre Ariereigenschaft unter Berufung auf das internationale Aktienrecht verweigert. Der Hauptbesitzer Ikle dürfte daher mit größter Wahrscheinlichkeit Jude sein.”<sup>48</sup>

Die Firma fertigte zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich Führersitzverkleidungen für Flugzeuge, hatte aber große Probleme, die produzierte Ware auch an die entsprechenden Firmen zu liefern, da ihr bis Ende 1941 von der Reichsbahndirektion Augsburg keine Wagons zur Verfügung gestellt wurden. In der Zwischenzeit hatte Kittelberger bereits die Höchster Turnhalle aufgekauft und mit fertiger Ware belegt.<sup>49</sup>

Bezüglich eines geplanten Ankaufs der ebenfalls “nichtarischen” Firma S. Jenny war die Firma vom Rechtsvertreter der Eigentümer zwar abschlägig beschieden worden, für die geplante Ausweitung der Produktion und die Beschäftigung von etwa 600 “Gefolgschaftsmitgliedern” hatte das RLM aber grünes Licht gegeben.<sup>50</sup>

In einem “Zehn-Tagesbericht” des Rüstungskommandos zum 20. Oktober 1941 hieß es zur Produktion dieses Betriebes:

“Bei Flugzeugbau Kittelberger, Rheinau-Höchst, nahm der Fertigungsumfang erneut zu. Dieser Firma wurde ein großer Rahmenauftrag für die Reparatur von Segelflugzeugen erteilt.”<sup>51</sup>

Auch in den folgenden Monaten war das Rüstungskommando mit den Leistungen des Betriebes überaus zufrieden und erteilte weitere Aufträge.<sup>52</sup> Die Zeichen standen also auf Expansion. In den folgenden Jahren entwickelte sich der Betrieb dann aber nicht im gewünschten Maß, da es von den Behörden nicht im gewünschten Ausmaß unterstützt wurde.

Das Unternehmen suchte andere Produktionsstätten und verlagerte seine Produktion schrittweise ins Altreich – einer der wenigen bekannten Fälle, in denen die Verlagerung von der Ostmark ins Altreich und nicht umgekehrt vonstatten ging. Zum 25. Februar 1942 meldete das Rüstungskommando:

“Durch Flugzeugbau Kittelberger soll im Verlauf dieses Jahres in Markt Oberndorf (Bayern) ein neues Werk für Segelflugzeugbau (bis zu 800 Arbeitskräfte) errichtet werden. Die Werke

Höchst und Bregenz sollen dann als reine Ausbesserungsstätten weitergeführt werden.<sup>53</sup>

Was aus diesen Plänen im einzelnen wurde, kann den Akten nicht entnommen werden. Die Vorarlberger Betriebe jedenfalls stellten im Herbst 1942 ihre Produktion um. Fortan fertigten sie hauptsächlich für die Dornier-Werke Metallteile als sogenannte "Geheimfertigung".<sup>54</sup> Diese Umstellung des vorher fast ausschließlich mit Holz arbeitenden Unternehmens ging nicht ohne Schwierigkeiten vor sich:

"Die Leistungsfähigkeit des Betriebes Flugzeugbau Kittelberger wird derzeit stark behindert durch die Umstellung auf den Metallflugzeugbau für Dornier. Während die bisherigen Aufträge rasch auslaufen, geht der Anlauf der für Dornier übernommenen Aufträge ziemlich schleppend vor sich."<sup>55</sup>

Die Schwierigkeiten waren schließlich so groß, daß das Unternehmen ein halbes Jahr später – im April 1943 – wieder auf Holzbauherstellung umstellte – auch dies als Unterlieferant für die Dornier-Werke.<sup>56</sup>

Im Herbst 1943 arbeitete das Unternehmen zu 95 Prozent für die Dornier-Werke, zum damaligen Zeitpunkt fast ausschließlich für die Do 217. Für die folgenden Monate war die Übernahme von Aufträgen für die Me 410 geplant. Damit fertigte die Firma praktisch dasselbe wie Franz M. Rhomberg in Dornbirn.<sup>57</sup>

Bis 1944 entwickelte sich die Firma in Vorarlberg wegen der anhaltenden Probleme in der Produktion nicht im gewünschten Ausmaß. Der Betrieb hatte im Februar 1944 aber immerhin einen "Gesamtgefolgschaftsstand" von 287 Personen, 206 Männern und 81 Frauen. Insgesamt gab es 76 Zivilarbeiter aus Frankreich, acht Zivilarbeiterinnen aus Frankreich und 19 Ostarbeiterinnen. Die Firma arbeitete einschichtig 56 Stunden in der Woche und hatte einen guten Auftragsstand. So reparierte sie damals für das RLM Segelflugzeuge und hatte einen Auftrag über 9.900 Leitwerke für die Me 109 und 1.500 Satz zu je vier Stück Sturzflugbremsen. Für die Dornier-Werke wurden Triebwerksverkleidungen und Fahrwerkklappen hergestellt.<sup>58</sup>

Wenig später führte die Firma einen Tag- und Nachtschichtbetrieb ein und übernahm weitere Aufträge von Dornier/Friedrichshafen über Bomberklappen, Laminarflügel, Fahrgestellklappen und Deckel. Für die Messerschmitt-Werke in Augsburg wurden Höhenleitwerke und Ruder hergestellt. Gleichzeitig hatte man in

der ehemaligen Weberei Kastner in Lauterach mit 47 weiteren Arbeitern eine Teilfertigung für die Do 217 und die Do 335 sowie verschiedene Reparaturarbeiten übernommen.<sup>59</sup>

Allein in Höchst stand der Firma eine Produktionsfläche von 5.720 m<sup>2</sup> zur Verfügung, auf der im Frühjahr 1944 292 Personen beschäftigt waren.<sup>60</sup>

Im Juni und Juli 1943 war ein Teil der Produktion in Räume der Bregenzer Textilfirma Schoeller verlagert worden, wo auf einer Betriebsfläche von 1.200 m<sup>2</sup> hauptsächlich Holzteile für die Dornier-Werke hergestellt wurden.<sup>61</sup> Die Textilfirma Schoeller beschäftigte zu diesem Zeitpunkt nur noch etwa 250 "Gefolgschaftsmitglieder", während es vor dem Krieg noch 650 gewesen waren. Die Wollgarnspinnerei hatte auf diesen 1.200 m<sup>2</sup> etliche Webstühle abgebaut und schon zuvor als Unterlieferant für Kittelberger gearbeitet. Dafür waren zwölf Beschäftigte abgestellt worden. Jetzt mußten weitere 100 Arbeitskräfte für die neu anlaufende Rüstungsfertigung bereitgestellt werden.<sup>62</sup>

### **Maschinenfabrik Wilhelm Welz, Bregenz**

Die 1896 gegründete Maschinenfabrik Wilhelm Welz beschäftigte sich ursprünglich hauptsächlich mit der Herstellung von Transportmissionen und Holzbearbeitungsmaschinen. Ab 1925 stand dann die Erzeugung von stationären und fahrbaren Steinbrechern sowie von Stein-Sortieranlagen im Vordergrund.<sup>63</sup>

Die Firma war dann in der NS-Zeit eines der ersten Vorarlberger Unternehmen, das in das Rüstungsprogramm der Wehrmacht aufgenommen wurde. Erste Gespräche mit Vertretern der Firma wurden schon im Herbst 1939 geführt und schnell zu einem Abschluß gebracht. Der Firmenchef wurde zu einer Besichtigung von Munitionsfirmen in Sachsen eingeladen und meinte bei seiner Rückkehr, diese Fahrt sei "außerordentlich aufschlußreich" gewesen. Das finanzschwache Unternehmen benötigte vom Rüstungskommando Hilfe. Nach einer Besichtigung der Firma am 14. September 1939 hielt der zuständige Hauptmann Kistovski in einem Aktenvermerk fest:

"Bei Einstellung der Friedenfertigung ist keinerlei Möglichkeit gegeben, die Arbeitskräfte zu besolden, da eine Bankverbindung nicht besteht. Die Grundschulden betragen für das Unter-

nehmen RM 48.000,- Der Wert des Unternehmens beläuft sich auf etwa RM 150.000,-<sup>64</sup>

Wilhelm Welz erhielt den Auftrag, künftig 10,5-cm-Sprenggranaten zu erzeugen. Da sich die Zulieferung durch die Deutschen Röhrenwerke, Werk Thyssen in Mülheim, verzögerte, begann die Produktion nicht schon – wie vorgesehen – Ende 1939, sondern erst zu Beginn des Jahres 1940. Die übrigen damals mit Munitionsaufträgen bedachten Vorarlberger Firmen – F. M. Hämmerle, Alpenländische Metallwarenfabrik in Nenzing, Elektra in Bregenz und eine Arbeitsgemeinschaft in Dornbirn – sollten 10,5-cm-Feldhaubitzengranaten bearbeiten.<sup>65</sup>

Die vorhin bereits erwähnten großen finanziellen Probleme, mit denen der Betrieb zu kämpfen hatte, machten sich auch in den folgenden Monaten unliebsam bemerkbar. Immer wieder mußten vom Rüstungskommando sogenannte "Wehrmachtverpflichtungsscheine" ausgestellt werden, die den Zulieferern der Firma die Garantie gaben, daß die gelieferte Ware auch bezahlt würde – wenn nicht von der Firma, so vom Rüstungskommando. Im Vergleich zu anderen Vorarlberger Munitionsfirmen – etwa der Liefergemeinschaft Ludwig Rigger in Dornbirn oder der Alpenländischen Metallwarenfabrik in Nenzing – fühlte sich die Firma Welz aber eher zu wenig mit Wehrmachtverpflichtungsscheinen bedacht.

Diesbezügliche Schwierigkeiten wurden offenbar, als Hauptmann Hofer vom Rüstungskommando Innsbruck Ende Jänner 1941 dem Bregenzer Unternehmen einen Besuch abstattete. Aus seinem Bericht wird deutlich, wie beengt die finanzielle Situation des Unternehmens war, dessen Liquidität bestenfalls bis Mitte Februar reichte:

"Nach diesem Zeitpunkt steht Welz ohne irgendwelche Mittel da und bittet dringend zur Überbrückung der laufenden Schwierigkeiten um einen weiteren Wehrmachtverpflichtungsschein. Nachher wird er die größten Schwierigkeiten überwunden haben und in der Lage sein, sein Auskommen mit den laufenden Lieferungen zu finden."<sup>66</sup>

Wie gering das Vertrauen der Zulieferer in die Finanzkraft der Firma war, belegt das folgende Beispiel. Die Firma Bergmann in Berlin/Wilhelmsruh stellte die Belieferung der Maschinenfabrik Welz mit den für die Munitionsfertigung erforderlichen Bändern sofort ein, als die Bezahlung einer relativ kleinen Rechnung über

600,- Reichsmark nicht fristgerecht erfolgt war. Das hatte für Welz weitreichende Folgen, da die gesamte Produktion der von der Wehrmacht dringend benötigten Munition dadurch ins Stocken geriet. Das Zahlungsziel wurde von der Berliner Firma für Welz auf ganze zwei Wochen festgelegt – „ganz gegen die übliche Usance“, wie Hauptmann Hofer vermerkte.<sup>69</sup>

Das Innsbrucker Rüstungskommando hatte jedenfalls auch in den folgenden Monaten alle Hände voll zu tun, um die Belieferung der Firma Welz mit den benötigten „KPS-Bändern“ sicherzustellen. Noch im Mai weigerte sich beispielsweise die Firma Bergmann, die benötigten 7.000 Stück Bänder monatlich nach Bregenz zu schicken, da man Welz keinen so hohen Kredit einräumen könne. Hauptmann Hofer reiste deshalb zusammen mit Major Weiß und Ing. Croce nach Bregenz, um die Probleme vor Ort mit dem Firmenchef Ing. Wilhelm Welz zu besprechen. Die von Bergmann geforderte Bankgarantie über 5.000,- Reichsmark konnte das Bregenzer Unternehmen nicht aufbringen. Es bat nun das Rüstungskommando, das Berliner Unternehmen „zu veranlassen, die Lieferungen für die Wehrmachtsfertigung auch ohne Bankgarantie oder Vorauszahlung vorzunehmen“<sup>69a</sup>.

Wie dieser Konflikt entschieden wurde, ist den vorliegenden Akten nicht zu entnehmen. Eine nennenswerten Expansion erreichte das in der Vorklostergasse 43/45 ansässige Unternehmen jedenfalls auch in den folgenden Jahren nicht. Die ab 15. Juli 1941 offiziell als Wehrwirtschaftsbetrieb geführte Firma produzierte Anfang 1944 auf einer Betriebsfläche von etwa 1.500 m<sup>2</sup> mit insgesamt 73 Beschäftigten.<sup>69</sup> Kurz vor Kriegsende hatte das Unternehmen dann 102 Beschäftigte, 46 davon Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene.<sup>70</sup>

Nach dem Krieg scheint die Produktion eine Zeitlang eingestellt gewesen zu sein, jedenfalls liegen für einige Monate keine Beschäftigtenzahlen vor. Ende 1949 arbeitete das Unternehmen mit – im Vergleich zur Kriegszeit – bescheidenen 21 Beschäftigten. Die Produktion war auf die Herstellung von Waffelbackmaschinen umgestellt worden.<sup>71</sup>

## Kleinere Betriebe

Viele Klein- und Mittelbetriebe des Landes, die vor 1938 zum Bereich "Gewerbe" gezählt wurden, schafften in der NS-Zeit den Schritt zum Industriebetrieb. Das gilt natürlich besonders für die bereits angeführten großen Rüstungsbetriebe des Landes: Alpenländische Metallwarenfabrik Gebrüder Amann in Nenzing, Maschinenfabrik Wilhelm Welz in Bregenz, Flugzeugbau Kittelberger in Höchst, Karl Doppelmayer in Hard, Konrad Doppelmayer in Wolfurt, Electricus-Volta und Elektra-Bregenz.

Es gab aber auch etliche kleine Firmen, denen es während des Krieges gelang, durch Spezialfertigungen für die Wehrmacht nicht nur ihre Existenz der Firma zu sichern, sondern vielfach sogar zu expandieren. Andere Kleinbetriebe hingegen hatten große Schwierigkeiten und mußten oft froh sein, für einen anderen Rüstungsproduzenten als Unterlieferant wirken zu können. Einige Klein- und Mittelbetriebe sollen nun – soweit es die Quellenlage zuläßt – kurz vorgestellt werden.

Die Maschinenbaufirma Hans Künz in Hard fertigte für das Rüstungskommando in Innsbruck hauptsächlich Materialeilbahnen und Laufkrane. Das Unternehmen wurde am 27. Mai 1940 zu einem Betrieb der "Bedarfsstelle II. Ordnung" ernannt und somit von der Handwerkskammer Innsbruck aus betreut. Das bedeutete, daß die Firma zwar kriegswichtige Aufträge durchführte, bei Anträgen auf Unabkömmlichkeitsstellung aber gegenüber reinen Wehrwirtschaftsbetrieben gewisse Nachteile hatte.<sup>72</sup>

Am 29. September 1941 erfolgte dann die Ernennung zum Wehrwirtschaftsbetrieb. Das Unternehmen beschäftigte am 21. Februar 1944 43 Personen auf 350 m<sup>2</sup> Betriebsfläche.<sup>73</sup>

Die Bludenzer Firma Hermann Köberl wurde erst 1940 gegründet und hatte sich damals auf die Rekonstruktion von Textilmaschinen spezialisiert. Das Unternehmen dürfte in der NS-Zeit durchschnittlich nur etwa fünf Personen beschäftigt haben. Es entwickelte sich erst nach dem Krieg, als es vor allem Öfen und Herde erzeugte, sehr rasch. 1949 waren in diesem Unternehmen bereits 61 Personen beschäftigt.<sup>74</sup>

Die Gründung der Bludenzer Uhrenfabrik Plangg & Pfluger geht zurück auf die Eröffnung einer Filiale des Schweizer Unternehmens Obrecht & Co. aus Grenchen im Jahre 1904. Aus eingeführten Bestandteilen wurden damals Uhren für den großen Markt der

k. u. k. Monarchie gefertigt. 1924 ging das Unternehmen dann auf die neuen Besitzer über, die mit der Fertigung einfacher Taschenuhren – "Roskopf-Uhren" – begannen, die meist in den Export nach Übersee gingen.<sup>75</sup> Die Firma Plangg & Pfluger hatte vor Kriegsbeginn täglich etwa 900 billige Exportuhren produziert, während des Krieges sank die Produktion auf ein Drittel. 1943 wurde das Unternehmen Unterlieferant für die Textilfirma Getzner, Mutter & Cie., die in die Munitionsfertigung eingestiegen war. Es wies noch im August 1943 freie Kapazitäten auf, stanzte und fräste Schrauben und Kleinteile.<sup>76</sup>

Die in Bregenz, Bergmannstraße 10, produzierende Firma Solhardt & Kiechel, die dem nationalsozialistischen Bregenzer Bürgermeister und seinem Kompagnon, Dipl. Ing. R. Kiechel, gehörte, war 1932 gegründet und am 20. Dezember 1941 zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärt worden.<sup>77</sup> Die Firma fertigte hauptsächlich im Auftrag der Luftwaffe mechanische Gleichrichter und war als Unterlieferant für die Michel-Werke in Augsburg, für die Rüscherwerke in Dornbirn, für das Bayrische Leichtmetallwerk in Lochau und für das Jenbacher Berg- und Hüttenwerk tätig. Gefertigt wurden Hochspannungsprüfgeräte, Transformatoren, Schwingungsprüfgeräte, Gleichrichter und Unterverteiler, daneben wurden Reparaturarbeiten verrichtet. Die Firma war auch für andere Wehrmachtsteile als Unterlieferant tätig – unter anderem fertigte sie für Konrad Doppelmayr in Wolfurt Gleichrichter und hatte für Engelbert Erne und Wilhelm Welz in Bregenz Wickelarbeiten übernommen. Im April 1943 waren 38 Personen – 32 Männer und sechs Frauen – beschäftigt, acht davon französische Kriegsgefangene und drei französische Zivilarbeiter. Die Arbeitszeit betrug 55 bzw. 60 Stunden in der Woche.<sup>78</sup> Bis zum folgenden Jahr entwickelte sich der Auftragsstand in den genannten Bereichen sehr gut. Die Firma war jetzt auch für das Rondo-Werk in Dornbirn, die Michel-Werke in Bregenz und die Firmen Kriehoff, Kufstein, und Pfeiffer, Kufstein, tätig. Die Belegschaft betrug bereits 48 Personen, davon 41 Männer. Von diesen waren zehn französische und vier italienische Zivilarbeiter.<sup>79</sup>

Das 1932 gegründete Unternehmen Alfred Alge war eine mechanische Werkstätte in Lustenau. Die Firma wurde bald in die Rüstungswirtschaft eingebunden und am 20. April 1940 zum Wehr-

wirtschaftsbetrieb erklärt. Als Liefergemeinschaft Alge beschäftigte der Betrieb Anfang 1944 30 Personen auf 288 m<sup>2</sup> Produktionsfläche.<sup>60</sup>

Kurz vor Kriegsbeginn – im Jahre 1939 – wurde das Rankweiler Unternehmen Arthur Bawarf gegründet und in einer früheren Schmiede eingerichtet. Die Firma stellte hauptsächlich Akkumulatoren für Kraftfahrzeuge her.<sup>61</sup>

In der Zeit der NS-Herrschaft erlangte die Hohenemser Firma Collini große wirtschaftliche Bedeutung. Im Jahr 1898 war Damian Collini mit seiner Familie aus dem italienischsprachigen Südtirol in Hohenems eingewandert und hatte sich in der Marktstraße als Scherenschleifer niedergelassen. Der ursprünglich noch mit einem Schleiferkarren von Ort zu Ort ziehende Handwerker bzw. seine Nachfolger modernisierten und investierten. 1908 legte sein ältester Sohn Johann mit einer Firmengründung den Grundstein des heutigen Unternehmens. Dessen Sohn Aurelio begann 1928 als erster in Österreich mit dem Verchromen von Besteck. In der Folge expandierte der Betrieb und beschäftigte bei Kriegsbeginn neben den sechs Familienangehörigen etwa 20 Arbeitskräfte. 1939 wurde das Unternehmen kurzfristig stillgelegt, erhielt aber bald Wehrmächtsaufträge. Der Betrieb war vor allem auf galvanische und chemische Metallveredelung spezialisiert und wurde im Jahre 1941 zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärt. Am 31. Jänner 1944 beschäftigte das Unternehmen 39 Personen, denen 600 m<sup>2</sup> Betriebsfläche zur Verfügung standen. Noch im selben Jahr stieg der Beschäftigtenstand auf etwa 80 Personen. Wie etliche andere Firmen des Landes hatte dieses Unternehmen die Möglichkeiten genützt und mußte die Produktion nach 1945 nicht mehr allzu stark einschränken – im Gegenteil.<sup>62</sup> Der eigentliche Aufstieg des Unternehmens begann erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Schon im Jahre 1949 beschäftigte die Firma 92 Personen.<sup>63</sup>

Die Bregenzer Kessel- und Kupferschmiede Engelbert Erne hatte vom Rüstungskommando nach Kriegsbeginn Dreharbeiten übertragen bekommen und fertigte zudem Wellen. Die Firma wurde bereits am 6. Juni 1940 zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärt und beschäftigte am 31. Jänner 1944 insgesamt 44 Personen.<sup>64</sup>

Nach einer Besichtigung durch einen Vertreter des Rüstungskommandos Innsbruck am 29. September 1944 erhielt die Gießerei Ernst Franke in Bregenz einen Auftrag für den Perlitguß der 10,5-cm-Sprenggranate 32. Das Unternehmen sollte demnach monatlich 5.000 Stück derartiger Granaten zum Gießen übernehmen.

Noch im Oktober sollte mit der Produktion begonnen werden. Ob es dazu kam, ist den Akten nicht zu entnehmen.<sup>85</sup>

Wirtschaftlich wichtiger als die kleine Gießerei in Bregenz wurde ein 1898 vom Schuhmacher Andreas Amann in der Hohenemser Marktstraße gegründetes Unternehmen, das schon in den Zwanzigerjahren sehr rasch expandierte. Als erster Schuhmacher Vorarlbergs verwendete Andreas Amann Maschinen und hatte mit Vorarlberg und Tirol ein für damalige Verhältnisse sehr großes Absatzgebiet. 1939 übernahm Anton Amann von seinem Vater das Unternehmen und ließ es im Handelsregister als "Schuhfabrik Sachs" eintragen. Für die nun einsetzende Großproduktion für die Wehrmacht waren die Räumlichkeiten zu klein, sodaß die Firma in der Schweizerstraße eine bereits längere Zeit leerstehende ehemalige Bleiche-Fabrik erwarb, die nach und nach ausgebaut wurde. Mit etwa 80 Fremdarbeitern aus Griechenland, Italien, Polen und der Ukraine wurde die Firma schließlich zu einem größeren Betrieb der Branche, der auch unmittelbar nach Kriegsende noch etwa 100 Arbeitskräfte beschäftigte.<sup>86</sup>

Die Bregenzer Maschinenbaufirma Hermann Marquard war mit nur vier Beschäftigten im Februar 1944 zwar sehr klein, scheint aber doch relativ wichtige Drehteile hergestellt zu haben. Das Unternehmen war jedenfalls am 29. September 1941 zum Wehrwirtschaftsbetrieb ernannt worden.<sup>87</sup>

Das Schwarzacher bzw. Wolfurter Unternehmen Ing. Josef Maurer wurde am 1. September 1941 zum Wehrwirtschaftsbetrieb ernannt und produzierte bis Kriegsende hauptsächlich Bananenstecker. Am 1. März 1944 waren in dieser Firma insgesamt zehn Personen beschäftigt.<sup>88</sup> Zumindest in der Schwarzacher Fertigungsstätte wurde auch für die Kriegsmarine gearbeitet. Das Kriegstagebuch des Wehrkreises XVIII hält am 11. April 1942 fest, daß es bei der Firma Josef Maurer in Schwarzach freie Kapazitäten gebe, da die laufenden Aufträge für die Kriegsmarinewerften in Kiel und Wilhelmshaven bald ausgeliefert würden.<sup>89</sup>

Die Verzinkerei Friedrich Zimmermann Nfg. in Dornbirn wurde 1881 als Spenglerei gegründet und nahm bereits 1895 die Verzinkung von Blechwaren auf. Noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg war das Unternehmen die einzige Feuerverzinkerei in Westösterreich. Gegen Ende der NS-Zeit beschäftigte das Dornbirner Unternehmen 23 Personen und wurde nach dem Krieg relativ rasch größer.<sup>90</sup>

Das 1825 gegründete Unternehmen Eugen Zuntobel O.H.G., Kesselschmiede und Maschinenfabrik in Dornbirn, expandierte während des Zweiten Weltkrieges und beschäftigte gegen Kriegsende etwa 45 Personen. Dieser Belegschaftsstand konnte in der Zeit nach dem Krieg sogar noch etwas erhöht werden. Das Unternehmen hatte zudem in Seekirchen in Salzburg einen Zweigbetrieb.<sup>9</sup>

## 10.2. Nach Vorarlberg verlegte Produktionsstätten

### Untertageverlagerung nach Hohenems, die "Glaukonit A.G."

Als französische Pinoniere nach der Befreiung Vorarlbergs den Eingang zu den gegen Kriegsende ausgebauten unterirdischen Produktionsstätten der Friedrichshafener Zahnradfabrik beziehungsweise der Glaukonit A.G. sprengten, zerstörten sie einen der letzten Träume der reichsdeutschen Rüstungspolitik: die vor Angriffen der alliierten Luftwaffe sichere, meist hochgeheime Waffenproduktion unter Tage. Bei der Firma Glaukonit A.G. handelt es sich eindeutig um die Zahnradfabrik, der Name dürfte ein reiner Phantasienamen sein, wie dies bei verlagerten Rüstungsbetrieben gegen Kriegsende häufig der Fall war. So wurde beispielsweise die zum selben Zeitpunkt wie in Hohenems gebaute Untertagefertigungsstätte in Überlingen – hierher kamen Teile der Dornierwerke, der Zahnradfabrik und der Maybachwerke – mit dem Decknamen "Magnesit" versehen. Da der Beschluß zum Ausbau der Kavernen in Hohenems und Überlingen gleichzeitig gefällt wurde, dürften die nach Mineralien benannten Decknamen "Magnesit" und "Glaukonit" gleichzeitig gewählt worden sein.<sup>1</sup>

Dem Bau der Kavernen der Glaukonit A.G. war ab 1943/44 eine Auseinandersetzung zwischen dem Luftwaffenbeauftragten des Wehrkreises XVIII, Hermann Rhomberg, und dem Rüstungskommando in Innsbruck vorausgegangen. Rhomberg hatte gegen Kriegsende nämlich versucht, den Ausbau dieser Fertigungsstätten zu verhindern. So hatte er in seinem Monatsbericht für den April 1944 festgehalten:

"Die durch Bombenschaden teilweise zerstörte Zahnradfabrik in Friedrichshafen will einen Teil ihrer Fertigung in einen Kalkstein-

bruch bei Hohenems verlagern. Eine persönliche Besichtigung der Höhle durch den Inspekteur Oberst v. Nicolai und seinen Mitarbeitern ergab, daß dieselbe für Fertigungszwecke völlig ungeeignet ist. Der Aufwand, der hier für einen Fertigungsbau notwendig wäre, steht in keinem Verhältnis zu der damit gewonnenen Nutzfläche. Außerdem können die Höhleneingänge von der Schweiz eingesehen werden, deren Grenze nur wenige Kilometer Luftlinie davon entfernt ist.“<sup>2</sup>

Damit war der Luftwaffenbeauftragte in offensichtlichem Widerspruch zum Rüstungskommando Innsbruck, das zur selben Zeit – am 21. April 1944 – klagte, daß die von ihm seit langem geforderte Verlagerung in die durchaus geeigneten „unterirdischen Räume“ nicht vorbereitet werde:

„Bisher wurde darüber jedoch weder verfügt noch der Ausbau vorangetrieben.“<sup>3</sup>

Auf die Ursachen dieser unterschiedlichen Einschätzung durch das Rüstungskommando in Innsbruck und Hermann Rhomberg ist an anderer Stelle genauer eingegangen worden. Es kann hier festgehalten werden, daß der Dornbirner Textilfabrikant gegen Kriegsende kein Interesse mehr daran haben konnte, daß noch mehr „bombengefährdete“ Rüstungsfirmen ins Land kamen. Denn die Alliierten wären dadurch veranlaßt worden, Vorarlberg verstärkt in den Luftkrieg einzubeziehen. Insbesondere die Zerstörung der Infrastruktur – Bahn, Brücken usw. – hätte natürlich auch der Textilindustrie geschadet.

Das Rüstungskommando Innsbruck konnte jedenfalls erst Ende Mai 1944 melden, daß es sich in dieser Frage durchgesetzt hatte, zumal das Ingenieur-Büro Schlempp in Hohenems bereits eine Bauleitung eingerichtet und am 25. Mai 1944 die Pläne für den Ausbruch des Stollens vorgelegt hatte. Das Innsbrucker Rüstungskommando hielt fest:

„Außerdem sollen die Höhlen bei Hohenems für Fertigungszwecke ausgebaut werden.“<sup>4</sup>

Warum die Signale plötzlich für den Ausbau der Stollenanlage freigegeben wurden, liegt auf der Hand: Am 28. April 1944 wurde Friedrichshafen von einem besonders schweren Luftangriff getroffen. Der ranghöchste Verantwortliche für die Rüstungsplanung in Berlin war damals nicht der erkrankte Rüstungsminister Albert Speer – er war auf Genesungsurlaub in Südtirol –, sondern Hauptdienstleiter Saur. Saur flog am nächsten Tag nach Friedrichshafen

und erstattete dann Hitler persönlich am 30. April 1944 Bericht. Über diese Besprechung heißt es in seinem Protokoll:

„Der Führer billigt die getroffene Entscheidung, daß die Werke Dornier und Z. F. (Zahnrad-Fabrik, HW) wegen der starken Zerstörung nicht mehr aufgebaut, sondern sofort zur Verlagerung kommen, und zwar soweit nicht die endgültige Unterbringung untertage sofort möglich ist, im Übergang in Form einer stark aufgelockerten Dezentralisation. Er erwartet, daß der befohlene unterirdische Bau in Überlingen und Hohenems sowie die übrigen Ausweichwerke mit aller Beschleunigung bezugsfertig hergerichtet werden.“<sup>5</sup>

Ende Juni 1944 hieß es im Vierteljahrs-Bericht des Rüstungskommandos Innsbruck bereits, der „besonders wichtige“ Ausbau der unterirdischen Fertigungsstätten beim Achenseetunnel in Tirol und bei Hohenems schreite zügig voran und sei „hier“ – im Vierteljahrsbericht – „noch einmal besonders hervorgehoben“. Dabei wurde wieder auf die Versäumnisse in den Vormonaten hingewiesen, was einer Schuldzuweisung an die verantwortlichen Stellen – vor allem an Hermann Rhomberg – gleichkam:

„Diese Arbeiten wurden mit aller Tatkraft unterstützt und vorangetrieben. Zu bedauern ist nur, daß von diesen Möglichkeiten nicht schon vor Monaten Gebrauch gemacht wurde, als die hiesige Dienststelle erstmalig auf diese unterirdischen Räume hingewiesen hat. Es wäre dadurch höchstwahrscheinlich möglich gewesen, besonders wichtige Fertigungsstätten rechtzeitig der feindlichen Luftfeinwirkung zu entziehen. Auch hinsichtlich der übrigen Verlegungen, besonders der großen Rüstungswerke wie der Dornier-Betriebe, der Zahnradfabrik Friedrichshafen und anderer ist zu sagen, daß sie leider erst in Gang kamen, nachdem diese großen Fertigungsstätten bereits schwer getroffen waren. Die schleppende Art, in der vorher im hiesigen Bereich die Erkundungen über Verlegungsmöglichkeiten geführt wurden, hat nach Ansicht des hiesigen Kommandos die entscheidende Verzögerung und den dadurch entstandenen Schaden mitzuverantworten.“<sup>6</sup>

Was in den folgenden Monaten im einzelnen passierte, ist auf Grund der Quellenlage nicht zu beantworten. Zur Aufnahme der Produktion in den Höhlen bei Hohenems ist es nach den vorliegenden Akten noch im November 1944 gekommen, nachdem Teile der Zahnradfabrik im Oktober 1944 von Friedrichshafen nach

Hohenems evakuiert worden waren. Die Produktionsstätte dürfte einige Bedeutung gehabt haben, zumal der amerikanische Geheimdienst den Hohenemser Steinbruch in eine Studie vom September 1945 über die unterirdischen Produktionsstätten in Deutschland und Österreich aufnahm, obwohl der Vollausbau bis Kriegsende nicht geschafft wurde.<sup>7</sup>

Die Baugruppe Schlempp war nicht nur mit der Planung, sondern auch mit der Durchführung der Baumaßnahmen beauftragt worden. Die unterirdische Produktionsstätte bestand schließlich aus zwei Höhlen. Die Halle A hatte eine Gesamtlänge von 63 m und eine Breite von etwa 15 m, womit eine Gesamtproduktionsfläche von ungefähr 900 m<sup>2</sup> zur Verfügung stand. Die größere Halle B war 64 m lang und etwa 18 m breit, die Fläche betrug 1.100 m<sup>2</sup>. Sie beherbergte sämtliche Maschinen. Im Mai 1944 war der "Maschinen-Aufstellungs-Plan" von der Firma Schlempp erstellt worden, der verschiedene Produktionsstraßen vorsah: Wellenstraße, Kontrolle Wellenstraße, Verzinkerei-Stoßerei, Abrunden, Bohrererei, Kontrolle Verzinkerei, Verzinkerei-Abwälzen, Fräseerei, Werkzeug-Ausgabe, Zeichnungsausgabe.

Viele dieser Anlagen dürften noch installiert und in Betrieb genommen worden sein. Die französische Besatzungsmacht war jedenfalls nach Kriegsende mit der Demontage von Maschinen aus den Hohenemser Kavernen beschäftigt, bevor diese Räume gesprengt wurden. Einzelne Vorarlberger Betriebe sollen "unter der Hand" mit demontierten Maschinen versorgt worden sein.<sup>8</sup> Die Zerstörung erfolgte im übrigen gegen den Willen der damaligen Vorarlberger Landesregierung unter Ulrich Ilg, welche die Kavernen als Kühl- und Lagerräume verwenden wollte. Bei der Sprengung der Anlage sackte der Boden unter der großen Last ab, sodaß der etwa 200 m entfernte Landgraben ein Stück weit zur Gänze zugeschoben wurde.<sup>9</sup>

### **Die Bayrischen Leichtmetallwerke, BLW, Lochau**

Im Arbeitsamt Bregenz fand am 18. April 1941 eine Besprechung zwischen Vertretern des Arbeitsamtes, des Rüstungskommandos Innsbruck und der Bayrischen Leichtmetallwerke (BLW), München, statt. Gegenstand der Verhandlungen: die geplante Ansiedlung der Firma in Lochau. Von der Firma Oberhänsl & Cie. hatten die

BLW bereits ein großes Grundstück samt Gebäuden gekauft. Die Firma erwarb auch ein benachbartes Grundstück von etwa 10.000 m<sup>2</sup>, um darauf eine Halle mit einer Fläche von 20 x 70 m Fläche zu errichten. Mit dem Neubau sollte noch im Mai begonnen werden, ab Herbst sollte das Gebäude eingerichtet sein und ab Frühjahr 1942 mit der Produktion begonnen werden.

Die 1908 gegründete Gießerei F. Oberhänkli & Cie. hatte vor allem Rohölmotoren nach eigenem Patent hergestellt und war im Besitz des Schweizer Staatsbürgers Friedrich Oberhänkli, der Vorarlberg im Juni 1942 verließ.<sup>9</sup>

Das zum Teil vom Reichsluftfahrtministerium finanzierte Unternehmen plante in Lochau die Erzeugung von Ventilen für Flugmotoren. Die Firmen BMW, Daimler, Junkers, Argus und Hirth sollten zu den Hauptabnehmern zählen. In Lochau waren die Ablängung und Tauchung des zu bearbeitenden Chromnickelstahls sowie Dreh- und Schleifarbeiten vorgesehen.

Für den Anlauf der Produktion verlangte die Firma vom Arbeitsamt 250 bis 300 Arbeitskräfte, 50 davon sollten Metallfacharbeiter sein, die größtenteils in München angelernt werden sollten. Während das Arbeitsamt diese Vorstellungen für durchaus erfüllbar hielt, befürchtete es in bezug auf die für den Neubau benötigten Bauarbeiter "besondere Schwierigkeiten". Auch die Unterbringung der Arbeiter werde – so der Vertreter des Arbeitsamtes, Dr. Dehoff – große Probleme bereiten. Die im Zuge der Südtiroler-Umsiedlung erstellten 1.050 Wohnungen in Bregenz, davon ca. 150 in Lochau, könnten hierzu herangezogen werden, wenn Reichsstathalter Franz Hofer dafür sei. Von Kreisleiter Dietrich wurde schon am nächsten Tag die notwendige Zustimmung zu diesem Plan erreicht.<sup>10</sup>

Bereits wenige Monate nach der Besprechung beim Arbeitsamt im Juni 1941 wurde planmäßig mit der Produktion begonnen.

Dennoch waren die zuständigen Stellen der Rüstungsinspektion Salzburg mit der Entwicklung des Unternehmens nicht zufrieden. Im Protokoll einer Arbeitsbesprechung vom 20. Mai 1942 wurde festgehalten, das Werk habe bei einer Inspektion "einen denkbar ungünstigen Eindruck" hinterlassen. Insbesondere das Arbeitstempo und die Bauten wurden bemängelt.<sup>11</sup>

Ende 1943 wurden monatlich bereits etwa 25.000 Daimler-Benz-Auslaßventile für verschiedene Abnehmer produziert. Das Werk arbeitete mit einer "Gesamtgefolgschaft" von 506 Personen in

zwei Schichten zu jeweils 55 Wochenstunden. Neben den 139 männlichen und 91 weiblichen "deutschen" Beschäftigten waren im Werk auch 193 ausländische Zivilarbeiter und 83 französische Kriegsgefangene tätig.<sup>13</sup> Anfang 1945 waren in Lochau bereits 577 Personen beschäftigt, 328 davon waren Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter oder KZ-Häftlinge.<sup>14</sup> In mehreren Quellen ist bezüglich der Leichtmetallwerke von einer "Gesamtgefolgschaft" in Lochau von knapp 5.000 Personen die Rede, nach den vorliegenden Unterlagen muß es sich dabei aber um einen Irrtum handeln.<sup>15</sup>

Die Kapazität des Unternehmens wurde gegen Kriegsende erweitert. Bereits im Jänner 1944 wurden monatlich 30.000 Daimler-Benz-Auslaßventile und zusätzlich weitere 5.000 BMW-Einlaßventile hergestellt. Abnehmer waren Daimler-Benz in Genshagen und in Stuttgart/Untertürkheim, Sleyr-Daimler-Puch in Graz, Henschel-Flugmotorenwerke in Kassel und das BMW-Werk in München. Die Ausweitung der Produktion war bei gleicher Arbeitszeit und gleicher Beschäftigungslage bei deutschen Arbeitskräften mit einer nur leicht gestiegenen Gesamtbeschäftigtenzahl von jetzt 528 "Gefolgschaftsmitgliedern" durchgeführt worden. Grund hierfür waren, wie auch anderswo, Rationalisierungsmaßnahmen. Das Werk klagte darüber, daß noch mindestens 25 Facharbeiter – Werkzeugmacher, Maschinenschlosser, Dreher und Maschineneinrichter – dringend benötigt würden.<sup>16</sup>

Das seit dem 9. Dezember 1941 als Wehrwirtschaftsbetrieb geführte Lochauer Unternehmen produzierte 1944 auf insgesamt ca. 18.000 m<sup>2</sup>.<sup>17</sup> Nach dem Krieg brach die Produktion völlig zusammen. Im Oktober 1945 waren von den ehemals 577 Beschäftigten gerade noch zehn angestellt. Bis Dezember 1949 kam es zu einer – verglichen mit der Kriegszeit – bescheidenen Steigerung auf 29 Personen.<sup>18</sup>

### **Dennerf & Pape, Bludenz**

Die 1863 in Hamburg-Allona gegründete Firma wurde im Jahr 1943 in Bludenz ansässig und am 20. Juli 1943 zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärt. Auf einer Betriebsfläche von rund 1.000 m<sup>2</sup> fertigte der Betrieb monatlich jeweils 500 Azimut- und Übungsrechner sowie 3.000 Dreiecksrechner – also ausschließlich Navigationsgeräte für die Luftwaffe.<sup>19</sup> Die Produktion scheint in den vorliegenden Akten

als sogenannte "Einzigstfertigung" auf und fand in Räumen der Schokoladefabrik Suchard statt. Die Firma Suchard war auch für die Beheizung und den Werklufschutz zuständig. Ende 1943 hatte die Firma 17 "Gefolgschaftsmitglieder", Anfang 1944 bereits 44.<sup>20</sup>

Im Juli 1944 betrug das Liefersoll 880 Höhenrechenschieber für verschiedene Stellen der Kriegsmarine, 2.500 und nochmals 9.000 Einstell Dosen für Winkelzielfernrohre sowie 10.000 Winkelfehlerrechenschieber für Heeresstellen. Belichtungstabellen, Azimut- und Übungsrechner, Dreieckrechner, Zeichenplatten und anderes mehr vervollständigten das Programm. Der Betrieb beschäftigte zu diesem Zeitpunkt 94 Personen, 20 männliche und 74 weibliche, die einschichtig je 56 bzw. 48 Wochenstunden arbeiteten.

### **Dornier-Werke, Bregenz und Dornbirn**

Auch die Firma Dornier in Friedrichshafen drängte nach Vorarlberg – schon vor der großen Verlagerungsaktion. Es handelt sich in diesem Fall um ein expandierendes Rüstungsunternehmen, das hier eine Zweigproduktion errichtete. Die Existenz dieses Zweigbetriebes erleichterte der Firma dann ab 1943 die Verlagerung weiterer Produktionsteile und der Konstruktionsabteilung nach Vorarlberg.

Um den Wünschen dieser Großfirma gerecht zu werden, bemühte die Wehrwirtschaftsstelle sogar Kreisleiter Plankensteiner persönlich, der neben den Gebäuden der ehemaligen Textildruckerei Jenny in Hard und der Schuhfabrik Krafft in Bregenz noch die Firma Max Wehinger – die ehemaligen "Rüsch-Werke" – in Dornbirn nannte.<sup>21</sup>

Bereits am 4. November 1939 meldete die Wehrwirtschaftsstelle Innsbruck an die vorgesetzte Wehrwirtschaftsinspektion XVIII in Salzburg:

"Die Fa. Dornierwerke, Friedrichshafen, hat die Gebäude der stillgelegten Schuhfabrik Krafft, Bregenz, angekauft. Mit der Fabrikationsvorbereitung soll in ca. 4 Wochen begonnen werden. Fa. Dornier bittet um Unterstützung, daß die z. Zl. in den fraglichen Gebäuden untergebrachte Fa. Gummiwerk Alemania (sic) anderwärts in Bregenz untergebracht wird."<sup>22</sup>

Einen Monat später konnte die Wehrwirtschaftsstelle in einem weiteren Bericht feststellen, daß sowohl der Gaubeauftragte und für

die Wirtschaft zuständige Dr. Bilgeri als auch der Bregenzer Bürgermeister Solhardt und Kreisleiter Plankensteiner sich "mit Nachdruck" für die Firma einsetzen.<sup>23</sup>

Die Probleme sollten schließlich zur Zufriedenheit – fast – aller Beteiligten gelöst werden. Die Firma Alemannia wurde auf Vermittlung des Bregenzer Bürgermeisters Carl Solhardt in den alten Gebäuden der Käsefabrik Alma untergebracht, sodaß die Baulichkeiten für die Dornierwerke Anfang Jänner frei wurden. Auch bezüglich des Kaufpreises kam eine schnelle Einigung zustande. Dr. Fröhlich, der Besitzer des Anwesens, war vor den Nazis geflüchtet und nach Australien ausgewandert. Sein Wiener Rechtsanwalt richtete gegen die mächtigen Dornierwerke nicht viel aus und mußte schließlich einem Kaufpreis von 290.000,- Reichsmark zustimmen. Von diesem Betrag wurde eine Hypothek von 212.000,- Reichsmark abgedeckt, der Rest von 78.000,- Reichsmark wurde als Entschädigung unter den im Gebäude befindlichen Mietern aufgeteilt, die per Jahresende aus dem Gebäude auszuziehen hatten. Die Federführung bei dieser Transaktion oblag übrigens dem für Arisierungen zuständigen Leiter der Vermögensverkehrsstelle Innsbruck, Ing. Duxneuner.<sup>24</sup>

Anfang 1941 beschäftigte die Firma Dornier in Bregenz 226 Personen.<sup>25</sup> Schon 1940 wurde auch in Dornbirn eine Produktionsstätte aufgebaut. Beide Wehrwirtschaftsbetriebe der Firma Dornier in Vorarlberg wurden vom Wehrmachtsteil Luftwaffe betreut. Der Betrieb in Dornbirn hatte per 31. März 1940 in Gebäuden der Textilfirma F. M. Hämmerle, mit der ein entsprechender Pachtvertrag abgeschlossen worden war, seine Tätigkeit aufgenommen. Produziert wurden Ruder und leichtere Flugzeugteile. Die "Gefolgschaft" von vorerst ca. 150 bis 200 Beschäftigten stammte nur zum Teil aus Vorarlberg, ein Stamm von 50 Fachkräften wurde aus dem Altreich, Werk Rickenbach bei Lindau, mitgebracht.<sup>26</sup>

Die weiteren Anforderungen von Arbeitskräften durch die Firma Dornier beim zuständigen Arbeitsamt Bregenz lassen darauf schließen, daß die in Dornbirn gefertigten Rüstungsgüter eine große Bedeutung hatten. Allein im Mai 1941 verlangte Dornier/Dornbirn beispielsweise weitere 90 Ingenieure und Techniker, nachdem zuvor offensichtlich wesentlich mehr beantragt worden waren. Außerdem sollten italienische Zivilarbeiter eingestellt werden, wie einem Aktenvermerk vom 26. Mai 1941 zu entnehmen ist.<sup>27</sup>

83 Techniker schließlich wurden der Firma bis August desselben Jahres vermittelt.<sup>26</sup>

Die Firma Getzner, Mutter & Cie. in Bludenz wurde mehrmals mit Unterlieferungsaufträgen von den Dornierwerken bedacht.<sup>27</sup> Spätestens ab Sommer 1941 traf das auch auf die Firmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg zu.<sup>30</sup>

Das Bregenzer Konstruktionsbüro der Firma war mit Entwicklungsarbeiten für die Do 24, Do 217 und Do 335 beschäftigt. Im Herbst 1943 wurde eine Forschungs- und Versuchsabteilung von Friedrichshafen nach Bregenz verlagert. Ein Teil der Friedrichshafener mechanischen Werkstätte der Entwicklungsabteilung arbeitete mit 22 Mann und einem dementsprechenden Maschinenpark ebenfalls in Bregenz. Der einschichtig 55 Stunden arbeitende Betrieb hatte im November 1943 eine "Gesamtgefolgschaft" von 436 Personen, davon waren 94 weiblich. Von den insgesamt 114 Ausländern waren 93 Franzosen, 6 Holländer 9 Ostarbeiterinnen, je ein Tscheche, Kroat und Schweizer sowie drei Staatenlose.<sup>31</sup>

Eine weitere Vergrößerung des Bregenzer Betriebes der Dornierwerke wurde durch die Erweiterung des Fertigungsprogrammes notwendig. Für die Do 335 brauchte man eine mechanische Werkstätte zum Drehen und Fräsen von Flugzeugkleinteilen. Hierfür waren vor allem die Kellerräume vorgesehen. Im Februar 1944 waren die Pläne soweit gediehen, daß an die Ausweitung der Produktion und die Erhöhung des Beschäftigtenstandes in Bregenz auf 700 gedacht werden konnte. Der Großteil davon wurde aus Friedrichshafen nach Bregenz dienstverpflichtet.<sup>32</sup>

Als im März bzw. April das Friedrichshafener Unternehmen fast völlig zerstört worden war, ordnete das RLM die Verlagerung des Stammwerkes "innerhalb kürzester Frist" an, wobei die Konstruktionsabteilung nach Bregenz verlegt wurde. Die Versuchsabteilung wurde in das Schloß nach Wasserburg, die Musterabteilung zur Firma Escher-Wyss nach Lindau-Reutlin verlagert.<sup>33</sup>

Bis zum Sommer 1944 erhöhte sich die Bedeutung des in der Reichsstraße 136 einquartierten Unternehmens beträchtlich. Für das mehrmals bombardierte Stammwerk Friedrichshafen wurden verstärkt Konstruktions- und Einzelteillfertigungen für die Do 335 in höchster Dringlichkeitsstufe gefertigt. Die "Gesamtgefolgschaft" betrug schon 837 Personen, 171 davon weiblich. Insgesamt waren im Werk 172 Ausländer beschäftigt. Zieherei und Nietmacherei

arbeiteten zweischichtig jeweils 69 Wochenstunden, die Konstruktionsabteilung einschichtig ebenfalls 69 Stunden.<sup>34</sup>

Das Dornbirner Werk, das im Betrieb Fischbach von F. M. Hämmerle untergebracht war, arbeitete zu dieser Zeit als Unterlieferant für das Dornierwerk Rickenbach bei Lindau. Hergestellt wurden Leitwerksteile für die Do 217 (Höhen- und Seitenruder, Flügelnasen). Für die Do 410 wurden Höhenflossen gefertigt. Von den Anfang 1944 insgesamt 136 Beschäftigten waren 56 männliche und 17 weibliche Deutsche, 37 Kriegsgefangene und 19 zivile Franzosen, je ein Belgier und Jugoslawe sowie 5 Ostarbeiterinnen.<sup>35</sup>

In den nächsten Monaten stellte das Dornbirner Werk um und fertigte hauptsächlich Landeklappen und Querruder für die Do 335 und Höhenflossen für die Me (Messerschmitt) 410.<sup>36</sup>

Schließlich hatten die Dornier-Werke Friedrichshafen in Dornbirn bei der Firma Franz M. Rhomberg eine weitere, insgesamt 950 m<sup>2</sup> Betriebsfläche umfassende Produktionsstätte zur Verfügung. Sie war im Juni bzw. Juli 1943 vor allem für die Fertigung von Leitwerkteilen von Friedrichshafen nach Dornbirn verlagert worden.<sup>37</sup>

Nach dem Krieg wurden die großen Produktionsstätten des deutschen Rüstungsunternehmens in Vorarlberg gänzlich aufgelassen.<sup>38</sup>

### **Elektron G.m.b.H., Thüringen**

Dieser Betrieb war ein Tochterunternehmen der Elektron G.m.b.H. in Stuttgart/Bad Cannstadt, für die es ausschließlich arbeitete. Am 13. August 1943 sprach das Unternehmen beim Arbeitsamt Bregenz vor und erklärte, es wolle in möglichst kurzer Zeit nach Thüringen verlagern. Dort stünden Räume der ehemaligen Wollgarnspinnerei Ing. Kastner zur Verfügung, da die geplante Verlagerung der Fa. Mahle nach Thüringen wegen technischer Probleme nicht geklappt hatte. Vom Rüstungskommando und der Rüstungsinspektion wurde dieser Plan gebilligt und sofort in Angriff genommen, zumal das Unternehmen 80 bis 100 Arbeitskräfte aus Stuttgart mitbringen wollte.<sup>39</sup>

Die Verlagerung wurde rasch durchgeführt, und das Unternehmen begann umgehend mit der Produktion. Im Jänner 1944 beispielsweise langten schon Aufträge über 10.900 Flugzeugbremsräder, 8.600 Bremsen und 14.000 Kolben für Fußpumpen ein.

Von den damals insgesamt 190 Arbeitskräften waren 70 ausländische Zivilarbeiter – Franzosen, Belgier, Griechen und Ostarbeiter – und 50 "Deutsche", von den restlichen 70 weiblichen Arbeitskräften waren nur zwei Ausländerinnen. Der Betrieb arbeitete einschichtig 62 Wochenstunden, nur ein kleiner Teil zweischichtig.<sup>40</sup>

Bis zum Frühsommer 1944 liefen weitere Bestellungen ein, sodaß elliche Zubauten notwendig und neue Arbeitskräfte eingestellt wurden. Insgesamt lag das Liefersoll im Juli bei 50.200 Flugzeugbremsrädern, 29.500 Bremsen und 20.000 Kolben für Fußpumpen. Der Betrieb beschäftigte damals in zwei Schichten bereits 204 Arbeitskräfte, darunter 75 männliche und fünf weibliche Ausländer. Die Arbeitszeit betrug für Männer in beiden Schichten 69 Stunden, für Frauen 59 Stunden in der Tag- und 53 Stunden in der Nachtschicht. Die Firma ersuchte im Sommer 1944 das Rüstungskommando Innsbruck, Teile der Produktion in die Kellerräume der Brauerei Fohrenburg verlegen zu können, wo auf 600 m<sup>2</sup> Fläche der Wein einer Innsbrucker Handelsfirma lagerte. Das Rüstungskommando veranlaßte daraufhin die Räumung des Kellers, und die Elektron G.m.b.H. bearbeitete darin mit etwa 50 Werkzeugmaschinen Flugmotorenkolben.<sup>41</sup>

Insgesamt beschäftigte der Rüstungskonzern Elektron im August 1943 in seinen drei Produktionsstätten in Cannstadt bei Stuttgart, in Berlin-Spandau und in Wien etwa 3.000 "Gefolgschaftsmitglieder".<sup>42</sup>

### **Graetz A.G., Bregenz**

Anfang 1944 entschloß sich auch die Firma Graetz A.G., in Vorarlberg einen Verlagerungsbetrieb zu eröffnen. In Räumlichkeiten der Textilfirma Schoeller in Bregenz begann man mit dem Aufbau. Bereits im Mai 1944, so meldete das Rüstungskommando Mitte April, könne mit der Fertigung in Bregenz angefangen werden. Die Firma Graetz Bregenz wurde aus Spionageabwehrgründen unter der Bezeichnung "Wollgarnspinnerei Schöller, Betrieb B" geführt, hatte aber in Wirklichkeit mit der Textilfirma nichts zu tun.<sup>43</sup>

In den Räumlichkeiten der Spinnerei wurde mit etwa 100 Personen und ebenso vielen Maschinen am 5. Mai 1944 mit der Fertigung begonnen. Weitere Arbeitskräfte wurden zwar schon drin-

gend erwartet, konnten aber erst allmählich nach der Bereitstellung entsprechender Unterkünfte vom Arbeitsamt der Firma vermittelt werden.<sup>44</sup> Bis Kriegsende scheint sich das Unternehmen stark entwickelt zu haben, denn am 1. Jänner 1945 beschäftigte die Firma insgesamt 771 Personen, etwa 250 davon dürften Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene gewesen sein.<sup>45</sup>

Ausgelegt war die Produktionsstätte der Graetz A.G. in Bregenz für etwa 1.000 Beschäftigte. Der Luftwaffenbeauftragte Hermann Rhombert jedenfalls hielt in seinem Monatsbericht für den April 1944 zu dieser Firma:

„Die Verlagerung der Fa. Graetz A.G., Berlin, in die Räume der Kammgarnspinnerei Schoeller in Bregenz ist in vollem Gang. Eine größere Anzahl von Maschinen sind (sic) bereits aufgestellt; auch eine Anzahl von Neuadaptierungen der Betriebsräume sind (sic) bereits durchgeführt. Die Aufstellung der Baracken für 1.000 Gefolgschaftsmitglieder dürften (sic) in der nächsten Zeit beendet sein.“<sup>46</sup>

Interessant ist die Tatsache, daß dieser Verlagerungsbetrieb auch nach Kriegsende weiterproduzierte: Im Oktober 1945 beschäftigte das Unternehmen 34, Ende 1949 63 Arbeitnehmer.<sup>47</sup>

### **Carl Haas, Rankweil**

Als Zweigwerk des Hauptbetriebes in Sproemberg produzierte in Rankweil die Firma Carl Haas hauptsächlich Aluminiumspiralen für die Aufschlagzünder AZ 47 und AZ 48. Monatlich belief sich die Produktion auf durchschnittlich etwa 7 Millionen solcher Spiralen. Die Vergabe an Heimarbeiter im Raume Rankweil war wegen der vielen Ausschußware gescheitert. Die aus Sproemberg bezogenen Aluminiumbänder wurden nach der Verarbeitung an die Wieland-Werke in Ulm und an die Metallwerke Schwarzwald in Villingen geliefert.

Der relativ kleine Betrieb hatte eine „Gesamtgefolgschaft“ von 35 weiblichen und einem männlichen Mitglied.<sup>48</sup>

## Kürbi & Niggeloh, Rankweil

Die Rankweiler Produktionsstätte der 1909 in Radevormwald im Rheinland gegründeten Fabrik "Kürbi & Niggeloh" wurde am 2. September 1943 offiziell zum Wehrwirtschaftsbetrieb ernannt.<sup>49</sup>

Die Verlagerung des reichsdeutschen Unternehmens war im Juni desselben Jahres bewilligt und durchgeführt worden. Die hauptsächlich Geschosse und Zünder für die Luftwaffe fertigende Firma hatte im Stickereibetrieb von German Rauch insgesamt 1.600 m<sup>2</sup> Produktionsfläche zur Verfügung.<sup>50</sup> Neben dieser Produktionsstätte standen Kürbi & Niggeloh in Rankweil auch einige andere kleinere Betriebe zur Verfügung. Die Verlagerung war notwendig geworden, weil das Hauptwerk in Radevormwald völlig zerstört worden war.<sup>51</sup>

Kurz nach der Eröffnung besuchte Hauptmann Kiechel vom Rüstungskommando Innsbruck die Firma und vermerkte in seinem Bericht, daß die Firma einen außerordentlich guten Auftragsstand habe. Vom RLM lagen an direkten und indirekten Aufträgen vor: 125.000 Aufschlagzünder AZ 47, die monatliche Fertigung von 17.000 Geschobhüllen für 3 cm Sprenggranaten und 8.000 Übungsgeschossen 3 cm. Diese Aufträge sollten mit einer Gesamtbelegschaft von 131 Personen, davon 78 Frauen, erledigt werden. Insgesamt waren im Betrieb 15 Ausländer verschiedener Nationalitäten beschäftigt. Gearbeitet wurde in zwei Schichten zu je 55 1/4 Stunden. Teile der Belegschaft sollten im Gasthaus "Hirschen" untergebracht werden, als Werkküche diente das Gasthaus "Sonne". Für die angeforderten KHD-(Kriegshilfsdienst-)Maiden war an den Bau einer Baracke gedacht. Ansonsten – so das Rüstungskommando – könne eine Zuweisung von "KHD-Maiden" nicht erfolgen.<sup>52</sup>

In den folgenden Monaten weitete sich der Auftragsstand der Firma aus. Das Unternehmen hatte beispielsweise im Juli 1944 an monatlich abzuliefernden Aufträgen nach wie vor 125.000 Aufschlagzünder AZ 47, aber bereits insgesamt 75.000 Geschobhüllen und 30.000 Bodenstücke zu fertigen. Das alles bei einer nur relativ leicht auf 152 Personen gestiegenen Belegschaft, davon 92 Frauen. Insgesamt arbeiteten im Werk 20 ausländische Zivilarbeiter/innen. Die wöchentliche Arbeitszeit war für einen Teil der Belegschaft auf 57 Stunden erhöht worden.<sup>53</sup>

Die Firma scheint mit den Bedingungen in Vorarlberg zufrieden

gewesen zu sein. Sie animierte jedenfalls die eng mit ihr zusammenarbeitende Firma Broeckelmann, Jäger & Husse, sich in Vorarlberg eine Produktionsstätte zu suchen, was dann aber nicht mehr gelang.<sup>54</sup>

Der Rankweiler Betrieb Kürbi & Niggeloh expandierte auf seinen 1.209 m<sup>2</sup> Betriebsfläche recht schnell.<sup>55</sup> Gegen Kriegsende beschäftigte das Unternehmen 228 Personen, 49 davon waren Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene. Mit Kriegsende wurde die Produktion aber völlig eingestellt.<sup>56</sup>

### **Michel-Werke, Bregenz**

Ab 1941 bemühte sich das Augsburger Elektrounternehmen Michel-Werke um einen Zweigbetrieb in Vorarlberg. Es ging in diesem Fall um die Errichtung eines Zweigbetriebes, der dann die Basis für weitere Verlagerungen der Produktion bildete. Ein Anruf beim Rüstungskommando Innsbruck, Abteilung Luftwaffe, am 15. März 1941 genügte, um schon drei Tage später den stillliegenden Betrieb der ehemaligen Textildruckerei S. Jenny in Hard inspizieren zu können.

Im Beisein von Bürgermeister Rudolf Gunz verlief die Besichtigung nicht zur Zufriedenheit der Firma, die in Vorarlberg eine Produktionsstätte für elektrotechnische Kleingeräte mit 400 bis 500 Beschäftigten errichten wollte. Das Arbeitsamt Bregenz gab zu bedenken, daß angesichts der Wohnungssituation die Dienstverpflichtung einer derart großen Zahl von Beschäftigten sehr schwierig sei. Prinzipiell aber sei "die Gestellung der verlangten Arbeitskräfte unter gewissen Voraussetzungen und Vorbehalten ... möglich."<sup>57</sup> Nur gegen die vorgesehenen extrem niedrigen Stundenlöhne nahm das Arbeitsamt – sehr vorsichtig – Stellung. 40 Pfennig für weibliche und 60 Pfennig für männliche Arbeitskräfte lagen auch im Textilland Vorarlberg weit unter dem Durchschnitt.<sup>58</sup>

Die Produktion von Reihensteckern wurde schließlich doch nicht in Hard, sondern in mehreren Räumen eines Gebäudes in der Arlbergstraße 117 in Bregenz aufgenommen. Dieses Gebäude beherbergte zu diesem Zeitpunkt den Schweizer Strickerei-Betrieb Alpina, der im Besitz der Familie Ruegger war. Diese Firma erhielt über Veranlassung des Rüstungsinspektors, Oberst von

Nostitz, einen Stilllegungsbescheid bis 30. Juni 1941. Das Kriegstagebuch vermerkte:

„Der Rüstungs) Kdr.(Kommandeur) empfiehlt den Betriebsführern dieser stillzulegenden Strickerei, sich wegen der Vermietung der restlichen Räume mit der Fa. Michel zu einigen, widrigenfalls das Wehrleistungsgesetz zur Anwendung kommen müßte. Die Brüder Ruegger baten sich Bedenkzeit aus.“<sup>59</sup>

Nach Rücksprache mit ihrem Vater in der Schweiz erklärten sie sich schließlich mit der freiwilligen Räumung nicht einverstanden und beauftragten einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung ihrer Interessen.<sup>60</sup>

Der Status quo war für die Familie Ruegger allerdings ebenfalls unbefriedigend, denn sie hatte die Liegenschaft insgesamt um etwa 70.000,- Reichsmark erworben und mußte sich jetzt mit einer Monatsmiete der Michel-Werke von ganzen 650,- Reichsmark zufrieden geben. Dabei war die zugehörige und jetzt nicht nutzbare Fläche so groß, daß die Firma Michel-Werke nach dem Erwerb nicht nur mit dem Neubau von Produktionsstätten spekulierte, sondern auch 60 bis 80 Werkwohnungen errichten wollte. Das versicherte sie jedenfalls dem zuständigen Rüstungskommando in Innsbruck.<sup>61</sup>

Trotz aller Widerstände begann die Produktion der Augsburger Firma im Bregenzer Werk umgehend. Anfang Juni 1941 hatte der Betrieb bereits eine Belegschaft von 136 Arbeitskräften, innerhalb einer Woche wurden weitere 35 eingestellt.<sup>62</sup> Somit beschäftigte das Unternehmen Ende Juni 30 männliche und 141 weibliche Arbeitskräfte. Doch diese Arbeitskräfte fehlten andernorts, und andere Unternehmen verstärkten den Widerstand gegen den Zweigbetrieb der Michel-Werke:

„In einigen Betrieben der Vorarlberger Textilindustrie, denen Arbeiterinnen zu Gunsten Michel abgezogen wurden, macht sich eine gewisse Animosität gegen Michel bemerkbar, der als unerwünschter Eindringling empfunden wird.“<sup>63</sup>

Am 4. Juli 1941 sprachen deshalb der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Feldkirch beim Rüstungskommandeur vor. „Als Folge“ dieser Vorsprache, so meldet das Kriegstagebuch, „wird der Firma Michel anlässlich eines Besuches mitgeteilt, daß mit einer Ausweitung des Bregenzer Zweigwerkes über eine Gefolgschaft von 400 Arbeitskräften hinaus nicht gerechnet werden kann.“<sup>64</sup>

Die lokalen Wirtschaftsgrößen hatten sich gegen den reichsdeutschen Konkurrenten immerhin teilweise durchgesetzt.

Dabei wären bei unbürokratischer Handhabung die Arbeitsmarktprobleme eventuell lösbar gewesen. Denn zu diesem Zeitpunkt wären die schweizerischen Behörden bereit gewesen, Arbeitskräfte nach Vorarlberg zu vermitteln – neutralitätspolitisch sicherlich ein gewagtes Vorhaben. Die vom Arbeitsamt St. Gallen vermittelten und in Vorarlberg dringend benötigten etwa hundert – wie es im Schreiben wörtlich heißt – „erstklassigen Metallfacharbeiter“ konnten aber aufgrund der Auflagen der für die Abwehr zuständigen „Abnahmestelle Salzburg“ ihren Dienst bei den Michel-Werken in Vorarlberg nicht antreten. Die Arbeiter hätten nämlich vor dem Grenzübertritt sicherheitsmäßig überprüft werden müssen, was aber soviel Zeit in Anspruch genommen hätte, daß die Schweizer dankend verzichteten und die Leute in andere Kantone vermittelten.

Nachdem dieser Sachverhalt den zuständigen Stellen bekanntgeworden war, erklärten sie sich mit einer Überprüfung der Facharbeiter nach dem Grenzübertritt in jenen Fällen einverstanden, in denen diese nicht im Grenzbezirk oder gar als Grenzgänger eingesetzt würden. Eine eher unrealistische Auflage. Aus den Akten kann jedenfalls auf keine Verpflichtung eines Schweizers geschlossen werden.<sup>65</sup>

Die offiziell am 25. April 1941 zum W-Betrieb erklärte Firma verlagerte schließlich nicht nur die Reihensteckerfertigung, sondern auch „Teile der Geheimfertigung von Augsburg nach Bregenz“, wie es im Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Innsbruck heißt.<sup>66</sup>

Bei einer Inspektion durch das Rüstungskommando Innsbruck am 16. Juli 1943 wurde festgestellt, daß die insgesamt 373 „Gefolgschaftsmitglieder“ monatlich zwischen 140.000 und 160.000 Reihenstecker herstellten und etwa 3.000 Verzögerungsschalter. Die 44 männlichen Beschäftigten arbeiteten dabei 60 Stunden wöchentlich, die weiblichen 54 Stunden. Da es sich um eine „technisch junge Fertigung“ handle, seien „Fortschritte“ durchaus noch möglich:

„In der Fertigung Einsparung von Arbeitskräften durch Rationalisierung noch möglich.“<sup>67</sup>

Das war dann auch der Fall. Innerhalb weniger Monate wurde bis Anfang 1944 der Ausstoß an Reihensteckern auf 300.000 Stück pro

Monat verdoppelt, gleichzeitig fiel die Produktion von Verzögerungsschaltern auf etwa 2.000 Stück pro Monat. Das alles bei einer Belegschaft von nun insgesamt 418 "Gefolgschaftsmitgliedern", 84 männlichen und 334 weiblichen, und gleichgebliebener Arbeitszeit auf einer Betriebsfläche von 2.241 m<sup>2</sup>.<sup>68</sup>

1944 weitete sich die Produktion in Bregenz nochmals aus. Der Betrieb wurde in das Fliegerbordwaffenprogramm eingebunden und hatte monatlich 3.000 bis 6.000 Geräte zu bearbeiten. Auch elektrische Durchladeschaltgeräte für andere Waffenbauprogramme mußten hergestellt werden. Dies bei einer nur geringfügig auf 431 Personen gestiegenen Belegschaft. Die generelle Arbeitszeit betrug bereits 60 Wochenstunden, in Einzelfällen mußten Arbeiter sogar 72 Stunden wöchentlich arbeiten.

Damit aber konnte die Firma das Auftrags Soll nicht erfüllen. Im Juni 1944 forderte sie daher vom Arbeitsamt Bregenz weitere 155 Arbeitskräfte an, 110 weibliche und 55 männliche. Erneute Rationalisierungsmaßnahmen im Betrieb seien nicht mehr möglich, berichtete das Rüstungskommando Innsbruck am 5. Juli 1944 nach einer Inspektion vor Ort.<sup>69</sup> Gegen Kriegsende beschäftigten die Michel-Werke 552 Personen, etwa hundert davon dürften Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene gewesen sein.<sup>70</sup>

Der Grund für die Expansion der Michelwerke in Bregenz war eindeutig: Augsburg wurde von den Alliierten immer wieder bombardiert, und tatsächlich wurde eine Werkshalle bei einem Bombenangriff Anfang 1944 völlig zerstört. Immer mehr Bereiche des Unternehmens wurden nach Bregenz verlagert. Schließlich versuchte die Firma, in Vorarlberg auch Unterlieferanten zu gewinnen, was angesichts der vielen nicht voll beschäftigten Textilfirmen kein großes Problem war. Der Luftwaffenbeauftragte Hermann Rhomberg hält in seinem Monatsbericht für den April 1944 zu den Michel-Werken fest:

"Diese Werk hat seinerseits die beiden Textilfirmen Karl Benger Söhne in Bregenz und die Trikotagenfabrik Wolff in Hard a. B. in ihr Fertigungsprogramm eingeschaltet."<sup>71</sup>

Schon im Winter 1943/44 war auf einer Fläche von 35 x 12 m mit einem ebenerdigen Neubau begonnen worden, der im März 1944 bezugsfertig war. Doch die Probleme, die durch die Expansion der Michel-Werke in Vorarlberg entstanden waren, dürften sich kriegsbedingt – so muß aufgrund der Akten geschlossen werden – von selbst gelöst haben. Denn die Zulieferer der Firma aus dem Rhein-

land und aus Augsburg hatten immer stärker unter den Bombardierungen durch die Alliierten zu leiden und konnten die zu bearbeitende Ware nicht mehr im gewünschten Ausmaß anliefern. Die geplante Expansion für den Winter 1944/45 dürfte somit ausgeblieben sein.<sup>72</sup>

In stark verringertem Umfang lief auch nach dem Kriege ein Teil der Produktion des Augsburger Konzerns in Bregenz weiter. Noch Ende 1949 wurden hier 46 Arbeitskräfte beschäftigt.<sup>73</sup>

### **Rondo-Werk O.H.G., Dornbirn**

Das Rondo-Werk in Schwelm fertigte hauptsächlich Tiefensteuer und Zündpistolen für Lufttorpedos. Da es sich um eine überaus wichtige Fertigung handelte, wurden Teile des Betriebes im Frühling 1943 in das Werk Mittebrunnen der Firma F. M. Hämmerle nach Dornbirn verlagert, wo insgesamt eine Betriebsfläche von 1.873 m<sup>2</sup> zur Verfügung stand.<sup>74</sup>

Am 10. Mai 1943 vermerkte das Kriegstagebuch, daß die Produktion in Dornbirn mit 60 Arbeitskräften angelaufen sei. Das monatlich zu erledigende Auftrags Soll des Unternehmens sei die Fertigung von je tausend sogenannten "Pistolen" und "Tiefenapparaten" für Lufttorpedos.<sup>75</sup> Im September 1943 meldete der Luftwaffenbeauftragte Hermann Rhomberg, daß die Produktion von Pistolenköpfen und Tiefenapparaten serienmäßig begonnen habe, zusätzlich sollten künftig auch Steuermaschinen gefertigt werden, wozu aber weitere Arbeitskräfte benötigt würden. Rhomberg meint schließlich:

"Dieses Werk hat in jeder Beziehung den gestellten Erwartungen entsprochen."<sup>76</sup>

Im Oktober 1943 beschäftigte das Dornbirner Rondo-Werk bereits insgesamt 184 Personen – darunter 46 Frauen –, die in Doppelschicht arbeiteten. In der Firma waren 56 französische und belgische Zivilarbeiter sowie sieben italienische Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz.

Das Unternehmen war hauptsächlich mit Entwicklungsaufträgen für das Reichsluftfahrtministerium und der Fertigung für die "Gesellschaft für Luftfahrtbedarf" beschäftigt. Monatlich wurden dabei 600 bis 1.000 Tiefenapparate, 800 bis 1.200 "Pistolen zum Gerät 36" und Steuermaschinen fabriziert. Unteraufträge hatte die

Firma von Fieseler, Hentschel und Focke-Wulff (MG-Lager). Hauptmann Kiechel vermerkte in einem Bericht, daß die neu nach Dornbirn verlagerte Firma noch große Rationalisierungsmöglichkeiten habe.<sup>77</sup>

Die folgende Ausweitung der Produktion in Vorarlberg erklärt sich durch die Tatsache, daß der aus dem Altreich stammende Betrieb bereits ab Juni 1943 bestrebt war, die gesamte Produktion aus Schwelm abzuziehen und nach Vorarlberg zu verlagern. Hierfür wurden in Lustenau die Räume der Textilfirma Friedrich Scheffknecht und einiger anderer kleinerer Firmen angemietet. Das Rüstungskommando Innsbruck unterstützte diese Pläne.<sup>78</sup>

Sieht man sich die Auftragslage ein Jahr später an, so scheint es, daß die Rationalisierungsmaßnahmen voll gegriffen haben. Die Firma hatte eine Reihe sogenannter "Serienaufträge" erhalten: 8.200 Tiefenapparate, 2.000 Pi F 5 s (Zündkopf oder Pistole), 3.000 Pi 5 s el, 2.100 Pi 45, 1.600 Pi 45, 2.000 Steuermaschinen und 2.450 weitere Steuermaschinen. Daneben hatte die Firma eine Reihe von Entwicklungsaufträgen und Aufträgen zur Weiterentwicklung – vor allem der Pendelschlagpistole Pi 42 S. Auch 5.000 Tiefenapparate sollten umgebaut werden. Von der Luftwaffe lagen an indirekten Aufträgen vor: 500 MG-Lager, 1.000 Rudermaschinen monatlich, 500 Höhenregler und 500 Steuerfüße.

Für diese Aufträge stand der Firma eine Gesamtbelegschaft von 201 Personen, davon 76 Frauen, zur Verfügung. Insgesamt waren in der Firma sieben kriegsgefangene Italiener sowie acht italienische, 34 französische, je zwei belgische, griechische, polnische Zivilarbeiter und 36 Ostarbeiter beschäftigt – zusammen 91. Die Firma arbeitete in zwei Schichten zu je 60 Wochenstunden. Mit dieser Belegschaft konnte die Firma aber das Liefersoll nicht erfüllen und verlangte dringend weitere Arbeiter. Nun vermerkte Hauptmann Kiechel in seinem Bericht unter der Rubrik "Wünsche der Firma":

"Es wird darauf hingewiesen, daß Arbeitskräfte für die Südtirolersiedlungen und für den Bau von Schießständen vorhanden sind, für die Rüstungsindustrie aber nicht."<sup>79</sup>

Bis Kriegsende wurde die Produktion des Rondo-Werkes offensichtlich weiter ausgebaut. Die letzten verfügbaren Zahlen weisen eine Belegschaft von 237 Personen aus, 97 davon waren ausländische Arbeitskräfte oder Kriegsgefangene. Mit Kriegsende brach die Produktion dieser Firma in Vorarlberg völlig ab.<sup>80</sup>

## **Seccowerk, G.m.b.H., Dornbirn und Lustenau**

Die Wiener Seccowerk G.m.b.H., Gesellschaft für Präzisionstechnik, verlagerte gegen Kriegsende einen Teil ihrer Fertigung nach Dornbirn und Lustenau. Die Firma war ein Spezialbetrieb für die Herstellung von Lehren (Schiebe- und Rachenlehren besonderer Konstruktion). Das Unternehmen blieb auch nach 1945 im Land und stellte in Bregenz Autoscheinwerfer her. Der Betrieb fiel durch Neuentwicklungen immer wieder auf und hatte beispielsweise ein Ultraschallgerät für medizinische und technische Zwecke und einen Geigerzähler zur Messung radioaktiver Strahlung erzeugt. Produktionsausmaß und Beschäftigtenzahlen der beiden Vorarlberger Betriebe des Seccowerkes ließen sich leider nicht feststellen.<sup>81</sup>

## **Gebrüder Sievers, Hard**

Im Jahre 1943 übernahm das Wuppertaler Unternehmen Gebrüder Sievers etwa 3.000 m<sup>2</sup> der alten Textilfabrik Jenny in Hard, wo allerdings bis zum Anlaufen der Produktionen dringende Renovierungsarbeiten zu erledigen waren. Teilweise mußten neue Fenster eingesetzt werden, auch der Boden wurde erneuert. Das Unternehmen brachte vom Stammwerk in Wuppertal 80 Arbeitskräfte mit nach Hard. Zusätzlich wurden für bombengeschädigte Familien 35 Kleinwohnungen im Raum Hard benötigt.

Die Firma stellte Vorrichtungen für die Fertigung von Panzern her – "Panther" und "Tiger" – und war zum Teil auch für die Luftwaffe tätig.<sup>82</sup> Gegen Kriegsende beschäftigte das Unternehmen in Hard 227 Personen, der Großteil von ihnen waren ausländische Zwangsarbeiter. Kurz nach Kriegsende waren noch 12 Arbeitskräfte in Hard beschäftigt worden, dann brach die Produktion ab.<sup>83</sup>

## **C. A. Steinheil Söhne, Lustenau**

Schon bald nach Kriegsbeginn eröffnete das Münchner Unternehmen C. A. Steinheil Söhne G.m.b.H., Optische Werke, in Vorarlberg einen Zweigbetrieb und beschäftigte im Dezember 1939 in Lustenau 96 "Gefolgschaftsmitglieder". Weitere 20 sollten eingestellt

werden.<sup>84</sup> Ab dem 7. September 1939 war dieser Betrieb in Lustenau offizieller "W-Betrieb", wurde somit von der Wehrwirtschaftsstelle in Innsbruck betreut.<sup>85</sup> Wie auch bei anderen Firmen – Dornier, Michel – bildete die Errichtung des Zweigbetriebes die Basis für Verlagerungen während des Krieges.

"Die Anforderungen der Firma", so vermerkte die Wehrwirtschaftsstelle am 12. September 1939, müßten "mit besonderem Vorrang erledigt werden", was insbesondere auch dem Arbeitsamt Bregenz mitgeteilt wurde. Dabei kam es aber zu Schwierigkeiten, da die Zuständigkeiten oft unklar waren. Das Stammwerk in München lag nämlich im Zuständigkeitsbereich des Wehrkreises VII, während Tirol und Vorarlberg zum Wehrkreis XVIII gehörten. Das Werk Lustenau galt als Betriebsteil des Münchner Werkes, wohin auch die gesamte Korrespondenz ging. In Vorarlberg wurden nur Geräteteile hergestellt, was auch aus Abwehrgründen notwendig sei. So ist beispielsweise nicht einmal aus dem Schriftwechsel der zuständigen Stellen genau zu erschließen, was in Lustenau wirklich hergestellt wurde. Die Rede ist jeweils nur von "Geheimgerät". Diese "Geheimgeräte" waren – wie anderen Quellen zu entnehmen ist – Bombenabwurfvorrichtungen für Flugzeuge.<sup>86</sup>

Aufgrund der Grenznähe galten besondere Vorsichtsmaßnahmen.<sup>87</sup> Der Lustenauer Betrieb mußte daher von drei Männern, die Tag- und Nachtschicht zu absolvieren hatten und mit Pistolen bewaffnet wurden, bewacht werden. Außerdem wurde ein Schäferhund angeschafft. Da die Firma Gas aus der Schweiz bezog, wurde – um einer eventuellen Abhängigkeit bei einem Engpaß zu entgehen – angeordnet, daß in kürzester Zeit eine Umstellung auf Elektrizität in der Beheizung usw. zu erfolgen habe.<sup>88</sup>

Anfang 1944 produzierten in diesem Lustenauer Betrieb 272 "Gefolgschaftsmitglieder" auf 3.593 m<sup>2</sup> für das Münchner Stammwerk unter der Codebezeichnung "KG 26/016, KG 26/036, KG 25/290".<sup>89</sup> Das waren sogenannte Revi-Schwenkplatten, Ziel- und Rechengeräte, die ausschließlich für das Stammwerk in München gefertigt wurden.<sup>90</sup>

Im Verlauf des Jahres 1944 expandierte das Lustenauer Werk: Anfang des Jahres konnten in der Holzstraße und in der Morgartenstraße neue Betriebe eingerichtet werden. Die Arbeitskräfte sollten zwar von München aus bereitgestellt, aber vom Lustenauer Werk verwaltet werden. Der Betrieb in der Morgartenstraße sollte

im Februar anlaufen, jener in der Holzstraße war nur als Reserve vorgesehen. Das alte Lustenauer Fabriksgebäude wurde im Juli 1944 umgebaut, um mehr Platz für die Büros zu haben. Das Werk verfügte über fünf Mannschaftsbaracken für zusammen etwa 300 Personen. Vorerst aber waren sie nicht voll belegt, obwohl der Betrieb dringend Fachkräfte benötigt hätte.<sup>91</sup>

Bis Juli 1944 nahm der Auftragsstand für das Münchner Stammwerk zu, außerdem wurden Unteraufträge für die Elektra Regenz und die Rüsck-Werke in Dornbirn ausgeführt. Die Belegschaft war nur leicht auf 320 Personen gestiegen. Von den 152 Frauen waren 107 Ausländerinnen: 31 Tschechinnen, die übrigen Ostarbeiterinnen. Die Firma arbeitete in einer Schicht 55 Wochenstunden, nur die Dreherei war in Doppelschicht belegt.

Obwohl das Firmengebäude in der Holzstraße zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht benötigt wurde, wollte die Firma mit der Begründung nicht darauf verzichten, dort seien künftig Montagearbeiten vorgesehen und die Räumlichkeiten würden zusätzlich als Lager Verwendung finden.<sup>92</sup>

Nach Kriegsende wurden in Vorarlberg viele der im Kriegsverlauf verlagerten deutschen Betriebe von der französischen Besatzungsmacht demontiert – so auch die Firma Steinheil. Diese wußte sich aber zu helfen, übernahm den Zweigbetrieb der Optischen Fabrik Heinrich Wild in Heerbrugg (Schweiz) und baute diesen großzügig aus. In Lustenau blieben leere und beschädigte Gebäude zurück.<sup>93</sup>

### **Ing. G. Erich Goetting, Hard**

Die Berliner Firma Goetting entwickelte und fertigte Lehrmittel für den Truppenunterricht. Nach der Verlagerung in die Räumlichkeiten der Formstecherei Schwärzler in Hard erhielt das Unternehmen Aufträge vom Heer über 500 Panzermodelle im Verhältnis 1:20 aus Holz und über 2.000 Panzermodelle im Verhältnis 1:100 aus Steingut. Das Oberkommando des Heeres befürwortete im August 1944 den Umbau des Lagerhauses der Formstecherei Schwärzler, in die Teile der Produktion verlagert werden sollten. Aus den reichsdeutschen Betrieben in Berlin und Sonnenberg brachte das Unternehmen 15 Arbeitskräfte mit, vom Arbeitsamt Regenz sollten weitere sieben vermittelt werden.<sup>94</sup>

### **Norddeutsche Seekabelwerke A.G., Feldkirch**

Der Stammbetrieb in Nordenham an der Weser verlagerte Anfang 1944 einen Teil seiner Produktion nach Feldkirch, wo eine Betriebsfläche von 475 m<sup>2</sup> zur Verfügung stand. Hier wurde vor allem Isoliermaterial für Leitungen hergestellt. Am 31. März 1944 waren in der am nächsten Tag zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärten Firma 23 Personen beschäftigt.<sup>95</sup>

### **F. M. Tarbuk & Co., Götzis**

Als Zweigbetrieb des Wiener Stammhauses wurde das Feinbohrwerk in Götzis während des Krieges nach Vorarlberg verlagert. Es fertigte Zylinder, Kurbelwellen und andere hochwertige Fahrzeug- bzw. Motorenteile.<sup>96</sup>

## II. Anmerkungen

### Anmerkungen zum Kapitel 3.

- 1 Untertitel des Buches von Hennig, Eike: Zum Historikerstreit.
- 2 Hennig, Eike: Zum Historikerstreit, S. 161.
- 3 Vgl. Löffler-Bolka, Diellinde: Vorarlberg 1945; Wanner, Gerhard: Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg; Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938.
- 4 Vgl. Pichler, Meinrad: Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte; Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg; Greussing, Kurt: Im Prinzip: Hoffnung; Dreier, Werner: Vom Kaiser zum "Führer".
- 5 Vgl. Sperrung, Mitteilungen der Johann-August-Malin-Gesellschaft, Nr. 1 und 2.
- 6 Vgl. besonders Pichler, Meinrad: Eine unbeschreibliche Vergangenheit.
- 7 Vgl. J.-A.-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen.
- 8 Vgl. Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten; Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg.
- 9 Vgl. besonders Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich; einen Überblick über die sonstige Literatur gibt Rathkolb, Oliver: Neuere Literatur zum März 1938.
- 10 Bei Fertigstellung dieser Arbeit war die Sammlung der Archivalien im Malin-Archiv noch nicht abgeschlossen. Daraus ist die zum Teil uneinheitliche Zitation zu erklären.
- 11 Begriffe wie Ostmark oder Gau wurden im NS-Staat offiziell verwendet. Entsprechend dem Usus in der zeitgenössischen wissenschaftlichen Literatur wird auch in dieser Arbeit auf Anführungszeichen verzichtet. Nur der Begriff "Anschluß" wird als NS-Propagandabegriff mit Anführungszeichen versehen.
- 12 Vgl. Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 15-33.
- 13 Vgl. Wittek-Saltzberg, Liselotte: Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Okkupation Österreichs, S. 47-120; Kernbauer, Hans/Weber, Fritz: Österreichs Wirtschaft 1938-1945, S. 49-57.
- 14 Vgl. Broszat, Martin/ Henke, Klaus-Dieter/ Woller, Hans (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform.
- 15 Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Wiesemann, Falk (Hg.): Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte. München, Wien 1977; Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke (Hg.): Bayern in der NS-Zeit II. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil A. München, Wien 1979; Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit III. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil B. München, Wien 1981; Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil C. München, Wien 1981.
- 16 Vgl. etwa Blaich, Fritz: Die bayerische Industrie 1933-1939; Zofka, Zdenek: Dorfeliten und NSDAP; Tentfeldt, Klaus: Proletarische Provinz, S. 221-256.

- 17 Vgl. Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit, S. 47–56.
- 18 Vgl. Botz, Gerhard: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich.
- 19 Vgl. Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich".
- 20 Vgl. Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 391 und 445 f.
- 21 Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 9.
- 22 Vgl. hierzu Botz, Gerhard: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich.
- 23 Zit. n. Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 10.
- 24 Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg, S. 160 f.
- 25 Zit. n. Vorarlberger Tagblatt vom 15.3.1938.
- 26 Der aus Vorarlberg stammende Innsbrucker Historiker Adolf Helbok versuchte die "wissenschaftliche" Untermauerung der "Schwabenthese"; vgl. Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers, S. 366 und 381 f.; zur Tradition dieser Argumentation vgl. Dreier, Werner/Pichler, Meinrad: Vergebliches Werben, hauptsächlich S. 119–153.
- 27 Vgl. Botz, Gerhard: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich, S. 84.
- 28 Zit. n. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 87.
- 29 Vgl. Pfeifer, Helfried: Die Ostmark, S. 552–555.
- 30 Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 98–103.
- 31 Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 65 ff.; Pichler, Meinrad: Von der braunen Macht ergriffen, S. 26 f.
- 32 DÖW 8.346, Schreiben des Landesamtes an die Landeshauptmannschaft vom 29.4.1946.
- 33 Vgl. Botz, Gerhard: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich, S. 108 ff.
- 34 Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 115.
- 35 Vgl. Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Band V, S. 185 ff.
- 36 Pichler, Meinrad: Eine unbeschreibliche Vergangenheit, S. 192.
- 37 Vgl. Walser, Harald: Anspruch und Wirklichkeit: Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft, S. 325–337.
- 38 Mahnerf, Klaus: Mildernde Umstände, MS, S. 108.
- 39 Vgl. Walser, Harald: Die Hintermänner, Dreier, Werner: Vom Kaiser zum "Führer".
- 40 Mulley, Klaus-Dieter: Modernität oder Traditionalität? S. 46.
- 41 Vgl. Talos, Emmerich: Sozialpolitik 1938 bis 1945, S. 134.
- 42 Talos, Emmerich: Sozialpolitik 1938 bis 1945, S. 134.
- 43 Vgl. Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland; Schoenbaum, David: Die braune Revolution.
- 44 Vgl. Kernbauer, Hans/ Weber, Fritz: Die Wirtschaft Österreichs 1938–1945, S. 62 f.

## Anmerkungen zum Kapitel 4.1.

- 1 Stiefel, Dieter: Utopie und Realität: Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates, S. 430.
- 2 Vgl. Nautz, Jürgen: Die österreichische Wirtschaft und die Anschlussfrage, S. 395 ff.
- 3 Vgl. Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich.
- 4 Vgl. zur Diskussion zu diesem Thema die zuletzt erschienene Arbeit von Mathis, Franz: Deutsches Kapital in Österreich vor 1938.
- 5 Vgl. "Dreihammer", Heft 3, 3. Jahrgang, März 1941, S. 17.
- 6 Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer", S. 134 f.
- 7 Vgl. Die Ergebnisse der Österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934, S. 14 ff.; zu den Schätzungen vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer", S. 144 ff.
- 8 Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg, S. 55 ff.
- 9 Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer", S. 151 f.
- 10 Vgl. Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs, Band V, S. 160 f.
- 11 Vgl. Matzl, Siegfried: Die Finanzdiktatur, S. 141 f.
- 12 Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer", S. 152.
- 13 Vgl. Matzl, Siegfried: Die Finanzdiktatur, S. 154 f.
- 14 Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer", S. 149 ff.
- 15 Talos, Emmerich: Sozialpolitik im Austrofaschismus, S. 175; zum selben Ergebnis kam auch jüngst Stiefel, Dieter: Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates, S. 429.

## Anmerkungen zum Kapitel 4.2.

- 1 Vgl. Vorarlberger Volksblatt vom 14.6.1933; generell Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg; ders.: Die Hintermänner.
- 2 Vgl. Nautz, Jürgen: Die österreichische Wirtschaft und die Anschlussfrage, S. 397.
- 3 AVA, BKA-22/Vbg./1934, Karton 5170.
- 4 VLA, BHF III-12/38, Schreiben des GP Dornbirn vom 5.3.1938.
- 5 Ebd.
- 6 VLA, BHF III-12/38, zit. n. Schreiben GP Dornbirn vom 8.3.1938.
- 7 Ebd.; zum Schicksal Lunardons siehe Walser, Harald: Der Tod eines Staatsdieners.
- 8 Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg, S. 55 ff. und S. 109.
- 9 "Dreihammer", Heft 3, 3. Jahrgang, März 1941, S. 17.

### Anmerkungen zum Kapitel 4.3.

- 1 VWuSt, 2.Jg./1.Vierteljahr, S. 171.
- 2 Vgl. Witek, Hans: "Arisierungen" in Wien.
- 3 Vgl. Dreier, Werner: "Rücksichtslos und mit aller Kraft", S. 206–210.
- 4 Zit. n. Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945, Band 3, S. 228.
- 5 Vgl. Vögel, Franz: Hundert Jahre Vorarlberger Landtag, S. 178.
- 6 Vgl. zur bei "Arisierungen" von österreichischen Großfirmen üblichen Vorgangsweise bei der Errechnung des "Sach-" und "Verkehrswertes" durch Wirtschaftsprüfungen Witek, Hans: "Arisierungen" in Wien, S. 202.
- 7 ÖStA, VVSt, H-1672.
- 8 ÖStA, VVSt, H-1672; Oskar Rhomberg von der Firma Franz M. Rhomberg – er führte das Kaufhaus Herzmansky gemeinsam mit Alfred Hämmerle bis Kriegsende – trat nach 1945 als Kaufinteressent auf. Das Unternehmen wurde aber 1948 an den rechtmäßigen Besitzer Max Delfiner zurückgegeben, vgl. Stremayr, Rolf: 125 Jahre Herzmansky, o. S. und schriftliche Mitteilung von Henry Delfiner an das Kaufhaus Herzmansky vom 30. 3. 1989 (Kopie im Besitz des Verfassers).
- 9 ÖStA, VVSt, Akt Ganahl.
- 10 ÖStA, VVSt, Akt 2285.
- 11 ÖStA, VVSt, Akt 2834.
- 12 ÖStA, VVSt, H-1672.
- 13 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 331 vom 22.9.1939.
- 14 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk, 331 vom 22.9.1939.
- 15 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 26 f. und S. 32 f.; I. Richard Tiefenthaler, Allach.
- 16 Vgl. Bundschuh, Werner: Kreist das Blut der Ahnen? S. 67 ff.; LGF, Vr 493/46; Vorarlberger Landbote vom 8.6.1939; Vorarlberger Nachrichten vom 8.7.1970; Nägele, Hans: Hermann Rhomberg.
- 17 Berlin Document Center, Personalakt Rudolf Hämmerle.
- 18 Vgl. Bundschuh, Werner: Kreist das Blut der Ahnen? S. 57 ff.

### Anmerkungen zum Kapitel 4.4.

- 1 Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 65.
- 2 VLA, VLR Präs., ZI.304/1938.
- 3 VLA, BH Bregenz, III-1.360, Bericht vom 30.3.1938.
- 4 Ebd.
- 5 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 213.
- 6 Vgl. Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich.
- 7 VLA, Naumann-Nachlaß, Bericht Dr. Harald Eberl.
- 8 Vgl. Vögel, Franz: Hundert Jahre Vorarlberger Landtag, S. 178.
- 9 ÖStA-AdR, Bürckel-Akten, ZI. 1.718/1. Aktenvermerk vom 19.5.1938.
- 10 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 26 f. und 32.
- 11 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 48 f. und I. Richard Tiefenthaler, Allach.

## Anmerkungen zum Kapitel 5.1.

- 1 Vgl. Talos, Emmerich: Sozialpolitik 1938 bis 1945, S. 131.
- 2 Vgl. Botz, Gerhard: Ideologie und soziale Wirklichkeit des "nationalen Sozialismus" in der "Ostmark", S. 17.
- 3 Ebd.
- 4 Vgl. Talos, Emmerich: Sozialpolitik 1938 bis 1945, S. 131.
- 5 Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 31.
- 6 Vgl. Botz, Gerhard: Wien vom "Anschluß" zum Krieg, S. 299.
- 7 MAF, RW 19/65, Bericht der WWilnsp XVII vom 8.3.1939.
- 8 Helzer, Gerhard: Die Industriestadt Augsburg, S. 136 f.
- 9 Vgl. Botz, Gerhard: Wien vom "Anschluß" zum Krieg, S. 299.
- 10 Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 164.
- 11 VLA, BHF III-827/38, Schreiben vom 17.6.1938.
- 12 VLA, BHF III-625/38, Schreiben des Reichsstatthalters in Wien vom 28.6.1938.
- 13 Vorarlberger Tagblatt vom 19.7.1938.
- 14 Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 161 ff.
- 15 Vgl. Talos, Emmerich: Sozialpolitik 1938 bis 1945, S. 131 ff.; RGBl. 1935, Nr. 23.

## Anmerkungen zum Kapitel 5.2.

- 1 Bislang wurde in der Forschung größtenteils die These vertreten, die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen seien wegen der "Blitzkriegsstrategie" mangelhaft und Deutschland somit nicht auf einen längeren Krieg vorbereitet gewesen, zuletzt bei Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 33 ff.; diese These wurde jüngst bestritten, vgl. Overy, Richard J.: "Blitzkriegswirtschaft"?
- Auf Widersprüche bei kriegswirtschaftlichen Maßnahmen weist speziell Dietrich Eichholtz hin, vgl. Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Band 1, S. 13-35 und S. 103-143, insbesondere S. III ff.
- 2 MAF, RW 19/65, Anlage zum Bericht der Wlnsp XVIII vom 8.11.1939.
- 3 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 424 vom 30.10.1939.
- 4 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 290 vom 6.9.1939.
- 5 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 290 vom 6.9.1939.
- 6 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk o. Z. vom 6.9.1939.
- 7 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 324 vom 18.9.1939.
- 8 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 325 vom 19.9.1939.
- 9 MAF, RW 19/65, Anlage zum Bericht der Wlnsp XVIII vom 8.11.1939.
- 10 Vgl. etwa DÖW 8.346, Schreiben des Landesarbeitsamtes an die Landeshauptmannschaft vom 29.4.1946.
- 11 Diese Aspekte sind bereits ausführlich behandelt worden; vgl. grundlegend Pichler, Meinrad: Arbeitsverweigerung, daneben auch Walser, Harald: Anspruch und Wirklichkeit: Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft, S. 319 f.
- 12 MAF, RW 21-28, Berichte der WWilnsp Ibk.
- 13 MAF, RW 21-28/2, Anlage 5 zum Bericht der WWiSt Ibk vom 4.11.1939.

- 14 StABr, Stimmungsbericht vom 11.10.1939.
- 15 MAF, RW 21-28/2, Anlage 3 zum Schreiben der WWiSt lbk vom 4.11.1939.
- 16 Vorarlberger Tagblatt vom 27.3.1939.
- 17 Vgl. Nägele, Hans: Vorarlbergs Stellung im Dritten Reich, MS, S. 157.
- 18 Nur die Kleingemeinde Buch kam mit 39 Südtirolern auf einen 10,5 Prozent-Anteil; vgl. Meusburger, Peter: Die Südtiroler in Vorarlberg, S. 95 ff.; Greber, Gebhard: Die Südtiroler Oplanten in Vorarlberg, S. 36 ff.
- 19 Meusburger, Peter: Die Südtiroler in Vorarlberg, S. 97 f.

### Anmerkungen zum Kapitel 5.3.

- 1 Vgl. Botz, Gerhard: Die Eingliederung Österreichs, S. 124.
- 2 LGF Vr 400/1940.
- 3 LGF Vr 400/1940; LGF Vr 398/1940; LGF Vr 399/1940; DÖW 8.346; Stadler, Karl: Österreich 1938-1945, S. 165 ff.
- 4 Vgl. Pichler, Meinrad: Arbeitsverweigerungen, S. 155.
- 5 Vgl. Pichler, Meinrad: Arbeitsverweigerungen, S. 154 f.
- 6 LGF Vr 398/1940; LGF Vr 399/1940 und LGF Vr 400/1940.
- 7 Stadler, Karl: Österreich 1938-1945, S. 166.
- 8 LGF Vr 398/1940 und LGF Vr 399/1940.
- 9 LGF Vr 522/1939 (Schreiben des Arbeitsamtes vom 6.12.1939).
- 10 LGF Vr 512/1939; vgl. hierzu genauer Pichler, Meinrad: Arbeitsverweigerungen, S. 155 f.
- 11 Vgl. Broszat u. a. (Hg.): Bayern in der NS-Zeit, Band I, S. 199.
- 12 MAF, RW 21-28/4, Schreiben des RÜ Kdos vom 25.3.1941.
- 13 MAF, RW 21-28/6, eigene Berechnungen nach einem Schreiben vom 1.9.1941.
- 14 Vgl. Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 140 f.
- 15 Vgl. Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 38.
- 16 Vgl. Greber, Gebhard: Die Südtiroler Oplanten in Vorarlberg, S. 27.
- 17 Schreiben der Handwerkskammer Innsbruck vom 27.5.1940, DMG Sch XI.
- 18 MAF, RW 21-28/4, Kriegstagebuch S. 16 (5.3.1941).
- 19 MAF, RW 21-28/4, Vierteljahresbericht zum 31.3.1941.
- 20 MAF, RW 21-28/5, Zehn-Tagesbericht zum 20.5.1941.
- 21 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 6.7.1942.
- 22 LGF Vr 98/45.
- 23 Vgl. Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 152 ff. und Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 36.
- 24 Vgl. zu den Maßnahmen auf Reichsebene Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 238 ff. und Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 105 bis 116.
- 25 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 3 f. (13.4.1943).
- 26 Die freie Arbeitsplatzwahl war ja schon längst abgeschafft. Der Arbeitseinsatz wurde zentral und nicht durch den Markt geregelt.
- 27 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 21 (20.6.1943).
- 28 MAF, RW 20-18/19, Schreiben H. Rhomberts vom 13.9.1943.
- 29 Ebd.

- 30 MAF, RW 21-28/12, Kriegstagebuch S. 16 (13.2.1943).
- 31 MAF, RW 21-28/12, Kriegstagebuch S. 27 (10.3.1943).
- 32 MAF, RW 21-28/15, Schreiben des RÜ Kdos vom 12.10.1943.
- 33 MAF, RW 21-28/15, Anlage zum Schreiben des RÜ Kdo vom 12.10.1943.
- 34 MAF, RW 21-28/18, Kriegstagebuch S. 1 (1.7.1944).
- 35 Vgl. dazu das folgende Kapitel.

## Anmerkungen zum Kapitel 5.4.

- 1 Vgl. Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland; zur Problematik des Begriffs und zur Diskussion in der Forschung Mulley, Klaus-Dieter: Modernität oder Traditionalität, S. 25 f.
- 2 Diese und die folgenden Statistiken bzw. Zahlen sind – falls nicht anders angegeben – zusammengestellt aus: VWuSS, Folge 1/1945; Ergebnisse der Volkszählung 1939 nach Unterlagen im Amt für Statistik in der Vorarlberger Landesregierung; 100 Jahre Handelskammer, S. 113–119.
- 3 Vgl. VWuSS Folge 1/1945, S. 7 f.; 100 Jahre Handelskammer, S. 407.
- 4 Zit. n. Tidl, Georg: Die Frau im Nationalsozialismus, S. 209 f.
- 5 Vgl. Mulley, Klaus-Dieter: Modernität oder Traditionalität? S. 34–41; Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 207–218; Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 115 f.
- 6 ÖStA-AdR, Bürckel-Akten, Karton 35/1.902/4, Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, I. Jahrgang, Neue Folge.
- 7 Vgl. Mulley, Klaus-Dieter: Modernität oder Traditionalität? S. 34 ff.
- 8 Vgl. Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, I. Jahrgang, Neue Folge; Zusammenstellung der Landeskrankenkasse Vorarlberg vom 1.5.1939, zitiert nach Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 55.
- 9 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 113.
- 10 Zusammengestellt nach: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, I. Jg., Neue Folge und Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol-Vorarlberg.
- 11 Vgl. VWuSS, Folge 1/1945; Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol-Vorarlberg; 100 Jahre Handelskammer, S. 113.
- 12 Vgl. Greber, Gebhard: Die Südtiroler Oplanten in Vorarlberg, S. 38 und S. 60 f.
- 13 VWuSS, Folge 1/1945, S. 47 f.
- 14 Vgl. Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol-Vorarlberg, 100 Jahre Handelskammer, S. 114 und Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, I. Jg., Neue Folge.
- 15 Die Zahlen der Sterbefälle für 1944 und 1945 bilden den Durchschnittswert, vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 114.
- 16 Vgl. Wellt, Ludwig: Vorarlberg unter der Diktatur des nationalsozialistischen Dritten Reiches, MS, S. 251.
- 17 Vgl. Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol-Vorarlberg; Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, I. Jg., Neue Folge; 100 Jahre Handelskammer, S. 113–119.
- 18 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 119.

- 19 Vgl. Mulley, Klaus-Dieter: Modernität oder Traditionalität? S. 31 f. Die von Mulley angegebenen Zahlen über die Bevölkerungsbewegung sind allerdings sehr kritisch zu betrachten; er nimmt nicht die Bevölkerungsstatistik als Maßstab, sondern die erfaßten Lebensmittelkarten; über eine halbe Million repatriierbare und nicht repatriierbare Ausländer, Reichs- und Volksdeutsche, Südtiroler und andere sind darin nicht erfaßt.

## Anmerkungen zum Kapitel 6.1.

- 1 Die Pläne für den Ausbau waren seit Jahren fertig.
- 2 BAK, R 2/Zl. 21481, Schreiben vom 31.1.1938.
- 3 Vgl. Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich.
- 4 BAK, NS 25/370a.
- 5 Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF (Hg.): Österreich, S. 39. Ein PS entspricht etwa 1,36 kWh.
- 6 IfZ, MFA, MF T 71/102, Reichswirtschaftsministerium Nr. 604 004 ff.
- 7 Vgl. Bericht von Dr. Harald Eberl im VLA, Naumann Nachlaß, Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 164 f.
- 8 Vgl. Vorarlberger Kraftwerke AG., S. 35 f.
- 9 Vgl. Kernbauer, Hans/Weber, Fritz: Österreichs Wirtschaft 1938-1945, S. 60 ff.
- 10 Vgl. Vorarlberger Kraftwerke AG., S. 42.
- 11 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 262.
- 12 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 271 ff.; Vorarlberger Kraftwerke AG, S. 72.
- 13 Ebd.
- 14 Vgl. Vorarlberger Kraftwerke AG., S. 68; 1988 begann eine vorsichtige Teilprivatisierung.
- 15 Energie Versorgung Schwaben Aktiengesellschaft.
- 16 IfZ, MFA, T 75, R/38, K 967 787.
- 17 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 17.
- 18 ÖSta-AdR, Bürckel-Akten, 1.718/1.
- 19 VLA, IV-1.057/1938 und IV-1.209/1938.
- 20 Vgl. Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. O. O. o. J., S. 5 und 28; Huebner, Hans: Vorarlberg und seine Energiewirtschaft. In: Montfort, Heft 1/1973, S. 7-21, hier S. 17.
- 21 Vgl. Huber, Siegfried: Die Elektrizitätswerke Nordtirols und Vorarlbergs, S. 53-59.
- 22 Vgl. Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Folge 19, Werksgruppe "Obere III"; Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. Zusammenfassender Gesamtbericht, VLA/DMG.
- 23 Vgl. Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg (Hg.): 100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg, Feldkirch 1952, S. 266 (eigene Berechnungen).
- 24 Vgl. zu den Berechnungen Statistisches Handbuch für die Republik Österreich. I. Jahrgang, Neue Folge, S. 80; ansonsten Kernbauer, Hans/Weber, Fritz: Österreichs Wirtschaft 1938-1945, S. 61.

- 25 Vgl. Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. O. O. o. J., S. 7; Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. Zusammenfassender Gesamtbericht, VLA/DMG, S. 5.
- 26 Vgl. Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft, O. O. o. J., S. 27.
- 27 Vgl. Huber, Siegfried: Die Elektrizitätswerke, S. 84; Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Folge 19. Werkgruppe "Obere III". Wien 1953, S. 24.
- 28 Vgl. Wagenführ, Rolf: Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945, S. 121.
- 29 Wagenführ, Rolf: Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945, S. 102.
- 30 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 17.
- 31 Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. Zusammenfassender Gesamtbericht, VLA/DMG, S. 8.
- 32 Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. Werk Rodund. Bericht vom 29.3.1938 und Vermuntgruppe. Bericht vom 29.3.1938, VLA/DMG.
- 33 Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. Zusammenfassender Gesamtbericht, VLA/DMG, S. 3 f.
- 34 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 17.
- 35 Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft, Berichte über die einzelnen Projekte, VLA/DMG; Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939.
- 36 VLA, BH Bludenz, Zl. 814/1938; vgl. auch Naumann, Josef: Erhöhte Ausbeutung der Vorarlberger Wasserkraft durch den Ausbau der Ill-Kraftwerke, S. 82 ff.
- 37 Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Folge 27. Kraftwerk Rodund, S. 18.
- 38 Vgl. Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Folge 25. Kraftwerk Obervermunt mit der Bieltalbach-Überleitung, S. 12 ff.
- 39 Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. Lünserseewerke, VLA/DMG.
- 40 Vgl. Schädler, Ludwig: Grundlagen und Entwicklungen der Vorarlberger Elektrizitätswirtschaft, S. 80.
- 41 Vgl. I: August Weiß, Dornbirn, 4.3.1983; I: Andreas Bösch, Dornbirn, 26.8.1983; I: Herbert Stohs, Dornbirn, 28.4.1988.
- 42 I: August Weiß, Dornbirn, 6.6.1988; MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 424 vom 30.10.1939 der WWiSt Ibk.
- 43 I: August Weiß, Dornbirn, 6.6.1988.
- 44 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 17.
- 45 I: August Weiß, Dornbirn, 6.6.1988.
- 46 VLA, BH Feldkirch III-738/1939.
- 47 Vgl. J.-A.-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, S. 230 f.
- 48 Vgl. J.-A.-Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, S. 133.
- 49 Vgl. Österreichische Kraftwerke, Folge 25, S. 18.
- 50 I: August Weiß, Dornbirn, 6.6.1988.
- 51 Vgl. Kapitel 8.4.
- 52 Den Hinweis auf dieses Gutachten verdanke ich Univ.-Prof. Dr. Gerhard Oberkofler, Gutachten vom 24. September 1942, UAI.
- 53 Schlesinger, Günther: Winke zur Arbeit im Naturschutz, S. 39.

## Anmerkungen zum Kapitel 6.2.

- 1 VLA, Naumann-Nachlaß, Bericht von Dr. Harald Eberl. Der Bericht wurde nach 1945 verfaßt, der darin dargelegte Sachverhalt stimmt im wesentlichen mit der durch andere Quellen faßbaren realen Entwicklung überein, vgl. Kap. 7.1.
- 2 Vgl. Hetzer, Gerhard: Die Industriestadt Augsburg, S. 133 ff.
- 3 Vorarlberger Tagblatt vom 31.12.1938, S. 4.
- 4 MAF, RW 21-28/2, Anlage 5 zum Schreiben vom 16.12.1939.
- 5 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 193.
- 6 MAF, RW 21-28/3, Anlage 5 zum Schreiben vom 10.5.1940.
- 7 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 193.
- 8 MAF, RW 21-28/2, Bericht der WWilnsp lbk vom 22.10.1939.
- 9 Vgl. Berichte der WWilnsp lbk, MAF, RW 21-28.
- 10 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 424 vom 30.10.1939 der WWiSt lbk.
- 11 Vgl. Pichler, Meinrad: "Deutsches Leben heißt Arbeit", 286 ff.
- 12 MAF, RW 21-28/4, Bericht über die Lage im "RÜ In XVIII Bereich" vom 10.1.1940.
- 13 Hetzer, Gerhard: Die Industriestadt Augsburg, S. 137.
- 14 MAF, RW 21-28/4, Bericht über die Lage im "RÜ In XVIII Bereich" vom 10.1.1940.
- 15 I: Kurt Mathis, Hohenems, 15.6.1988.
- 16 StABr, Stimmungsberichte, Bericht der Ortsgruppe Lauterach vom 26.7.1939. Der Rohstoff für Klöppeleien und Webereien war derselbe.
- 17 BAK, R58/151, Meldung vom 20.6.1940.
- 18 Ebd.
- 19 Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 168.
- 20 MAF, RW 20-18/2, Beilage "Gegenwärtiger Stand im Munitionsfertigungsprogramm".
- 21 MAF, RW 20-18/2, Kriegslagebuch 18.12.1939.
- 22 MAF, RW 20-18/7, Zusammenstellung vom 16.7.1940.
- 23 Ebd.
- 24 MAF, RW 21-28/6, Aktenvermerk 143 vom 18.9.1941.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 MAF, RW 20-18/12, Schreiben vom 11.2.1942.
- 28 BAK, R 10 IV/99, Brief Dr. Ottens vom 11.2.1944.
- 29 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 179 f.
- 30 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 179.
- 31 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 32 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 33 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 174.
- 34 Vgl. Kapitel 7.2. und 7.4.1.

## Anmerkungen zum Kapitel 6.3.

- 1 BAK, R 2/Zl. 10938e, Schreiben vom 13.12.1938.
- 2 Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 164 f.
- 3 Vgl. VLA, Naumann Nachlaß, Bericht von Dr. Harald Eberl; Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 164 f.; Kap. 6.1.
- 4 Diese und alle folgenden Angaben entstammen einem umfangreichen Akt im ÖStA-AdR, Bürckel-Akten, 1718/1.
- 5 Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 17.
- 6 Entwässerung des Bodens durch unterirdische Abzugsrohre (Dräne).
- 7 VLA, Ia-2.342/1938.
- 8 VLA, Ia-2.342/1938.
- 9 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 18.
- 10 Vgl. Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol mit Vorarlberg, 1. Jahrgang, S. 16.
- 11 ÖStA-AdR, Bürckel-Akten, 1718/1.
- 12 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 17.
- 13 ÖStA, 1770/5/2, Schreiben der Landeshauptmannschaft Vorarlberg an das Finanzministerium in Wien vom 11.10.1938 samt Beilagen.
- 14 ÖStA, 1770/5/2, Schreiben vom 26.11.1939.
- 15 Vgl. Tschabrun, Alois: Widerstand und Nazi-Orden.
- 16 Vgl. Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. (Hg.): Geschäftsbericht 1940, S. 8.
- 17 Vgl. ebd., S. 8f., der Geschäftsbericht 1940 wurde erst im Juli 1941 abgeschlossen.
- 18 Vgl. Tschabrun, Alois: Widerstand und Nazi-Orden, S. 61.
- 19 Vgl. entsprechende Schreiben des Beauftragten für die Südtirol-Umsiedlung in Dornbirn, DMG Sch VI/1.
- 20 Vgl. Meusburger, Peter: Die Südtiroler in Vorarlberg, S. 95 f.
- 21 Von einem Bankenkonsortium vergebene Kredite.
- 22 Vgl. Schepke, Norbert: Die Hypothekenbank des Landes Vorarlberg, S. 72.
- 23 Tschabrun, Alois: Widerstand und Nazi-Orden, S. 59.
- 24 MAF, RW 20-18/4, Kriegstagebuch S. 87 (6.3.1940).
- 25 MAF, RW 20-18/4, Kriegstagebuch S. 42 (Februar 1940).
- 26 Vgl. Tschabrun, Alois: Widerstand und Nazi-Orden, S. 59.
- 27 I. Wilma Spiegel, Dornbirn, 5.8.1983.
- 28 Vgl. Greber, Gebhard: Die Südtiroler Optanten in Vorarlberg, S. 27.
- 29 Vgl. Riedmann, Josef: Das Bundesland Tirol, S. 1046; Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg, 4. Jahrgang, S. 1.
- 30 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 27.3.1939.
- 31 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 227.
- 32 Vgl. Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H. (Hg.): Geschäftsbericht 1940, S. 13.
- 33 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 38.
- 34 StAbI, Zl. 7/195, Schreiben der Widerstandsbewegung Bludenz aus dem Jahre 1945.
- 35 Dieser Konflikt ist bereits ausführlich dargestellt worden, vgl. Walser, Harald: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, S. 325-337.

- 36 Bericht des Gendarmeriepostens Bludenz an das Bezirksgendarmeriekommando vom 29.8.1945, SIABl Zl. 1/198.
- 37 SIABl, Zl. 1/198 und 7/76, Urteil des Parteischiedsgerichtes und der Briefwechsel zwischen den einzelnen Behörden bzw. Personen.
- 38 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 227.
- 39 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 284 ff.

## Anmerkungen zum Kapitel 6.4.

- 1 VLA, VLR, Präs. Zl. 251/38.
- 2 Zur Organisation der Landwirtschaft während der NS-Zeit vgl. Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, S. 571 ff.
- 3 BAK, R 16/I, Zl. 673.
- 4 VLA, VLR, II-1.506/1938.
- 5 BAK, R 16/I, Zl. 675.
- 6 Schriftliche Mitteilung von Heinrich Mandlez, Innsbruck, vom 7.2.1986.
- 7 Vgl. Mooslechner, Michael/Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik, S. 71.
- 8 Vgl. Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 17-24.
- 9 Vgl. Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg; Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 272; Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 152 f.; Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 21.
- 10 BAK, R 16, Zl. 1.142 (eigene Berechnungen); Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg; Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 272.
- 11 Vgl. Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol mit Vorarlberg; Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, S. 595.
- 12 Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 24 f.
- 13 Eigene Zusammenstellung nach BAK, R 16, Zl. 1.142 und Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg.
- 14 Vgl. Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol mit Vorarlberg, Band I, S. 16 ff.
- 15 Vgl. dazu genauer Mooslechner, Michael/Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik, S. 81 f.
- 16 Vgl. Mooslechner, Michael/Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik, S. 82.
- 17 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 18.
- 18 Vgl. Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 107.
- 19 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 36.
- 20 Vgl. Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 107.
- 21 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 18.
- 22 I: Albert Furtenbach, Feldkirch, 22.6.1989; I: Konrad Blank, Sulzberg, 28.6.1989.
- 23 Vgl. Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 45 ff.
- 24 Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer", S. 76.
- 25 Vgl. Mooslechner, Michael/Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik, S. 83.

- 26 Vgl. Schepke, Norbert: Die Hypothekenbank des Landes Vorarlberg, S. 71.
- 27 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 36.
- 28 Gesamtösterreichisch waren es bis Anfang 1945 6,2 Prozent, vgl. Mooslechner, Michael/Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik, S. 84; in Vorarlberg dürften es wesentlich mehr gewesen sein, die 2.493 Betriebe entsprächen – wie angeführt 17,8 Prozent.
- 29 Schepke, Norbert: Die Hypothekenbank des Landes Vorarlberg, S. 71.
- 30 Vgl. Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 40 ff.
- 31 BAK, R 58/165, Lagebericht SD Berlin vom 9.10.1941.
- 32 MAF, RW 21-28/3, Anlage 5 zum Schreiben vom 17.2.1940.
- 33 BAK, R 58/172, Lagebericht SD Berlin vom 11.5.1942.
- 34 DMG Sch VI/1, Urteil vom 23.9.1942.
- 35 DMG Sch VI/1, Urteil des Gaugerichtes.
- 36 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 11.3.1939, S. 36.
- 37 VLA, BH Bregenz III-484/38.
- 38 VLA, BH Bregenz, III-ZI. 1.360, Schreiben BH Bregenz, 4.7.1938.
- 39 ÖStA-AdR, Bürckel-Akten, 2190/4.
- 40 BAK, R 58/151, Lagebericht SD Berlin vom 6.6.1940.
- 41 BAK, R 58/166, Stimmungsbericht SD Berlin vom 27.2.1941.
- 42 BAK, R 58/199, Lagebericht SD Berlin vom 3.7.1941.
- 43 Ebd.
- 44 BAK, R 58/171, Lagebericht SD Berlin vom 2.4.1942.
- 45 Vgl. auch Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 160; Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 291 f.
- 46 Vgl. zur Durchführung des Gesetzes in Österreich grundlegend Mooslechner, Michael/Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik, S. 74 ff.
- 47 Vgl. Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 34 ff.
- 48 BAK, R 58/149, Lagebericht des SD Berlin vom 13.3.1940.
- 49 Schriftliche Mitteilungen des damaligen Geschäftsführers des Gauamtes für Agrarpolitik und der Abteilung IV des Reichsstatthalters von Tirol-Vorarlberg, Heinrich Mandlez, Innsbruck, vom 10.9.1985 und vom 7.2.1986.
- 50 Vgl. Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 152.
- 51 Vgl. Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, S. 572 ff.
- 52 Vgl. Mooslechner, Michael/Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik, S. 69 ff. und 77 ff.
- 53 Vgl. Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg; 100 Jahre Handelskammer, S. 126.
- 54 Die Zahlen für Kaninchen für die Jahre 1942 und 1943 sind geschätzt, da sie in der Statistik nicht mehr eigens, sondern nur für den gesamten Gau Tirol-Vorarlberg ausgewiesen sind. 1940 war der Anteil der Kaninchen in Vorarlberg bezogen auf den gesamten Gau 63,6 %, dieser Prozentsatz wurde auch für die Jahre 1942 und 1943 angenommen.
- 55 Vgl. Mooslechner, Michael/Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik, S. 89.

- 56 Vgl. Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, S. 640; Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 287; Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 159 f.; Mooslechner, Michael/Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik, S. 89; Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg.
- 57 Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 53; vgl. auch Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, S. 642.
- 58 Vgl. Wagenführ, Rolf: Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, S. 51; Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, S. 639.
- 59 BAK, R 58/ 157, Lagebericht SD Berlin vom 6.2.1941.
- 60 Vgl. Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 160; Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 287; Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, S. 635.
- 61 Vgl. Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, S. 642.
- 62 Vgl. Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg.
- 63 Vgl. Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 159; Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 286 f.; Mooslechner, Michael/Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik, S. 88; Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg.
- 64 Vgl. Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, S. 628 f. und 633 ff.; Wagenführ, Rolf: Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, S. 51.
- 65 Vgl. Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 148 f.
- 66 Vgl. Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol-Vorarlberg; 100 Jahre Handelskammer, S. 127.
- 67 Eigene Berechnungen nach Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 287.
- 68 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 128.
- 69 Vgl. Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, S. 630.
- 70 Diese Hinweise verdanke ich dem Landesleiter des Vorarlberger Milchwirtschaftsfonds, Dipl.-Ing. Dr. Albert Furtenbach, I: Albert Furtenbach, Feldkirch, 22.6.1989.
- 71 Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 104.
- 72 Vgl. Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs, S. 103 ff.

## Anmerkungen zum Kapitel 7.1.

- 1 Vgl. hiezu die Akten im MAF, RW 21–28 und RW 20–18; Mannlicher, Egbert: Wegweiser durch die Verwaltung, S. 269 ff.; Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 124 ff.; Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 235 f.; Thomas, Georg: Grundlagen für eine Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 258 f.
- 2 MAF, RW 21–28/2, RW 21–28/3, RW 20–18/4, RW 20–18/5; DÖW 8784; eigene Zusammenstellung.
- 3 Nicht erfaßt sind beispielsweise die vielen Unteraufträge reichsdeutscher Unternehmen an hiesige Kleinfirmen.
- 4 Geripptes Baumwollgewebe.

- 5 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 298 vom 12.9.1939
- 6 Ebd.
- 7 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 309 vom 18.9.1939
- 8 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 313 vom 18.9.1939.
- 9 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 317 vom 18.9.1939.
- 10 MAF, RW 21-28/2, Anlage 3 zum Schreiben vom 2.12.1939.
- 11 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 376 vom 11.10.1939.
- 12 MAF, RW 20-18/6, Zusammenstellung vom April 1940.
- 13 Ebd.
- 14 DÖW 8784, Urteil des LGF vom 25.5.1943.
- 15 MAF, RW 21-28/2, Anlage 5 zum Schreiben vom 16.12.1939.
- 16 MAF, RW 21-28/3, Anlage 5 zum Schreiben vom 10.5.1940.
- 17 MAF, RW 21-28/2, Anlage 5 zum Schreiben vom 16.12.1939.

## Anmerkungen zum Kapitel 7.2.

- 1 Thomas, Georg: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft, S. 125.
- 2 Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 56.
- 3 Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich 1938-1945, S. 53.
- 4 Vgl. etwa Meyer, August: Das Syndikat, im besonderen S. 73 ff.
- 5 MAF, RW 21-28/2, Schreiben des Rüstungskommandos Innsbruck an die Rüstungsinspektion Salzburg vom 29.12.1939.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd., Anlage 3 zum Schreiben des Rüstungskommandos Innsbruck vom 16.12.1939.
- 8 Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 62.
- 9 MAF, RW 21-28/2, Schriftverkehr des Rüstungskommandos Innsbruck.
- 10 MAF, RW 21-28/5, Schreiben des Rüstungskommandos vom 30.6.1941.
- 11 DÖW 8784, Urteil gegen Otto Fitz wegen Verletzung eines Kriegsliefervertrages.
- 12 MAF, RW 21-28/6, eigene Berechnungen nach einem Schreiben vom 1.9.1941.
- 13 Zusammenstellung hauptsächlich nach den Akten im MAF und im BAK; verwendet wurden aber auch Heimatbücher und Stadtbücher der einzelnen Gemeinden.
- 14 MAF, RW 21-28/3, Anlage 4 zum Schreiben vom 18.3.1940.
- 15 Vgl. Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 44 f.
- 16 Geyer, Michael: Deutsche Rüstungspolitik, S. 160.
- 17 Vgl. Geyer, Michael: Deutsche Rüstungspolitik, S. 160.
- 18 MAF, RW 20-18/6, Bericht vom 1.6.1940.
- 19 Die Vorarlberger Rüstungsfirmen stellten in der Granatenfertigung ab 1940 häufig um, der Vergleich bezieht sich daher auf die Planungen der Rüstungsstellen für 1941; vgl. zu den Zahlen für das Gesamtreich Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Band 2, S. 648.
- 20 Vgl. Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Band 2, S. 342.

- 21 MAF, RW 21-28/3, Vierteljahrsbericht vom 31.12.1940.
- 22 MAF, RW 21-28/2, Vierteljahrsbericht vom 30.9.1940.
- 23 MAF, RW 20-18/8, Vierteljahrsbericht zum 31.12.1940.
- 24 MAF, RW 21-28/4, Vierteljahrsbericht vom 31.3.1941.
- 25 Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 86.
- 26 Der Zweite Weltkrieg, S. 237.
- 27 MAF, RW 20-18/10, Lagebericht Ende April 1941
- 28 MAF, RW 20-18/10, Vierteljahrsbericht zum 30.6.1941.
- 29 Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Band 2, S. 343.
- 30 Zur Bedeutung dieser "gefürchtetsten Waffe des Zweiten Weltkrieges" vgl. Luser, Rudolf: Die deutschen Waffen und Geheimwaffen des 2. Weltkrieges und ihre Weiterentwicklung, S. 138 ff.; weiters auch Der Zweite Weltkrieg, S. 249.
- 31 MAF, RW 20-18/10, Vierteljahrsbericht zum 30.6.1941.
- 32 MAF, RW 21-28/8, Zehn-Tagesbericht vom 31.1.1942.
- 33 MAF, RW 20-18/13, Bericht vom 20.1.1942.
- 34 Vgl. dazu Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 50.
- 35 Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 94 f.
- 36 Vgl. Speer, Albert: Erinnerungen, S. 209; zu den Spekulationen nach Todts Unfall vgl. auch Eichholtz, Dietrich: Die Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Band 2, S. 55.
- 37 Vgl. dazu Speer, Albert: Erinnerungen, S. 229-243; Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 45 f.
- 38 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 1 (1.4.1942).
- 39 MAF, RW 21-28/8, Zehn-Tagesbericht zum 5.3.1942.
- 40 MAF, RW 21-28/8, Viertel-Jahresbericht zum 5.4.1942.
- 41 MAF, RW 20-18/18, Kriegstagebuch vom 13.5.1943.
- 42 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 2 (2.4.1942).
- 43 MAF, RW 20-18/14, Kriegstagebuch vom 3.4.1942.
- 44 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 4 (15.4.1942).
- 45 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 12 (5.5.1942).
- 46 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 18 (Mai 1942).
- 47 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 24 (19.5.1942).
- 48 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 25 (20.5.1942).
- 49 Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 110.
- 50 MAF, RW 21-28/11, Kriegstagebuch S. 7 (24. und 27.10.1942).
- 51 MAF, RW 21-28/11, Kriegstagebuch S. 7 (26.10.1942).
- 52 MAF, RW 21-28/11, Kriegstagebuch S. 14 (21. und 23.11.1942).
- 53 MAF, RW 21-28/11, Kriegstagebuch S. 24 (31.12.1942).
- 54 MAF, RW 21-28/12, Kriegstagebuch S. 5f. (20., 22. und 25.1.1943).
- 55 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 8 (29.4.1942).
- 56 MAF, RW 20-18/19, Aktenvermerk vom 26.7.1943.
- 57 MAF, RW 21-28/16, Kriegstagebuch S. 9 (10.2.1944).
- 58 MAF, RW 20-18/21, Kriegstagebuch vom 10.2.1944.
- 59 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 8 (16.5.1944).
- 60 MAF, RW 21-28/18, Kriegstagebuch S. 20 (30.9.1944).
- 61 MAF, RW 21-28/16, Kriegstagebuch S. 13 (29.2.1944).

- 62 MAF, RW 21-28/5, Zehn-Tagesbericht zum 20.5.1941.
- 63 1941 wurden in Deutschland insgesamt 63.600 Panzer hergestellt, 1943 waren es bereits 203.615 und 1944 313.755 bzw. das Fünffache der Produktion vor diesem Programm. Vgl. Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 131.
- 64 MAF, RW 21-28/12, Aktenvermerk 9 vom 9.2.1943.
- 65 Ebd.
- 66 Neben den Wehrwirtschaftsbetrieben gab es Betriebe der "Bedarfsstelle II. Ordnung"; auch sie wurden mit kriegs- oder lebenswichtigen Aufträgen bedacht, unterstanden aber nicht dem Rüstungskommando oder der Rüstungsinspektion, sondern der Handwerkskammer Innsbruck; vgl. Schreiben der Handwerkskammer Innsbruck vom 27.5.1940, DMG Sch VI/1.
- 67 BAK, R 3/2019, "Reichsbetriebskartell", eigene Berechnungen.
- 68 MAF, RW 21-28 und RW 20-18.
- 69 MAF, RW 21-28/16, Vierteljahresbericht zum 31.3.1944.
- 70 BAK, R3/1768, Rundschreiben vom 31.7.1944 (Entwurf).
- 71 Vgl. das Kapitel The German War Economy im Bericht der Overall Economic Effects Division vom 30.9.1945, in: Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 98-104.
- 72 Ebd.
- 73 Die Einschätzung der rüstungspolitischen Notwendigkeiten war bei Zentralstellen naturgemäß anders als vor Ort. Die Maßnahmen standen im Zusammenhang mit den schweren amerikanischen Luftangriffen auf deutsche Flugzeugwerke im Februar 1944, die 70 Prozent der Produktionskapazität für Jagdflugzeuge zerstörten. Speer schuf den "Jägerstab", der eine drastische Verminderung der Typen und die Fertigung in großen Serien durchsetzte. Vgl. Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 46.
- 74 Die Me 410 wurde als Zerstörer, Schnellbomber und Fernaufklärer wirksam eingesetzt, sie war auch unter dem Namen "Hornisse" bekannt; vgl. Lussar, Rudolf: Die deutschen Waffen und Geheimwaffen des 2. Weltkrieges und ihre Weiterentwicklung, S. 65.
- 75 Die Do 335, ein Jäger und Nachtbomber, war die "bemerkenswerteste Entwicklung" der Dornier-Werke während des Zweiten Weltkrieges; vgl. Lussar, Rudolf: Die deutschen Waffen und Geheimwaffen des 2. Weltkrieges und ihre Weiterentwicklung, S. 81.
- 76 MAF, RW 20-18/23, Kurzbericht der Rüstungsinspektion XVIII vom 10.8.1944.
- 77 Mulley, Klaus-Dieter: Niederösterreichs Industrie von 1938 bis 1945, S. 357; vgl. auch generell Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 48.
- 78 MAF, RW 21-28/18, Kriegstagebuch S. 9 (4.8.1944).
- 79 In Vorarlberg kam es bei Waffen und Munition meist nicht zu End-, sondern nur zu Teilfertigungen; genaue Produktionsziffern bei Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Band 2, Anhang.
- 80 MAF RW 20-18/6, Protokoll einer Sitzung der verantwortlichen Rüstungsplaner und Unternehmer im Bereich des Wehrkreises XVIII vom 10.5.1940.

- 81 Vgl. Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich". S. 50 und S. 130 ff.
- 82 Vgl. Speer, Albert: Erinnerungen, S. 422.

### Anmerkungen zum Kapitel 7.3.

- 1 MAF, RW 21-28/2, Schreiben vom 29.10.1939.
- 2 Ebd.
- 3 MAF, RW 21-28/7, Kriegstagebuch S. 20 (Oktober 1941).
- 4 MAF, RW 20-18/14, Anlage XI/33 (Arbeitsbesprechung der Prüfungskommission vom 20.5.1942).
- 5 Vgl. Gisinger, Arno: Die Auswirkungen des Luftkrieges, S. 78.
- 6 Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 199 und 203.
- 7 Zur Geschichte dieses Konzerns vgl. Pohl, Hans/ Habeth, Stephanie/ Brünninghaus, Beate: Die Daimler-Benz AG in den Jahren 1933 bis 1945.
- 8 BAK, R3/3252, Aktenvermerk vom 16.7.1943.
- 9 MAF, RW 21-28/6, Kriegstagebuch S. 6 f. (4.7.1941).
- 10 MAF, RW 20-18/19, Monatsbericht vom 14.8.1943.
- 11 MAF, RW 20-18/19, Monatsbericht vom 12.7.1943.
- 12 MAF, RW 20-18/12, Kriegstagebuch S. 5 (21.1.1943).
- 13 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 3 (16.4.1944).
- 14 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 3 (19.4.1944).
- 15 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 5 (30.4.1944).
- 16 MAF, RW 21-28/18, Kriegstagebuch S. 10 (14.8.1944).
- 17 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 11 (28.5.1944).
- 18 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 11 (30.5.1944).
- 19 MAF, RW 21-28/12, Kriegstagebuch S. 4 (19.1.1943).
- 20 MAF, RW 21-28/13, Vierteljahrsbericht vom 10.7.1943.
- 21 Ebd.
- 22 MAF, RW 20-18/21, Monatsbericht H. Rhomberts für Dezember 1943.
- 23 MAF, RW 20-18/21, Monatsbericht H. Rhomberts für Jänner 1944.
- 24 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 6 (5.5.1944).
- 25 MAF, RW 20-18/22, Monatsbericht H. Rhomberts für April 1944.
- 26 MAF, RW 20-18/21, Monatsbericht H. Rhomberts für Dezember 1943.
- 27 MAF, RW 20-18/18, Kriegstagebuch (13.5.1943).
- 28 MAF, RW 21-28/12, Kriegstagebuch S. 14 (9.2.1943).
- 29 MAF, RW 20-18/17, Kriegstagebuch (6.3.1943); vgl. Gisinger, Arno: Die Auswirkungen des Luftkrieges, S. 79 f.
- 30 Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 199 und 203.
- 31 Eigene Zusammenstellung nach Akten aus dem MAF und BAK, Gedenkschrift Stadterhebung Hohenems 1333-1983; 100 Jahre Handelskammer; Bürger Oswald: Zeppelin und die Rüstungsindustrie am Bodensee; DÖW 8.346.
- 32 MAF, MSG. 110/143, Büro Hausmann, Meldung 1414 vom 25.8.1943; erstmals hat Arno Gisinger (Die Auswirkungen des Luftkrieges auf Vorarlberg, S. 83) auf diese Quelle hingewiesen.
- 33 Ebd.

- 34 MAF, RW 21-28/13, Vierteljahrsbericht vom 10.7.1943.
- 35 MAF, RW 21-28/14, Kriegstagebuch S. 17 (30.8.1943).
- 36 MAF, RW 20-18/19, Kriegstagebuch, Bericht des Luftwaffenbeauftragten Hermann Rhomberg vom 12.7.1943.
- 37 BAK, R3/3252, Aktenvermerk vom 12.7.1943.
- 38 BAK, R3/3252, Aktenvermerk vom 30.8.1943.
- 39 MAF, RW 21-28/16, Kriegstagebuch S. 10 (16.2.1944).
- 40 BAK, R3/3252, Aktenvermerk vom 16.7.1943.
- 41 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 2 (12.4.1944).
- 42 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 6 (5.5.1944).
- 43 MAF, RW 21-28/16, Kriegstagebuch S. 17 (19.3.1944).
- 44 MAF, RW 21-28/18, Kriegstagebuch S. 9 (9.8.1944); warum es bei diesem Konflikt ging, ist der Aktenlage nicht zu entnehmen.
- 45 MAF, RW 21-28/16, Kriegstagebuch S. 18 (23.3.1944 und 26.3.1944).
- 46 MAF, RL 19/ Zl. 309, Schreiben vom 6.6. und 7.6.1944.
- 47 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 202 und 210.
- 48 Genaue Vergleichszahlen gibt es bislang nicht. Schausbergers Quellenbasis ist nicht umfassend genug. Dennoch wird auch aus seinen Zahlen tendenziell die oben aufgestellte Behauptung unterstrichen: 24 der in den Jahren 1943 und 1944 in die Ostmark verlagerten Betriebe wurden in Vorarlberg angesiedelt, vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 199 ff.
- 49 Geyer, Michael: Deutsche Rüstungspolitik, S. 166.

## Anmerkungen zum Kapitel 7.4.

- 1 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 321 vom 15.9.1939.
- 2 MAF, RW 21-28/5, Kriegstagebuch S. 4 (4.4.1941).
- 3 MAF, RW 21-28/6, Aktenvermerk 143 vom 18.9.1941.
- 4 MAF, RW 21-28/6, Aktenvermerk 143 vom 18.9.1941.
- 5 MAF, RW 21-28/4, Aktenvermerk vom 29.3.1941.
- 6 MAF, RW 21-28/4, Kriegstagebuch S. 28 (März 1941).
- 7 MAF, RW 21-28/8, Kriegstagebuch S. 4 (19.1.1942).
- 8 MAF, RW 21-28/8, Kriegstagebuch S. 13 f. (Februar 1942).
- 9 MAF, RW 20-18/14, Anlage XI/33 zum Protokoll vom 20.5.1942.
- 10 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 26 (Mai 1942).
- 11 MAF, RW 21-28/15, Bericht vom 15.10.1943.
- 12 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 12.7.1944.
- 13 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 14 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 15 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 203 f. und 210.
- 16 MAF, RW 21-28/12, Aktenvermerk Nr. 15 vom 11.2.1943.
- 17 MAF, RW 21-28/15, Bericht vom 14.10.1943.
- 18 MAF, RW 20-18/19, Schreiben H. Rhomberts vom 13.9.1943.
- 19 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 20 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.

- 21 MAF, RW 20-18/19, Schreiben H. Rhomberts vom 13.9.1943 und Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.
- 22 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 23 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 12.7.1944.
- 24 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 25 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/47, pag. 92.
- 26 MAF, RW 21-28/12, Kriegstagebuch S. 28 (11.3.1943).
- 27 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 28 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.
- 29 MAF, RW 20-18/19, Schreiben H. Rhomberts vom 13.9.1943.
- 30 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 2 (15.4.1944).
- 31 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 10.7.1944.
- 32 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 33 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 10.7.1944.
- 34 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 35 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 90 vom 24.5.1941.
- 36 MAF, RW 20-18/19, Kurzbericht vom 16.8.1943.
- 37 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 3 f. (20.4.1944).

## Anmerkungen zum Kapitel 8.1.

- 1 Vgl. Botz, Gerhard: Ideologie und Wirklichkeit des "nationalen Sozialismus" in der "Ostmark", S. 20 f.
- 2 Vgl. Talos, Emmerich: Sozialpolitik 1938 bis 1945, S. 128.
- 3 Vgl. Botz, Gerhard: Wien vom "Anschluß" zum Krieg, S. 230 und 298.
- 4 Schreiben des Landesarbeitsamtes an die Landeshauptmannschaft vom 29.4.1946, DÖW 8.346.
- 5 Zu den Schwierigkeiten der Berechnung der Lebenshaltungskosten vgl. Talos, Emmerich: Sozialpolitik von 1938 bis 1945, S. 128 f.
- 6 VLA, BH Bregenz, III-Zl. 1.360, Schreiben BH Bregenz, 4.7.1938.
- 7 Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg, Jahrgänge 1 bis 4, 1941 bis 1944.
- 8 Ebd., eigene Berechnungen.
- 9 MAF, RW 19/65, Ablage zu Nr. 45601/39 geh vom 8.3.1939.
- 10 Vgl. Hetzer, Gerhard: Die Industriestadt Augsburg, S. 136 f.
- 11 Ebd.
- 12 SIABr, Schreiben des OGL von Lauterach, Alfred Bilgeri, an den Kreispropagandaleiter vom 10.2.1939.
- 13 Zit. n. Pichler, Meinrad: "Deutsches Leben heißt Arbeit", S. 285.
- 14 SIABr, NSDAP-Stimmungsbericht vom 14.3.1939.
- 15 SIABr, NSDAP-Stimmungsbericht vom 1.3.1939.
- 16 ÖSIA-AdR, Bürckel-Akten, 1919/3.
- 17 ÖSIA-AdR, Bürckel-Akten, 1910/3.
- 18 MAF, RW 21-28/4, Aktenvermerk vom 29.3.1941.
- 19 Eiber, Ludwig: Frauen in der Kriegsindustrie, S. 586.
- 20 Vgl. Botz, Gerhard: Ideologie und Wirklichkeit des "nationalen Sozialismus" in der "Ostmark", S. 23 f.

- 21 Ebd., S. 24.
- 22 Vgl. Mason, Timothy: Sozialpolitik im Dritten Reich, S. 294 ff.
- 23 Vgl. Talos, Emmerich: Sozialpolitik von 1938 bis 1945, S. 120.
- 24 StABr. NSDAP-Stimmungsbericht vom 1.3.1939.
- 25 Vgl. dazu für Vorarlberg Pichler, Meinrad: "Deutsches Leben heißt Arbeit", S. 285 ff.
- 26 Dreihammer, Heft 8, 2. Jahrgang, August 1940, S. 122.
- 27 MAF, RW 20-18/4, Lagebericht zum 20.2.1940.
- 28 MAF, RW 20-18/19, Kurzbericht vom 16.8.1943.

## Anmerkungen zum Kapitel 8.2.

- 1 Vgl. Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 324.
- 2 Vgl. Talos, Emmerich: Sozialpolitik 1938 bis 1945, S. 126.
- 3 VLA, BHBr III-1.360/38, Schreiben vom 18.4.1938.
- 4 Ebd.
- 5 VLA, BHBr III-1.360/38, Schreiben vom 30.3.1938.
- 6 VLA, BHBr III-1.360/38, Schreiben vom 17.11.1938.
- 7 VLA, BHBr III-1.360/38, Schreiben vom 11.10.1938.
- 8 VLA, BHBr III-1.360/38, Schreiben vom 12.10.1938.
- 9 VLA, BHBr III-1.360/38, Rundschreiben vom 17.8.1938.
- 10 VLA, BHBr III-1.360/38, Rundschreiben vom 2.9.1938.
- 11 VLA, BHBr III-1.360/38, Rundschreiben vom 30.6.1938.
- 12 VLA, BHBr III-1.360/38, Sammelakt Preisüberwachungsstelle.
- 13 Ebd.
- 14 VLA, BHBr III-1.360/38, Schreiben vom 4.7.1938.
- 15 VLA, BHBr III-1.360/38, Schreiben vom 20.9.1938.
- 16 Untersuchungen der Preisentwicklung in anderen Regionen des Reichs zeigen ähnliche Ergebnisse wie die vorliegenden; vgl. etwa Tenfelde, Klaus: Proletarische Provinz, S. 291 ff.; Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich, S. 323 ff.; Talos, Emmerich: Sozialpolitik 1938 bis 1945, S. 128.
- 17 Vgl. Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol-Vorarlberg, Jg. 1941 bis 1944; VLA, BHBr III-1.360/38, Sammelakt Preisüberwachungsstelle; eigene Berechnungen.
- 18 Karner, Stefan: Zur sozialen Lage der österreichischen Arbeiterschaft unter dem Nationalsozialismus, S. 30.
- 19 Vgl. dazu Pichler, Meinrad: Leben im Krieg, S. 134-138.

## Anmerkungen zum Kapitel 8.3.

- 1 Vgl. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 156 ff.
- 2 Vgl. Talos, Emmerich: Sozialpolitik von 1938 bis 1945, S. 120.
- 3 Vgl. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 158.
- 4 Mason, Timothy: Sozialpolitik im Dritten Reich, S. 281.
- 5 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 1 (5.4.1944).

- 6 MAF, RW 21–28/17, Kriegstagebuch S. 11 (31.5.1944).
- 7 Vgl. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 158.
- 8 Zit. n. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 159.
- 9 Vgl. Eiber, Ludwig: Frauen in der Kriegsindustrie, S. 584.
- 10 MAF, RW 20–18/6, Schreiben vom 6.5.1940.
- 11 MAF, RW 21–28/5, Aktenvermerk 91 vom 24.5.1941.
- 12 MAF, RW 21–28/5, Aktenvermerk 88 vom 26.5.1941.
- 13 Zit. n. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 159.
- 14 Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 159.
- 15 Vgl. dazu ausführlich Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 161–169.
- 16 Zit. n. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 165.
- 17 Mason, Timothy: Sozialpolitik im Dritten Reich, S. 281.
- 18 Vgl. hierzu vor allem Pichler, Meinrad: Arbeitsverweigerungen; daneben auch Walser, Harald: Anspruch und Wirklichkeit: Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft, S. 330–337.
- 19 Tenfelde, Klaus: Proletarische Provinz, S. 368 f.
- 20 Vgl. Kuczynski, Jürgen: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, S. 285 bis 291.
- 21 Vgl. Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 294 ff.
- 22 BAK, R 58/350, SD Wien 28.2.1940.
- 23 MAF, RW 21–28/11, Kriegstagebuch S. 3 (8.10.1942).
- 24 MAF, RW 21–28/13, Aktenvermerk 34 vom 12.4.1944.
- 25 Vgl. die Firmengeschichten im Anhang.
- 26 Vgl. Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich", S. 39.

#### Anmerkungen zum Kapitel 8.4.

- 1 Vgl. Brändle/Greussing: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, S. 163; VWSSI 1945, S. 3–9.
- 2 MAF, RW 21–28/3, Anlage 5 zum Schreiben vom 8.10.1940.
- 3 Ebd.
- 4 MAF, RW 21–28/3, Schreiben des Rükdo vom 5.10.1940.
- 5 In Wirklichkeit arbeiteten wesentlich mehr Menschen für die Wehrmacht, vgl. Kapitel 7.1. und 7.2.
- 6 MAF, RW 21–28/4, Bericht des Rükdo vom 25.3.1941.
- 7 Vgl. zum Problem der Trennung von Zivilarbeitern aus verschiedenen Nationen Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 99 f.
- 8 MAF, RW 21–28/6, Aktenvermerk 114 vom 24.7.1941.
- 9 Vgl. dazu grundlegend Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 105–131; für Vorarlberg Brändle, Hermann/ Greussing, Kurt: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene.
- 10 MAF, RW 21–28/6, Viertel-Jahresbericht zum 30.9.1941.
- 11 MAF, RW 21–28/7, Viertel-Jahresbericht zum 31.12.1941.
- 12 MAF, RW 21–28/9, Kriegstagebuch S. 37 (8.6.1942).
- 13 MAF, RW 21–28/10, Kriegstagebuch S. 1 (1.7.1942).
- 14 MAF, RW 21–28/10, Kriegstagebuch S. 2 (7.7.1942).

- 15 MAF, RW 20–18/13, Kriegstagebuch vom 18.3.1942.
- 16 MAF, RW 21–28/10, Kriegstagebuch S. 7 f. (31.7.1942).
- 17 Kriegsgefangenenkamen den Unternehmen natürlich noch billiger als Fremdarbeiter, zudem wurden sie bewacht und waren daher leichter disziplinerbar; vgl. Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 92 ff.
- 18 MAF, RW 21–28/11, Kriegstagebuch S. 5 (16.10.1942).
- 19 MAF, RW 21–28/12, Kriegstagebuch S. 13 (8.2.1943).
- 20 MAF, RW 21–28/12, Kriegstagebuch S. 18 (19.2.1943).
- 21 MAF, RW 21–28/13, Aktenvermerk 34 vom 12.4.1943.
- 22 Vgl. dazu Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 259–261.
- 23 MAF, RW 20–18/13, Anlagen zum Bericht vom März 1942.
- 24 Vgl. Gedenkschrift Stadterhebung. Hohenems 1333–1983, S. 252 f.
- 25 Vgl. Gedenkschrift Stadterhebung. Hohenems 1333–1983, S. 184; I. Mathis, Kurt, Hohenems, 1988.
- 26 Vgl. Festschrift zum 165-Jahr-Jubiläum der Bürgermusik Hohenems, S. 20.
- 27 Vgl. 50 Jahre Marktgemeinde Hard. Jubiläumsschrift, S. 65 ff.
- 28 Zit. n. Sinz, Egon: Kennelbach, S. 407.
- 29 Ebd.
- 30 DÖW, Zl. 8.346, "Rot-weiß-rot-Bericht" Bürs.
- 31 Kaufmann, Johann: Kriegschronik der Gemeinde Reuthe, S. 154.
- 32 Vgl. Bestände im LGF Vr 155/43, Vr 90/43, Vr 30/41, Vr 526/40, Vr 320/40, Vr 446/40, Vr 447/40, Vr 526/40, Vr 257/43, Vr 282/40, Vr 199/44; I. Weiß, August, Dornbirn, 6.6.1988; StABr PolBer 1942/43; StAD Protokoll der Ratsherrensitzung vom 30.10.1944/3; Dreihammer, Sonderdruck "Fischbach einst – und heute" (1985).
- 33 Vgl. die Firmengeschichten im Anhang. Vor allem auf den Illwerke-Baustellen mußten viele Kriegsgefangene arbeiten. Genaue Zahlen ließen sich aber leider nicht ermitteln; vgl. Brändle, Hermann/ Greussing, Kurt: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, S. 172 und 185.
- 34 Vgl. dazu für Vorarlberg Brändle, Hermann/ Greussing, Kurt: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, S. 175 ff.
- 35 Original im VLA/DMG, Sch XII.
- 36 BAK, R 22–3368, Schreiben des Generalstaatsanwaltes beim OLG Innsbruck an den Staatssekretär in Berlin vom 29.3.1942.
- 37 Vgl. Brändle, Hermann/ Greussing, Kurt: Kriegsgefangene und Fremdarbeiter, S. 178 f.
- 38 I. Rohrer, Karl, Rankweil, 10.1.1985.
- 39 RGBl I, S.1685; vgl. dazu auch Talos, Emmerich: Sozialpolitik von 1938 bis 1945, S. 130 ff.
- 40 Vgl. Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 83 ff. und Brändle, Hermann/ Greussing, Kurt: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, S. 161.
- 41 Vgl. Egger, Gernot: Ins Freie? Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933 – 1945, S. 251–255.
- 42 Urteil des LG Feldkirch gegen Ehrenfeld vom 7.2.1941, LGF 5 E Vr 282/40.
- 43 Vgl. Brändle, Hermann/ Greussing, Kurt: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, S. 180 f.
- 44 Vgl. den Schriftverkehr und das Urteil, LGF Vr 447/40.

- 45 Vgl. Egger, Gernot: *Ins Freie? Die vorarlbergisch-schweizerische Grenze 1933-1945*, S. 253 ff.
- 46 Vgl. Herbert, Ulrich: *Fremdarbeiter*, S. 96 ff.
- 47 MAF, RW 21-28/7, Kriegstagebuch S. 10 (5.10.1941).
- 48 MAF, RW 21-28/7, Kriegstagebuch S. 16 (Oktober 1941).
- 49 MAF, RW 21-28/7, Aktenvermerk 194 vom 9.12.1941.
- 50 Vgl. Herbert, Ulrich: *Fremdarbeiter*, S. 120.
- 51 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 8 (30.4.1942).
- 52 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 9 (1.5.1942).
- 53 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 22 (16.5.1942).
- 54 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 41 (23.6.1942).
- 55 MAF, RW 21-28/7, Aktenvermerk 183 vom 26.11.1941.
- 56 Vgl. Herbert, Ulrich: *Fremdarbeiter*, S. 314-326.
- 57 MAF, RW 21-28/10, Kriegstagebuch S. 2 (7.7.1942).
- 58 MAF, RW 21-28/10, Kriegstagebuch S. 13 (19.8.1942).
- 59 MAF, RW 21-28/11, Kriegstagebuch S. 20 (14.12.1942).
- 60 BAK, NS 6/414, Auszüge aus den Gauleitungsberichten vom 28.2.1943 bis zum 6.3.1943.
- 61 Ebd.
- 62 Vgl. dazu Brändle, Hermann/ Greussing, Kurt: *Fremdarbeiter und Kriegsgefangene*, S. 172 ff. und 180 ff.
- 63 MAF, RW 20-18/19, Kriegstagebuch vom 5.8.1943.
- 64 Vgl. 50 Jahre Marktgemeinde Hard. Jubiläumsschrift, S. 67.
- 65 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 93 vom 26.5.1941.
- 66 MAF, RW 21-28/7, Aktenvermerk 194 vom 9.12.1941.
- 67 MAF, RW 21-28/7, Aktenvermerk 194 vom 9.12.1941.
- 68 MAF, RW 21-28/7, Viertel-Jahresbericht zum 31.12.1941.
- 69 Vgl. Herbert, Ulrich: *Fremdarbeiter*, S. 135.
- 70 Die sogenannten "Sauckel-Aktionen" waren meist Zwangsrekrutierungen in Frankreich. Bei der hier angesprochenen zweiten der insgesamt vier "Sauckel-Aktionen" von Jänner bis April 1943 wurden über 250.000 französische Arbeitskräfte – unter ihnen fast 160.000 Facharbeiter – nach Deutschland gebracht; vgl. dazu Blauch, Fritz: *Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich"*, S. 106 ff. und Herbert, Ulrich: *Fremdarbeiter*, S. 251 – 258.
- 71 MAF, RW 21-28/12, Vierteljahresbericht zum 16.4.1943.
- 72 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 2 (9.4.1943).
- 73 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 7 (25.4.1943).
- 74 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 8 (26.4.1943).
- 75 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 9 (27.4.1943).
- 76 MAF, RW 21-28/12, Kriegstagebuch S. 29 (15.3.1943).
- 77 Die französischen Kriegsgefangenen hatten im Zuge der zweiten "Sauckel-Aktion" einen sogenannten "erleichterten Status" erhalten. Dadurch galten sie als "beurlaubt" und wurden in ein ziviles Arbeitsverhältnis überführt; vgl. Herbert, Ulrich: *Fremdarbeiter*, S. 251.
- 78 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 14 (20.5.1943).
- 79 MAF, RW 21-28/14, Kriegstagebuch S. 21 (14.9.1943).
- 80 MAF, RW 21-28/15, Kriegstagebuch S. 10 (1.11.1943).
- 81 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 21 (20.6.1943).

- 82 Vgl. Brändle, Hermann/ Greussing, Kurt: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, S. 173 ff.
- 83 Chronik des Pfarramtes Hohenems; siehe auch Eintragungen im Totenbuch.
- 84 Vgl. Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 287 f.
- 85 MAF, RW 21–28/16, Kriegstagebuch S. 8 (2.2.1944).
- 86 MAF, RW 21–28/16, Kriegstagebuch S. 4 (13.1.1944).
- 87 MAF, RW 21–28/16, Kriegstagebuch S. 4 (16.1.1944); RW 20–18/21, Protokoll vom 23.2.1944.
- 88 MAF, RW 21–28/16, Kriegstagebuch S. 8 (2.2.1944).
- 89 MAF, RW 21–28/16, Kriegstagebuch S. 13 (29.2.1944).
- 90 MAF, RW 20–18/21, Protokoll vom 23.2.1944.
- 91 MAF, RW 21–28/17, Kriegstagebuch S. 1 (5.4.1944).
- 92 Zum Widerspruch zwischen schlechter Behandlung und guter Arbeitsleistung vgl. den Abschnitt bei Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 294 ff.
- 93 VWSS 1945, S. 3–9.
- 94 Vgl. Brändle, Hermann/ Greussing, Kurt: Kriegsgefangene und Fremdarbeiter, S. 163 f.
- 95 Vgl. Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, S. 270.

## Anmerkungen zum Kapitel 8.5.

- 1 MAF, RW 21–28/6, Aktenvermerk 124 vom 13.8.1941.
- 2 Vgl. WuVT I/Dok. 65, S. 573.
- 3 Vgl. Klamper, Elisabeth: NS-Terror, S. 521.
- 4 Vgl. WuVT I/Dok. 68, S. 581 f.
- 5 Vgl. Klamper, Elisabeth: NS-Terror, S. 524ff.
- 6 Vgl. Rundschreiben der Gestapo Innsbruck aus dem Jahre 1941 an die höheren Partei- und Verwaltungsstellen in Tirol und Vorarlberg, DMG Sch VI.
- 7 Vgl. WuVT I/Dok. 65, S. 572.
- 8 Zit. n. Internationaler Suchdienst Arolsen (Hg.): Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer-SS (1933–1945), S. LVIII.
- 9 StABr, PolBer, 29.9.1943.
- 10 Brändle/Greussing: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, S. 169.
- 11 MAF, RW 21–28/11, Kriegstagebuch S. 5 (17.10.1942).
- 12 DÖW, Zl. 13.237.
- 13 MAF, RW 21–28/11, Kriegstagebuch S. 23 (16.12.1942).
- 14 Vgl. WuVT I/Dok. 65, S. 572–580.
- 15 Zit. n. WuVT I/Dok. 69, S. 582.
- 16 WuVT I/Dok. 65, S. 576.
- 17 Vgl. WuVT I/Dok. 76, S. 590 f.
- 18 MAF, RW 21–28/13, Kriegstagebuch S. 18 (3.6.1943).
- 19 Vgl. das Kapitel über Kriegsgefangene und Fremdarbeiter in dieser Arbeit.

## Anmerkungen zum Anhang IO.I

- 1 Vgl. dazu generell Geyer, Michael: Deutsche Rüstungspolitik, S. 166.
- 2 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 205.
- 3 MAF, RW 21-28/2, Anlage I zum Schreiben vom 28.10.1939.
- 4 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 469 vom 16.11.1939.
- 5 MAF, RW 21-28/2, Schreiben des RÜKdo vom 29.12.1939.
- 6 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 31 (29.5.1942).
- 7 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 31 (28.5.1942).
- 8 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 9 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 10 MAF, RW 21-28/2, Schreiben des RÜKdo vom 29.12.1939.
- 11 MAF, RW 21-28/3, Schreiben des RÜKdo vom 4.1.1940.
- 12 MAF, RW 21-28/4, Vierteljahresbericht zum 31.3.1941.
- 13 Das Flak-Programm der Rüstungsindustrie hatte schon im Krieg gegen England neben der U-Boot-Herstellung eine bevorzugte Stellung inne. Daran wurde nichts geändert. Wichtige Fertigungen wurden damals zunehmend in die als nicht besonders stark luftkriegsgefährdet geltende Ostmark verlegt, wovon die hiesigen Munitionsfirmen profitierten. Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 74 f.
- 14 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 92 vom 26.5.1941.
- 15 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk vom 25.6.1941.
- 16 MAF, RW 21-28/6, Kriegstagebuch S. 26 (17.7.1941).
- 17 MAF, RW 21-28/6, Kriegstagebuch S. 95 (1.9.1941).
- 18 MAF, RW 21-28/6, Vierteljahresbericht zum 30.9.1941.
- 19 MAF, RW 21-28/7, Zehn-Tagesbericht zum 20.10.1941.
- 20 MAF, RW 21-28/9, Kriegstagebuch S. 30 (28.5.1942).
- 21 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 92 vom 26.5.1941.
- 22 MAF, RW 21-28/10, Kriegstagebuch S. 2 (7.7.1942).
- 23 MAF, RW 21-28/11, Kriegstagebuch S. 14 (23.11.1942).
- 24 Vgl. die beiden Blätter BAK, R 3/2.019 Reichsbetriebskartei.
- 25 Vgl. Vorarlberger Tagblatt vom 15.2.1943.
- 26 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 27 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.
- 28 BAK, R3/2019, Reichsbetriebskartei.
- 29 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 30 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 204 und 210.
- 31 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 207.
- 32 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 315 vom 18.9.1939.
- 33 BAK, R3/2019, Reichsbetriebskartei.
- 34 MAF, RW 21-28/13, Bericht vom 30.4.1943.
- 35 MAF, RW 20-18, Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.
- 36 MAF, RW 21-28/4, Kriegstagebuch S. 16 (März 1941).
- 37 MAF, RW 21-28/15, Bericht vom 12.11.1943.
- 38 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 7.7.1944.
- 39 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 40 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 207.
- 41 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 384 vom 14.10.1939.

- 42 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 80 vom 26.5.1941.
- 43 MAF, RW 21-28/6, Kriegstagebuch S. 6 (4.7.1941).
- 44 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 45 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 46 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 47 MAF, RW 21-28/7, Aktenvermerk 158 vom 23.10.1941.
- 48 MAF, RW 21-28/7, Aktenvermerk 158 vom 23.10.1941.
- 49 MAF, RW 21-28/7, Aktenvermerk 183 vom 26.11.1941.
- 50 MAF, RW 21-28/7, Aktenvermerk 183 vom 26.11.1941.
- 51 MAF, RW 21-28/7, Zehn-Tagesbericht zum 20.10.1941.
- 52 MAF, RW 21-28/7, Vierteljahrsberichte zum 31.12.1941.
- 53 MAF, RW 21-28/8, Zehn-Tagesbericht zum 25.2.1942.
- 54 MAF, RW 21-28/11, Kriegstagebuch S. 4 (12.10.1942).
- 55 MAF, RW 21-28/11, Kriegstagebuch S. 12 (12.11.1942).
- 56 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 2 (7.4.1943).
- 57 MAF, RW 20-18/19, Schreiben H. Rhomberts vom 13.9.1943.
- 58 MAF, RW 21-28/16, Bericht vom 7.2.1944.
- 59 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 5.7.1944.
- 60 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 61 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/47, pag. 92.
- 62 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.
- 63 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 204.
- 64 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 316 vom 18.9.1939
- 65 Ebd.
- 66 MAF, RW 21-28/4, Aktenvermerk vom 24.1.1941.
- 67 MAF, RW 21-28/4, Aktenvermerk vom 24.1.1941.
- 68 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 86 vom 26.5.1941.
- 69 BAK, R3/2019, Reichsbetriebskartei.
- 70 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 71 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 204 und 210.
- 72 DMG, Sch VI/1, Schreiben der Handwerkskammer Innsbruck an die Firma Künz vom 27.5.1940.
- 73 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 74 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 206 und 210.
- 75 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 205.
- 76 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.
- 77 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 78 MAF, RW 21-28/13, Bericht vom 30.4.1943.
- 79 MAF, RW 21-28/16, Bericht vom 7.2.1944.
- 80 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 81 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 207.
- 82 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei, Festschrift der "Freien Meistervereinigung" von Hohenems, o. S.
- 83 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 206 und 210.
- 84 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 85 MAF, RW 21-28/18, Kriegstagebuch S. 19f. (29.9.1944).
- 86 Vgl. Festschrift der "Freien Meistervereinigung" von Hohenems, o. S.
- 87 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.

- 88 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 89 MAF, RW 20-18/14, Kriegstagebuch vom 11.4.1942.
- 90 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 206 und 210.
- 91 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 206 und 210; Amann, Bruno; Industrieführer von Vorarlberg, S. 42.

## Anmerkungen zum Kapitel 10.2.

- 1 Vgl. Puntchart, Adam: Die Heimat ist weit... S. 110 f.
- 2 MAF, RW 20-18/22, Monatsbericht des Luftwaffenbeauftragten für den April 1944.
- 3 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 4 (21.4.1944).
- 4 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 11 (28.5.1944).
- 5 BAK, R 3/ZI. 1.509; vgl. Puntchart, Adam: Die Heimat ist weit... S. 109 f.; Burger, Oswald: Zeppelin und die Rüstungsindustrie am Bodensee, Teil 2, S. 74.
- 6 MAF, RW 21-28/17, Vierteljahresbericht zum 30.6.1944.
- 7 Den Hinweis auf diesen Akt verdanke ich Florian Freund und Bertram Perz. Das volle Zitat lautet: Joint Intelligence Objectives Agency, Washington D. C. (Hg.) und CIOS Section, Intelligence Division Office, Chief Engineer, US-FET (= US Forces, European Theatre) APO 887, Washington D. C. 1945 (Verfasser), German Underground Installations. Part two of three. Adaptions of existing facilities.
- 8 I. Kurt Mathis, Hohenems, 15.6.1988.
- 9 Vgl. Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen, S. 67.
- 10 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 205.
- 11 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 63 vom 21.4.1941.
- 12 MAF, RW 20-18/14, Anlage XI/33 zum Protokoll vom 22.5.1942.
- 13 MAF, RW 21-28/15, Bericht vom 15.11.1943.
- 14 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 15 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.
- 16 MAF, RW 21-28/16, Bericht vom 2.2.1944.
- 17 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 18 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 19 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/47, pag. 92.
- 20 MAF, RW 21-28/15, Bericht vom 16.11.1943; BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 21 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 384 vom 14.10.1939.
- 22 MAF, RW 21-28/2, Schreiben vom 4.11.1939.
- 23 MAF, RW 21-28/2, Anlage 3 zum Schreiben vom 2.12.1939.
- 24 MAF, RW 21-28/2, Anlage 3 zum Schreiben vom 16.12.1939.
- 25 MAF, RW 21-28/4, Kriegstagebuch S. 10 (Februar 1941).
- 26 MAF, RW 21-28/3, Anlage 3 zum Schreiben vom 2.3.1940.
- 27 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 87 und 93 vom 26.5.1941.
- 28 MAF, RW 21-28/6, Aktenvermerk 124 vom 13.8.1941.
- 29 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 90 vom 24.5.1941.
- 30 MAF, RW 21-28/6, Aktenvermerk 143 vom 18.9.1941.
- 31 MAF, RW 21-28/15, Bericht vom 16.11.1943.
- 32 MAF, RW 20-18/21, Monatsbericht H. Rhomberts für Jänner 1944.

- 33 MAF, RW 20-18/22, Monatsbericht H. Rhomberts für März 1944.
- 34 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 3.7.1944.
- 35 MAF, RW 21-28/16, Bericht vom 2.2.1944.
- 36 MAF, RW 21-28/18, Bericht vom 19.7.1944.
- 37 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/47, pag. 92.
- 38 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 39 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.
- 40 MAF, RW 21-28/16, Bericht vom 2.2.1944.
- 41 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 10.7.1944.
- 42 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.
- 43 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S. 2 (12.4.1944).
- 44 MAF, RW 21-28/17, Kriegstagebuch S.6 (5.5.1944).
- 45 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 46 MAF, RW 20-18/22, Monatsbericht des Luftwaffenbeauftragten für den April 1944.
- 47 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 48 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 12.7.1944.
- 49 BAK, R3/2019, Reichsbetriebskartei.
- 50 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/47, pag. 92.
- 51 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 23 (24.6.1943).
- 52 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943 und RW 21-28/16, Bericht vom 2.2.1944.
- 53 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 12.7.1944.
- 54 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 24 (30.6.1943)
- 55 BAK, R3/2019, Reichsbetriebskartei.
- 56 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 57 MAF, RW 21-28/4, Aktenvermerk 22 vom 22.3.1941.
- 58 MAF, RW 21-28/4, Aktenvermerk vom 29.3.1941.
- 59 MAF, RW 21-28/5, Kriegstagebuch S. 71 (Juni 1941).
- 60 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 104 vom 23.6.1941.
- 61 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 83 vom 31.5.1941.
- 62 MAF, RW 21-28/5, Kriegstagebuch S. 70 (Juni 1941).
- 63 MAF, RW 21-28/4, Aktenvermerk 104 vom 23.6.1941.
- 64 MAF, RW 21-28/6, Kriegstagebuch S. 9 (Juli 1941).
- 65 MAF, RW 21-28/5, Aktenvermerk 83 vom 31.5.1941.
- 66 MAF, RW 21-28/5, Kriegstagebuch S. 70 (Juni 1941).
- 67 MAF, RW 21-28/14, Bericht vom 21.7.1943.
- 68 MAF, RW 21-28/16, Bericht vom 2.2.1944.
- 69 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 5.7.1944.
- 70 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 71 MAF, RW 20-18/22, Monatsbericht des Luftwaffenbeauftragten für April 1944.
- 72 MAF, RW 21-28/16, Bericht vom 2.2.1944 und RW 21-28/17, Bericht vom 5.7.1944.
- 73 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 74 MAF, RW 20-18/19, Anlage XVI/47, pag. 92.
- 75 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 12 (10.5.1943).
- 76 MAF, RW 20-18/19, Schreiben H. Rhomberts vom 13.9.1943.

- 77 MAF, RW 21-28/15, Bericht vom 29.10.1943.
- 78 MAF, RW 21-28/13, Kriegstagebuch S. 18 (4.6.1943)
- 79 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 13.7.1944.
- 80 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 210.
- 81 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 206; Amann, Bruno: Industrieführer von Vorarlberg, S. 44.
- 82 MAF, RW 20-18, Beilage XVI/23 zum Schreiben vom 16.8.1943.
- 83 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 202 und 210; 50 Jahre Marktgemeinde Hard, S. 66.
- 84 MAF, RW 21-28/2, Anlage 3 zum Schreiben vom 16.12.1939.
- 85 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 86 Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 62.
- 87 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 298 vom 12.9.1939.
- 88 MAF, RW 21-28/2, Aktenvermerk 298 vom 12.9.1939.
- 89 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 90 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 7.7.1944.
- 91 MAF, RW 21-28/16, Bericht vom 7.2.1944.
- 92 MAF, RW 21-28/17, Bericht vom 7.7.1944.
- 93 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 202.
- 94 MAF, RW 20-18/24, Kurzbericht vom 10.8.1944.
- 95 BAK, R 3/2.019, Reichsbetriebskartei.
- 96 Vgl. 100 Jahre Handelskammer, S. 205 und Amann, Bruno: Industrieführer von Vorarlberg, S. 41.

## 12. Quellen-, Literatur- und Bildverzeichnis

### 12.1. Quellenverzeichnis

#### Archive

Archiv des Landesgerichtes Feldkirch, LGF  
(Strafakten, Entnazifizierungsakten)

Berlin Document Center, BDC  
(Diverse Personalakten in Kopie erhalten)

Bundesarchiv Koblenz, BAK  
(Bürckel-Akten, Bestände Reichsfinanzministerium, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, Reichssicherheitshauptamt, Generalinspektor für Wasser und Energie, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Reichsarbeitsministerium, Reichskanzlei, Reichsnährstand/Reichsbauernführung, Reichspropagandaamt, Reichswirtschaftsamt, Reichsrundfunkanstalten, Reichsschatzamt, Sturmabteilung der NSDAP, Hauptarchiv der NSDAP, Sammlung Schumacher, Hauptamt für Kommunalpolitik, Reichsstelle für Kleidung und verwandte Gebiete, Prüfungsstelle für Bekleidungsindustrie)

Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, MAF  
(Bestände Rüstungskommando Innsbruck, Bestände Rüstungsinspektion XVIII Salzburg, Wehrwirtschaftsoffizier des Wehrkreises XVIII, Inspekteur der Wehrwirtschaftsinspektion XVIII, Msg. 110-Sammlung Hausamann)

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, DÖW  
(Diverse Bestände ohne nähere Sammelbezeichnungen)

Dokumentensammlung der Johann-August-Malin-Gesellschaft im Vorarlberger Landesarchiv, DMG/VLA  
(Diverse Bestände ohne nähere Sammelbezeichnung)

Institut für Zeitgeschichte Wien, IfZ  
(Mikrofilmarchiv)

Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, ÖStA/AdR  
(Vermögensverkehrsstelle, Bürckel-Akten, Bundesministerium für Handel und Verkehr)

Pfarrarchiv Hohenems  
(Pfarrchronik, Totenbuch)

Stadtarchiv Bludenz, StABI  
(Diverse Bestände ohne nähere Kennzeichnung)

Stadtarchiv Bregenz, StABr  
(Stimmungsberichte)

Universitätsarchiv Innsbruck, UAI  
(Diverse Bestände)

Vorarlberger Landesarchiv, VLA  
(Akten der Bezirkshauptmannschaft/Landratsamt Bregenz, Akten der Bezirks-  
hauptmannschaft/Landratsamt Feldkirch, Präsidium, Preisüberwachungsstelle,  
Abteilung Ia, Abteilung II, Abteilung IV, Naumann-Nachlaß)

## **Interviews und schriftliche Mitteilungen**

Konrad Blank, Sulzberg, 28.6.1989.

Andreas Bösch, Dornbirn, 26.8.1983.

Henry Delfiner, Lexington, 30.3.1989.

Albert Furtenbach, Feldkirch, 22.6.1989.

Josef Keckeis, Frastanz, 3.II.1982.

Klaus Mahner, Innsbruck, 24.II.1983, 29.II.1983, 12.I.1984, 3.9.1985, 5.9.1985, 28.I.1986,  
18.7.1987 und 10.10.1987.

Heinrich Mandlez, Innsbruck, 10.9.1985 und 7.2.1986.

Kurt Mathis, Hohenems, 15.6.1988.

Fritz Morell, Altach, 29.8.1983.

Walter Morscher, Klaus, 10.9.1983.

Karl Rohrer, Rankweil, 10.1.1985.

Luise Schelling, Bludenz, 5.8.1983.

Wilma Spiegel, Dornbirn, 5.8.1983 und 13.8.1983.

Herbert Stöhs, Dornbirn, 28.4.1988.

Richard Tiefenthaler, Altach, 8.II.1981.

August Weiß, Dornbirn, 4.3.1983 und 6.6.1988.

## Ungedruckte Quellen

Kopf, Rudolf: Erinnerungen an die Zeit 1938 bis 1945 im Land Vorarlberg. Bregenz 1970. Kopie des Manuskriptes im Besitz des Verfassers.

Mahnerl, Klaus: Mildernde Umstände. Bericht über den Lebensabschnitt 1913-1945. Innsbruck 1977. Kopie im Besitz des Verfassers.

Nägele, Hans: Vorarlbergs Stellung im Dritten Reich. O.O., o.J. Kopie des Manuskriptes im Besitz des Verfassers

ders. Toni Plankensteiner. O.O., o.J. Kopie des Manuskriptes im Besitz des Verfassers.

Welti, Ludwig: Vorarlberg unter der Diktatur des nationalsozialistischen Dritten Reiches im gleichgeschalteten Gau Tirol-Vorarlberg. Bregenz 1968. Kopie des ungekürzten Manuskriptes im Besitz des Verfassers.

## 12.2. Literaturverzeichnis

Albrich, Thomas/ Eisterer, Klaus/ Steininger, Rolf: Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918-1938. (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Band 3.) Innsbruck 1988.

Amann, Bruno: Industrieführer von Vorarlberg. Dornbirn o.J.

Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF (Hg.): Österreich. Die soziale und wirtschaftliche Struktur. Berlin (März) 1938.

Babutzky, Bernhard: 100 Jahre Freiwillige Feuerwehr Hohenems 1869-1969. Festschrift zum Landesteuerwehrfest 1969. Hohenems 1969.

Barnay, Markus: Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert. Bregenz 1988.

Bennal, Erwin: Lochin. Lochen. 1186. Hg. vom Amt der Gemeinde Lochau zur 800-Jahr-Feier 1986. Lochau 1986.

Berchtold, Adolf: Die Landwirtschaft Vorarlbergs. Staatswissenschaftliche Dissertation. Innsbruck 1940.

Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband. Frauenarbeit und Frauenbild im Faschismus. Österreich 1938-1945. Wien 1984.

dies. "Hut ab vor Frau Sedlmayer!" Zur Militarisierung und Ausbeutung der Arbeit von Frauen im nationalsozialistischen Österreich. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 141-162.

Bilgeri, Benedikt: Geschichte Vorarlbergs. Band V. Kanton oder Bundesland. Untergang und Wiederkehr. Wien, Köln, Graz 1987.

Blaich, Fritz: Die bayerische Industrie 1933-1939. Elemente von Gleichschaltung, Konformismus und Selbstbehauptung. In: Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke (Hg.): Bayern in der NS-Zeit II. Herrschaft und Gesellschaft in Konflikt. Teil A. München, Wien 1979, S. 237-280.

ders.: Wirtschaft und Rüstung im "Dritten Reich". (= Historisches Seminar, Band 1.) Düsseldorf 1987.

Bornemann, Manfred: Geheimprojekt Mittelbau. Die Geschichte der deutschen V-Waffen-Werke. München 1971.

Botz, Gerhard: Ideologie und soziale Wirklichkeit des "nationalen Sozialismus" in der "Ostmark". In: Schwarz, Robert: "Sozialismus" der Propaganda. Das Werben des "Völkischen Beobachters" um die österreichische Arbeiterschaft 1938/39. Wien 1975, S. 5-46.

ders.: Schuschnigg's geplante "Volksbefragung" und Hitlers "Volksabstimmung" in Österreich. In: Anschluß 1938 (= Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938, Bd.7). München 1981, S. 220-243.

ders.: Wien vom Anschluß zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39. Wien, München 1978.

Brändle, Hermann/ Greussing, Kurt: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene. In: J.-A.-Malin-Gesellschaft(Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 103-109.

Brändle, Hermann/ Egger, Gernot: Rohstoff Mensch; Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Vorarlberg. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 299-307.

Brook-Shepard, Gordon: Der Anschluß. Graz 1963.

Broszat, Martin: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts. In: Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil C. München, Wien 1981, S. 691-710.

Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Wiesemann, Falk (Hg.): Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte. München, Wien 1977.

Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke (Hg.): Bayern in der NS-Zeit II. Herrschaft und Gesellschaft in Konflikt. Teil A. München, Wien 1979.

Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit III. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil B. München, Wien 1981.

Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil C. München, Wien 1981.

Broszat, Martin/ Henke, Klaus-Dietmar/ Woller, Hans: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte Deutschlands im Umbruch. (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 26). München 1988.

Bruckmüller, Ernst: Sozialgeschichte Österreichs. Wien, München 1985.

Bundschuh, Werner: Kreist das Blut der Ahnen? Zum Bild der Dornbirner Unternehmer im Werk von Hans Nägele. In: Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Dornbirn 1987, S. 29-82.

Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Dornbirn 1987.

Burger, Oswald: Zeppelin und die Rüstungsindustrie am Bodensee. 2 Teile. In: 1999. Hefte 1 und 2/1987, S. 8-49 bzw. 52-87.

Burtscher, Hans: Die politisch Unzuverlässigen. Dokumentarische Tagebuchaufzeichnungen 1933-1946. Dornbirn 1985.

Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965.

Danimann, Franz: die Arbeitsämter unter dem Faschismus. Wien 1966.

Der Zweite Weltkrieg. Texte. Bilder. Karten. Dokumente. Chronik. Mit einem Geleitwort von Paul Carell. München, Zürich 1985.

Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschland, 5. Jahrgang, 1938, Reprint Frankfurt 1980.

Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer". Vorarlberg im Umbruch 1918-1938. Reprint 1986.

ders.: Vorarlberg und die Anschlußfrage. In: Albrich, Thomas/ Eisterer, Klaus/ Steininger, Rolf: Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938. (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Band 3.) Innsbruck 1988, S. 183–220.

ders.: "Rücksichtslos und mit aller Kraft" Antisemitismus in Vorarlberg 1880–1945. In: Dreier, Werner (Hg.): Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung. Bregenz 1988, S. 132–249.

ders.: Der deutsche Anschluß. In: Dreier, Werner/ Pichler, Meinrad: Vergebliches Werben. Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918–1920). Bregenz 1989, S. 119–153.

Dreier, Werner/ Pichler, Meinrad: Vergebliches Werben. Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918–1920). Bregenz 1989.

Egger, Gernot: Kommunisten und wegen "kommunistischer Betätigung" Verfolgte 1938–1945. In: J.-A.-Malin-Gesellschaft(Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933–1945. Bregenz 1985, S. 103–109.

ders.: "Ach, der Stiefel glich dem Stiefel immer..." Verfolgung oppositioneller Arbeiter im Austrofaschismus und im Nationalsozialismus. In: Bundschuh, Werner/ Waiser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Dornbirn 1987, S. 200–209.

ders.: Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934–1938. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870–1946. Bregenz 1984, S. 259–280.

Eiber, Ludwig: Frauen in der Kriegsindustrie. Arbeitsbedingungen, Lebensumstände und Protestverhalten. In: Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit III. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil B. München, Wien 1981, S. 569–644.

Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band 1: 1939–1941, Berlin 1984. Band 2: 1941–1943, Berlin 1985.

Festschrift der "Freien Meistervereinigung" von Hohenems zur 100. Jahrfest verbunden mit Fahnenweihe. O. O. (Hohenems) 1968.

Festschrift zum 165. Jubiläum der Bürgermusik Hohenems unter dem Ehrenschutz von Bürgermeister Dipl.-Ing. Otto Amann, Hohenems 1986.

Frauen unterm Hakenkreuz. Berlin (West) 1983.

Freund, Florian/ Perz, Bertrand: Das KZ in der Serbenhalle. Zur Kriegsindustrie in Wiener Neustadt. Wien 1988.

dieselben Industrialisierung durch Zwangsarbeit. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 95-114.

Fröhlich, Elke: Die Partei auf lokaler Ebene. Zwischen gesellschaftlicher Assimilation und Veränderungsdynamik. In: Hirschfeld, Gerhard/ Kettenacker, Lothar (Hg.): Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Band 8.) Stuttgart 1981, S. 255-269.

50 Jahre Marktgemeinde Hard. Jubiläumsschrift. Hg. von der Marktgemeinde Hard. Hard o. J. (1955).

50 Jahre Rhomberg-Bau. O. O. (Bregenz), o. J. (1988).

Gedenkschrift Stadterhebung. Hohenems 1333-1983. Hg. vom Amt der Stadt Hohenems. Hohenems 1983.

Geyer, Michael: Deutsche Rüstungspolitik 1860-1980. Frankfurt am Main 1984.

Gies, Horst: Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Hirschfeld, Gerhard/ Kettenacker, Lothar (Hg.): Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Band 8.) Stuttgart 1981, S. 270-304.

Gisinger, Arno: Die Auswirkungen des Luftkrieges auf Vorarlberg. Unveröffentlichte Hausarbeit aus Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck 1987.

Greber, Gebhard: Die Südtiroler Optanten in Vorarlberg. Hausarbeit aus Geographie an der Universität Innsbruck 1977.

Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984.

ders.: Kriegerdenkmäler oder Opferdenkmäler? In: Allmende 11, S. 103-109.

Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich. Salzburg 1983.

ders.: Westösterreich. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 437-456.

Hasenclever, Christa: Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900. Göttingen 1978.

Hennig, Eike: Zum Historikerstreit. Was heißt und zu welchem Ende studiert man Faschismus? Frankfurt am Main 1988.

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin, Bonn 1985.

Helzer, Gerhard: Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition. In: Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit III. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil B. München, Wien 1981, S. 1-234.

Hildebrand, Klaus: Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich. In: Hirschfeld, Gerhard/ Kettenacker, Lothar (Hg.): Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Band 8.) Stuttgart 1981, S. 73-97.

Hillgruber, Andreas/ Hümmelchen, Gerhard: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Düsseldorf 1978.

Hirschfeld, Gerhard/ Kettenacker, Lothar (Hg.): Der "Führerstaat": Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Band 8.) Stuttgart 1981.

Huber, Siegfried: Die Elektrizitätswerke Nordtirols und Vorarlbergs. Ihre Entwicklung, gegenwärtige Lage und Zukunftsmöglichkeiten. Wirtschaftswissenschaftliche Dissertation. Innsbruck 1948.

Huebner, Hans: Vorarlberg und seine Energiewirtschaft. In: Montfort, Heft 1/1973, S. 7-21.

100 Jahre Handelskammer und gewerbliche Wirtschaft in Vorarlberg. Hg. von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg. Feldkirch 1952.

Hüttenberger, Peter: Nationalsozialistische Polykratie. In: Geschichte und Gesellschaft 2/1976.

Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen. Dornbirn 1985.

Internationaler Suchdienst Arolsen (Hg.): Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer-SS (1933-1945). Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie andere Haftstätten unter dem Reichsführer-SS in Deutschland und deutsch besetzten Gebieten, Arolsen 1977.

Jagschitz, Gerhard: Von der "Bewegung" zum Apparat. Zur Phänomenologie der NSDAP 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 487-516.

J.-A.-Malin-Gesellschaft(Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985.

Jaschke, Hans-Gerd: Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus. Studien zur Bonapartismustheorie. (= Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Band 25.) Opladen 1982.

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg 1946-1963. Hg. von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg. Feldkirch o. J.

Karner, Stefan: Kärntens Wirtschaft 1938-1945. Unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie. (= Wissenschaftliche Veröffentlichungen der Landeshauptstadt Klagenfurt.) Klagenfurt 1976.

ders.: Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung. Graz, Wien 1986.

Kaufmann, Johann: Reuthe. Ein Stützpunkt in der Besiedlung und Entwicklung des Bregenzerwaldes. 1284-1984. Dornbirn 1984.

Kepplinger, Brigitta: Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft in Oberösterreich. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 417-436.

Kernbauer, Hans/ Weber, Fritz: Österreichs Wirtschaft 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 49-68.

Kernbauer, Hans/ Weber, Fritz: Von der Inflation zur Depression. Österreichs Wirtschaft 1918-1934. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): "Austrofaschismus". Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938. (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 18.) Wien 1984, S. 1-30.

Kerschbaumer, Gert: Der deutsche Frühling ist angebrochen... Glücksversprechen, Kriegsalltag und Modernität des Dritten Reiches - am Beispiel Salzburg. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 381-396.

Klamper, Elisabeth: NS-Terror. In: Widerstand und Verfolgung in Tirol. 1934-1945. Eine Dokumentation. 2 Bände. Wien 1984, Band I, S. 520-526.

Koch, Hansjoachim W.: Geschichte der Hitlerjugend. Ihre Ursprünge und ihre Entwicklung 1922-1945. Percha am Starnberger See 1979.

Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Band 6. Berlin 1964.

Kuhn, Einar L.: Industrialisierung in Oberschwaben und am Bodensee. Beiträge und Daten zur Entwicklung von Bevölkerung, Agrarstruktur, Industrie, Berufstätigkeit, Wahlverhalten, Arbeiterbewegung und Lebenshaltungskosten. 2 Bände. Friedrichshafen 1984.

ders.: Industrialisierung am See. In: Schott, Dieter/ Trapp, Werner: Seegründe. Beiträge zur Geschichte des Bodenseeraumes. Weingarten 1984.

Landstände und Landtag in Vorarlberg. Geschichtlicher Rückblick aus Anlaß der Wiedererrichtung einer Volksvertretung vor hundert Jahren (1861–1961). Bregenz 1961.

Lang, Karl: Die Einwirkungen der Industrialisierung auf die Vorarlberger Landwirtschaft. Dissertation an der Juridischen Fakultät der Universität Innsbruck 1959.

Lechler, Walther: Kreditgrundlagen der bäuerlichen Betriebe der Ostmark. Berlin 1941.

Lehmann, Joachim: Die deutsche Landwirtschaft im Krieg. In: Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band 2: 1941–1943. Berlin 1985, S. 570–644.

Lingenhöle, Walter: Die Fehldeutung eines dunklen Jahres. Zu Margit Schönherr's "Vorarlberg 1938". In: Montfort 1983, S. 35–53.

Löffler-Bolka, Diethelm: Vorarlberg 1945. Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Vorarlberg im Jahre 1945. Bregenz 1975.

Lusar, Rudolf: Die deutschen Waffen und Geheimwaffen des 2. Weltkrieges und ihre Weiterentwicklung. 2. stark überarbeitete Auflage. München 1958.

Luza, Radomir: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Wien, Köln, Graz 1977.

ders.: Der Widerstand in Österreich 1938–1945. Wien 1985.

Maislinger, Andreas: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene. In: Widerstand und Verfolgung in Tirol. 1934–1945. Eine Dokumentation. 2 Bände. Wien 1984. Band 1, S. 388–392.

Mannlicher, Egbert: Wegweiser durch die Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltung im Reichsgau Wien sowie in den Reichsgauen Kärnten, Niederdonau, Oberdonau, Salzburg, Steiermark und Tirol mit Vorarlberg. Berlin, Leipzig, Wien 1942.

Mason, Timothy: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Opladen 1977.

ders.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939. Opladen 1975.

Mathis, Franz: Deutsches Kapital in Österreich vor 1938. In: Albrich, Thomas/ Eisterer, Klaus/ Steininger, Rolf: Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918 – 1938. (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Band 3.) Innsbruck 1982, S. 435–452.

ders.: Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen. Wien 1987.

Mattl, Siegfried: Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933–1938. In: Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): "Austrofascismus". Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938. (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 18.) Wien 1984, S. 133–160.

Mayer, Adolf: Odysee eines Österreichers. In: Informations- und Pressedienst der Österreichischen Widerstandsbewegung, Nr.3/82, S. 2–19.

Melinz, Gerhard: Integration und Ausgrenzung. Zur Entwicklungsgeschichte der Armutspolitik zwischen 1918 und 1945. Eine historische Skizze. In: Aufrisse Nr. 2/1988, S. 4–11.

Meyer, August: Das Syndikat. Reichswerke "Hermann Göring". Braunschweig, Wien 1986.

Mittersteiner, Reinhard: Peripherie und Sozialismus. Die Konstituierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg (1889–1918). Phil. Diss. Wien 1988.

Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung. 13. Jahrgang, Nr. 1/1939. Wien 1939.

Mooslechner, Michael/ Stadler, Robert: Landwirtschaft und Agrarpolitik. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945. Wien 1988, S. 69–94.

Müller, Anny: Frauenarbeit in der Industrie Vorarlbergs. Rechts- und staatswissenschaftliche Dissertation. Innsbruck 1950.

Mulley, Klaus-Dieter: Modernität oder Traditionalität? Überlegungen zum sozialstrukturellen Wandel in Österreich 1938 bis 1945. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945. Wien 1988, S. 25–48.

ders.: Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs 1930–1945. (= Heimatkunde des Bezirkes Scheibbs, Band VIII.) Scheibbs 1988.

ders.: Niederösterreichs Industrie von 1938 bis 1945. Rüstungskonjunktur und Kriegsgrauen. In: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung (Hg.): Magie der Industrie. Katalog zur Landesausstellung 1989. Wien 1989, S. 350–361.

Nägele, Hans: Hermann Rhombert. Ein Leben im Dienste der Wirtschaft und der Heimat. Wien 1962.

Naumann, Josef: Erhöhte Ausbeutung der Vorarlberger Wasserkräfte durch den Ausbau der III-Kraftwerke. In: Vorarlberger Volkskalender, 64. Jahrgang (1939), S. 82–85.

Nautz, Jürgen: Die österreichische Wirtschaft und die Anschlußfrage. In: Albrich, Thomas/ Eisterer, Klaus/ Steininger, Rolf: Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938. (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Band 3.) Innsbruck 1982, S. 385–402.

Oberkofler, Gerhard: Die Arbeiterbewegung. In: Widerstand und Verfolgung in Tirol. 1934–1945. Eine Dokumentation. 2 Bände. Wien 1984. Band I, S. 3–9.

Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Hg. vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe. Folge 19. Werkgruppe "Obere III". Wien 1953.

Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Hg. vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe. Folge 22. Kraftwerk Latschau. Wien 1955.

Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Hg. vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe. Folge 24. Kraftwerk Vermunt mit den "Bachüberleitungen nach Vermunt". Wien 1956.

Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Hg. vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe. Folge 25. Kraftwerk Obervermunt mit der Bieltalbach-Überleitung. Wien 1956.

Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen. Hg. vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe. Folge 27. Kraftwerk Rodund. Wien 1956.

Overy, Richard J.: "Blitzkriegswirtschaft"? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939–1942. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36. Jahrgang 1988/Hefl 3, S. 379–436.

Petzina, Diemar: Die deutsche Wehrwirtschaftsplanung und der Anschluß Österreichs. In: Albrich, Thomas/ Eisterer, Klaus/ Steininger, Rolf: Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938. (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Band 3.) Innsbruck 1982, S. 453–480.

Peukert, Dettel: Die Edelweißpiraten. Protestbewegung jugendlicher Arbeiter im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Köln 1983.

Pfeifer, Helfried: Die Ostmark. Eingliederung und Neugestaltung. Historisch-systematische Gesetzessammlung nach dem Stand vom 16. April 1941. Mit Einführungen, Erläuterungen, Verweisungen und Schrifttumsangaben. Wien 1941.

Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988.

Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982.

ders.: Politische Verfolgungen der ersten Tage. In: J.-A.-Malin-Gesellschaft(Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 71-84.

ders.: Widerstandsgruppen. In: J.-A.-Malin-Gesellschaft(Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933 - 1945. Bregenz 1985, S. 85-102.

ders.: Arbeitsverweigerung. In: J.-A.-Malin-Gesellschaft(Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933 - 1945. Bregenz 1985, S. 153-160.

ders.: Individuelle Opposition. In: J.-A.-Malin-Gesellschaft(Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 129-142.

ders.: Verfolgung und Widerstand: Eine Bilanz. In: J.-A.-Malin-Gesellschaft(Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 258-261.

ders.: "Deutsches Leben heißt Arbeit". Arbeiteropposition in Vorarlberg während der NS-Zeit. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 281-298.

ders.: Eine unbeschreibliche Vergangenheit. Die Vorarlberger Geschichtsschreibung und der Nationalsozialismus. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 191-206.

ders.: Von der braunen Macht ergriffen. Vorarlberg im März und April 1938. In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 15-31.

ders.: "Wer auf die Fahne des Führers schwört, hat nichts mehr, was ihm selbst gehört." Vorarlbergs Jugend unter der NS-Herrschaft. In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 109-125.

ders.: Leben im Krieg: Die "innere Front". In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 126-144.

Pohl, Hans/ Habeth, Stephanie/ Brüninghaus, Beate: Die Daimler-Benz AG in den Jahren 1933 bis 1945. Eine Dokumentation. (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 47.) Wiesbaden, Stuttgart 1986.

Puntschart, Adam: Die Heimat ist weit... Erlebnisse im Spanischen Bürgerkrieg, im KZ, auf der Flucht. Hg. von Oswald Burger. Weingarten 1983.

Rathkolb, Oliver: Neuere Literatur zum März 1938. In: Zeitgeschichte. 15. Jahr. März 1988. Heft 6, S. 262-269.

Riedmann, Josef: Das Bundesland Tirol (1918 bis 1970). (= Geschichte des Landes Tirol. Band 4/II.) Bozen, Innsbruck, Wien 1988.

Satrian, Hans/ Witek, Hans: Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938. Wien 1988.

Schädler, Ludwig: Grundlagen und Entwicklung der Vorarlberger Elektrizitätswirtschaft. Freie wissenschaftliche Dissertation. Innsbruck 1948.

Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich. Der Anschluß. Wien, München 1978.

ders.: Rüstung in Österreich 1938-1945. Eine Studie über die Wechselbeziehung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung. Wien 1970.

Schelling, Georg: Festung Vorarlberg. 3. Auflage, Bregenz 1987.

Schepke, Norbert: Die Hypothekenbank des Landes Vorarlberg. (= Beiträge zur alpenländischen Wirtschafts- und Sozialforschung, Folge 140.) Innsbruck 1972.

Schindler, Rene: Ein Schweizer erlebt das geheime Deutschland. Tatsachenbericht, Zürich 1945.

Schlesinger, Günther: Winke zur Arbeit im Naturschutz. Wien 1940.

Schmid, Erwin A.: März 1938. Der deutsche Einmarsch in Österreich. Wien 1987.

Schoenbaum, David: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. München 1980.

Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39. Dornbirn 1981.

Schwarz, Artur: Heimatkunde von Vorarlberg. Bregenz 1949.

Schwarz, Robert: "Sozialismus" der Propaganda. Das Werben des "Völkischen Beobachters" um die österreichische Arbeiterschaft 1938/39. Wien 1975.

Seliger, Maren: NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 397-416.

Sinz, Egon: Kennelbach. Die Geschichte einer Industriegemeinde. Kennelbach 1987.

Slapnicka, Harry: Oberösterreich als es "Oberdonau" hieß. 1938-1945. Linz 1978.

Speer, Albert: Erinnerungen. Frankfurt am Main, Berlin 1969.

Sperrung, Mitteilungen der Johann-August-Malin-Gesellschaft. Nr. 1 (Bregenz 1983) und Nr. 2 (Bregenz 1983).

Stadler, Karl: Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten. Wien 1966.

Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol mit Vorarlberg. Zusammengestellt vom Statistischen Amt für die Reichsgaue der Ostmark. Wien 1941.

Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol mit Vorarlberg. 2. Jahrgang. Zusammengestellt vom Statistischen Amt für die Alpen- und Donau-Reichsgaue. Wien 1942.

Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg. 3. Jahrgang. Zusammengestellt vom Statistischen Amt für die Alpen- und Donau-Reichsgaue. Wien 1943.

Statistische Übersichten für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg. 4. Jahrgang. Zusammengestellt vom Statistischen Amt für die Alpen- und Donau-Reichsgaue. Wien 1944.

Stiefel, Dieter: Utopie und Realität. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. In: Albrich, Thomas/ Eisterer, Klaus/ Steininger, Rolf: Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918-1938. (= Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Band 3.) Innsbruck 1988, S. 403-434.

Stremayr, Rolf: 125 Jahre Herzmannsky. 1863-1988. Wien o. J. (1988).

Talos, Emmerich: Sozialpolitik 1938-1945. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 115-140.

Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988.

Talos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): "Austrofaschismus". Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938. (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 18.) Wien 1984.

Tenfelde, Klaus: Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/ Oberbayern 1900 bis 1945. In: Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil C. München, Wien 1981, S. 1-382.

Thomas, Georg: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45). Koblenz 1966.

Tidl, Georg: Die Frau im Nationalsozialismus. Wien, München, Zürich 1984.

Tirol 1938. Voraussetzungen und Folgen. Katalog zur Ausstellung des Landes Tirol. Innsbruck 1988.

Tschabrun, Alois: Widerstand und Nazi-Orden. Dornbirn 1986.

ders.: Selbsthilfe - Eigenheime für Jedermann. Dornbirn 1987.

Vögel, Franz: Hundert Jahre Vorarlberger Landtag 1861-1961. In: Landstände und Landtag in Vorarlberg. Geschichtlicher Rückblick aus Anlaß der Wiedererrichtung einer Volksvertretung vor hundert Jahren (1861-1961). Bregenz 1961, S. 91-192.

Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft. Das Unternehmen stellt sich vor. O. O. (Bregenz), o. J. (1984).

Vorarlberger Illwerke Aktiengesellschaft (Hg.): Strom aus Vorarlberg. 50 Jahre Vorarlberger Illwerke 1924-1974. Bregenz o. J. (1974).

Vorarlberger Kraftwerke AG. Zum 50. Jahre ihres Bestehens. Bregenz o. J. (1951).

Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, hg. vom Landeswirtschaftsamt-Abteilung Statistik. Jg. 1945 und 1946.

Wagenführ, Rolf: Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945. Berlin 1963<sup>f</sup>.

Walser, Harald: Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938. Wien 1983.

ders.: Anpassung und Widerstand; Vorarlbergs Kirche im NS-Staat. In: J.-A.-Malin-Gesellschaft(Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 110-126.

ders.: Die letzten Tage des Krieges. In: J.-A.-Malin-Gesellschaft(Hg.): Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985, S. 214-233.

ders.: Anspruch und Wirklichkeit: Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984, S. 308-340.

ders.: Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933-1938. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nächträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982, S. 96-106.

ders.: Der Tod eines Staatsdieners. Hugo Lunardon und der Nationalsozialismus in Dornbirn. In: Bundschuh, Werner/ Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Dornbirn 1987, S. 210-240.

ders.: Der Stoff, aus dem Profite wurde. Das Textilland Vorarlberg nach dem "Anschluß". In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 32-58.

ders.: Im Gleichschritt in die Emanzipation? Vorarlbergs Frauen im NS-Staat. In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 59-72.

ders.: "Arbeit für den Endsieg." Arbeiteralltag im "nationalen Sozialismus". In: Pichler, Meinrad/ Walser, Harald: Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit. Bregenz 1988, S. 73-108.

Wandaller, Peter: Krise in der Sozialarbeit? In: Aufrisse, Nr. 2/1988, S. 12-19.

Wanner, Gerhard: Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg. Dornbirn 1972.

Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945. Eine Dokumentation. 2 Bände. Wien 1984.

Witek, Hans: "Arisierungen" in Wien. Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938-1940. In: Talos, Emmerich/ Hanisch, Ernst/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945. Wien 1988, S. 199-216.

Witek-Saltzberg, Liselotte: Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Okkupation Österreichs. Phil. Diss. Wien 1970.

Wolf, Werner: Luftangriffe auf die deutsche Industrie 1942-45. München 1985.

Zofka, Zdenek: Dorfeliten und NSDAP. Fallbeispiele der Gleichschaltung aus dem Bezirk Günzburg. In: Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke/ Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil C. München, Wien 1981, S. 383-434.

Zorn, Michael: Die VW-AG. Betriebsgeschichte. Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien 1983.

## 12.3. Bildquellennachweis

Konrad Blank, Sulzberg 126

Firma Herzmansky 34 (beide)

Johann-August-Malin-Gesellschaft 19, 26 (oben), 30, 40 (links), 44, 51, 53, 62, 75, 79, 88 (oben), 92, 98, 104, 115 (beide), 134, 142, 152 (beide), 157, 170, 171, 187 (unten), 195, 201 (beide), 209 (beide), 212 (beide), 220 (beide), 230 (beide), 236 (beide), 245 (beide), 251 (beide), 252, 262 (unten), 267, 279

Willi Rupp, Hörbranz 70, 110, 262 (oben)

Stadlarchiv Bregenz 236 (oben)

Stadlarchiv Dornbirn 187 (oben)

Vorarlberger Landesbibliothek 40 (rechts)

Harald Walser, Allach 26 (unten), III

August Weiß, Dornbirn 88 (unten)

# Register

## Personen- und Firmenregister

- Albrecht Rudolf 121  
Firma I. A. Albrich 149  
Firma Alfred Alge 158, 163 f., 174, 295 f.  
Firma Alemannia 304 f.  
Firma Alma 156, 305  
Firma Alpina 189, 193, 311  
Alpenländische Metallwarenfabrik  
155 f., 158, 161, 163–170, 173, 188, 234,  
261, 280 f., 292, 294  
Alpine Montan 161  
Firma Andreas Amann 274, 297  
Amann Anton 297  
Maschinenfabrik Andritz 161 f., 164, 166,  
169  
Firma Argus 302  
Firma Bauer 248  
Firma Hans Bäumler 103, 158, 190  
Firma Artur Bawart 158, 296  
Bayrisches Leichtmetallwerk 158, 185,  
189, 196 f., 248, 295, 301 ff.  
Bayrische Pflugfabrik 169  
Bechinie Ludwig 28  
Firma Wilhelm Bengers Söhne 54, 96,  
101, 149, 153, 236, 314  
Berger Karin 235  
Firma Bergmann 292 f.  
Firma Josef Bertsch 158  
Belon- und Monierbau AG 90  
Firma Bickel & Brausewetter 248, 250  
Bilgeri, Beamter 65, 305  
Bilgeri-Werke 149  
Firma Leopold Bischofs Söhne 103, 147,  
153  
Blaich Fritz 240  
BMW-Werke 302 f.  
Firma Böhler-Kapfenberg 164  
Seidenweberei Boss 96, 189 f.  
Bolz Gerhard 15  
Brauerei Fohrenburg 308  
Firma Bröckelmann, Jäger &  
Busse 158, 188, 311  
Firma Büchele 261  
Bürckel Joseph 11, 14, 17, 118, 211  
Firma Johann Collini 158, 274, 296  
Collini Aurelio 296  
Collini Damian 296  
Collini Johann 296  
Hauptmann Comploj 205  
Ingenieur Croce 293  
Dahrendorf Ralf 68  
Daimler-Benz AG 179 ff., 277, 285,  
302 f.  
Darre Rudolf Walther 121, 135  
Firma Degerdon 190, 207, 209  
Dehoff Bruno 16, 116, 302  
Delfiner Max 33  
Firma Dennert & Pape 158, 188, 303 f.  
Deutsche Industriebank 281  
Deutsche Röhrenwerke 156, 292  
Deutsche Umsiedlungstreuhand-  
Gesellschaft 114  
Doppelmayer Karl 234  
Firma Karl Doppelmayer 156, 158, 162  
f., 165–170, 172 ff., 240, 242, 244, 253,  
255, 261 f., 274, 281 ff., 294  
Karl Doppelmayer-Bootsbau 158,  
281 ff.  
Firma Konrad Doppelmayer 150, 159,  
174, 182, 274, 284 f., 294 f.  
Dornier-Werke 63, 101, 116, 156, 159, 168,  
173, 176, 179, 182, 185, 187 ff., 193 f., 194,  
196 f., 200, 204 ff., 208, 240 f., 277, 291,  
300, 304–307, 318  
Dreier Werner 25  
Duxneuner Hermann 305  
Eberl Harald 43, 77, 94, 109, 180 f., 200  
Ehrenfeld Tadeusz 250 f.  
Firma Anton Einsle 149

- Firma Electricus-Volta 55, 149, 159, 164, 185, 190, 196, 239, 253, 257, 285 f., 294
- Firma Elektra-Bregenz 155 f., 159, 161, 163-170, 172, 185, 234, 240, 242, 253 f., 257, 274, 285, 287 f., 292, 294, 319
- Firma Elektron 159, 176, 189, 193, 195 f., 307 f.
- Firma Elko 159
- Enzensfelder Metallwerke 169
- Firma Erla 204
- Firma Engelbert Erne 159, 164, 295 f.
- Firma Franz Erne 163 f.
- Firma Escher-Wyss 204, 306
- Firma Fieseler 316
- Finelectra 81 f.
- Klöppelei Fischer & Co. 182, 190
- Firma Otto Fitz 149, 153
- Firma Focke-Wulff 316
- Firma Forßmann 159, 189, 194
- Firma Ernst Franke 159, 296
- Fröhlich, Beamter 305
- Funk Walther 118
- Firma Funkstrahl 159, 189
- Firma David Fussenegger 147, 151
- Gams Helmut 93
- Carl Ganahl 44
- Firma Carl Ganahl 18, 24, 37 f., 54, 96, 100 f., 147, 153, 155, 162 f., 189, 194, 279
- Ganahl Hans 38-41, 44, 104, 279
- Firma Getzner Mutter & Cie. 23 f., 65, 89, 101, 148, 151, 159, 174, 189, 208 ff., 279, 295, 306
- Geyer Michael 198
- Goebbels Joseph 64 f.
- Firma Erich Goetting 159, 177, 190, 319
- Firma H. und L. Göring 159, 190
- Hermann Göring-Werke 155
- Firma Erich Graetz 159, 185 f., 190, 194, 196 f., 308
- Firma Grüneberger 58
- Gunz Rudolf 311
- Firma Carl Haas 159, 189, 309
- Firma Hagl & Schmid 191
- Firma Ernst Hoffmann 159, 189
- Firma F. M. Hämmerle 18, 23, 28, 31, 33-36, 54, 65, 96 f., 100 f., 105, 148, 151, 153, 155 ff., 159, 161, 163, 171, 174, 199-202, 204, 206, 210, 220 f., 236, 240, 276 f., 279, 292, 305 ff., 315
- F. M. Hämmerle Maschinenbau 205
- Hämmerle Franz 202, 205
- Hämmerle Franz Martin 44
- Hämmerle Rudolf 38, 40, 187, 279
- Hämmerle Victor 31, 187
- Hanisch Ernst 14
- Firma Heimbach und Schneider 250
- Heinkel Werke 203 ff., 265
- Hentschel-Werke 204, 207 f., 303, 316
- Herbert Ulrich 238
- Firma Herrburger & Rhombert 18, 28 f., 54, 96, 148, 153, 171, 212, 230
- Herzmansky Agnes 33
- Kaufhaus Herzmansky 33-36, 276
- Firma Johann Heuß 96, 101, 148, 153
- Firma Hilli 93, 248
- Firma Hinteregger, 248, 288
- Firma Hirth 302
- Hiller Adolf 14 ff., 21, 63, 69, 166, 265, 300
- Hofer, Beamter 180
- Hofer Franz 15 ff., 18, 135, 179-187, 268, 277, 302
- Hauptmann Hofer 253, 292 f.
- Firma Ferdinand Höfle 149
- Hofmann, Regierungsrat 268
- Hohenemser Weberei & Druckerei 26
- Tubenfabrik Höll 182, 190
- Hollas Josef 250
- Firma Horais 102, 159, 190
- Firma Josef Hubers Erben 96, 101, 103, 150, 153, 159, 190, 193, 206, 208 f., 277
- Firma Huber, Eisen- und Metallwerke 206
- Firma Hummels Witwe 159, 174, 248

- Hutler Anton 118 f.  
Hutler Armin 119  
Hypothekenbank 114, 127 f.  
IG Farben 101  
Ilg Ulrich 301  
Illwerke 76–93, 94, 106, 108, 110, 113, 118 ff., 150, 204, 244, 250 f., 256, 260, 271 f.  
Jenbacher Berg- und Hüttenwerk 295  
Firma Jenny & Schindler 148, 153, 287  
Firma Samuel Jenny 178 f., 189, 218, 289, 304, 311, 317  
Firma L. Jörissen 189  
Firma Albrecht Jung 159, 182, 189  
Junkers-Werke 179, 302  
Firma R. Kastner 24, 189, 193 ff.  
Weberei Kastner 291  
Hauptmann Kiechel 200, 203, 254, 288, 310, 316  
Ing. Kiechel 295  
Firma Kirberg & Co. 159, 189, 194  
Major Kirchner 116  
Hauptmann Kistovski 291  
Firma Kittelberger 159, 189, 194, 221, 241, 254 f., 288–291, 294  
Firma Josef Kleinsorg 159, 189  
Firma Johann Köb 150  
Firma Hermann Köberl 159, 294  
Firma Kommerell 101, 103, 149, 153  
Firma Josef König 190, 195  
Kontrollbank für Industrie und Handel 36  
Kopf Rudolf 16  
Firma Krafft 156, 179, 188, 304  
Major Kreuzberg 168  
Firma Krieghoff 295  
Kuczynski Jürgen 238  
Firma Kühnle, Kopp & Kausch 202  
Firma Kulik & Co. 37  
Firma Kundruweit 103, 159  
Firma Kunz & Co. 90 f., 248, 250  
Firma Künz 159, 174, 274, 294  
Firma Kürbi & Niggeloh 159, 188, 193, 196 f., 310 f.  
Ley Robert 118, 120  
Linert, Beamter 179  
Firma Lofag 164  
Firma Lorünser Erben 148, 151, 159, 176  
Lorünser Zementwerke 118 ff.  
Lotteraner, Wüstner & Co. 96  
Lübke Heinrich 40  
Luger Franz 121  
Luger Johann Martin 29  
Lunardon Hugo 29 f.  
Firma Julius Maggi 179  
Firma Mahle KG 193 f., 307  
Mahnert Klaus 18, 20  
Firma Malin & Co. 102, 159, 190  
MAN-Werke 174, 202  
Firma Hermann Marquard 150, 159, 174, 297  
Maschinenfabrik Weingarten 202  
Mäser Alfons 17  
Firma Benedikt Mäser 148, 212  
Firma Philip Mäser 101, 148  
Mason Timothy 232, 237 f.  
Firma Gottfried Mathis 149, 151, 153  
Firma Josef Maurer 159, 297  
Firma Maybach 150, 174, 298  
Firma H. Mayers Nachfolger 103 f., 159  
Firma Peter Mayer 103, 149, 159  
Messerschmitt-Werke 182, 198, 203 ff., 208, 257, 290, 307  
Metallwerke Schwarzwald 309  
Meusburger Peter 56  
Michel-Werke 159, 185, 189, 193, 196 f., 218, 239, 295, 311–315, 318  
Mittelberger Johann Josef 82  
Mott Georg 266–169  
Müller Edwin 118  
Firma Willi Müller 159, 182, 190  
Mussolini Benito 265

- Firma Nagler & Opler 37
- Firma Neumanns Söhne 96, 148, 151, 246
- Firma H. Neumann 159, 190, 195
- Oberst von Nicolai 299, 311 f.
- Firma Albert Niederer 150
- Firma Obrecht & Co. 294
- Firma Oberhänsli 148, 189, 301 f.
- Oberhänsli Friedrich 302
- Firma Offen 159, 189
- Offen Karl Josef 102, 189
- Vorarlberger Papierfabrik 150
- Perlmooser Zementwerke 118
- Firma Pfeiffer 295
- Pichler Meinrad 18
- Uhrenfabrik Plangg & Pfluger 159, 208, 294 f.
- Plankensteiner Anton 15–18, 20, 44, 108, 112, 121, 187, 222, 304 f.
- Firma J. Preh 178
- Proksch Alfred 131, 211
- Firma Seraphin Pümpel 148
- Firma German Rauch 188, 193, 310
- Firma J. G. Reis 190, 193
- Firma Rengo 103, 160, 190
- Rheinisch Westfälisches Elektrizitätswerk 77, 81, 271
- Baufirma Rhomberg 247
- Firma Franz M. Rhomberg 18, 24, 28 f., 33–39, 54, 65, 96 ff., 100 f., 105, 148, 152 f., 158, 160, 174, 176, 186, 188, 199–202, 204 ff., 210, 223, 230, 239 f., 276 f., 279, 290, 306 f.
- Firma Richard Rhomberg 37
- Rhomberg Hermann 35, 37–41, 61, 65, 146, 158, 180–183, 185 f., 193, 203, 206 ff., 277, 298 ff., 309, 314 f.
- Firma Ludwig Rigger 156, 160, 162 f., 165–170, 173, 190, 193, 234 f., 299
- Ronai Heinrich 37
- Rondo-Werk 160, 187 f., 193, 196, 239, 256, 295, 315 f.
- Ruegger, Fabrikant 311 f.
- Rüsch Josef Ignaz 199, 104
- Rüsch-Werke 160, 174, 199–204, 210, 240, 248, 276 f., 295, 304, 319
- Schuhfabrik Sachs 160, 274, 297
- Firma Gebrüder Sannwald 147, 151
- Sauckel Fritz 63
- Saur Karl 299
- Schad Werner 92
- Firma Josef Schatzmann 280
- Schausberger Norbert 155, 180, 188
- Firma J. Scheffknecht 189, 316
- Scheffknecht Wikbert 92
- Firma Wilhelm Scheffknecht 190, 193
- Firma Schelling & Co. 174
- Firma Schindler & Co. 24, 53 f., 65, 96 f., 101, 149, 151, 153, 160, 189, 191, 247
- Schindler Friedrich Wilhelm 287
- Firma Schlempp 299, 301
- Schlesinger Günther 93
- Firma Schmidhütte 172
- Firma Schneider & Heimbach 248
- Wollgarnspinnerei Schoeller 51 f., 54, 62, 65, 75, 96 f., 101, 149, 152, 160, 189 f., 194 f., 291, 308 f.
- Firma Schoeller-Bleckmann 164
- Schoff SS-Mann 267
- Firma Johann Schwärzler 52, 150, 177, 190, 283, 317
- Secco-Werke 160, 317
- Norddeutsches Seekabelwerk 160, 320
- Seewald Johann 91
- Sepp Johann 269 f.

- Seyss-Inquart Arthur 14  
 Firma Eugen Sieberl 149  
 Simmeringwerke 166  
 Firma Gebrüder Sievers 160, 190, 196 f.,  
 317  
 Solhardt Carl 156, 305  
 Firma Solhardt & Kiechel 275, 295  
 Hutfabrik Sommer 182, 189  
 Sorys Edward 250, 252  
 Sorys Jan 250, 252  
 Speer Albert 166, 177 f., 299  
 Firma Oskar Steinhauser 150  
 Firma Steinheil Söhne 156, 160, 190, 196  
 f., 261, 317 ff.  
 Firma H. Sternberg jun. 36  
 Stiefel Dieter 23  
 Firma Stephan 160, 189  
 Firma Steyr-Daimler-Puch 232  
 Firma Xaver Stoppel 150  
 Firma Suchard 188, 304  
 Firma Josef Sutter 149  
 Firma Tarbuk 160, 320  
 Tenfelde Klaus 238  
 Tiroler Siedlungsgesellschaft 114  
 Thomas Georg 154  
 Todt Fritz 58, 106, 160 f., 166, 234 f.  
 Troy Karl 120 f.  
 Tschabrun Alois 113 f.  
 Firma H. Tückmantel 186  
 Firma J. G. Ulmer 39  
 VKW 76–93, 106, 110, 207, 248, 272  
 VOGEWOSI 55 f., 113 f., 116 f.  
 Volkswagenwerk 207, 209  
 Firma Vollmer 204  
 Vonbank Karl 121  
 Vorarlberger Kammgarnspinnerei 52  
 General Waeger 185  
 Grazer Waggonfabrik 166  
 Wagner-Wehrborn Gustav 31, 35, 38,  
 104  
 Firma Max Wehinger 199 f., 202, 304  
 Wehinger Max 200, 202 f.  
 Firma Rudolf Wehinger 174  
 Major Weiß 281, 293  
 Oberstleutnant Weiß 168  
 Weiß August 93  
 Firma Wilhelm Welz 150, 155 f., 160, 162  
 f., 166–169, 174, 291–295  
 Firma Wertheim 164  
 Wieland Josef 216  
 Wieland-Werke 309  
 Wiener Neustädter Flugzeugwerke  
 204 f.  
 Firma H. Wild & Co. 190, 197, 319  
 Firma Johann Wolff 52, 314  
 Wurm Jörg 121  
 Zahnradfabrik Friedrichshafen 150,  
 160, 174, 182, 190 f., 284, 298, 300  
 Zellwolle AG Lenzing 100  
 Zeppelin-Werk 174, 191  
 Firma Friedrich Zimmermanns Nfg.  
 160, 297  
 Firma Eugen Zumtobel 149, 160, 298

## Ortsregister

- Aarau 82  
Alberschwende 78, 109,  
Allach 113  
Andelsbuch 78  
Augsburg 49, 97, 182, 185, 189, 193, 196,  
203, 205, 208, 215, 218, 289 f., 295,  
312–315  
Aussig 16  
Balderschwang 78  
Berlin 15, 17, 36, 58 f., 64, 90, 94, 99, 101,  
118, 131, 138, 146, 155 f., 167 f., 177, 179 f.,  
185, 189 f., 194 f., 207 f., 222, 238, 286,  
292 f., 308 f., 319  
Bezau 78, 103, 133, 147, 153  
Bizau 78  
Blons 78  
Bludenz 16 f., 33, 49, 65, 107, 114, 117–120,  
122, 129, 148, 151, 158 f., 174, 188 f., 208  
f., 249 ff., 294, 303, 306  
Bolgenach 107  
Brand 89, 107  
Braunschweig 58 f.  
Brederis 39, 41, 109,  
Bregenz 16 f., 33, 41 f., 49–52, 54 ff., 58  
f., 63, 65 ff., 78, 80, 92, 96 f., 106,  
113–117, 121 f., 129, 147–150, 153, 159–164,  
173 f., 179, 185, 188 ff., 193 f., 196, 211,  
216 ff., 220, 224, 227 f., 234, 240, 243,  
248, 253 ff., 257, 263, 273, 282, 285,  
287 f., 290–297, 301 f., 304–309,  
311–315, 317 ff.  
Bürs 80, 107, 247  
Dachau 92  
Dalaas 78  
Damüls 78, 107, 247  
Dornbirn 17, 20, 23, 27–31, 37–41, 44, 54,  
56, 58, 65, 70, 80, 96, 99 ff., 107, 109,  
111, 113 f., 142, 147–151, 153, 155 ff., 159 f.,  
162 f., 168, 171, 174 ff., 187 f., 190, 193,  
196, 199 f., 206, 212, 222, 225, 235 f.,  
240 f., 248, 254, 256, 274, 290, 292,  
295, 297 f., 304 f., 315 ff.  
Donawitz 161  
Dresden 190  
Egg 78, 103, 121, 159, 182, 189, 225  
Elberfeld 189  
Fallersleben 207  
Feldkirch 16 f., 33, 40, 49, 56, 59, 66 f.,  
96, 100, 102, 108, 113, 117, 130, 147 f., 153,  
159 f., 180, 190, 194, 250 ff., 312, 320  
Fraslanz 150, 159, 162, 189, 194  
Freiburg 11  
Freising 186  
Friedrichshafen 101, 150, 174, 181 f.,  
187–191, 193, 196, 205 f., 208, 284, 290,  
298 f., 304, 306 f.  
Fußach 109  
Gais 159, 190, 206–209, 275  
Gaissau 107, 109  
Gampadels 87  
Gantschier 87  
Gaschurn 87, 113  
Genshagen 285, 303  
Götzis 56, 96, 101, 103, 107, 114, 148 ff.,  
153, 159 f., 190, 193, 206, 208, 248, 275,  
320  
Graz 65, 146, 164, 166, 303  
Grenchen 294  
Hamburg 188, 303  
Hard 52, 56, 114, 149 f., 156, 158 ff., 162 f.,  
169, 172, 174, 177 f., 180 f., 189 f., 196,  
218, 240, 242, 244, 246, 253, 255 f.,  
261, 263, 273, 281 ff., 294, 304, 311, 314,  
317, 319  
Heerbrugg 197, 319  
Hittisau 78, 107, 111, 225  
Hochkrümbach 78  
Höchst 107, 109, 159, 189, 193, 241, 288,  
290 ff.  
Hohenems 24, 32f., 56, 59, 80, 91, 96,  
101, 103, 108 f., 113 f., 148 f., 151, 153, 158  
ff., 182, 189 ff., 193, 246, 260, 273,  
296–301  
Hörbranz 120, 151

- Innsbruck II, 16, 18, 38, 55, 62 f., 66, 90,  
93, 95 ff., 116, 146 f., 151, 153, 157, 164 f.,  
168, 172–175, 183 f., 186, 199 f., 205, 207,  
218, 232 f., 240–243, 249, 253 ff., 258,  
281 ff., 286 ff., 292, 294, 296, 298 f.,  
305, 308, 310–314
- Jaslo 252
- Jenbach 259
- Kapfenberg 164
- Kaprun 82
- Kematen 203
- Kempen 49, 215
- Kennelbach 53, 56, 96 f., 107, 149, 151,  
153, 160, 189, 191, 246, 287
- Kiel 282
- Klagenfurt 146
- Klaus 107
- Koblenz 11
- Kufstein 295
- Landsberg 169
- Lalschau 49, 86 f.,
- Lauterach 78, 99, 114, 150, 159, 182, 190,  
216, 291
- Lech 77, 106
- Lehre 58
- Leipzig 190, 204
- Lemberg 250
- Lenzing 100
- Liezen 172
- Lindau 204, 305 ff.
- Linz 14
- Lochau 56, 66 f., 114, 148, 150, 158 f., 174,  
189, 196, 217, 224, 248, 295, 301 f.
- Lorüns 87
- Ludesch 130
- Lustenau 56, 92, 108 f., 113 f., 149 f., 153,  
156, 158 ff., 163 f., 174, 189 f., 195 ff., 196  
f., 261, 295, 316–319
- Mäder 103
- Mannheim 190
- Mauthausen 30, 92
- Meersburg 23, 31
- Mellau 78, 96, 107, 147
- Memmingen 118
- Mittelberg 108
- Mönchengladbach 189
- Moskau 192
- Mülheim 156, 292
- München 90, 182, 186, 189 ff., 281, 301,  
303, 317 ff.
- Neheim 188
- Nenzing 155 f., 158, 161, 163, 188, 261, 273,  
280 f., 292, 294
- Neustadt 16
- Neuruppin 58
- Norderham 320
- Nürnberg 32
- Nüziders 107, 130, 151, 176
- Oberndorf 289
- Oberstorf 106
- Oldenburg 58 f.
- Osthofen 189
- Paris 187
- Partenen 49, 86 f., 89 f., 244
- Potsdam 82
- Rodevormwald 188, 193, 310
- Raggal 78
- Rankweil 39, 54, 102, 107, 113, 149 f., 158  
f., 188 ff., 193, 196, 249, 261, 296, 309 ff.
- Ravensburg 118
- Regensburg 203
- Reuthe 247
- Riefensberg 107
- Rostock 204
- Salzburg II, 39, 51, 57, 60, 65, 75, 81, 100,  
102, 116, 121 f., 133, 136 f., 139, 146, 151,  
153, 158, 161, 165, 167 f., 173 f., 176 f., 179,  
184, 186, 193 f., 207, 213 f., 241 ff., 244,  
259, 263, 281, 286 f., 302, 313
- St. Anton am Arlberg 78
- St. Arbogast 107
- St. Christoph 105
- St. Gallen 313

St. Gallenkirch 113, 248  
 St. Gerold 78  
 Sattelins 108  
 Schalksmühle 182, 189  
 Schlins 108, 159, 190, 193, 206 ff., 275  
 Schnepfau 78, 107  
 Schönefeld 204, 208  
 Schröcken 78  
 Schruns 89, 103 f., 107, 159  
 Schwarzach 78, 107, 159, 174, 297  
 Schwarzenberg 107  
 Schwelm 187 f., 193, 315  
 Sibratsgfäll 78  
 Silbertal 87, 103, 160, 190  
 Sonnenberg 319  
 Spramberg 189, 309  
 Stabelwitz 194  
 Stalingrad 64 f., 173, 243, 255, 258  
 Stams 105  
 Stuben 78 f.  
 Stumm im Zillertal 121  
 Stuttgart 180 f., 189, 193 ff., 303, 307  
 Telfs 153  
 Ternitz 164  
 Thüringen 159, 176, 189, 193–196, 240, 307  
 Thüringerberg 78  
 Tschagguns 88, 248, 250  
 Überlingen 300  
 Ulm 309  
 Vandans 92  
 Varel 58 f.  
 Villingen 309  
 Warth 78  
 Weigelsdorf 37  
 Weingarten 202  
 Wien 11, 14 f, 17, 32 ff., 36 f., 43, 47, 118,  
 164, 190, 211, 222, 224, 226, 233, 238,  
 274, 308, 317, 320  
 Wiener Neustadt 204 f.  
 Wolfsburg 207  
 Wolfurt 78, 107, 150, 159 f., 174, 182, 190,  
 273, 284, 294 f., 297  
 Wuppertal 186, 189, 194, 317  
 Würzburg 178  
 Zürs 77 ff., 106

STUDIEN ZUR GESCHICHTE  
UND GESELLSCHAFT  
VORARLBERGS

6

»Bis etwa 1930 war die ökonomische Elite des Landes im liberalen und später deutschnationalen Lager parteipolitisch sehr aktiv. Ab Beginn der dreißiger Jahre wurde von diesen Unternehmern dann zunehmend die NSDAP unterstützt, was sich nach 1938 durchaus im wörtlichen Sinn bezahlt machte. Die führenden Repräsentanten der Textilindustrie büßten dieses Engagement nach 1945 mit zumindest mehrwöchigen Inhaftierungen in den Internierungslagern für Nationalsozialisten. Das gilt für Eigentümer der Firmen F. M. Hämmerle, Franz M. Rhomberg, Carl Ganahl, Getzner, Mutter & Cie. und andere.

Ob es diese Erfahrungen waren? Jedenfalls zog sich die ökonomische Elite des Landes mit wenigen Ausnahmen – etwa Hans Ganahl und Rudolf Hämmerle – nach 1945 aus der Landespolitik zurück und überließ dieses Feld Vertretern der Bauern, der Beamenschaft und der Handwerker. Die Rahmenbedingungen hatten sich offensichtlich geändert: Parteipolitisches Engagement schien nicht mehr opportun. Dort, wo es dennoch stattfand, damit die eigenen Interessen durchsetzbar blieben, wurde der Schulterschuß mit der katholisch-konservativen Elite des Landes gesucht – und gefunden.«

ISBN 3-900754-06-3